SOPO

34
35

KONTROVERSEN UM DIE MARXISTISCHE THEORIE

Philosophie/Systemtheorie/Psychologie
Althusser/Wagner/Keiler
Seite 7

Institutionen, Verbände & Wissenschaft – Kaiser/Werner/Arnaszus Seite 95

Diskussion & Kritik
Aktuelle Gewerkschaftspolitik Seite 155

Rezensionen Seite 201

SOZIALISTISCHE POLITIK
MAI 1976
Herausgegeben in Westberlin
8. Jahrgang
Heft 1

Labelberg
Juni 76

BILDHINWEIS: Die Mitte der oberen Hälfte der Titelgraphik zeigt den Philosophen Louis Althusser auf dem Internat. Hegel-Kongreß (Moskau 1974).

VERLAG & VERTRIEB SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

Anschrift: 1 Berlin 41, Postfach 410.269, Telefon (030) 851 11 13 (ISSN 0005–9374)
Herausgeber: Redaktion SOPO, verantwortlich (auch für Anzeigen) Hella Stern, Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift.
Postscheckkonto: 620.10–107 Berlin West
Grafische Gestaltung und Layout: Joachim Mücke.
Satz & Druck: Verlag und Druck Informdienst GmbH Westberlin
Copyright: Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH — Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit der Redaktion möglich.

Jährlich erscheinen insgesamt 4 Hefte. Der Preis des Einzelheftes zuzüglich Porto beträgt DM 6,— (Doppelheft DM 10,— zuzüglich Porto). Im Jahresabonnement DM 18,— zuzüglich DM 2,— Porto, insgesamt DM 20,—. Diese Angaben gelten ab Heft 28/1974. Für die vorhergehenden Hefte bitte Auskunft beim Verlag einholen.
Für Abonnenten ist Heft 34/35 mit dem Jahresabonnement 1975 bezahlt.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise, Prospekte des Pahl-Rugenstein Verlages und des Röderberg-Verlages bei sowie eine Bestellkarte der SOPO.

SOPO
SOZIALISTISCHE POLITIK 34/35
MAI 1976
. JAHRGANG
HEFT 1

Editorial 3

Kontroversen um die Marxsche Theorie
Louis Althusser
Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein? 7
Heinz Wagner
Gesellschaftliche Analyse mit Luhmanns Systemtheorie 37
Peter Keiler
Die entwicklungspsychologische Konzeption Leontjew's als Gegenstand marxistischer und bürgerlicher Interpretation . . . 51

Verbände, Institutionen und Wissenschaft
Peter Kaiser
Aktuelle Tendenzen in der Wissenschaftspolitik am Beispiel der Deutschen Forschungsgemeinschaft 95
Harald Werner
Neue Tendenzen im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gewerkschaft i n der BRD. 119
Helmut Arnaszus
Die Rolle der Philosophie aus wissenschaftspolitischer Perspektive der Unvernehmerverbände. 133

Diskussion und Kritik
Thomas Hoffmann
Zum Verhältnis von DGB und SPD 155
Klaus Stern
‚Humanisierung der Arbeit' — Eine Erwiderung auf J. Hund. . 167
Käthe Gerstung, Thomas Hoffmann, Wolfgang Niclas, Michael Thiel, Jürgen Schule
Beitrag zur Konzeptionsdiskussion in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. 185

Rezensionen
Rainer Rilling: Theorie und Soziologie der Wissenschaft (L. Peter). 201
Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD (M. Krüger) 210
Sammelbesprechung von Veröffentlichungen aus der Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Hrsg. Manfred Buhr. . . 213
Rudi Dutschke, Manfred Wilke (Hrsg.): Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke (B. Hoffmann) 249

Redaktionsstatut der SOPO. 263
Autorenverzeichnis U3 265

EDITORIAL

Für die Redaktion der Zeitschrift „Sozialistische Politik" stellt sich seit je die Aufgabe, den Anspruch ihres Titels einzulösen: die Entwicklung sozialistischer Politik durch aktuelle wissenschaftliche Beiträge zu fördern und offensiv in die Diskussion gesellschaftlich relevanter Fragen einzugreifen.

Um diesem Anspruch und den erhöhten Anforderungen an eine der sozialistischen Demokratie und Arbeiterbewegung verbundenen Wissenschaft zu genügen, haben wir die letzten Monate für eine gründliche Kontrolle der publizistischen, politischen und ökonomischen Effizienz unserer Arbeit an der Zeitschrift genutzt. Die technische Verwaltung der Redaktionsarbeit, die Organisation ihrer internen Entscheidungsstrukturen, die betriebswirtschaftliche Rechnungsführung wurden einer eingehenden Kontrolle unterzogen und, wo Mängel und Defizite deutlich wurden, diese zu beseitigen versucht. In diesem Zusammenhang ist auch die veränderte äußerliche Gestaltung der Sopo zu sehen.

Eine durch steigende Preise und Absatzschwierigkeiten verursachte Finanzlücke ist — vorerst — gedeckt; die Reorganisation der Redaktionsarbeit ist für den Leser aus dem im Anhang veröffentlichten Redaktionsstatut zu entnehmen.

Ein weiteres Ergebnis ist die Einrichtung der Rubrik „Diskussion und Kritik", in der mit Beginn dieses Heftes Beiträge in besonderer Funktion erscheinen. Wesentliches Anliegen dieser Rubrik ist eine an der Fortführung und Vertiefung zentraler wissenschaftlicher und politischer Fragestellungen orientierte Auseinandersetzung,* mit der wir einem objektiven Leserbedürfnis Rechnung zu tragen glauben. Die Beiträge dieser Rubrik, die sich entweder auf Themen von unmittelbarer Aktualität oder auf zurückliegende Veröffentlichungen in der Sopo beziehen, stehen — wie selbstverständlich auch alle anderen Artikel der Sopo — der Diskussion offen. Mit kritischen und die Diskussion weiterführenden Aufsätzen wird im vorliegenden Heft an Artikel von Stefan Albrecht, Jutta Ahrweiler und Johanna Hund im Gewerkschaftsheft (Sopo 33) angeknüpft.

Im vorliegenden und in Heft 36 der Sopo werden in erster Linie Artikel zur sozialen, politischen und ideologischen Funktion von Wissenschaft veröffentlicht.

Das Doppelheft umfaßt die Schwerpunkte „Kontroversen um die marxistische Theorie: Philosophie, Systemtheorie, Psychologie" und „Verbände, Institutionen und Wissenschaft"; die Beiträge von Heft 36 werden hauptsächlich auf das Verhältnis von Wissenschaft und Produktivkraft sowie auf Fragen einer Theorie der Wissenschaften konzentriert sein.

In der ersten Abteilung von Sopo 34/35 werden unter Berücksichtigung unterschiedlicher Gesichtspunkte das Verhältnis von Philosophie und Marxismus, materialistischer Gesellschaftstheorie und Systemtheorie, Marxismus und Einzelwissenschaft (Psychologie) erörtert.

Die wichtigsten Schriften von Louis Althusser sind inzwischen übersetzt und bereits durch kritische Einschätzungen von verschiedener Seite bekannt geworden. Die Sopo veröffentlicht den vorliegenden Originalbeitrag Althussers deshalb, weil sie ihm einen besonderen Stellenwert beimißt. Dieser liegt u.E. darin, daß Althusser hier in einem selbstkritischen Rückblick die Kernge-

*) Aus gegebenem Anlaß seien an dieser Stelle insbesondere die Verfasser der Kritiksparten der „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus" darauf hingewiesen, daß die Einlösung eines solchen Anspruchs mehr verlangt als unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Polemik einen geistigen Kahlschlag anzurichten. (vgl. besonders die Auseinandersetzung mit Sopo 33, ebenda, Heft 1, Westberlin 1976, S. 224 f.)

danken seiner früheren Arbeiten verteidigt und in einer theoretisch-historischen Rekonstruktion seiner ‚Thesen' Aufschluß und Rechenschaft darüber zu geben versucht, wie in der marxistischen Theorie das Verhältnis von Philosophie und Wissenschaft zu bestimmen sei. In seiner Kritik des Ökonomismus, des Empirismus sowie des humanistischen Subjektivismus diskutiert er Probleme des ideologischen Klassenkampfs, die seit Jahren in der französischen Arbeiterbewegung Anlaß theoretischer und ideologischer Kontroversen sind. Jenseits der terminologischen Eigentümlichkeiten und Schwierigkeiten, die die Lektüre von Althussers Schriften bereiten und die als Ausdruck der in Frankreich herrschenden Theoriegeschichte und Denktradition zu begreifen sind, scheint es uns notwendig, die von ihm aufgeworfenen Fragen für die deutschsprachige Marxismus-Diskussion fruchtbar zu machen. Nicht zuletzt die Althussers theoretischen Überlegungen zugrundeliegende These, derzufolge die Philosophie als die „Politik in der Theorie" aufzufassen sei, ist von Interesse genug, sich mit seiner Funktionsbestimmung der Philosophie im Zusammenhang mit dem Marxismus-Leninismus ernsthaft auseinanderzusetzen. In kritischer Kommentierung werden wir auf diese Thesen Althussers im folgenden Heft der Sopo eingehen.

Heinz Wagners Auseinandersetzung mit der sozialwissenschaftlichen Systemtheorie N. Luhmanns greift ein in Sopo 32 unter anderer Akzentuierung durch B. Heidtmann behandeltes Thema erneut auf. Dort ging es darum, von der materialistischen Geschichtskonzeption ausgehend den ideologischen Gehalt der modernen bürgerlichen Systemtheorie ansatzweise nachzuweisen. Demgegenüber versucht Wagner zu begründen, daß Luhmanns Systemtheorie weder als sozialwissenschaftliche Einzelanalyse vorbürgerlicher Gesellschaftsformationen, noch als die globale Analyse der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsformation eine ihrem Gegenstand adäquate Wissenschaft darstellt.

Peter Keiler untersucht in seinem Beitrag die Wirkung einer Marx-Rezeption, wie sie das Projekt Klassenanalyse in Berlin (West) entwickelt hat, bei der Rezeption materialistischer Ansätze der Einzelwissenschaften, in diesem Falle der Psychologie. Da A.N. Leontjews jüngst endlich in der BRD erschienenes Buch ‚Probleme der Entwicklung des Psychischen' zum Gegenstand dieser sich auf Marx berufenden Kritik erkoren wurde, überprüft Keiler sowohl anhand des Leontjewschen Werkes als auch anhand der Klassikerzitate die Legitimität dieser Kritik. Keiler demonstriert an diesem Beispiel, daß der Umgang mit Marx-Texten die marxistische Analyse noch nicht verbürgt.

Die unter dem Themenschwerpunkt „Verbände, Institutionen und Wissenschaft" zusammengefaßten Beiträge beleuchten von verschiedenen Seiten her die spezifischen gesellschaftlichen Bewegungsformen, die der Widerspruch zwischen den hochentwickelten und eine gesamtgesellschaftliche Wissenschaftsplanung erfordernden Produktivkräften und den monopolistisch beschränkten Produktionsverhältnissen der BRD im Wissenschaftsbereich annimmt. Im Mittelpunkt stehen einerseits Probleme einer Wissenschaftspolitik und -planung, die sich in spezifisch kapitalistischen Formen durchsetzt, die nicht primär gesellschaftsbezogen und wissenschaftstheoretisch, sondern letztlich nurmehr politisch motiviert werden kann, andererseits Fragen nach der Nutzung der objektiv fortschrittlichen Tendenz der Wissenschaftsentwicklung für die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung.

Peter Kaiser untersucht anhand der DFG, ihrer Schwerpunktprogramme Gesellschaftswissenschaften, Natur- und Ingenieurwissenschaften und der Sonderforschungsbereiche ein staatsmonopolistisches Steuerungs- und Planungsinstrument von Wissenschaft dessen Aufgabe in der Durchsetzung der Monopolinteressen für den Bereich der Hochschulforschung besteht. Es wird dargelegt,

wie sich im Verhältnis zwischen der praktischen Fortentwicklung der Forschungsplanung der DFG in Richtung auf ein Forschungsverbundsystem und der fehlenden gesellschaftsbezogenen Fundierung dieses Prozesses die widersprüchlichen Tendenzen staatsmonopolistischer Wissenschaftspolitik widerspiegeln. Abschließend spricht P. Kaiser die Möglichkeiten des demokratischen Kampfes der Wissenschaftler um Mitbestimmung als eine Forderung an, die der objektiv fortschrittlichen Tendenz der Wissenschaftsentwicklung entspricht und die nur mit Hilfe der Gewerkschaften realisiert werden kann.

An der Beziehung von Wissenschaftsbetrieb und Gewerkschaften knüpft der Artikel von Harald Werner an, der in Form eines historischen Abrisses die Hauptentwicklungslinien dieses Verhältnisses aufzeigt: Die jeweilige Haltung der sozialintegrativen und revolutionären Teile der Arbeiterbewegung zum bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb vor der Zeit des Faschismus, die Ansätze zu gemeinsamen Aktionen von Gewerkschafts- und Hochschulbewegung seit den 60er Jahren, und schließlich die vertraglich institutionalisierte Zusammenarbeit von Universitäten und Gewerkschaften durch Kooperationsabkommen sind einige zentrale Punkte. H. Werner betont, daß sowohl das Interesse der Gewerkschaften an der Hochschulreform als auch die gewerkschaftliche Orientierung an den Universitäten weniger der gemeinsamen Diskussion, als vielmehr den gemeinsamen objektiven Bedingungen geschuldet war und hebt hervor, daß mit diesem gegenläufigen Prozeß wesentliche Ansätze für ein koordiniertes Zusammenwirken im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gegeben sind.

Der Beitrag von Helmut Arnaszus zeigt auf, daß die wissenschaftspolitischen Anforderungen von Unternehmerseite an die Philosophie nicht auf eine philosophische Fundierung von Wissenschaftstheorie abzielen, sondern sich von der Betrachtung der Philosophie als einem Ort politischer Vorentscheidungen leiten lassen. Dies wird sowohl in einer Situationsanalyse der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie ausgewiesen als auch anhand von Maßnahmen dargestellt, die von Unternehmerseite ergriffen werden, um Forschung und Lehre von Mitbestimmungsprozessen „frei" zu halten und sich die Bestimmung über die Wissenschaftspolitik nicht aus den Händen nehmen zu lassen.

Im Rezensionsteil dieses Heftes erscheint u.a. eine ausführliche, in Kooperation mehrerer Autoren entstandene Besprechung der Schriftenreihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie". Es galt nicht nur ein umfangreiches thematisches Spektrum der Reihe zu demonstrieren, sondern — entsprechend der Konzeption der Sopo — in kritischer Auseinandersetzung mit Themen von politischer und ideologischer Aktualität, die in der Reihe verhandelt werden, zur weiteren Positionsbestimmung des wissenschaftlichen Sozialismus beizutragen.

lendemains
lendemains
lendemains
lendemains
lendemains

ZEITSCHRIFT FÜR
FRANKREICHFORSCHUNG
FRANZÖSISCHSTUDIUM

Aus dem Inhalt / Heft 3

Schwerpunkte:
- Zur Krise der Sprachwissenschaft
- Kleinbürgertum II

Werner Krauss: Supplement II zum Dictionnaire Philosophique

France actuelle

Gegen das Berufsverbot:
Zum Fall EUROPE / Romain Rolland

BEZUG:
Jährlich erscheinen 4 Hefte in unregelmäßiger Reihenfolge. Der Preis des Einzelheftes beträgt 7,- DM; im ermäßigten Jahresabonnement 24,- DM (Studentenabonnement gegen Studienbescheinigung 20,- DM), Fördererabonnement in jeder Höhe darüberhinaus. Bestellungen direkt beim Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik GmbH, 1 Berlin 41 Büsingstr. 17, Postfach 410 269 Postsch. BLN W 62010-107 (Lendemains)

IST ES EINFACH, IN DER PHILOSOPHIE MARXIST ZU SEIN?

VORBEMERKUNG DES ÜBERSETZERS

Der nachfolgende Text stellt die leicht gekürzte und überarbeitete Fassung eines Vortrags dar, mit dem Louis Althusser — Assistenzprofessor für Philosophie an der Ecole Normale Superieure in Paris und Mitglied der Französischen Kommunistischen Partei — am 28.6.1975 einige seiner Arbeiten („Montesquieu, la politique et l'histoire", „Les manifestes philosophiquès de Feuerbach", „Pour Marx" sowie seine Beiträge in „Lire le Capital") als kumulative Thèse d'Etat (Habilitation) an der Universität der Picardie in Amiens vorstellte. Die französische Originalfassung erschien in „La Pensée", Nr. 183, Oktober 1975.

„Die dialektische Form der Darstellung
ist nur richtig, wenn sie ihre Grenzen kennt." (1)
Marx

Ich nehme an, daß niemand überrascht sein oder sich vor den Kopf gestoßen fühlen wird, wenn ich zugebe, daß ich keinen einzigen dieser Texte — weder den kleinen „Montesquieu", noch die Aufsätze von „Pour Marx", noch die beiden Kapitel von „Lire le Capital" — im Hinblick auf eine These geschrieben habe. Dabei hatte ich vor gut 26 Jahren, 1949—50, bei Jean Hyppolite und Vladimir Jankélévitch das Projekt einer großen These (wie man damals sagte) über Politik und Philosophie im französischen 18. Jahrhundert sowie einer kleinen These über den Zweiten Diskurs* von Jean-Jacques Rousseau hinterlegt. Dieses Projekt habe ich eigentlich nie ganz aufgegeben, wie mein Essay über Montesquieu beweist. Warum daran erinnern? Weil es für die Texte, die Ihnen vorliegen, von Bedeutung ist. Ich war bereits damals Kommunist, und als solcher habe ich versucht, auch Marxist zu sein, d.h. ich versuchte, so gut ich konnte zu begreifen, was Marxismus heißt. Daher verstand ich diese Arbeit über Philosophie und Politik im 18. Jahrhundert als eine notwendige Propädeutik zum Verständnis des Denkens von Marx. Tatsächlich begann ich bereits die Philosophie in einer bestimmten Weise zu praktizieren, die ich niemals aufgegeben habe.

Zunächst begann ich in bezug auf die Autoren des 18. Jahrhunderts jenen theoretischen Umweg zu praktizieren, der mir nicht nur zum Verständnis einer Philosophie, sondern auch für ihre Existenz unerläßlich zu sein scheint. Denn eine Philosophie kommt nicht zur Welt wie Minerva in der Gesellschaft der Götter und Menschen. Sie existiert nur durch die Position, die sie einnimmt, und sie nimmt diese Position nur ein, indem sie sie gegenüber der Fülle einer bereits eingenommenen Welt erobert. Sie existiert also nur durch ihre konfliktuelle Differenz, und sie kann diese Differenz nur erobern und durchsetzen über den Umweg einer rastlosen Arbeit in bezug auf die anderen existierenden Positionen. Dieser Umweg ist die Form des Konflikts, der jede Philosophie zu einer

1 Fragment des Urtextes von „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1858), in: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin/DDR 1953, S. 945.

* Discours sur l'origine et les fondements de l'inegalite parmi les hommes (1754). Deutsch: Über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Anm.d.Übers.

unmittelbar an der Schlacht beteiligten und auf jedem „Kampfplatz"* (Kant), den die Philosophie darstellt, direkt vertretenen Partei konstituiert. Denn wenn die Philosophie der Philosophen ein solcher ewiger Krieg ist (den Kant durch den ewigen Frieden seiner eigenen Philosphie beenden wollte), so existiert eine Philosophie in diesem theoretischen Kräfteverhältnis nur dann, wenn sie sich von ihren Gegnern abgrenzt und wenn sie diejenigen Positionen besetzt, die jene Gegner einnehmen mußten, um ihre Herrschaft über den Gegner abzusichern, den sie dann in sich tragen. Wenn der ungewöhnlichen Konzeption von Hobbes zufolge, der vielleicht — wenn auch indirekt (à la cantonnade) — ebenso sehr von der Philosophie wie von der Gesellschaft der Menschen sprach, der Krieg ein allgemeiner Zustand ist, vor dem es nirgendwo Zuflucht gibt, und wenn diese Konzeption ihre eigene Bedingung zur Folge hat, nämlich daß jeder Krieg seinem Wesen nach präventiv ist, so läßt sich begreifen, warum der philosophische Krieg, in dem sich Gedankensysteme gegenüberstehen, ein solch präventives Miteinanderringen der Positionen voraussetzt sowie auch den zwangsläufigen Umweg einer Philosophie über andere, um ihre eigene Position definieren und halten zu können. Wenn die Philosophie in letzter Instanz Klassenkampf in der Theorie ist, wie ich es später formuliert habe, so nimmt dieser Kampf eine der Philosophie eigene Form an, nämlich die der theoretischen Abgrenzung, des Umwegs und der Arbeit an ihrer Differenz. Dies läßt sich nicht nur an der gesamten Geschichte der Philosophie, sondern auch bei Marx selbst zeigen, der sich in bezug auf Hegel nur definiert hat, um sich von ihm abzugrenzen. Und ich meine von weitem seinem Beispiel gefolgt zu sein, indem ich mir erlaubte, über Spinoza zu gehen, um zu verstehen, weshalb Marx über Hegel gehen mußte.

Aber natürlich setzte diese Konzeption der Philosophie als Kampf und — in letzter Instanz — als Klassenkampf in der Theorie voraus, daß man das traditionelle Verhältnis von Philosophie und Politik umstieß. Ich habe mich damals darin versucht: in bezug auf die politischen Philosophen und die Philosophen überhaupt, von Machiavelli bis Hegel, über Hobbes, Spinoza, Locke, Montesquieu, Rousseau und Kant. Ich forderte, daß man endlich Schluß machen sollte mit jener suspekten Aufteilung, die einerseits die Politiker als etwas Untergeordnetes, d.h. als Nicht-Philosophen oder Sonntagsphilosophen behandelt, und andererseits die Politik der Philosophen in allein denjenigen Texten suchst, in denen sie bereitwillig von Politik sprechen. Außerdem war ich der Meinung, daß jeder Politiker, auch wenn er fast nichts über die Philosophie sagt — wie Machiavelli —, Philosoph im strengen Sinne sein kann und daß andererseits jeder Philosoph, auch wenn er fast nichts über die Politik sagt — wie Descartes —, ein Politiker im strengen Sinne sein kann, weil die Politik der Philosophen, d.h. die Politik, die die Philosophien zu Philosophien macht, etwas ganz anderes ist als die politische Auffassung ihrer Autoren. Denn wenn die Philosophie in letzter Instanz Klassenkampf in der Theorie ist, läßt sich die Politik die Philosophie konstituiert (ebenso wie die Philosophie, die dem Denken der Politiker zugrunde liegt) nicht mit dieser oder jener Episode des politischen Kampfes identifizieren und auch nicht mit den politischen Parteinahmen der Autoren. Die Politik, die die Philosophie konstituiert, betrifft und dreht sich um eine ganz andere Frage: diejenige der ideologischen Hegemonie der herrschenden Klasse, ob es sich nun darum handelt, sie zu konstituieren, sie zu verstärken, sie zu verteidigen oder sie zu bekämpfen. Ich benutze hier Formulierungen, die ich damals noch nicht in der Lage war vorzubringen. Jedoch entdeckte ich damals, gleichsam Schritt für Schritt, indem ich die etablierten Vorstellungen in Frage stellte, etwas, das dem ähnelte, was ich später eine „neue Praxis der Philosophie" genannt habe; und indem ich die Notwendigkeit dieser neuen Praxis entdeckte, praktizierte ich sie auch bereits so gut es eben ging, aber immerhin gut genug, so daß sie mir später einen besonderen Zugang zu Marx verschaffte.

* Im Original: Deutsch. Fortan im Text angezeigt durch die Abkürzung: (i.O.: Dt.) Anm. d. Übers.

Wenn ich diese theoretische Propädeutik des 18. Jahrhunderts scheinbar aufgegeben habe, obwohl sie mich in Wirklichkeit ständig weiter beschäftigt hat, so lag das, wie man sich denken kann, nicht nur an mir. Die sogenannten Umstände, die ich im Vorwort zu „Für Marx" anführe, das, was vom 20. Parteitag mit einem Wort ohne Begriff „Personenkult" genannt wurde sowie die rechtsopportunistischen Interpretationen, die damals über den Marxismus hinwegfegten, indem sie die Befreiung oder ihre Hoffnung darauf feierten oder ausbeuteten in den Philosophien des Menschen, der Freiheit, des Entwurfs, der Transzendenz usw. — all das stürzte mich ins Getümmel. Ich will hier natürlich nicht die Proportionen verwischen, aber ebenso wie der junge Marx der Rheinischen Zeitung sich gezwungen sah, „seine Meinung zu praktischen Dingen abzugeben" — dem Holzdiebstahl oder der preußischen Zensur —, sah ich mich alsbald gezwungen, „meine Meinung abzugeben" zu einigen brennenden Fragen der marxistischen Theorie, es sei denn ich wollte meine Gedanken durch mein Schweigen verleugnen. Es kam ganz zufällig, d.h. durch die banale Notwendigkeit einer Rezension im Jahr 1960, die in „La Pensée" erschienen ist und einen internationalen Sammelband zur Frage des jungen Marx betraf.* Diese Rezension wurde zum Gegenangriff, wobei ich die herrschenden Thesen nicht so sehr direkt angriff, als vielmehr hinterfragte, also das Feld der Auseinandersetzung verschob und zu diesem Zweck eine Reihe von Thesen vortrug, die ich seither immer wieder aufgegriffen und überarbeitet sowie schließlich berichtigt habe.

Wenn ich an derartige Umstände erinnere, so nur um eine zweite Anmerkung über den polemischen oder sagen wir es ganz offen: politischen Charakter meiner philosophischen Essays zu machen. Die Ihnen vorliegenden Essays haben offen anerkennen müssen, daß der Kampf im Mittelpunkt jeder Philosophie steht. Sicher, was ich soeben gesagt habe, wird begreifen helfen, warum sie weder Politik im Rohzustand (politique à l'état brut) — weil ja philosophisch —, noch unmittelbare Polemik sind (polemique à l'état vif) — weil das Ergebnis einer argumentativen Reflexion; ihre gesamte Anstrengung ist darauf gerichtet, jenen einfachen Gedanken vorzutragen und zu verteidigen, daß ein Marxist weder in dem, was er schreibt, noch in dem, was er tut, kämpfen kann, ohne seinen Kampf zu denken, ohne die Bedingungen, die Mechanismen und die Einsätze der Auseinandersetzung zu denken, in der er sich engagiert und die ihn fesselt. Diese Texte sind also ausdrücklich Eingriffe in eine(r) bestimmte(n) Konjunktur: politische Eingriffe innerhalb der vorherrschenden marxistischen Philosophie — gleichermaßen gegen den Dogmatismus und seine rechte Kritik gerichtet — und philosophische Eingriffe in der Politik — gegen den Ökonomismus und sein humanistisches „Supplement". Aber da sie sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegung und auf Marx beriefen, konnten sie sich nicht auf einen bloßen Kommentar der Konjunktur beschränken. Und ich lege Wert darauf es zu sagen: Was auch immer man von seinen Schwächen und seinen Grenzen halten mag, dieser philosophisch-politische Eingriff war die Tat eines Mitglieds der Kommunistischen Partei, das, auch wenn es dort zunächst isoliert war, auch wenn es dort nicht immer gehört worden ist, auch wenn es dort kritisiert

* Vgl. L. Althusser: Über den jungen Marx (Fragen der Theorie), in: Marxismus und Ideologie, Westberlin 1973, S. 11-64. Anm

wurde und noch wird, innerhalb der Arbeiterbewegung und für diese agierte; also die Tat eines aktiven Kommunisten (d'un militant), der die Politik ernstzunehmen versucht, um ihre Bedingungen, ihre Zwänge und ihre Wirkungen in der Theorie selbst zu denken, um die Linie und die Formen seines Eingriffs entsprechend zu bestimmen. Man wird zugeben müssen, daß eine solche Initiative nicht ohne Anforderungen und nicht ohne Risiken war. Und da ich von Risiken spreche, wird man mir vielleicht erlauben, alle übrigen beiseite zu lassen und nur ein einziges Risiko hier herauszugreifen, daß die theoretische Position meiner Essays direkt betrifft.

Es geht um folgendes. In der Debatte, an der ich mich beteiligt sah, habe ich es in bestimmten, politisch und theoretisch strategischen Punkten bewußt auf mich genommen, radikale Thesen zu vertreten, deren wörtliche Formulierung gelegentlich paradox, ja sogar als theoretische Provokation erscheinen mochte. Zwei oder drei Beispiele, um diesen wohlüberlegten Entschluß zu verdeutlichen.

Ich habe zum Beispiel vertreten und geschrieben, daß „die Theorie eine Praxis" ist und die Kategorie der theoretischen Praxis vorgebracht, was manchen Leuten äußerst skandalös erschien. Dabei mußte man diese These, wie jede These, in ihren Abgrenzungseffekten betrachten, d.h. als Position in der Opposition. Sie hatte zunächst zur Folge, daß — gegen jeden Pragmatismus — die These von der relativen Autonomie der Theorie ermöglicht wurde, also das Recht für die marxistische Theorie, nicht mehr als Mädchen-für-alles der politischen Tagesentscheidungen behandelt zu werden, sondern sich zu entwickeln, einheitlich verbunden mit der politischen Praxis und anderen Praxen, ohne jedoch ihre eigenen Anforderungen aufzugeben. Aber sie hatte gleichzeitig auch zur Folge, daß — gegen den Idealismus der reinen Theorie — die Theorie durch den Materialismus der Praxis gekennzeichnet wurde.

Eine andere radikale Formulierung: der interne Charakter der Validitätskriterien der theoretischen Praxis. Ich konnte Lenin zitieren, der selbst neben vielen anderen eine provozierende These aussprach: „Die Theorie von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist" (nicht weil sie durch ihre Erfolge und Niederlagen verifiziert wäre, ist sie wahr, sondern weil sie wahr ist, ist sie durch ihre Erfolge und Niederlagen verifizierbar). Aber ich führte noch andere Argumente an: daß die Mathematik keine physikalische oder chemische Anwendung ihrer Theoreme braucht, um sie zu beweisen; daß die experimentellen Wissenschaften keine technische Anwendung ihrer Ergebnisse brauchen, um deren Nachweis zu liefern. Denn Beweis und Probe sind das Produkt definierter und spezifischer, materieller und theoretischer Anordnungen und Verfahren, die jeder Wissenschaft intern sind. Auch hier ging es um die relative Autonomie der Theorie, diesmal nicht gegen den Idealismus der Theorie, sondern gegen den Pragmatismus und Empirismus einer Unterscheidung, bei der — wie die Kühe in der Hegelschen Nacht — alle Praxen schwarz waren.

Ein letztes Beispiel schließlich: Ich habe die These vom theoretischen Antihumanismus bei Marx vertreten. Eine präzise These, die man in ihrer Präzision nicht hat hören wollen und die gegen mich eine Heilige Allianz all dessen, was es an bürgerlicher und sozialdemokratischer Ideologie auf der Welt gibt — bis hinein in die Internationale Arbeiterbewegung —, provoziert hat. Weshalb habe ich derart radikale Positionen eingenommen? Ich werde mich nicht hinter dem Argument meiner offenkundigen Irrtümer verstecken, das immer noch nützlich sein kann, aber alles zu seiner Zeit. Ich möchte zunächst die Praxis dieser radikalen Positionen in ihrem Prinzip selbst verteidigen. Denn man hat natürlich geschrien, das sei Dogmatismus, Spekulation, Verachtung der Praxis, des Konkreten, des Menschen usw. Dabei fehlte es dieser Entrüstung nicht an einer gewissen Pikanterie.

Was mich betraf, der ich ein wenig von dem bereits erwähnten Verhältnis zwischen Philosophie und Politik wußte, so erinnerte ich mich an Machiavelli, dessen selten ausgesprochene, aber immer praktizierte methodische Regel lautete, daß man an die Extreme denken müsse, worunter zu verstehen ist, daß man in einer Position, in der man Thesen ausspricht, die an die Grenzen des Verständlichen (theses-limites) stoßen, die Stelle des Unmöglichen einnehmen muß, um das Denken möglich zu machen. Was tut Machiavelli? Um etwas in der Geschichte seines Landes zu verändern bzw. im Geist derjenigen Leser, die er dazu provozieren will, zu denken um zu wollen, erklärt Machiavelli indirekt (à la cantonnade), daß man auf seine eigenen Kräfte bauen müsse, d.h. in diesem Fall auf nichts, weder auf einen existierenden Staat, noch auf einen Prinzen, sondern auf das nichtexistierende Unmögliche: einen neuen Prinzen in einem neuen Fürstentum.

Nun fand ich aber bei Lenin das Echo und den Grund dieses provozierenden Paradoxons. Man weiß, daß Lenin einige Jahre nach „Was tun?" und um der Kritik an seinen Formulierungen entgegenzutreten, mit der Theorie vom gebogenen Stab antwortete. Wenn ein Stab in der falschen Richtung gebogen ist, sagte Lenin, muß man, um ihn aufzurichten, d.h. damit er wieder gerade wird und es bleibt, ihn zunächst in der entgegengesetzten Richtung biegen, ihm also mit der Kraft des Handgelenks eine dauerhafte Gegen-Biegung geben. Diese einfache Formulierung scheint mir eine ganze Theorie von der Wirksamkeit des Wahren zu enthalten, die tief in der marxistischen Theorie verankert ist. Im Gegensatz zur gesamten rationalistischen Tradition, die nur eine gerade Idee braucht, um eine gebogene Idee zu berichtigen, geht der Marxismus davon aus, daß Ideen nur insofern eine historische Existenz haben, als sie erfaßt und einverleibt sind in die Materialität der sozialen Verhältnisse. Hinter den Verhältnissen zwischen den bloßen Ideen gibt es also Kräfteverhältnisse, die bewirken, daß die einen Ideen an der Macht sind (was man grob gesprochen als die herrschende Ideologie bezeichnet) und daß andere Ideen ihnen unterworfen bleiben (was man als die beherrschte Ideologie bezeichnet), solange bis das Kräfteverhältnis sich ändert. Daraus folgt, daß wenn man die historisch existierenden Ideen verändern will — auch auf dem scheinbar so abstrakten Gebiet, das den Namen Philosophie trägt —, man sich nicht damit zufriedengeben kann, das Wahre in seiner ganzen Nacktheit zu predigen und abzuwarten, daß seine anatomische Evidenz die Geister „aufklärt", wie unsere Vorfahren im 18. Jahrhundert sagten: Da es gilt, die Ideen zu einer Veränderung zu zwingen, ist man wohl gezwungen, die Kraft anzuerkennen, die sie gebogen hält, indem man ihnen durch eine Gegen-Kraft, welche die erste aufhebt, diejenige Gegen-Biegung aufzwingt, die sie aufrichten kann.

All dies zeichnet die Logik eines sozialen Kampfprozesses, der natürlich über jeden geschriebenen Text hinausgeht. Aber in einem geschriebenen Text wie „Was tun?" ist die einzige Form, die dieses Kräfteverhältnis annehmen kann, seine Präsenz, seine Berücksichtigung und seine Antizipation in bestimmten radikalen Formulierungen, die in der Aussage der Thesen selbst das Kräfteverhältnis spüren lassen, das dort zwischen den neuen Ideen und den vorherrschenden Ideen besteht. Wenn ich an meinem bescheidenen Ort aus diesen Beispielen folgern und mich auf sie berufen darf, so würde ich sagen: Ja, ich habe ganz bewußt das Verhältnis zwischen den Ideen als ein Kräfteverhältnis betrachtet und behandelt; ja, ich habe ganz bewußt in einigen Punkten, die mir wichtig erschienen, „an die Extreme gedacht" und den Stab in der anderen Richtung gebogen. Nicht aus Spaß an der Provokation, sondern um die Aufmerksamkeit der Leser auf dieses Kräfteverhältnis zu richten, sie in dieser Hinsicht zu provozieren und

um ganz bestimmte Wirkungen zu erzielen; nicht aufgrund irgendeines idealistischen Glaubens an die Allmacht der Theorie, den mir einige Generalaufseher der Philosophie vorgeworfen haben, sondern ganz im Gegenteil in dem materialistischen Bewußtsein von der Schwäche der sich selbst überlassenen Theorie, d.h. im Bewußtsein der Kräftebedingungen, die die Theorie anerkennen und denen sie sich unterwerfen muß, wenn sie eine Chance haben will, sich in eine Kraft zu verwandeln.

Und um das, was ich sage, zu belegen, würde ich bei dieser Gelegenheit durchaus die Auffassung vertreten, daß dieses Kräfteverhältnis von der Gegen-Biegung zur Biegung, also daß der Überschuß in der Thesenformulierung zur Philosophie dazugehört, und daß alle großen Philosophien, auch wenn sie dieses Gesetz — anders als Lenin, der es ganz nebenbei tut und sich hinter einem Sprichwort verschanzt — niemals direkt aussprachen, es entweder in seiner idealistischen Verneinung oder auch ganz offen als materialistischen „Skandal" praktiziert haben.

Wenn man den Stab aber in die andere Richtung biegt, bleibt immer noch ein Risiko: ihn zu wenig oder zu sehr zu biegen. Das ist ein Risiko jeder Philosophie. Denn in dieser Situation, in der es um soziale Kräfte und Einsätze geht, aber diese niemals absolut sicher eingeschätzt werden können, gibt es keine Instanz, die zu entscheiden in der Lage wäre. Wer auf diese Weise eingreift, muß also das Risiko eingehen, nicht auf Anhieb das richtige Maß zu finden: Wenn man die Biegung zu wenig oder zu sehr forciert, riskiert man, ins Abseits getragen zu werden. Dies ist mir, wie man vielleicht weiß, zum Teil passiert,und ich habe es öffentlich anerkannt, indem ich sei '67 und noch kürzlich in „Elementen der Selbstkritik" erklärte, daß meine Schriften von '65 , die Ihnen vorliegen, — zumindest aber „Das Kapital lesen" — von einer theorizistischen Tendenz affiziert und druch einen Flirt mit der strukturalistischen Terminologie einigermaßen kompromittiert waren. Aber um mir über diese Fehltritte klar zu werden, bedurfte es des Abstands der Zeit, nicht der einfachen Distanz von 10 Jahren, sondern der Erfahrung der provozierten Wirkungen, der Arbeit und der eigenen Kritik. Man hat geschrieben: Man braucht Zeit, um zu verstehen. Ich würde hinzufügen: vor allem das, was man gesagt hat.

Bevor ich auf die Argumentation meiner Essays näher eingehe, noch ein Wort zu ihrer allgemeinen Absicht.

Diese Absicht läßt sich an den Titeln meiner Bücher ablesen: „Für Marx", „Das Kapital lesen". Denn diese Titel sind zugleich Losungen. Ich glaube, daß ich hier für die Menschen meiner Generation sprechen kann, die die Zeit des Nazismus und des Faschismus gekannt haben, die Zeit der Volksfront, des Spanienkriegs, des Weltkriegs und der Résistance sowie die Zeit Stalins. Von den großen Klassenkämpfen der Zeitgeschichte erfaßt, nahmen wir an den Kämpfen der Arbeiterbewegung teil und wollten wir Marxisten sein. Dabei war es keineswegs einfach, Marxist zu sein und sich in der Theorie zurechtzufinden, selbst nach dem 20. Parteitag, denn der vorherige Dogmatismus bestand weiter, wenn auch mit dem Kontrapunkt des „marxistischen" philosophischen Geschwätzes über den Menschen. Und da dieses Geschwätz sich auf den Buchstaben der Frühschriften von Marx berief, mußte man zu Marx zurückkehren, um etwas mehr Klarheit zu gewinnen gegenüber einem Denken, das in den Bewährungsproben der Geschichte verdunkelt worden war. Ich gehe hier nicht weiter auf die politische Bedeutung dieses Vorgehens ein: Sie besaß die Originalität, die ihr nicht verziehen worden ist, den Dogmatismus nicht von den rechten Positionen der humanistischen Ideologie, sondern von den linken Positionen des theoretischen Antihumanismus, des Antiempirismus und des Antiökonomismus aus zu kritisieren. Dabei war ich keineswegs der einzige, der so vorging: Wie ich später merkte, hatten auch andere, nicht nur della Volpe in Italien, sondern auch junge sowjetische Forscher, deren Werke nicht verbreitet worden sind, ihrerseits und jeder auf seine Art den gleichen Weg beschritten. Es galt, der marxistischen Theorie, die vom Dogmatismus und marxistischen Humanismus wie die erste beste Ideologie behandelt wurde, ein wenig von ihren Ansprüchen als Theorie und als revolutionärer Theorie zurückzugeben. Marx hatte sich im Vorwort zum „Kapital" Leser gewünscht, die „selbst denken wollen". Um zu versuchen zu denken, was Marx gedacht hatte, war es wohl das mindeste, daß man zu ihm zurückkehrte und Wert darauf legte „selbst zu denken", was er gedacht hatte.

Damals schien es mir unumgänglich, gegen alle Subversionen, denen das Denken von Marx ausgesetzt gewesen war, einen einfachen Gedanken zu betonen: den unerhörten und revolutionären Charakter des Marxschen Denkens. Unerhört, weil Marx in einer begrifflichen Forschungsarbeit, die mit der „Deutschen Ideologie" einsetzt und im „Kapital" ihren Höhepunkt findet, etwas begründete, das man in einer ersten Annäherung als die Wissenschaft von der Geschichte bezeichnen kann. Revolutionär, weil diese wissenschaftliche Entdeckung, die dem Proletariat in seinem Kampf eine Waffe an die Hand gab, eine Umwälzung in der Philosophie provozierte: nicht nur, indem sie die Philosophie zwang, ihre Kategorien umzustellen, um sie der neuen Wissenschaft und ihren Wirkungen anzupassen, sondern auch und vor allem, indem sie der Philosophie durch die Erkenntnis ihres realen Verhältnisses zum Klassenkampf etwas gab, womit sie ihre Praxis verantworten und verändern konnte.

Gerade diese Neuartigkeit, diese radikale Differenz von Marx, die in der Theorie und in der Praxis revolutionär ist, habe ich nicht nur spüren, sondern auch verstehen und möglichst begreifen lassen wollen, denn ich hielt es politisch und theoretisch für die Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten für lebenswichtig — und dieser Meinung bin ich noch heute —, daß diese Differenz gedacht wird. Zu diesem Zweck mußte ich mich auf die Ebene der neuen Philosophie begeben, die von Marx in seiner wissenschaftlichen Revolution produziert worden war; und in einer Gedankenbewegung, die Spinoza nahestand und durch Marx ermöglicht wurde, mußte ich versuchen, diese Differenz von der neuen eroberten Wahrheit aus zu denken. Aber dazu wiederum mußte jene Philosophie gedacht sein, die es erlauben würde diese Differenz zu denken, d.h. man mußte in der Philosophie von Marx selbst Klarheit haben. Nun weiß aber jeder, daß uns der reife Marx nichts hinterlassen hat außer der ungewöhnlichen „Einleitung" von 1857 und der nicht eingehaltenen Absicht, zehn Seiten über Dialektik zu schreiben. Sicher ist die Philosophie von Marx — wie Lenin meinte — im „Kapital" enthalten, aber in praktischem Zustand, ebenso wie sie enthalten ist in den großen Kämpfen der Arbeiterbewegung. Ich war der Meinung, daß man sie dort herauslösen und versuchen müßte — gestützt auf die zugänglichen Fragmente und Beispiele — ihr eine Form zu geben, die ihrem Begriff nahekommt. Aus diesem Grund stand die Frage der marxistischen Philosophie natürlich im Zentrum meiner Überlegungen. Nicht weil ich daraus das Zentrum der Welt machen wollte, nicht weil ich die Philosophie an die Macht bringen wollte, sondern weil man diesen philosophischen Umweg brauchte, um an die Radikalität von Marx heranzukommen.

Dieser Überzeugung bin ich noch immer. Ich würde sie anders formulieren, als in „Für Marx" oder „Das Kapital lesen", aber ich bin der Auffassung, daß ich mich nicht geirrt habe, als ich in seiner Philosophie den Ort anzeigte, von dem aus Marx begriffen werden kann, weil sich dort seine Position resümiert.

Die „letzte Instanz . . .“

Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, in meine Essays einzudringen, und zwar auf drei recht unwegsamen Pfaden, die sie durchqueren – und sich kreuzen. Ich schlage zunächst einen ersten Pfad ein, den der „letzten Instanz”.

Man weiß, daß Marx und Engels die These von der Determination durch die Ökonomie als letzter Instanz vertreten haben. Dieses so unscheinbare Wort wälzt faktisch die gesamte herrschende Auffassung von der Gesellschaft und der Geschichte um. Man hat nicht genügend bemerkt, in welcher Figur oder Metapher Marx im „Vorwort“ zur „Kritik“ von '59 seine Gesellschaftsauffassung darstellt. Diese Figur ist die einer Topik, d.h. einer räumlichen Anordnung, die gegebenen Realitäten Orte im Raum zuweist.

Die marxistische Topik gibt die Gesellschaft in der Metapher eines Gebäudes wieder, dessen Etagen entsprechend der Logik des Gebäudes natürlich auf dessen Basis ruhen. Die Basis, das ist „die Basis“* oder „die Struktur“*, die man im Französischen gewöhnlich mit „base“ oder noch häufiger mit „infrastructure“ übersetzt: Das ist die Ökonomie, die Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unter der Dominanz der Produktionsverhältnisse. Über dem Erdgeschoß der Basis erhebt sich die Etage bzw. die Etagen des „Überbaus“*, auf Französisch: der juristisch-politischen und ideologischen „superstructure”.

Ein bloßes Bild, wird man sagen, daß für Realitäten steht. Sicher: aber das sie unterscheidet – und bereits das ist wichtig – und das zum Beispiel das positive Recht, welches Hegel innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ansiedelt, auf die Seite des Überbaus bringt; es unterscheidet denn auch weit mehr als nur Realitäten: nämlich deren Wirksamkeit und deren Dialektik.

Wenn Marx sagt, daß die Basis bzw. der Unterbau in letzter Instanz determinierend ist, meint er, daß das, was er determiniert, der Überbau ist.

Zum Beispiel: „Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt.” (2)

Aber die Determination, so wie sie Marx denkt, ist Determination lediglich in letzter Instanz. Wie Engels sagt (Brief an Bloch): „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr

* Diese Begriffe im Original: Deutsch. Die in manchen Übersetzungen fälschlicherweise vorgenommene Rückübertragung von „infrastructure” in „Infrastruktur” bzw. von „superstructure” in Suprastruktur” ist mißverständlich und hat möglicherweise nicht unerheblich zur Bestärkung des „strukturalistischen” Vorurteils gegenüber den Texten Althussers beigetragen. Vgl. hierzu das Vorwort zu L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, Westberlin 1975, S. 16-19. Anm. d. Übers.

2 Marx fährt fort: „Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich eine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivität entspricht –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden.“ (Das Kapital, Bd. III, Marx-Engels-Werke, Bd. 25, S. 799 f.).

haben weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase.“ (3)

In der Determination der Topik ist die letzte Instanz tatsächlich die letzte Instanz. Wenn sie ebenso die letzte ist, wie in dem juristischen Bild, auf das sie anspielt, so deshalb, weil es noch andere gibt, nämlich diejenigen, die im juristisch-politischen und ideologischen Überbau angesiedelt sind. Die Erwähnung der letzten Instanz in der Determination hat somit eine doppelte Funktion: Sie grenzt Marx radikal von jedem Mechanizismus ab, und sie öffnet in der Determination das Spiel verschiedener Instanzen, das Spiel einer realen Differenz, in das sich die Dialektik einschreibt. Die Topik bedeutet dann, daß die Determination in letzter Instanz durch die ökonomische Basis nur gedacht werden kann in einem differenzierten, also komplexen und gegliederten Ganzen, in welchem die Determination in letzter Instanz die reale Differenz der anderen Instanzen, ihre relative Autonomie und ihre eigene Wirksamkeit gegenüber der Basis selbst fixiert.

Bevor ich daraus die Konsequenzen ziehe, möchte ich auf die entscheidende theoretische Bedeutung dieser Kategorie der „letzten Instanz“ hinweisen, die nur allzuoft als philosophische Approximation oder Augenwischerei angesehen wird. Die Determination in letzter Instanz durch die Ökonomie behaupten, heißt sich von allen idealistischen Geschichtsphilosophien abgrenzen, heißt eine materialistische Position einnehmen. Aber von der Determination durch die Ökonomie in letzter Instanz sprechen, bedeutet zugleich auch eine Abgrenzung von jeder mechanistischen Konzeption des Determinismus und die Einnahme einer dialektischen Position. Denkt man allerdings an den Schatten Hegels, sollte man sich vor der idealistischen Versuchung der Dialektik hüten. Indem nun Marx aber die Dialektik in das Spiel zwischen den Instanzen einer Topik einschreibt, grenzt er sich gerade von der Illusion einer Dialektik ab, die fähig wäre, durch den spontanen Gang ihrer Selbstbewegung ihre eigene Materie zu produzieren. Indem er die Dialektik dem Zwang der Topik unterwirft, unterwirft sie Marx ihren realen Tätigkeitsbedingungen, bewahrt er sie vor dem spekulativen Wahn, schreibt er ihr vor, materialistisch zu sein, also anzuerkennen, daß ihre eigenen Figuren vorgeschrieben sind durch die Materialität ihrer Bedingungen. Daß dieses Einschreiben und dieses Vorschreiben noch nicht ausreicht, um uns die Figuren der materialistischen Dialektik als solcher zu geben, ist sicher richtig, aber es bewahrt uns zumindest vor einer Versuchung: derjenigen nämlich, diese Figuren fix und fertig bei Hegel zu suchen.

Auf diesem Wege stoßen wir wieder auf Themen, die ich in meinen Essays entwickelt habe und deren Aufgabe es ist, Marx von Hegel abzugrenzen. Ich habe an anderer Stelle gesagt, was Marx Hegel verdanken mochte und auch weshalb er ständig diesen Umweg über Hegel machen mußte, um sich seinen eigenen Weg zu bahnen. (4)

3 Engels fährt fort: „Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfs und seine Resultate – Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. – Rechtsformen, die nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form.“

4 Vgl. Über die Beziehungen von Marx zu Hegel, in: Lenin und die Philosophie, Reinbek 1974, S. 47 ff. Vgl. Elemente der Selbstkritik, Westberlin 1975.

Ja, Marx stand Hegel nahe, aber zunächst einmal aus Gründen, die man nicht genannt hat, aus Gründen, die noch vor der Dialektik kamen, Gründen, die mit der kritischen Position Hegels gegenüber den theoretischen Voraussetzungen der klassischen bürgerlichen Philosophie — von Descartes bis Kant — zusammenhängen. Um es mit einem Wort zu sagen: Marx stand Hegel nahe wegen der Hartnäckigkeit, mit der jener jede Philosophie des Ursprungs oder des Subjekts — sei sie nun rationalistisch, empiristisch oder transzendental — zurückwies: wegen dessen Kritik des cogito, des sensualistisch-empiristischen Subjekts und des transzendentalen Subjekts, also wegen dessen Kritik an der Idee einer Erkenntnistheorie. Marx stand Hegel nahe wegen dessen Kritik des juristischen Subjekts und des Gesellschaftsvertrages, wegen dessen Kritik des moralischen Subjekts, kurz: jeder philosophischen Ideologie des Subjekts, die — in welcher Variante auch immer — der klassischen bürgerlichen Philosophie die Möglichkeit bot, ihre Erkenntnisse, ihre Praxen und ihre Ziele zu garantieren; und zwar nicht, indem sie einfach die Begriffe der herrschenden juristischen Ideologie reproduzierte, sondern sie philosophisch verarbeitete. Und wenn man die Zusammenstellung dieser kritischen Themen betrachtet, so muß man wohl konstatieren, daß Marx Hegel nahestand aufgrund dessen, was Hegel ganz offen von Spinoza übernommen hatte, denn all das läßt sich bereits nachlesen in der „Ethik" und im „Theologisch-Politischen Traktat". Man verdeckt im allgemeinen mit einem höflichen Schweigen diese tiefgreifenden Gemeinsamkeiten, die jedoch von Epikur zu Spinoza und Hegel die Prämissen für den Materialismus von Marx darstellen. Man spricht nicht darüber aus dem einfachen Grund, weil Marx selbst nicht davon gesprochen hat! Als ob uns nicht Marx als einer der ersten gelehrt hätte, daß man jemanden nie an seinem Selbstbewußtsein, sondern an dem Gesamtprozeß messen sollte, der hinter dem Rücken des Bewußtseins dieses Bewußtsein produziert.

Verzeihen Sie mir, daß ich diesen Punkt so sehr herausstreiche, aber von ihm hängt die Lösung von vielen realen und imaginären Problemen ab, die das Verhältnis von Marx zu Hegel sowie bei Marx selbst das Verhältnis der Dialektik zum Materialismus betreffen. Ich meine in der Tat, daß die Frage der marxistischen Dialektik nur gestellt werden kann unter der Bedingung, daß man die Dialektik dem Primat des Materialismus unterwirft und untersucht, welche Formen sie annehmen muß, um die Dialektik dieses Materialismus zu sein. Von daher läßt sich dann begreifen, weshalb der Gedanke der Dialektik sich in einer Philosophie wie der Hegelschen hat durchsetzen können: nicht nur, weil die dramatischen Umwälzungen der Französischen Revolution und ihrer Folgen eine bittere Lehre in Dialektik darstellten, sondern weil diese das einzige Mittel war, um eine Philosophie denken zu können, die — auch wenn sie sie in veränderter Form wieder einführt — gute Gründe hatte, zunächst einmal den Rekurs auf den Ursprung und das Subjekt sowie deren Garantie abzulehnen. Natürlich hat sich Hegel nicht auf die Suche nach der Dialektik begeben, nachdem er den Ursprung und das Subjekt verworfen hatte. Mit ein und derselben Bewegung hat er die Dialektik erarbeitet, die er brauchte, um sich von den klassischen Philosophen abzugrenzen, und um sie seinen Zwecken dienlich zu machen hat er — wie Marx sagt — „die Dialektik mystifiziert". Aber nichtsdestoweniger zeugt die Hegelsche Mystifikation ihrerseits von einer konstanten Beziehung, die mit Epikur und vielleicht anderen vor ihm beginnt, zwischen dem Materialismus, der sich nur behaupten kann, wenn er sich von jeder Philosophie des Ursprungs — sei es nun eine des Seins, des Subjekts oder des Sinns — abgrenzt, und der Dialektik. Um die Sache kurz zu verdeutlichen: Wenn man den radikalen Ursprung der Dinge verwirft, welches auch immer seine Figur sein möge, so muß

man sich eben ganz andere Kategorien erarbeiten, als die klassischen Kategorien, um jene Ursprungsdelegationen denken zu können, die heißen: das Wesen, die Ursache oder die Freiheit. Wenn man den Ursprung als philosophische Prägeanstalt ablehnt, ist man gezwungen, auch ihre Münzen abzulehnen, und man muß andere Kategorien in Umlauf bringen: diejenigen der Dialektik. Das ist in groben Umrissen die tiefgreifende Beziehung, die diese bei Epikur, Spinoza und Hegel vorhandenen Prämissen des Materialismus miteinander verbindet, die der Dialektik alles aberlangt und die Dialektik selbst bestimmt.

Dies scheint mir wichtig, weit wichtiger als jene „Konklusionen ohne Prämissen", als die sich die wenigen Äußerungen von Marx über Hegel erweisen, in denen er nur und für sich genommen die Frage der Dialektik aufwirft. Man weiß, daß er das tut, um Hegels Verdienst anzuerkennen — ich zitiere —, „ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt" zu haben, was durchaus zutreffend ist, aber sehr stark abgeschwächt wird, wenn gleichzeitig ohne jede Einschränkung erklärt wird, daß Hegel die Dialektik „mystifiziert" habe und daß seine ‚Marx' eigene Dialektik nicht nur nicht die Dialektik Hegels sei, sondern „ihr direktes Gegenteil". Aber man weiß auch, daß Marx behauptet, daß es zur Entmystifizierung der Hegelschen Dialektik genüge, diese umzustülpen. Ich habe immer wieder kämpfen müssen, um zu zeigen, daß diese Umstülpung keineswegs ausreichte und nur die Metapher einer echten materialistischen Transformation der Figuren der Dialektik war, über die uns Marx zehn Seiten versprochen hat, ohne sie je zu schreiben. Dieses Schweigen ist sicher nicht ganz zufällig. Denn man hätte dann sicherlich von den Konklusionen zu den materialistischen Prämissen der Dialektik aufsteigen müssen und von ihnen aus die neuen Kategorien wirklich denken müssen, die sie provozieren und die im „Kapital" und bei Lenin wirksam werden, freilich dort nicht immer oder noch nicht ihren Namen tragen.

Ich habe dies versucht, indem ich in ihrer unmittelbaren Nähe gesucht habe, worin die Differenz zwischen Marx und Hegel bestehen könnte. Denn es ist nur zu evident, daß wenn Marx auch das Wort und den Gedanken der Dialektik von Hegel übernommen hat, er diese doppelt mystifizierte Dialektik nicht akzeptiert haben konnte; nicht nur ihrer idealistischen Gestalt, wenn sie ihre eigene Materie produziert, sondern auch und vor allem in den Figuren, welche das Wunder ihrer Selbst-Erschaffung realisieren: die Negation und die Negation der Negation oder „Aufhebung" (i.O.:Dt.). Denn wenn die Hegelsche Dialektik jeden Ursprung ablehnt, was sich am Anfang der „Logik" nachlesen läßt, wo das Sein sofort identisch ist mit dem Nichts, so projiziert sie diesen Ursprung doch in das Ziel eines Telos, welches dann aus seinem eigenen Prozeß seinen eigenen Ursprung, sein eigenes Subjekt macht. Zwar gibt es bei Hegel keinen feststehenden Ursprung, aber eben nur, weil der Prozeß insgesamt und in der vollendeten Totalität abgeschlossen sich selbst immerzu und in all seinen Momenten, die sein Ziel vorwegnehmen, sein eigener Ursprung ist. Zwar gibt es bei Hegel kein Subjekt, aber eben nur, weil das Subjekt-Werden der Substanz als abgeschlossener Prozeß der Negation der Negation das Subjekt des Prozesses selbst ist. Wenn Marx also von Hegel den Gedanken der Dialektik übernommen hat, so hat er sie nicht nur „umgestülpt", um sie vom Anspruch oder vom idealistischen Phantasma der Selbst-Produktion zu befreien, sondern er mußte auch ihre Figuren transformieren damit sie aufhören, jene Auswirkungen zu produzieren. Lenin hat es in den Jahren '18—'23 ständig wiederholt: Wenn es dem Sozialismus nicht gelingt, die kleine Warenproduktion zu transformieren, so wird die kleine Warenproduktion (petite propriété marchande) solange sie besteht, den Kapitalismus reproduzieren. Man könnte ebenso sagen: Solange es dem Marxismus nicht gelingt, die

Figuren der durch Hegel mystifizierten Dialektik zu transformieren, werden diese Figuren, solange sie bestehen, die Auswirkungen der Hegelschen Mystifikation reproduzieren. Diese Transformation aber war weder in meinem Kopf, noch liegt sie in der Zukunft, sondern sie existiert ganz einfach am hellichten Tage der Texte von Marx und Lenin sowie der Praxis des proletarischen Klassenkampfes.

Was also in praktischem Zustand existierte, habe ich lediglich versucht, begrifflich zu formulieren.

So habe ich etwa — um die Dinge von dieser Seite her anzugehen — behauptet, daß Marx nicht dieselbe Vorstellung vom Charakter einer Gesellschaftsformation hatte wie Hegel, und ich habe gemeint, ihre Differenz deutlich machen zu können, indem ich sagte, daß Hegel eine Gesellschaft als Totalität denkt, während Marx sie als ein komplexes, strukturiertes Ganzes mit Dominante denkt. Wenn ich mir erlauben darf etwas provozierend zu sein, so scheint mir, daß man Hegel die Kategorie der Totalität überlassen kann und für Marx die Kategorie des Ganzen beanspruchen sollte. Man wird sagen, das sei nur eine sprachliche Nuance; das scheint mir aber nicht ganz richtig. Wenn ich für Marx die Kategorie des Ganzen derjenigen der Totalität vorgezogen habe, so deshalb, weil im Innern der Totalität immer eine doppelte Versuchung lauert: diejenige, sie als das aktuelle Wesen zu betrachten, das ausnahmslos alle seine Erscheinungsformen umfaßt, und — was auf das gleiche hinausläuft — diejenige, in ihr wie in einem Kreis oder einer Sphäre — deren Metaphern uns auf Hegel verweisen — ein Zentrum auszumachen, das ihr Wesen wäre.

In diesem Punkt habe ich gemeint, eine bezeichnende Differenz zwischen Marx und Hegel feststellen zu können. Für Hegel sind die Gesellschaft und auch die Geschichte Kreise von Kreisen, Sphären von Sphären. Hinter dieser ganzen Konzeption steht eine Idee der expressiven Totalität, bei der alle Elemente totale Teile sind, die jeweils die innere Einheit der Totalität ausdrücken, welche in ihrer ganzen Komplexität immer nur die Vergegenständlichung — Entäußerung eines einfachen Prinzips ist. Und in der Tat, wenn man die „Rechtsphilosophie" (i.O.:Dt.) liest, so sieht man, wie sich in der Dialektik des objektiven Geistes, der sie hervorbringt, die Sphären des abstrakten Rechts, der „Moralität" und der „Sittlichkeit" (i.O.:Dt.) entfalten, und eine jede produziert die andere durch die Negation der Negation, um die Wahrheit im Staat zu finden. Es gibt zwar auch Differenzen, aber da ihr Verhältnis immer nur das einer „Wahrheit von . . ." ist, behaupten sich die Differenzen nur, um sich zu negieren und sich in anderen Differenzen aufzuheben; und sie können dies nur, weil jede Differenz bereits das An-Sich eines künftigen Für-sich beinhaltet. Und wenn man die Einleitung zur „Philosophie der Geschichte" liest, so ist es der gleiche Vorgang, man könnte sagen, das gleiche Vorgehen: jedes Moment in der Entwicklung der Idee existiert in Staaten, die ein einfaches Prinzip realisieren: die schöne Individualität Griechenlands, der juristische Geist Roms usw. Und indem Hegel von Montesquieu den Gedanken übernimmt, daß in einer Totalität alle konkreten Determinationen — seien sie nun ökonomischer, politischer, moralischer oder auch militärischer Art — ein einziges und selbes Prinzip ausdrücken, denkt er die Geschichte innerhalb der Kategorie der expressiven Totalität.

Für Marx sind die Differenzen real, und es sind nicht nur Differenzen von Sphären der Aktivität, der Praxen und Gegenstände: Es sind Differenzen der Wirksamkeit. Die letzte Instanz bewirkt hier, daß die ausgeglichene Figur des Kreises und der Sphäre zerschlagen wird. Nicht zufällig gibt Marx die Metapher des Kreises zugunsten derjenigen des Gebäudes auf. Ein Kreis ist geschlossen, und der Ausdruck Totalität, der ihm entspricht, unterstellt, daß man ausnahmslos alle Phänomene erfassen könne, um sie in der einfachen Einheit seines Zentrums zu versammeln. Im Gegensatz dazu zeigt uns Marx ein Gebäude, eine Basis, eine Etage oder auch zwei, das wird nicht näher präzisiert. Es wird auch nicht gesagt, daß alles dort hinein müsse und daß alles entweder Basis oder Überbau sei. Man könnte sogar die für das „Kapital" sehr wichtige Auffassung vertreten, daß die marxistische Theorie der Gesellschaften und der Geschichte eine ganze Theorie ihrer „faux frais" und Abfälle impliziert. Lediglich wird gesagt, daß man unterscheiden müsse und daß die Unterschiede real, irreduzibel sind, daß in der Ordnung der Determinierung der Anteil der Basis und des Überbaus nicht gleich groß ist und daß diese Ungleichheit mit Dominante konstitutiv ist für die Einheit des Ganzen, welches daher nicht mehr die expressive Einheit eines einfachen Prinzips sein kann, dessen sämtliche Elemente die Phänomene wären.

Das ist der Grund, weshalb ich von einem Ganzen (tout) gesprochen habe, um deutlich zu machen, daß in der marxistischen Konzeption einer Gesellschaftsformation alles zusammenhängt (tout se tient), daß die Unabhängigkeit eines Elements immer nur die Form seiner Abhängigkeit ist und daß das Spiel der Differenzen durch die Einheit einer Determination in letzter Instanz geregelt wird; aber das ist auch der Grund, weshalb ich nicht von einer Totalität gesprochen habe, weil das marxistische Ganze ungleich und komplex ist und durch die Determination in letzter Instanz als ungleich gekennzeichnet wird. Es ist dieses Spiel, diese Ungleichheit, die zu denken gestatten, daß einer Gesellschaftsformation etwas reales zustoßen und daß man durch den politischen Klassenkampf in die reale Geschichte eingreifen kann. Ich habe es bereits einmal am Rande vermerkt: Nirgendwo hat es jemals eine Politik gegeben, die sich auf Hegel berufen könnte. Denn wo ist der Zugriff zum Kreis, wenn man im Kreis selbst erfaßt ist? Die marxistische Topik gibt ausdrücklich die Antwort, indem sie darauf hinweist: dort ist das, was in letzter Instanz determinierend ist, die Ökonomie, also der ökonomische Klassenkampf, fortgeführt im politischen Klassenkampf für die Eroberung der Staatsmacht, und so verhält sich (oder verhält sich nicht) der Klassenkampf der Basis zum Klassenkampf des Überbaus. Aber das ist nicht alles. Indem sie das anzeigt, antwortet die marxistische Topik demjenigen, der sie befragt, zugleich mit dem Hinweis auf seinen Platz, den er im historischen Prozeß einnimmt: dort ist der Ort, an dem Du stehst, und dorthin mußt Du gehen, um die Dinge zu ändern. Archimedes wollte nur einen Fixpunkt, um die Welt aus den Angeln zu heben. Die marxistische Topik weist auf den Ort hin, wo man kämpfen muß, weil dort gekämpft wird, um die Welt zu verändern. Aber dieser Ort ist nicht mehr ein Punkt, und er ist nicht feststehend; es ist ein gegliedertes System von Positionen, die durch die Determination in letzter Instanz bestimmt werden.

Alles dies bleibt im „Vorwort" zur „Kritik", auf das ich anspiele, formal, keiner wird es bestreiten wollen. Das „Manifest" jedoch hatte die Dinge beim Namen genannt, und das „Kapital" hört nie auf es zu wiederholen. „Das Kapital" denkt immerzu in der Figur der Topik. Durch sie kann sich die theoretische Determination in eine praktische Entscheidung verwandeln, weil sie die Dinge so ausbreitet, daß die Arbeiter, an die sich Marx richtete, sie ergreifen können. Der „Begriff" (i.O.:Dt.), der In-den-Griff-Nehmen ist, wird bei Marx zur theoretisch-praktischen Anordnung einer Topik, zum Mittel einer praktischen Inangriffnahme der Welt.

Es versteht sich, daß in diesem neuen Ganzen die darin mitspielende Dialektik keine Hegelsche Dialektik mehr ist. Ich habe gemeint, dies in bezug auf den Widerspruch zeigen zu können, indem ich darauf verwies, daß sobald man den Charakter des marxistischen Ganzen und seine Ungleichheit ernstnimmt, man darauf

kommen müßte, daß diese Ungleichheit sich notwendig in der Form der Überdeterminierung oder der Unterdeterminierung reflektiert. Natürlich kann es nicht darum gehen, die Überdeterminierung oder die Unterdeterminierung in Begriffen der Addition oder Subtraktion eines Determinations-Quantums zu verstehen, das einem bereits vorher existierenden Widerspruch, der irgendwo von Rechts wegen bestehen würde, hinzugefügt oder weggenommen würde. Die Überdeterminierung oder die Unterdeterminierung sind keine Ausnahmen in bezug auf einen reinen Widerspruch. Ebenso wie Marx sagt, daß der Mensch sich nur in der Gesellschaft isolieren kann, ebenso wie Marx sagt, daß die Existenz von einfachen ökonomischen Kategorien das außergewöhnliche Resultat der Geschichte ist, existiert ein Widerspruch im Reinzustand nur als determiniertes Produkt des unreinen Widerspruchs.

Diese These ändert lediglich die Bezugspunkte, innerhalb deren man den Widerspruch denkt. Und vor allem distanziert sie sich von dem, was ich den einfachen Widerspruch genannt habe, sagen wir präziser: von dem Widerspruch im logischen Sinne des Wortes, der zwei gleiche Einheiten einander entgegensetzt, die lediglich mit verschiedenen Vorzeichen versehen sind: + oder —, A und Nicht-A. Um nun über das, was ich in meinen ersten Essays gesagt habe, hinauszugehen, allerdings in der gleichen Richtung, würde ich sagen, daß der Widerspruch, so wie man ihn im „Kapital" findet, die überraschende Eigenart aufweist ungleich zu sein, Gegensätze ins Spiel zu bringen, die man nicht erhält, wenn man den einen mit dem entgegengesetzten Vorzeichen des anderen versieht, weil sie in einem Ungleichheitsverhältnis begriffen sind, das seine Existenzbedingungen aufgrund eben dieses Widerspruchs ständig reproduziert. Ich spreche zum Beispiel von dem Widerspruch, der die kapitalistische Produktionsweise existieren läßt und sie tendenziell verurteilt, dem Widerspruch, der die Klassen in Klassen aufteilt, in dem sich zwei in der Tat ungleiche Klassen gegenüberstehen: die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse. Denn die Arbeiterklasse ist nicht das Negativ der Kapitalistenklasse, die Kapitalistenklasse mit dem Vorzeichen „Minus", ohne deren Kapitale und Machtfunktionen — und die Kapitalistenklasse ist nicht die Arbeiterklasse mit dem Vorzeichen „Plus", dem des Reichtums und der Macht. Sie haben nicht die gleiche Geschichte, sie haben nicht die gleiche Welt, sie haben nicht die gleichen Mittel und doch treffen sie aufeinander, und es ist in der Tat ein Widerspruch, denn das Verhältnis ihres Aufeinandertreffens reproduziert die Bedingungen ihres Aufeinandertreffens, statt sie aufzuheben in der schönen Hegelschen „Aufhebung" und Versöhnung.

Ich glaube, daß wenn man diesen eigenartigen Charakter des marxistischen Widerspruchs als eines ungleichen Widerspruchs im Auge behielte, man zu aufschlußreichen Ergebnissen nicht nur in Bezug auf das „Kapital", sondern auch in Bezug auf den Kampf der Arbeiterklasse, die manchmal drastischen Widersprüche der Arbeiterbewegung und die Widersprüche des Sozialismus gelangen würde. Denn um diese Ungleichheit begreifen zu können, wäre man gezwungen — darin Marx und Lenin folgend —, die Bedingungen ernst zu nehmen, die diesen Widerspruch ungleich machen, d.h. die materiellen und strukturellen Bedingungen, die das definieren, was ich als komplexes Ganzes mit Dominante bezeichnet habe, und man würde darin die theoretischen Grundlagen der leninistischen These von der ungleichen Entwicklung sehen können. Denn bei Marx ist jede Entwicklung ungleich, und auch dort geht es weder um eine Addition noch um eine Subtraktion in Bezug auf eine angeblich gleiche Entwicklung, sondern es geht um einen wesentlichen Charakterzug. Jede Entwicklung ist ungleich, weil es der Widerspruch ist, der die Entwicklung in Bewegung hält, und der Widerspruch ist ungleich. Deshalb habe ich einst in Anspielung auf Rousseaus Diskurs über den Ursprung der Ungleichheit — wobei Rousseau übrigens der erste Theoretiker der Entfremdung vor Hegel ist — im Untertitel meines Aufsatzes über die materialistische Dialektik den Satz geschrieben: Von der Ungleichheit der Ursprünge.* Durch den Plural der Ursprünge wies ich darauf hin, daß es im philosophischen Sinne des Wortes keinen Ursprung gibt, sondern jeder Anfang durch Ungleichheit gekennzeichnet ist.

Ich habe nur einige Themen skizziert: Ich wollte lediglich auf die entscheidende Bedeutung der These von der letzten Instanz für das Verständnis von Marx hinweisen. Und man ahnt natürlich, daß jede Interpretation der marxistischen Theorie neben theoretischen Einsätzen auch politische und historische Einsätze enthält. Diese Thesen über die letzte Instanz, über das strukturierte Ganze mit Dominante, über die Überdeterminierung und über die Ungleichheit des Widerspruchs hatten zunächst ein unmittelbares Ziel, das ihre Aussage bestimmte: das Ziel nämlich, den Ort und die Rolle der Theorie in der marxistischen Arbeiterbewegung anzuerkennen und zu markieren, nicht nur gestützt auf das berühmte Wort Lenins „ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis", sondern auch indem auf Einzelheiten eingegangen wurde, um die Theorie von ihren Konfusionen, Mystifikationen und Manipulationen abzugrenzen. Aber jenseits dieser ersten Aufgabe verfolgten diese Thesen noch andere, wichtigere Zielsetzungen, denn sie betreffen die Versuchungen, denen die Arbeiterbewegung ausgesetzt ist. Die Versuchung eines messianischen oder kritischen Idealismus der Dialektik, der die aufbegehrenden Intellektuellen seit dem jungen Lukacs sowie auch die alten oder modernen Junghegelianer heimsucht, und die Versuchung dessen, was ich den Hegelianismus der Armen genannt habe, nämlich des Evolutionismus, der innerhalb der Arbeiterbewegung immer die Form des Ökonomismus angenommen hat. In beiden Fällen funktioniert die Dialektik nach der alten Art und Weise der vormarxistischen Philosophie, nämlich als philosophische Garantie für die Herankunft der Revolution und des Sozialismus. In beiden Fällen wird der Materialismus entweder eskamotiert (in der ersten Hypothese) oder auf die mechanische und abstrakte Materialität der Produktivkräfte reduziert (in der zweiten). In allen Fällen stößt die Praktizierung dieser Dialektik auf die unerbittliche Sanktion der Tatsachen: Die Revolution hat weder im England des 19., noch im Deutschland des 20. Jahrhunderts stattgefunden und auch nicht in den am meisten fortgeschrittenen Ländern, sondern anderswo: in Rußland, später in China, in Kuba usw. Wie läßt sich diese Verschiebung des Hauptwiderspruchs vom Imperialismus zum schwächsten Kettenglied und entsprechend die Stagnation des Klassenkampfes in den Ländern, in denen er schon zu triumphieren schien, begreifen, ohne die leninistische Kategorie der ungleichen Entwicklung, die sich auf die Ungleichheit des Widerspruchs sowie auf seine Über- oder Unterdeterminierung verweist? Ich betone bewußt die Unterdeterminierung, denn manche haben sich sehr schnell daran gewöhnt, daß man der Determination einen kleinen Zusatz beifügte, jedoch nicht den Gedanken einer Unterdeterminierung, also einer Determinationsschwelle ertragen, ohne deren Überschreitung Revolutionen scheitern, revolutionäre Bewegungen stagnieren oder verschwinden, der Imperialismus fault und sich doch zugleich entwickelt usw. Wenn der Marxismus zwar fähig ist, diese Tatsachen zu konstatieren, jedoch unfähig ist, sie zu denken; wenn er nicht wirklich fähig ist, die augenscheinliche Wahrheit zu begreifen, daß alle bekannten Revolutionen entweder vorzeitig erfolgen oder scheitern und dies in einer Theorie, die die normativen

* Vgl. Für Marx, Frankfurt/Main 1968, S. 100ff. Anm. d. Übers.

Begriffe der Vorzeitigkeit und des Scheiterns, d. h. Normativität vermeidet, dann ist klar, daß etwas nicht stimmt auf Seiten seiner Dialektik und daß er noch in einer bestimmten Vorstellung befangen ist, die nicht endgültig ihre Rechnung mit Hegel beglichen hat.

Dies ist ein Grund, weshalb ich meine, daß man, um seine Differenz klarer zu erkennen, etwas Abstand nehmen muß gegenüber den unmittelbaren Termini, in denen Marx selbst sein Verhältnis zur Hegelschen Dialektik ausgedrückt hat. Um das zu tun, muß man zunächst beachten, wie sich der Materialismus von Marx ausdrückt, denn von ihm hängt die Frage der Dialektik ab. Und dafür gibt es einen ziemlich guten Weg, dem ich soeben zu folgen versucht habe: denjenigen der Determination in letzter Instanz.

Über den Prozeß der Erkenntnis

Ich möchte jetzt sehr viel rascher einen anderen Querpfad einschlagen, um eine andere Gruppe von Thesen auszumachen, die ich in meinen Essays in Bezug auf die „Erkenntnis" entwickelt habe.

Ich bestreite nicht, daß ich mich in dieser Sache sehr stark auf Spinoza gestützt habe. Ich sagte soeben, daß Marx Hegel nahestand wegen dessen Kritik am Gedanken einer Erkenntnistheorie. Aber diese Hegelsche Kritik gibt es bereits bei Spinoza. Was sagt Spinoza im wesentlichen, wenn er den berühmten Satz schreibt: „habemus enim ideam veram"? Daß wir eine wahre Idee haben? Nein: der gesamte Satz betrifft das „enim". Weil wir nämlich und nur weil wir eine wahre Idee haben, können wir andere Ideen produzieren, die ihrer Norm entsprechen. Und weil wir nämlich und nur weil wir eine wahre Idee haben, können wir wissen, daß sie wahr ist, denn sie ist „index sui". Woher bekommen wir diese wahre Idee? Das ist eine ganz andere Frage. Aber es ist eine Tatsache, daß wir sie haben (habemus), und woraus diese Tatsache auch immer resultieren mag, sie bestimmt alles, was über sie und von ihr ausgehend gesagt werden kann. Damit macht Spinoza jede Erkenntnistheorie, die über das Recht zu erkennen räsonniert, im voraus abhängig von der Tatsache der gewonnenen Erkenntnis. Damit werden sämtliche Fragen des Ursprungs, des Subjekts und des Rechts der Erkenntnis, die den Erkenntnistheorien zugrundeliegen, zurückgewiesen. Aber das verbietet Spinoza nicht, von der Erkenntnis zu reden: nun nicht mehr, um ihren Ursprung, ihr Subjekt und ihr Recht zu denken, sondern um ihren Prozeß und dessen Momente zu fixieren, nämlich die berühmten „drei Erkenntnisarten", die übrigens bei Licht besehen sehr eigenartig sind, denn die erste ist faktisch die gelebte Welt und die letzte ist für Spinoza gut genug, um das „einfache Wesen" — Hegel würde in seiner Sprache sagen: das „konkrete Allgemeine" — des jüdischen Volkes zu denken, von dem in häretischer Weise im „Theologisch-Politischen Traktat" die Rede ist.

Es tut mir leid, daß ich mich derart in etwas verbohren muß, daß manche ganz offensichtlich aus theoretischem Opportunismus für Häresie halten, aber ich würde sagen, daß Marx, nicht nur der Marx der „Einleitung" von '57, der faktisch Hegel mit Spinoza bekämpft, sondern auch der Marx des „Kapital" und ebenso auch Lenin in ihren Positionen durchaus ein enges Verhältnis zu den Positionen Spinozas unterhalten. Denn wenn sie jede Theorie ablehnen, die den Ursprung, das Subjekt und das Recht der Erkenntnis denken möchte, so sprechen auch sie von der Erkenntnis. Und die Tatsache, daß Lenin für den Marxismus den Ausdruck „Erkenntnistheorie" beansprucht, stört eigentlich wenig, wenn man bedenkt, daß er sie definiert durch ... die Dialektik. In der Tat sprechen Marx und Lenin über die Erkenntnis nur in ganz allgemeiner Weise, um den allgemeinen Verlauf ihres Prozesses zu beschreiben. Man muß sich vor diesen Passagen in acht nehmen, in denen Marx in dieser Weise Allgemeinheiten ausspricht. Es gibt zumindest unter anderem eine Passage, wo er das erläutert: in Bezug auf die „Produktion". Das geschieht einmal, um die allgemeinen Bedingungen der Produktion anzugeben und um dann sofort zu erklären, daß es die allgemeine Produktion und erst recht die Produktion im allgemeinen gar nicht gibt, denn allein existieren bestimmte Produktionsweisen und dies in konkreten Gesellschaftsformationen. Damit wird zugleich gesagt, daß alles von der konkreten Struktur der besonderen Prozesse abhängt, jedoch um zu ihnen Zugang zu haben, es der Hilfe jenes Minimums an Allgemeinheit bedarf, ohne das es seinerseits unmöglich wäre, das Existierende auszumachen und zu erkennen. Nun, ich glaube, daß die „Einleitung" von '57 ein Text dieser Art ist. Ich glaube, daß sie weder eine „Erkenntnistheorie" installiert, noch deren Ersatz in Form einer Epistemologie: ich glaube, daß sie lediglich jenes Minimum an Allgemeinheit ausspricht, ohne das es unmöglich wäre, konkrete Prozesse der Erkenntnis auszumachen und zu erkennen. Aber ebenso wie der allgemeine Begriff der Produktion, ist der allgemeine Begriff der Erkenntnis nur dazu da, um in der konkreten Analyse konkreter Prozesse zu verschwinden: in der komplexen Geschichte der Erkenntnisprozesse.

In dieser ganzen Angelegenheit habe ich mich so nah wie möglich an die Marxsche „Einleitung" von '57 gehalten, und auch wenn ich daraus einige notwendigerweise theoretisch provozierende Schlüsse gezogen habe, so meine ich doch, ihr gerecht geworden zu sein.

Ich habe unmittelbar und buchstäblich am Text angesetzt — denn Marx benutzt mehrfach den Begriff der „Produktion" von Erkenntnissen —, um meine zentrale These vorzutragen: den Gedanken der Erkenntnis als Produktion. Natürlich hatte ich auch hier das Echo der spinozistischen „Produktion" im Kopf, und ich nutzte den doppelten Sinn eines Wortes, das zugleich auf die Arbeit, die Praxis und auf die Herausarbeitung der Wahrheit hinweist. Aber im wesentlichen und um den Leser zu provozieren, habe ich mich so nah wie möglich — ich würde sagen: ganz mechanisch — an den marxistischen Begriff der Produktion gehalten, der dem Buchstaben nach einen Prozeß und die Arbeit von Instrumenten an einem Rohstoff anzeigt. Ich bin sogar über die Allgemeinheit von Marx noch hinausgegangen, indem ich einen allgemeinen Begriff der „Praxis" entwickelte, der den Begriff des Arbeitsprozesses aus dem „Kapital" reproduzierte, und — um auf die theoretische Praxis zurückzukommen — ich habe den Text von Marx benutzt und ihn sicher dabei etwas überstrapaziert, um zur Unterscheidung der drei Allgemeinheiten zu kommen, bei denen die erste die Rolle des theoretischen Rohstoffs, die zweite die Rolle der theoretischen Produktionsinstrumente und die dritte die Rolle des Gedankenkonkretums oder der Erkenntnis spielt.* Ich gebe zu, daß Spinoza auch in diese Geschichte verwickelt war wegen seiner „drei Erkenntnisarten" und der zentralen Rolle der zweiten Art: den wissenschaftlichen Abstraktionen.

Was mich an dem Marxschen Text in höchstem Maße interessierte, war die doppelte radikale Opposition von Marx gegen den Empirismus und gegen Hegel. Gegen den Empirismus vertrat Marx die Auffassung, daß die Erkenntnis nicht vom Konkreten zum Abstrakten geht, sondern vom Abstrakten zum Konkreten, und das alles spielt sich ab, ich zitiere: „im Denken", während das Realobjekt, das diesen ganzen Prozeß hervorruft, außerhalb des Denkens existiert. Ge-

* Vgl. hierzu und zum folgenden: Für Marx, a.a.O., S. 124ff.

gen Hegel vertrat Marx die Auffassung, daß dieser Prozeß vom Abstrakten zum Konkreten nicht Produktion des Realen sei, sondern allen Produktion seiner Erkenntnis. Und an dieser ganzen Darstellung faszinierte es mich vor allem, daß man beim Abstrakten anfing. Und da Marx schrieb, daß die Erkenntnis „ein Produkt des Denkens, des Begreifens ... der Verarbeitung von Anschauung und Vorstellung in Begriffe" ist, und da er an anderer Stelle geschrieben hatte: „Es scheint das Richtige zu sein, mit dem Realen und Konkreten ... zu beginnen, also z. B. in der Ökonomie mit der Bevölkerung ... Indes zeigt sich dies bei näherer Betrachtung als falsch. Die Bevölkerung ist eine Abstraktion", so habe ich daraus geschlossen, daß Anschauung und Vorstellung bei Marx als Abstraktionen behandelt wurden. Und ich habe dieser Abstraktion den Status des Konkreten oder Gelebten gegeben, wie er sich in der spinozistischen ersten Erkenntnisart findet, d. h. — in meiner Sprache — den Status des Ideologischen. Sicher, ich habe nicht behauptet, daß die Allgemeinheiten II, die die Allgemeinheiten I bearbeiten, lediglich am Ideologischen arbeiten, da sie ja auch an bereits wissenschaftlich ausgearbeiteten Abstraktionen arbeiten könnten oder an beidem. Aber dennoch blieb jener Grenzfall eines rein ideologischen Rohstoffs, dessen Hypothese es mir erlaubte, das Paar Wissenschaft/Ideologie sowie den epistemologischen Einschnitt auszumachen, welchen Spinoza — bereits lange vor Bachelard — zwischen der ersten und der zweiten Erkenntnisart angezeigt hatte. Damit erzielte ich eine ganze Reihe ideologischer Wirkungen, die — wie ich in meinen „Elementen der Selbstkritik" ausgeführt habe — nicht ganz frei von Theorizismus waren.

Aber natürlich habe ich es nicht dabei bewenden lassen, da ich, wie es ungefähr bei Rousseau heißt, „die Schwäche hatte, an die Kraft der Konsequenzen zu glauben", und immer noch gestützt auf den Text von Marx, habe ich daraus eine wichtige Unterscheidung gewonnen: diejenige zwischen Realobjekt und Erkenntnisobjekt. Diese Unterscheidung steht in eben den Sätzen, in denen Marx den Erkenntnisprozeß behandelt. Als Materialist behauptet er, daß die Erkenntnis die Erkenntnis eines realen Objekts (Marx sagt: realen Subjekts) ist, das — ich zitiere — „nach wie vor außerhalb des Kopfes in seiner Selbständigkeit bestehen bleibt". Und weiter unten schreibt er in Bezug auf die Gesellschaft, die man untersucht, daß sie — ich zitiere — „als Voraussetzung stets der Vorstellung vorschweben muß". Marx behauptet also als Voraussetzung jedes Prozesses der Erkenntnis eines realen Objekts die Existenz dieses Realobjekts außerhalb des Denkens. Aber diese Äußerlichkeit des Realobjekts wird gleichzeitig mit dem eigenständigen Charakter des Erkenntnisprozesses behauptet, der Begriffe durch „Verarbeitung von Anschauung und Vorstellung" produziere. Und am Ende des Prozesses stellt sich das Gedankenkonkretum, die Gedankentotalität, die sein Resultat ist, als die Erkenntnis des realen Konkreten, des Realobjekts dar. Die Unterscheidung zwischen Realobjekt und Erkenntnisprozeß ist im Text von Marx nicht zu bestreiten, ebensowenig wie die Erwähnung der Verarbeitung und der Vielfalt ihrer Momente und ebensowenig wie die Unterscheidung zwischen dem Gedankenkonkretum und dem realen Objekt, deren Erkenntnis er ermittelt.‚unbestimmt' genug, d.h.

Ich habe diese Thesen nicht dazu benutzt, um eine „Erkenntnistheorie" zu fabrizieren, sondern um etwas in jenen blinden Evidenzen in Bewegung zu setzen, mit denen sich eine bestimmte marxistische Philosophie nur zu oft gegen ihre Widersacher zu schützen meint. Ich habe angeregt, daß wenn jede Erkenntnis, sobald sie gewonnen wird, wirklich die Erkenntnis eines Realobjekts ist, das „nach wie vor" unabhängig vom Denken existiert, es vielleicht nicht ganz unnütz ist, sich mit dem Intervall zu befassen, der das „vor" von dem „nach"

trennt und den Erkenntnisprozeß selbst ausmacht, und anzuerkennen, daß dieser durch die „Verarbeitung" aufeinanderfolgender Formen definierte Prozeß sich eben von Anfang an und bis zum Schluß in eine Transformation einschreibt, die nicht das Realobjekt betrifft (5), sondern seine Vertreter, die zunächst vorgegebenen Anschauungen und Vorstellungen, schließlich die späteren Begriffe. Von daher meine These: Wenn der Erkenntnisprozeß nicht das Realobjekt, sondern nur seine Anschauung zu Begriffen, dann zu Gedankenkonkreta transformiert und wenn dieser gesamte Prozeß, wie Marx wiederholt sagt, sich „im Denken" und nicht im realen Objekt abspielt, so nur deshalb, weil in Bezug auf das Realobjekt und um es zu erkennen, das „Denken" an einer anderen „Materie" arbeitet als am Realobjekt: es arbeitet an den vorübergehenden Formen, die es im Transformationsprozeß bezeichnen, um schließlich seinen Begriff, nämlich das Gedankenkonkretum zu produzieren. Ich habe die Gesamtheit der durch diese Arbeit produzierten Formen, einschließlich der letzteren, mit der Kategorie des Erkenntnisobjekts bezeichnet. In der Bewegung, mit der das Denken von der spontanen Anschauung und Vorstellung zum Begriff des realen Objekts übergeht, zielt jede Form zwar auf das Realobjekt ab, fällt aber ebensowenig mit ihm zusammen, wie das Gedankenkonkretum am Ende — wie Hegel es wollte, den Marx deswegen angreift — mit dem realen Konkreten zusammenfällt. Das hieß natürlich einmal mehr Spinoza wiederfinden, dessen Worte durchs Gedächtnis hallen: Die Idee des Kreises ist kein Kreis, der Begriff des Hundes bellt nicht, kurz, man darf nicht das Reale mit seinem Begriff verwechseln.

Sicher, wenn diese notwendige Unterscheidung nicht genügend abgesichert wird, kann sie zum Nominalismus, ja zum Idealismus führen. Im allgemeinen wird angenommen, daß Spinoza dem Nominalismus nachgegeben habe. Jedenfalls hat er Vorsorge getroffen, um sich vor Idealismus zu schützen, und zwar durch seine Theorie von der einen Substanz mit unendlichen Attributen und durch den Parallelismus der beiden Attribute Ausdehnung und Denken. Marx schützt sich anders und wirksamer durch die These vom Primat des Realobjekts über das Erkenntnisobjekt und durch das Primat dieser ersten These über die zweite: die Unterscheidung zwischen Realobjekt und Erkenntnisobjekt. Man bleibt damit innerhalb jenes Minimums an Allgemeinheit, d. h. in diesem Fall jenes Minimums an materialistischen Thesen, die — indem sie sich vom Idealismus abgrenzen — einen freien Raum für die Erforschung der konkreten Prozesse der Erkenntnisproduktion öffnen. Und schließlich — wenn man diesen Vergleich einmal vornehmen will — funktioniert diese These von der Unterscheidung zwischen Realobjekt und Erkenntnisobjekt ganz ähnlich wie die Leninsche Unterscheidung zwischen absoluter Wahrheit und relativer Wahrheit und dies in einer ganz ähnlichen Richtung.

Lenin schrieb: „Ihr werdet sagen: Diese Unterscheidung zwischen relativer und absoluter Wahrheit ist unbestimmt. Ich antworte darauf: Sie ist gerade ‚unbestimmt' genug, um die Verwandlung der Wissenschaft in ein Dogma im schlechtesten Sinne dieses Wortes, d. h. etwas Totes, Erstarrtes, Verknöchertes zu verhindern, sie ist aber zugleich ‚bestimmt' genug, um sich auf das entschiedenste und unwiderruflichste vom Fideismus und vom Agnostizismus, vom philosophischen Idealismus und von der Sophistik der Anhänger Humes und Kants abzugrenzen."

5 „. . . solange sich der Kopf nämlich nur spekulativ verhält, nur theoretisch" (Marx). Marx unterscheidet die theoretische Haltung (Erkenntnis des Realobjekts) von der praktischen Haltung (Transformation des Realobjekts).

ßes Zusatzen von neuem Wert erhält er (der Arbeiter) den alten Wert."(7)

Welche Einsätze haben diese Thesen? Nehmen wir einmal die marxistische Wissenschaft und unterstellen wir, daß die politischen Bedingungen derart wären, daß man nicht mehr an ihr arbeiten würde, daß man ihr keine neuen Erkenntnisse mehr hinzufügen würde. Dann stehen die alten, die das Reale eingesteckt hat, da als ein Teil des Realen in Form von enormen und toten Evidenzen, wie Maschinen ohne Arbeiter, eigentlich keine Maschinen mehr, sondern Dinge. Wir sind dann nicht mehr sicher, wie Lenin sagt, „die Verwandlung der Wissenschaft in ein Dogma im schlechtesten Sinne dieses Wortes, d. h. in etwas Totes, Erstarrtes, Verknöchertes verhindern" zu können. Damit wird gesagt, daß der Marxismus selbst Gefahr läuft, Wahrheiten zu wiederholen, die nur noch der Name der Dinge sind, während die Welt neue Erkenntnisse erfordert s o wo h l über den Imperialismus als a u c h über den Staat, als auch über die Ideologien als auch über den Sozialismus als auch über die Arbeiterbewegung selbst. Damit wird an das erstaunliche Wort Lenins erinnert: M a r x h a t n u r d i e E c k s t e i n e g e l e g t für eine Theorie, die wir um jeden Preis in allen Richtungen weiterentwickeln müssen. Damit wird gesagt: Die marxistische Theorie kann sich der Geschichte gegenüber verspäten und sich selbst gegenüber verspäten, wenn sie jemals glaubt angekommen zu sein.

MARX UND DER THEORETISCHE HUMANISMUS

Ein letzter, sehr kurzer Querpfad, um eine andere provozierende These zu überprüfen: diejenige des theoretischen Antihumanismus von Marx. Allein des Spaßes an den ideologischen Fanfaren wegen, mit denen man es mir heimgezahlt hat, würde ich sagen, daß, wenn ich diese These nicht vertreten hätte, so hätte ich sie erfinden müssen.

Es ist eine ernsthafte These unter der Bedingung, daß man sie ernsthaft liest und vor allen Dingen ernsthaft eines der beiden Wörter, die sie umfaßt, berücksichtigt — was kaum zuviel verlangt ist: das Wort ,,theoretischer". Ich habe gesagt und habe es wiederholt, daß der Begriff oder die Kategorie des Menschen bei Marx keine theoretische Funktion hat. Man muß wohl annehmen, daß ,,theoretisch" denen nichts bedeutete, die es nicht hören wollten.

Versuchen wir es zu hören.

Und daher zunächst ein Wort über Feuerbach, von dem ich einige Texte übersetzt habe.* Niemand wird bestreiten, daß die Philosophie Feuerbachs ganz offen theoretisch-humanistisch ist. Feuerbach sagt: Jede neue Philosophie kündigt sich mit einem neuen Wort an. Die Philosophie der Neuzeit, meine Philosophie, kündigt sich an mit dem Wort Mensch. In der Tat ist der Mensch, das menschliche Wesen das zentrale Prinzip der gesamten Feuerbachschen Philosophie. Nicht weil Feuerbach sich nicht für die Natur interessieren würde, denn er spricht von der Sonne, den Planeten und auch den Pflanzen, den Libellen und den Hunden, ja sogar von den Elephanten, um zu erklären, daß sie keine Religion haben. Aber er übt sich, wenn ich so sagen darf, zunächst an der

7 K. Marx: Das Kapital, Bd. I, MEW, Bd. 23, S. 214. (Vgl. die leicht abweichende, aber von Marx autorisierte Übersetzung von J. Roy: K. Marx, Le Capital. Livre I, hrsg. L. Althusser, Paris 1969, S. 154. Anm. d. Übers.).

* Vgl. Ludwig Feuerbach: Manifestes Philosophiques. Textes choisis (1839-1845). Traduit de l'allemand par Louis Althusser, Paris 1960. Letzte (Taschenbuch-)Ausgabe: Paris 1973. Anm. d. Übers.

Das bedeutet im Klartext: unsere These ist bestimmt genug, um nicht in Idealismus abzugleiten, bestimmt genug, um sich vom Idealismus abzugrenzen, aber ‚unbestimmt' genug, d.h. in ihrer Allgemeinheit richtig genug, um die lebendige Freiheit der Wissenschaft gegen ihre Beisetzung in ihren Ergebnissen zu schützen.

Ohne die Proportionen verwischen zu wollen, gilt das gleiche für meine These von der Differenz zwischen Realobjekt und Erkenntnisobjekt. Ihre Einsätze sind nicht ganz unerheblich. Es galt zu verhindern, daß man die von Marx produzierte Wissenschaft „wie ein Dogma im schlechtesten Sinne dieses Wortes" behandelte, es galt, die ungeheure Marxsche Arbeit der Kritik und „Verarbeitung" l e b e n d i g zu erhalten, ohne die er niemals — ich benutze hier seine inzwischen klassisch gewordene Sprache — hinter der Erscheinungsform der Dinge und an deren Antipoden das leicht zu verkennende Wesen ihrer „inneren Verhältnisse" entdeckt hätte. Es galt begreifen und spüren zu lassen, welchen unerhörten Bruch Marx mit diesen überkommenen Erscheinungsformen, d. h. mit den massiven Evidenzen der herrschenden bürgerlichen Ideologie vollziehen mußte. Und da wir auch selber Betroffene waren, galt es, jene Wahrheit lebendig und wirksam werden zu lassen, aufgrund deren wir mit anderen Evidenzen zu brechen hatten, auch wenn sie manchmal mit Marx' eigenem Vokabular überdeckt waren, das die herrschende Ideologie oder die Abweichungen der Arbeiterbewegung von seiner Aufgabe abgelenkt haben konnten. Es galt daran zu erinnern, daß wenn — wie Lenin sagt — „die lebendige Seele des Marxismus die konkrete Analyse der konkreten Situation ist", die Erkenntnis des Konkreten nicht am Anfang, sondern am E n d e d e r A n a l y s e steht, und die Analyse nur möglich ist auf der Grundlage der Begriffe von Marx und nicht der unmittelbaren Evidenzen des Konkreten, ohne die man nicht auskommt, aber denen ihre Erkenntnis nicht auf der Stirn geschrieben steht.

Es galt schließlich — und dies ist nicht der geringste Einsatz — mit Marx daran zu erinnern, daß die Erkenntnis des Realen etwas am Realen „verändert", insofern sie ihm ja gerade s e i n e Erkenntnis h i n z u f ü g t, aber daß alles so verläuft, als ob sich diese A d d i t i o n selbst in ihrem Resultat annullieren würde. Da s e i n e Erkenntnis bereits im voraus zum Realen gehört, da sie nur s e i n e Erkenntnis ist, fügt sie ihm nur etwas hinzu unter der paradoxen Bedingung, ihm n i c h t s hinzuzufügen (6); nachdem sie einmal produziert ist, gehört sie ihm voll und ganz an und verschwindet in ihm. Der Erkenntnisprozeß fügt bei jedem Schritt dem Realen seine eigene Erkenntnis hinzu, aber bei jedem Schritt steckt das Reale sie ein, weil sie ja ihm gehört. D i e U n t e r s c h e i d u n g z w i s c h e n E r k e n n t n i s o b j e k t u n d R e a l o b j e k t w e i s t also das Paradox auf, daß sie nur vorgenommen wird, um w i e d e r annulliert zu w e r d e n. A b e r s i e i s t n i c h t gleich null: denn um annulliert zu werden, muß sie ständig vorgenommen werden. Das ist normal, es ist der unendliche Zyklus jeder Erkenntnis, die dem Realen s e i n e Erkenntnis nur hinzufügt, um sie ihm wiederzugeben, und dieser Zyklus ist nur Zyklus und folglich lebendig, w e n n e r s i c h r e p r o d u z i e r t, denn nur die Produktion neuer Erkenntnisse erhält die alten am Leben. Die Dinge spielen sich ganz ähnlich ab, wie bei Marx, der sagt: die lebendige Arbeit muß der Materie „e i n e n n e u e n Wert hinzufügen", damit der in den Produktionsmitteln enthaltene Wert der „toten Arbeit" erhalten und auf das Produkt übertragen werden kann; ich zitiere: „...durch blo-

6 Vgl. Engels: „Die Auffassung der Natur, so wie sie sich gibt, o h n e f r e m d e Z u t a t". Vgl. die leninistische These von der W i d e r s p i e g e l u n g.

Natur, indem er uns ganz selbstverständlich darlegt, daß jede Gattung eine Welt für sich hat, die nur die Manifestation ihres Wesens ist. Diese Welt setzt sich aus Gegenständen zusammen, und unter ihnen gibt es einen Gegenstand par excellence, in dem sich das Gattungswesen erfüllt und bestätigt: nämlich in seinem wesentlichen Gegenstand. So hat also jeder Planet als wesentlichen Gegenstand die Sonne, die auch der wesentliche Gegenstand der Pflanze ist usw.

Dermaßen konditioniert können wir dann zum Menschen übergehen. Er ist das Zentrum seiner Welt, wie auch das Zentrum seines absoluten Horizonts, seiner „Umwelt" (i.O.: Dt.). Es gibt nichts in seiner Welt, das nicht ihm gehören würde: oder besser, nichts in seiner Welt, das nicht er ist, denn alle Gegenstände seiner Welt sind seine Gegenstände nur in dem Maße, wie sie die Verwirklichung und Projektion seines Wesens sind. Die Gegenstände seiner Wahrnehmung sind nur seine Art und Weise, sie wahrzunehmen, die Gegenstände seines Denkens nur seine Art und Weise, sie zu denken, die Gegenstände seiner Affektion nur seine Art und Weise, affiziert zu sein. Alle seine Gegenstände sind wesentlich in dem Maße wie alles, was sie ihm geben, immer nur sein eigenes, in sie projiziertes Wesen ist. Der Mensch ist also Subjekt und seine wesentlichen Attribute geben ihm, vergegenständlicht in Form von Objekten, immer nur sein eigenes Wesen zurück. Der Mensch ist immer im Menschen enthalten, der Mensch verläßt den Menschen nie, weil — einem nicht sehr geheimnisvollen kleinen Satz zufolge, den der junge Marx bei Feuerbach abgeschrieben hat und über den die Teilnehmer am Moskauer Hegel-Kongreß im letzten Sommer gelehrte Debatten geführt haben — ...weil die Welt nur die Welt des Menschen und der Mensch nur die Welt des Menschen ist. Die Sonne und die Sterne, die Libellen, die Wahrnehmung, der Verstand, die Leidenschaft existieren nur als vielfältige Übergänge, die uns an die Schwelle der entscheidenden Wahrheiten führen: die Eigenart des Menschen besteht im Unterschied zu den Sternen und den Tierchen darin, daß er seine eigene Gattung, das Wesen seiner Gattung, wie überhaupt sein gesamtes Gattungswesen zum Gegenstand hat und zwar in einem Gegenstand, welcher nichts der Natur verdankt, nämlich der Religion. Durch den Mechanismus der Vergegenständlichung und Umkehrung stellt sich das menschliche Gattungswesen dem Menschen in der verkehrten Form eines äußeren Gegenstandes, einer anderen Welt dar: der Religion. In der Religion betrachtet der Mensch seine eigene Großartigkeit, seine eigenen Schöpfungskräfte als Mächte eines absolut anderen, vor dem er erzittert und niederkniet, um seine Gnade zu erflehen. Und das ist durchaus praktisch, denn daraus folgen alle Rituale des Kults und sogar die objektive Existenz der Wunder, die in dieser imaginären Welt tatsächlich stattfinden, denn sie sind nach dem Worte Feuerbachs — ich zitiere — nichts als die „Wunscherfüllung" (i.O.: Dt.). Der Mensch als absolutes Subjekt begegnet also dem Absoluten in Gott, aber er weiß nicht, daß der, dem er begegnet, er selbst ist. Diese ganze Philosophie, die sich nicht auf die Religion beschränkt, sondern sich auch auf die Kunst, die Ideologie, die Philosophie und sogar — man achtet leider zuwenig darauf — auf die Politik, die Gesellschaft und selbst die Geschichte ausdehnt, beruht somit auf der Wesensidentität von Subjekt und Objekt, und diese Identität erklärt sich aus der Allmacht des menschlichen Wesens, sich auf seine Objekte als seinen Selbstverwirklichungen zu projizieren, und aus der Entfremdung, welche das Subjekt vom Objekt trennt, das Objekt dem Subjekt äußerlich werden läßt, es verdinglicht und das wesenhafte Verhältnis verkehrt, weil das Subjekt ja leider durch sich selbst beherrscht wird in Form eines Objekts — Gott oder der Staat usw. —, das freilich nur es selbst ist.

Man darf nicht vergessen, daß dieser Diskurs, für den ich hier nur die Prämissen nenne, eine gewisse Größe besaß, insofern er dazu aufrief, die durch die religiöse und politische Entfremdung geschaffene Verkehrung umzukehren; anders gesagt, er rief dazu auf, die imaginäre Herrschaft der Attribute des menschlichen Subjekts über das menschliche Subjekt umzukehren; er rief den Menschen dazu auf, endlich in den Besitz seines Wesens zurückzukehren, das ihm durch die Herrschaft Gottes oder des Staates entfremdet worden war; er rief den Menschen dazu auf, endlich nicht mehr nur im Imaginären der Religion, im „Himmel des Staates" oder in der entfremdeten Abstraktion der Hegelschen Philosophie, sondern auf Erden, hier und heute, in der wirklichen Gesellschaft sein wahres menschliches Wesen zu realisieren, welches die menschliche Gemeinschaft, der „Kommunismus" ist.

Der Mensch als Zentrum seiner Welt im philosophischen Sinne des Wortes, als ursprüngliches Wesen und Zweck seiner Welt: dies läßt sich wohl als ein theoretischer Humanismus im strengen Sinne bezeichnen.

Man wird mir zugestehen, daß Marx, nachdem er in sehr starkem Maße dieser Problematik vom Gattungswesen des Menschen und von der Entfremdung gefolgt war, mit Feuerbach gebrochen hat und daß dieser Bruch mit dem theoretischen Humanismus Feuerbachs in radikaler Weise die Geschichte des Marxschen Denkens kennzeichnet.

Aber ich möchte noch weitergehen. Denn Feuerbach ist eine eigenartige philosophische Figur, deren Besonderheit darin besteht — man verzeihe mir den Ausdruck — „endlich auszupacken". Feuerbach ist ein erklärter theoretischer Humanist. Aber er hat hinter sich eine lange Ahnenreihe von Philosophen, die sich zwar nicht in der gleichen Weise wie er dazu bekannt haben, sich jedoch in der Philosophie mit dem Menschen beschäftigten, selbst wenn das in einer weniger offenen Form geschah. Und es liegt mir fern, diese große humanistische Tradition schlecht machen zu wollen, deren historisches Verdienst darin besteht, gegen den Feudalismus und die Kirche sowie deren Ideologen gekämpft und dem Menschen Ansehen und Würde verliehen zu haben. Aber es liegt uns glaube ich auch der Gedanke fern zu bestreiten, daß diese humanistische Ideologie, die große Werke und große Denker hervorgebracht hat, von der aufsteigenden Bourgeoisie nicht zu trennen ist, deren Zielsetzungen sie ausdrückte, indem sie die Anforderungen einer durch ein neues Recht — nämlich durch das alte römische Recht, berichtigt zum bürgerlichen Warenrecht — sanktionierten kapitalistischen Warenwirtschaft philosophisch übersetzte und übertrug. Der Mensch als freies Subjekt (Untertan), der Mensch als freier Herr (Subjekt)* über seine Handlungen und Gedanken, das ist zunächst einmal ein Mensch, der frei ist zu besitzen, zu verkaufen und zu kaufen, das Subjekt des Rechts.

Ich breche hier bereits ab und behaupte, daß bis auf gewisse unzeitgemäße Ausnahmen die große Tradition der klassischen Philosophie in den Kategorien ihrer Systeme sowohl das Recht des Menschen auf Erkenntnis, das sie zum Gegenstand ihrer Erkenntnistheorien machte — vom cogito bis zum empiristischen Subjekt und zum transzendentalen Subjekt —, als auch das Recht des Menschen zu handeln, das sie zum ökonomischen, moralischen und politischen Gegenstand machte, aufgegriffen hat. Ich glaube mit Recht sagen zu dürfen —

* Wortspiel: „L'homme sujet libre, l'homme libre sujet..." Gemeint ist einmal der philosophisch-juristische, dann der ökonomisch-juristische Begriff des Subjekts, als Mensch-Subjekt, Untertan-Subjekt, Wirtschafts- und Rechts-Subjekt, usw. Anm. d. Übers.

auch wenn ich es an dieser Stelle natürlich nicht ausführen kann —, daß die Kategorie des Menschen, des menschlichen Wesens oder der menschlichen Gattung, unter welchen verschiedenen Gegenständen sie sich auch immer zugleich aufteilen oder verbergen mag, eine wesentliche theoretische Rolle innerhalb der vormarxistischen Philosophie gespielt hat. Und wenn ich von der theoretischen Rolle spreche, die eine Kategorie spielt, so verstehe ich darunter, daß sie mit den anderen Kategorien derart verbunden ist, daß sie nicht aus dem Ensemble herausgelöst werden kann, ohne die Funktionsweise des Ganzen in Mitleidenschaft zu ziehen. Ich glaube also sagen zu können, daß die große klassische Philosophie — bis auf Ausnahmen — in nicht offendeklarierten Formen die Tradition eines unbestreitbaren theoretischen Humanismus darstellt. Und wenn Feuerbach auf seine Art „endlich auspackt", wenn er kurzerhand das menschliche Wesen in den Mittelpunkt des Ganzen stellt, so weil er glaubt, endlich sich den Voraussetzungen entziehen zu können, die die klassischen Philosophien den Menschen verstellen ließen, indem sie ihn in mehrere Subjekte aufteilten. Diese Aufteilung des Menschen in — sagen wir der Einfachheit halber — zwei Subjekte, das Subjekt der Erkenntnis und das Subjekt der Handlung, welche die klassische Philosophie kennzeichnet und ihr jene phantastische Feuerbachsche Erklärung unmöglich macht, glaubt Feuerbach nun seinerseits reduzieren zu können: er ersetzt die Pluralität der Subjekte durch die Pluralität der Attribute im menschlichen Subjekt, und er meint ein weiteres, politisch wichtiges Problem, nämlich die Unterscheidung von Individuum und Gattung zu lösen durch die Sexualität, die das Individuum aufhebt, weil es ja immer wenigstens zweier Individuen bedarf, und das ist bereits die Gattung. Ich meine: an der Art wie Feuerbach verfährt, sieht man, worum es vor ihm ging. Es ging bereits um den Menschen, aber aufgeteilt in mehrere Subjekte und aufgeteilt in Individuum und Gattung.

Daraus folgt, daß der theoretische Antihumanismus von Marx sehr viel mehr ist, als nur eine Abrechnung mit Feuerbach: er stellt sowohl die bestehenden Philosophien der Gesellschaft und der Geschichte, als auch die klassische philosophische Tradition und folglich die gesamte bürgerliche Ideologie in Frage.

Ich würde daher sagen, daß der theoretische Antihumanismus von Marx zunächst ein philosophischer Antihumanismus ist. Wenn das, was ich soeben gesagt habe, einige Berechtigung hat, so genügt es, wenn man es mit dem in Verbindung bringt, was ich vorhin über die Beziehungen von Marx zu Spinoza und Hegel — gegen die Philosophen des Ursprungs und des Subjekts — gesagt habe, damit sich die Schlußfolgerung aufdrängt. Und in der Tat, wenn man die als gültig akzeptierten Texte der marxistischen Philosophie untersucht, so ist die Kategorie des Menschen bzw. irgendeine ihrer vergangenen oder möglichen Verkleidungen dort nirgendwo zu finden. Die Handvoll materialistischer und dialektischer Thesen, die das Ganze der marxistischen Philosophie konstituieren, können zu aller Art von Kommentaren Anlaß geben. Ich sehe nicht, daß sie auch nur irgendeine humanistische Interpretation zulassen würden: Ganz im Gegenteil, sie sind dazu da, um sie als eine Variante des Idealismus unter anderen abzuwehren und um dazu aufzufordern, auf eine ganz andere Art und Weise zu denken.

Aber wir sind damit noch nicht fertig, denn es gilt noch sich über den theoretischen Antihumanismus des Historischen Materialismus zu verständigen, d. h. über die Elimination des Begriffs des Menschen als zentralem Begriff durch die marxistische Theorie der Gesellschaftsformationen und der Geschichte.

Sollte man zuvor nicht Einwände ausräumen? Es scheint nötig, denn sie treten immer wieder auf. Der erste schlußfolgert, daß eine so verstandene marxistische Theorie dazu führe, die Menschen zu verachten und ihren revolutionären Kampf zu lähmen. Dabei ist „Das Kapital" angefüllt mit dem Leiden der Ausgebeuteten — von den Schrecken der ursprünglichen Akkumulation bis hin zum triumphierenden Kapitalismus —, und es ist geschrieben für ihre Befreiung von der Klassenunterdrückung. Was freilich Marx nicht nur nicht daran hindert, sondern ihn geradezu zwingt, selbst im „Kapital", das die Mechanismen der Ausbeutung analysiert, von den konkreten Individuen zu abstrahieren und sie theoretisch als bloße „Träger" von Verhältnissen zu behandeln. Der zweite Einwand hält dem theoretischen Antihumanismus von Marx die Existenz der humanistischen Ideologien entgegen, die, auch wenn sie im allgemeinen der bürgerlichen Hegemonie dienen, unter bestimmten Umständen und in bestimmten sozialen Schichten — und dies selbst in ihrer religiösen Form — die Revolte der Massen gegen Ausbeutung und Unterdrückung ausdrücken können. Aber das macht keine Schwierigkeit, sobald man weiß, daß der Marxismus die Existenz der Ideologien anerkennt und sie je nach der Rolle, die sie im Klassenkampf spielen, einschätzt.

Worum es geht, ist etwas anderes: es ist der theoretische Anspruch einer humanistischen Auffassung, die Gesellschaft und die Geschichte zu erklären ausgehend vom menschlichen Wesen, vom freien menschlichen Subjekt als Subjekt seiner Bedürfnisse, der Arbeit, der Begierde, als Subjekt des moralischen und politischen Handelns. Ich erhalte aufrecht, daß Marx die Wissenschaft der Geschichte nur hat begründen und das „Kapital" nur hat schreiben können unter der Bedingung, mit dem theoretischen Anspruch jedes Humanismus dieser Art zu brechen.

Gegen jede bürgerliche, vom Humanismus durchdrungene Ideologie erklärt Marx: „Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen" (Grundrisse); „Meine analytische Methode geht nicht von dem Menschen, sondern von der ökonomisch gegebenen Gesellschaft aus" (Randglossen zu Wagner); und gegen die humanistischen und marxistischen Sozialisten, die im Gothaer Programm erklärt hatten: „Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur", behauptet er: „Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit übernatürliche Schöpfungskraft anzudichten". Kann man sich einen deutlicheren Bruch überhaupt vorstellen?

Die Auswirkungen lassen sich dann im „Kapital" nachlesen. Marx zeigt, daß das, was eine Gesellschaftsformation in letzter Instanz determiniert und ihre Erkenntnis gibt, nicht das Gespenst eines menschlichen Wesens oder einer menschlichen Natur ist; es ist nicht der Mensch und nicht einmal „die Menschen", sondern ein Verhältnis, das Produktionsverhältnis, das mit der Basis, dem Unterbau zusammenfällt. Und gegen jeden humanistischen Idealismus zeigt Marx, daß dieses Verhältnis kein Verhältnis zwischen Menschen, kein Verhältnis zwischen Personen ist; es ist weder ein inter-subjektives, noch ein psychologisches, noch ein anthropologisches Verhältnis, sondern ein doppeltes Verhältnis: ein Verhältnis zwischen Menschengruppen in bezug auf das Verhältnis zwischen diesen Menschengruppen und Dingen, den Produktionsmitteln. Man unterliegt einer der größten Mystifikationen, wenn man glaubt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse auf Verhältnisse zwischen Menschen oder auch Menschengruppen reduzierbar seien: denn es heißt unterstellen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse Verhältnisse sind, die nur Menschen betreffen, obwohl sie auch Dinge betreffen, die Produktionsmittel, die aus der materiellen Natur gewonnen wurden. Das Produktionsverhältnis, sagt Marx, ist ein Aufteilungs-

verhältnis, es teilt die Menschen in Klassen auf, ebenso wie es gleichzeitig die Produktionsmittel einer Klasse zuteilt. Die Klassen entstehen aus dem Antagonismus dieser Aufteilung, die zugleich eine Zuteilung ist. Natürlich sind die menschlichen Individuen an diesem Verhältnis direkt beteiligt, also aktiv, aber zunächst einmal, weil sie darin erfaßt sind. Nicht weil sie direkt daran beteiligt sind, wie in einem freien Vertrag, sind sie darin erfaßt, sondern weil sie darin erfaßt sind, sind sie direkt daran beteiligt. Es ist sehr wichtig zu sehen, weshalb Marx hier die Menschen nur als „Träger" eines Verhältnisses oder einer Funktion innerhalb des Produktionsprozesses betrachtet, der durch das Produktionsverhältnis determiniert wird. Das liegt keineswegs daran, daß er die Menschen in ihrem konkreten Leben auf bloße Funktionsträger reduziert: er betrachtet sie hier als solche, weil das kapitalistische Produktionsverhältnis sie auf diese bloße Funktion an der Basis, in der Produktion, d. h. in der Ausbeutung reduziert. Tatsächlich ist der Mensch der Produktion, betrachtet als Agent der Produktion, für die kapitalistische Produktionsweise nur das, d. h. determiniert als bloßer „Träger" eines Verhältnisses, als bloßer „Funktionsträger", völlig anonym, auswechselbar, denn er kann auf die Straße geworfen werden, wenn er Arbeiter ist, ein Vermögen machen oder Bankrott gehen, wenn er Kapitalist ist. In jedem Fall ist er dem Gesetz eines Produktionsverhältnisses unterworfen, das ein Ausbeutungsverhältnis ist, ein antagonistisches Klassenverhältnis; er ist dem Gesetz dieses Verhältnisses und seinen Auswirkungen unterworfen. Wenn man die konkreten individuellen Determinationen der Proletarier und der Kapitalisten, ihre „Freiheit" oder ihre Persönlichkeit nicht einer theoretischen „epoché" unterwirft, wird man nichts von der furchtbaren praktischen „epoché" begreifen können, der das kapitalistische Produktionsverhältnis die Individuen unterwirft, indem es sie lediglich als Träger ökonomischer Funktionen behandelt und mehr nicht.

Aber wenn man die Individuen als bloße Träger ökonomischer Funktionen behandelt, bleibt das natürlich nicht ohne Konsequenzen für die Individuen. Nicht der Theoretiker Marx behandelt sie so, sondern das kapitalistische Produktionsverhältnis! Die Individuen als Träger auswechselbarer Funktionen behandeln, heißt sie in der kapitalistischen Ausbeutung als grundlegender kapitalistischer Klassenkampfform zu determinieren, sie in nicht wiedergutzumachender Weise an Leib und Leben zu zeichnen; es heißt, sie zu bloßen Anhängseln der Maschine machen, ihre Frauen und Kinder in die Hölle der Fabrik zu werfen, den Arbeitstag maximal zu verlängern und ihnen gerade genug zu geben, um sich zu reproduzieren; es heißt auch, jene gigantische industrielle Reservearmee zu konstituieren, aus der sich andere anonyme Träger gewinnen lassen, um auf die bereits eingestellten Träger, die das Glück hatten, Arbeit zu finden, Druck auszuüben.

Aber zugleich heißt es auch, die Bedingungen einer Organisation des proletarischen Klassenkampfs zu schaffen. Denn es ist die Entwicklung des kapitalistischen Klassenkampfs, d.h. der kapitalistischen Ausbeutung, die selbst diese Bedingungen schafft. Wieviele Male hat Marx nicht die Tatsache betont, daß es die kapitalistische Organisation der Produktion, d.h. der Ausbeutung ist, die die Arbeiterklasse durch den Zwang zum Klassenkampf erzieht, nicht nur indem sie die Arbeitermassen am Arbeitsplatz konzentriert, nicht nur indem sie sie durcheinanderwürfelt, sondern auch und vor allem indem sie ihnen eine furchtbare Arbeits- und Alltagsdisziplin aufzwingt, die die Arbeiter durchmachen werden, um sie in Form gemeinsamer Aktionen gegen ihre Herren zu kehren.

Aber dazu müssen sie zugleich an anderen Verhältnissen direkt beteiligt und in diesen erfaßt sein.

Denn die kapitalistische Gesellschaftsformation läßt sich nicht allein auf das kapitalistische Produktionsverhältnis, also auf die Basis reduzieren. Die Klassenausbeutung kann nur andauern, d.h. ihre Bedingungen reproduzieren, wenn ihr der Überbau, die juristisch-politischen Verhältnisse und die ideologischen Verhältnisse zu Hilfe kommen, die in letzter Instanz durch das Produktionsverhältnis determiniert sind. Marx ist auf diese Analyse nur mit einigen Hinweisen eingegangen. Aber alles, was er gesagt hat, weist uns darauf hin, daß auch diese Verhältnisse die konkreten menschlichen Individuen als „Träger" von Verhältnissen und Funktionen behandeln, an denen die Menschen nur direkt beteiligt sind, weil sie darin erfaßt sind. So abstrahieren die juristischen Verhältnisse vom konkreten Menschen, um ihn als bloßen „Träger" des juristischen Verhältnisses, als bloßes Rechtssubjekt zu behandeln, das fähig ist, Eigentum zu erwerben, auch wenn ihm nur seine nackte Arbeitskraft gehört. So abstrahieren die politischen Verhältnisse vom lebendigen Menschen, um ihn als bloßen „Träger" politischer Verhältnisse zu betrachten, als freien Staatsbürger, auch wenn seine Stimme seine Knechtschaft noch verstärkt. So abstrahieren die ideologischen Verhältnisse vom lebendigen Menschen, um ihn als bloßes Subjekt zu behandeln, das den herrschenden Ideen unterworfen ist oder gegen sie rebelliert. Aber durch alle diese Verhältnisse, die jeweils aus dem konkreten Menschen ihren Träger machen, werden die Menschen dennoch ebenso wie durch das Produktionsverhältnis determiniert und an Leib und Leben gezeichnet. Und da das Produktionsverhältnis ein Klassenkampfverhältnis ist, ist es der Klassenkampf, der in letzter Instanz die Verhältnisse des Überbaus, ihre Widersprüche wie auch die Überdeterminierung, mit der sie die Basis kennzeichnen, determiniert.

Und ebenso wie der kapitalistische Kampf in der Produktion die Bedingungen für den Klassenkampf der Arbeiter schafft, sieht man die juristischen, politischen und ideologischen Verhältnisse zu dessen Organisierung und dessen Bewußtsein gerade durch ihren Zwang beitragen. Denn der proletarische Klassenkampf ist in der Tat innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse und durch den Kampf der bürgerlichen Klasse selbst zur Politik erzogen worden. Jedermann weiß, daß die Bourgeoisie das Ancien Régime, sein Produktionsverhältnis und seinen Staat nicht hat umwälzen können, ohne die Volksmassen in ihren Kampf miteinzubeziehen; jedermann weiß, daß die Bourgeoisie nur deshalb über den Großgrundbesitz hat siegen können, weil sie die Proletarier in ihren politischen Kampf einbezog, auch wenn sie sie danach niedermetzelte. Durch ihr Recht und ihre Ideologie wie durch ihr Gewehrfeuer und ihre Gefängnisse hat die bürgerliche Klasse die Arbeiter auch zum politischen und ideologischen Kampf erzogen, und sie selbst hat sie schließlich dazu gezwungen zu begreifen, daß der proletarische Klassenkampf mit dem bürgerlichen Klassenkampf nichts zu tun hatte und daß dessen ideologische Vorherrschaft abgeschüttelt werden mußte.

Hier ist genau der Ort, wo die letzte Instanz und das widersprüchliche Spiel, das sie innerhalb des „Gebäudes" veranstaltet, eingreift, um die Dialektik dieser paradoxen Phänomene zu erklären, die Marx eben nicht mit Hilfe jenes unzulänglichen Begriffs vom Menschen denkt, sondern mit ganz anderen Begriffen: Produktionsverhältnis, Klassenkampf, juristische, politische, ideologische Verhältnisse. Das Spiel der letzten Instanz macht es in theoretischer Hinsicht möglich, die Differenz und die Ungleichheit der Formen des Klassenkampfs — vom ökonomischen Kampf bis zum politischen und ideologischen Kampf —, also das Wechselverhältnis zwischen diesen Kämpfen und die in diesem Kampf auftretenden Widersprüche zu erklären.

Der theoretische Antihumanismus von Marx im Historischen Materialismus impliziert also die Weigerung, die Erklärung der Gesellschaftsformationen und ihrer Geschichte auf der Grundlage eines mit theoretischen Ansprüchen auftretenden Begriffs vom Menschen vorzunehmen, d.h. des Menschen als ursprünglichem Subjekt seiner Bedürfnisse (homo oeconomicus), seiner Gedanken (homo rationalis), seiner Handlungen und Kämpfe (homo moralis, juridicus et politicus). Denn wenn man von dem Menschen ausgeht, kann man der idealistischen Versuchung der Allmacht der Freiheit oder der schöpferischen Arbeit nicht widerstehen, d.h. man unterliegt nur — in aller „Freiheit" — der Allmacht der herrschenden bürgerlichen Ideologie, deren Funktion es ist, in den illusorischen Formen der freien Macht des Menschen eine andere Macht, die ungleich realer und mächtiger ist, nämlich die des Kapitalismus, aufzuzwingen und sie zugleich zu verschleiern. Wenn Marx nicht von dem Menschen ausgeht, wenn er sich weigert, die Gesellschaft und die Geschichte aus dem Begriff des Menschen theoretisch abzuleiten, so deshalb, weil er mit dieser Mystifikation brechen will, die lediglich ein ideologisches Kräfteverhältnis ausdrückt, das auf dem kapitalistischen Produktionsverhältnis basiert. Marx geht also von der strukturalen Ursache aus, die diesen bürgerlichen ideologischen Effekt produziert, der die Illusion aufrechterhält, daß man von dem Menschen ausgehen sollte: Marx geht von der gegebenen ökonomischen Formation aus, d.h. im „Kapital", vom kapitalistischen Produktionsverhältnis und den Verhältnissen, die es in letzter Instanz im Überbau determiniert.

die Menschen determinieren und zeichnen, und wie sie sie in ihrem konkreten Leben zeichnen und wie die konkreten Menschen über das System des Klassenkampfs durch das System dieser Verhältnisse determiniert werden. In der „Einleitung" von '57 sagte Marx: Das Konkrete ist die Zusammenfassung vieler Bestimmungen. Man kann sein Wort aufgreifen und sagen: Die konkreten Menschen werden bestimmt (determiniert) durch die Zusammenfassung der vielen Bestimmungen (Determinationen) von Verhältnissen, in denen sie erfaßt und an denen sie direkt beteiligt sind. Wenn Marx also nicht von dem Menschen ausgeht, der nur eine leere, d.h. mit bürgerlicher Ideologie überladene Idee ist, so nur, um zu den konkreten Menschen zu gelangen; wenn er den Umweg über jene Verhältnisse macht, deren „Träger" die konkreten Menschen sind, so nur, um zur Erkenntnis der Gesetze zu gelangen, die sowohl ihr Leben als auch ihre konkreten Kämpfe bestimmen.

Man wird bemerkt haben, daß dieser Umweg über die Verhältnisse Marx zu keiner Zeit von den konkreten Menschen entfernt hat, denn in jedem Moment des Erkenntnisprozesses, d.h. seiner Analyse zeigt Marx wie jedes Verhältnis — vom in letzter Instanz determinierenden kapitalistischen Produktionsverhältnis bis hin zu den juristisch-politischen und ideologischen Verhältnissen — die Menschen in ihrem konkreten, durch die Formen und Auswirkungen des Klassenkampfs bestimmten Leben zeichnet. Jede Abstraktion von Marx entspricht der „Abstraktion", die diese Verhältnisse den Menschen aufzwingen, und diese furchtbar konkrete „Abstraktion" ist es, die aus Menschen ausgebeutete Arbeiter oder ausbeutende Kapitalisten macht. Man wird außerdem bemerkt haben, daß der Endpunkt dieses Gedankenprozesses, das „Gedankenkonkretum", zu dem er führt, jene Zusammenfassung vieler Determinationen ist, die das reale Konkrete definiert.

Marx nahm also Klassenpositionen ein, und er hatte die massenhaften Phänomene des Klassenkampfs im Auge. Er wollte der Arbeiterklasse das Verständnis der Mechanismen der kapitalistischen Gesellschaft vermitteln und ihr die Verhältnisse und Gesetze entdecken, unter denen sie lebte, um ihren Kampf

zu verstärken und ihm eine Orientierung zu geben. Ihm ging es nur um den Klassenkampf, um der Arbeiterklasse zu helfen, die Revolution zu machen und danach, am Ende des Kommunismus, den Klassenkampf und die Klassen aufzuheben.

Alle einigermaßen ernsthaften Einwände gegen diesen theoretischen Antihumanismus von Marx beruhen — ich gebe es ehrlich zu — auf Texten, die im „Kapital" das Thema der Entfremdung wiederaufgreifen. Ich sage bewußt „das Thema", weil ich nicht glaube, daß die Passagen, wo dieses Thema aufgegriffen wird, theoretische Tragweite besitzen. Ich meine damit, daß die Entfremdung dort nicht als ein wirklich durchdachter Begriff fungiert, sondern der Ersatz für Realität ist, die noch nicht ausreichend entwickelt sind, als daß Marx sich auf sie beziehen könnte: Die Organisations- und Kampfformen der Arbeiterklasse tauchen am Horizont gerade erst auf. Das Thema der Entfremdung im „Kapital" würde also die Stelle eines Begriffs oder vielmehr von Begriffen einnehmen, die noch nicht erarbeitet sind, weil die objektiven historischen Bedingungen noch nicht ihren Gegenstand produziert haben. Wenn diese Hypothese begründet ist, ließe sich verstehen, weshalb die Kommune als Antwort auf die Erwartungen von Marx dieses Thema überflüssig gemacht hat, ebenso wie es durch die gesamte politische Praxis Lenins überflüssig gemacht wurde. In der Tat ist nach der Kommune weder bei Marx, noch in dem umfangreichen Werk Lenins jemals wieder von Entfremdung die Rede.

Dabei handelt es sich hier nicht um ein Problem, das nur die marxistische Theorie betreffen würde, sondern auch die historischen Formen ihrer Fusion mit der Arbeiterbewegung. Dieses Problem ist heute offen gestellt: Man wird es also untersuchen müssen.

JÜRGENS BUCHLADEN
1 Berlin 33, Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf
Telefon (030) 8313825
NEU
PÄDAGOGIK GESCHICHTE
PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE
POLITIK & GESELLSCHAFT

horizont

die sozialistische Wochenzeitung
für internationale Politik und
Wirtschaft aus der DDR

gibt Informationen, die Sie brauchen!

horizont

Mit „horizont" bietet sich Ihnen eine wichtige Informationsquelle zu Fragen der Außenpolitik der DDR und zum aktuellen Weltgeschehen.

„horizont" bringt für Sie jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

„horizont" erscheint im Berliner Verlag, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Bitte Probeexemplar anfordern. Senden Sie den Kupon an den Berliner Verlag, DDR - 1056 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 29

Wünschen Sie ein Abonnement, senden Sie den Kupon an
Fa. Gebr. Petermann
Buch + Zeitung international
1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 11

☐ Ich möchte „horizont" im Abonnement beziehen
☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.
(Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname

Postleitzahl, Wohnort

Straße, Hausnummer

GESELLSCHAFTLICHE ANALYSE MIT LUHMANNS SYSTEMTHEORIE (1)

I. Zur Auseinandersetzung mit Luhmann

1. Luhmanns Systemtheorie will eine für gesamtgesellschaftliche Analysen adäquate Gesellschaftstheorie sein. Die hiergegen gerichtete Kritik verbleibt oft bei dem pauschalen Vorwurf der Status quo-Apologetik. Da dies seit 30 Jahren zu allen Varianten der soziologischen Systemtheorie gesagt wird, (2) ist dies zu wenig. Die Kritik muß heute spezifischer zeigen, daß auch den auf „Sozialen Wandel", „Evolution" und „Innovation" angelegten Fortentwicklungen und auch der auf Veränderungsfähigkeit des Systems ausgehenden Theorie Luhmanns ein „statisches Vorurteil" zugrundeliegt.(3) Und gerade bei der oft als progressiv empfundenen Systemtheorie Luhmanns muß systematisch herausgearbeitet werden, warum deren scheinbar progressiven Formulierungen den bestehenden Verhältnissen verhaftet bleiben und höchstens oberflächliche Ähnlichkeiten zu marxistischen Theoremen aufweisen.

Hier muß nicht die Luhmann-Diskussion erneut referiert werden. (4) Wir zeigen nur an einigen Punkten, warum eine Systemtheorie ohne explizite Einbettung in den Rahmen einer materialistischen gesamtgesellschaftlichen Theorie selbst keine gesellschaftlichen Analysen ermöglicht, sondern den Zugang zu ihnen verstellt. Gleichzeitig soll auf einige scheinbare Übereinstimmungen zu marxistischen Theoremen verwiesen werden.

2. Systemtheorien modellieren die Beziehungen zwischen den Elementen eines Systems, seine Strukturen und deren Funktionen. Die zugrundeliegenden Modellvorstellungen entstammen verschiedenen Bereichen (Thermodynamik, Biologie, Ethnologie, Organisationsforschung, informationsverarbeitende Maschinen, Soziologie); begriffliche Verallgemeinerung und Umformulierung der Probleme (meist ins Abstraktere) ermöglichen zunehmend gemeinsame Modelle und Fragestellungen für diese verschiedenen Bereiche. Mit derartigen Modellen lassen sich Zusammenhänge zwischen Strukturen und Funktionen eines Systems untersuchen und erklären. Solche Funktionsanalysen haben für viele Disziplinen und auch für die Soziologie Erkenntnisse gebracht. Weil diese strukturell-funktionalistische Methode überwiegend nach der Funktion des untersuchten Elements für das System fragt, wird alles und jedes auf seine „Bestandserhaltungsfunktion" hin interpretiert, kurz: Elemente und System, also die bestehenden Verhältnisse, werden trotz aller Analysen letztlich fraglos hingenommen. Diese „strukturalistische Schwäche" haftet auch den neueren „System/Umgebungs-Theorien" (bei Luhmann: System/Umwelt) an, die vornehmlich fragen, wie ein System Einflüsse seiner komplexen Umgebung absorbiert und sich dabei als „stabiles System" identisch hält. (5) Luhmann will diese Schwäche überwinden, in-

1 Der Beitrag ist eine Fortführung der Luhmann-Diskussion in dieser Zeitschrift, die mit dem Beitrag von B. Heidtmann in Sopo 32, S. 5 ff. beginnt.

2 S. etwa I. S. Kon, Der Positivismus in der Soziologie, Berlin 1973, Kap. 10.

3 S. etwa G. Domin, H. Lanfermann, R. Mocek, D. Pälicke, Bürgerliche Wissenschaftstheorie und ideologischer Klassenkampf, Berlin 1973, Ziff 3.7 bis 3.7.3.

4 Hierfür s. die Nachweise bei Heidtmann.

5 Die Systemtheoretiker geben hierauf unterschiedliche Antworten, z.B. das Erfordernis der Lernfähigkeit.

dem es ihm nicht mehr um den Nachweis der Bestandserhaltungsfunktion von Elementen und Strukturen (und damit implizit um deren Konstanthaltung) geht, sondern um die Identitätserhaltung des Systems in einer komplexen Umwelt: Dazu müsse das System Komplexität absorbieren und reduzieren und die Systemtheorie habe nicht zu untersuchen, wie vorgefundene Strukturen diese Aufgabe erfüllen, sondern welche Strukturen für diese Aufgabe funktional äquivalent seien. Dazu wird der Funktionsbegriff zu einem heuristisch-vergleichenden Verfahren zur Bestimmung von Gleichwertigkeiten für diese Systemleistung „Reduktion von Komplexität" entwickelt, als „Anweisung zum Auffinden neuer Möglichkeiten". (6)

Ist so das System durch Reduktion von Komplexität bestimmt, so läßt sich auf diese Bestimmung hin nun alles und jedes interpretieren. Luhmann interpretiert aus zeitlichen und entwicklungsgeschichtlich sehr verschiedenen Gesellschaften alle nur möglichen Phänomene aus den anthropologischen, ethnologischen und soziologischen Bereichen. Diese Phänomene werden jeweils wieder als Systeme gefaßt und leisten, wie zu erwarten, sämtlich Reduktion von Komplexität: das ökonomische, das politische System, Sinn, Struktur, reflexive Mechanismen, Verfahren, Geld, Macht, Konsensus, Liebe, innerorganisatorische Momente (Vertrauen, Routine, Kontrolle), gesellschaftliche und staatliche Institutionen oder Bereiche (Parlamentarismus, Kirchen, Wissenschaft) und Institute (Grundrechte, staatliche Ersatzleistungen). So entsteht eine Galaxis von ineinander verschachtelten Systemen, deren Systemidentität völlig von dem subjektiven Einfallsreichtum des Autors abhängt: Es genügt die Fülle der Luhmannschen Untersuchungen zu sehen. Das Ergebnis ist immer das gleiche: Alle Erscheinungen reduzieren Komplexität und sind daher auch alle mehr oder weniger funktional äquivalent. Aufgabe der systemtheoretischen Gesellschaftsanalysen ist der Nachweis dieser Äquivalenzen.

3. Ein Vorwurf gegenüber allen Systemtheorien, die nicht im Rahmen einer expliziten Gesellschaftstheorie operieren, sondern sich selbst als solche verstehen, ist gegen die Herkunft ihrer Modellvorstellungen aus nicht gesellschaftlichen Bereichen gerichtet, weil diese Vorstellungen kaum spezifisch Gesellschaftliches ausdrücken können. So entspricht „Reduktion von Komplexität" bekanntlich Gehlens „Entlastung". Gehlen faßt diesen Begriff anthropologisch: Er bestimmt den Menschen im Unterschied zum Tier durch seine nahezu unendlichen Verhaltensmöglichkeiten gegenüber der Umwelt und der damit verbundenen Entlastungsaufgabe; er sieht sie durch Institutionen geleistet. Zu diesem Begriff ist hier nichts auszumachen, (7) aber er wird noch inhaltlich bestimmt. Darin sieht Luhmann noch eine Verhaftung in der „alteuropäischen Philosophie", in einer „gegenständlichen Betrachtungsweise", einer „Wesensbestimmung des Untersuchungsgegenstandes", die er zugunsten einer Funktionalisierung der Begriffe überwinden will. So „entanthropologisiert" er den Begriff und universaliert ihn gleichzeitig auf seine funktionalistische Theorie hin. (8) Nun werden alle denkbaren Systeme auf leistungsfähige Reduktionsweisen, alle Gesellschaftsphänomene auf diese Leistung hin verglichen, wobei die Spezifik jeder Systemart entfällt: Angewandt auf gesellschaftliche Systeme kann schlicht nichts spezifisch Gesellschaftliches mehr erkannt werden. Darüber hilft auch die Einführung einiger philosophischer Begriffe nicht hinweg. So sollen sich organisierte Systeme gegenüber anderen Systemen dadurch auszeichnen, daß sie diese Reduktion durch Sinn vornehmen; dieser Sinn wird intersubjektiv konstituiert.(9)

6 S. insbes. die Beiträge Funktion und Kausalität und Funktionale Methode und Systemtheorie, beide in: Soziologische Aufklärung, Köln 1970.

7 Nach marxistischer Auffassung ist der primäre Unterschied zwischen Mensch und Tier, von dem sich alle anderen Unterschiede ableiten, die systematische Herstellung und das Gebrauchen von Werkzeugen; s. dazu etwa K. Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/Main 1973

8 W. Schulz, Philosophie in der veränderten Welt, Flüllingen 1974, S. 188.

4. Dieses System und seine Begrifflichkeit immunisieren sich gegen alle Einwände mit einer widersprüchlichen Methode. Einerseits gibt Luhmann vor, nur einen einzigen Aspekt zu behandeln, nämlich die Ersetzbarkeit eines Phänomens durch alle anderen Phänomene im Hinblick auf die Reduktionsleistung. Immer wieder betont er gegen den Einwand, Gesellschaft auf ein Problem hin zu interpretieren, sei selbst eine unzulässige Komplexitätsreduktion, daß man im Hinblick auf ein einziges Problem sehr wohl ein Herz mit einer Pumpe oder Religion mit einem gepflegten Sozialklima vergleichen könne. Dazu brauche es keiner Wesenserkenntnis, und er fragt nicht nach dem Wesen der Gesellschaft, sondern nach der Funktion der Gesellschaft. Andererseits aber universalisiert er diesen Aspekt, indem er jeden, der sich überhaupt um Gegenstandserkenntnis bemüht, noch der „alteuropäischen Philosophie" zuweist. Einerseits also reduziert er sich auf einen einzigen Aspekt, andererseits will er die gesamte Philosophie, die sich doch nie auf einen einzigen Aspekt beschränkt hat, in seiner Theorie aufheben. Warum aber wollen Mensch und Gesellschaft Komplexität reduzieren? (10) Als Antwort bleibt es bei individuell-anthropologischen Antworten: Die Fähigkeit des Menschen zu bewußter Erlebnisverarbeitung sei begrenzt. Aber was für das Individuum gilt, muß keineswegs für gesellschaftliche Subjekte und also für die Gesellschaft gelten.

5. Sehr problematisch bleiben schließlich Auswahl und Verarbeitung der Philosophie. Luhmann lehnt es ab, seine Systemtheorie in eine explizite Philosophie einzubetten; die tatsächliche Einbettung ist jedoch oft genannt, und die ist eine eigentümlich konservative Auswahl: Parsons Systemtheorie, Gehlens Anthropologie und Husserls transzendentale Phänomenologie. Welche Auswirkungen es hat, daß Luhmann für das einzige evtl. vergesellschaftende Moment, die intersubjektive Konstituierung von Sinn gerade auf den späteren Husserl zurückgreift, der sich so unrettbar in seinem „transzendentalen Bewußtsein" isoliert hatte, daß er für Soziologen ein Esoterikum ist, kann hier nicht untersucht werden. (11) Soweit Luhmann sonst (überreich) Philosophen zitiert, dienen sie

9 Der Unterschied zur marxistischen Sicht ist klar. Es waltet kein materieller Zusammenhang in der Welt und nicht die Arbeit stellt in der Gesellschaft den materiellen Zusammenhang her, von dem alle Sinnzusammenhänge abhängig sind, sondern dieser Zusammenhang wird ursprünglich als „Sinn" konstituiert. Nicht thematisiert wird dann, welche Subjekte in der Sinnkonstituierung dominieren und daß diese Subjekte primär nicht als Individuen, sondern als gesellschaftliche Klassen konzipiert werden müssen; unthematisiert bleibt schließlich, warum diese gesellschaftlichen Subjekte ihre jeweiligen, keineswegs beliebigen und warum sie keine anderen Inhalte als „Sinn" konstituieren.

10 Schulz, a.a.O., S. 189.

11 Zur Kritik der Phänomenologie s. Philosophisches Wörterbuch, ed.: G. Klaus u. M. Buhr, Berlin 1975, 11. Aufl., Art. „Phänomenologie". Zur Anwendung in den Sozialwissenschaften s. etwa A. Schütz, Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt, Wien 1960 und derselbe, Gesammelte Aufsätze, Den Haag 1971 mit Beiträgen zu Husserl und zur Phänomenologie.
– Zu Luhmann: L. Eley, Transzendentale Phänomenolologie und Systemtheorie der Gesell-

meist als Beleg für seine Verarbeitung des Übergangs der Systemtheorie vom geschlossenen zum offenen System, also der Hereinnahme der Umweltdimension. Sie wird interpretiert als Überwindung der ontologischen Betrachtungsweise und der Wesensfrage. Soweit Luhmann damit sagt, daß ein System keine Monade ist, sondern von einem weiteren Kontext mitbestimmt wird, ist dies wenig; das System wird aber nicht von einem umweltlichen Chaos, (12) sondern von einer strukturierten Umwelt bestimmt. Schon nach Hegel hat jeder Begriff jeden anderen seines Gesamtzusammenhanges mitzureflektieren, und Marx hat dies systematisch durchgeführt und z.B. ausgeführt, um den Begriff „Kapital" zu bestimmen, müsse das gesamte kapitalistische System mitbestimmt werden. Darüber hinaus vermengt Luhmann isolierte Betrachtungsweise mit Gegenstandserkenntnis: Wer die Wesensfrage stellt, verschließt sich noch nicht den Zusammenhängen, von denen sein Untersuchungsgegenstand bestimmt wird; schärfer als die 6. Feuerbach-These („Das menschliche Wesen ist das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse") kann man dies kaum formulieren.

II. Inkongruenz als Deutungsschema

6. Luhmanns Thesen provozieren und gelten als progressiv. Aber in dem segmentarisierenden bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb muß jeder gesamtgesellschaftliche Ansatz, unabhängig von seinen Grundlagen als progressiv erscheinen, weil die bürgerlichen Disziplinen noch immer ohne Bezug zu einem gesamtgesellschaftlichen Kontext arbeiten: Soziologen erklären allen Ernstes den Gesellschaftsbegriff als unwissenschaftlich oder entbehrlich (13) und Rechtswissenschaftlern erscheint Normtranszendenz noch immer als unjuristisch. Darüber hinaus widerspricht Luhmann vielen gesellschaftswissenschaftlichen Vorstellungen. In der erstarrten westdeutschen Rechtsdogmatik und der zunehmenden Kriminalisierung jeglicher Kritik („verfassungsfeindlich") wirkt dies erfrischend. Um so klarer sollte gesehen werden, wo die Progressivität endet.

Luhmann formuliert selbst den Begriff der „inkongruenten Perspektiven", (14) aus denen im 19. Jh. die bis dahin geglaubten und erklärten Handlungsmotive plötzlich anders gedeutet wurden, z.B. bei Marx aus ökonomischen Beweggründen oder bei Freud aus libidinösen Triebbewegungen. Kulturleistungen und Pflichterfüllungen als Sublimate und Verdrängung von Sexualität zu deuten, war inkongruent und provozierte. Offensichtlich ist Reduktion vom Komplexität für gesellschaftliche Systeme, auf die hin alles und jedes interpretiert wird und vor allem der Nachweis ihrer funktionalen Äquivalenz oder Ersetzbarkeit eine höchst inkongruente Perspektive, besonders wenn räumlich-zeitlich (genauer: entwicklungsgeschichtlich) sehr entfernte Gesellschaften und sachlich disparate Phänomene in serener Nonchalance auf ihre angeblich gemeinsame Problemleistung (Reduktion von Komplexität) und wegen ihrer angeblichen gegenseitigen Ersetzbarkeit (funktionale Äquivalenz) als „gleich gültig" erscheinen. Dann werden alle gesellschaftlichen Phänomene, Institutionen (Parlament), Institute (Grundrechte, staatliche Ersatzleistungen), alle nur denkbaren Einzelmomente (Macht, Konsensus, Liebe, Geld), alle gesellschaftsrelevanten Tätigkeiten in höchst unerwarteter, unziemlicher Funktion und in ungehörig scheinenden Äquivalenzen verfremdet und darin liegt das Provozierende und Faszinierende für den bürgerlichen Leser.

7. Aber die Luhmannsche Theorie ist nicht nur inkongruent zu vielen bürgerlichen Vorstellungen, sondern ist inkongruent zur Sache selbst: zur Gesellschaft und ihren Erscheinungen. Den Marxisten schockiert nicht, daß disparate Dinge verglichen werden, sondern daß die eigentlichen soziologischen Fragestellungen entfallen. Von einer gesamtgesellschaftlichen Analyse erwartet man nicht Gleich-Gültiges zu allen übrigen Gesellschaften, sondern gültige Erklärungen des Spezifischen: Warum sind konkret-historische Gesellschaften so und nicht anders strukturiert; warum stehen sie vor spezifischen Problemen (die ihnen keineswegs aus einer chaotischen Umwelt zukommen) und vor allem: Welche Problemlösungen sind ihnen jeweils nur möglich? Der historische Materialismus liefert hierfür die Theorie und die Begrifflichkeit (Abhängigkeit der Produktionsverhältnisse vom Stand der Produktivkräfte; Abhängigkeit der ideellen gesellschaftlichen Verhältnisse von den materiellen usw.). Er zeigt z.B., daß sich in kapitalistischen Gesellschaftsformationen nicht mehr bestimmte Funktionen der Familie zuweisen lassen und daß der staatsmonopolistische Kapitalismus bestimmte Probleme schafft, die in seinem Rahmen nicht gelöst werden können, wie letztlich wieder die Reformatoren in der SPD erfahren haben. Gewisse gewünschte Strukturen sind eben nicht gleich-gültig, weil nicht möglich. D.h.: Weder die Gesellschaftsmitglieder noch ausdifferenzierte Untersysteme können eben beliebig „Sinn intersubjektiv konstituieren" (z.B. „mehr Demokratie wagen"). Weil Luhmann die Grundfrage Materialismus oder Idealismus ignoriert, fehlen in seiner Theorie alle materiellen Momente, (15) also letztlich die bestimmenden Triebkräfte. Weil er materielle Determiniertheiten leugnet, setzt er alle Lösungen als funktional äquivalent, übersieht schlicht die realen Voraussetzungen für eine Lösung:

> Z.B.: „Wenn, wie bei privaten Wirtschaftsunternehmen, eine äußerst differenzierte Umwelt vorausgesetzt werden kann, käßt sich der Systemzweck entsprechend spezifizieren, z.B. auf die Produktion bestimmter Güter in absatzfähiger Qualität. Der Systemzweck muß dann zwar in der Gesamtwelt „erlaubt" (und insoweit institutionalisiert) sein; er braucht aber nicht überall gleichmäßige Schätzung und opferbereite Unterstützung zu finden. Es genügt, wenn das Produkt von einem ausreichenden Abnehmerkreis . . . vergütet wird, so daß das System aus der Vergütung seinen Bedarf befriedigen kann. An Umweltinstitutionen wird dabei nicht vielmehr als die Rechtsordnung und der Geldmechanismus vorausgesetzt" (Zweck-

schaft, Freiburg 1972; ders., in: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Theorie-Diskussion, Supplement 2 Frankfurt/Main 1974.

12 Was Löwe-Lanfermann, „Systemtheorie" kontra gesellschaftlichen Fortschritt, IPW-Berichte, Heft 7/1973, S. 27 zurecht als Verarbeitung des nicht mehr beherrschbaren Sozialistischen Lagers und der Widersprüche in der eigenen Gesellschaft interpretieren.

13 E.K. Scheuch Methodologische Probleme gesamtgesellschaftlicher Analysen, in: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages 1968, Stuttgart 1969 S. 153 ff.; R. König, Fischer-Lexikon Soziologie, Frankfurt/Main, 1958, sub „Einleitung" und: „Gesellschaft".

14 Soziologische Aufklärung a.a.O., S. 68; Zweckbegriff und Systemrationalität (zitiert nach Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft), Frankfurt/Main 1973, S. 150.

15 Es ist Luhmann oft vorgehalten worden, „das personale System als Bedürfnissystem nicht explizit als Bezugseinheit für die Konstruktion sozialer Systeme eingesetzt zu haben" (s. etwa Hondrich, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Theorie-Diskussion Supplement 1, Frankfurt/Main 1973, S. 98). Dies erscheint Luhmann eben als „ontologische Betrachtungsweise" und als „Wesensbestimmung". Der Marxist baut bekanntlich die Gesellschaft nicht von der Kategorie „Bedürfnis" auf, weil dann Bedürfnisse meist in anthropologischer Weise als vorgegeben und invariant erscheinen und verlorengeht, inwieweit die Bedürfnisse und ihre Befriedigungsmöglichkeiten in der gesellschaftlichen Produktion erzeugt werden.

begriff . . . S. 214). Daß es z. B. des materiellen Elementes der freien Lohnarbeiter in genügender Anzahl bedarf, geht in dieser „Analyse" verloren.

So reproduziert Luhmann die bürgerliche Ideologie von der Allmacht des Souveräns, des Parlaments, des Politikers: seine Theorie reduziert die Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit in einem Ausmaß, daß hier Reduktion zur „Latenz" (16) wird: Luhmanns Theorie ist funktional äquivalent zu den entsprechenden bürgerlichen Illusionen und Verdrängungen.

8. Die Inkongruenz der Luhmannschen Begrifflichkeit zur Erkenntnis gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge sei noch an einigen Beispielen angedeutet. Die genannten Begriffe, wie Reduktion von Komplexität, funktionale Äquivalenz oder Ausdifferenzierung sind explizit ungesellschaftliche Begriffe. Im Sinne der Definitionslehre sind sie durch Abstrahierung gewonnene Oberbegriffe zu gesellschaftlichen und außergesellschaftlichen Gegenständen; notwendig sind sie so von allem Gesellschaftlichen leer: Es ist „streng wissenschaftlich" eliminiert. Das ist nur die systemtheoretisch-kybernetisch aufgemachte alte bürgerliche Technik mit soziologischen Begriffen zu arbeiten, aus denen die gesellschaftliche Formbestimmtheit eliminiert ist, z.B. „Arbeit", „Arbeitsteilung" usw. (17) Wenn etwa gesellschaftliche Phänomene unter den Begriff der Reduktion von Komplexität subsumiert und funktional äquivalent interpretiert werden, dann werden natürlich z.B. Macht, Einfluß, Autorität, Konsensus, Persuasion und Liebe äquivalent, deren Einsatz dann höchstens noch ein Kostenproblem ist. Würde Luhmann sich auf den Ausweis dieser Äquivalenzen als einen Aspekt beschränken, wie er Einwänden gegenüber immer geltend macht, dann ließe sich darüber reden, falls er zeigt, welche Erkenntnisse dieser Vergleich bringt. Natürlich mag es für bestimmte Aufgaben sinnvoll sein, z.B. das „Herz mit einer Pumpe zu vergleichen". Aber Luhmann fällt eben selbst immer in „ontologisierende Wesenserkenntnis" zurück, wenn er von seiner extrem spezifischen Fragestellung aus Definitionen und Bestimmungen der Phänomene wagt. Dies ist manchmal nur lustig, eben infolge der Inkongruenz; (18) schlagartig aber zeigt sind, daß alle diese hochwissenschaftlichen Umwege nur zur Reproduktion bürgerlicher Ideologie führen, wenn es um zentrale gesellschaftliche Phänomene geht. So will bekanntlich die bürgerliche Sozialwissenschaft die Begriffe „Macht" und „Herrschaft" ganz auf den staatlichen Bereich beschränken, um derartige Phänomene im gesellschaftlichen Bereich nicht als solche erkennen zu lassen. Damit wird die Illusion erzeugt, das gesamte gesellschaftliche Machtpotential konzentriere sich im Staatssektor, und der gesellschaftliche Bereich, das „Reich der Freiheit", reguliere sich durch Autonomie und Vertrag. Legitimationsprobleme stellen sich dann lediglich für staatliche Machtäußerungen; Demokratisierungsforderungen im gesellschaftlichen Bereich sind damit abgetan. Luhmann eskamotiert Macht- und Herrschafts-

16 Von Luhmann verwendeter, aus der Psychologie stammender Begriff, der systemerhaltende Verdrängung bedeutet.

17 Die marxistische Theorie bewältigt diese Problematik mit dem „konkret-allgemeinen Begriff" un der gegenständlichen und gesellschaftlichen Bestimmung z.B. der Arbeit u.ä.

18 So geht es z.B. dem Marxismus „um ein höheres Maß an strukturell zugelassener Variabilität", Rechtssoziologie Bd.1, Reinbeck 1972, S.13. Gemeint ist in diesem Zusammenhang, daß Marxisten gesellschaftlich relevante Funktionen und Privilegien nicht mehr automatisch den Privateigentümern von Produktionsmitteln zuweisen wollten, weil „nicht einzusehen ist, weshalb Steuerungsfunktionen im Wirtschaftsprozeß in Familien erheblich sein und mit einer Ansammlung von schnellen Wagen und schönen Frauen, Villen und Jachten verbunden sein müssen" – eine zumindest eigenartige Reduktion des komplexen Marxismus

phänomene völlig. So will er Macht „nicht als Übermacht im Konflikt verstanden" wissen, sondern als „veranlassende Kommunikation", die vorliegt, „wenn eine Kommunikation die Folge hat, daß der Empfänger die mitgeteilte Kommunikation als eigene Verhaltensprämisse übernimmt". Die Technik ist alt: Man bilde einen Oberbegriff (oder setze den problematischen Begriff als Oberbegriff), der auch Phänomene erfaßt, die die thematisierte Spezifik gerade nicht aufweisen: Unter Luhmanns Machtbegriff fällt auch die erfolgreiche Liebeswerbung. Kein gesellschaftliches Machtphänomen (vom Hauseigentümer bis zum Monopol) kann mehr als solches erkannt werden. Und vom Herrschaftsbegriff habe sich die Systemtheorie „emanzipiert". Zu Recht sieht Schulz hierin eine „erschreckende Irrationalität", wie ein Blick auf die gesellschaftliche Realität zeige. (19)

9. In welchem Ausmaß Luhmann bürgerliche Vorstellungen reproduziert und zur Sache inkongruent wird, sei noch am Begriff der Ausdifferenzierung gezeigt, der in Luhmanns Gesellschaftsverständnis eine große Rolle spielt. (20) Kein Marxist bestreitet, daß sich Gesellschaften in ihrer Entwicklung ausdifferenziert haben; (21) der historische Materialismus und die politische Ökonomie erklären die spezifischen Ausdifferenzierungen in den verschiedenen ökonomischen Gesellschaftsformationen. Sie erklären auch, daß diese Ausdifferenzierungen weder zur besseren Komplexitätsbewältigung beliebig schaffbar sind – z.B. konnten sich vorkapitalistische Gesellschaftsformationen nicht ein voll ausdifferenziertes politisches System schaffen – noch sind diese Untersysteme wirklich so aufdifferenziert, wie Luhmann vermeint, sondern das ökonomische System führt und dominiert die übrigen. Wenn er dem „politischen System" die ausdifferenzierte Aufgabe zuweist, „verbindliche Entscheidungen antufertigen", so ist dies als soziologische Analyse verblüffend: Weist doch selbst die bürgerliche Soziologie nach, daß auch im gesellschaftlichen Bereich durchaus „verbindliche Entscheidungen" fallen (vor allem in dem und durch das „ökonomische System") und die bürgerliche Politologie hat nachgewisen, in welchem Umfang selbst parlamentarische Entscheidungen inhaltlich außerhalb des Parlaments getroffen werden. Gleiches gilt für das Untersystem Wissenschaft. Luhmann reflektiert ausführlich über die Eigentümlichkeit der modernen Gesellschaft, die die „Wahrheitsfindung" dem ausdifferenzierten System Wissenschaft überläßt.

„Die definitive Feststellung der Wahrheit wird der Wissenschaft überlassen, und die Gesellschaft geht das Risiko ein, Feststellungen als wahr akzeptieren zu müssen, bloß deshalb, weil sie zwingend gewiß intersubjektiv übertragbar zu sein scheinen." (Habermas-Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, 1971, S. 16).

Die unübersehbar umfangreiche Literatur über den Einfluß der Monopole über forschungsbestimmende Leitungsgremien, über Auftragsforschungen, gekaufte Gutachten und Abhängigkeit der Fachpresse von Anzeigen findet sich nicht bei Luhmann. (22) Und ebensowenig überläßt „die Gesellschaft" und schon gar nicht das dominierende Subsystem Ökonomie dem ausdifferenzierten System

19 Habermas-Luhmann, a.a.O., S. 40; Schulz a.a.O., S. 189.

20 S. z.B. Luhmann, Grundrechte als Institution, Berlin 1965.

21 Philosophisches Wörterbuch a.a.O., Art. „Differenzierung".

22 Und daß „die Gesellschaft" gerade das von Luhmann formulierte „Risiko intersubjektiv übertragbarer Feststellungen" eingeht, wird nur jemand vermeinen, der noch nie wegen marxistischer „Feststellungen" vom Berufsverbot bedroht war.

„Justiz und Rechtswissenschaft" die Rechtsfindung. (23) Im übrigen zeigt gerade die Erörterung der Ausdifferenzierung bei Luhmann die Gefahren eines über zu verschiedenen Gesellschaften gespannten Vergleichs. Der Leser wird mit Beispielen aus der Ethnologie eingestimmt, in denen etwa ein falscher Schritt als Vortänzer den Ärmsten auch als Bräutigam unmöglich machen: Beispiele für heute wohl seltene Rollenkombinationen. Dem individualisierenden Blick kommt dann nicht mehr in den Sinn, daß die moderne Gesellschaft ganz andere Subsystem-Übergreifungen kennt; z.B. als Vorstandsmitglied in einem Unternehmen und in einem forschungsleitenden Gremium, als leitender Funktionär in einem Industrieverband und als MdB usw. So zeigt sich am Beispiel der Ausdifferenzierung, daß hier in höchst wissenschaftlicher Verbrämung bürgerliche Ideologie reproduziert wird.

10. Die philosophische Fundierung Luhmanns weist in vielen Formulierungen oberflächliche Ähnlichkeiten zu marxistischen Theoremen auf, so etwa die Ausführungen zur „Praxis", zur „Theorie", zur „Technik" oder zur „Wahrheit". Man muß sich darüber klar sein, daß diese Begriffe ohne Bezug zu einem materialistischen Substrat konzipiert sind („Praxis"!) und daß sie sämtlich auf ihre Reduktionsleistung und Äquivalenz hin interpretiert werden: So wird alle Spezifik hinfällig. Die gesamte Begrifflichkeit und selbst zunächst einleuchtende Formulierungen haben so weder mit dem marxistischen noch mit dem umgangssprachlichen Bedeutungsverständnis viel zu schaffen.

Wie nahe Luhmann mitunter scheinbar an marxistische Theoreme herankommt, mag seine philosophiegeschichtliche Interpretation des Zweckbegriffs zeigen. Der Zweckbegriff ist handlungsorientiert, weil er für vorgestellte Ziele menschlichen Handelns die Mittel bestimmt. Luhmann will diesen Begriff nicht mehr handlungs-, sondern systemorientiert bestimmen; das mag hier auf sich beruhen. Aber die traditionellen definitorischen Probleme des Zweckbegriffs zeigen nach Luhmann

„an, daß wir uns in dem Bereich eines sehr alten Dilemmas befinden, nämlich des Problems der nicht aufeinander zurückführbaren Grundbegriffe von Bewegung und Substanz. Unter den Denkvoraussetzungen der ontologischen Metaphysik, daß das Seiende in seinem Sein beständig, also nicht nicht sei, mußte dieses Dilemma einen zentralen Rang erhalten. In ihm scheiterten die Prämissen der Ontologie. Der Zweckbegriff hatte den Sinn, dieses Scheitern zu verdecken, indem er dem Vergänglichen einer Handlung, die ist und doch nicht ist, das Bleibende des Zweckes als ihr eigentliches Wesen aufprägte. Im Zweck konnte die Handlung, konnte die Bewegung als Substanz vorgestellt werden" (Zweckbegriff und Systemrationalität, S. 8).

Die Stelle scheint aus drei Gründen bemerkenswert. Sie formuliert zunächst (1) richtig, wenn auch unbewußt, das Dilemma, in das jeder Versuch gelangt, der nur „Kategorien aufeinander reduziert", statt die Kategorien von der objektiven Realität zu gewinnen. Sie übernimmt (2) fast wörtlich die Hegelsche Formulierung des Werdens durch Sein und Nichts: (24) anscheinend kann auch die Systemtheorie die Selbstbewegung der Materie, das „Werden", kaum anders ausdrücken. Und (3) kann die Stelle fast als eine Anerkennung des marxistischen Begriffs der Bewegung gelesen werden (25) – wenn auch Luhmann die Komplexität der Philosophiegeschichte so reduziert, daß anscheinend der Gedanke von der Selbstbewegung der Materie noch niemals formuliert wurde. (26) Schließlich kann auch das Luhmannsche Vorhaben, das handlungsorientierte durch ein systemorientiertes Zweckverständnis abzulösen, als Erkenntnis darüber gelesen werden, daß die Menschen sich die Zwecke nicht autonom setzen und daß sich die Zwecksetzung nur einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz erschließt:

„Kausalkategorie bezeichnet den einfachen Prozeß; die Zweckkategorie ist dagegen eine Systemkategorie, die nur angewendet werden kann, wenn ein Komplex einfacher Kausalprozesse in bestimmter Weise geordnet ist, daß also der Zweck nicht unmittelbar aus den einzelnen Ursachen dieser Prozesse als gemeinsame Wirkung abgeleitet werden kann, sondern ein besonderes Arrangement, eben ein System voraussetzt." (Zweckbegriff und Systemrationalität, S. 160)

Aber diese Formulierungen zerfallen aus marxistischer Sicht in nichts, weil die Zwecksetzung nicht in ihrer Zielgerichtetheit und Mittelwahl bestimmt wird, sondern als Schema der Komplextitätsreduzierung: Zwecke zeichnen im Strom des Geschehens bestimmte Momente aus und „neutralisieren" alle übrigen.

Daher hat auch die Luhmannsche Überwindung traditioneller Dualismen nichts mit den marxistischen dialektischen Überwindungen zu tun. Diese Dualismen sind allemal die Folge einer nichtmaterialistischen Antwort auf die Grundfrage der Philosophie, (27) die zur Annahme zweier gegenüberstehender Seinsbereiche (z.B. Materie und Bewußtsein) und eines undialektischen Denkens, das zur Annahme entgegengesetzter Prinzipien (z.B. Notwendigkeit und Freiheit) führt. Luhmanns Auflösung dieser Dualismen läuft immer darauf hinaus, daß beide entgegengesetzte Prinzipien als Reduktionsweisen von Komplexität funktional äquivalent sind. In der Demonstration dieser Äquivalenzen finden sich Formulierungen die an die marxistische Überwindung dieser Dualismen erinnern, die aber in ihrem Kontext anderes meinen. Man nehme den Dualismus von Kausalität und Teleologie. Weil die bürgerliche Philosophie Kausalität meist nur als mechanische, lineare Verursachung versteht, kann sie bestimmte Wirkungszusammenhänge nicht erklären und muß einen teleologischen Wirkungszusammenhang annehmen, bei dem ein wirkender Zweck postuliert wird, dessen Autor (Zwecksetzer) Gott, die Entelechie o.ä. sein soll. (28) Luhmann will im Rahmen seiner Untersuchung über den Zweckbegriff diesen Dualismus überwinden. Denn beide Prinzipien, Kausalität und Zweck reduzieren Komplexität, weil beide Male im Strom des Handlungsgeschehens bestimmte Momente als Ursache/Zweck und Wirkung ausgezeichnet, die übrigen Momente „neutralisiert" werden: Beide sind somit modi der Reduktion von Komplexität. Aber wir müssen diese komplizierten Gedankengänge nicht weiter ausführen; es genügt, den hierfür notwendigen

23 „Ein Teilsystem der Gesellschaft befindet in weitgehend autonomen Prozessen darüber, was Recht ist und dessen Entscheidungen werden als legitim und bindend akzeptiert. Daß das so funktioniert, ist soziologisch nahezu ein Wunder. Die Juristen selbst glauben es nicht", ebenda. Hier sind selbst die Juristen realistischer.

24 G.W.F. Hegel, Wissenschaft der Logik I 1. Abschnitt, 1. Kapitel A–C. Diese Stelle gilt seit Trendelenburg, Logische Untersuchungen, 3. Aufl. 1870, Neudruck Hildesheim 1964, S. 36 ff. als Hauptansatzpunkt für die Diskussion um Begriffs- und Realdialektik: Woher hat Hegel das „Werden"?

25 Vgl. etwa Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., Art. „Bewegung": „Daseinsweise und inhärentes Attribut der Materie. Es gibt weder Materie ohne Bewegung noch Bewegung ohne Materie".

26 Luhmanns Philosophiegeschichte belegt die „alteuropäische Philosophie" meist nur mit Aristoteles und Thomas von Aquin. Die Vorsokratiker und also auch Heraklit werden nur als „unklar" qualifiziert und Materialisten gibt es überhaupt nicht. Auch die vormarxistischen Materialisten fehlen.

27 S. Wörterbuch der Philosophie, a.a.O., Art. „Grundfrage der Philosophie".

28 S. etwa Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., Art. „Kausalität", „Teleologie", H. Hörz, Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft, 4. Aufl., Berlin 1971.

Ausgangspunkt anzudeuten: die Ersetzung des kausalwissenschaftlichen Funktionalismus durch den Äquivalenzfunktionalismus:

„Das Ziel der Verifikation ist dann nicht mehr die Feststellung eines gesetzmäßigen Zusammenhanges bestimmter Ursachen mit bestimmten Wirkungen, sondern die Feststellung der Äquivalenz mehrerer gleichgeordneter Kausalfaktoren. Die Frage lautet nicht: Bewirkt A immer (bzw. mit angebbarer Wahrscheinlichkeit) B, sondern: Sind A, C, D, E, in ihrer Eigenschaft, B zu bewirken, funktional äquivalent?" (Soziologische Aufklärung, S. 23)

Dieser Kausalitätsbegriff und die darauf aufbauende funktionale Äquivalenz zum Zweckbegriff haben natürlich nichts mit dem marxistischen Kausalitätsverständnis und der darauf aufbauenden Überwindung des Teleologiegedankens zu tun; eine materialistische Philosophie basiert auf der Anerkennung kausaler Zusammenhänge als Bewirkungs- und nicht als Ersetzungszusammenhänge.

Ähnlich will Luhmann den Dualismus von empirischen und normativen Wissenschaften überwinden und damit auch den Dualismus von Sein und Sollen, der in der Reinen Rechtslehre am konsequentesten durchgeführt ist, und ebenso scheint damit der Werturteilsstreit (29) in der Soziologie erledigt. Diesen Dualismen liegt, wenn auch mit verschiedener Akzentsetzung, die Erkenntnis zugrunde, daß sich Normen, Sollensforderungen und Wertentscheidungen nicht in platter Empirie kausalwissenschaftlich begründen lassen: z. B. besagt die empirisch feststellbare Tatsache, daß sich die Mehrheit von Rechtsgenossen in bestimmter Weise verhält, noch nicht, daß sich alle so verhalten sollen: damit ist, in der Terminologie der bürgerlichen Ethik und Rechtsphilosophie die „Geltungsfrage" noch nicht beantwortet. Auch lassen sich aus Aussagesätzen keine Sollenssätze formallogisch ableiten. Diese platten Ableitungen sind verfehlt, weil sie Sollensforderungen (Verhaltensregeln) ohne ein normsetzendes gesellschaftliches Subjekt konzipieren wollen. Sollensforderungen setzen aber ein diese Verhaltensregeln aufstellendes gesellschaftliches Subjekt (Klasse) voraus; eine materialistische Erklärung zeigt, daß dieses Subjekt klassenspezifische Bedürfnisse und Interessen hat, die sich zu einem Willen konkretisieren, und Sollensforderungen an die Gesellschaftsmitglieder niederschlagen. Luhmann sieht nun richtig, daß die formale Unableitbarkeit maßlos überschätzt wird und nur ein Spezialproblem (Deontik) darstellt. (30) Er formuliert auch zutreffend, daß es neben formallogischen Ableitungen auch noch funktionale Zusammenhänge gibt. Aber im Rahmen seiner Begrifflichkeit sind damit Äquivalenzen bezeichnet. Für ihn ist die Sollens- und Geltungsfrage genauso wie die „ontologische", „gegenstandsbezogene" Frage überwunden: Werte und Geltungen sind ihm nur „Kontingenzregulierungen", Schemata zur Reduktion, also funktionale Äquivalenzen zum Kausalitätsschema. So kann man Sollensforderungen, Normen und Werte sehen; ein Marxist wird dem nicht widersprechen, dies aber kaum für Erkenntnis, sondern nur für eine andere Sprechweise halten. Erkenntnis über Sollensforderungen usf. liegen erst vor, wenn erklärt wird, warum bestimmte Verhaltensweisen gefordert und alle anderen verboten werden, warum Kontingenz so und nicht anders reguliert, warum Komplexität in dieser und nicht in anderer Weise reduziert wird.

29 S. Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., Art. „Werurteilsstreit", „Reine Rechtslehre"; H. Klenner, Rechtslehre. Verurteilung der Reinen Rechtslehre, Frankfurt/Main 1972.

30 S. hierzu etwa W. Eichhorn I, Wie ist Ethik als Wissenschaft möglich? Berlin 1965; Fr. Loeser, Deontik, Berlin 1966.

III. Eine inkongruente Einzelanalyse

Abschließend sei an Luhmanns Analyse des absoluten Staates gezeigt, daß eine Gesellschaftstheorie, die alles auf ein einziges formalisiertes Kriterium abstellt und doch zu gesamtgesellschaftlichen Aussagen kommen will, alles Wesentliche unerwähnt läßt und selbst das nach ihren Voraussetzungen Relevante falsch erkennt. Diese Analyse findet sich in „Zweckbegriff und Systemrationalität". (31) Hier werden sehr verschiedene, üblicherweise unter philosophischen Begriffen behandelte Gegenstände als Reduktionsweisen von Komplexität interpretiert: Zweck, Kausalität, Werte u. a. m. Sie werden hier nicht auf ihre Handlungsorientierung hin analysiert, sondern eben auf Reduktion von Komplexität und genauer auf Ausblendung von Alternativen und Neutralisierung von (nicht erstrebten) Folgen; dies wird als rechtliche Legitimierung gesellschaftlichen Verhaltens und Geschehens interpretiert. Diese Gedankengänge lassen sich nicht in wenigen Sätzen referieren. Aber in diesem Rahmen gibt Luhmann eine referierbare Analyse der Entwicklung „vom Polizeistaat zum Rechtsstaat". Nach Luhmann zeichnet sich der absolute Staat durch die Ausdifferenzierung des politischen Systems als eines Systems zur Anfertigung verbindlicher Entscheidungen aus. Diese Ausdifferenzierung sei erstmalig in den frühen Nationalstaaten möglich gewesen,

„weil sich zugleich die theologisch interpretierte Religion und die Geldwirtschaft zu relativ geschlossenen Teilsystemen der Gesellschaft entwickelt hatten" (89):

also Verselbständigung von Religion und Geldwirtschaft haben den Feudalismus überwunden! Dieser Staat sei rein zweckrational strukturiert gewesen und darin habe seine Schwäche gelegen, denn dies sei eine insgesamt nicht haltbare Programmierung:

„Das Gemeinwohl wird als angebliche Zweckbestimmung festgehalten und dem Bestand des Staates übergeordnet, aber diese Überordnung ist nicht mehr entscheidungswirksam, weil das Zwischenmittel der Staatserhaltung so generalisiert ist, daß es jedes Untermittel zu rechtfertigen scheint – besonders wenn man einräumen muß, daß zur Erhaltung des Ganzen auch seine Teile erhalten werden müssen" (91).

„Die soziale Differenzierung macht den alten Zusammenhang von Einheitsstiftung (Systembildung) und Rechtfertigung fragwürdig ... die reine Zweckrationalität als alleinige Programmform versagt, wenn das politische System aus gesellschaftlichen Bindungen herausgelöst (!) und verselbständigt wird" (92).

Daher habe sich der Rechtsstaat herausgebildet, d. h., es habe eine Umstrukturierung von Zweck- auf Konditionalprogramme (32) stattgefunden:

„Vor allem verliert die ‚Folgerungsweise des Polizeistaates' ... der Schluß vom Zweck auf die Rechtfertigung des Mittels, d. h. der Kern der Zweckrationalität, ihre Neutralisierungsfunktion, die rechtliche Legitimation" (95).

Der Unterschied von Zweck- und Konditionalprogrammen sei als Unterschied von Systemfunktionen zu begreifen: Das Zweckprogramm neutralisiere Werte (Folgen) und sei heute juristisch nicht mehr akzeptiert. Die rechtliche Zulässigkeit des staatlichen Handelns werde von allgemein definierten, programmauslösenden Tatbeständen abhängig gemacht (101). Der Übergang zum Rechtsstaat

31 4. Kap. Ziff. 1.

32 Nur erwähnt sei, daß der „Zerfall der Zweckrationalität" den juristischen Positivismus brachte! Systembegriff und Zweckrationalität, a.a.O., S. 92.

„kann auf die Formel gebracht werden, daß die Rechtmäßigkeit des Staatshandelns heute nur noch als ‚konditionale Programmierung' vorstellbar ist. Die Rechtsnorm nimmt die Form einer Wenn/Dann-Regel an. Sie verbindet Tatbestand und Rechtsfolge zu einer invarianten Korrelation. Sie regelt auf diese Weise die spezifischen Bedingungen, unter denen ein Verwaltungsakt zulässig bzw. geboten ist." (99)

„Durch diese Grundvorstellungen (!) verlieren Zweckprogramme ihre rechtliche Relevanz."

In diesen Ausführungen sind interessante und anregende Gedanken enthalten, aber als Analyse dieses sozio-ökonomischen Umwälzungsprozesses vom Feudalismus über die Zwischenstation des absoluten Fürstenstaates zum modernen kapitalistischen Staat besagen sie nichts. Läßt man sich die Luhmannsche Begrifflichkeit vorgeben, so bleibt unklar, warum die durch die Zweckrationalität bewirkte Wertneutralisierung (Einschränkung der Folgenverantwortlichkeit) zugunsten einer konditionalen Programmierung mit der nunmehr bewirkten Neutralisierungsweise aufgegeben wurde: Gerade das so effizienzbewußte 19. Jh. hätte doch primär auf das Bezweckte sehen müssen. Aber diese Analyse blendet eben alles wesentliche aus und sieht dann auch das Erfaßte falsch. Denn der absolute Staat war niemals „zweckrational" strukturiert — was dies auch immer heißen könnte —. Der rational und staatlich-politisch bestimmte Handlungsbereich blieb äußerst begrenzt, weil der Monarch sozial an die überkommene Ständeschichtung gebunden blieb, also weitgehend (vor allem in Preußen) in feudalistischen Strukturen verharrte; die alles andere als zweckrational organisierte Gutsherrschaft blieb bekanntlich voll erhalten. Dieser absolute Staat erwies sich zunehmend als Fessel der Produktivkräfte, weil er die feudalistischen Bindungen nicht konsequent beseitigen konnte und der kapitalistisch werdenden Produktion nicht die erforderliche Entfaltungsfreiheit verschaffte bzw. beließ. Die Forderungen des Liberalismus (laissez-faire) spiegeln diese Schranken wider. Der absolute Staat und seine sozio-ökonomische Grundlage (33) waren aus materiellen Gründen an der Grenze ihrer Entwicklung angelangt.

Ebenso ist die sich langsam herausbildende Umstrukturierung zum Rechtsstaat primär eine ökonomische Notwendigkeit, Es ist die frühkapitalistische Produktionsweise und nicht die „Wandlung des Rechtsdenkens", die die Trennung von Staat und Gesellschaft fordert: die Verweisung der mikro-ökonomischen Entscheidungen in den allen gesamtgesellschaftlichen Zugriffen entzogenen Bereich unternehmerischer Freiheit; die Ausdifferenzierung eines davon gesonderten „politischen" Entscheidungssystems; die enge Beschränkung diese „politischen" Entscheidungssystems: es darf daran erinnert werden, daß „Rechtsstaat" nichts mit Wenn/Dann-Regeln zu tun hat, sondern besagte, daß der Staat sich allein auf die Überwachung der Rechtsregeln zu beschränken hatte, also die polemische Absage an den Wohlfahrtsstaat war. Und der so restringierte Staat sollte die Eingriffe in die bürgerliche Produktions- und Lebenssphäre, die im Interesse dieser Produktionsweise dennoch unumgänglich waren, aufs Vorausseh- und Berechenbare beschränken: Daher die Bindung von Eingriffen an genau fixierte Tatbestandsmerkmale mit genauen Rechtsfolgen. Unrichtig wird die ganze Beschreibung, wenn dieser Übergang vom Zweck- zum Konditionalprogramm für irgendeine Zeit des 19. oder 20. Jh. als konstitutiv hingestellt wird: nur sehr begrenzte Teile der Staatstätigkeit, nämlich „Eingriffe in Eigentum und Freiheit" waren oder sind konditionalprogrammiert; für den größten Teil der Staatstätigkeit ist diese Programmierungsweise undurchführbar. (34)

33 S. etwa Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., Art. „Merkantilismus", „Physiokraten".

34 Für den juristischen Bereich ist jedenfalls die sehr spezielle und in ihrer Tragweite mitunter überzogene Diskussion im deutschen Polizeirecht, nämlich um Generalklausel, spezielle Eingriffsermächtigungen und Befugnisnormen völlig überbewertet und unzulässig verallgemeinert. Systembegriff und Zweckrationalität, a.a.O., S. 99.

Zusammenfassung: Luhmanns Systemtheorie operiert nicht im Rahmen einer Gesellschaftstheorie, sondern versteht sich selbst als Gesellschaftstheorie. Ihre Begrifflichkeit und Fragestellungen eliminieren alle gesellschaftlich relevanten Probleme. Sie ist daher für gesamtgesellschaftliche Analysen nicht geeignet. Dies läßt sich an der Begrifflichkeit und an den Fragestellungen dieser Theorie sowie an den von Luhmann durchgeführten Analysen einzelner gesellschaftlicher Phänomene zeigen.

Die neuen Bände

aktuell rororo

rororo aktuell – Die größte politische Taschenbuchreihe der Bundesrepublik – Herausgegeben von Freimut Duve – Bisher 170 Titel – Jeden Monat 2 neue Bände

Kritische Texte

Mao Tse-tung
Das machen wir anders als Moskau! Kritik an der sowjetischen Politökonomie. Hg. von Helmut Martin (1940/DM 5,80)

Mansholt, Sicco
Die Krise Europa und die Grenzen des Wachstums (1823/DM 4,80)

Galtung, Johan
Kapitalistische Großmacht Europa oder Die Gemeinschaft der Konzerne? "A Superpower in the Making" (1651/DM 4,80)

Jahn, Egbert
Kommunismus – Und was dann? Zur Bürokratisierung und Militarisierung des Systems der Nationalstaaten (1653/DM 4,80)

Liberalität

Duve, Freimut/Kopitsch, Wolfgang (Hg.)
Weimar ist kein Argument oder brachten Radikale im öffentlichen Dienst Hitler an die Macht? Texte zu einer gefährlichen Geschichtsdeutung (4002/DM 5,80)

Albertz, Heinrich
Dagegen gelebt – von den Schwierigkeiten, ein politischer Christ zu sein. Gespräche mit Gerhard Rein (4001/DM 3,80)

Albertz, Heinrich/Böll, Heinrich/Gollwitzer, Helmut u.a.
»Pfarrer, die dem Terror dienen«? Bischof Scharf und der Berliner Kirchenstreit 1974. Eine Dokumentation (1885/DM 4,80)

Frister, Erich/Jochimsen, Luc
Wie links dürfen Lehrer sein? Unsere Gesellschaft vor einer Grundsatzentscheidung (1555/DM 3,80)

Zülch, Tilman
Von denen keiner spricht. Kurden, Basken, Chicanos, Indios, Meschier (Sowjetunion) u.a. Unterdrückte Minderheiten – von der Friedenspolitik vergessen (1879/DM 5,80)

Industriekritik

Wüstenhagen, Hans-Helmut
Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl – der Anfang? (1949/DM 3,80)

Vilmar, Fritz (Hg.)
Industrielle Demokratie in Westeuropa. Menschenwürde im Betrieb II. (1711/DM 7,80)

Kasiske, Rolf (Hg.)
Gesundheit am Arbeitsplatz. Berichte und Analysen zu Belastungen und Gefahren im Betrieb (1876/DM 6,80)

Technologie und Politik

aktuell-Magazin – Herausgegeben von Freimut Duve. Ein kritisches, vierteljährlich erscheinendes Periodikum im Taschenbuchformat
Heft 3:
Welthungerkatastrophe und Agrarpolitik (1942/DM 6,80)

Internationales

Technologie und Politik, Heft 4:
Rüstungs-Technologie (1945/DM 6,80)

Regis Debray
Kritik der Waffen. Wohin geht die Revolution in Lateinamerika? (1950/DM 6,80)

Ulrich Albrecht/Dieter Ernst/Peter Lock/Herbert Wulf
Rüstung und Unterentwicklung. Iran, Indien, Griechenland/Türkei: die verschärfte Militarisierung (4004/DM 6,80)

Demokratische Erziehung

Politisch-wissenschaftliche Zweimonatszeitschrift für das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen

Herausgeber: *Georg Auernheimer · Frank Benseler · Horst Bethge · Karl H. Bonner · Dankwart Danckwerts · Alfred Degen · Frank Deppe · Helga Deppe-Wolfinger-Loiseau Doormann · Karl-Heinz Heinemann · Horst Holzer · Hans Rainer Kaiser · Karl Ott · Engelbach-Holger H. Luhrig · Michael Otte · Karin Priester · Erich Roßmann · Gerwin Scheler · Stephan Veets · Herbert Vorgrimler*

Heft 1/76

Zur Sozialisation und Erziehung behinderter Jugendlicher:

W. Jantzen: Materialistische Erkenntnistheorie, Behindertenpädagogik und Didaktik
Aufsätze zu Konzentrationsstörungen in der Schule, zur Verhaltenstherapie, Legasthenie, zur beruflichen Eingliederung Behinderter, *von U. Preuss-Lausitz, H. Deppe-Wolfinger, H. Reiser und anderen.*

Weitere Aufsätze:

R. Koch / G. Rocholl: Gleichgültigkeit der Lohnerzieher? Auseinandersetzung mit Heinsohn / Kneiper. *D. Kramer* zur Jugendzentrumsarbeit. *H. Luhrig* schreibt aus Bonn. Sammelrezensionen zur Sonder- und Freizeitpädagogik.

Heft 2/76

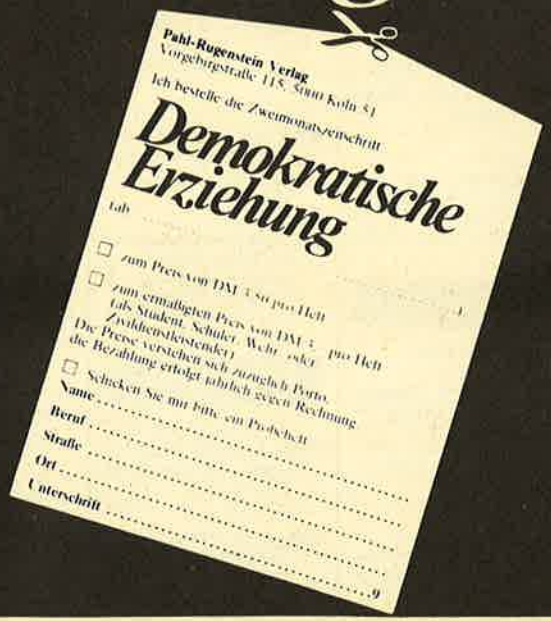
Zur Gesamtschulentwicklung – Erfahrungen und Argumente

J. Damberg u. a. Elternarbeit in der Gesamtschule
K. Gothrke: Warum bleibe ich Lehrer an einer Gesamtschule?
G. Schefer: CDU-Bildungspolitik auf hauseigenem Prüfstand –
M. Knuth: Einstellungen von Eltern zur Gesamtschule.

Weitere Aufsätze:

Zur Diskussion um eine interessenbezogene Konzeption der Arbeitslehre von *D. Goos* und von *R. Schulte/P. Wenner*
V. Guzerro: Die schulische Betreuung von Italienerkindern
D. Danckwerts: Bildung und Reproduktion der Arbeitskraft

Pahl-Rugenstein



DIE ENTWICKLUNGSPSYCHOLOGISCHE KONZEPTION A. N. LEONTJEW'S ALS GEGENSTAND MARXISTISTISCHER UND BÜRGERLICHER INTERPRETATION

Einleitung: Zur Problematik der Rezeption der sowjetischen Psychologie in der BRD am Beispiel von Leontjew's „Probleme der Entwicklung des Psychischen"

Mit dem Ausbau der auf der Grundlage von zwei- und mehrseitigen Abkommen möglich gewordenen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wächst für die wissenschaftliche Intelligenz der kapitalistischen Länder zwangsläufig auch die objektive Notwendigkeit einer konkreten Auseinandersetzung mit den Problemstellungen und Arbeitsergebnissen der Wissenschaften in den sozialistischen Ländern. Je mehr sich dabei die einmal erkannte Notwendigkeit als allgemeines (wenngleich nicht notwendig in sich homogenes) Bedürfnis durchsetzt, umso größere Bedeutung gewinnt die Rezeption einschlägiger Originalliteratur, eine Entwicklung, die sich beispielsweise auf dem Gebiet der Psychologie seit einigen Jahren recht eindrucksvoll in der durch verschiedene Verlage getragenen wachsenden Verbreitung von Originalarbeiten sowjetischer Psychologen in der Bundesrepublik dokumentiert.

In diesem Zusammenhang ist die Publikation einer BRD-Lizensausgabe von A.N. Leontiew's „Probleme der Entwicklung des Psychischen" (1), von Holzkamp & Schurig in ihrer Einführung in den Text als „ein wesentliches Dokument der Entstehung und Eigenart desjenigen Grundansatzes innerhalb der sowjetischen Psychologie avisiert, in welchem am konsequentesten und mit dem größten wissenschaftlichen Ertrag die psychologische Forschung auf marxistischer Basis umgestaltet und weiterentwickelt wird" (S. XI), in mehrfacher Hinsicht von besonderem Interesse.

Leontjew's Buch vermittelt dem Leser nämlich nicht nur einen tiefen Einblick in ein höchst bedeutsames Kapitel der Geschichte der Psychologie, sondern eröffnet auch mannigfache Perspektiven des Weges, auf dem die Psychologie in den kapitalistischen Ländern aus ihrer Stagnation und Sterilität herausgeführt und auf die Gewinnung wirklicher Erkenntnisse über die konkreten Menschen unter den Lebensbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft gewendet werden kann. Hierbei erweist sich als besonders hilfreich, daß Leontjew die Probleme und Befunde der klassischen und modernen bürgerlichen Psychologie nicht einfach von einem fortgeschritteneren wissenschaftlichen Standpunkt aus als „unerheblich" oder „historisch überholt" abtut, sondern daß er sie in kritischer Diskussion aufgreift und in ihren positiven Momenten in die eigene Konzeption integriert. So wird z.B. im Hinblick auf eine der psychologischen Grundfragen, das sogenannte psychophysische Problem, gewissermaßen das Erbe der klassischen Psychologie angetreten, indem gerade dort, wo die bürgerlichen Theoretiker mit dem Rekurs auf die Etikettierung als „Scheinproblem" ihren Erkenntnisanspruch bereits aufgegeben haben, nachgewiesen wird, daß das „Leib-

1 Leontjew, A.N.: Probleme der Entwicklung des Psychischen. Mit einer Einführung von Klaus Holzkamp und Volker Schurig (Psychologisches Institut der Freien Universität Berlin). Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1973.

Seele"-Problem nicht etwa als Problem falsch gestellt war, sondern daß die Versuche zu seiner Lösung unzulänglich waren, die Unlösbarkeit mit den Denkmitteln der modernen bürgerlichen Psychologie und Erkenntnistheorie fälschlich mit seiner Unlösbarkeit überhaupt gleichgesetzt wurde (vgl. Leontjew, S. 15 ff.). Wenn Leontjew zugleich die Klärung dieses Problems auf angemessenere Weise in Angriff nimmt, so hat das nicht nur Konsequenzen für den engeren Bereich der Psychologie, sondern es wird auch der agnostizistischen Resignation einer in ihre eigenen Scheinprobleme und Sophismen verstrickten bürgerlichen Erkenntnistheorie zwingend die Alternative eines wirklichen Fortschritts der menschlichen Erkenntnis gegenübergestellt.

Eine äußere Besonderheit der „Probleme der Entwicklung des Psychischen", die in der Sowjetunion erstmals bereits 1959 publiziert und 1963 mit dem Lenin-Preis ausgezeichnet wurden, besteht darin, daß die für dieses Buch zusammengestellten Texte nicht nur aus verschiedenen Zeiten datieren, sondern auch zu recht unterschiedlichen Anlässen verfaßt wurden: Teile aus größeren Werken sind ebenso enthalten wie Zeitschriftenartikel, Originalarbeiten oder für den Druck überarbeitete Vortragsmanuskripte (vgl. Leontjew, S. 1 f.). Darüber hinaus handelt es sich bei diesen Texten teils um grundlegendere philosophische Abhandlungen, teils um Dokumente empirischer Untersuchungen, teils um eher popularisierend abgefaßte, an einen größeren Interessentenkreis gerichtete Aufsätze (2). Es wäre jedoch verfehlt, aus dieser Vielgestaltigkeit der Form schließen zu wollen, die Gliederung des Buches sei eine mehr oder weniger zufällige, den angesprochenen Problemen rein äußerliche Systematik. Tatsächlich spiegelt sich in ihr der innere Zusammenhang der von Leontjew abgehandelten Sachverhalte als Einheit von naturgeschichtlicher, gesellschaftlich-historischer und individualgeschichtlicher Analyse deutlich erkennbar wider, so daß der Leser über das Buch zugleich Einblick in die organische Geschlossenheit des hier repräsentierten Lebenswerkes seines Verfassers gewinnt. So „behandeln zwar die im vorliegenden Band enthaltenen Arbeiten verschiedene Aspekte des Entwicklungsproblems", sie „unterliegen jedoch einer einheitlichen Absicht, und der Zusammenhang zwischen ihnen ergibt sich aus der Art und Weise, wie an die Untersuchung psychischer Erscheinungen herangegangen wird" (Leontjew, S. 1).

In ihrem die Lizensausgabe einleitenden Kommentar weisen Holzkamp & Schurig darauf hin, „eine gründliche Rezeption und Diskussion der ‚Probleme der Entwicklung des Psychischen' durch die innerhalb der BRD wissenschaftlich oder praktisch im Gebiet der Psychologie Tätigen" sei zwar ebenso „dringlich wie überfällig", dennoch könne man keineswegs davon ausgehen, „daß mit dem bloßen Vorliegen des Textes von Leontjew's Buch auch schon eine angemessene Rezeption gesichert sei" (a.a.O., S. XI), vielmehr seien — je nach dem wissenschaftlich-politischen Standort des jeweiligen Rezipienten — Mißverständnisse und Fehldeutungen in zweifacher Hinsicht zu erwarten:

So stoßen zwar die Probleme und Ergebnisse der neueren sowjetischen Psychologie spätestens seit dem 18. internationalen Kongreß für Psychologie 1966 in Moskau auf das gesteigerte Interesse auch der Psychologen kapitalistischer Länder (vgl. etwa Aebli 1969, sowie Kussmann 1971). Wo jedoch „innerhalb der bürgerlichen Psychologie theoretische Ansätze oder empirische Befunde der psychologischen Forschung aus der Sowjetunion zur Kenntnis genommen werden, geschieht dies fast durchgehend auf eine charakteristische Weise: Bestimmte Aussagen werden als isolierte Einzelthesen und bestimmte Ergebnisse als isolierte Einzelresultate im Kontext bürgerlicher Beiträge zum gleichen Thema herangezogen" (a.a.O.), S. XI). Der Umstand, daß bei dieser Vorgehensweise „mögliche grundsätzliche Verschiedenheiten der philosophisch-gesellschaftstheoretischen

2 Zum Entstehungszusammenhang der einzelnen Texte vgl. auch die dem Buch beigefügten und von Leontjew im Vorwort avisierten „Bemerkungen" von A.W. Saporoshez.

Voraussetzungen" von vornherein „nicht in Rechnung gestellt (werden)", erklärt sich daraus, „daß die bürgerliche Psychologie als solche ihre eigenen philosophisch-gesellschaftstheoretischen Grundlagen aus ihrem ‚einzelwissenschaftlichen' Gesichtskreis fernhält, demgemäß abweichende Grundlagen mit ihren Denkmitteln notwendig nicht erfassen kann" (S. XI f.). Unter einer solchen Perspektive müssen „der Stückwerk-Charakter und die aggregative Beschaffenheit der modernen bürgerlich-psychologischen Forschung als universelle Eigenart psychologischer Forschung überhaupt erscheinen" (vgl. S. XII), wodurch nicht nur der spezifische, weiterführende Erkenntnisgehalt der Gesamtkonzeption einer Psychologie auf der Basis des historischen und dialektischen Materialismus grundsätzlich verfehlt wird, sondern auch notwendig eine Einebnung der Besonderheiten marxistisch fundierter Psychologie auf das Niveau des bürgerlich-psychologischen Erkenntnishorizonts erfolgen muß (S. XXIV) — ein Verfahren, das nicht selten mit einer „konvergenztheoretischen" Verkürzung der Ansätze und Befunde der sowjetischen Psychologie einhergeht. So fallen z.B. für Aebli bei allen (abstrakt bestimmten) „Verschiedenheiten, kraft deren sich östliche und westliche Psychologie gegenseitig zu befruchten vermögen, . . . nicht weniger konvergente Züge ins Auge" (1969, S. IX). Und „geradezu erstaunlich" ist für ihn „die Konvergenz der sowjetischen Denk- und Entwicklungspsychologie mit derjenigen des Schweizers Jean Piaget" (ebd.). Der vertröstende Hinweis, die (behauptete) Konvergenz „zu erklären, wäre reizvoller Gegenstand einer philosophie- und psychologiegeschichtlichen Studie" (ebd.), erscheint dann auch als hinreichendes Alibi, jene entscheidende Frage nicht zu diskutieren, ob denn ein solches auf Gemeinsamkeit um jeden Preis gerichtetes „Nebeneinanderstellen" von Psychologie mit extrem unterschiedlichen Grundvoraussetzungen überhaupt wissenschaftlich zulässig sei. Geht man mit dieser Haltung an die Arbeit Leontjew's heran, „wird man die marxistische Fundierung der hier dargelegten Konzeptionen und Resultate entweder gar nicht bemerken, oder, wo sie explizit hervorgehoben ist, als außerwissenschaftlich-‚ideologisch' beiseite lassen wollen, um das, was dann noch übrigbleibt, entweder kritisch oder zustimmend in den eigenen Problemhorizont einzugemeinden" (Holzkamp & Schurig, S. XII). Charakteristisches Merkmal der Leontjewschen Konzeption ist indes gerade der ständige Rückbezug der einzelwissenschaftlichen Problematik auf die Ebene ihrer philosophisch-gesellschaftstheoretischen Grundvoraussetzungen. Seine Kritik der bürgerlichen Psychologie durchdringt denn auch die Details empirischer Einzelaussagen in Richtung auf die philosophischen Grundlagen der betreffenden Theorien und macht deutlich, daß das Unvermögen bürgerlicher Psychologie, sich zur einheitlichen Wissenschaft vom Psychischen zu entwickeln, bereits in ihren wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen angelegt ist. Denn: „Weder der mechanistische Materialismus noch der Idealismus sind in der Lage, den psychologischen Untersuchungen die Richtung zur einheitlichen Wissenschaft vom psychischen Leben des Menschen zu geben. Dieses Vorhaben läßt sich nur auf der Grundlage einer philosophischen Weltanschauung bewältigen, die die Erscheinungen in der Natur und in der Gesellschaft materialistisch erklärt. Diese Weltanschauung kann nur die Philosophie des dialektischen Materialismus sein" (Leontjew, S. 267).

Mit dieser Aussage ist dann auch eindeutig Stellung bezogen im Hinblick auf eine zweite Form von „Mißinterpretationen und Fehldeutungen des Leontjewschen Werkes", die Holzkamp & Schurig von seiten jener „linken" Leser erwarten, „die der Ansicht sind, Marxismus und Psychologie seien unvereinbar miteinander, psychologische Forschung sei auf der Basis des historisch-dialektischen Materialismus nicht zu begründen und habe innerhalb des wissenschaftlichen

Sozialismus keinen Platz“ (a.a.O., S. XII). Tatsächlich setzt, wer eine solche Auffassung vertritt, nicht nur fälschlich die bürgerliche Psychologie mit der Psychologie überhaupt gleich, er geht auch an der Tatsache vorbei, daß „Marx, wenn er auch nicht zur systematischen Ausführung psychologischer Fragestellungen kam, dennoch so häufig und an so wichtigen Stellen psychologisch relevante Erkenntnisse zum Ausdruck brachte, daß die Eigenart und Funktion einer zu schaffenden marxistisch fundierten Psychologie dadurch eindeutig vorgezeichnet ist (3)“ (ebd.).

So bezeichnet Marx z.B. in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ das gegenständliche Sein der Produktion als Psychologie, die sich unseren Sinnen darbietet: „Man sieht, wie die Geschichte der Industrie und das gewordene gegenständliche Dasein der Industrie das aufgeschlagene Buch der menschlichen Wesenskräfte, die sinnlich vorliegende menschliche Psychologie ist, die bisher nicht in ihrem Zusammenhang mit dem Wesen des Menschen, sondern immer nur in einer äußeren Nützlichkeitsbeziehung gefaßt wurde ... Eine Psychologie, für welche dies Buch, also gerade der sinnlich gegenwärtigste, zugänglichste Teil der Geschichte zugeschlagen ist, kann nicht zur wirklichen inhaltvollen und reellen Wissenschaft werden“ (MEW Ergb. I, S. 542 u. 543).

In der expliziten Konkretisierung dieser von Marx formulierten Gedanken auf die Ebene der empirischen Psychologie (vgl. etwa Leontjew, S. 279 ff.) ist Leontjew's Konzeption in ihren wesentlichen Positionen also weder eine Revision noch eine Erweiterung, sondern vielmehr ein konsequenter innerer Ausbau marxistisch begründeter Wissenschaft (vgl. hierzu Holzkamp & Schurig, S. XII).

Der Versuch einer dem realen Gehalt und der objektiven Bedeutung der Leontjewschen Konzeption und Befunde angemessenen Rezeption der „Probleme der Entwicklung des Psychischen“ kann also sinnvoll nur von einem wissenschaftlichen Standort aus unternommen werden, der die Attitüde einer abstrakten Ideologiekritik der bürgerlichen Psychologie bereits hinter sich gelassen hat und stattdessen eine Einsicht in die Notwendigkeit ermöglicht, auch für die Psychologie konkrete, marxistische Alternativen als Teilmoment der Entwicklung der objektiven Widersprüche des Kapitalismus in Richtung auf eine sozialistische Transformation zu erarbeiten.

Unter dem Blickwinkel einer solchen Perspektive soll daher im folgenden zunächst Leontjews Konzeption des historischen Herangehens an die Untersuchung der menschlichen Psyche in ihrer inneren Einheit von Gegenstand und Methode anhand zentraler Fragestellungen seines Buches verdeutlicht werden, wobei auch auf die realen Konsequenzen dieser Konzeption für die marxistisch fundierte Weiterentwicklung einer kritischen Psychologie in der bürgerlichen Gesellschaft eingegangen werden soll. Im Anschluß daran werden wir uns ausführlich mit dem von Laufenberg, Seidel & Steinfeld vorgelegten Interpretationsversuch (4) auseinandersetzen, die, von vorgeblich marxistischen Positionen ausgehend, zu einer radikalen Ablehnung der Konzeption Leontjews gelangen und sie sowohl in ihrem Grundansatz wie auch den Einzelbefunden als „auf Basis des dialektischen Materialismus“ vollzogene „leninistische“ Verfälschung

3 Vgl. zu dieser Frage etwa auch Lucien SEVE: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a.M. 1972.

4 Laufenberg, H., Seidel, H. & Steinfeld, F.: Leontjews Begründung materialistischer Psychologie. Interpretation von „Probleme der Entwicklung des Psychischen“. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung (VSA), Westberlin 1974.

„von Marx und Engels längst formulierter Zusammenhänge“ denunzieren (vgl. a.a.O., S. 28 u. 123). Dabei wird u.a. zu klären sein, in welchen ideologischen Zusammenhang eine solche„ „marxistische“ Kritik am konsequenten inneren Ausbau des wissenschaftlichen Sozialismus einzuordnen ist und welche objektive Funktion ihr insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung fortschrittlicher Wissenschaft im Kapitalismus zukommt, die in den eigenen Entwicklungsprozeß bewußt auch bereits unter den Bedingungen des realen Sozialismus erarbeitete wissenschaftliche Erkenntnisse als Orientierungshilfen miteinbezieht.

Leontjew's historischer Grundsatz und seine Konsequenzen für die marxistisch fundierte Weiterentwicklung der kritischen Psychologie

Wesentliches Kennzeichen des Leontjewschen Grundansatzes ist die Erkenntnis, daß der Psychologe in der Untersuchung der psychischen Erscheinungen nicht „von den inneren subjektiven Zuständen ausgehen und sie losgelöst von der Lebenstätigkeit des Subjekts betrachten“ darf; „er darf sich auch nicht auf das Verhalten orientieren und es getrennt vom Psychischen sehen. Er muß vielmehr stets die Einheit des Psychischen und der Tätigkeit des Subjekts im Auge behalten und deren innere wechselseitige Verbindungen und Wandlungen zu erschließen trachten“ (Leontjew, S. 22).

So dokumentieren zwar die Persönlichkeit und die psychischen Eigenarten und Besonderheiten des je individuellen Menschen in unmittelbarer Weise seine individualgeschichtliche Gewordenheit; diese ist jedoch in ihrem Entstehungsprozeß keineswegs aus sich heraus verständlich. Die individuelle Entwicklung des Menschen ist vielmehr in ihren biologischen Voraussetzungen Ergebnis seiner naturgeschichtlichen Entwicklung und wird in ihrem konkreten Verlauf geprägt durch die Aneignung von Resultaten der gesellschaftlich-historischen Entwicklung. Die wissenschaftliche Erforschung des Menschen und seiner psychischen Eigenschaften und Fähigkeiten als jeweils aktuell vorfindbares Resultat seiner bisherigen Individualgeschichte einerseits und Voraussetzung seiner zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten andererseits erfordert daher eine der inneren Logik des Gegenstandes entsprechende Methode: das historische Herangehen an die Untersuchung der menschlichen Psyche (a.a.O., S. 260 ff.).

Eine solche Vorgehensweise läßt sich indes nicht darauf reduzieren, daß historische Sachverhalte zum Gegenstand der Analyse gemacht und in streng chronologischer Reihenfolge einer nach dem anderen vorgeführt werden. Sie besteht auch nicht darin, daß bestimmte Erscheinungen herausgegriffen, in ihrem jeweiligen historischen Kontext betrachtet und auf diese Weise „relativiert“ werden. „Vielmehr ist die Methode des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns selbst in bestimmtem Sinne eine historische Methode. Einen Gegenstand wissenschaftlich erklären, heißt hier, ihn aus seiner Gewordenheit begreifen“ (Holzkamp & Schurig, S. XXV). Da die Erscheinungsformen eines Gegenstandes (und dies ist bei den Gegenständen der Psychologie besonders augenfällig) sowohl äußerst mannigfaltig als auch, für sich betrachtet, mitunter höchst widersprüchlich sind, lassen sich nur in der historischen Ursprungs- und Differenzierungsanalyse die wesentlichen inneren Zusammenhänge der Erscheinungen samt der vermittelnden Prozesse zu ihrer jeweiligen Erscheinungsform adäquat herausarbeiten (vgl. Leontjew, S. 5–46). Unter dieser Gegenstandsperspektive offenbart sich die reale Geschichte der psychischen Entwicklung als „Entwicklungsgeschichte der ‚Spaltung‘ des ursprünglich einfachen, einheitlichen Lebens, die die primitive Psyche des Tieres aufkommen ließ und ihren vollen Ausdruck im bewußten Leben des Menschen findet“. Sie spiegelt „die Entwicklungsgeschichte des Lebens wider und unterliegt seinen allgemeinen Gesetzen – auf den ersten Etappen der biologischen Entwicklung den Prinzipien der biologischen Evolution und auf den Etappen der historischen Entwicklung den gesellschaftlich-historischen Gesetzen“ (S. 260 f.). Dabei begreift

die historische Methode unter den Prämissen einer marxistisch fundierten Psychologie ihren Erkenntnisgegenstand in seiner Entstehung und Entwicklung aus den objektiven Notwendigkeiten des wirklichen materiellen Lebensprozesses. So ist auch das Psychische (als Eigenschaft der höher organisierten lebenden Materie) „dem Leben nicht einfach beigegeben, sondern eine eigenartige Erscheinungsform des Lebens, die zwangläufig im Laufe seiner Entwicklung entsteht" (S. 42). Als „die grundlegende ‚Einheit' des Lebensprozesses" bestimmt Leontjew „die Tätigkeit des Organismus", wobei die „mannigfachen Tätigkeiten, die die vielfältigen Lebensbeziehungen des Organismus zur ihn umgebenden Wirklichkeit realisieren, wesentlich durch deren Gegenstand bestimmt werden" (S. 33).

Die Herausarbeitung der Sensibilität als Elementarform des Psychischen, die den Organismus auf die Umwelt orientiert und die Eigenschaften der Umwelt in ihren Zusammenhängen adäquat widerspiegelt, gegenüber der einfachen Reizbarkeit (Erregbarkeit) als der (relativ unspezifischen) organismischen Grundvoraussetzung aktiver Widerspiegelung überhaupt ist paradigmatisch für die historische Analyse im naturgeschichtlichen Bereich. Dabei erweist sich die reduktive Leugnung der Eigenständigkeit und Funktion des Psychischen innerhalb der Lebensvorgänge ebenso als wissenschaftlich unhaltbar wie die abstrakte Dichotomisierung von Psychischem und Physiologischem. Der Übergang von der ursprünglichen Reizbarkeit zur Sensibilität als Widerspiegelungsform mit höherem biologischen Anpassungswert vollzieht sich einerseits, „indem der Organismus zur Umwelt in immer kompliziertere und mannigfachere Beziehungen tritt", und andererseits, „indem die Funktion der Organe differenziert wird, so daß einige von ihnen zu spezialisierten Organen der Sensibilität mit eng umgrenztem Aufgabenbereich werden" (S. 38). Das Psychische gewinnt seine Bedeutung also aus den — von objektiven Außenweltbedingungen abhängigen — spezifischen organismischen Lebensnotwendigkeiten im Evolutionsprozeß, indem es den Organismus zu Einwirkungen der Außenwelt in Beziehung setzt, die selbst keine unmittelbare biologische Bedeutung haben, aber Einwirkungen von unmittelbarer biologischer Bedeutung signalisieren. Hierbei erwächst der innere Realzusammenhang zwischen Erregbarkeit und Sensibilität aus ihrem gemeinsamen naturgeschichtlichen Ursprung, wobei die Gesetzmäßigkeiten des elementareren Widerspiegelungsprozesses keineswegs außer Kraft gesetzt, quasi „mechanisch" durch solche höherer Ordnung „abgelöst" werden, sondern dialektisch im „höheren" mehr spezifischen Prozeß aufgehoben sind.

Zwar verändern sich die Erscheinungsformen der Sensibilität im Laufe der Höherentwicklung der Organismen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ — sie ist bei niederen Tieren etwas völlig anderes als bei höheren Tieren und beim Menschen (S. 46) — jedoch bleibt auf allen Stufen und in allen Erscheinungsformen bis hin zum menschlichen Bewußtsein das „vermittelnde" Wesen der Sensibilität als eine Wesensbestimmung des Psychischen überhaupt erhalten: „In dieser Beziehung darf die Sensibilität des Menschen keine Ausnahme bilden. Daß sie beim Menschen in Form von Bewußtseinserscheinungen auftritt, stellt ihre spezifische Besonderheit dar, ändert jedoch nichts an dem grundsätzlichen Verhältnis, das ihr Wesen kennzeichnet" (S. 48).

Die Spezifik des menschlichen Bewußtseins als „bewußtem Sein" bestimmt sich aus den spezifischen Notwendigkeiten der Lebenserhaltung und -entfaltung durch gesellschaftliche Arbeit, wodurch der (innerhalb der bürgerlichen Psychologie weithin üblichen) Gleichsetzung von Psychischem und Bewußtsein der Boden entzogen ist. Dabei entsprechen sowohl der Unterschied als auch der genetische Zusammenhang von Psychischem und Bewußtsein dem Umschlagen der Tätigkeit des Tieres als instinktiv-biologischem Anpas-

sungsprozeß in die schöpferische Aneignung der Wirklichkeit als Einheit von vergegenständlichender Veränderung der Natur und gesellschaftlicher Produktion der Lebensmittel. Im Rahmen dieser Auffassung gewinnt dann das Konzept der Aneignung, das Leontjew von Marx übernimmt und unter der Gegenstandsperspektive des Psychologen spezifiziert, in den Analysen der Entwicklung des Psychischen unter den Bedingungen gesellschaftlich-historischer Entwicklungsgesetze eine zentrale Bedeutung.

Zwar ist nach Leontjew die Beziehung eines Organismus zur ihn umgebenden Wirklichkeit grundsätzlich als asymmetrische Wechselwirkung des aktiven Organismus mit seinen objektiven Lebensbedingungen zu verstehen; dennoch ist der Arbeitsprozeß nicht bloß eine historisch relativ späte Differenzierung des organismischen Stoffwechsels unter noch stärkerer Akzentuierung seiner aktiven Momente:

> Kennzeichnend für die menschliche Arbeit im Gegensatz auch zur kompliziertesten tierischen Tätigkeit (wobei der Gegensatz zugleich den genetischen Zusammenhang erhellt) sind vielmehr zwei Momente, die eng miteinander zusammenhängen: „Das erste ist der Gebrauch und die Anfertigung von Werkzeugen", das zweite liegt in der Tatsache, „daß der Arbeitsprozeß unter den Bedingungen einer gemeinsamen kollektiven Tätigkeit vollzogen wird", der Mensch nur über die Beziehungen zu anderen Menschen, den Mitgliedern der gegebenen Gesellschaft, zur Natur in Beziehung tritt: „Die Arbeit ist damit von Anfang an ein Prozeß, der durch das Werkzeug (im weiten Sinne des Wortes) und zugleich durch die Gesellschaft vermittelt wird" (a.a.O., S. 202).
> Zwar benutzen auch Tiere mitunter äußere Mittel, um einzelne Operationen zu vollziehen – dennoch unterscheiden sich wegen der unterschiedlichen Rahmenbedingungen „diese ‚Werkzeuge' des Tieres qualitativ von den echten Werkzeugen, den Arbeitsmitteln des Menschen" (5) (ebd.). So kompliziert nämlich einerseits „die Tätigkeit mit Hilfe eines „Werkzeugs" beim Tier auch sein mag, sie ist niemals ein gesellschaftlicher Prozeß" und entwickelt sich daher auch „nicht über die Beziehungen, die die einzelnen Individuen dabei eingehen". Andererseits werden die Beziehungen innerhalb einer Tiergemeinschaft, so kompliziert das instinktive Zusammenleben der Individuen auch sein mag, „nicht auf der Grundlage der ‚Produktionstätigkeit" geknüpft, werden nicht von ihr bestimmt und hängen nicht von ihr ab" (ebd.).

In dem Umstand, daß der Arbeit als spezifisch menschlicher Tätigkeit von Anfang an — gewissermaßen als Wesensbestimmung — gesellschaftliche Beziehungen zugrundeliegen, finden wir auch die unmittelbare Ursache für das Enstehen des Bewußtseins als spezifisch menschlicher Form der Widerspiegelung (Leontjew, S. 205).

Die Tätigkeit, die die unmittelbaren biologischen, instinktiven Beziehungen der Tiere zur Umwelt realisiert, wird stets durch die Gegenstände angeregt, die ein biologisches Bedürfnis befriedigen. Und es gibt bei Tieren keine Tätigkeit, die nicht in ihrem letzten Kettenglied unmittelbar auf einen solchen Gegenstand gerichtet wäre. Tätigkeit und Gegenstand sind durch einen biologischen Sinn miteinander verbunden: „der Sinn eines Gegenstandes, der ein Bedürfnis unmittelbar befriedigt" (S. 203). Zwar ist das Psychische der höheren Tiere bereits durch die Fähigkeit gekennzeichnet, die gegenständlichen und natürlichen Zusammenhänge und Beziehungen der äußeren Wirklichkeit widerzuspiegeln, was seinen objektiven Ausdruck im Umwegverhalten und in anderen Formen der in zwei oder sogar mehr Phasen gegliederten intellektuellen Tätigkeit des Tieres

5 „Der Gebrauch und die Schöpfung von Arbeitsmitteln, obgleich im Keim schon gewissen Tierarten eigen, charakterisieren den spezifisch menschlichen Arbeitsprozeß" (MEW Bd. 23, S. 194). (Bezeichnenderweise setzt Marx den Gebrauch der Arbeitsmittel vor die Schöpfung.)

findet (vgl. z.B. die Schimpansen-Versuche von W. Köhler und anderen Forschern); Gegenstand und Motiv der Tätigkeit sind jedoch „stets miteinander verschmolzen und stimmen überein" (ebd.).

Das Bewußtsein des Menschen hingegen hat in dem durch gesellschaftliche Beziehungen bestimmten Arbeitsprozeß einen grundsätzlich andere objektive Grundlage:

Schon auf der untersten Entwicklungsstufe menschlicher Gesellschaft wird der Tätigkeitsprozeß unter den einzelnen Produktionsmitgliedern aufgeteilt (ebd.; vgl. MEW Bd. 3, S. 31). Dies ermöglicht und erfordert zugleich eine Trennung zwischen Gegenstand und Motiv der Tätigkeit, die damit in eine Handlung übergeht (S. 204). So wird z.B. auch die Tätigkeit eines Treibers in der Urgesellschaft durch das Bedürfnis nach Nahrung oder Kleidung ausgelöst, die die erjagten Tiere liefern. Dennoch erschöpft sie sich darin, die Tierherde zu erschrecken und sie den anderen Jagdteilnehmern zuzutreiben, die alles übrige erledigen (S. 203 f.). Auf diese Weise bildet die Tätigkeit der anderen Menschen die objektive Grundlage der spezifischen Tätigkeitsstruktur des Einzelnen: „Das Gesamtprodukt dieses Prozesses, das den Bedürfnissen des Kollektivs entspricht, befriedigt auch die Bedürfnisse der einzelnen Mitglieder", obwohl das Individuum die letzten Operationen, die „unmittelbar dazu führen, den Gegenstand des Bedürfnisses zu erlangen, selbst nicht zu vollziehen braucht" (S. 204). Dadurch verwandeln sich die Operationen, die nun den Inhalt der Tätigkeit des Individuums ausmachen, „in eine selbständige Handlung des Individuums, obwohl sie nur Kettenglieder im gesamten, kollektiven Arbeitsprozeß sind" (ebd.).
Dies ist jedoch nur möglich, wenn der objektive Zusammenhang zwischen dem Ergebnis der Tätigkeit des Einzelnen und dem Resultat der kollektiven Tätigkeit vom Individuum auch subjektiv widergespiegelt, der Sinn seiner Handlungen von ihm bewußt erfaßt wird. Die Gesellschaftlichkeit des individuellen Bewußtseins konkretisiert sich damit bereits ganz vordergründig in der praktischen Einsicht in die Tatsache, daß mit der gesellschaftlichen Arbeit die individuelle Lebenserhaltung in der Lebenserhaltung der Gesellschaft aufgehoben ist. Die Gegenstände der Umwelt werden in ihrem konstanten Verhältnis zu den Bedürfnissen und der Tätigkeit des Kollektivs erfaßt. So wird z.B. die Nahrung als Ziel bestimmter Tätigkeiten (man muß sie suchen, jagen oder zubereiten) und zugleich als Ziel der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse wahrgenommen, und zwar unabhängig von der augenblicklichen Bedürfnislage oder Tätigkeit. „Sie wird aus anderen Gegenständen nicht nur praktisch, das heißt während der Tätigkeit, und nicht nur abhängig von einem gerade vorhandenen Bedürfnis, sondern auch ‚theoretisch' hervorgehoben; sie kann damit im Bewußtsein festgehalten und zur ‚Idee' werden" (S. 207).

Aber das Bewußtsein entsteht und existiert nicht „als ‚reines' Bewußtsein" (MEW Bd. 3, S. 30); es bedarf als seiner materiellen Form der Sprache, die sich gleichzeitig mit ihm während der Arbeit bildet. „ ‚Die Sprache ist so alt wie das Bewußtsein — die Sprache ist das praktische, auch für andere Menschen existierende, also auch für mich selbst erst existierende Bewußtheit' (6), schreibt Karl Marx" (Leontjew, S. 212). Dabei ist die Produktion der Sprache ebenso wie die des Bewußtseins und die des Denkens zunächst unmittelbar mit der Produktionstätigkeit, mit dem materiellen Umgang zwischen den Menschen verflochten: „Das Wort, das während des Arbeitsprozesses einen Gegenstand bezeichnet, hebt ihn hervor und verallgemeinert ihn in objektiv-gesellschaftlicher Hinsicht, das heißt als gesellschaftlichen Gegenstand" (S. 213). Damit ist die Sprache zwar einerseits Mittel der Kommunikation zwischen den Menschen, andererseits aber auch ein Mittel, eine Form des Denkens, Träger der bewußten Verallgemeinerung der Wirklichkeit (ebd.).

Aus dem Umstand, daß das Bewußtsein nur entstehen kann, sofern die Beziehungen des Menschen zur Natur durch seine Arbeitsbeziehungen zu anderen Menschen vermittelt werden, folgt jedoch nicht nur, daß das Bewußtsein „von Anfang an ein ‚historisches Produkt'

6 MEW Bd. 3, S. 30

(Karl Marx)" ist (ebd.), sondern auch, daß es das isolierte Bewußtsein des „einsamen Denkers" (Feigl), der als der Kaspar Hauser ohne jegliche Beziehung zu den Mitmenschen der Natur gegenübertritt, nicht geben kann. Denn obgleich in der sich allmählich vollziehenden Trennung der Sprache von der unmittelbaren praktischen Tätigkeit der Name vom Gegenstand abstrahiert wird, die sprachlich benannte Bedeutung nur noch als Bewußtseinstatsache zu existieren braucht, „kann auch das abstrakte, sprachlogische Denken nur entstehen, indem der Mensch sich gesellschaftlich erarbeitete Verallgemeinerungen – Begriffe und logische Operationen – aneignet" (S. 211). Das individuelle Bewußtsein des Einzelnen setzt also die Existenz eines gesellschaftlichen Bewußtseins voraus, dessen konkrete Form und materieller Träger eben die Sprache ist: „Das Bewußtsein ist eine gleichsam durch das Prisma der gesellschaftlich geschaffenen Wortbedeutungen, Vorstellungen und Begriffe gebrochene Widerspiegelung der Wirklichkeit" (S. 214).

Mit der Menschwerdung ändern sich auch die Gesetze, denen die psychische Entwicklung unterliegt: Sie wird nicht mehr ausschließlich durch die Gesetze der biologischen Evolution bestimmt, sondern unterliegt den gesellschaftshistorischen Entwicklungsgesetzen (vgl. S. 197).

Mit dieser Bestimmung wendet sich Leontjew gegen die (innerhalb der bürgerlichen Psychologie weithin verbreitete) „biologistische" Auffassung, nach der die phylogenetische Entwicklung des Menschen ein kontinuierlich ablaufender Prozeß ist, der allein durch das Wirken biologischer Evolutionsgesetze gesteuert wird. Dieser Auffassung liegt der Standpunkt zugrunde, daß sich auch unter gesellschaftlichen Bedingungen die Selektion und Vererbung biologischer Besonderheiten vollzieht, die die weitere Anpassung des Menschen an die Forderungen der Gesellschaft gewährleisten (S. 275 f.).

In der Zurückweisung dieser Vorstellung von de Anthropogenese und der sich zwangsläufig aus ihr ergebenden biologistischen Schlußfolgerungen bezieht sich Leontjew auf den Anthropologen Roginski, der die phylogenetische Entwicklung des Menschen vom Australopithecus über den Pithecanthropus (Proteranthropus) und Neandertaler (Paläanthropus) bis hin zum Neoanthropus als eine Reihe einander ablösender grundsätzlich verschiedener Stadien ansieht, in denen jeweils verschiedene Gesetze wirksam sind (S. 276): „Während des Stadiums des Australopithecus herrschten einzig und allein die Gesetze der biologischen Evolution, die auch noch im Stadium des Proteranthropus und des Paläanthropus in Kraft blieben. . . . Auch die erblich fixierten morphologischen Veränderungen, die sich im Zusammenhang mit der Arbeit und dem sprachlichen Umgang, das heißt bereits unter dem Einfluß sozialer Faktoren vollzogen, unterlagen selbstverständlich noch biologischen Gesetzen" (S. 277). Mit der Fortentwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der durch sie hervorgerufenen Erscheinungen begannen sich völlig neue, gesellschaftlich-historische Gesetze immer stärker durchzusetzen. In diesem Übergangsstadium unterlagen die Individuen als Subjekte des gesellschaftlichen Prozesses sowohl den biologischen Gesetzen, nach denen sich die morphologischen Veränderungen vollzogen, die die Entwicklung der Produktion und des Umgangs der Menschen untereinander förderten, als auch sozialen Gesetzen, die die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion lenkten. Dabei darf man indes nicht von der Vorstellung ausgehen, es handle sich bei diesen Gesetzmäßigkeiten um „vermischte biosoziale Gesetze": „Wie Roginski betont, geht es hier um verschiedene auf verschiedenen Sphären wirkende Gesetze" (S. 277, Anm. 69).
Beim Übergang zum Neoanthropus (Cromagnon) befreit sich die gesellschaftlich-historische Entwicklung aus ihrer früheren Abhängigkeit von der morphologischen Entwicklung: „Auf der einen Seite verändern sich die Lebensbedingungen und Lebensweise einschneidend und immer schneller, während die morphologischen Besonderheiten der Menschenart konstant bleiben; Veränderungen auf diesem Gebiet gehen nicht über den Rahmen von Varianten hinaus, die im Hinblick auf die soziale Anpassung keine wesentliche Bedeutung haben" (S. 278). Dieser relative Stillstand in der Morphorgenese des Menschen seit dem Cromagnon bedeutet „selbstverständlich nicht, daß die Gesetze der biologischen Veränderlichkeit und Vererbung beim Menschen zu wirken aufgehört hätten. Unwirksam bleibt nur die Auslese im Kampf ums Dasein" (S. 278, Anm. 71).

Wie läßt sich nun die gesellschaftlich-historische Entwicklung des Menschen näher bestimmen? Sie unterscheidet sich von der naturgeschichtlichen Entwicklung ihrem Wesen nach dadurch, „daß die evolutionäre, selektionsbedingte, über den Erbgang vermittelte Entwicklung der Organismen jetzt überformt und aufgehoben ist in einer quasi aus dem Menschen nach außen verlegten, dezentralen Entwicklung der Gesellschaft" (Holzkamp & Schurig XXXIV). Denn die Arbeit, „mit deren Hilfe die Produktion (in ihren beiden Formen — in der materiellen und geistigen) vollzogen wird, fixiert sich in ihrem Produkt" (Leontjew, S. 279). Anders ausgedrückt: „Was auf seiten des Arbeiters in der Form der Unruhe erschien, erscheint nun als ruhende Eigenschaft, in der Form des Seins, auf seiten des Produkts" (MEW Bd. 23, S. 195; vgl. auch Leontjew, S. 279). Indes offenbart sich die Umwandlung der Arbeit aus einer Tätigkeitsform in eine gegenständliche Form, eine Form des Seins, unter psychologischer Perspektive als Verkörperung und Vergegenständlichung geistiger Kräfte und Fähigkeiten in den Arbeitsprodukten: „Die Geschichte der geistigen und materiellen Kultur erschließt sich dann als ein Prozeß, der in äußerer, materialisierter Form die Entwicklungsgeschichte menschlicher Fähigkeiten ausdrückt". Unter diesem Gesichtspunkt kann man jeden Schritt in der Vervollkommnung und Präzisierung der Werkzeuge als Ausdruck eines bestimmten Entwicklungsniveaus psychomotorischer Funktionen der Menschenhand betrachten, ist die komplizierte Phonetik der Sprachen Ausdruck für höher entwickelte Artikulation und ein bes seres phonematisches Gehör, zeugt der Fortschritt des künstlerischen Schaffens von der ästhetischen Entwicklung der Menschheit. „Selbst in den einfachsten produzierten Dingen haben wir die ‚Wesenskräfte des Menschen' vor uns" (Leontjew, S. 280). Damit liegt das spezifische Wesen des Menschen als „Gattung" außerhalb seiner selbst in der gegenständlichen gesellschaftlichen Produktion, produziert „der Mensch in der vergegenständlichenden Entäußerung seiner Wesenskräfte gleichzeitig sich selbst als Gattungswesen" (Holzkamp & Schurig, S. XXXIV; vgl. im selben Zusammenhang auch das Konezpt der „Außermittigkeit" des menschlichen Wesens bei Seve, a.a.O.).

Wie kommen die in der gesellschaftlichen Erfahrung kumulierten Errungenschaften der Entwicklung menschlicher Fähigkeiten und Eigenschaften auf den Einzelnen? „Um diese Errungenschaften in seiner ontogenetischen Entwicklung zu realisieren, muß er sie sich aneignen; nur durch diesen, stets aktiven Prozeß ist das Individuum in der Lage, deren wahre menschliche Natur, deren Eigenschaften und Fähigkeiten zutage treten zu lassen, die aus der gesellschaftlich-historischen Entwicklung der Menschheit resultieren und objektiv gegenständliche Form erlangt haben" (Leontjew, S. 281). Die geistige, die psychische Entwicklung einzelner Menschen ist demnach das Produkt eines besonderen Prozesses, den es beim Tier ebenso wenig gibt wie den entgegengesetzten Vorgang, die Vergegenständlichung von Fähigkeiten in den Produkten der Tätigkeit. In der dialektischen Einheit von Aneignung und Vergegenständlichung entwickelt sich auch erst die spezifisch menschliche Sinnlichkeit:

„Erst durch den gegenständlich entfalteten Reichtum des menschlichen Wesens wird der Reichtum der subjektiven menschlichen Sinnlichkeit, wird ein musikalisches Ohr, ein Auge für die Schönheit der Form, kurz, werden erst menschlicher Genüsse fähige Sinne, Sinne, welche als menschliche Wesenskräfte sich bestätigen, teils erst ausgebildet, teils erst erzeugt. Denn nicht nur die 5 Sinne, sondern auch die sogenannten geistigen Sinne, die praktischen Sinne (Wille, Liebe etc.), mit einem Wort der menschliche Sinn, die Menschlichkeit der Sinne wird erst durch das Dasein seines Gegenstandes, durch die vermenschlichte Natur. Die Bildung der 5 Sinne ist eine Arbeit der ganzen bisherigen Weltgeschichte" (MEW Ergb. I, S. 541 f.; vgl. auch Leontjew, S. 281 f.). Dabei ist „Aneignung" in einem Sinne zu verstehen, der weit über den Bereich der materiellen Produktion hinausgeht: Der Mensch setzt nicht nur die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, in Bewegung, „um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen" (MEW Bd. 23, S. 192; vgl. auch Leontjew, S. 201). „Jedes seiner menschlichen Verhältnisse zur Welt, Sehen, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, Empfinden, Wollen, Tätigsein, Lieben, kurz, alle Organe seiner Individualität ... sind ... in ihrem Verhalten zum Gegenstand die Aneignung desselben" (MEW Ergb. I, S. 539; vgl auch Leontjew, S. 282).

In dieser Charakterisierung des menschlichen Bewußtseins werden jedoch nur seine allgemeinen und abstrakten Merkmale erfaßt. Seine konkreten Eigenarten „hängen von den gesellschaftlichen Lebensbedingungen ab und entwickeln sich mit den ökonomischen Verhältnissen" (Leontjew, S. 214). Damit ist auch das menschliche Bewußtsein als strukturiert durch die historische Bestimmtheit der Gesellschaftsstruktur der jeweiligen geschichtlichen Entwicklungsepoche charakterisiert. Leontjew expliziert diese Konzeption in der Folge im Hinblick auf das Bewußtsein der Menschen in der Urgesellschaft sowie unter den Bedingungen der bürgerlichen Klassengesellschaft und denen der sozialistischen Gesellschaft (S. 224—261). Als methodisches Grundprinzip erweist sich dabei die Herausarbeitung des Zusammenhangs zwischen der Struktur der jeweiligen Produktionsverhältnisse, der Art der menschlichen Tätigkeit und der Bewußtseinsstruktur.

In diesem Zusammenhang kommt der Analyse der Veränderung des Verhältnisses zwischen objektiver Bedeutung und persönlichem Sinn ein besonderer Stellenwert zu. Unter den Bedingungen der Urgesellschaft sind auf elementarer Ebene gesellschaftliche Bedeutung und persönlicher Sinn widerspruchsfrei integriert: „Die Beziehungen der einzelnen Teilnehmer zur Arbeit werden von ihnen zunächst in dem Maße widergespiegelt, in dem ihre subjektiven Beziehungen mit denen des ganzen Arbeitskollektivs zusammenfallen" (S. 207). Im Bewußtsein der Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft hingegen stehen — in Abhängigkeit von der strukturbedingten Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln — objektive Bedeutung und subjektiver (persönlicher) Sinn im Widerspruch zueinander. Der Lohnarbeiter im Kapitalismus „ist ebenfalls subjektiv bestrebt, durch das Ergebnis seiner Tätigkeit seine Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung oder Wohnung zu befriedigen. Das objektive Ergebnis seiner Arbeit ist jedoch ein ganz anderes" (S. 243): „Was er für sich selbst produziert, ist nicht die Seide, die er webt, nicht das Gold, das er aus dem Bergschacht zieht, nicht der Palast, den er baut. Was er für sich selbst produziert, ist der Arbeitslohn, und Seide, Gold, Palast lösen sich für ihn auf in ein bestimmtes Quantum von Lebensmitteln, vielleicht in eine Baumwolljacke, in Kupfermünze und in eine Kellerwohnung" (MEW Bd. 6, S. 400 f.; vgl. Leontjew, S. 243). Seine Arbeitstätigkeit stellt sich für ihn also als etwas anderes dar, als sie in Wirklichkeit ist: „Die zwölfstündige Arbeit ... hat ihm keinen Sinn als Weben, Spinnen, Bohren usw., sondern als Verdienen, das ihn an den Tisch, auf die Wirtshausbank, ins Bett bringt" (MEW Bd. 6, S. 401; vgl. auch Leontjew, S. 243). Die Diskrepanz zwischen Sinn und Bedeutung zeigt sich allerdings auch im entgegengesetzten Lager: „Der Kapitalist sieht den Sinn des Spinnens oder Webens im Profit, den er dabei erzielt, das heißt in einem Objekt, das den Eigenschaften des Produktionsergebnisses und seiner objektiven Bedeutung ebenfalls fremd ist" (Leontjew, S. 244).

Psychologisch äußerst sich die Diskrepanz zwischen Sinn und Bedeutung in einer „Desintegration" der allgemeinen Struktur des Bewußtseins. Indem Leontjew dieser Desintegration als historisch bedingtem wesentlichen Strukturmerkmal des Bewußtseins des Menschen in der bürgerlichn Gesellschaft nachgeht und in diesem Zusammenhang Thesen über den Ursprung der inneren Widersprüche und Konflikte der menschlichen Persönlichkeit unter den Lebensverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft aus den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen entwickelt, deutet er auch die Voraussetzungen für eine neue Perspektive auf klinisch-psychologische Probleme an, mit denen sich gerade bei

uns der praktisch auf dem Gebiet der Psychologie Tätige fortwährend konfrontiert sieht.

Die Auflösung der persönlichen Widersprüche bahnt sich indes beim Lohnarbeiter bereits in der bürgerlichen Gesellschaft in zweierlei Hinsicht an: „praktisch" im „spontanen Kampf, in der Vereinigung und im Umgang der Arbeiter untereinander" — „theoretisch" in der Empörung gegen die bürgerliche Ideologie, die im Bewußtsein dominiert; „es entsteht das Verlangen nach wahrem Verstehen und Wissen", das Verlangen, „sich von den Fesseln der bürgerlichen Ideologie zu befreien" (vgl. S. 253). Gleichzeitig gewinnen die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, die bereits unter den Bedingungen des Kapitalismus eine neue, sozialistische Ideologie (vgl. hierzu MEW Bd. 19. S. 189 ff.) bilden, zunehmend an Bedeutung (Leontjew verweist in diesem Zusammenhang auf die marxistische Lehre vom Hineintragen des sozialistischen Bewußtseins in die spontane Arbeiterbewegung) und werden zu einer wachsenden Kraft, die „die bürgerlichen Psychologen vor ein Rätsel (stellt)" (Leontjew, S. 254): „Unter bestimmten historischen Bedingungen wird die Kraft . . . zur historischen Tat, die die Verhältnisse des Privateigentums an den Produktionsmitteln beseitigt und die menschliche Arbeit befreit. Dadurch wird die ‚Reintegration' des Menschen und seines Bewußtseins erreicht (Karl Marx). Wir stehen am Übergang zu einer neuen Bewußtseinsstruktur, zum Bewußtsein des sozialistischen Menschen" (ebd.). Die menschliche Tätigkeit erhält in der Beseitigung der Diskrepanz zwischen objektivem und subjektivem Inhalt wieder ihren tatsächlichen Sinn (ebd.).

Im Aneignungskonzept als konstituierendem Moment des historischen Herangehens an die menschliche Psyche ist auch die (für die bürgerliche Psychologie charakteristische) unhistorische isolierende Betrachtung der individuellen menschlichen Entwicklung überwunden, die nun nicht mehr als Spezialproblem von Teildisziplinen der Psychologie wie etwa „Entwicklungspsychologie" oder „Sozialisationsforschung" erscheint. Stattdessen gewinnt der Entwicklungsgedanke integrierende Funktion über alle Teildisziplinen der wissenschaftlichen Psychologie hinweg, im Sinne der Erkenntnis, daß die menschliche Persönlichkeit in all ihren Aspekten allein aus ihrer individualgeschichtlichen Gewordenheit angemessen wissenschaftlich erfaßt werden kann.

Indes kann das Verhältnis zwischen biologischen Voraussetzungen und gesellschaftlicher Geprägtheit im Hinblick auf die Persönlichkeit als Resultat ihrer Individualgeschichte nur durch Rekurs auf den Übergang von der naturgeschichtlichen zur gesellschaftlich-historischen Entwicklung des Menschen richtig bestimmt werden. Hier erhebt sich dann die Frage, „welcher Art die in der Evolution entstandenen biologischen Beschaffenheiten des Menschen sind, die ihn seiner Natur nach zur Gesellschaftlichkeit befähigen" (Holzkamp & Schurig, S. XXXIX). Wenn auch die individualgeschichtliche Realisierung biologischer Möglichkeiten im Prozeß der Aneignung gesellschaftlicher Erfahrung keineswegs als einfache Wiederholung des stammgeschichtlichen Übergangs von der Naturgeschichte zur Geschichte des Menschen (etwa in Form eines „bio-soziogenetischen Grundgesetzes") zu begreifen ist, können allein in der anthropogenetischen Erforschung des Tier-Mensch-Übergangsfeldes die wissenschaftlichen Kategorien erarbeitet werden, mit denen sich in der menschlichen Ontogenese jene biologischen Voraussetzungen entschlüsseln lassen, „die als biologische Beschaffenheiten den Prozeß der individuellen Vergesellschaftung ermöglichen" (ebd.).

Da die Menschen nur über die Aneignung zu wirklichen Trägern des Prozesses der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens werden und nur über die Aneignung der einzelne Mensch mit seinem Beitrag zum gesellschaftlichen Leben auch sein persönliches Leben erhalten und entfalten kann, ist der Aneignungsvollzug sowohl gesellschaftlich wie individuell lebensnotwendig: „Er reproduziert die historisch gebildeten Eigenschaften und Fähigkeiten der menschlichen Art in den Eigenschaften und Fähigkeiten des Individuums" (Leontjew, S. 286).

Dabei werden unter normalen Bedingungen die Beziehungen des Menschen zu seiner gegenständlichen Umwelt stets durch sein Verhältnis zu anderen Menschen und damit zur Gesellschaft vermittelt. Bereits im Säuglingsalter sind die praktischen Beziehungen des Kindes zu den gesellschaftlich produzierten Gegenständen zwangsläufig in seinen Umgang mit den Erwachsenen einbezogen. Der Erwachsene reicht ihm das Ding, zu dem es hinstrebt, füttert es mit dem Löffel, setzt ein mechanisches Spielzeug in Gang usw. Dies alles hat noch eine zweite Seite: Mit seinen Handlungen wendet sich das Kind nicht nur an den Gegenstand, sondern auch an den Menschen. Wie stark dabei der Wunsch nach Umgang zum Motiv des kindlichen Verhaltens wird, „äußert sich in der Tatsache, daß manche seiner Handlungen nicht durch den gegenständlichen Effekt, sondern durch die Reaktion des Erwachsenen auf diesen Effekt bekräftigt werden" (S. 285). Da sich also die gegenständliche Wirklichkeit dem Individuum schon in den ersten Phasen seiner Entwicklung über die Beziehungen zu seinen Mitmenschen erschließt, offenbart sie sich ihm nicht nur in ihren sachlichen Eigenschaften und in ihrem biologischen Sinn, „sondern auch als eine Welt von Gegenständen, die dem Kinde in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung durch seine menschliche Tätigkeit allmählich zugänglich wird" (ebd.). Die Sprache hat daher auch für die individuelle psychische Entwicklung eine außerordentlich wichtige, ja eine entscheidende Funktion. Mit Hilfe der Sprache, die zunächst ein Mittel des Umgangs ist, werden die Erfahrungen der gesellschaftlich-historischen Praxis den Individuen überliefert; sie ist also eine Bedingung für den Erwerb dieser Erfahrungen und schließlich auch die Form, in der diese Erfahrungen im Bewußtsein exisieren. Dabei geht die psychische Entwicklung des Kindes nicht etwa auf den Einfluß sprachlicher Reize an sich zurück, sondern „ist das Ergebnis des . . . Aneignungsprozesses, der durch alle Entwicklungsumstände des Individuums in der Gesellschaft bestimmt wird" (S. 286).

Eine materialistische Analyse des Aneignungsprozesses als individueller Vergesellschaftung des Menschen wäre unvollständig ohne die Berücksichtigung auch der physiologischen Aspekte der Aneignung. Ausgehend von dem Grundgedanken, daß der Schlüssel zum Verständnis der unmittelbaren materiellen Grundlage psychischer Widerspiegelungsprozesse beim Menschen nicht in der erblich fixierten morphologischen Struktur des Gehirns als Psychomorphismus zu finden ist, vielmer die „Mechanismen des Aneignungsprozesses . . . Bildungsmechanismen von Mechanismen sind" (S. 291), entwickelt Leontjew das bereits von Wygotski, dem Begründer der „kulturhistorischen Schule" innerhalb der sowjetischen Psychologie, eingeführte Konzept der „funktionalen Organe" weiter, die sich im Laufe des Aneignungsvollzuges im Zentralnervensystem herausbilden.

Ausgangspunkt der „funktionalen Organe" sind bedingt-reflektorische Verbindungen, die zu immer komplizierteren dynamischen Systemen psychischer Funktionen ausgebaut werden. Dabei kann die ursprünglich reflektorische Struktur dieser Funktionen stets wieder voll entfaltet, können alle reduzierten motorischen Glieder wieder aufgedeckt werden. „In manchen Fällen kann man die Struktur auch umgestalten, indem ein Glied durch ein anderes ersetzt wird" (S. 305). Trotz des genetischen Zusammenhanges mit den einfachen bedingten Reflexen unterscheiden sich die „funktionalen Organe" sowohl in ihrer Bildung und Struktur als auch in ihrer Funktion von den bedingten Kettenreflexen, die den sogenannten mechanischen Fertigkeiten zugrundeliegen. Sie „sind das Produkt der Verbindung von Reflexen zu einem ganzheitlichen System, das weitestgehend generalisiert ist und eine qualitativ besondere Funktion erfüllt" (S. 304). Ein wesentliches Merkmal dieser Verbindungen besteht darin, daß sie – einmal gebildet – nicht nur als einheitliches Ganzes funktionieren, sondern auch ihr „zusammengesetztes" Wesen nicht mehr erkennen lassen, so daß sich die ihnen entsprechenden psychischen Prozesse als einfache und unmittelbare Akte äußern, wie das z.B. beim unmittelbaren Erfassen anschaulicher Verhältnisse der Fall ist (S. 303).

Die Herausbildung der „funktionalen Organe" hängt ausschließlich von der Tätigkeit ab, „in der das Subjekt seine Beziehungen zur Wirklichkeit realisiert und sich den objektiven Eigenschaften unterordnet. Indem sich diese Tätigkeit entwickelt, verändert und verzweigt, verändern und verzweigen sich auch die dynamischen Systeme" (S. 309). Das Eigenartige dieser Systeme, deren Untersuchung in die Grenzgebiete zugleich der psychologischen wie der physiologischen Wissenschaft (als Psycho-physiologie oder physiologische Psychologie) fällt, besteht darin, daß sie sich, „obwohl sie sich aus physiologischen Elementen zusammensetzen, die sich miteinander verbinden, und obwohl sie Produkte der Hirntätigkeit" sind, „nicht in physiologischen Begriffen ausdrücken" lassen. „Was sie widerspiegeln, wird nicht in der Struktur widergespiegelt". Ihre spezifische Eigenart äußert sich vielmehr darin, daß „sie die Tätigkeit des Subjekts gegenüber der widergespiegelten Wirklichkeit aktualisieren und reproduzieren, denn der reale Prozeß, bei dem die Widerspiegelung, die ‚Umsetzung' in das Ideelle, Widergespiegelte erfolgt, ist doch die Tätigkeit" (ebd.).

Mit dieser Konzeption wird auch im Hinblick auf die individualgeschichtliche Entwicklung des Psychischen sowohl die reduktionistische wie die dualistische Verfehlung des Verhältnisses von Physiologischem und Psychischem im Rekurs auf die gesellschaftlich-historische Prägung physiologischer Prozesse überwunden: „Diese Seite der menschlichen Entwicklung, die sich physiologisch in der Reproduktion, Veränderung und Komplizierung dieser Strukturen im Laufe der Generationen äußert, stellt den Prozeß der historischen Entwicklung der Psyche dar" (S. 309; Hervorh. P.K.). Das historische Herangehen an die menschliche Psyche beschränkt sich daher auch nicht auf den Bereich der „Psychologie im engeren Sinne": „Die experimentelle Untersuchung der Genese und der Struktur psychischer Fähigkeiten und Funktionen, die sich beim Menschen bilden, während er sich die Ergebnisse der gesellschaftlich-historischen Entwicklung der Menschheit aneignet, im Zusammenhang mit der Erforschung von Genese und Struktur der entsprechenden Hirnmechanismen bedeutet, auch auf den Grenzgebieten psychologischer Untersuchungen historisch vorzugehen" (S. 310; Hervorh. P.K.).

Da die gesellschaftlich-historische Entwicklung sich durch vergegenständlicht komulierte Erfahrung in der vom Menschen geschaffenen „äußeren" Wirklichkeit vollzieht, sind dem individuellen Aneignungsprozeß zwei Momente, die eng miteinander zusammenhängen, wesentlich: Das eine besteht in der progressiven Entfaltung der gegenständlichen Tätigkeit als materieller, „äußerer" Beziehung zur gesellschaftlichen Wirklichkeit; das zweite Moment liegt in der Herausbildung „geistiger Operationen" als Prozeß der Interiorisierung äußerer Handlungen. Die Mechanismen der Interiorisierung (der Begriff darf nicht mit dem sozialisationstheoretischen Konzept der „Internalisierung" von „Normen" und „Rollenerwartungen" verwechselt werden) sind seit den fünfziger Jahren insbesondere von P.J. Galperin, einem langjährigen Mitarbeiter Leontjews, und seinen Mitarbeitern unter immer genaueren Fragestellungen empirisch untersucht worden. Dabei besteht der Grundgedanke der Theorie von der etappenweisen Ausbildung geistiger Handlungen (Galperin) darin, „daß die psychische Tätigkeit das Ergebnis der Übertragung des äußeren materiellen Handelns in die Form der Widerspiegelung ist — in die Form der Wahrnehmungen, der Vorstellungen und Begriffe" (Galperin 1969, S. 374).

Das Interiorisierungskonzept – von Leontjew in den „Problemen der Entwicklung des Psychischen" nur skizzenhaft angerissen – widerlegt auf eindrucksvolle Weise sowohl die traditionelle idealistische Doktrin, „das Kind verfüge von Anfang an über die Fähigkeit zu Denkprozessen, die durch die einwirkenden Erscheinungen nur ins Leben gerufen und mit immer komplizierterem Inhalt bereichert würden" (Leontjew, S. 297), wie auch die Auffassung, neue Vorstellungen, Begriffe und Ideen würden spontan „im Geist" entstehen, wodurch sich das menschliche Denken als „zugehörig zu besonderen geistigen Prinzipien" (S.

15) erweise. Tatsächlich führt nämlich die sorgfältige Analyse der Genese eines Begriffs, einer Vorstellung, einer Idee als Bewußtseinstatsache des Einzelnen jedesmal zu der Einsicht, „daß jede neue geistige Handlung anfangs nicht als solche, nicht als geistige gebildet werden kann, sondern nur als äußere – als materielle oder materialisierte" (Galperin, S. 379). Dabei umreißen im wesentlichen folgende drei Stufen die wichtigsten Veränderungen des Handelns auf dem Wege seiner Verinnerlichung: „mit materiellen Gegenständen (oder ihren materiellen Darstellungen), in der gesprochenen Sprache (ohne sich unmittelbar auf die Gegenstände zu stützen) und ‚im Geiste' " (S. 374).

Im Interiorisierungskonzept konkretisiert sich das historische Herangehen an die Untersuchung der menschlichen Psyche gewissermaßen im Detail: Auch die einzelnen Gedanken und Vorstellungen, die „inneren Modelle" je spezifischer Tätigkeiten tragen den Stempel ihrer Herkunft nicht an sich; beschränken wir uns daher lediglich auf die Untersuchung dieser subjektiven Erscheinungen in ihrer Endform (eine für die bürgerliche Psychologie charakteristische Vorgehensweise), so gelangen wir zu höchst widersprüchlichen Resultaten, die die Einsicht sowohl in den allgemeinen Zusammenhang wie auch die Funktion der psychischen Erscheinungen unmöglich machen (vgl. a.a.O., S. 394 f.). Dabei ist es gleichgültig, ob wir die Methode der Fremdbeobachtung anwenden oder uns auf die Selbstbeobachtung stützen. Nur die objektive genetische Untersuchung einer geistigen Handlung (d.h. der empirisch kontrollierte Nachvollzug ihres Aufbaus) gibt Aufschluß über deren wahres Wesen; zugleich liefert sie die Erklärung, warum insbesondere die „höheren" psychischen Prozesse der Selbstbeobachtung in einer bestimmten Form verdeckt sind.

„Die etappenweise Bildung von ideellen und speziell geistigen Operationen verknüpft die psychische Tätigkeit mit der äußeren materiellen Tätigkeit" (S. 399), und zwar nicht etwa in der Form, daß dadurch zwei ursprünglich unabhängig voneinander existierende, parallele Ebenen nun als „Ideelles" und „Materielles" aufeinander bezogen würden, sondern die etappenweise Bildung ideeller Operationen ist der Entstehungszusammenhang der „geistigen Ebene". Und da diese ideellen Operationen letztlich nichts anderes als materielle Handlungen sind, die in die Form der Widerspiegelung übertragen und vielfach verändert wurden, „ist das genetisch und funktionell einheitliche System aller dieser widergespiegelten Formen der gegenständlichen Handlung auch der konkrete Inhalt der psychischen Tätigkeit, die hinter den verschiedenen psychischen Erscheinungen verborgen ist" (ebd.).

Wenn die „Probleme der Entwicklung des Psychischen" auch entscheidende Leitgesichtspunkte für eine Weiterentwicklung der Psychologie in der bürgerlichen Gesellschaft auf marxistischer Grundlage enthalten, damit zugleich eine Kritik der bürgerlich-psychologischen Forschung von einem fortgeschritteneren wissenschaftlichen Standort aus ermöglichen, wäre es dennoch verfehlt anzunehmen, die Transformation bürgerlicher Psychologie als Teilmoment bürgerlicher Ideologie in eine marxistisch fundierte kritische Psychologie sei bereits durch einfache Projektion der theoretischen Ansätze und empirischen Befunde Leontjews auf entsprechende Fragestellungen und Ergebnisse der bürgerlichen Psychologie oder, wo diese nicht existieren, in der einfachen Übernahme der betreffenden Theorien und Befunde vollzogen. Dies hat mehrere Gründe.

Zum einen wird man von einem Buch, in dem auch Beiträge enthalten sind, die mehr als 30 Jahre zurückdatieren, kaum erwarten dürfen, daß es in allen Einzelheiten den heutigen Erwartungen an terminologische und methodische Details voll gerecht wird oder im Hinblick auf die berücksichtigten empirischen Forschungsergebnisse auf dem neuesten Stand ist.

So bedürfen z.B. die im Zusammenhang der Theorie über die Entstehung der Sensibilität als Elementarform des Psychischen von Leontjew in den Jahren 1936–1939 durchgeführten umfangreichen Experimente (vgl. a.a.O., S. 47–122) einer Überprüfung unter den Bedingun-

gen moderner Verfahren des experimentellen Designs und der statistischen Auswertung. Eine Aufgabe, die ebenso notwendig wie reizvoll ist, weil nicht nur die Ergebnisse dieser Untersuchung von höchster theoretischer Relevanz sind, sondern sich hier zudem in der Verbindung der historischen mit der experimentellen Methode die aus der naturhistorischen Analyse hergeleitete experimentelle Fragestellung in einem neuen Typ von Experiment konkretisiert, den man als „genetisches Experiment" bezeichnen könnte.
Im Hinblick auf Detailfragen der Anthropogenese konnten von Leontjew, der sich in seinen Ausführungen (S. 276 ff.) auf ein Buch von Roginski & Lewin aus dem Jahre 1955 stützt, zwangsläufig neuere empirische Untersuchungsergebnisse (etwa M. Leakey 1970, R. Leakey 1970, 1971) nicht berücksichtigt werden, nach denen die Australopithecinen nicht mehr als subhumane, sondern bereits als humane Hominiden anzusprechen sind, so daß deren theoretische Leerstelle infolge neuerer Einsichten den tertiären subhumanen Ramapithecinen zukommt, auf die mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits das Kriterium der Werkzeug benutzung zutrifft (Leaky 1971). (Zur differenzierteren Darstellung der Anthropogenese im Lichte neuerer empirisch-anthropologischer Befunde vgl. etwa Heberer 1972 sowie Schurig 1976). Auch in einigen ethnologischen Details – etwa in Hinsicht auf das Instinktkonzept (Lorenz, Tinbergen) – sind Leontjew's Ausführungen (vornehmlich unter terminologischem Aspekt) inzwischen überholt. (Vgl. auch die Relativierungen, die Leontjew selbst im Vorwort seines Buches vornimmt; a.a.O., S. 1.).

So kann denn auch die wesentliche Bedeutung der „Probleme der Entwicklung des Psychischen" für die Weiterentwicklung und Konkretisierung einer kritischen Psychologie unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft nicht so sehr im Detail dieses oder jenes Einzelergebnisses liegen, obwohl – so Holzkamp & Schurig – gerade „auf den Theorien und Ergebnissen im Bereich naturgeschichtlicher Analyse unmittelbar aufgebaut werden kann" (a.a.O., S. XLV), sondern in erster Linie in den aus der Marxschen Lehre unmittelbar herleitbaren, von Leontjew explizierten und systematisierten Grundvoraussetzungen einer psychologischen Forschung unter den Prämissen des dialektischen und historischen Materialismus.

Zum zweiten versteht es sich aus der Eigenart des historischen Herangehens an die Untersuchung der menschlichen Psyche von selbst, daß Leontjews theoretische Fragestellungen und empirischen Befunde, „sofern sie durch die konkreten Bedingungen individualgeschichtlicher Vergesellschaftung des Menschen in der sowjetischen Gesellschaft geprägt sind, nicht einfach auf individuelle Vergesellschaftungsprozesse unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen übertragen werden können" (Holzkamp & Schurig, S. XLV f.). Dabei fällt nicht zuletzt die Tatsache ins Gewicht, daß auch im Hinblick auf die gesellschaftliche Funktion und die sich daraus ergebende besondere Richtung des Erkenntnisinteresses von vornherein erhebliche Unterschiede zwischen marxistisch begründeter Psychologie in sozialistischen und in kapitalistischen Ländern bestehen müssen.

Von den genannten Einschränkungen zu sondern, ist indes ein immanenter Einwand, der die in den „Problemen der Entwicklung des Psychischen" dokumentierten Befunde Leontjews insofern als bestimmter Verdeutlichungen und Präzisierungen bedürftig ausweist, als „die generelle Herausarbeitung der aneignungsbedingten individuellen Gesellschaftlichkeit des Menschen . . . nur als Zwischenschritt der historischen Analyse des Psychischen", nicht jedoch bereits „als ihr Ergebnis betrachtet werden (darf)" (Holzkamp & Schurig, S. XLVII). So hebt Leontjew zwar in seiner Abhandlung „Über die historische Entwicklung des Bewußtseins" (a.a.O., S. 214 ff.) die Notwendigkeit, psychologische Forschung auf den konkreten Menschen unter historisch bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen zu beziehen, mit aller Deutlichkeit hervor, jedoch findet die damit formulierte Einsicht im Gesamtzusammenhang der dargestellten Forschungsarbeit nicht durchgehend die von ihm selbst geforderte Berücksichtigung. Wenn sich z.B. insbesondere in den „entwicklungspsychologischen" (i.e.S.) Ansätzen und Befunden des dritten Hauptteiles des Buches „die Tatsache, daß hier Menschen unter den Produktionsbedingungen der sowjetischen Gesellschaft in einer bestimmten Stufe ihrer historischen Entwicklung zum Thema psychologischer Untersuchung geworden sind, zwar faktisch in vielen Aussagen und Resultaten nieder(schlägt)", diese Tatsache „aber kein explizit herausgearbeiteter Bestandteil der Theorienbildung und Interpretation der Befunde (ist)" (Holzkamp & Schurig, S. XLVI f.), dann fällt Leontjew selbst gerade jener „Verkürzung" zum Opfer, vor der er an anderer Stelle so eindringlich warnt, dann „verliert die Psychologie ihre historische Konkretheit und wird zur Wissenschaft vom Psychischen des abstrakten Menschen, des Menschen an sich" (Leontjew, S. 245).

Zwar ist mit der generellen Herausarbeitung der aneignungsbedingten individuellen Gesellschaftlichkeit des Menschen bereits die für weite Teilbereiche der bürgerlichen Psychologie charakteristische reduktive Auffassung vom „organismischen Menschen" (vgl. hierzu insbesondere Holzkamp 1972) überwunden; bliebe man jedoch auf dieser Ebene stehen, „würden bei der psychologischen Erforschung der individualgeschichtlichen Aneignungsprozesse unter den Lebensbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft zwangsläufig alle die gewordenen Eigenarten der Persönlichkeit, die aus der Aneignung von Strukturmomenten der bürgerlichen Klassenwirklichkeit in ihrer historischen Bestimmtheit entstanden sind, weder in theoretischen Annahmen noch empirischen Befunden sich niederschlagen können"(Holzkamp & Schurig, S. XLVIII).

Vor dem Hintergrund der Einsicht in die einerseits genetische Abhängigkeit wie andererseits phänomenale Verschiedenheit der Persönlichkeitsstruktur von der Gesellschaftsstruktur wäre z.B. auch das Interiorisierungskonzept als Theorie der allgemeinen Mechanismen des Aufbaus der „geistigen Ebene" und „Schlüssel zur praktischen Behrrschung der psychischen Erscheinungen" (Galperin, S. 399) mit Rücksicht auf die Besondrheiten kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu konkretisieren. Denn unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen ist die Tatsache, daß der wirkliche Ursprung geistiger Operationen aus der äußeren Tätigkeit der Selbstbeobachtung entzogen ist und so die Verselbständigung „innerer" Prozesse gegenüber der in der Tätigkeit angeeigneten gegenständlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit zum Subjekt-Objekt-Dualismus verzerrt werden kann, nicht einfach nur ein Resultat von Verkürzungen, Verallgemeinerungen, Umformungen in „inneres Sprechen" usw., sondern darüber hinaus im Sinne der bürgerlichen Ideologie ein in höchstem Maße funktionales Moment. Auch das Erlebnis der Icheingeschlossenheit der psychischen Erscheinungen als gewissermaßen „alltäglicher Solipsismus" ist insofern ein Moment der aktiven Unterdrückung, als sich darin die vergesellschaftende Qualität der individualgeschichtlichen Entwicklung in einen scheinhaft-individuellen Ursprung menschlicher Lebenstätigkeit verkehrt, wodurch sich der objektive Schein des abstrakt-isolierten Individuums in der bürgerlichen Gesellschaft im je individuellen Bewußtsein reproduziert (vgl dazu Holzkamp & Schurig, S. L).

Diese Hinweise mögen global und fragmentarisch sein; dennoch deutet sich bereits in der Benennung der Probleme, die sich aus der Konkretisierung des Leontjewschen Grundansatzes im Hinblick auf die Aneignung von Strukturmomenten der bürgerlichen Klassenwirklichkeit ergeben, jenes kritische und weiterführende Potential an, das sich in der Durchsetzung marxistischer Denkweisen innerhalb der Psychologie notwendig entfaltet.

Am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin, an dem auch der Verfasser arbeitet, hatten im Rahmen der Bemühungen, den Standpunkt einer abstrakten „Kritik" der bürgerlichen Psychologie in Richtung auf eine marxistisch fundierte kritische Psychologie zu überwinden, die „Probleme der Entwicklung des Psychischen" eine entscheidende Bedeutung. Auf der Grundlage des Leontjewschen Ansatzes setzte sich dabei auch die Einsicht immer stärker durch, „daß marxistisch fundierte Psychologie nicht in abstrakten ‚wissenschaftstheoretischen' Standpunkt-Debatten mit dem positivistischen Lager, sondern nur in wirklicher Forschungsarbeit ihre wissenschaftliche Überlegenheit und kritische Kraft entfalten kann" (Holzkamp & Schurig, S. LI; zu einer ähnlichen Entwicklung am Psychologischen Institut der Universität Münster vgl. etwa Autorenkollektiv Wissenschaftspsychologie 1975 (7).

In der Zwischenzeit hat sich die Aufnahme bestimmter Grundgedanken Leontjews und anderer Vertreter der „kulturhistorischen Schule" in unsere eigene Forschungsarbeit weiter konkretisiert, so daß die These, das Werk Leontjews enthalte nicht nur wichtige psychologische Einsichten und Resultate, sondern auch wesentliche Impulse zur Erforschung der Subjektivität des Menschen unter den Lebensbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft, sich keineswegs mehr als eine lediglich spekulative Extrapolation darstellt, sondern im Hinblick auf ihre Tragfähigkeit anhand konkreter Arbeitsergebnisse (8) überprüft werden kann.

Laufenberg, Seidel & Steinfelds Leontjew-Kritik oder: Die antileninistische Attitüde als „marxistische" Variante des Antimarxismus

Vor dem Hintergrund dieser realen Entwicklung ist die von Laufenberg et al. von einem vorgeblich marxistischen Standort aus formulierte radikale Ablehnung der Konzeption und Einzelbefunde Leontjews in mehrfacher Hinsicht von grundsätzlicher Bedeutung.

Keineswegs geeignet, die Auswirkungen des Leontjewschen Grundansatzes auf die psychologische Forschung in den sozialistischen Ländern selbst auf irgendeine Weise auch nur geringfügig zu beeinflussen, berührt eine solche Kritik in erster Linie das Selbstverständnis all jener, die eine Durchsetzung marxistischer Denkweisen innerhalb der Psychologie in der bürgerlichen Gesellschaft als Teilmoment der Entwicklung der objektiven Widersprüche des Kapitalismus in Richtung auf eine sozialistischen Transformation begreifen und auf der Grundlage der Konzeption Leontjews und der von ihm vorgelegten Resultate Perspektiven für die eigene wissenschaftlich-psychologische Arbeit entwickelt haben.

7 Autorenkollektiv Wissenschaftspsychologie: Materialistische Wissenschaft und Psychologie. Erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Grundlagen der materialistischen Psychologie. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975.

8 Vgl. hierzu die Reihe „Texte zur kritischen Psychologie": Holzkamp, K.: Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Fischer Athenäum Verlag, Frankfurt a.M./ 1973. (TKP Bd. 1).
Ulmann, G.: Sprache und Wahrnehmung. Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1975 (TKP Bd. 2).
Schurig, V.: Naturgeschichte des Psychischen I u. II. Campus Verlag 1975. (TKP Bd. 3.1 u. 3.2).
Holzkamp-Osterkamp, U.: Grundlagen psychologischer Motivationsforschung I. Campus Verlag 1975. (TKP Bd. 4.1).
Schurig, V.: Die Entstehung des Bewußtseins. Campus Verlag 1976 (TKP Bd. 5).

Darüber hinaus ist sie von prinzipiellem Interesse für die Einschätzung der Relevanz von wissenschaftlichen Arbeitsergebnissen aus den sozialistischen Ländern überhaupt im Hinblick auf die Entwicklung fortschrittlicher Wissenschaft im Kapitalismus.

Die hier angedeutete Problematik zweier extrem widersprüchlicher Rezeptionsversionen des Leontjew-Textes, die beide eine marxistische Legitimation für sich beanspruchen, läßt sich wie folgt konkretisieren: Entweder gibt es (in Bestätigung eines verbreiteten bürgerlichen Klischees) zwei oder mehr sich einander widersprechende „Marxismen", was gleichbedeutend damit wäre, daß es den wissenschaftlichen Sozialismus (der nur einer sein kann) nicht gibt; oder die Behauptung der Laufenberg et al. trifft zu, daß weder Leontjew noch diejenigen, die auf seiner Konzeption aufbauen, Marxisten sind; oder aber die vorgeblich marxistische Leontjew-Kritik erweist sich in Wirklichkeit als eine besondere Variante bürgerlicher Rezeption, deren objektive Funktion darin besteht, ausgehend von einem falschen Marx-Verständnis, die Durchsetzung marxistischer Denkweisen im bisherigen Einflußbereich bürgerlicher Ideologie zu behindern.

Eine Entscheidung dieser Frage ist insofern von allgemeinerem Interesse, als im Zusammenhang der Leontjew-Kritik der durch die Publikationen im „Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung" autorisierte Anspruch formuliert wird, in der Einschätzung Leontjews durch Laufenberg, Seidel & Steinfeld liege die paradigmatische Anwendung gewisser allgemeiner Thesen auf eine Einzelwissenschaft vor, wie sie in den letzten Jahren von J. Bischoff und anderen im Rahmen der Projekte „Klassenanalyse" und „Entwicklung des Marxschen Systems" am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin in verabsolutierender Ausschlachtung des Systems der Kritik der politischen Ökonomie erarbeitet wurden. Den in den Projekten entwickelten Vorstellungen wurde bisher auch von Kritikern eine „außerordentliche Tragweite für die Denk- und Vorgehensweise des wissenschaftlichen Sozialismus bis hin zur konkreten wissenschaftlichen Untersuchungsarbeit und politischen Praxis" attestiert, zumal die in zahlreichen Publikationen von Bischoff und seinen Mitarbeitern „mit Gelehrsamkeit und wissenschaftlichem Aufwand dargelegten Konzeptionen" in bestimmten Bereichen der Linken auch über Westberlin hinaus „starken und weiterhin steigenden Einfluß gewonnen haben" (Holzkamp 1974, S. 1 f.). Indem im folgenden die Leontjew-Kritik von Laufenberg et al. in Inhalt und Methode auf ihren marxistischen Gehalt hin überprüft wird, ergibt sich also zugleich die Möglichkeit, Erkenntnisse über das Wesen der von Bischofff und den Projektteilnehmern vertretenen und als „marxistisch" etikettierten Grundauffassung zu gewinnen.

Was den Kreis der unmittelbaren Interessenten an einer kritischen Leontjew-Interpretation betrifft, so erweckt der von Laufenberg et al. für ihre Publikation gewählte Titel beim potentiellen Leser nicht gerade geringe Erwartungen, und dies umso mehr, als die „Vorbemerkung" der Verfasser (a.a.O., S. 7) zusätzlich die Auffassung suggeriert, man habe hier das an dem Hauptwerk eines „exponierten Vertreters der ‚kulturhistorischen Schule' der sowjetischen Psychologie" (ebd.) konkretisierte Ergebnis einer breit angelegten und unter Berücksichtigung der einschlägigen Literatur sorgfältig vollzogenen „kritischen Rezeption und Aufarbeitung bestehender Ansätze psychologischer Theorienbildung mit materialistischem Anspruch" (ebd.) und damit einen ernstzunehmenden Beitrag zur Tagesauseinandersetzung um die Weiterentwicklung der Einzelwissenschaften im Rahmen des wissenschaftlichen Sozialismus vorliegen. Vor dem Hintergrund solcher Erwartungen gerät dann allerdings die Lektüre der ca. 140 Textseiten um-

fassenden Arbeit (9) zu einer argen Enttäuschung; allzu bald nur erweist sich nämlich die angebliche „Interpretation" als ein dilettantisches, auf vordergründige Publikumswirksamkeit hin konzipiertes Flickwerk: Was sich da unter dem Vorwand, dem Leser anhand einer Leontjew-Kritik ein (gegenüber Holzkamp & Schurig etwa) adäquateres Verständis des realen Zusammenhangs „zwischen der Einzelwissenschaft Psychologie und dem System der Kritik der politischen Ökonomie" zu vermitteln (vgl. a.a.O., S. 2 u. 7), in antileninistischer Attitüde auf Jargonebene und mit ermüdender Redundanz ausbreitet, hatnicht nur nichts mit wissenschaftlichem Sozialismus zu tun, sondern bleibt in jeder Hinsicht weit unterhalb eines wissenschaftlich auch nur halbwegs akzeptablen Niveaus.

„Da L. (gemeint ist Leontjew) sich als Marxist/Leninist versteht, übernimmt er vermutlich (?!) Lenins Marxrezeption (10)" S. 127). Und da Lenin „der Ansicht (ist), daß ‚die ganze Theorie von Marx (. . .) eine Anwendung der Entwicklungstheorie — in ihrer konsequentesten, vollkommensten, durchdachtesten und inhaltsreichsten Form — auf den modernen Kapitalismus (ist)' (LW 25/471), (kann) L. dann (?) nur als konsequent bezeichnet werden (11), wenn er diese ‚Entwicklungstheorie' auch auf die Psychologie anwendet und die Entwicklung des Psychischen nachzuzeichnen versucht" (S. 127 f.). Indem nun aber nach der Ideologie Bischoffs und der Projektteilnehmer Lenins Marx-Rezeption dem wirklichen Gehalt der Marxschen Theorie gänzlich unangemessen ist, was insbesondere „die Darstellung der Formbestimmungen der kapitalistischen Produktionsweise als historisch gewordene" betrifft (Projekt Klassenanalyse 1972, S. 76; zit. nach Laufenberg et al., S. 127), zudem der von Engels formulierte und von Lenin weiterentwickelte (LW Bd. 5) Gedanke „vom Hineintragen des sozialistischen Bewußtseins in die spontane Arbeiterbewegung" (vgl. Leontjew, S. 253) nach der Doktrin von Bischoff und anderen als „unmarxistisch" (12) gilt (vgl. Projekt Klassenanalyse 1972 sowie Laufenberg et al., S. 131 f.), resultiert aus alledem mit geradezu schicksalhafter Notwendigkeit die „Überzeugung . . ., daß er (Leontjew) nicht die geniale Weiterentwicklung der psychologischen Implikationen, die im Kapital von Marx stecken, sein kann" (S. 132), daß „es ihm nicht (gelingt), einen Beitrag zur Lösung ‚der Probleme der Entwicklung des Psychischen' auf Basis des dialektischen Materialismus, und zwar in seiner ‚weiter entwickelten' Form, dem Marxismus-Leninismus, als ‚richtiger' Weltanschauung zu leisten" (S. 123).

Indes wissen die „Autoren" sehr wohl, daß ihr „Versuch", die „Art und Weise des Herangehens" an die Untersuchung der psychischen Erscheinungen „aus der philosophisch-weltanschaulichen Grundlage Ls. zu deuten" und damit ihre ganze Konstruktion in der Luft hängt, führen sie doch ihre Vorstellung vom Begründungszusammenhang der Methode des historischen Herangehens als „hypothetische ‚Ableitung' " ein, die „nur im Aufzeigen eines Analogieschlusses bestehen (kann)" S. 127). Diese Einsicht hindert sie allerdings nicht daran, im Zusammenhang ihrer weiteren „Schlußfolgerungen" von der Hypothese als von einer Tatsache auszugehen.

Indem sich dies alles aber bereits sagen läßt, bevor noch eine einzige Zeile des Leontjew-Textes tatsächlich „überprüft" worden ist, damit das allgemeine Resultat der „Überprüfung" schon im Ausgangspunkt vorweggenommen wird, erübrigt es sich für die „Autoren" allemal, erst im Verlauf einer umfassenden und differenzierten Textanalyse ihre Schlüsse zu ziehen; stattdessen brauchen sie das, was sie eh schon „wissen", nur in „exemplarisch ausgewählte" Textstellen hineinzu„interpretieren", und können dabei sicher sein, daß das Resultat ihrer „Interpretation" — sofern diese in sich stimmig ist — die Voraussetzung notwendig wieder einholen wird.

Da auf diese Weise aber auch der Orientierungsrahmen an keiner Stelle durchbrochen, nichts an Einsichten hinzugewonnen wird außer vielleicht der Erkennt-

9 In der Verlagsmitteilung „Über die Autoren" heißt es, Laufenberg, Seidel und Steinfeld „studieren seit dem WS 71/72 am Psychologischen Institut im Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der FUB. Sie arbeiten schwerpunktmäßig an dem Verhältnis von Marxismus und Psychologie" (a.a.O., S. 2). Laut „Vorbemerkung" der „Autoren" wurde „die vorliegende Arbeit im Wintersemester 73/74 als Semesterarbeit am Psychologischen Institut der FU Berlin abgegeben" (S. 7).

10 Im Hinblick auf eine solche Etikettierung Leontjews durch Laufenberg et al. ist es wichtig zu wissen, daß damit zugleich immer die auf der höchst fragwürdigen Lenin-Rezeption der Bischoff-Gruppe fußende Behauptung mitgedacht ist, der Marxismus-Leninismus sei eine leninistische „Verflachung" und damit Verfälschung der Marxschen Theorie. Somit ist die einleitende „Vermutung" also keineswegs lediglich der Versuch einer sachangemessenen Ortung des philosophisch-gesellschaftstheoretischen Standpunktes von Leontjew, sondern erfüllt zugleich die Funktion, Leontjew von vornherein ein falsches Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus zu unterstellen. Als rationaler Kern der Polemik bleibt die Frage, ob Leontjew seine psychologische Konzeption unmittelbar aus Lenins Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie abgeleitet hat.
Tatsächlich wird Lenin von Leontjew mehrfach zitiert, und zwar ausschließlich im Hinblick auf Fragen der Erkenntnistheorie. In welchem Verhältnis aber Leontjews erkenntnistheoretische Position zu Lenins Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie steht, davon ist in den „Problemen der Entwicklung des Psychischen" weder explizit noch implizit die Rede. Was indes Leontjews Marx-Rezeption – insbesondere im Hinblick auf psychologische Fragestellungen – betrifft, so ist man keineswegs auf „Vermutungen" angewiesen, sondern kann dies an zahlreichen Stellen des Buches im Detail nachlesen.
Leontjews Etikettierung als Marxist–Leninist ist für Laufenberg et al. aber nur insofern funktional, als sie damit unterstellen können, Leontjew baue in der Entwicklung seines Grundansatzes unmittelbar auf Lenins Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie auf. In der Folge wird dann – von der Tendenz der Konstruktion her durchaus konsequent mit der „Vermutung" als mit einer „Gewißheit" operiert, wobei man Leontjew kurzerhand ein Lenin-Zitat unterschiebt: „. . . denn für ihn (Leontjew) ist es gewiß selbstverständlich (sic!), daß sich Marx im Kapital bei der Analyse der Wertform die Hauptaufgabe als ‚die Untersuchung der Entstehung der Geldform des Wertes, die Untersuchung des historischen Prozesse der Entwicklung des Austausches' (LW 21/49) stellte" (S. 129).

11 Als „konsequent" im Sinne jener „Vermutung", die als Ausgangsprämisse diente und inzwischen (gewissermaßen in sich selbst und durch sich selbst) eine Metamorphose zur „Gewißheit" vollzogen hat, könnte Leontjew dann „bezeichnet werden", wenn er im Zusammenhang der Herleitung des Gegenstandes und der Methode seiner Untersuchung (vgl. Leontjew, S. 5 ff.) den von den „Autoren" als wesentliches Moment ihrer Konstruktion bemühten Lenin-Passus über die Kritik der politischen Ökonomie zitiert oder zumindest darauf verwiesen hätte. Tatsächlich ergibt sich für Leontjew aber die Notwendigkeit, an die Untersuchung der menschlichen Psyche historisch heranzugehen, eben nicht aus einer Begriffs- und Methoden-Exegese der Kritik der politischen Ökonomie, sondern (im Einklang mit der Erkenntnistheorie des Marxismus-Leninismus) aus der objektiven Logik des Gegenstandes (vgl. Leontjew, S. 5–46). (Eine solche Beziehung ist indes für einen Bischoffianer offensichtlich unvorstellbar.)

12 Immerhin würdigt Marx diesen Gedanken als eine Grundtatsache des wissenschaftlichen Sozialismus. Er stammt aus dem „Anti-Dühring"-Teil (vgl. MEW Bd. 20, S. 240f. u. S. 265), der von Engels später als Einzelbroschüre unter dem Titel „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" (vgl. MEW Bd. 19, S. 193 f. u. S. 228) herausgegeben wurde. Marx schreibt in der „Vorbemerkung zur französischen Ausgabe": „Wir bringen in der vorliegenden Broschüre die treffendsten Auszüge aus dem theoretischen Teil dieses Buchs, die gewissermaßen eine Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus bilden" (MEW Bd. 19, S. 185).

nis, der Text zeige sich gegenüber einer solchen Form der „Überprüfung" der „aus der Kritik der politischen Ökonomie ableitbaren psychologischen Fragestellungen" wenig gefügig, ist denn die ganze „Interpretation" eines Herrn Laufenberg und seiner „Mitarbeiter" von vornherein nichts als ein Potemkinsches Dorf.

Die Fragwürdigkeit ihrer Situation ist den „Autoren" indes sehr wohl bewußt (13). Und sie wissen auch, daß ihre als Leontjew-Kritik etikettierte Rekonstruktion eines ideologischen Vorurteils niemanden beeindrucken könnte, wenn sie dem Leser die tatsächliche „Abteilung" ihrer „drei Kritikschwerpunkte" („Kritik an der Anwendung der Philosophie des Marxismus-Leninismus auf die Einzelwissenschaft Psychologie", S. 123 – 126; „Kritik an der ‚Art und Weise, wie an die Untersuchung psychischer Erscheinungen herangegangen wird' ", S. 126–129; „Kritik an der Einschätzung der Funktion der Psychologie bei der Herausbildung von sozialistischem Bewußtsein", S. 129–132) offenlegten. Daher erweist es sich für sie als notwendig, zumindest vom äußeren Aufbau ihrer „Interpretation" her den Anschein zu erwecken, als hätten sie sich – ausgehend vom „Selbstverständnis" Leontjews – in einem mühseligen „Forschungsprozeß ... den Stoff im Detail angeeignet", die „kritische Rezeption" der Konzeption Leontjews „mit dem systematischen Nachvollzug ihrer einzelnen Ableitungsschritte" begonnen (vgl. S. 126), dabei stets darum bemüht, „mit unserer Kritik dem Aufbau des Buches gerecht zu werden" (S. 10). Durchaus im Einklang mit der äußeren Form steht denn auch die Floskel, welche die „Zusammenfassung der drei Kritikschwerpunkte" einleitet: „Nachem (?) wir die inhaltliche Kritik geliefert haben, ist hier der Ort gegeben, wo die schwerwiegenden Mängel in der Behandlung des Stoffes als notwendiger Ausfluß eines von vornherein falschen Ausgangspunktes gezeigt werden können" (S. 123). Indes gelingt es den „Autoren" nicht, den objektiven Regeln dieses Vexierspiels im erforderlichen Ausmaße gerecht zu werden, und so braucht man die Vorbereitung und Entwicklung der „inhaltlichen Kritik" tatsächlich nur in der Abfolge, in der sie sich in der „Interpretation" darstellen, im Detail nachzuvollziehen und gleichzeitig am jeweiligen Originaltext ihre Angemessenheit zu überprüfen, um angesichts der zahlreichen und offenkundigen Unterschlagungen, Argumentationslücken, Fehlinterpretationen, Fälschungen, Widersprüche und Ungereimtheiten mit zunehmender Deutlichkeit zu erkennen, daß diese „Interpretation" ihren Logos einzig und allein von ihrem „Resultat" herleitet.

Dabei hätte es durchaus einem objektiven Bedürfnis entsprochen, wenn Laufenberg et al. tatsächlich daran gegangen wären, sich zunächst „den Stoff ‚im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren' (MEW 23/27)" (Laufenberg et al., S. 124), um dann schließlich in fundierter Kenntnis sowohl der Details als auch der Zusammenhänge die Untersuchungsergebnisse zu einem differenzierten, kritischen Kom-

13 Dies wird deutlich, wenn man die „Zitate" aus dem „Anti-Dühring" und den „Vorarbeiten zum ‚Anti-Dühring' ", die sie im Zusammenhang ihrer wenig originellen Unterstellung bemühen, die Philosophie des dialektischen Materialismus sei ein metaphysisches System (gar eine „Religionsgeschichte"), das (die) den „Weltschematismus aus dem Kopf" ableite (S. 124 f.), anhand des Originaltextes vervollständigt: „Indes hatte unser Wirklichkeitsphilosoph auch noch andere Beweggründe, die Grundlage aller Wirklichkeit aus der wirklichen Welt in die Gedankenwelt zu übertragen. Die Wissenschaft von diesem allgemeinen Weltschematismus, von diesen formellen Grundsätzen des Seins, ist ja gerade die Grundlage von Herrn Dührings Philosophie" (MEW Bd. 20, S. 34); und weiter: „Indem Dühring von ‚Prinzipien' ausgeht statt von Tatsachen, ist er Ideologe, und kann den Ideologen nur vertuschen, indem er die Sätze so allgemein und leer faßt, daß sie axiomatisch, platt erscheinen, wobei denn aber auch nichts herauszufolgern, sondern nur hereinzudeuten ist" (MEW Bd. 20, S. 574). Mit dieser Charakterisierung Dührings sind denn auch Standort und Methode unserer „Autoren" treffend bestimmt; anscheinend glauben sie jedoch, jemand, der es fertig bringt, „mit Engels" die Philosophie des dialektischen Materialismus zu „widerlegen", gerate kaum in den Verdacht, er könne womöglich bei der Entwicklung seiner „Interpretation" die gleichen Irrwege beschritten haben wie einst Herr Dühring.

mentar zusammenzufassen, hatten doch Holzkamp & Schurig auf „eine Kommentierung von Einzelheiten des Textes", der „in manchen methodischen und terminologischen Details nicht auf dem neuesten Stand ist und neuere Forschungsergebnisse nicht berücksichtigen konnte", mit dem Hinweis verzichtet, dies käme einer „völligen Überarbeitung" gleich, „die wir an dieser Stelle nicht leisten können" (Holzkamp & Schurig, S. XII). Bereits die „Einleitung" klärt jedoch den Leser dahingehend auf, daß die „Autoren" ihre „Arbeit als Kommentar zu Ls. Buch (sehen), der notwendig (?) nicht alle Seiten dieses Buches berücksichtigen kann" (S. 11). Eine gewissermaßen metaphysische „Notwendigkeit" also hinderte unsere drei „Kommentatoren" daran „Ls. Buch" von Anfang bis Ende durchzuarbeiten und „die aus der Kritik der politischen Ökonomie ableitbaren psychologischen Fragestellungen" (S. 7) im Gesamtzusammenhang dieses Buches zu überprüfen". „Dechiffriert" man daraufhin (14) ihre durch Jahreszahlen und die Angabe von Seitenzahlquantitäten mühsam verfremdete Auskunft darüber, welche Teile des von ihnen „interpretierten" Buches überhaupt der „Interpretation" zugrunde lagen (S. 9 f.), so stellt sich heraus, daß sie immerhin weit über die Hälfte des Gesamttextes „nicht berücksichtigt haben".

Diese programmatische „Strategie der Lücken" (wie man die durchaus gezielte Unterschlagung wichtiger Textteile milde umschreiben könnte) steht zwar einer „widerspruchsfreien Darstellung" des wirklichen „Gegenstandes" (vgl. S. 126) erheblich im Wege (15), hat aber den Vorteil, die „Autoren" mit allen erdenklichen Freiheiten gegenüber dem Text auszustatten, können sie doch nun die immerhin recht zahlreichen „Lücken durch eigene Erfindung ausfüllen, d.h. irrationell phantasieren, ideologisieren" (MEW Bd. 20, S. 574). So heißt es unter anderem im Hinblick auf die für Leontjews Konzeption wesentliche Methode des historischen Herangehens an die Untersuchung der menschlichen Psyche, man suche „im dargestellten Stoff vergeblich nach einer im Inhalt selbst liegenden Begründung dieser Methode" (S. 128 f.) (tatsächlich findet man sie in einem jener Textteile, die von ihnen nicht dargestellt werden); und „da L." ihnen „hier nicht weiterhilft, muß versucht werden, die Art und Weise des Herangehens aus der philosophisch-weltanschaulichen Grundlage Ls zu deuten" (S. 127) – Konstruktion und Ergebnis dieser „Deutung" sind bekannt (vgl. oben, S. 25 f.).

Wenn also die „detaillierte Aneignung" des Textes zugunsten einer Kontamination von Wirklichem und Erfundenem aufgegeben ist, kann auch die „Analyse der verschiedenen Entwicklungsformen" der Leontjewschen Konzeption durch Laufenberg et al. tatsächlich nie mehr sein als eine Rückprojektion der verschiedenen Entwicklungsformen dieser Phantasien in den Text. Da auf diese Weise aber kaum der wirkliche innere Bezug der verschiedenen Aspekte des Entwicklungsproblems aufzuspüren ist, der „die im vorliegenden Band enthaltenen Arbeiten" unter einer „einheitlichen Absicht" zusammenfaßt (vgl. Leontjew, S. 1), erweist sich eine erneute Umorientierung des Lesers als notwendig, muß das, was ihm das selbstverständliche Resultat einer sorgfältigen Textanalyse schien, zu einem eigenständigen „Problem" stilisiert werden: „Indem ‚die im vorliegenden Band enthaltenen Arbeiten (...) zwar verschiedene Aspekte des Entwicklungsproblems (enthalten), (...), jedoch einer einheitlichen Absicht (unterliegen)' (...), stellt sich für uns das Problem, mit unserer Kritik dem Auf-

14 „Wissenschaftlichkeit von Theorien", so die „Autoren", zeigt sich „nur darin, inwieweit sie die Wirklichkeit dechiffriert haben" (S. 125; Hervorh. P.K.).

15 Mit den Worten der „Autoren": „Da damit die Verpflichtung des wissenschaftlichen Denkens gegenüber dem zu untersuchenden Stoff aufgehoben ist, kann auch die theoretische Reproduktion seiner wirklichen Strukturen und Gesetzmäßigkeiten nicht mehr adäquat gelingen" (S. 126).

bau des Buches gerecht zu werden" (Laufenberg et al., S. 10). (Indem aber von vornherein feststeht, daß die „Lösung" dieses „Problems", wie immer sie ausfallen mag, auf gar keinen Fall die „Strategie der Lücken" in Frage stellen darf, „dechiffriert" sich das „Problem" von selbst bereits als Farce. Daß wir uns im folgenden dennoch damit auseinandersetzen, wie die „Autoren" ihr spezifisches Herangehen an den Leontjew-Text bestimmen, ist aus einem zweifachen Grunde notwendig: Zum einen ermöglicht die Aufschlüsselung der Rezeptions-„Anatomie" selbst eine differenziertere Einschätzung der Validität der Rezeption und Interpretation des Textes unabhängig von den subjektiven Interpretations-Interessen der Laufenberg et al.; zum anderen vermittelt im Zusammenhang dieser Bestimmung der objektiven Möglichkeiten des betreffenden Rezeptions-Verfahrens die Analyse der Rechtfertigung seiner Anwendung Einsichten darüber, inwieweit seitens der „Autoren" überhaupt ein Interesse an einer realitätsangemessenen Rezeption und Interpretation vorliegt.)

„Aufgrund des Hinweises von L., daß der Zusammenhang sich ergibt ‚aus der Art und Weise, wie an die Untersuchung spychischer Erscheinungen herangegangen wird' (. . .), entschlossen wir uns, die einzelnen Aufsätze getrennt zu analysieren, um dann in einer abschließenden Betrachtung die ‚Art und Weise, wie an die Untersuchung psychischer Erscheinungen herangegangen wird', genauer zu untersuchen" (S. 10).

Die Irrationalität dieses „Entschlusses", der sich an einem einzigen Satzfragment aus dem Leontjew-Vorwort als ausschließendem Kriterium orientiert, zeichnet sich noch schärfer ab vor dem Hintergrund einer Formulierung, die – nur eine knappe Seite später – ebenfalls von den „Autoren" zitiert wird (vgl. S. 11), gleichfalls aus dem Vorwort stammt und jener Passage vorgeordnet ist, aus der sie sich ihren „Hinweis" heraus„zitiert" haben: „Ein derart vielfältiges und kompliziertes Problem" wie die Entwicklung des Psychischen „gilt es nach allen Richtungen zu verfolgen, von den verschiedensten Seiten zu betrachten und mit allen möglichen Methoden zu untersuchen" (a.a.O., S. 1). Laufenberg et al. „interpretieren" sich also ihren „Hinweis", nach dem es sich bei dem Buch Leontjews um ein Kompendium der unterschiedlichsten Einzelprobleme ohne jeden inneren Zusammenhang handeln soll, denen lediglich eine, sich gleichbleibende Methode, die unabhängig von den Problemen existiert, eine äußere Systematik verleiht, zurecht gegen die explizite Betonung der Einheit des Problems, das in seiner inneren Vielfalt und Kompliziertheit „alle möglichen Methoden" der Untersuchung erfordert. Ihre These von der inneren Zusammenhanglosigkeit des Leontjew-Textes einerseits und der Abgehobenheit der Methode von der inhaltlichen Problematik andererseits ist demnach reine Ideologie.

Mit dieser Konstruktion „gegen den Text" (die „Autoren" wissen zudem sehr wohl, daß verschiedene Aufsätze eigens „für dieses Buch neu bearbeitet worden sind" (S. 10), sie wissen auch um „ihre Einordnung in den Gesamtzusammenhang" (ebd.), können also gar nicht an der Tatsache vorbei, daß die einzelnen Aufsätze isoliert voneinander ihrem Inhalt und ihrer Bedeutung gemäß überhaupt nicht adäquat rezipiert werden können) soll demnach nicht nur die „Strategie der Lücken" abgesichert, sondern zugleich auch eine Form der „Analyse" gerechtfertigt werden, die – getreu dem bürgerlichen Methodenverständnis – Gegenstand und Methode abstrakt voneinander trennt. Daß aber eine solche „Erst-dann"-Schablone dem Wesen der Konzeption Leontjews nicht im mindesten „gerecht" werden kann, sondern zugleich Gegenstand und Methode notwendig verfehlen muß, ist nur zu offensichtlich. (Was wunder, wenn die „Autoren" dann in ihrer „abschließenden Betrachtung" über die Methode des historischen Herangehens an das Psychische lediglich in süffisanter Plattheit zu sagen wissen, sie bestehe darin, „anfangend bei der Amöbe, die historische Entwicklung des Psychischen zu erforschen, um so am Ende beim heutigen Menschen

angelangt, um so besser die anstehenden psychologischen und pädagogischen Probleme lösen zu können" (S. 126 f.).)

Es entbehrt indes nicht der Komik, wie sich die „Autoren" auch an späterer Stelle gegen die durch Berücksichtigung des Gesamttextes als wesentlich fundierter ausgewiesene Einschätzung von Holzkamp & Schurig immer noch stereotyp auf ihren „Hinweis" aus dem Vorwort als den von ihnen einzig akzeptierten „Beweis" zurückziehen. Stellen Holzkamp & Schurig zusammenfassend fest: „Die Gliederung des Buches (ist) keineswegs eine mehr oder weniger zufällige, äußerliche Systematik, sondern spiegelt stringent den inneren Zusammenhang der gedanklich entwickelten Sachverhalte" (S. XXV), so wissen Laufenberg et al. lediglich zu erwidern: „Wir teilen die Interpretation der Struktur des Buches nicht. Denn im Vorwort (sic!) sagt L.: ‚der Zusammenhang zwischen ihnen (den verschiedenen Aspekten des Entwicklungsproblems – d.V.) ergibt sich aus der Art und Weise, wie an die Untersuchung psychischer Erscheinungen herangegangen wird' " (S. 133). In der darauffolgenden Deutungsvariante des hier bereits in der Wiedergabe verfälschten Satzfragments (vgl. Leontjew, S. 1) geht dann die Fehlinterpretation nicht nur vollends in freie Erfindung über (Leontjew spricht von einer „einheitlichen Absicht und nicht von einer „einheitlichen Methode"), sondern die Argumentation der „Autoren" gewinnt zugleich auch absurde Dimensionen, indem die Struktur der Darstellung mit dem realhistorischen Entwicklungsgang der Untersuchung identifiziert wird, damit eine Identität der Theorie als Widerspiegelung des Forschungsprozesses mit dem Forschungsprozeß selbst unterstellt ist: „Nach dieser Äußerung ist die Systematik des Buches mehr oder weniger insofern zufällig, als die Analyse eines Aspektes des Entwicklungsproblems nicht die Analyse eines anderen Aspektes zur Voraussetzung hat. Der Zusammenhang der einzelnen Teile stellt sich dieser Aussage zufolge nur über die einheitliche Methode der Untersuchung her" (S. 133 f.).

Ist jedoch erst einmal der innere Zusammenhang der Darstellungsebene geleugnet, kann in einem kaum merklichen Übergang der objektive innere Zusammenhang des Problemgegenstandes selbst demontiert werden. In freizügiger Exegese (immer noch) des Leontjew-Vorwortes läßt man so das eine Problem, das in der Gegenstandsbestimmung drei verschiedene Aspekte enthüllt, sich auflösen in drei separate Teilprobleme, wobei die Aspekte kurzerhand in „besondere Formen" bzw. „Spezialfälle" umgedeutet werden:

„Der von L. untersuchte Stoff, die Entwicklung des Psychischen, zerfällt dabei in drei besondere Formen (!) der Entwicklung: 1. naturgeschichtliche Entwicklung, 2. gesellschaftlich-historische Entwicklung, 3. individualgeschichtliche Entwicklung. Die Begründung dafür, daß die drei Spezialfälle (!) der Entwicklung des Psychischen in diesem Buch zusammen abgehandelt werden, ergibt sich aus einer nicht näher präzisierten ‚einheitlichen Absicht' (. . .) des Verfassers und ‚aus der Art und Weise, wie an die Untersuchung psychischer Erscheinungen herangegangen wird.' (. . .) Ein logischer Zusammenhang zwischen den drei verschiedenen Aspekten (?) des Entwicklungsproblems wird von ihm nicht formuliert." (S. 11).

(Läge es nicht im „Interpretations"-Interesse der „Autoren", den objektiven Zusammenhang der verschiedenen Aspekte des Entwicklungsproblems überhaupt zu leugnen, sie hätten gewiß die Tatsache, daß Leontjew immerhin ein ganzes Buch braucht, um diesen Zusammenhang als die historische Entfaltung des Gegenstandes in der Einheit von naturgeschichtlicher, gesellschaft-historischer und individuell-geschichtlicher Analyse am Gegenstand selbst begrifflich nachzuvollziehen, bereits in ihrer „Einleitung" gar zu gern dahingehend „kommentiert", „daß er schon allein aufgrund seiner nicht vorhandenen wissenschaftlichen Qualifikation (!), rein handwerklich gesehen (!)", der „Aufgabe nicht gewachsen war", dies alles bereits im Vorwort auf einer Seite axiomatisch und erschöpfend abzuhandeln (vgl. Laufenberg et al., S. 126).).

Geht man nach Kenntnisnahme dieser allgemeinen Einschätzung der Leontjewschen Gegenstandsperspektive (eine Einschätzung, die zugleich die von den „Autoren" selbst vertretene Entwicklungskonzeption als idealistisch-mechanisti-

sche Konstruktion signalisiert) zur Analyse der Einzelkommentare über, „dechiffriert" sich indes die Reflexion der „Autoren" über den Aufbau und die Systematik des Buches bzw. den inneren Zusammenhang des Problemgegenstandes sehr bald als post-facto-Projektion des Stückwerkcharakters und der mangelnden Systematik ihrer eigenen „Arbeit" in den Leontjew-Text.

Hatten Laufenberg et al. zwar bereits in ihrer „Einleitung" klargestellt, daß es ihnen bei ihrer „Interpretation" „notwendig" weder auf Vollständigkeit ankomme noch darauf, den durch die Systematik des Buches widergespiegelten Zusammenhängen „gerecht zu werden", und hielten sie es darüber hinaus für angebracht, „eindringlichst" zu „betonen, daß das Lesen dieser Arbeit die ernsthafte Auseinandersetzung mit L's Buch nicht ersetzen kann" (S. 11), so ist der Leser dann doch in zweifacher Hinsicht nicht wenig erstaunt, wenn sie ihren ersten Einzelkommentar mit den Worten einleiten: „Aus Zeitgründen (?!) war es uns leider nicht mehr möglich, den gesamten Aufsatz, ‚die Entwicklung des Psychischen beim Tier' in unsere Darstellung aufzunehmen. Dennoch (!) meinen wir diesen Aufsatz nicht ganz beiseite lassen zu können, da im 4. Unterabschnitt ... ein Punkt angesprochen wird, der ... u.E. den Charakter eines übergreifenden Entwicklungsprinzips (also doch?) darstellt" (S. 12). Angesichts dieses endgültigen Offenbarungseids der Herren Laufenberg & Co. kann es dann allerdings kaum noch überraschen, wenn die „Autoren" – nachdem sie die umfassende Problematik des den zweiten Teil des Buches einleitenden Kapitels (vgl. Leontjew, S. 155-197) auf ein Moment reduziert haben – sich den „Punkt", der „u.E. den Charakter eines übergreifenden Entwicklungsprinzips darstellt" (und bei Leontjew ein dialektisches Bedingungsgefüge des qualitativen Übergangs von einer Entwicklungsstufe des Psychischen zur anderen kennzeichnet), in Übereinstimmung mit ihrer systematischen Fehldeutung der historischen Methode Leontjews überhaupt (s.o., S. 30) in ein „zeitliches Folgeverhältnis" (S. 13), eine klischeehafte „Konzeption des Hinterherhinkens (?) der Widerspiegelung hinter der Tätigkeit" (S. 14) zurechtfälschen.

Dagegen Leontjew: „Der Sachverhalt läßt sich kurz wie folgt ausdrücken: Der objektiven Tätigkeitsstruktur eines Tieres entspricht auch die Form, in der es die Wirklichkeit widerspiegelt. Dabei bleibt die Entwicklung der psychischen Widerspiegelung gleichsam hinter der Entwicklung der Tätigkeit zurück. Eine Tätigkeit, die durch die objektiven Zusammenhänge zwischen den einwirkenden Eigenschaften bestimmt wird und die das Tier mit einer komplizierten, gegenständlich geformten Umwelt in Beziehung bringt, läßt elementare Empfindungen entstehen, die nur einzelne Einwirkungen widerspiegeln. Bei der komplizierten Tätigkeit der Wirbeltiere, die durch die Beziehungen zwischen den Dingen, durch ganze Situationen, ausgelöst wird, werden nur einzelne Gegenstände widergespiegelt. Im Stadium des Intellekts tritt in der Tätigkeit der Tiere eine besondere Vorbereitungsphase auf, die objektiv schon die Möglichkeit zu weiterer Tätigkeit vorwegnimmt, während im Psychischen nur die Beziehungen zwischen den Dingen, gegenständliche Situationen, widergespiegelt werden. Die Formen der psychischen Widerspiegelung liegen demnach in ihrer Entwicklung gleichsam jeweils eine Stufe tiefer als die Tätigkeitsstruktur, und es gibt zwischen beiden keine völlige Übereinstimmung. Genauer gesagt: Eine Übereinstimmung gibt es nur im Moment des Übergangs von einer Entwicklungsstufe zur anderen" (S. 190f.; Hervorh. P.K.).

Der weitere Aufbau der „Arbeit" von Laufenberg und „Mitarbeitern" läßt sich am treffendsten mit den Worten der „Autoren" selbst charakterisieren: „Die dieser Ouvertüre folgenden Unterabschnitte verlassen die einmal beschrittene Ebene nicht mehr" (S. 104). Tatsächlich haben sie es weder für notwendig erachtet, die wenigen für die „Interpretation" verbliebenen Textteile durchgängig in der dem Aufbau des Buches entsprechenden Reihenfolge aufzubereiten, noch sie einigermaßen vollständig und im Hinblick auf den sachlichen Gehalt zutreffend sowie für den Leser nachvollziehbar darzustellen.

So erscheint z.B. das im Original recht umfangreiche Kapitel „über den Mechanismus der sinnlichen Widerspiegelung", das den Abschluß des ersten Teils des Buch bildet, in der „Darstellung" der Laufenberg et al. völlig unmotiviert zwischen den von ihnen herausgegriffenen Aufsätzen aus dem zweiten und dritten Teil. Diesem Kapitel kommt jedoch im Plan des Gesamtwerkes insofern eine gewisse Schlüsselfunktion zu, als in ihm die Bedeutung der Tätigkeit für die Konstituierung der psychischen Erscheinungen als Widerspiegelung der materiellen Wirklichkeit erläutert wird. Im Gegensatz zu bestimmten subjektiv-idealistischen Auffassungen, die das Psychische als ausschließlich subjektives Endprodukt der im Nervensystem nach „inneren" Gesetzmäßigkeiten in „spezifische Sinnesenergien" umgewandelten Einwirkungen von Umweltreizen auf die Sinnesorgane ansehen („rezeptorische Konzeption"), entwickelt Leontjew in der materialistischen Tradition insbesondere Setschenows unter Einbeziehung neuerer empirischer Befunde Schritt für Schritt die These von der Tätigkeit als der letztlich bestimmenden Grundlage der psychischen Erscheinungen (vgl. S. 123-152). Und diese These bildet dann die theoretische Voraussetzung für das Verständnis des gesamten zweiten und dritten Teils der „Probleme der Entwicklung des Psychischen".

Was die „Darstellung" dieses Kapitels durch Laufenberg et al. betrifft, so zeigen sich die „Autoren" weder der Aufgabe gewachsen, die Schlüsselfunktion dieses Aufsatzes und der darin entwickelten Generalthese herauszuarbeiten (was zur Folge hat, daß ihre Polemik im Hinblick auf die von ihnen „berücksichtigten" Textpassagen des zweiten und dritten Teils immer dann geradezu ins Lächerliche umschlägt, wenn sie auf die Beziehung zwischen Tätigkeit und psychischer Widerspiegelung, respektive Arbeit und Bewußtsein zu sprechen kommen), noch gelingt es ihnen, zumindest seine Gegenstandsproblematik halbwegs vollständig und sachlich angemessen zu referieren und zu kommentieren. In ihrer „Analyse" finden weder die von Leontjew ausgiebig diskutierten verschiedenen psychologischen und physiologischen Theorien noch das von ihm referierte umfangreiche Tatsachenmaterial noch die These von der Tätigkeit als letztlich bestimmender Grundlage der psychischen Erscheinungen entsprechende Berücksichtigung. Stattdessen reduzieren sie den gesamten Inhalt des Aufsatzes wiederum auf ein einziges, abstrakt-isoliertes Moment: die wissenschaftshistorische Auseinandersetzung Leontjews mit den ihrem erkenntnistheoretischen Gehalt nach subjektiv-idealistischen Thesen des Sinnesphysiologen J. Müller (die tatsächlich knapp den sechsten Teil dieses Kapitels ausmacht). In diesem (bereits erheblich reduzierten) Zusammenhang kommt es Laufenberg et al. nun aber nicht etwa darauf an, sich mit dem von Müller bereits 1844 aufgestellten „Gesetz der spezifischen Sinnesenergien" auf wahrnehmungspsychologischer Ebene (auf der es für Leontjew hauptsächlich von Interesse ist) kritisch auseinanderzusetzen, sondern ihre „Darstellung" zielt allein darauf, „einmal die Form, in der L. (Leontjew) Müller in die Pfanne haut, ohne ihn auch nur einmal zu Wort kommen zu lassen, zum anderen die Unterstellung eines bestimmten erkenntnistheoretischen Standpunktes zu kritisieren" (S. 100). (Anscheinend meinen die „Autoren", durch ihren Hinweis, es sei für den Leser, der „diese Arbeit" zur Hand nehme, „in jedem Fall notwendig, sich vorab intensiv mit dem jeweiligen Aufsatz auseinanderzusetzen" (S. 11), erübrige sich für sie eine, wenn auch nicht erschöpfende, so doch zumindest sachlich richtige Darstellung des „jeweiligen Aufsatzes". Daß eine dem Originaltext gegenüber stichhaltige Darstellung der Konzeption und Befunde des betreffenden Autors unabdingbare Grundvoraussetzung für eine „ernsthafte (d.h. materialistische) Auseinandersetzung" mit einem wissenschaftlichen Text ist, diese – geradezu triviale – Einsicht ist offenbar den „Autoren" (die ja immerhin beanspruchen, als Marxisten zu gelten!) weder im Zusammenhang ihrer vorgeblich „systematischen Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Grundstudiums" (vgl. S. 7) noch im Rahmen der von ihnen besuchten Lehrveranstaltung über „Grundprobleme der psychologischen Theorienbildung" (ebd.) vermittelt worden. Selbst Herr Bischoff wird sich indes wohl kaum der von Laufenberg et al. praktizierten Auffassung anschließen wollen, die „analytische Methode" von Marx (vgl. Laufenberg et al., S. 146) sei auf der Ebene der Textanalyse notwendig identisch mit einer Dreieinigkeit von Unterschlagung, Verdrehung und Fälschung!)

Insgesamt sieht sich der Leser in der „Interpretation" der Laufenberg et al. statt einer verständigen Analyse der „Probleme der Entwicklung des Psychischen" einer Ansammlung von Zitaten und Zitatfragmenten der unterschiedlichsten Herkunft mit eingestreuten Argumentationsbrocken, „Deutungen" und Selbstdarstellungen der „Autoren" gegenüber, deren einziges erkennbares Organisationsprinzip darin besteht, daß die Übergänge von einem Unterabschnitt der „Interpretation" zum folgenden durch Überschriften gekennzeichnet sind, die einen formalen Rückbezug zum Leontjew-Text herstellen.

Der inhaltliche Rückbezug beschränkt sich dabei durchweg auf das Herausgreifen einzelner, abstrakt-isolierter Problemaspekte und Teilprobleme, deren scheinbare Authentizität durch Zitatfragmente signalisiert wird. Die „Analyse" vollzieht sich dann gewöhnlich in Form einer Konfrontation dieser unvollständigen und zusammenhanglosen Leontjew-Textpassagen mit ebensolchen abstrakt-isolierten „Zitaten" der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, mit der Tendenz zur Gleichzeitigkeit von Darstellung, Deutung und Bewertung, wobei das Niveau „vorläufiger" Randglossen nur in den seltensten Fällen überschritten wird. Dabei wird bisweilen die Berücksichtigung des inhaltlichen Moments zugunsten ausschließlicher Vermutung und Bewertung gänzlich vernachlässigt, so daß in Einzelfällen der Leser einzig und allein aus der Überschrift des betreffenden Unterabschnitts der „Interpretation" erfährt, um welche Problematik es im „interpretierten" Textteil des Leontjew-Buches überhaupt geht:

„Im letzten Abschnitt seines Aufsatzes ‚Über das historische Herangehen an die Untersuchung der menschlichen Psyche' verliert die Darstellung die ihr bis dahin eigene Form: die Diskrepanz zwischen Anspruch und Einlösung. Zwar beginnt der Abschnitt noch mit der Behauptung, in den vergangenen Abschnitten sei etwas ‚analysiert' worden, im weiteren Verlauf zeigt L. dann aber, daß er durchaus in der Lage ist, einen Gedanken über mehrere Seiten zu verfolgen und das Problem des Entstehens psychischer Fähigkeiten in geraffter Form darzustellen (16). Möglich wurde dies vermutlich, weil er den Anspruch aufgegeben hat, der wissenschaftlichen Psychologie eine einheitliche Richtung auf der Grundlage des dialektisch-historischen Materialismus zu geben. Seine Darstellung bringt aber nichts neues. Es ist eine Zusammenfassung des allgemeinen Wissensstandes (?) auf diesem Gebiet" (S. 97 f.).

Mit einem solchen nichtssagenden „Passepartout" glauben Laufenberg et al. dann allen Ernstes dem Leser eine stattgehabte „Auseinandersetzung" mit dem Kapitel über „das Gehirn und die psychische Tätigkeit des Menschen" vortäuschen zu können (vgl. Leontjew, S. 300-310).

Bei dieser Zwölf-Zeilen-Charakteristik eines ganzen Kapitels, die „L. in die Pfanne haut, ohne ihn auch nur einmal zu Wort kommen zu lassen", fällt allerdings dem Leser nicht nur

16 Diese widerwillig-„positive" Beurteilung eines einzelnen Beitrages zu den „Problemen der Entwicklung des Psychischen" bringt indes die Gesamtbewertung der wissenschaftlichen Qualität des Leontjew-Textes durch Laufenberg et al. nur umso besser zur Geltung: „Die Wissenschaftlichkeit der Darstellung erreicht an vielen Punkten einen nur noch als chaotisch (!) zu bezeichnenden Charakter, wo jede Gutmütigkeit des Lesers einfach in Fassungslosigkeit umschlägt" (S. 126). (Daß diese weder sachlich noch formal in irgendeiner Weise zu rechtfertigende Diffamierung Leontjews wiederum nichts anderes als eine Projektion der mangelnden wissenschaftlichen Qualität der eigenen „Arbeit" in den „interpretierten" Text ist, daß also die „Autoren" in Wirklichkeit mit eben diesen Worten das durch ihr dem Leontjew-Text gänzlich unangemessene Rezeptions-Verfahren vorsätzlich in ihren Köpfen erzeugte Chaos denunzieren, braucht angesichts des im vorangegangenen bereits aufgeschlüsselten Tatsachenmaterials wohl nicht weiter erläutert zu werden.).

zum wiederholten Male auf, daß die „Autoren" durch die Vieldimensionalität des Leontjew-Textes ganz offensichtlich überfordert sind, sondern es beschleicht ihn auch der Verdacht, daß Laufenberg et al. den auf diese Weise „interpretierten" Aufsatz zudem wohl nicht einmal gelesen haben. Denn ihre Behauptung, Leontjew habe im Zusammenhang des (von ihnen ja inhaltlich mit keinem Wort benannten) psycho-physiologischen Problems „den Anspruch aufgegeben ..., der wissenschaftlichen Psychologie eine einheitliche Richtung auf der Grundlage des dialektisch-historischen Materialismus zu geben", erweist sich bereits im einfachen Textvergleich schlicht und einfach als unwahr (vgl. auch oben, S. 16 f.). Beides versuchen die „Autoren" (allerdings erfolglos) zu „vertuschen, indem" sie ihre „Sätze so allgemein und leer" fassen, „daß sie axiomatisch, platt erscheinen, wobei denn aber auch nichts herauszufolgern, sondern nur hereinzudeuten ist" (vgl. MEW Bd. 20, S. 574).

Eines der zentralen Probleme der Entwicklung des Psychischen ist die Frage nach der Entstehung des menschlichen Bewußtseins im Zusammenhang des Übergangs von der naturgeschichtlichen zur gesellschaftlich-historischen Entwicklung des Menschen. Es sei hier lediglich daran erinnert, daß Leontjew, der diese Frage sehr detailliert und aufschlußreich abhandelt (vgl. a.a.O., S. 197-235 sowie 275-279), – innerhalb seiner Gesamtkonzeption konsequent und in völliger Übereinstimmung mit Marx und Engels – die Arbeit als Grundbedingung sowohl der menschlichen Existenz als auch des menschlichen Bewußtseins bestimmt, wobei er ausführlich auf die natürlichen Vorbedingungen der Arbeit und der auf ihr beruhenden menschlichen Gesellschaft eingeht (vgl. S. 180-189 sowie S. 199 ff.).

Anstatt nun den tatsächlichen Gedankengang Leontjews unter Berücksichtigung der dabei verarbeiteten empirischen Sachverhalte im Zusammenhang präzis nachzuvollziehen und sich dann mit dem Ergebnis seiner Überlegungen kritisch auseinanderzusetzen, ziehen es Laufenberg et al. vor, ihre „Interpretation" von vornherein als eine ausschließliche Auseinandersetzung mit den eigenen (indes wenig originellen, dafür aber außerordentlich konfusen) Vorstellungen zu diesem Problem anzulegen, in deren Rahmen Leontjew lediglich die Rolle eines Stichwortgebers zufällt. Dabei verkehrt sich die Frage, wie Leontjew tatsächlich der Aufgabe gerecht wird, „die Bedingungen aufzuspüren, die zum Entstehen dieser höchsten Form des Psychischen – des menschlichen Bewußtseins – führen" (Leontjew, S. 198), bereits eingangs ihrer „Darstellung", d.h. noch ehe die Konzeption Leontjews überhaupt mit einem Wort vorgestellt ist, in eine Belehrung darüber, wie er ihrer Meinung nach in der Strukturierung des Problems hätte vorgehen, was er hätte beachten und was er schließlich hätte herausbekommen müssen:

„Er muß Vorformen der Arbeit, Arbeitsteilung, Gesellschaftlichkeit und des Bewußtseins als schon in der Tierwelt angelegt nachweisen, und aufzeigen, was ihre Weiterentwicklung hervorbrachte. Dies ist deswegen notwendig, da die Entstehung des menschlichen Bewußtseins zuallererst aus den biologischen Voraussetzungen vormenschlicher Lebewesen, d.h. aus dem Bereich unserer tierischen Vorfahren abgeleitet werden muß, will man nicht das, was das Spezifische des Menschen ausmacht, schon immer mit der Existenz des Menschen erklären. Anders ausgedrückt: Es muß klargestellt werden, daß, sucht man nach den Bedingungen für das Entstehen menschlichen Bewußtseins, das Spezifische des Menschseins (?) vor (!) dem ersten existierenden Menschen (?) als Ergebnis eines biologischen Prozesses in einer Vorform angelegt sein muß.Im Laufe der Evolution müssen also Voraussetzungen geschaffen werden (17), die den Menschen möglich machten" (Laufenberg et al., S. 15).

17 Auch Herr Dühring war genötigt, „der Natur mehr als einmal bewußte Handlungsweise unterzuschieben, also das, was man auf deutsch Gott nennt" (MEW Bd. 20, S. 34).

Bevor wir ins Detail gehen, „muß" zunächst einmal „klargestellt werden", daß jemand, der einen solchen (nicht nur sprachlogischen) Unsinn unter die Leute bringt, unwiderruflich den Anspruch verspielt hat, als Marxist zu gelten, mag er auf seine vorgeblich „systematische Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Grundstudiums" pochen, so viel er will!

Was nun das „Spezifische des Menschseins" betrifft, so wird dieser spezifisch unmarxistische Begriff auch dadurch nicht marxistisch, daß man das nichtssagende „Spezifikum" später durch die abstrakte „Fähigkeit" spezifiziert, „Arbeit zu verrichten" (18) (S. 17), zumal man sich offensichtlich uneins darüber ist, von welcher Stufe der naturgeschichtlichen bzw. gesellschaftlich-historischen Entwicklung an eine Tätigkeit als „Arbeit" gelten soll. Denn einerseits „(wird) jede Tätigkeit, die Arbeit ist, und sei es auch e i n e n o c h s o p r i m i t i v e F o r m von Arbeit, n i c h t v o n T i e r e n, sondern von Menschen, und sei es auch auf ihrer primitivsten Stufe, ausgeführt" (S. 16; Hervorh P.K.), andererseits haben die „w e r d e n d e n Menschen" (die nach Auffassung der „Autoren" augenscheinlich w e d e r Mensch n o c h Tier, sondern ein D r i t t e s sind) ihre „Grundlage" sowohl in der „biologischen Entwicklung" wie auch in einer „ m e h r o d e r w e n i g e r b e s c h r ä n k t e n F o r m der Arbeit" (S. 17; Hervorh P.K.). Bei einer solchen Konfusion kann der Leser dann selbstverständlich auch keine irgendwie gearteten systematischen Beziehungen zwischen „dem ersten existierenden Menschen" (Adam?) (S. 15), den „Menschen auf ihrer primitivsten Stufe" (S. 16), den „werdenden Menschen" (S. 17) sowie dem „wirklichen (!) Menschen" (S. 18) erwarten (19).

18 Indes haben unsere „Marxisten" guten Grund, an die Stelle des Marxschen Begriffs vom Wesen des Menschen (wie er auch in die Konzeption Leontjews eingeht) ihr exotisches „Spezifikum" zu setzen; denn bei Marx ist das Wesen des Menschen (wie er auch in die Konzeption Leontjews eingeht) ihr exotisches „Spezifikum" zu setzen; denn bei Marx ist das Wesen des Menschen eben nicht durch die „Fähigkeit" irgendwelcher abstrakt-isolierten Individuen, „Arbeit zu verrichten" (was immer das nach dem Verständnis der „Autoren" sein mag), bestimmt, sondern „in seiner Wirklichkeit ist es dann das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" (MEW Bd. 3, S. 6). Den Menschen als Gattungswesen außerhalb jeglicher gesellschaftlicher Verhältnisse bestimmen zu wollen, heißt demnach auf eine idealistische Position zurückfallen, die von Marx bereits in den Feuerbach-Thesen widerlegt worden ist – eine Position, die keineswegs dadurch materialistisch wird, daß man sie quasi-biologisch verfremdet; denn auch in der modernen Biologie erfolgt die Bestimmung der Arteigenschaften nicht etwa ausschließlich über die Morphologie und Physiologie der einzelnen Individuen, sondern zugleich auch über das artspezifische Verhalten, das die Beziehung zu den Artgenossen als wesentliches Moment notwendig miteinschließt (so etwa die innerartliche Kommunikation).

19 „Wie auch L. bekannt sein müßte, ist der Neandertaler ein abgestorbener (nicht etwa ausgestorbener) Seitenzweig der Entwicklung und hat mit dem wirlichen (sic!) Menschen in diesem Zusammenhang nichts (in einem anderen aber doch?) zu tun" (S. 18; Einfüg. P.K.). Hätten Laufenberg et al. das von ihnen erwähnte Buch des Anthropologen Herberer tatsächlich gelesen, anstatt sich lediglich ein isoliertes „Zitat" herauszuschreiben, das ihre absurde Behauptung vom Wortlaut her nocht nicht einmal absichert („Er (der Neandertaler) nimmt als Vertreter eines spezialisierten Seitenastes nur eine relativ unwesentliche Stelle in der pleistozänen Hominidengeschichte ein" – Herberer 1961, S. 133; zit. nach Laufenberg et al., S. 18; Hervorh. P.K.), wäre ihnen mit Sicherheit nicht nur aufgefallen, daß der Neandertaler (Homo sapiens neanderthalensis), obwohl er „nur eine relativ unwesentliche Stelle in der pleistozänen Hominidengeschichte" einnimmt, dennoch zur Homo-sapiens-Gruppe gerechnet wird, also zweifelsfrei ein Mensch ist, für den die gleichen Bestimmungen gelten wie für andere Menschenarten, sondern

Möchte man zunächst einräumen, es sei wohl der durchgängigen Laxheit der Sprache unserer drei „Marxisten" geschuldet, daß im Zusammenhang ihrer Schöpfungsmythologie der seltsame Eindruck entsteht, die von ihnen beschworenen Vorformen seien nicht etwa bereits in der „Tierwelt" v o r h a n d e n, sondern dort lediglich erst „angelegt" (wobei im Dunkeln bleibt, in welcher „Welt" diese „Vor-Vorformen" dann die Gestalt von entwickelten „Vorformen" annehmen), so wird man diese Entschuldigung für die unmittelbar darauffolgende Formulierung eines mechanistischen „Entwicklungs"prinzips wohl kaum gelten lassen wollen. Danach entwickeln sich nämlich die (angelegten?, entwickelten?) „Vorformen" nicht etwa weiter bzw. höher, sondern ein mystisches Etwas „bringt" ihre Weiterentwicklung „hervor". (Weiter- bzw. Höherentwicklung werden demnach nicht als wesentliches Moment des Lebensprozesses selbst verstanden, sondern lediglich als ein ihm äußerliches Attribut, das von irgendetwas außerhalb von ihm irgendwie „hervorgebracht" werden muß, wobei dieses „Etwas" (vorerst) unbestimmt bleibt.) Die letztlich objektiv-idealistische Grundlage dieser mechanistischen Konstruktion denunziert sich dann bereits in dem Bemühen, das „Spezifische des Menschseins" u n a b h ä n g i g v o n und v o r der „Existenz des Menschen" zu bestimmen, wird dadurch doch d i e Q u a l i t ä t l o g i s c h u n d r e a l h i s t o r i s c h a l s I d e e v o r d i e W i r k l i c h k e i t g e s e t z t, wobei unerklärlich bleibt, wie Idee und Realität schließlich zueinander finden. Aus dieser mechanistisch-idealistischen Konstruktion hilft auch die deklarierte „Notwendigkeit" einer „allerersten Ableitung" der Entstehung des menschlichen Bewußtseins aus „den biologischen Voraussetzungen vormenschlicher Lebewesen" nicht heraus, zumal diese (die biologischen Voraussetzungen) i d e n t i s c h sein sollen mit dem „ B e r e i c h unserer tierischen Vorfahren". (Sollten indes die „Autoren" mit ihrem ganzen Aufwand an Worten u.U. nichts anderes sagen wollen, als daß bereits bei den subhumanen Hominiden die Voraussetzung für die Entstehung des Bewußtseins vorhanden gewesen sein müssen, so wird eine solche Trivialität, wenn man sie a la Luafenberg & Co exotisch verfremdet, allerdings keineswegs zur neuen Wahrheit, sondern verkehrt sich stattdessen in eine abstruse Mystifikation.)

Was in diesem Zusammenhang die marxistische Auffassung von der A r b e i t als G r u n d b e d i n g u n g sowohl der menschlichen Existenz als auch des menschlichen Bewußtseins betrifft, so wissen die „Autoren" sie mit Rückbezug auf das „Spezifische des Menschseins" ausschließlich dahingehend zu deuten, „daß erstens die Arbeit, die schon immer den Menschen voraussetzt, zur Ursache der Menschwerdung wird, zweitens das Verhältnis von Arbeit und Bewußtsein sich in ein zeitliches Folgeverhältnis (?) verkehrt" (S. 16). Aus dieser Deutung (die wiederum das dialektische Bedingungsgefüge eines qualitativen Übergangs von einer Entwick' ngsstufe zur nächsthöheren in ein zeitlich-mechanisches Folgeverhältnis auflöst, an die Stelle des genetischen Zusammenhangs den abstrakten Gegensatz zwischen Mensch und Tier setzt) resultiert dann die „Meinung, daß sowohl L. als in gewisser Weise auch Engels bei der Darstellung der Entwicklung des Menschen der Arbeit einen Stellenwert beimessen, der so falsch ist"

sie hätten gemerkt, daß die moderne Anthropologie im Hinblick auf die Übergänge vom Tier zum Menschen über eine sehr differenzierte Nomenklatur verfügt, so daß eine mystifizierte Faselei über den „werdenden Menschen" etc. sich ein für allemal erübrigt (vgl. hierzu auch Herberer 1972). Daß Leontjew seinen „Kritikern" vom Schlage der Laufenberg & Co auch in dieser Hinsicht uneinholbar voraus ist, zeigt seine konkrete Benennung von in der Geschichte aufeinanderfolgenden Hominiden bis hin zum Neoanthropus (Leontjew, S. 276 ff.).

(ebd.), denn: „Ein so einseitig gesehenes Abhängigkeitsverhältnis von Arbeit und Menschwerdung, und damit von Arbeit und Bewußtsein, ist konstruiert, die Frage nach dem historischen Erstgeburtsrecht (?) dieser Begriffe und dem sich daraus ergebenden Folgeverhältnis falsch gestellt" (S. 17).

Überhaupt hat Engels innerhalb der „Entwicklungs"-Konstruktion der Laufenberg et al. eine höchst widersprüchliche Funktion. Einerseits ist er, der „in seinem Aufsatz über den ‚Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen' ... seine Ausführungen auf den Resultaten Darwins auf(baut)", aus eben diesem Grunde (!) „lamarckistischer (!) Anschauungen" verdächtig (vgl. S. 16 f.). Andererseits haben er und Marx „also (!) klar gesagt, wie man an den Unterschied zwischen Tieren und Menschen herangehen muß" (S. 20), wobei die letzte Feststellung dem Leser zugleich suggerieren soll, die von den „Autoren" geäußerte „Meinung", jede „auch noch so primitive Form von Arbeit" werde ausschließlich „von Menschen ausgeführt", sei durch entsprechende Bestimmungen von Marx und Engels abgedeckt. Bei einer Textüberprüfung wenden sich indes die von ihnen in diesem Zusammenhang angeführten „Zitate" direkt gegen sie. Indem unsere „Marxisten" ihrem „Zitat" aus dem „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen" (wiederum durch ausgeprägte Unvollständigkeit gekennzeichnet; vgl. Laufenberg et al., S. 20) lediglich die banale Deutung entlocken: „Die Menschen bestimmen also den Zweck ihres Tuns in der Umformung der Natur geistig voraus" (ebd.), werden die tatsächlichen Ausführungen Engels' gleich in zweifacher Weise verfälscht: erstens dadurch, daß den Menschen eine Entwicklung abgesprochen wird, sie als von Anfang an „fertig" verstanden werden; zweitens dadurch, daß die Zweckbestimmtheit des Tuns absolut gesetzt wird. Tatsächlich löst jedoch Engels mit der Erkenntnis „Aber wenn die Tiere eine dauernde Einwirkung auf ihre Umgebung ausüben, so geschieht dies unabsichtlich und ist, für diese Tiere selbst, etwas Zufälliges. Je mehr die Menschen sich aber vom Tier entfernen, desto mehr nimmt ihre Einwirkung auf die Natur den Charakter vorbedachter, planmäßiger, auf bestimmte, vorher bekannte Ziele gerichteter Handlung an" (MEW Bd. 20, S. 451) den abstrakten und daher toten Gegensatz zwischen Mensch und Tier in die lebendige Entwicklung auf, für die gilt, daß die Einwirkung der Menschen auf die Natur umso weniger „den Charakter vorbedachter, planmäßiger, auf bestimmte, vorher bekannte Ziele gerichteter Handlung" angenommen hat, je näher diese Menschen noch dem Tier stehen. Außerdem „versteht (es) sich übrigens von selbst, daß es uns nicht einfällt, den Tieren die Fähigkeit planmäßiger, vorbedachter Handlungsweise abzustreiten. Im Gegenteil" (MEW Bd. 20, S. 452; direkt im Anschluß an den von den „Autoren" „zitierten" Passus), und weiter: „Bei den Tieren entwickelt sich die Fähigkeit bewußter, planmäßiger Aktion im Verhältnis zur Entwicklung des Nervensystems und erreicht bei den Säugetieren eine schon hohe Stufe" (ebd.). Der Unterschied zwischen Mensch und Tier reduziert sich (in dieser Hinsicht) allein darauf, daß „alle planmäßige Aktion aller Tiere es nicht fertiggebracht (hat), der Erde den Stempel ihres Willens aufzudrükken. Dazu gehörte der Mensch" (ebd.).

Auch Marx bestimmt – im Hinblick auf die Arbeit als „Verrichtung" – den Unterschied zwischen Mensch und Tier nicht als absoluten Gegensatz, sondern relativ. Bereits seine (von den „Autoren" a.a.O. „zitierte") Einschränkung auf „Arbeit in einer Form, worin sie dem Menschen ausschließlich angehört" (MEW Bd. 23, S. 193) zeigt doch, daß er auch andere Formen der Arbeit kennt; und er benennt sie auch als „menschliche Arbeit", die „ihre erste instinktartige Form noch nicht abgestreift hatte" (a.a.O., S. 192 f.) und als die „ersten tierartig instinkmäßigen Formen der Arbeit" (S. 192). Bezeichnenderweise werden diese Bestimmungen von Laufenberg et al. nicht „berücksichtigt", obwohl sie eben jenen Passus einleiten, der von den „Autoren" mit ihrem „Zitat" signalisiert wird, ein Passus, den sie auch in diesem Fall nur zerpflückt wiedergeben können, weil sie sonst auf die instinktmäßigen (d. h. tierischen) Formen hätten eingehen müssen, von denen Marx hier zwei Beispiele gibt: die Operationen der Spinne, „die denen des Webers ähneln", und der Bau von Wachszellen durch eine Biene (S. 193). Mit ihrer Fixierung auf „Arbeit" als „ausschließlich dem Menschen angehörig" (es ist übrigens ein nicht zu unterschätzendes Verdienst Leontjews, die logisch-historischen Beziehungen zwischen Tätigkeit, Handlung und Operation genauer bestimmt zu haben) stehen Laufenberg et al. also in einem ganz offensichtlichen Gegensatz zu Marx, der ja mindestens drei Formen unterscheidet: Die erste betrifft das Tier; die zweite jene Vorfahren des rezenten Menschen, von denen nicht mit Sicherheit

zu sagen ist, ob sie „noch Tier" oder „schon Mensch" waren; und erst die dritte – entwickelte – Form soll dem Menschen ausschließlich angehören.

Der Nachweis, daß die „Autoren" in ihrem Bemühen, Leontjew „marxistisch" zu kritisieren, selbst einem eindeutigen Antimarxismus verfallen, darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß das hier angerissene Problem nicht durch eine adäquatere Exegese der Klassiker bewältigt werden kann – vielmehr haben wir es hier mit einem Gegenstand der empirischen Forschung zu tun (vgl. Heberer 1972, S. 10 ff. u. 39 f.).

Tatsächlich haben sich unsere „Marxisten" (die mit dem Arbeitsbegriff durchweg als mit einer ausschließlich abstrakten Bestimmung operieren, d. h. die realen Lebensverhältnisse weder der subhumanen noch der humanen Hominiden auch nur mit einem Wort erwähnen) auf diese Weise ein Scheinproblem zurechtkonstruiert, das sie nun (wiederum als Projektion) zugleich Leontjew und Engels anlasten wollen. Die Irrationalität dieses „Problems" liegt indes nicht zuletzt darin begründet, daß Laufenberg et al. „die differentia specifica von menschlicher und tierischer Tätigkeit ausschließlich „an der Anfertigung von Werkzeugen" festmachen wollen (S. 20) und sich in diesem Zusammenhang der unlösbaren Frage nach dem „ersten Menschen", dem „ersten Bewußtseinsakt" und dem „ersten Werkzeug" gegenübersehen.

Auf diese Weise geraten unsere „Autoren", die ja gern als Marxisten gelten möchten, mit ihrer Unterstellung von obskuren „Folgeverhältnissen" nach dem Schema eines „Henne-Ei"-Vexierspiels („daß erstens die Arbeit, die schon immer den Menschen voraussetzt, zur Ursache der Menschwerdung wird, zweitens das Verhältnis von Arbeit und Bewußtsein sich in ein zeitliches Folgeverhältnis verkehrt") in einem kaum merklichen Übergang schließlich in die ideologischen Sphären von Jesuitenpater Wetter, der sich bereits seit geraumer Zeit angesichts der von Marx und Engels getroffenen Bestimmungen die „folgenschwere Frage" stellt: „Was führte jene Tiere, aus denen sich die ersten Menschen entwickelten, zu dieser entscheidenden Veränderung in ihrem Verhalten der Natur gegenüber, daß sie eines Tages begannen, das zum Leben Nötige nicht mehr im fertigen Zustand der Natur abzunehmen, sondern mit Hilfe eigens dazu verfertigter Arbeitswerkzeuge zu produzieren? Diese Frage bleibt ungelöst. Die Herstellung von Arbeitswerkzeugen bedeutet ja Hinordnen von Mitteln auf die Erlangung von Zielen ... Das setzt aber in dem Verfertiger der Werkzeuge die Möglichkeit voraus, etwas noch nicht Existierendes denkend schon vorwegzunehmen, setzt also das Bewußtsein, dessen Entstehung zu erklären ist, schon voraus. Die Entstehung des Bewußtseins wäre somit Resultat des Bewußtseins, d. h. der Arbeit als bewußtem, Ziele verfolgenden Einwirken auf die Natur" (Wetter, S. 60). (Um die in diesem Zusammenhang möglichen Mißverständnisse zu vermeiden, muß darauf hingewiesen werden, daß Wetter weiß, daß er ein Jesuit und kein Marxist ist – obwohl auch er die Kritik der politischen Ökonomie durchaus „systematisch" rezipiert hat.)

Indes verfolgt die Suggestion, die Herstellung der ersten Werkzeuge (unterstellt als der qualitative Umschlag der tierischen Tätigkeit in menschliche Arbeit) müsse als Leistung einzelner – abstrakt-isolierter – Individuen erklärt werden können (20), den ganz konkreten Zweck, die Gesellschaftlichkeit als wesentliches Bestimmungsmoment bereits der frühesten Formen menschlicher Arbeit zu unterschlagen und damit das Wesen des Menschen als ein dem einzel-

20 Daß eine solche Auffassung auch vom Standpunkt der modernen Biologie aus unhaltbar ist, betont Herberer: „Auch hat die Genetik gezeigt, daß die Evolution neuer Formen nicht über Einzelindividuen verläuft, sondern über Population als Evolutionseinheiten. Es ist bei dem gegenwärtigen Stand unserer Einsichten in den Evolutionsmechanismus als ein Anachronismus zu bezeichnen, wollte man etwa noch mit ‚einem ersten Menschenpaar' rechnen" (1972, S. 10 f.). (Die Möglichkeit, daß sich die Menschwerdung an verschiedenen Orten zu unterschiedlichen Zeiten auf (konkret) unterschiedliche Weise vollzogen haben könnte (vgl. Herberer, S. 57), wird weder von Pater Wetter noch von unseren „Marxisten" auch nur im mindesten erahnt.).

nen Individuum innewohnendes Abstraktum einzuführen (vgl. dagegen MEW Bd. 3, S. 6). Um in diesem Zusammenhang besser gegen Leontjew vorgehen zu können, sind Laufenberg et al. indes zu einer Textfälschung von geradezu kriminellen Ausmaßen gezwungen:

„Als erstes nennt L. zwei Merkmale, nämlich Gebrauch und Anfertigung von Werkzeugen, die kennzeichnend für die Arbeit sein sollen. Danach zitiert er Engels, der jedoch nur von der Anfertigung von Werkzeugen als dem Beginn der Arbeit spricht. Daran anschließend kommen Ls. Ausführungen, die sich aber nur noch auf den Gebrauch von Werkzeugen beziehen. L. macht in einer Argumentationsmetamorphose aus zwei Merkmalen eins und landet dabei auch noch prompt beim falschen" (S. 20). Tatsächlich sind der Gebrauch und die Anfertigung von Werkzeugen für Leontjew aber lediglich das erste (zwar notwendige, aber keineswegs hinreichende) Kriterium menschlicher Arbeit (vgl. oben, S. 8 sowie Anm. 5). Das zweite Kriterium besteht für ihn (im Anschluß an Marx und Engels) „in der Tatsache, daß der Arbeitsprozeß unter den Bedingungen einer gemeinsamen kollektiven Tätigkeit vollzogen wird" (Leontjew, S. 202), was gleichbedeutend ist mit der Bestimmung, daß die Tätigkeit des einzelnen, mag sie noch so kompliziert sein, keine Arbeit ist, solange sie nicht in komplementärer (auch kommunikativ erfaßter) Beziehung zur Tätigkeit der Mitmenschen steht. Sonst nicht gerade sparsam mit Marx-„Zitaten", unterschlagen die „Autoren" gerade hier einen von Leontjew angeführten Marx-Passus: „In der Produktion wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt" (MEW Bd. 6, S. 407; vgl. auch Leontjew, S. 202 f.). Indem Laufenberg et al. nicht nur diesen wesentlichen Aspekt des Arbeitsprozesses (der die Kommunikation der Menschen untereinander mit Hilfe der Sprache notwendig einbegreift: vgl. o., S. 37) gänzlich unterschlagen, sondern auch von dem ersten, Gebrauch und Anfertigung von Werkzeugen, nur die Anfertigung als Unterscheidungskriterium zwischen Tier und Mensch gelten lassen wollen, wird der in Wirklichkeit einheitliche Arbeitsprozeß, dessen Vorbereitungsphase die Werkzeugherstellung ja lediglich ist, in zwei beziehungslose Teile aufgespalten, von denen der eine verabsolutiert und als Wesensmoment der Arbeit überhaupt ausgegeben wird (vgl. dagegen Anm. 5). Damit wären wir schließlich bei einem bis dato unbekannten Bestimmungskriterium für „Arbeit" angelang: Sie ist die planmäßige Herstellung von Gegenständen, die keinen Zweck erfüllen. Ein solcher Nonsens hat natürlich mit Marxismus nicht das geringste zu tun; Marx: „Die einfachen Momente des Arbeitsprozesses sind die zweckmäßige Tätigkeit oder die Arbeit selbst, ihr Gegenstand und ihr Mittel" (MEW Bd. 23, S. 193).

Da nun das von Leontjew in der Nachfolge von Marx und Engels bestimmte (und im Hinblick auf neueres Tatsachenmaterial notwendig detaillierter zu spezifizierende) „Abhängigkeitsverhältnis von Arbeit und Menschwerdung, und damit von Arbeit und Bewußtsein" als „konstruiert" und „einseitig gesehen" denunziert ist, außerdem „noch (hinzu kommt), daß seine immanente Argumentation Mängel aufweist, die von unwissenschaftlicher Begriffsbildung (!) über mißverstandene Zitate bis zur falschen Wiedergabe von Marx und Engels längst formulierter Zusammenhänge (!) führt" (S. 28 — eine wahrhaft klassische Projektion!), müssen Laufenberg et al., die gern als Marxisten gelten möchten, eine alternative „Lösung" anbieten. Sie besteht, kurz gefaßt, darin, daß „diese Momente (?) gleichermaßen Produkt (!) des Lebensprozesses der werdenden (!) Menschen (sind)" (S. 17), wobei Arbeit das „Resultat" einer „Entwicklung nach biologischen Gesetzen" ist (S. 18), oder detaillierter: „ ... im Zuge der Weiterentwicklung der anatomisch-physiologischen Organisation der Tiere (21), bedingt durch Mutation und Selektion, (bildet sich) schließlich eine

21 Vgl. dagegen Anm. 19.

neue Stufe des organischen Lebens heraus, die den Menschen zum Ergebnis hat und es diesem ermöglicht zu arbeiten, weil er seine tierische Reproduktionsform abstreifen konnte" (S. 19).

Die „Autoren" wissen also ihre Scheinproblem lediglich dadurch zu bewältigen, daß sie das in Frage stehende Bedingungsgefüge (und damit nicht nur die Entstehung des Menschen und des Bewußtseins, sondern in letzter Konsequenz auch ihre Höherentwicklung) in einer metaphysischen Konstruktion einseitig-„biologisch" bestimmen, wobei ihnen dann allerdings – nicht zuletzt in Konsequenz ihrer fortwährenden Negation der Funktionalität des Psychischen – buchstäblich alles durcheinander gerät: Nach der ersten These soll der „Lebensprozeß" (unter dem sich jeder das Seine vorzustellen hat) der „werdenden Menschen" (Dryopithecinen? Ramapithecinen? Australopithecinen?) die Arbeit und das Bewußtsein als „Produkt-Momente" korrelativ hervorbringen – sie sind also quasi zwei parallele (damit aber abstrakt-getrennte) „Absonderungen" oder Epiphänomene eines mysteriösen, unbestimmbaren „biologischen" Vorgangs. Nach der zweiten These gibt es einen „Übergang" a la Laufenberg et al. (22), bei dem aus einer „Stufe" irgendwie ein „Ergebnis" resultiert (denn der Mensch repräsentiert nicht etwa diese neue Stufe des organischen Lebens, er ist ihr „Ergebnis", dessen Zustandekommen indes nicht bestimmbar ist). Was die dritte These anbelangt, so werden diejenigen, die bisher im Einklang mit Marx und Engels davon ausgingen, der Mensch „streife" in seiner Entstehungsgeschichte die tierische Reproduktionsform „ab", indem er anfinge zu arbeiten (vgl. MEW Bd. 3, S. 21), von unseren drei Pseudomarxisten dahingehend belehrt, daß er erst einmal die tierische Reproduktionsform „abstreifen" müsse, um überhaupt arbeiten zu können.

Innerhalb dieser Konstruktion bleibt dann nicht nur gänzlich ungeklärt, wie das menschliche Bewußtsein (das auf ausschließlich anatomisch-physiologischer Grundlage parallel zur Arbeit entstehen soll) für die entwickelte Form der Arbeit, „worin sie dem Menschen ausschließlich angehört", seinerseits zum bestimmenden Moment des Arbeitsprozesses werden kann, so daß an dessen Ende „ein Resultat heraus(kommt), das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war (23)" (vgl. MEW Bd. 23, S. 193), sondern es erweist sich auch als un-

22 „Wir (?!) verstehen unter einem Übergang, daß Elemente (nicht etwa „Keimformen") einer neuen Entwicklungsstufe in der ihr vorausgegangenen soweit entwickelt sind, daß sie ihre bornierte Form sprengen und eine qualitativ neue (?) Bewegungsform finden" (S. 16; Einfüg. P.K.). Angesichts dieser „Transzendental"-Metaphysik erübrigt sich dann nicht nur die Frage, welche Funktion diesen „Elementen einer neuen Entwicklungsstufe" innerhalb der „ihr vorausgegangenen" Stufe zukommt und wodurch sie sich „entwickeln", sondern auch die Frage, wie es möglich sein soll, eben diese Elemente bereits vor dem „Übergang" zu bestimmen, und zwar „nicht mit Begriffen, die das Resultat schon voraussetzen" (S. 17). Damit ist also ein „Folgeverhältnis" von „Biologie" und Arbeit konstruiert, nach dem eine „Stufe" in der „Weiterentwicklung der anatomisch-physiologischen Organisation" es dem Menschen ermöglicht zu arbeiten, obwohl er auf dieser Stufe noch gar nicht existiert, sondern erst ihr „Ergebnis" ist; andererseits muß er aber erst „seine tierische Reproduktionsform abstreifen" (d.h. selbst die höchste „Stufe" der „anatomisch-physiologischen Organisation der Tiere" überwunden haben), damit es ihm überhaupt möglich wird, zu arbeiten.

23 Die wissenschaftlich unhaltbare Doktrin einer ausschließlichen und unwandelbaren Parallelität (identisch mit wechselseitiger Unabhängigkeit) von Arbeit und Bewußtsein ist von Laufenberg et al. bereits im Unterabschnitt ihrer „Interpretation" über die „allgemeine Charakteristik der Psyche des Tieres" (vgl. Leontjew, S. 189–197) in systematischer Verfälschung der Konzeption Leontjews vorbereitet worden. Sind es bei Leontjew die „Sinnesorgane, Tätigkeitsorgane und das Nervensystem", deren Funktion es ist, „die umgebende Wirklichkeit widerzuspiegeln" (S. 190; Hervorh. P.K.), so heißt es in der „Darstellung" der „Autoren": „Die Funktion von Sinnesorganen und Nervensystem besteht also darin,

möglich, die Gesellschaftlichkeit der Arbeit als Wesensbestimmung menschlicher Tätigkeit zu entwickeln.

So taucht Gesellschaftlichkeit entweder als (transzendierendes?) „Element" einer unabhängig von der Anthropogenese verlaufenden Entwicklungslinie auf, die die Stammesentwicklung des Menschen an einem Punkt „schneidet", wodurch „das Auftreten gesellschaftlicher Momente" als „historischer Schnittpunkt in der Entwicklung des organischen Lebens" (Laufenberg et al., S. 22; Hervorh P.K.) bestimmt ist, oder aber sie wird auf eine Form von Arbeitsteilung zurückgeführt, „die unabhängig (!) von der gesellschaftlichen Produktion und natürliche (!) Voraussetzung aller (!) menschlichen Gesellschaft (24) ist" (ebd.): „Aus der Tatsache, daß nur Frauen Kinder gebären und sie nach der Geburt über einen gewissen Zeitraum stillen sowie die Versorgung und den Schutz übernehmen, sind ihnen gemäß ihrer Natur (!) andere zusätzliche Aufgaben zugewiesen (!) als den Männern aufgrund ihrer anderen physiologischen Voraussetzungen. Hinzu (!) kommen die altersbedingten Unterschiede, die einem Greis (?) nicht die Arbeit eines jungen zustehen (!) lassen" (ebd.). Womit „Gesellschaftlichkeit" alias „Arbeitsteilung" letztlich nichts anderes wäre als die direkte Auswirkung biologischer Differenzen im Arbeitsprozeß, und zwar als Wesensbestimmung „aller menschlichen Gesellschaft" (25). Da aber auch die

die umgebende Wirklichkeit wiederzuspiegeln" (S. 12). Bleibt jedoch die Tätigkeit als Grundlage der Widerspiegelung der Wirklichkeit unberücksichtig, wird stattdessen versucht, „Psychische Prozesse mechanisch auf physiologische Vorgänge zurückzuführen" (Leontjew, S. 15), muß das behauptete Verhältnis einer „Entsprechung" von „psychischer Widerspiegelung" und der „jeweiligen Tätigkeit" des Tieres, „wodurch ein adäquates Erfassen der Wirklichkeit gewährleistet ist" (Laufenberg et a., S. 12), entweder als metaphysisch harmonisierter Dualismus von Materiellem und Psychischem gänzlich unbegriffen bleiben oder im Sinne einer idealistisch-mechanistischen Konstruktion interpretiert werden, die eine dreifache Abbildbeziehung zwischen Wirklichkeit, Psychischem und Tätigkeit impliziert. Im einen wie im anderen Fall erweist sich aber das Psychische als luxurierendes (weil funktionsloses) Moment, wodurch die Genese des menschlichen Bewußtseins als Funktionswandel des Psychischen unbegriffen bleibt, die erkenntnistheoretische Konsequenz in einem pseudobiologisch verbrämten Agnostizismus besteht.

24 Halten wir dagegen: „Jede Tätigkeit, die Arbeit ist, . . . wird . . . von Menschen . . . ausgeführt. L. sagt dies an anderer Stelle selbst: ‚Demgegenüber ist die menschliche Arbeit von Anfang an (!) ein gesellschaftlicher (!) Prozeß . . .' " (Laufenberg et al., S. 16), so haben sich die „Autoren" in einen hübschen, unlösbaren Widerspruch hineinmanövriert!

25 Daß hier der „Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung" durch seine „Autoren" eine Ideologie verbreiten läßt, deren zutiefst reaktionärer Charakter sich bereits in der Wortwahl „dechiffriert", braucht nicht weiter erläutert zu werden.
Da aber eine solche aus den Sphären Pater Wetters und anderer antimarxistischer Obskuranten stammende Ideologie heute keinen wissenschaftlich denkenden Menschen mehr beeindrucken könnte, träte sie unverhüllt auf, muß sie „marxistisch" bemäntelt werden. Dies wird im vorliegenden Falle erreicht, indem man erstens Marx und Engels unkritisch „beim Wort" nimmt, sie damit absichtlich mißversteht und zweitens auf eine ergänzende Zitatfälschung zurückgreift. Laufenberg und „Mitarbeiter" zitieren zunächst (unvollständig) einen Passus aus der „deutschen Ideologie": „Damit entwickelt sich die Teilung der Arbeit, die ursprünglich nichts war als die Teilung der Arbeit im Geschlechtsakt, dann Teilung der Arbeit, die sich vermöge der natürlichen Anlage (z.B. Körperkraft), Bedürfnisse, Zufälle etc. etc. von selbst oder ‚naturwüchsig' macht" (MEW Bd. 3, S. 31), woraus (in einem Rekurs auf ein Satzfragment aus dem „Kapital" (!)) unmittelbar „eine so ‚aus den Geschlechts- und Altersunterschieden, also auf rein physiologischer Grundlage' (MEW 23/372) entspringende Arbeitsteilung . . ." (S. 22) gefolgert wird. Wer hier die Formulierung

Arbeit selbst ausschließlich „Resultat" einer „Entwicklung nach biologischen Gesetzen" sein soll, erweist sich der abstrakte Gegensatz zwischen Mensch und Tier als konkrete Identität, bleibt die Ökonomie als die spezifisch menschliche Form der „Produktion des Lebens" von vornherein unbegriffen (26), wird die Eigenständigkeit der Gesellschaftstheorie gegenüber einer auf Anatomie und Physiologie reduzierten „Biologie" allein im Rekurs auf jenen seltsamen „historischen Schnittpunkt in der Entwicklung des organischen Lebens" behauptet, der indes von den „Autoren" weder mit biologischen noch mit Begriffen aus dem System der Kritik der politischen Ökonomie adäquat bestimmt werden kann.

Bei alledem bleibt völlig ungeklärt, welche Rolle dem Psychischen beim Übergang von der naturgeschichtlichen zur gesellschaftlich-historischen Entwicklung des Menschen zukommt (vgl. oben S. 8 ff. u. 40 ff.). Indem „Arbeit" von Laufenberg et al. immer nur als Abstraktum, nie als konkreter Prozeß der Lebensgewinnung auf den verschiedenen Stufen der gesellschaftlich-historischen Entwicklung abgehandelt wird, bleiben Aufkommen und Entwicklung spezifisch menschlicher Bedürfnisse und Fähigkeiten, bleibt die Entwicklung der „menschlichen Verhältnisse zur Welt", die Aneignung und Vergegenständlichung der „menschlichen Wesenskräfte" (vgl. MEW Ergb. I, S. 539 f. u. 541 f.) gänzlich unbegriffen.

So ist denn die „Frage nach dem subjektiven Motiv der handelnden Personen", die sich für Laufenberg et al. aus dem Problem des „Vermittlungszusammenhangs" von „ökonomischen Formbestimmungen und dem sozialen Handeln der Individuen" ergab (vgl. S. 7) schon vorzeitig (d. h. bereits im Zusammenhang der Entstehung und Bestätigung ökonomischer Verhältnisse überhaupt) unwiderruflich in Richtung auf einen metaphysischen Biologismus beantwortet. Indem auf diese Weise die Gegenstandsperspektive der Psychologie eindeutig aufgegeben ist, hat aber die „Überprüfung" der „aus der Kritik der politischen Ökonomie ableitbaren psychologischen Fragestellungen (27)" anhand von Leontjews Konzeption (vgl. ebd.) vollends ihren Sinn verloren, kann der spezifisch psychologische Gehalt des Leontjew-Textes endgültig negiert, können die „Probleme der Entwicklung des Psychischen" über den Rest der Distanz als ein neuartiges Lehrbuch der politischen Ökonomie mit mehr oder

„Teilung der Arbeit im Geschlechtsakt" wörtlich und nicht metaphorisch (im Sinne von „Funktionsteilung"; vgl. auch Anm. 27) interpretiert, muß zugleich die Frage beantworten können, warum denn der Geschlechtsakt der Tiere keine Arbeit sei (eine neue Variante des „Henne-Ei"-Vexierspiels). Die unmittelbare Folgerung aus dem unvollständig zitierten Passus unterschlägt dann nicht nur die „Bedürfnisse, Zufälle etc. etc.", „vermöge" deren sich die Teilung der Arbeit „ ‚naturwüchsig' macht", sondern ist zudem als „Zitat" auch eine Fälschung, die den von Marx explizit benannten bereits bestehenden gesellschaftlichen Rahmen einfach weglügt: „Innerhalb einer Familie, weiter entwickelt eines Stammes, entspringt eine naturwüchsige Teilung der Arbeit aus den Geschlechts- und Altersverschiedenheiten, also auf rein physiologischer Grundlage ..." (MEW Bd. 23, S. 372).

26 „Die Produktion des Lebens, sowohl des eigenen in der Arbeit wie des fremden in der Zeugung, erscheint nun schon sogleich als ein doppeltes Verhältnis –, gesellschaftlich in dem Sinne, als hierunter das Zusammenwirken mehrerer Individuen, gleichviel unter welchen Bedingungen, auf welche Weise und zu welchem Zweck, verstanden wird" (MEW Bd. 3, S. 29 f.).

27 Die Frage, wie anders als vom Standpunkt der Psychologie aus man aus der Kritik der politischen Ökonomie psychologische Fragestellungen ableiten können soll, wird bezeichnenderweise in der gesamten „Interpretation" mit keinem Wort erörtert.

weniger starker Berücksichtigung einer abstrakt-biologischen Dimension abgehandelt werden.

Indes erübrigt sich seitens der „Autoren" eine detaillierte Berücksichtigung der naturgeschichtlichen Aspekte der Konzeption Leontjews schlechterdings deshalb, weil sie bereits im Verlaufe ihrer ersten Einzelanalyse „annehmen (müssen), daß er den naturgeschichtlichen Entwicklungsprozeß nur unzureichend oder gar nicht (!) kennt" (S. 13), im gleichen Zusammenhang für sie „der Eindruck einer lamarckistischen (!) Konzeption der Herausbildung und Differenzierung von Sinnesorganen und Nervensystem entstehen (muß)" (ebd.), Leontjew angeblich „zeigt", daß „er die Entwicklung der Organe psychischer Widerspiegelung nicht als naturgeschichtliche Entwicklung begreift" (ebd.), es schließlich für sie „so aus(sieht), als fielen (bei L.) die biologischen Gesetze bei der Herausbildung des Menschen völlig (!) beiseite (28)" (S. 16). Daß indes diese sachlich gänzlich inadäquaten „Annahmen" und „Eindrücke" allein darauf aufbauen, daß sie die entsprechenden Passagen des Leontjew-Textes „nur unzureichend oder gar nicht" „berücksichtigt" haben oder aber etwa die von Leontjew in zweifelsfrei darwinistischer Tradition formulierten funktionalen Bestimmungen des komplexen Bedingungsgefüges der Anthropogenese (vgl. hierzu insbesondere Heberer 1972, S. 34 ff.) bewußt fehlinterpretieren, ist dabei für Laufenberg et al. völlig bedeutungslos, weil es ihnen angesichts der so unterstellten „Unkenntnis" und „Begriffslosigkeit" Leontjews einzig und allein darauf ankommt, die eigene Auffassung von der naturgeschichtlichen Entwicklung des Psychischen darzustellen und in der Folge auf der Grundlage dieser Auffassung zu argumentieren. So wird denn der entwickelten materialistischen Konzeption Leontjews (über die der Leser in der gesamten „Interpretation" tatsächlich nichts erfährt) ein naiver Psychomorphismus (vgl. hierzu Leotjew, S. 301) auf pseudobiologischer Grundlage entgegengestellt, wonach „die Herausbildung und Differenzierung von Organen psychischer Widerspiegelung nur aufgrund zufälliger Genmutationen und Selektion möglich ist" (S. 13).

(Daß im Evolutionsprozeß außer den Gen mutationen auch noch Chromosomen mutationen (als Rekombination des Erbgefüges) und Genom mutationen (als Vervielfachung einzelner Chromosomen oder ganzer Chromosomensätze) eine Rolle spielen, hat innerhalb dieser „darwinistischen" Plattheit offensichtlich ebensowenig Platz wie die grundlegende Tatsache, daß die „Herausbildung und Differenzierung von Organen psychischer Widerspiegelung" sich notwendig immer innerhalb einer Ontogenese (d. h. im Verlaufe der individuellen Lebensgeschichte) realisieren muß, wobei der in der Stammesgeschichte herausgebildete Genotyp stets nur als mehr oder weniger weit gesteckte Rahmenbedingung der individuellen Entwicklung zum Tragen kommt. Dabei besteht indes das Prinzip

28 Gerade im Zusammenhang dieser Unterstellung, deren Haltlosigkeit bereits der einfache Textvergleich aufdeckt, offenbart sich in aller Deutlichkeit der dummdreiste Zynismus von Laufenberg & Co., der sich als charakteristisches Merkmal ihrer „Methode" mehr oder weniger offen durch die gesamte „Interpretation" zieht: Mit einer Anhäufung negativer Klischees appellieren sie an das Ressentiment des textunkundigen „linken" Lesers, der angesichts der ausdrücklichen Versicherung der Herren „Kritiker", es ginge ihnen ausschließlich darum, „mit unserer Kritik dem Aufbau des Buches gerecht zu werden", kaum auf den Gedanken kommen wird, er habe in der vorgeblichen Leontjew-Interpretation tatsächlich eine äußerst freizügige „Bearbeitung" vorliegen, die sich vornehmlich auf der Ebene der Zitatfälschungen, der Unterschlagung wichtiger Textteile und Einzelpassagen sowie der Verkehrung nicht begriffener Tatsachen in eine den „Denkformen" und dem ideologischen Interesse der „Autoren" genehme Pseudorealität bewegt. Im Schutz der vordergründigen Glaubwürdigkeit eines vermeintlichen Expertentums (immerhin „arbeiten" die Herren „schwerpunktmäßig an dem Verhältnis von Marxismus und Psychologie" und können auf eine „systematische Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie in Rahmen des sozialwissenschaftlichen Grundstudiums" verweisen!) konkretisiert sich dann in der Anhäufung gegenstandsloser Behauptungen eine genauestens kalkulierte Methode mit dem ausschließlichen Zweck der Verächtlichmachung Leontjews, dessen Konezption von vornherein allein schon deshalb falsch und unwissenschaftlich zu sein hat, weil sie im Einklang mit der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus steht.

der Höherentwicklung des Psychischen gerade nicht darin, daß in Mutationssprüngen die Organe der Widerspiegelung zu immer zahlreicheren oder differenzierteren, quasi „höheren" Strukturen sich herausbilden, von denen eine jede die Grundlage einer bestimmten Kategorie psychischer Erscheinungen wäre; sondern das „Geheimnis" liegt in einer zunehmenden Nichtfestgelegtheit („Plastizität") dieser Organe, die es schließlich ermöglicht, daß sich in der tätigen Auseinandersetzung des Individuums mit seiner Umwelt „funktionale Verbindungen" und „funktionale Systeme" in kürzester Zeit herausbilden und differenzieren (vgl. Leontjew, S. 301 ff.).

Nachdem so hinsichtlich der naturgeschichtlichen Dimension der Entwicklung des Psychischen von seiten der Laufenberg et al. bereits alles gesagt ist, was zu sagen war, eröffnen sich sogleich für sie gänzlich neue Perspektiven der „Kritik", erscheint es doch nun gerechtfertigt, statt sich mit den von Leontjew angesprochenen theoretischen und empirischen Problemen einer materialistischen Entwicklungspsychologie auseinanderzusetzen, ihre durch vorgeblich „systematische Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie" erworbenen „Sachkenntnisse" in ermüdenden (dazu inhaltlich äußerst fragwürdigen) „Kapital"-Exegesen gegen Leontjew auszuspielen, der ihrer Meinung nach „nicht nur das System der Kritik der politischen Ökonomie, als ‚Basisvoraussetzung' der Analyse (der bürgerlichen Produktionsweise) nicht nur nicht begriffen (!), sondern vermutlich nicht mal (!) systematisch rezipiert (!) hat" (vgl. S. 146). Der Klassencharakter der dem Leser in diesem Zusammenhang angedienten ökonomistischen Ideologie (in deren Rahmen die Marxsche Theorie zu einer „Zitatensammlung für alle Gelegenheiten" verkommt) „dechiffriert" sich dann nicht nur in einer reduktionistischen Terminologie, innerhalb derer der Aspekt der Aneignung völlig von dem der Produktion verdrängt wird (so reden unsere „Marxisten" z. B. gewöhnlich von „Produktionsagenten", wenn sie Menschen meinen — ist für sie das Wesen des Menschen keineswegs durch die historisch bestimmte Aneignung der Wirklichkeit charakterisiert, sondern ausschließlich durch die abstrakte „Fähigkeit, Arbeit zu verrichten"), sondern auch in der Unfähigkeit, die menschliche Entwicklung in anderen Kategorien als denen der bürgerlichen Gesellschaft und von einem anderen Standpunkt aus als dem des Warenbesitzers zu begreifen. Wenn auf diese Weise gar die Arbeitsmittel und Arbeitsprodukte unter den gesellschaftlichen Bedingungen des Paläolithicums zu „Waren" mystifiziert werden, ist das gleichermaßen komisch wie entlarvend. Spricht Leontjew vom Verhältnis der Frühmenschen zu ihren Werkzeugen als von Grund auf gegensätzlich zur Beziehung der Tiere zu den äußeren Hilfsmitteln im Rahmen ihrer instinktiven Tätigkeit, so halten ihm Laufenberg et al. entgegen: „Würde L. nur eine spezifisch historische Form der gesellschaftlichen Arbeit, z. B. die der bürgerlichen Gesellschaft (!) kennen, so müßte ihm die Problematik des Erkennens des gesellschaftlichen Charakters an der ‚Naturalform des Arbeitsproduktes' zu Bewußtsein kommen. ‚Das geheimnisvolle der Warenform (!) ...' " (S. 26). Stellt Leontjew im gleichen Zusammenhang fest: „Der Mensch dagegen erblickt im Werkzeug einen Gegenstand, in dem ein gesellschaftlich erarbeitetes Verfahren fixiert ist (29)" (S.

29 „Dieselbe Wichtigkeit, welche der Bau von Knochenreliquien für die Erkenntnis der Organisation untergegangener Tiergeschlechter, haben Reliquien von Arbeitsmitteln für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformationen. Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen. Die Arbeitsmittel sind nicht nur Gradmesser der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft, sondern auch Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse, worin gearbeitet wird" (MEW Bd. 23, S. 194 f.).

209), und die „Autoren" erwidern darauf: „ Einem Hammer z. B. kann man aber nicht ansehen, ob er im Kapitalismus oder Sozialismus seine Geburtsstätte hatte" (S. 26), so ist dem wirklich nichts mehr hinzuzufügen.

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Im Vorangegangenen haben wir gleichermaßen unter inhaltlichen wie methodischen Gesichtspunkten die Leontjew-Kritik von Laufenberg et al. diskutiert. Dabei wurde nicht nur die spezifische Art und Weise ihres Herangehens an den Text untersucht, sondern auch anhand einzelner Probleminhalte die sachliche Angemessenheit ihrer Einlassungen überprüft, wobei im Hinblick auf die Frage nach dem marxistischen Gehalt der Kritik unser besonderes Interesse dem Rückbezug ihrer Argumentation auf die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus galt.

Unter dem ersten Aspekt (Herangehen an den Text) stellte sich heraus, daß Laufenberg et al. im Rahmen ihrer „Interpretation" nicht nur das von ihnen kritisierte Buch zum überwiegenden Teil überhaupt nicht zur Kenntnis genommen haben, sondern daß sich zudem — in programmatischer Negation des inneren Zusammenhangs der von Leontjew gedanklich entwickelten Sachverhalte — ihre „Kritik" in der abstrakten Auseinandersetzung mit isolierten Einzelfragen erschöpft, deren scheinbare Textauthentizität durch Zitatfragmente signalisiert wird. Damit ist aber die „Interpretation" bereits vom Ansatz her als idealistisch-mechanistische Konstruktion charakterisiert.

Des weiteren zeigte sich, daß sich die inhaltliche Einlassung von Laufenberg et al. auf den Leontjew-Text überwiegend in der Form einer Konfrontation unvollständiger und zusammenhangloser Textpassagen mit ebensolchen abstrakt-isolierten „Zitaten" von Marx und Engels in Tendenz zur Gleichzeitigkeit von Darstellung, Deutung und Bewertung vollzieht, wobei nur in Ausnahmefällen das Niveau „vorläufiger" Randglossen verlassen wird. In diesem Zusammenhang stellte sich auch heraus, daß sowohl im Hinblick auf Leontjew wie auch die Klassiker, abgesehen von durchgehenden, mehr oder weniger systematischen Fehlinterpretationen (etwa der Methode des historischen Herangehens an die Untersuchung der menschlichen Psyche), von Laufenberg et al. mehrfach Textfälschungen unterschiedlichen Ausmaßes vorgenommen wurden.

Indem sie darüber hinaus dialektische Zusammenhänge durchweg als metaphysisch harmonisierte Parallelitäten oder als zeitliche Folgeverhältnisse nach dem Muster eines „Erst-dann"-Schematismus verkennen, gleiten sie zudem wiederholt auf eine objektiv-idealistische Ebene ab. Dabei findet die metaphysische Konstruktion der Anthropogenese ihre notwendige Entsprechung in einem naiven Biologismus, der Mensch und Tier gleichermaßen auf Anatomie und Physiologie reduziert, damit den unterstellten abstrakten Gegensatz von naturgeschichtlicher und gesellschaftlich-historischer Entwicklung in konkrete Identität auflöst.

Daher können auch von Laufenberg et al. weder Stellung und Funktion des Psychischen als allgemeiner noch Stellung und Funktion des Bewußtseins als der besonderen, menschlichen Form der ideellen Widerspiegelung im Zusammenhang der unterschiedlichen Entwicklungsformen der Tätigkeit bestimmt werden.

Desgleichen bleibt die gesellschaftliche Determiniertheit des Menschen gegenüber dem Tier in ihren natürlichen Voraussetzungen von ihnen gänzlich unbegriffen, muß „Gesellschaftlichkeit" im „historischen Schnittpunkt der Entwicklung des organischen Lebens" abstrakt als deus ex machina eingeführt werden.

In der Folge setzt sich dann die Begrifflosigkeit gegenüber der Ökonomie als der spezifisch menschlichen Form der „Produktion des Lebens" als kruder Ökonomismus durch, der im Zusammenhang einer reduktiven Verabsolutierung der bürgerlichen Gesellschaft das revolutionäre Subjekt zum wesen- und bewußtlosen, historisch unbestimmten „Produktionsagenten" verkommen läßt.

Wenn dann auf der Grundlage eines solchen Ökonomismus (dessen Klassencharakter sich bereits in der Terminologie denunziert) in der polemischen Auseinandersetzung mit der Leontjew-Interpretation von Holzkamp & Schurig scheinbar die Konstruktion einer „Begründung" gelingt, wonach sich der Versuch der Anwendung des Leontjewschen Grundansatzes im Hinblick auf die Aneignung von Strukturmomenten der bürgerlichen Klassenwirklichkeit „von vornherein erledigt" (vgl. S. 148f.), ist tatsächlich nicht nur — im Einklang mit der antileninistischen Doktrin von der objektiven Unmöglichkeit eines Beitrages der sowjetischen Psychologie zum Fortschritt des wissenschaftlichen Sozialismus — Leontjews psychologische Konzeption, sondern ist zugleich jeder Versuch, die Psychologie auf marxistischer Grundlage weiterzuentwickeln, als „von vornherein erledigt" erklärt.

Wenn so in der Leontjew-„Interpretation" der Laufenberg et al. sich allgemeine Begriffslosigkeit gegenüber dem Gegenstand, der Methode und der Funktion der wissenschaftlichen Psychologie einerseits und bürgerliche Marx-Verfälschung im „marxistischen" Gewande andererseits zu einem ideologischen Brei vermengen, der aus ebenso vielen Ingredenzien besteht, wie es idealistische Grundströmungen in der Philosophie und den Einzelwissenschaften gibt, drängt sich am Ende die Frage auf, welches Interesse ein „Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung" daran haben kann, dieses Kompendium unsystematischer Randglossen, dessen wissenschaftliche Mangelhaftigkeit so offensichtlich ist, mit erheblichem editorischen Aufwand zu publizieren.

Indes ist die „Arbeit" der Laufenberg et al. kein isoliertes Einzelphänomen, sondern gewinnt ihre eigentliche Bedeutung im Zusammenhang einer Auseinandersetzung, wie sie seit einiger Zeit zwischen der Bischoff-Gruppe einerseits und Hahn (1972), Haug (1973), Holzkamp (1974), Tripp (1974) sowie dem Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (1973) andererseits geführt wird und als Teil einer umgreifenderen Kontroverse etwa zwischen einer „strukturalistischen" Deutung des Marxismus und dem Marxismus-Leninismus zu begreifen ist. In diesem größeren Zusammenhang muß notwendig auch die hier diskutierte Leontjew-„Interpretation" ernstgenommen werden, obwohl sie, als Einzelfall betrachtet, weit unterhalb des Niveaus einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung liegt.

Tatsächlich werden aber von Laufenberg et al. im Vergleich zu den etwa bereits von Holzkamp (1974) kritisierten Grundauffassungen und Schlußfolgerungen Bischoffs und anderer keinerlei neue Gesichtspunkte in die Diskussion eingeführt. Wir haben es hier im Gegenteil offensichtlich mit Verflachungen der bereits bekannten Positionen zu tun, wobei sich die Verflachung als notwendige Konsequenz der mechanischen Anwendung jener fernab von der realen Entwicklung der Einzelwissenschaften formulierten abstrakten Theoreme auf eine konkrete Einzelwissenschaft erweist, nach denen jede Art von einzelwissenschaftlicher Forschung auf der Grundlage des historischen und dialektischen Materialismus von vornherein als überflüssig gilt, da wahre Erkenntnis als „Dechiffrierung der Wirklichkeit" entweder bereits angesichts ihres Gegenstandes in deduktiver Ableitung aus dem System der Kritik der politischen Ökonomie

oder aber in der „positiven" Forschung (30) der bürgerlichen Naturwissenschaften gewonnen werden kann. In Konsequenz dieser Doktrin ist die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus als der Einheit materialistischer Wissenschaft notwendig mit dem Marxschen „Kapital" abgeschlossen (vgl. Laufenberg et al., S. 140), kann es keinen weiteren Fortschritt mehr geben, besteht „die zu lösende Aufgabe" sozialistischer Wissenschaftler nunmehr ausschließlich darin, die „Gedanken" von Marx und Engels „nachzudenken" (vgl. Bischoff 1973, S. 22), sofern sich nicht Wissenschaft überhaupt erübrigt (31).

Da auf diese Weise auch der Progreß der Wissenschaften der sozialistischen Länder nicht als Fortschritt des wissenschaftlichen Sozialismus anerkannt werden kann, muß mit der realen Weiterentwicklung materialistischer Wissenschaft zugleich der reale Sozialismus in immer stärkerem Maße verleugnet werden, muß sich in der „Festschreibung des wissenschaftlichen Sozialismus auf den historischen Stand von Marx',Kritik' " (vgl. Holzkampf 1974, S. 75) notwendig Antikommunismus als die objektive Kehrseite eines undialektischen Marx-Verständnisses durchsetzen.

Im Zusammenhang einer solchen Entwicklung hätte also von seiten der Laufenberg et al. auch unter den Bedingungen einer wesentlich sorgfältigeren und verantwortungsvolleren Vorgehensweise gegenüber dem Leontjew-Text letztlich nichts anderes als eine in antileninitischer Attitüde vorgetragene Verleumdung der sowjetischen Psychologie herauskommen dürfen — es sei denn auf Gefahr einer Sprengung der pseudomarxistischen Restriktionen des Bischoffschen Grundansatzes.

In ihrer tatsächlichen Form verdeutlicht die „Interpretation" der „Probleme der Entwicklung des Psychischen" durch Laufenberg et al. jedoch zweierlei: Zum einen erweist sich in der manifesten Begriffslosigkeit gegenüber den realen Problemen einer konkreten Einzelwissenschaft die wissenschaftliche Haltlosigkeit eines restriktiv-undialektischen Marx-Verständnisses a la Bischoff, dessen objektive ideologische Funktion darin besteht, im Namen des Marxismus die bürgerlichen Einzelwissenschaften gegen die materialistische Kritik ihres Erkenntnisanspruchs zu immunisieren. Zum zweiten, und diese Erkenntnis tangiert unmittelbar das Selbstverständnis von Herrn Laufenberg und seinen „Mitarbeitern", zeigt ihr Umgang mit den Texten der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, daß unsere „Marxisten", selbst wenn sie im Bereich dieser Texte bleiben, sich also gewissermaßen auf „eigenem" Grund bewegen, sich zur Durchsetzung ihres Marx-Verständnisses auf Unterschlagungen und Textfälschungen zurückziehen müssen. (Daß Laufenberg et al. in dieser Hinsicht nicht lediglich atypische Ausnahmen sind, hat die detaillierte Bischoff-Kritik Holzkamps gezeigt.)

Da für den „Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung" so offensichtlich die Entscheidung über die Publikation eines Textes nicht durch dessen wissenschaftlichen Gehalt, sondern allein durch die erhoffte ideologische Wirkung auf den unkundigen „linken" Leser bestimmt ist, kann es kaum überraschen, wenn der Exkurs in den Einzelwissenschaften dilettierender „Marxisten" in die wissenschaftliche Psychologie mit der Leontjew-„Kritik" noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern in einem weiteren Oeuvre (32) „die mit dem ...Text ‚Leontjews Begründung materialistischer Psychologie' begonnene Auseinandersetzung mit Versuchen einer Verbindung von Marxismus und Einzelwissenschaft Psychologie weitergeführt" wird.

Auch hier ist das Resultat bereits vom Ansatz her vorauszusehen, weil der zu kritisierende Gegenstand auch in diesem Falle sekundär und „von vornherein erledigt" ist. Wen wundert es dann noch, wenn die (wiederum von Laufenberg angeführten) „Autoren" in der „Auseinandersetzung um die Notwendigkeit bzw. Überflüssigkeit einer auf der Psychologie gegründeten marxistischen Theorie der Persönlichkeit" (tatsächlich geht es Sève um eine marxistisch begründete psychologische Theorie der Persönlichkeit) gegen das Marx-Verständnis dieses französischen Kommunisten „ihre These (entwickeln), daß es zur Untersuchung der Bewußtseinsstrukturen der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs einer ‚Theorie der Persönlichkeit' bedürfe".

Waren ja Laufenberg et al. selbst bereits zu der (allerdings für ihre eigenes Verhältnis zum Leontjew-Text folgenlosen) Einsicht gelangt, „daß das Lesen dieser Arbeit die ernsthafte Auseinandersetzung mit L's Buch nicht ersetzen kann" (S. 11), wäre hier nun „der Ort gegeben", „eindringlichst (zu) betonen", „daß das Lesen" sowohl „dieser Arbeit" als auch der Seve-„Kritik" nicht nur „die ernsthafte Auseinandersetzung" mit den Konzeptionen von Seve und Leontjew „nicht ersetzen kann", sondern — um es mit einem Wort aus dem „Anti-Dühring" zu sagen — von vornherein „nichts" ist „als verlorne Liebesmüh" (vgl. MEW Bd. 20, S. 34).

30 Diese Auffassung beruht auf einer offenkundigen Fehlinterpretation eines Passus' aus dem „Anti-Dühring", der auch von Laufenberg et al. im Zusammenhang ihrer Polemik gegen die Philosophie des dialektischen Materialismus „zitiert" wird (S. 124 f.). Engels wendet sich gegen eine „Wissenschaft von einem allgemeinen Weltschematismus", die „die Grundlage von Herrn Dührings Philosophie" ist und stellt dieser Metaphysik die Notwendigkeit entgegen, „die Grundsätze des Seins aus dem, was ist", abzuleiten, wozu man keine „Philosophie, sondern positive Kenntnisse von der Welt und was in ihr vorgeht" brauche, demzufolge das, „was dabei herauskommt", denn auch „ebenfalls keine Philosophie, sondern positive Wissenschaft" sei (vgl. MEW Bd. 20, S. 34). Laufenberg et al. „interpretieren" sich diesen Passus als eine Kritik am dialektischen Materialismus (!) zurecht und unterschlagen dabei bewußt die unmittelbar anschließenden Ausführungen, in denen Engels erläutert, daß eine „Philosophie als solche" nicht „mehr nötig sei" unter Voraussetzung, daß sich die Dialektik als Methode in der ganzen Breite der Naturwissenschaften durchsetzt: „Die Einsicht, daß die Gesamtheit der Naturvorgänge in einem systematischen Zusammenhang steht, treibt die Wissenschaft dahin, diesen systematischen Zusammenhang überall im einzelnen wie im ganzen nachzuweisen" (ebd.). Daß Laufenberg et al. in ihrer Unterstellung „mit Engels" tatsächlich gegen Engels argumentieren, wird im Zusammenhang eines weiteren Passus' noch deutlicher: „Die Naturforscher fristen der Philosophie noch ein Scheinleben, indem sie sich mit den Abfällen der alten Metaphysik behelfen. Erst wenn Natur- und Geschichtswissenschaft die Dialektik in sich aufgenommen, wird all der philosophische Kram – außer der reinen Lehre vom Denken – überflüssig, verschwindet in der positiven Wissenschaft" (MEW Bd. 20, S. 480). Die objektive Funktion der Gesamtargumentation von Laufenberg et al. besteht nun gerade darin, den von Engels angesprochenen Prozeß der Weiterentwicklung der Wissenschaften zu behindern!

31 „Wir verweisen darauf, daß es nicht nur per Wissenschaft möglich ist, den Schleier der Mystifikation zu durchbrechen" (Laufenberg et al., S. 138) – ein solches Bekenntnis zur Möglichkeit einer außerwissenschaftlichen Wesensschau" findet mit Sicherheit den ungeteilten Beifall von Pater Wetter und anderen „Hinterweltlern".

32 Autorenkollektiv: Sève's Theorie der Persönlichkeit. Zur Kritik von „Marxismus und Theorie der Persönlichkeit", VSA, Westberlin 1975.

LITERATUR

AEBLI, H.: Zur Einführung. In: Ergebnisse der sowjetischen Psychologie. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1969, VII–X.
BISCHOFF, J.: Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff. Über wissenschaftliche Dialektik. VSA, Westberlin 1973.
GALPERIN, P.J.: Die Entwicklung der Untersuchungen über die Bildung geistiger Operationen. In: Ergebnisse der sowjetischen Psychologie. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1969, 367–405.
HEBERER, G.: Die Herkunft der Menschheit. In: Propyläen Weltgeschichte, Bd. 1, 1969.
HEBERER, G.: Der Ursprung des Menschen. Unser gegenwärtiger Wissensstand, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1972.
HOLZKAMP, K.: Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff. Das Argument 84, 1974, 1–75.
KUSSMANN, Th. (Hgb.): Bewußtsein und Handlung. Probleme und Ergebnisse der sowjetischen Psychologie. Huber Verlag, Bern, Stuttgart 1971.
LEAKEY, M.: Early artefacts from the Koobi Fora area. Nature 226, 1970.
LEAKEY, R.: New hominid remains and early artefacts. Nature 226, 1970.
LEAKEY, R.: New Australopithecines from East Rudolf Lake, Kenya. Physical Anthropology 35, 1971.
PROJEKT KLASSENANALYSE: Leninismus – neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus? VSA, Westberlin 1972.
WETTER, G.A., S.J.: Sowjetideologie heute, Bd. 1: Dialektischer und historischer Materialismus. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 1974.

Trimm dich

Mal wieder fit machen für den Klassenkampf

Für 3 Mark signal abonnieren.

lies signal

Bestellungen an den signal-Vertrieb 1 Berlin 44, Allerstr. 35

AKTUELLE TENDENZEN IN DER WISSENSCHAFTSPOLITIK AM BEISPIEL DER DEUTSCHEN FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT

Wissenschaftssystem und Wissenschaftspolitik

Die Entwicklung der Wissenschaft als einer spezifischen Form gesellschaftlicher Arbeit vollzog sich innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse in engem Zusammenhang mit der Herausbildung immer höher vergesellschafteter Formen der industriellen Produktion. Dies fördert unter den Bedingungen der privaten Aneignung ihrer Ergebnisse die weitere Konzentration der Macht in wenigen Händen und treibt so den Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise auf die Spitze. Dabei ist Wissenschaft weder als Selbstzweck (Neugier abstrakter Forscherindividuen) noch als völlig verselbständigte Kopfarbeit unabhängig von der unmittelbaren Produktion („unproduktive Arbeit") aufzufassen, sondern unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Tätigkeit in doppelter Weise bestimmbar: 1. als Tätigkeit, die mit den wissenschaftlichen Ergebnissen die Voraussetzungen schafft zur immer besseren Beherrschung der Natur und der Gesellschaft und 2. als Tätigkeit, die die gesellschaftlichen Bedingungen selbst produziert und reproduziert, unter denen sie betrieben wird oder werden soll. Dies entspricht unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ganz dem von Marx so bezeichneten Doppelcharakter der Arbeit, Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß zugleich zu sein. Man kann den Zusammenhang von Wissenschaft und Produktion auch wissenschaftstheoretisch fassen: Grundproblem der Wissenschaft beim Aufdecken des Wesens natürlicher oder gesellschaftlicher Erscheinungen ist der Zusammenhang von Theorie und Praxis, wobei die Praxis zugleich Anwendungsfeld, d.h. Ziel wissenschaftlicher Tätigkeit ist und Wahrheitskriterium: „Von der subjektiven Idee gelangt der Mensch zur objektiven Wahrheit durch die ‚Praxis' (und die Technik)." (1) Die Praxis ist aber gesellschaftliche Tätigkeit. Dies gilt streng nur für den gesellschaftlichen Erkenntnisprozeß, während der individuelle Erkenntnisprozeß nicht unbedingt gebunden sein muß an materielle Tätigkeit. Er ist mit dieser nur insofern verbunden, als er Teil des gesellschaftlichen Erkenntnisprozesses ist. (2)

Die falschen Ideologien des bürgerlichen Bewußtseins entstehen vornehmlich durch Vereinseitigung dieses dialektischen Verhältnisses, durch Betonung nur einer dieser Seiten des Wissenschaftsprozesses. Auf die Frage der bürgerlichen Ideologien kann hier allerdings nicht eingegangen werden.

Nun ist die historische Entwicklung der Wissenschaft zu einer Produktivkraft des Kapitals (3) auch selbst wieder ein dialektischer Prozeß: Mit der weiter

1 W.I. Lenin: Aus dem philosophischen Nachlaß, Berlin 1943, S. 121; zit. nach Béla Fogarasi: Dialektische Logik, s' Gravenhage 1972, S. 379.

2 Vgl. dazu K. Gößler: „Das Verhältnis von individuellem und gesellschaftlichem Erkenntnisprozeß als Problem der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie", in: Autorenkollektiv: Zum Verhältnis von individuellem und gesellschaftlichem Erkenntnisprozeß, Berlin/DDR 1974, S. 9–30.

3 K. Marx: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt/M. 1969, S. 50, 81, 83 f; ders.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 584 ff.

fortschreitenden Spezialisierung und Differenzierung der Wissenschaften geht gleichzeitig ein Prozeß der Integration einher (4), die „Tendenz zur Annäherung verschiedener Wissensgebiete und der entsprechenden Tätigkeiten, zu ihrer Vereinigung, was u.a. in der Herausbildung ‚synthetisierender' Wissensgebiete an der Grenze mehrerer Disziplinen zum Ausdruck kommt." (5) Gemeint ist von Motroschilowa damit ein Typus der Tätigkeit, der „mit der Organisation, der Planung, der Prognostizierung und sozialen Regulierung der Forschungsarbeit verbunden ist." (6)

Der Begriff „Systemanalyse" im weiteren Sinn kann nach Motroschilowa zur Beschreibung dieser neuen synthetisierenden Tätigkeit geeigent sein, nämlich insofern als sie immer mehr ein zusammenhängendes System unserer Kenntnisse von der Realität aufbauen hilft. Zu solchen Wissenschaften, in denen sich übrigens auch die Tendenz zur Methodenvereinheitlichung als Folge des Integrationsprozesses der Wissenschaften manifestiert, sind Systemtheorie, Kybernetik, Operationsforschung usw. zu zählen. Die „synthetisierende" Tätigkeit ist also ein Ausdruck des hohen Vergesellschaftungsgrades der Wissenschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus. (7) Der Widerspruch aber, der aufgrund der Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Wissenschaftsplanung beim Weiterbestehen des Privateigentums an Produktionsmitteln sowie der Mehrwertrealisierung und -aneignung mittels Konkurrenz entsteht, führt in der Periode der Monopolkonkurrenz und der Monopolprofite dazu, daß nicht allein der Stand der Produktivkräfte Umfang und Ziel der Forschung bestimmt, wodurch diese optimal gesamtgesellschaftlich genutzt werden könnten, sondern in erster Linie die monopolistischen Produktionsverhältnisse. (8) Das Monopol wird so zu einem reaktionären Produktionsverhältnis, da es die Produktivkräfte dort nicht weiterentwickelt, wo dies keinen Monopolprofit verspricht. (9)

Ein außerordentlich profitabler Kapitalverwertungsbereich ist dagegen die Rüstungsproduktion: „Einmal bietet sie die Möglichkeit, über einen staatlich garantierten Absatz monopolistische Extraprofite zu erzielen . . . Gleichzeitig stellen Rüstung und Kriegsforschung eine Form der Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums dar, die den Monopolen in besonderem Maße Raum für die Verwertung ihres Kapitals bietet. Unter den Bedingungen der militär-technischen Revolution, der ständigen Umwälzung der Waffensysteme, bewirkt das Wettrüsten einen stetigen Kreislauf der Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums bei

4 Vgl. z.B. N.P. Fedorenko: „Über die Wechselwirkung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften", in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 3/1974, S. 298–305; Michael Otte: „Notizen zum Problem der Interdisziplinarität", in: Schriftenreihe des Instituts für Didaktik der Mathematik der Universität Bielefeld Nr. 1/1974, S. 85–107, Jean Piaget: Erkenntnistheorie der Wissenschaften vom Menschen, hrsg. von der UNESCO, Frankfurt/M./West-Berlin/Wien 1972, bes. S. 74–86; P.M. Kaiser: „Monods Versuch einer Widerlegung materialistischer Dialektik auf dem Boden der Naturwissenschaft", in das Argument Nr. 88/1974, S. 828.

5 N.W. Motroschilowa: „Wissenschaft und Gesellschaft", in: Sowjetwissenschaft 4/73, S. 394.

6 Ebenda.

7 Zur Periodisierung des Verhältnisses Kapital-Wissenschaft und zur Monopolisierung der Wissenschaft siehe Rainer Rilling: Theorie und Soziologie der Wissenschaft, Frankfurt/M. 1975, S. 122–158.

8 Vgl. z.B. Rudi Gündel: „Wissenschaftspolitik der Chemiekonzerne", in: IPW-Berichte 8/73, S. 53.

9 Entfällt.

gleichzeitiger höchstmöglicher Verwertung des Kapitals der Monopole; die wirtschaftlichen und sozialen Lasten hat die Gesellschaft, d.h. haben vor allem die Werktätigen zu tragen." (11) Motroschilowa hat am Beispiel der Wissenschaftspolitik der USA in den 60er Jahren gezeigt, daß der „Fortschritt" der Produktivkräfte sich immer mehr in einer Anwendung der Wissenschaft als Destruktivkraft geäußert: „Beim militaristisch orientierten staatsmonopolistischen Kapitalismus der USA besteht das Paradoxon darin, daß bisher die Rüstungsforschung das Hauptfeld für eine derartige (synthetisierende, P.M.K.) Tätigkeit bildete" (12) Denn um diesen Kreisprozeß, den von General Eisenhower erstmals so genannten „militärisch-industriellen Komplex", auf immer erweiterter Grundlage zu reproduzieren, sind hohe Forschungskosten und -investitionen auf vielen Wissenschaftsgebieten gleichzeitig notwendig. Die Synthese der Wissenschaften, die interdisziplinäre Zusammenarbeit, findet daher gerade in der Rüstungsforschung statt. Dies drückt sich darin aus, daß der Zwang zur Forschungsplanung, die Entstehung der Metawissenschaft Kybernetik, die Entwicklung der Automation aufgrund von EDV und Mikroschaltelementen usw. hier ihren Ausgangspunkt haben.

In der Wissenschaftsplanung der BRD spielt die sog. Verteidigungsforschung ebenfalls eine nicht geringe Rolle. So ging das Wissenschaftsministerium bezeichnenderweise aus dem Ministerium für Atomforschung (erster Minister: Strauß) hervor und personell konnte man auf dem Gebiet der Rüstungsforschung auf Spezialisten der faschistischen Rüstungsindustrie zurückgreifen. Der Systemforscher Krauch bemerkte 1964: „. . . gefördert werden Forschungseinrichtungen nur dann, wenn sie über kurz oder lang neue Waffensysteme hervorbringen oder irgendeinen Bezug dazu haben." (13) Das Fatale ist, daß jede Naturwissenschaft und Technik „irgendeinen Bezug dazu" hat. Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) bemerkte erst kürzlich: „FuE-Aufträge werden vorwiegend im Bereich der Verteidigungsforschung und -entwicklung erteilt." (14) Und im Gesamtprogramm „Luftfahrtforschung und -technologie" für die Jahre 1975 bis 1978 macht der Rüstungsanteil 67% des Gesamtprogramms aus, das BMFT erhält 32% für die zivile Luftfahrtforschung und -technologie und das Verkehrsministerium nur 1%. (15)

In der mittelfristigen Rüstungsplanung von 1970 bis 1974 waren für Forschung und Entwicklung (FuE) auf dem Gebiet der Rüstungsforschung insgesamt 7,24 Mrd. DM vorgesehen, d.h. in fünf Jahren mehr als in den 15 Jahren vorher zusammen! (16) Da das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) kaum über eigene Forschungskapazitäten verfügt (17), „fließt fast der gesamte Haushalt für Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung . . . an die Industrie

11 H. Heininger, P. Hess: Die Aktualität der Leninschen Imperialismus-Kritik, Frankfurt/M. 1[illegible]0, S. 122 f.

12 N.W. Motroschilowa, a.a.O., S. 395.

13 Helmut Krauch: Griff nach der Zukunft, München/Wien/Basel 1964, S. 358, zit. nach Fred Schmidt: Der Militär-Industrie-Komplex, Frankfurt/M. 1972, S. 81.

14 Josef Rembser: Prospektive Bilanz der staatlichen Forschungs- und Technologieförderung, in: Wirtschaft und Wissenschaft 2/1975, S. 24.

15 Nach: Unsere Zeit vom 29.11. 1975.

16 1955–1969: 6,8 Mrd DM laut „Weißbuch 1969 zur Verteidigung", Bonn 1969, S. 146. Tatsächlich wurden 1970–1974 6,1 Mrd DM ausgegeben (Forschungsbericht V der Bundesregierung, Bonn 1975, S. 80).

17 Forschungsbericht IV der Bundesregierung, Bonn 1972, S. 58.

oder an private Forschungsgesellschaften", schrieb der Spiegel. (18) Infolge des technischen know-how, das dabei anfällt, kommen so erhebliche öffentliche Gelder direkt der Industrie zugute. Auch werden „von Fall zu Fall Forschungsverträge mit einzelnen Forschern" und „wissenschaftlichen Einrichtungen" abgeschlossen. (19) Auf diese Weise ist fast die gesamte Hochschulforschung, vor allem auf dem Gebiet der Natur- und Technikwissenschaften, durchsetzt mit Rüstungsforschung. (20) Mit drohendem Unterton heißt es im Forschungsbericht IV der Bundesregierung: „Sollte die im Prinzip auch hierfür vorhandene wissenschaftliche Kapazität in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht weiterhin in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen, stellt sich zwangsläufig die Frage, wie durch andere organisatorische Lösungen der Bedarf an Forschung für die Verteidigung gedeckt werden kann." (21) Auch legte die Bundesregierung „aus politischen und sachlichen Gründen Wert darauf, daß sich die Verteidigungsforschung nicht isoliert" und wies die Verunglimpfung als „Kriegswissenschaft" scharf zurück. (22) Im Forschungsbericht V sind solche Töne nicht mehr zu hören. Entweder ist das Problem gelöst oder man ist vorsichtiger geworden. Es sind also von vornherein mit einer gewissen Berechtigung Motroschilowas Schlußfolgerungen auch für die BRD zu übernehmen. Auf wichtige Unterschiede in der Struktur der Forschungsausgaben zwischen USA und BRD hat allerdings Rilling hingewiesen: „Diese Konzeption (der direkten Förderung von Vorhaben statt auf dem Umweg der Verteidigungs- und besonders Weltraumforschung, P.M.K.) soll also beide Ziele — ökonomische und militärische Potenz — zugleich erreichen helfen." (23) Bestätigt wird die einseitige erstmalige Anwendung der Systemanalyse in der Rüstungsindustrie auch von einem Abteilungsleiter der Firmengruppe Messerschmidt/Bölkow/Blohm: „Die Notwendigkeit, Systemführung und Systemtechnik auf wissenschaftlicher Basis zu betreiben, zeigte sich naturgemäß besonders bei Großprojekten, und zwar zuerst bei der amerikanischen Luft- und Raumfahrtindustrie." (24) Dies wird damit erklärt, daß die Systemanalyse für den sozialpolitischen Bereich noch nicht entdeckt worden sei. (25)

Die DFG als Lenkungsorgan

In den Forschungsprogrammen eines wichtigen staatsmonopolistischen Lenkungsorgans (26), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), schlägt sich

18 Der Spiegel Nr. 28/1972, S. 44.

19 Forschungsbericht IV, a.a.O.

20 Hierzu ausführlich R. Rilling: Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft, Köln 1970; siehe auch Ulrich Albrecht: „Prioritäten in der Rüstungsforschung", in: Wissenschaftspolitik – von wem, für wen, wie? , hrsg. von Wolfgang Pohrt, München o.J. (1973), S. 118–143.

21 Forschungsbericht IV, S. 59.

22 Ebenda, S. 60.

23 R. Rilling: „Zur Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung", in: Blätter 3/71, S. 280.

24 Helmut Groß: „Systemtechnik – Führungsinstrument der modernen Industriegesellschaft", in: Forschung '72, Frankfurt/M. 1971, S. 174.

25 Ebenda, S. 181.

26 Rudi Gündel: Die staatsmonopolistische Wissenschaftsorganisation und ihre Auswirkungen auf den Reproduktionsprozeß des Monopolkapitals im Bereich der chemischen Industrie der BRD, Diss. Dresden 1972, S. 169 ff. (masch. Ms.)

besonders in den Schwerpunktprogrammen und den seit 1968 eingerichteten Sonderforschungsbereichen (SFB) das nieder, was Motroschilowa synthetisierende Tätigkeit nannte: „Die zentrale Themenstellung (der Schwerpunktprogramme, P.M.K.) . . . bedeutet, daß das Verfahren methodenkomplexe Arbeitsteilung und interdisziplinäre Zusammenarbeit begünstigt." (27) Und über die SFB heißt es in den Richtlinien: „Sonderforschungsbereiche sind Einrichtungen langfristiger Forschungsförderung in den Hochschulen. Zu den Voraussetzungen für die Förderung gehören Kooperation unter Überwindung fachlicher Schranken . . ." (28).

Hirsch und Leibfried haben den Ausbau von Schwerpunktprogrammen und die Einrichtung der Sonderforschungsbereiche in der DFG auf Kosten des „Normalverfahrens" (Förderung individueller Projekte) als „Maßnahmen der zweiten Phase der Rationalisierung" bezeichnet, die mit der Rezession 1966/67 einsetzte: Aufbau eines komplexen integrierten „Verbundsystems" schon bestehender Planungsinstitutionen wie Wissenschaftsministerium, Fraunhofergesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung (FhG) DFG, Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und Stiftungen. (29) Ob freilich die von Hirsch und Leibfried weiter angegebenen Charakteristika dieser „Planifikation des sozio-technischen Gesamtsystems" (30) als eine „dritte Phase der Rationalisierung" angesehen werden können, muß bezweifelt werden. Es handelt sich hierbei eher um Konsequenzen der zweiten Phase sowie um den Aufbau neuer Institutionen, die gerade für die Integration der bestehenden Einrichtungen notwendig sind. Im einzelnen sind folgende Entwicklungen und Institutionen zu nennen: die tendenzielle Abtrennung der Forschung von der Lehre; teilweise Auslagerung der Forschung aus der Hochschule in Großforschungseinrichtungen oder privatgeführten Forschungseinrichtungen wie das Wissenschaftszentrum Berlin GmbH (31), vom BMFT als „Trägerorganisation leistungsfähiger sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen" bezeichnet und 1973 mit 5,0 Millionen DM gefördert (32); „Hochschulinformationssysteme" (HIS-GmbH der Stifung Volkswagenwerk, Hannover) (33); Organisierung der Hochschulforschung nach „Forschungsleitlinien" des Wissenschaftsrates mit Hilfe der Förderungsprogramme der Bundesregierung, des Schwerpunktprogramms der DFG und vor allem der SFB als „Instrument . . ., zumindest auf Teilgebieten die Forschungs- und Ausbildungskapazitäten der Hochschulen direkt mit den anwendungsbezogenen Entwicklungsprogrammen in Großforschungszentren und in der Industrie zu verkoppeln . . ." (34)

Mit der DFG als der Institution, die laut Satzung die Verbindung zwischen Wirtschaft, Staat und Wissenschaft herstellen will (35), soll hier ein spezifisches

27 Tätigkeitsbereich der DFG, Bonn–Bad-Godesberg o.J. (1972), S. 68.

28 Ebenda, S. 130.

29 Joachim Hirsch/Stefan Leibfried: Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik, Frankfurt/M. 1971, S. 27.

30 Ebenda, S. 29.

31 Dazu ausführlich Abschnitt B in Hirsch/Leibfried, ebenda, S. 95 ff.

32 BMFT-Mitteilungen 7/75, S. 82; Forschungsbericht V, S. 142. Im Haushaltsentwurf 1974 waren 5,3 Mio DM angesetzt (BMFT-Mitteilungen 9/73, S. 1).

33 Hirsch/Leibfried, a.a.O., S. 65 ff.

34 J. Hirsch: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt/M. 1974, S. 339. Zur Kritik an Hirschs Staatsinterventionismus-Thesen vgl. R. Rilling: Theorie und Soziologie der Wissenschaft, a.a.O., S. 260, Anm. 172 b.

35 §1, z.B. in Tätigkeitsbericht der DFG, a.a.O. 1973, S. 199.

Steuerungs- und Planungsinstrument von Wissenschaft untersucht werden, das nach Gündel die Aufgabe hat, „die kollektiven Interessen der Monopolbourgeoisie für den Bereich der Hochschulforschung durchzusetzen." (36) Um die DFG noch genauer in das Gesamtsystem der staatlichen Wissenschaftslenkung einzuordnen, kann hier die Systematik von Hirsch dienen, der drei Steuerungsbereiche unterscheidet: (37)

1. Strukturorientierte Ressourcenallokation — Qualitative Beeinflussung vorhandener Forschungskapazitäten;
2. Prozeßorientierte Ressourcenallokation — Inhaltliche Steuerung durch Zuteilung von Mitteln für bestimmte Projekte:
   a) Diskriminierende Steuerung (Beispiel: Normalverfahren der DFG)
   b) Orientierende Steuerung (Beispiel: Schwerpunktprogramme der DFG und Stiftungen)
   c) Determinierende Steuerung (Direkte Forschungsaufträge)
3. Komplexe Struktur-Prozeß-Steuerung — Nicht eindeutig nach 1. oder 2. einzuordnende Beeinflussung (Beispiel: Größforschung, Großgeräte, SFB).

Man darf die Bedeutung der DFG daher nicht an ihrem relativ kleinen Etat (1974: 590,2 Mio. DM) messen, wie sie selbst auch feststellt: „Obwohl die finanziellen Mittel der Forschungsgemeinschaft im Vergleich zur gesamten Forschung in der Bundesrepublik relativ bescheiden sind, ist ihre Wirkung doch außerordentlich vielseitig und umfassend." (38)

Es gibt dabei eine äußerst wirksame Abstimmung der Vorhaben der DFG, die mehr auf „Grundlagenforschung" orientiert sind, mit dem BMFT, dessen Programme mehr auf die Anwendung bzw. Überleitungsprobleme ausgerichtet sind. Dazu bemerkt der Präsident der DFG, der Physiker Prof. Heinz Maier-Leibnitz: „Beispiele für solche wechselseitig gut funktionierende Kooperation sind die Förderungsgebiete Optik, Niederenergiephysik und Plasmaphysik; in den beiden letzteren hat die Forschungsgemeinschaft vom Ministerium 1973 die Förderung derjenigen Vorhaben übernommen, die nicht zur Verbundforschung mit großen Anlagen gehören. Ein weiteres Beispiel für Gebiete, in denen Zusammenarbeit und Abstimmung wichtig sind, sind die Bereiche ‚Datenverarbeitung und Dokumentation' und ‚Technologische Forschungen'. Dort gibt es Parallelen wie

BMFT	DFG
Prozeßlenkung mit DV-Anlagen	Prozeßsteuerung in der Fertigungstechnik
Rechnergestütztes Entwickeln und Konstruieren	Konstruktionsforschung
Hochleistungswerkstoffe	Verbundwerkstoffe
Trennen und Fügen	Fügtechnik." (39)

Diese Zusammenhänge spiegeln sich auch in der Mitgliederstruktur der DFG wider: 45 Hochschulen und Akademien, Deutsches Archäologisches Institut (Berlin), Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt

36 R. Gündel: Die staatsmonopolistische Wissenschaftsorganisation, S. 169.
37 J. Hirsch, Staatsapparat, a.a.O., S. 281–284.
38 Tätigkeitsbericht der DFG 1968, S. 13.
39 Tätigkeitsbericht der DFG 1974, S. 11 f.

Tab. 1 a. **Übersicht über die Erstempfänger der Zuwendungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in der Wirtschaft unterteilt nach vier Programmbereichen**

(Mittelabfluß 1972 und 1973 in 1 000 DM; Anteile am jeweiligen Programmbereich in %)

Programmbereich	Jahr	Großunternehmen einschließlich Beteiligungen ab 50 %		Gemeinsame Unternehmen und Konsortien von Großunternehmen		andere (kleinere) Unternehmen		Sonstige	
		in 1 000 DM	%	in 1 000 DM	%	in 1 000 DM	%	in 1 000 DM	%
Neue Technologien (einschließlich Meeresforschung und -technik)	1972	132 253	84,9	5 217	3,3	18 106	11,6	273	0,2
	1973	187 647	84,4	4 275	1,9	27 574	12,4	2 913	1,3
Datenverarbeitung	1972	131 594	68,9	41 110*)	21,5	17 094	8,9	1 314	0,7
	1973	142 973	69,7	38 472*)	18,8	21 097	10,3	2 521	1,2
Kernforschung und -technische Entwicklung	1972	131 997	32,7	265 016	65,6	7 085	1,7	—	—
	1973	88 104	19,8	333 742	75,0	23 275	5,2	044	—
Weltraumforschung, Weltraumtechnik und Luftfahrtforschung	1972	85 690	65,2	1 181	0,9	37 688	28,7	6 870	5,2
	1973	124 634	47,8	102 007	39,1	31 440	12,0**)	2 854	1,1
insgesamt	1972	481 534	54,5	312 524	35,4	79 973	9,1	8 457	1,0
	1973	543 363	47,9	478 496	42,2	103 386	9,1	8 332	0,8

*) Im wesentlichen Zuwendungen an die Telefunken Computer GmbH, deren Kapital zu 50 % von AEG-Telefunken und zu 50 % von der — nicht zu den Großunternehmen gerechneten — Nixdorf Computer AG gehalten wird.
**) Absinken des Anteils kleinerer Unternehmen im Jahre 1973 aufgrund eines Auftrags an das Deutsch-Französische Industriekonsortium für den Satelliten Symphonie im Rahmen des Projekts Symphonie über rd. 101 Millionen DM (vgl. Spalte 2, Konsortien von Großunternehmen).

Quelle: Bundesministerium für Forschung und Technologie

(Aus Forschungsbericht V., S. 16)

(Aus Forschungsbericht V., S. 16)

Tab. 1 a. **Übersicht über die Erstempfänger der Zuwendungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in der Wirtschaft unterteilt nach vier Programmbereichen**

(Mittelabfluß 1972 und 1973 in 1 000 DM; Anteile am jeweiligen Programmbereich in %)

Programmbereich	Jahr	Großunternehmen einschließlich Beteiligungen ab 50 %		Gemeinsame Unternehmen und Konsortien von Großunternehmen		andere (kleinere) Unternehmen		Sonstige	
		in 1 000 DM	%	in 1 000 DM	%	in 1 000 DM	%	in 1 000 DM	%
Neue Technologien (einschließlich Meeresforschung und -technik) ..	1972	132 253	*84,9*	5 217	*3,3*	18 106	*11,6*	273	*0,2*
	1973	187 647	*84,4*	4 275	*1,9*	27 574	*12,4*	2 913	*1,3*
Datenverarbeitung	1972	131 594	*68,9*	41 110*)	*21,5*	17 094	*8,9*	1 314	*0,7*
	1973	142 973	*69,7*	38 472*)	*18,8*	21 097	*10,3*	2 521	*1,2*
Kernforschung und kerntechnische Entwicklung .	1972	131 997	*32,7*	265 016	*65,6*	7 085	*1,7*	—	—
	1973	88 104	*19,8*	333 742	*75,0*	23 275	*5,2*	044	—
Weltraumforschung, Weltraumtechnik und Luftfahrtforschung	1972	85 690	*65,2*	1 181	*0,9*	37 688	*28,7*	6 870	*5,2*
	1973	124 634	*47,8*	102 007	*39,1*	31 440	*12,0***)	2 854	*1,1*
insgesamt ...	1972	481 534	*54,5*	312 524	*35,4*	79 973	*9,1*	8 457	*1,0*
	1973	543 363	*47,9*	478 496	*42,2*	103 386	*9,1*	8 332	*0,8*

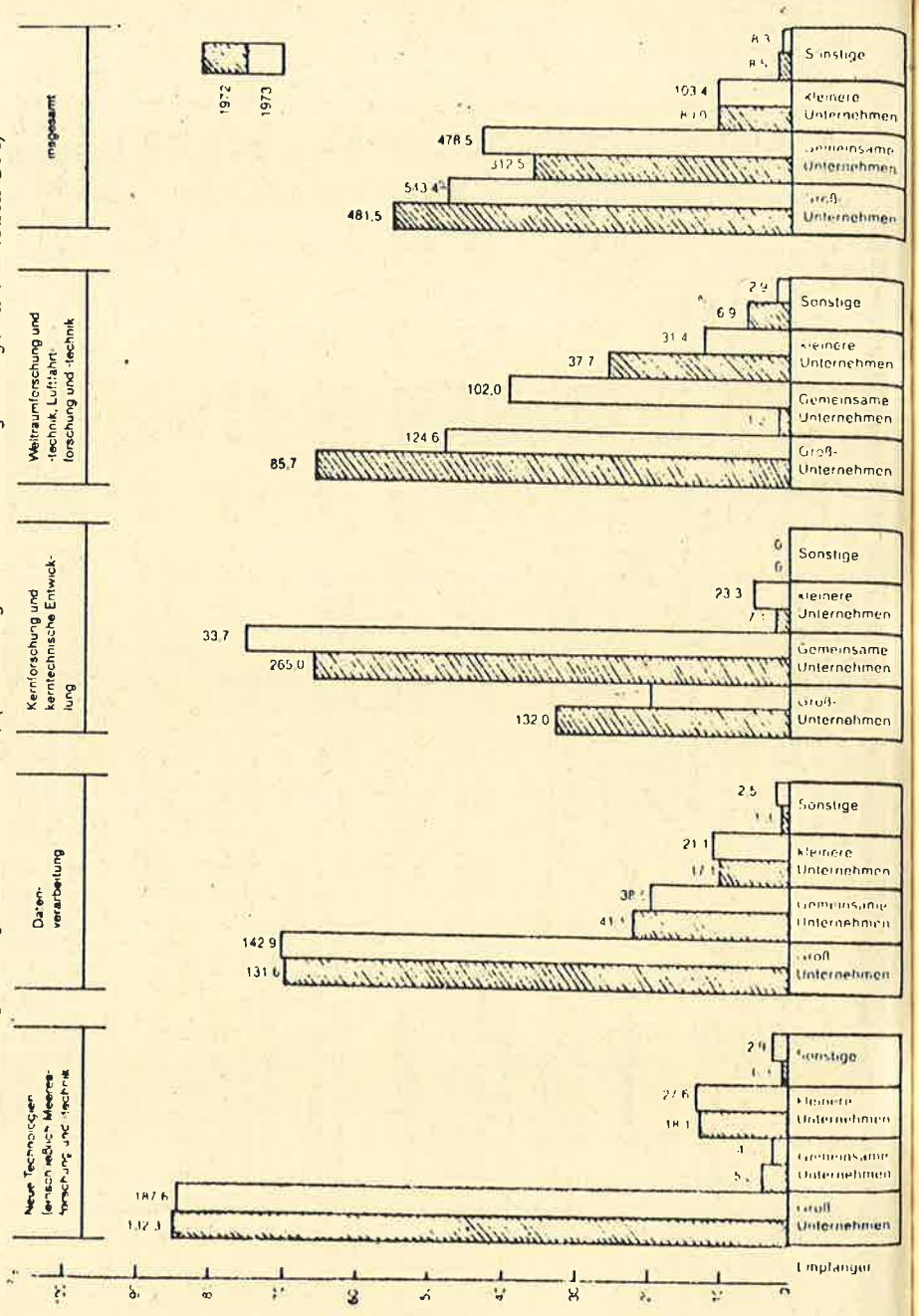
*) Im wesentlichen Zuwendungen an die Telefunken Computer GmbH, deren Kapital zu 50 % von AEG-Telefunken und zu 50 % von der — nicht zu den Großunternehmen gerechneten — Nixdorf Computer AG gehalten wird.

**) Absinken des Anteils kleinerer Unternehmen im Jahre 1973 aufgrund eines Auftrags an das Deutsch-Französische Industriekonsortium für den Satelliten Symphonie im Rahmen des Projekts Symphonie über rd. 101 Millionen DM (vgl. Spalte 2, Konsortien von Großunternehmen).

Quelle: Bundesministerium für Forschung und Technologie

Tab 1 b. Übersicht über die Empfänger der Zuwendungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in der Wirtschaft unterteilt nach Programmbereichen Mittelabfluß 1972 und 1973

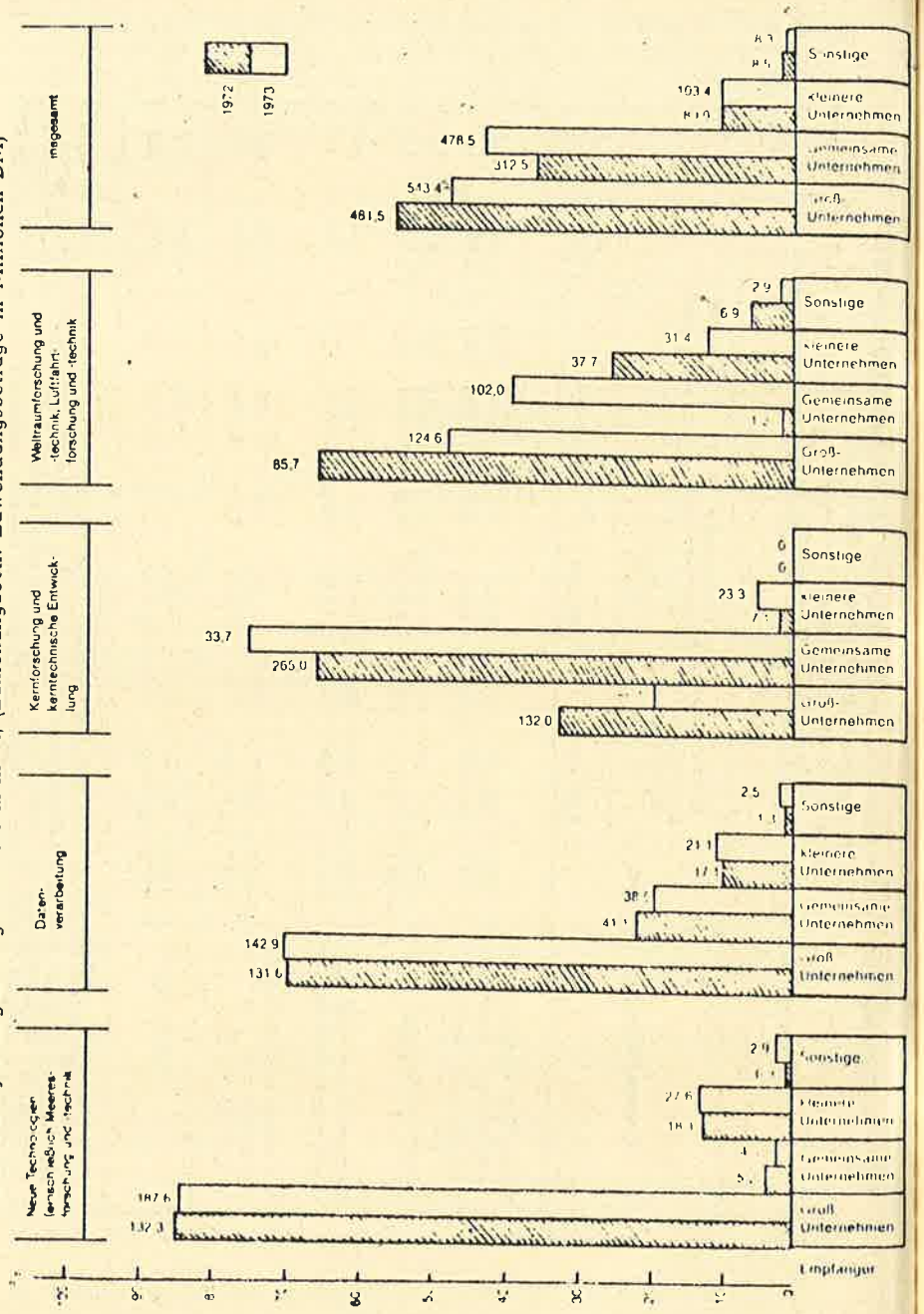
Anteile am jeweiligen Programmbereich in %, (Zahlenangaben: Zuwendungsbeträge in Millionen DM)



(Aus Forschungsbericht V., S. 17)

Tab 1 b. Übersicht über die Empfänger der Zuwendungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in der Wirtschaft unterteilt nach Programmbereichen Mittelabfluß 1972 und 1973

Anteile am jeweiligen Programmbereich in %, (Zahlenangaben: Zuwendungsbeträge in Millionen DM)



(Aus Forschungsbericht V., S. 17)

e.V. (Porz-Wahn), Deutsches Elektronen-Synchroton (DESY) in Hamburg, Fraunhofergesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. in München, Gesellschaft für Kernforschung mbH (Karlsruhe), Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH (München), Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung Berlin GmbH, Kernforschungsanlage Jülich GmbH, Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (München), Physikalisch-technische Bundesanstalt (Braunschweig), Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen e.V. (Köln), Deutscher Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine (Düsseldorf) und Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte e.V. (Wuppertal). (40)

Das Bild wird abgerundet, wenn man sich die Mittelverteilung des BMFT nach Programmbereichen und Unternehmensgrößen ansieht: Der Löwenanteil von 90% fällt den Monopolen zu (Tab. 1, dritte und vierte Spalte zusammen). (41)

Obwohl die Anteile der Industrie, die im wesentlichen vom Stifterverband und der Thyssenstiftung getragen werden, am Etat der DFG nach der Rezession 1966/67 nur noch wenige Prozent ausmachen (Tab. 2), da trotz starker Expansion des Etats die Absoluthöhe der Industriebeiträge etwa gleich geblieben ist, stellt sich die Frage der Macht auf einer anderen Grundlage:

Tab. 2 Einnahmen der DFG von 1963—1974 (in %)

	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Staat	81	87	84	86	89	92	85	72	71	68	64,6	66,5
Industrie	18,2	12	15	13	10	6	6	7	5	3	1,5	1,7
Eigen-Einn.	0,8	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0,6	0,3
SFB (Staat)	–	–	–	–	–	1	8	20	23	28	34,3	31,5
Gesamt (Mio. DM)	120,9	120	141,2	163,4	179,9	189	257,5	317,5	383,8	459,7	536,8	590,2

(Berechnet nach DFG, Aufgaben und Finanzierung IV 1972–1974 und Tätigkeitsberichte der DFG 1970–1974).

In der institutionellen und personellen Besetzung und Verflechtung in der DFG ist ein massiver Einfluß der Wirtschaft festzustellen, der umso größer ist, je wichtiger ein Gremium für forschungspolitische Entscheidungen ist. Dieser Einfluß ist bereits ausführlich von Hirsch in allen forschungspolitischen Lenkungsorganen festgestellt worden (42) und von Jentsch, Kopka und Wülfing in der Max-Planck-Gesellschaft im einzelnen nachgewiesen worden. (43) In der FhG läßt sich sogar der spezifische Einfluß bestimmter Monopole ausmachen.

40 Ebenda, S. 219 f.

41 Forschungsbericht V, S. 16 f. Über den Zusammenhang von FuE mit der Automation und Rüstung siehe auch Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD, Das Argument, Sonderband Nr. 7/1975, S. 148–158.

42 J. Hirsch: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt/M. 1971, S. 211 ff. Speziell für die Chemie-Monopole siehe R. Gündel, a.a.O.

43 V. Jentsch, H. Kopka, A. Wülfing: „Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft", in: Blätter 5/72, S. 446 ff.

Die Schlußfolgerung, daß damit die Beteiligung der Wissenschaftler, die nur auf eine „fachliche Mitwirkung" bei vorgegebenen Zielen reduziert ist, (44) mehr eine Legitimierungs- und Verschleierungsfunktion darstellt, sagt indessen noch nichts Inhaltliches aus; nicht die formale Verflechtung Wissenschaft-Wirtschaft ist das Problem, sondern die kapitalistische bzw. monopolistische Verfügungsgewalt über die Ergebnisse der Wissenschaft, der Wissenschaftler selbst sowie die Steuerung der Prioritäten nach Monopolinteressen.

Dennoch wird dieser Einfluß von der Industrie und der DFG heftig bestritten: „Wenn man zu schätzen weiß, was eine derartige Verbandstätigkeit (des Stifterverbandes, P.M.K.) bedeutet, sieht man mit umso größerem Kummer eine in der Sache falsche und so ideologieverblendete Kritik, wie sie Joachim Hirsch in seinem Buch ‚Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System' gerade an dem Wirken des Stifterverbandes und seiner vermeintlichen Einflußnahme im Sinne industrieller Machtansprüche geübt hat. Wie falsch diese Ausführungen sind . . ." usw. (45)

Mit der gleichen Vehemenz, mit der ein industrieller Einfluß geleugnet wird, wird die Mitbestimmung aller Betroffenen abgelehnt: „Es geht nicht an, daß jemand mitbestimmt und morgen nicht da ist und sagt, was geht mich das an, was ich gestern beschlossen habe." (46) Von Dohnanyi drückte es in einer Ansprache vor dem Kuratorium der DFG so aus: „Ich bin allerdings der Meinung, daß wir schrittweise vorgehen müssen. Es müssen in der Forschung Formen des Zusammenwirkens entwickelt werden, die allen Betroffenen die Mitwirkung gestatten, aber die Entscheidungsfähigkeit des Systems nicht in Frage stellen. Verantwortungen müssen eindeutig geregelt werden. Die in der Durchführung von Forschungsvorhaben notwendige Kontinuität darf nicht durch schnell wechselnde Mehrheiten in Frage gestellt werden." (47) Wie dieses Zusammenwirken aussehen soll, ist von dem parlamentarischen Staatssekretär im BMFT, Dr. Volker Hauff, zu erfahren: „Das Mitwirkungsfeld der Mitarbeiter ist die Durchführung der vorgegebenen Forschungsziele und Aufgaben, nicht jedoch die Kontrolle der Forschungspolitik." und: „Die Forschungspolitik ist demokratisch legitimiert, sie wird vom Parlament kontrolliert." (48)

Forschungsprogramme der DFG

Schwerpunktprogramm: Gesellschaftswissenschaften

Die DFG beschriebt die Entstehung der Schwerpunktprogramme so: „Initiativen zu solchen Schwerpunktprogrammen kommen aus der Wissenschaft selbst," aber: „Die Kriterien für die Auswahl von Schwerpunkten sind vielfältiger wissenschaftlicher und politischer Natur." (49) Inhaltlich ist z.B. über die 1971 neu eingerichteten Schwerpunkte lediglich zu erfahren, daß sie stark bezogen sind auf" . . . die Lösung gegenwärtig bestehender Probleme im Arbeitsleben, z.B. im Programm Betriebs- und Organisationssoziologie, in der veränderten land-

44 Forschungsbericht V., S. 20.

45 Carl Heinz Schiel, Generalsekretär der DFG: „Wissenschaft zwischen Wirtschaft und Politik", in: DFG-Mitteilungen 3/72, S. 33.

46 J. Speer: „DFG im Wandel", DFG-Mitteilungen 1/71, S. 13. (Interview mit dem Bayer. Rundfunk vom 30.10 1970).

47 DFG-Mitteilungen 3/72, S. 11.

48 Interview mit dem Vorwärts, nach BMFT-Mitteilungen 3/74, S. 24.

49 Tätigkeitsbericht der DFG 1971, S. 66.

wirtschaftlichen Produktionsumwelt, z.B. im Programm Nutztiere in modernen Haltungsverfahren, im Ingenieurbau bei der Weiterentwicklung von Grundlagen für Flächentragwerke oder auf dem Gebiet der Hochspannungstechnik." (50) Zum Programm „Industrie-, Betriebs- und Organisationssoziologie", wie es vollständig heißt, wird dann noch erklärenderweise hinzugefügt: „Der Theoriebedarf für industriesoziologische Fragestellungen ist groß." (51) Angesichts der wachsenden Schwierigkeiten der politischen Integration der lohnabhängig Arbeitenden, besonders auch der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in das staatsmonopolistische System ist dies für die Bourgeoisie allerdings von größter Wichtigkeit. „Eines unserer Förderungsziele ist die Entideologisierung politischer Willensbildung durch wissenschaftlich fundierte Entscheidungsvorbereitung", meint der Generalsekretär des Stifterverbandes. (52) So stellten auch Hirsch und Leibfried fest, daß „. . . die auf systemadäquate Sozialisation, Herrschaftssicherung und Sozialsteuerung angelegten Sozialisations- und Organisationswissenschaften wachsende Bedeutung (gewinnen)." (53)

Ganz deutlich wurde das Programm der sozialen Befriedung, d.h. zur Vermeidung von Arbeitskämpfen, im Forschungsbericht IV angesprochen: „Sozialwissenschaften können gesellschaftliche Entwicklungen und Alternativen sowie die Notwendigkeiten von Entscheidungen aufzeigen, bevor strukturelle Ungleichgewichte zu Schäden führen. Ein ‚soziales Frühwarnsystem' kann Informationen über künftig mögliche Veränderungen der Gesellschaft und der Umwelt liefern." (54)

Entsprechend sind die Schwerpunkte im gesellschaftswissenschaftlichen Programm der Bundesregierung in der empirischen Sozialwissenschaft angelegt: „Die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DFGK) fördert zwei Schwerpunktbereiche, in denen Fragen der Friedenswahrung und Übergangsstrategien in Europa sowie Konflikte zwischen westeuropäischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie ihre friedliche Überwindung behandelt werden. Das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) wird als Trägerorganisation internationaler Institute anwendungsbezogener Sozialforschung ausgebaut: . . . Erste Einrichtungen sind das Istitut für Management und Verwaltung sowie eine Projektgruppe für vergleichende Gesellschaftsforschung." (55) Die Bundesregierung strebt dabei eine enge Zusammenarbeit mit der DFG an, die den Ausbau eines „Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen" vorwärtstreibt. (56)

Andere Infrastruktureinrichtungen mit monopolartigem Charakter sind die Informations- und Dokumentationsgesellschaften: In Frankfurt/M. ist die Gründung der „Gesellschaft für Information und Datenverarbeitung" vorgesehen, die das Institut für Dokumentationswesen, die Zentralstelle für maschinelle Dokumentation und den Forschungsbereich Information und Dokumentation der Studiengruppe für Systemforschung (Heidelberg) integrieren wird. (57)

50 Ebenda, S. 68 und 77.

51 Ebenda, S. 87.

52 Thorwald Risler in einem Interview mit „analysen", Heft 1/1973, S. 41.

53 Hirsch/Leibfried, a.a.O. S. 11 f.

54 Forschungsbericht IV, S. 21; vgl. auch Hirsch /Leibfried, S. 156 f., 160 und 441. Für Reimar Lüst, den Präsidenten der MPG, sind dies „Sachprobleme" (Anatomie der MPG, Bild der Wissenschaft 5/1973, S. 580).

55 Forschungsbericht V, S. 41.

56 Ebenda, S. 42. Siehe auch BMFT-Mitteilungen 7/75, S. 82.

57 Forschungsbericht V, a.a.O.

Auch die Wissenschaftssoziologie (Wissenschaftswissenschaft) ist als Thematisierung des Integrationsproblems (58) zu verstehen. Neben einem Schwerpunkt bei der DFG, „Wissenschaftstheorie", in dem wesentlich von einem logisch-positivistischen Ansatz ausgegangen wird (59), hat auch der Stifterverband einen Förderungsschwerpunkt „Wissenschaftswissenschaft" eingerichtet, versteht aber darunter eher Einflußnahme auf die Hochschulpolitik. (60) Das erste Projekt dieser Gruppe, das „Memorandum zur Förderung der Wissenschaftsforschung", ist im wesentlichen eine Bestandsaufnahme aller mit diesem Thema beschäftigten Hochschullehrer, Instituten und Forschergruppen und, wie Krysmanski bemerkte, „im Stil der Konzernberatung verfaßt." (61) Im Schwerpunkt „Hochschuldidaktik" der DFG will man sich nicht in der „Erforschung theoretischer Gesetzmäßigkeiten" verlieren, sondern beabsichtigt, „im Sinne ‚angewandter Forschung' die Praxis der Ausbildung an den Hochschulen auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zu beeinflussen und gegebenenfalls zu verändern"; (62) zwei Forschergruppen, laut DFG „kleine ( ) Max-Planck-Institut(e) auf Zeit", befinden sich in Frankfurt/M. und Münster: Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland (früher: Sozialpolitisches Forschungsmodell) (63) und Kooperationsforschung. In der letzteren Forschergruppe wird nichts anderes als die günstigste Möglichkeit, Kartellgesetze zu umgehen, erforscht. (64)

Bezeichnenderweise macht die Erforschung der deutschen Industriegeschichte beim ersten Weltkrieg (1914) halt. (65)

Schwerpunktprogramm: Natur- und Ingenieurwissenschaften

Nach dieser Charakterisierung des gesellschaftswissenschaftlichen Teils der Forschungsschwerpunkte der DFG soll noch kurz auf die auf Industrierelevanz orientierte Grundlagenforschung eingegangen werden, die etwa 60% der in den Jahren 1971—1973 neu eingerichteten Schwerpunkte ausmacht. Um folgende Programme handelt es sich: Physik der Polymeren (d.h. Kunststoffe und Kunstfasern) (66), Spannungs- und Verformungsbeziehungen der Böden im Erd- und Grundbau (67), Nahrungskettenprobleme (68), Bimolekulare Reaktion als Ele-

58 R. Rilling: Theorie und Soziologie der Wissenschaft, S. 114.

59 Siehe: Programme und Projekte der DFG 1973, Bonn/Bad-Godesberg 1974, s. 298.

60 Wirtschaft und Wissenschaft 4/72, S. 29.

61 H.J. Krysmanski: „Vergesellschaftung der Wissenschaft als Wissenschaftsforschung", in: ders./P. Marwedel (Hrsg.) Die Krise der Soziologie, Köln 1975, S. 166 f. Das „Memorandum" wurde auch ausführlich in der Verbandszeitung Wirtschaft und Wissenschaft vorgestellt und diskutiert (z.B. in Heft 1, 3 und 4/1974).

62 DFG: Aufgaben und Finanzierung IV (Grauer Plan) 1972—1974, Wiesbaden 1972, S. 20. Siehe auch DFG-Mitteilungen 3/72, S. 82: „In Form einer Art Verbundforschung sollen Forscherteams von Ingenieuren, Medizinern und Psychologen zusammenarbeiten."

63 DFG: Programme und Projekte 1974, S. 452. Kritisch dazu Eduardo Lawrence, Soziale Indikatoren: Kommentar und Perspektive, in H.J. Krysmanski/P. Marwedel, a.a.O., S. 241—260.

64 Siehe DFG-Mitteilungen 3/72, S. 83 und DFG-Aufgaben und Finanzierung IV, a.a.O., S. 63.

65 Tätigkeitsbericht der DFG 1971, S. 97; DFG, Programme und Projekte 1973, S. 295.

66 Programm in: DFG-Mitteilungen 4/72, S. 66.

67 Ebenda, S. 82.

68 DFG-Mitteilungen 3/72, S. 82.

mentarprozeß (69), Flächentragwerke im konstruktiven Ingenieurbau (70), Flüssiger Zustand und Kristallisation der Metalle (71), Digitale Nachrichtenübertragungssysteme (72), Hochspannungsforschung (73), Solarterrestrische Beziehungen (74), Angewandte Elektrochemie (75), Grundlagen des mechanischen Verhaltens anorganischer nichtmetallischer Werkstoffe (76), Geräuschentstehung — Geräuschdämpfung (77), Mechanik und Stoffverhalten bei Bruchvorgängen (78), Bauwerke unter aerodynamischer Belastung (Hochhäuser) (79), Opto-Elektronik (80), Neue elektrische Antriebe (81).

Gehörten diese Programme in den Bereich Natur- und Ingenieurwissenschaften, so die folgenden in den der Umweltforschung: Nitrat, Nitrit und Nitrosamine in Gewässern (82), Gewässererwärmung (83), Wirkung des Alkohols und seiner Abbauprodukte auf den Stoffwechsel (84), Nahrungsbedarf des Menschen (85), Längsschnittuntersuchungen zu den Auswirkungen inhalativer Noxen am Arbeitsplatz (86), Verhalten und Nebenwirkungen von Herbiziden im Boden und in Kulturpflanzen (87).

Im Jahre 1974 wurden weitere 21 neue Schwerpunktprogramme begonnen, darunter Entscheidungstheorie (Entscheidungsprozesse in „komplexen Organisationen" wie „Unternehmungen"), Industriegeographie, Laserspektroskopie, Nahverkehrssysteme, Industrialisierte Baumethoden usw. Das Programm Laser-

69 Grundlagen für die Synthese von Ausgangsstoffen in der chemischen Industrie, Tätigkeitsbericht der DFG 1971, S. 91 f.

70 „. . . sie werden bei Behältern und Talsperren ebenso angewandt wie bei Fundamenten, Silos, Verkehrsbauten und Atomreaktorbehältern." (Ebenda, S. 94).

71 Ebenda, S. 95.

72 Ebenda, S. 96; der Nutzen aus diesem Programm dürfte praktisch ausschließlich den Konzernen AEG-Telefunken und Siemens zugute kommen (J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt a.a.O., S. 217.)

73 Tätigkeitsbericht der DFG 1971, S. 97.

74 DFG: Programme und Projekte 1973, S. 346.

75 Bedeutsam für die chemische Industrie (ebenda, S. 346.

76 Bruchverhalten und Verformungsverhalten von Keramik, Gläsern, Beton (ebenda, S. 382).

77 Hier werden Fragen der Werkstoffermüdung infolge von Schalleinwirkungen untersucht (ebenda, S. 384 f.).

78 Zugeschnitten auf Zerkleinerungstechnik und Werkstoffkunde (ebenda, S. 386 f.).

79 Ebenda, S. 391.

80 Von Bedeutung für optische Nachrichtenübertragung, Bildtechnik usw. (ebenda, S. 400).

81 Gesucht werden „neue Lösungen für die steigenden Anforderungen der modernen Antriebstechnik." (Ebenda, S. 401).

82 Es soll „die Belastung des menschlichen Körpers durch die Stoffe aus Trinkwasser und Lebensmittel" geklärt werden (ebenda, S. 407).

83 „Das Arbeitskonzept sieht eine grundlegende Untersuchung der physikalischen, chemischen und biologischen Zustände im Bereich eines bestehenden oder im Bau befindlichen Kraftwerkes vor." (Ebenda, S. 409).

84 Ebenda, S. 416.

85 Ebenda, S. 417.

86 Der Zusammenhang von chronischer Bronchitis und der Einwirkung von Staub, Reizgasen und Hitze soll weiter untersucht werden. (Ebenda, S. 426).

87 Das Verhalten und die Nebenwirkungen von Pflanzenschutzmitteln soll erforscht werden. (Ebenda, S. 427).

spektroskopie ist erst kürzlich mit dem BMFT und der MPG abgestimmt worden, d.h. Teil einer „Vereinbarung über die Förderung einer Projektgruppe für Laserforschung" in Garching bei München (Max-Planck-Institut für Plasmaforschung) geworden. (88) An dieser Entwicklung wird deshalb so fieberhaft in Großbritannien, USA und eben jetzt der BRD geforscht, weil mit Hilfe eines vom Energiebedarf her gesehen rentableren Hochleistungslasers (rentabler als etwa die Gaszentrifuge) eine neue Methode zur Uran-Isotopenanreicherung zur Verfügung stünde. (89)

Leider kann aus Platzgründen in dieser Arbeit auf den Bereich Biowissenschaften, in dem die Medizin den größten Raum einnimmt, nicht eingegangen werden. Dies würde eine eigene Untersuchung erfordern.

Eine Gesamtübersicht über die Mittelvergabe im Schwerpunktprogramm nach Wissenschaftsbereichen ist in der Tab. 3 dargestellt. Deutlich erkennt man die starke Zunahme des Bereichs Gesellschaftswissenschaften (90) mit dem Jahr 1971 und den hohen Anteil der Natur- und Ingenieurwissenschaften von zusammen 48% im Jahre 1974, während der Bereich Umweltforschung erstmals 1971 eigens aufgeführt wird, nachdem diese Projekte vorher unter den Naturwissenschaften zu finden waren, d.h. sie wurden einfach umbenannt. Ähnlich wie im „Umweltprogramm" des BMFT soll hierdurch der Eindruck erweckt werden, es handele sich tatsächlich um ein systematisches Programm. (91)

Sonderforschungsbereiche

Die bereits in der „Schwerpunktförderung häufig angestrebte Interdisziplinarität" (92) ist für die SFB nun ausgesprochenes Programm: „Sonderforschungsbereiche sind Einrichtungen langfristiger Forschungsförderung in den Hochschulen. Zu den Voraussetzungen für die Förderung gehören Kooperation im Hinblick auf personelle und finanzielle Ausstattung." (93) In den „Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970" begrüßte der Wissenschaftsrat die Bildung der SFB: „Mit der Bildung von Sonderforschungsbereichen werden verschiedene Ziele verfolgt. Es geht um eine Konzentration der Kräfte, um die Förderung der Kooperation zwischen verschiedenen Forschungseinheiten in den Hochschulen und Hand in Hand damit um eine verstärkte und zugleich mit einer Leistungskontrolle (94) verbundene finanzielle Förderung der Forschung." (95)

88 FAZ vom 26.11. 1975. Für 1976 werden 4,1 Mio DM zur Verfügung gestellt.

89 Die USA-Atomenergie-Kommission hat die Forschungsmittel hierfür von 1 Mio Dollar 1974 auf 10,7 Mio Dollar 1975 erhöht! (Wissenschaft und Fortschritt 25/1975, Heft 8, S. 354).

90 Dieser Bereich wird hier ausdrücklich als Gesellschaftswissenschaften bezeichnet, obwohl die DFG hartnäckig an dem idealistischen Begriff „Geisteswissenschaften" für einen Teil dieses Bereichs festhält.

91 Vgl. auch J. Hirsch: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, a.a.O., S. 329.

92 DFG-Mitteilungen 4/71, S. 16.

93 Leitsätze für die Förderung von SFB, Tätigkeitsbericht der DFG 1971, S. 130 und DFG-Mitteilungen 4/74.

94 Die Kriterien für eine Leistungskontrolle sind nach wie vor unklar: „Der Senatsausschuß hat sich deshalb entschlossen, für diese Fragen einen Unterausschuß zu bilden." (Tätigkeitsbericht der DFG 1971, S. 123). Das gleiche gilt für die Prioritätensetzung. Von Helmut Schelsky ist in einem Gutachten seinerzeit eine Leistungskontrolle allerdings grundsätzlich abgelehnt worden. (Siehe Kurt Zierold: Forschungsförderung in drei Epochen, Wiesbaden 1968, S. 446, Anm. 4).

95 DFG-Mitteilungen 2/72, S. 4.

Tab. 3 Schwerpunktprogramm, Mittelverteilung (Mio. DM) nach Bereichen

Jahr	Gesamt	Gesellschaftswiss.**)	%	Biowiss.**)	%	Naturwiss.	%	Ingenieurwiss.	%	Umweltforsch.	%
1965	50,4	3,86	7	12,3	25	23,3	46	10,9	22	—	—
1966	53,6	3,5	7	13,1	24	27,5	51	9,5	18	—	—
1967	50,7	4,16	8	10,7	21	27,5	55	8,34	16	—	—
1968	56,1	5,36	10	11,2	21	29,5	54	8,05	15	—	—
1969	57,0	5,03	19	9,99	18	32,7	57	9,27	16	—	—
1970	66,1*)	6,02	9,1	12,8	19,3	29,2	44	16,0	24,3	—	—
1971	72,3	10,8	14,9	18,8	26	20,6	28,5	14,7	20,3	7,4	10,3
1972	83,5	10,7	12,8	24,7	29,6	16,0	19,1	21,1	25,3	11,0	13,2
1973	89,4	10,1	11,3	25,0	28	20,8	23,3	23,1	25,8	10,4	11,6
1974	86,5	10,3	11,9	24,5	38,3	23,8	27,5	17,7	20,5	10,2	11,8

*) Enthält 3,3% = 2,18 Mio. DM Sonstiges: Lärmforschung, Reinhaltung der Luft, Mexiko-Projekt, Fremdstoffprobleme. (Tätigkeitsbericht 1970, S. 71).

**) Vor 1970 getrennt aufgeführt als Medizin und Landbau, Veterinär- und Forstwirtschaft.

(Quelle: K. Zierold, a.a.O., S. 408 und Tätigkeitsberichte, lfd.)

Tab. 3 Schwerpunktprogramm, Mittelverteilung (Mio. DM) nach Bereichen

Jahr	Gesamt	Gesell-schafts-wiss.**)	%	Bio-wiss.**)	%	Natur-wiss.	%	Inge-nieur-wiss.	%	Umwelt-forsch.	%
1965	50,4	3,86	7	12,3	25	23,3	46	10,9	22	—	—
1966	53,6	3,5	7	13,1	24	27,5	51	9,5	18	—	—
1967	50,7	4,16	8	10,7	21	27,5	55	8,34	16	—	—
1968	56,1	5,36	10	11,2	21	29,5	54	8,05	15	—	—
1969	57,0	5,03	19	9,99	18	32,7	57	9,27	16	—	—
1970	66,1*)	6,02	9,1	12,8	19,3	29,2	44	16,0	24,3	—	—
1971	72,3	10,8	14,9	18,8	26	20,6	28,5	14,7	20,3	7,4	10,3
1972	83,5	10,7	12,8	24,7	29,6	16,0	19,1	21,1	25,3	11,0	13,2
1973	89,4	10,1	11,3	25,0	28	20,8	23,3	23,1	25,8	10,4	11,6
1974	86,5	10,3	11,9	24,5	38,3	23,8	27,5	17,7	20,5	10,2	11,8

*) Enthält 3,3% = 2,18 Mio. DM Sonstiges: Lärmforschung, Reinhaltung der Luft, Mexiko-Projekt, Fremdstoffprobleme. (Tätigkeitsbericht 1970, S. 71).

**) Vor 1970 getrennt aufgeführt als Medizin und Landbau, Veterinär- und Forstwirtschaft.

(Quelle: K. Zierold, a.a.O., S. 408 und Tätigkeitsberichte, lfd.)

Abgesehen von diesen Leerformeln ist gar nichts über irgendwelche inhaltlichen Ziele solcher Förderungsmaßnahmen zu erfahren. Dies kann man wieder nur anhand der Themen der Projekte untersuchen. Die SFB sollen der thematischen Schwerpunktbildung an den Hochschulen dienen. Ihre Einrichtung wird vom Wissenschaftsrat entschieden, nachdem der Antrag einer Hochschule, die Stellungnahme des Kultusministeriums und eine DFG-Formalprüfung vorliegen sowie eine Prüfung des Antrags durch Gutachter, unter ihnen zahlreiche ausländische, und den Senatsausschuß der DFB. (96)

Im Forschungsbericht IV ist im Hinblick auf die SFB von „planvoller Spezialisierung" die Rede, während es bei der DFG selbst dezidierter zu lesen ist: „Im Laufe mehrerer Jahre" soll eine „Art Verbundsystem für Forschungsschwerpunkte an den wissenschaftlichen Hochschulen unter Einbeziehung der jeweils benachbarten ausseruniversitären Forschungseinrichtungen" geschaffen werden. (97)

Außerdem bemüht sich die DFG darum, die SFB in das Hochschulrahmengesetz zu integrieren. Das bereitet aus folgenden Gründen Schwierigkeiten: „Es ist in rechtlicher Hinsicht ungeklärt, ob es möglich ist, die Sonderforschungsbereiche so zu organisieren, daß in ihnen die Forscher weitgehend autonom sind. Das würde den Vorstellungen der Forschungsgemeinschaft entsprechen, findet aber erkennbar nicht die Zustimmung aller Hochschulen." (98) Ein erster organisatorischer Ansatz zum Forschungsverbund ist darin zu sehen, daß 1974 eine Abstimmung mit der Generalverwaltung der MGP stattfand über ihre Mitwirkung an der Vorbereitung der Finanzierung von SFB, an denen Max-Planck-Institute beteiligt sind. (99) Auch werden die Anträge im Normalverfahren inzwischen so gesteuert, daß die Bewilligungen auf bestimmte SFB hin orientiert werden. Die Mittelverteilung für die SFB nach Bereichen ist in Tab. 4 dargestellt. Man erkennt ein starkes Anwachsen des Anteils der Gesellschaftswissenschaften auf Kosten der Biowissenschaften, der nach drei Jahren dann aber etwa konstant bleibt. Die Expansion der Sozialwissenschaften korrespondiert zeitlich mit der im Schwerpunktprogramm (Tab. 3). Folgende Themen werden in den SFB auf diesem Gebiet behandelt: Die Sowjetunion und ihr Einflußbereich seit 1917 (Berlin), Iberoamerikanistik einschließlich Altamerikanistik (Hamburg), Weltwirtschaft und internationale Wirtschaftsordnung (Hamburg, Kiel) (100), Raumordnung und Raumwirtschaft (Münster) (101), Sozial- und wirtschaftspsychologische Entscheidungsforschung (Mannheim) (102), Ökonometrie und Unternehmensforschung (Bonn) (103), Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung (München) u.a. (104)

Es handelt sich also im wesentlichen wieder um Integrationswissenschaften, besonders im SFB 24, Entscheidungsforschung und Wirtschaftspsychologie, in dessen Rahmen „unter besonderer Berücksichtigung der Absatz- und Marktforschung" folgende Themen bearbeitet werden bzw. als Forschungsberichte vor-

96 Vgl. das Schaubild z.B. im Tätigkeitsbericht der DFG 1974, S. 113.

97 Tätigkeitsbericht der DFG 1972, S. 145 (Hervorhebung, P.M. K.) Vgl. auch C. Geißler, Schwerpunktbildung und Verbundsystem norddeutscher Wissenschaftseinrichtungen, Vortrag in Loccum, Hannover 1973 (Manuskriptdruck Nr. 55).

98 DFG-Mitteilungen 2/72, S. 9.

99 Tätigkeitsbericht der DFG 1974, S. 123.

100 Hierzu wird angegeben: „Erarbeitung von theoretischen Aussagen zur Erklärung der künftig zu erwartenden Struktur der internationalen Arbeitsteilung – besonders im Hinblick auf das Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern. Kritische Analyse der derzeit in den betreffenden Ländern akzeptierten Außenhandelsstrategien und ihrer wirtschaftspolitischen Implikationen." (Programme und Projekte der DFG 1971, Bonn/Bad-Godesberg 1972, S. 562). „Unter dem gleichen Blickwinkel werden weiterhin die Bedeutung multinationaler Unternehmen, die auf internationalen Teilmärkten herrschenden Wettbewerbsverhältnisse und die Entwicklung der Welthandelsordnung untersucht." (Programme und Projekte 1974, S. 486).

101 Schwerpunkte sind: „1. Techniken und Methoden der Regionalanalyse, 2. Infrastruktur als Instrument der Raumordnung." (Programme und Projekte 1974, S. 484).

Tab. 4 Mittelverteilung für die SFB nach Bereichen (in 1000 DM)

Jahr	Gesellschaftswiss. DM	%	Biowiss. DM	%	Naturwiss. DM	%	Ingenieurwiss. DM	%	Gesamt (Mio. DM)
1968	200	4,4	2450	54,0	970	21,4	920	20,2	4,54
1969	1768	8,3	10106	47,1	4275	21,0	4102	23,6	20,22
1970	7261	10,7	25189	37,9	15127	23,5	16910	27,9	64,42
1971	12255	11,2	41202	37,4	25010	23,6	28193	24,0	106,66
1972	15075	12,3	47540	38,7	30664	25,0	29406	24,0	147,43
1973	22892	11,6	83205	42,4	42202	21,5	48055	24,5	196,40
1974	25587	11,2	92516	40,4	51417	22,5	59266	25,9	228,80
Anerk./ Beantr. Bedarf		%		%		%		%	
1971		62		80		85		75	
1972		74		87		86		81	
1973		82		86		93		88	
1974		98		86		99		98	

(Aus und berechnet nach: DFG-Mitteilungen 2/72, S. 31 und Tätigkeitsberichte 1973 und 1974).

Das Thema dieses SFB hat eine berüchtigte Vergangenheit bzw. Vorgeschichte: nach Kalkülen der Raumplanung waren im faschistischen Deutschland die Konzentrationslager angelegt worden. Dies geht z.B. aus der 1937 erstmals gegründeten und von Prof. Dr. Konrad Meyer herausgegebenen Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung" hervor, die in den Heften 6 und 7/1937, der sog. „Emslandnummer", die technische Nutzung der Emslandmoore (KZ Papenburg, Esterwegen usw.) ausführlich erörterte, desgleichen später die Entwicklung des „Oberschlesischen Industriegebietes" (KZ Auschwitz und 40 Nebenlager) im Rahmen der „Neuordnung Europas" durch die deutsche Monopole. In allen diesen Programmen hatte auch die IG-Farben ihre Hände im Spiel. (Vgl. auch P.M. Kaiser: „Monopolprofit und Massenmord im Faschismus, zur ökonomischen Funktion der Konzentrationslager im faschistischen Deutschland", in : Blätter 5/75, S. 552–577). Zur Kontinuität ist anzumerken, daß Prof. Meyer erst vor wenigen Jahren in Münster emeritiert wurde und z.B. die „Gesellschaft für innere Kolonisation" in „Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung" umbenannt wurde.

102 „Ziel des SFB 24 ist eine Intensivierung der Wirtschaftspsychologie." (DFG, Programme und Projekte 1971, S. 561).

103 Ebenda, S. 556.

104 DFG, Programme und Projekte 1974, S. 487.

liegen: „Der Einfluß von unterschiedlichen Belohnungshöhen und ihre zeitliche verschiedene Bekanntgabe auf Attitüdenänderung"; „Dissonanzreduktion von Macchiavellisten nach der Bearbeitung einer langweiligen Aufgabe gegen geringe Belohnung"; „Zum Einfluß von Valium und Pervitin auf die emotionale Stimmungslage und die Leistung" u.a. (105)

Von einem gesamtgesellschaftlichen Interesse kann hier keine Rede sein, zumal im naturwissenschaftlichen Bereich die Rüstungsforschung wieder stark vertreten ist: „Die SFB verstärken und erleichtern die Kooperation innerhalb der Hochschulen . . . sowie — wenn auch bisher in geringerem Maße — zwischen den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungsstätten der MPG, den Kernforschungsinstituten und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt." (106) Auch wird gerne verschwiegen, daß der Meeresforschung erhebliche militärische Bedeutung zukommt (107); nachdem die DFG Meeresforschung im Schwerpunktprogramm von 1960 bis 1970 mit insgesamt 12 Mio. DM förderte (108) und das Programm gleichzeitig unter „Umweltforschung" einordnete (109), existieren jetzt zwei SFB in Hamburg und Kiel, die 1971 mit 4,9, 1972 mit 7,4, 1973 mit 9,9 und 1974 mit 11,7 Mio. DM gefördert wurden. (110)

Unter der bezeichnenden Überschrift „Wirtschaft läßt Möglichkeiten der Mitwirkung an Sonderforschungsbereichen ungenutzt" in der Zeitschrift des Stifterverbandes wird die Industrie aufgefordert, Wissenschaftler auch direkt in die SFB zu entsenden: „Eine fallweise Mitwirkung von Forschern und Forschungseinrichtungen in Sonderforschungsbereichen wäre für die Forschung sicher sehr nützlich und daher wünschenswert. Im allseitigen Interesse sollte die hier gegebene Chance genutzt werden, und zwar recht bald. Denn noch ist die Zeit für solche Versuche günstig, weil es hindernde Rechtsnormen zur Zeit noch nicht gibt. Wie lange dieser Zustand andauern wird, kann nicht vorausgesagt werden." (111) Man beruft sich dabei auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die SFB betreffend, in denen auf das Verbundsystem der Forschung bereits 1967 eingegangen wird. (112) Angesichts der engen Verflechtung aller dieser Gremien untereinander unter eindeutigem Übergewicht der Wirtschaftsinteressen ist dieses Verfahren nur noch eine Farce: Der Stifterverband der deutschen Industrie beruft sich auf den Wissenschaftsrat (auch die Industrie), auf den sich wieder die DFB berufen kann (noch einmal die Industrie). Das, was auf diesem Weg beschlossen wird, finanziert dann zu 98% der Staat.

So bemerkt selbst Speer: „Dabei kommt die Forschungsförderung durch den Staat teilweise mittelbar der Wirtschaft wieder zugute, wobei zum Beispiel an die Großforschung zu denken ist. Man sollte auch nicht übersehen, daß der Staat wirtschaftliche Forschung sogar direkt fördert; er gewährt zum Beispiel der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen in diesem Jahr

105 Deutsche Forschungsberichte 2/1973, Nr. 4, S. 46 f.

106 Forschungsbericht IV, S. 86.

107 R. Rilling, Kriegsforschung, a.a.O., S. 58.

108 Tätigkeitsbericht der DFG 1971, S. 74.

109 Ebd., S. 76

110 Tätigkeitsbericht der DFG 174, S. 426, 428.

111 Wirtschaft und Wissenschaft Heft 4/1972, S. 25.

112 Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970, Bonn 1967, S. 126 ff.

(1972, P.M.K.) 35 Mio. DM Zuschuß." (113) Ähnlich äußerte sich auch der ehemalige Forschungsminister Ehmke 1973, ließ sich aber nur zu undeutlichen Hinweisen darüber herbei, wie man diese Situation ändern könne: „Die Rollenverteilung zwischen Staat und Industrie bedarf der Diskussion . . . Das Problem der staatlichen Ertragsbeteiligung bei marktnahen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben muß ausdiskutiert werden." (114)

Die Entwicklung der SFB und damit des Forschungsverbundsystems scheint mit dem Jahr 1974 an eine gewisse Grenze gestoßen zu sein. Während Ende 1972 die DFG klagte, nur zwei neue SFB in die Finanzierung aufnehmen zu können (außerdem waren von 96 SFB zu dieser Zeit 17 gesperrt), und sich beschwerte, daß die Hochschulforscher als Berater überbeansprucht würden (115), stieg die Zahl der geförderten SFB von 106 im Jahr 1973 auf 116 im Jahr 1974 „. . . und erreichte somit einen Höchststand, der ohne die Anerkennung neuer Sonderforschungsbereiche durch den Wissenschaftsrat wahrscheinlich nicht überschritten werden wird." (116) Dies geht auch aus den hohen Bewilligungsprozentsätzen in Tab. 4 hervor. Nach einer Meldung vom Juli 1975 soll sogar eine Mittelsperre von 20% und ein Investitionsverbot für 1975 bei den SFB erhoben worden sein. (117)

Konsequenzen heutiger Wissenschaftspolitik

Gehen wir zu unseren theoretischen Voraussetzungen zurück, so läßt sich zusammenfassend feststellen, daß der Zwang zur umfassenden Wissenschaftsplanung als Folge der ständig zunehmenden Anwendung von Wissenschaft im Reproduktionsprozeß monopolisierten Kapitals in Widerspruch gerät zu den gesellschaftlichen Verhältnissen, die eine umfassende Planung nicht zulassen. Dieser Widerspruch ist im staatsmonopolistischen System, der historisch letzten Stufe der kapitalistischen Form hochvergesellschafteter, industrieller Produktion, auf die Spitze getrieben: Besteht einerseits die Notwendigkeit „einer Ausdehnung der Monopolisierung von Forschungskapazitäten über die unmittelbaren Möglichkeiten und Grenzen der Privatmonopole hinaus" (118) und sogar über nationalstaatliche Grenzen hinaus, also in Form des Staatsmonopols und der multinationalen Konzerne, so wird dadurch dennoch nicht die Monopolkonkurrenz, die private und anarchische Investitionsbewegung der Monopole aufgehoben. Das ist der Grund dafür, daß die Forschungsplanung der DFG, die, wie wir gesehen haben, im Hinblick auf ein Forschungsverbundsystem große Fortschritte gemacht hat und deren Vorhaben immer besser auf die durch die Monopole bestimmten Forschungsprogramme des BMFT abgestimmt sind, so eigentümlich hohl und inhaltsleer begründet wird. Daß die DFG sich bei der Begründung ihrer Förderungsmaßnahmen zunächst nicht inhaltlich festlegen will wie z.B. bei der Einführung der SFB, kann nur dadurch erklärt werden,

113 J. Speer: „Sind private Geldmittel auch heute noch für die Forschungsförderung nötig? ", in: DFG-Mitteilungen 3/72, S. 15.

114 Mitteilungen aus dem BMFT 6/1973, S. 1. Vgl. auch „Subventionen mit kleiner Rendite", in: Handelsblatt vom 18.6. 1975.

115 Siehe z.B. den Artikel „Niemand will mehr Berater sein. Die DFG klagt über Überbeanspruchung der Hochschulforscher", in FR vom 17.5. 1973.

116 Tätigkeitsbericht der DFG 1974, S. 114.

117 FAZ vom 9.7. 1975.

118 R. Rilling: Theorie und Soziologie der Wissenschaft, S. 152.

daß auf diese Weise die Interessen jeweiliger monopolistischer Kapitalfraktionen (über Gutachter und Hauptausschuß der DFG) sich von vornherein, d.h. also bereits bei der Formulierung von Forschungszielen und -gegenständen geltend machen bzw. durchsetzen können. Wie Hirsch schon feststellte, gibt es objektiv weder eine eigene „staatliche Wissenschaftspolitik noch autonome wissenschaftliche Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft" (119), als die sich die DFG begreift. Die Ideologie der Spontaneität des Forschungsprozesses hat hier ihre materielle Grundlage.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn eine rationale gesamtgesellschaftliche Planung des Wissenschaftsprozesses für unmöglich gehalten wird; wenn von einer strikten Eigengesetzlichkeit des Forschungsprozesses ausgegangen wird, obwohl eine Mitbestimmung über eben diesen Forschungsprozeß bzw. die Forschungspolitik abgelehnt wird; wenn die abstrakte Zukunftsorientiertheit der Wissenschaftsplanung per se als menschlicher Fortschritt hingestellt wird usw. So meint der Präsident der MPG, Reimar Lüst, „daß es die Grundlagenforschung in verhängnisvolle Richtung führen würde, wenn wir immer gleich glauben, wir müßten von vornherein die Frage nach der Gesellschaftsbezogenheit stellen." (120) Reimar Lüst will diese Frage nicht stellen.

Ebensowenig ist es verwunderlich, daß der Wissenschaftsrat in scheinbarem Gegensatz zur Bundesregierung und sogar im Widerspruch zu sich selbst „kein perfektes Gesamtsystem schaffen möchte" (121) und der Meinung ist, daß „bei der Forschungsplanung viel Raum für korrigierende Einflüsse bleiben muß und daß von vornherein planungsfreie Räume vorgesehen werden müssen." (122)

Auch der sog. „Brooks-Report" der OECD aus dem Jahre 1971, der einige bemerkenswerte Forderungen enthält wie stärkere Eingriffe in die „Marktwirtschaft", Konzentration der Forschung auf spezielle Probleme wie Umweltschutz, Gesundheitsfürsorge, öffentliche Verkehrsmittel, Wohnungs- und Siedlungsfragen usw. (123), wird entweder nicht beachtet, zerredet (124), oder es wird ein allgemeiner Konsensus zwischen diesen Empfehlungen und der Forschungsplanung der Bundesregierung einfach behauptet. (125)

Es ist natürlich richtig, daß auch solche „unrentablen" Bereiche wie die vom Brooks-Report erwähnten inzwischen vom Staat, besonders über die DFG, finanziert werden, aber 1. werden hier noch viel zu wenig Mittel eingesetzt, 2. wurden und werden sie zu spät eingesetzt (z.B. für den Schwerpunkt „Gewässererwärmung"), 3. stehen die Ergebnisse beispielsweise der Umweltforschung den Kon-

119 J. Hirsch: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, S. 240.

120 Interview mit „analysen" Nr. 11/1972, S. 30. Vgl. auch ders. Forschung – gesellschaftsrelevant? , Vortrag anläßlich des Altakademikerabends in Kassel am 18.1. 1975, fotokop. Ms., bes. S. 27 ff.

121 Dedo Graf Schwerin-Krosigk: „ Möglichkeiten der Forschungsplanung aus der Sicht des Wissenschaftsrates", in: DFG-Kolloquim über Forschungsplanung, Wiesbaden 1971, S. 137.

122 Ebenda.

123 Sciene, growth and society, a new perspective, Paris 1971; siehe auch Wolf Neubauer: „Der Brooks-Report", in: „analysen", Nr. 4/1972, S. 32.

124 Z.B. von Reimar Lüst: „Zum OECD-Bericht würde ich sagen, daß es sich da um sehr allgemeine Zielsetzungen handelt, die noch nicht griffig genug sind, als daß man sie zum Maßstab nehmen kann." (Interview, a.a.O., S. 29).

125 So etwa Dohnanyi, in Bildung und Wissenschaft 1969–1972, Sonderdruck der Bundestagsdrucksachen VI/3827 und VI/ 3828, Bonn 1972, S. 14.

zernen zur Verfügung (126), sodaß sich inzwischen eine eigene Umweltindustrie gebildet hat, die sogar z.T. im gleichen Konzern angesiedelt ist, und 4. wird in demselben Bereich mehr an der Produktion nachgeschalteten Entsorgungstechniken gearbeitet als an der Entwicklung von vornherein umweltfreundlicherer Technologien. (127)

Die vorliegende Untersuchung bestätigt diese Einschätzung in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Programmen der DFG, die mit den Bedürfnissen bestimmter Monopole korrespondieren, auch solchen der Rüstungsforschung. Wie schon gesagt, konnte an dieser Stelle der Bereich „Biowissenschaften" nicht untersucht werden. Hier müßte gefragt werden, ob und inwieweit in den Medizin-Programmen ebenfalls bestimmte Produktionsbedingungen und gesellschaftliche Verhältnisse vorausgesetzt werden und dann eher die maximale und rentabelste Anpassung der Menschen an diese Verhältnisse ausgetestet werden, was natürlich auch Grundlagenforschung erfordert. (128)

Alle diese Prozesse sind aufgrund der beschleunigten technologischen Erneuerung und der damit zusammenhängenden Verwissenschaftlichung der Produktion von umwälzender Art (z.B. Automation, EDV etc.).Dies erfordert daher objektiv die Untersuchung der politischen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Erfordernisse sowie Konsequenzen (wie etwa Qualifikationsstrukturen und -prozesse) bei ihrer Durchsetzung. Darin liegt die Begründung für die Intensivierung der Gesellschaftswissenschaften nach dem Jahr 1970 und es bestätigt sich die eingangs erwähnte Feststellung Motroschilowas, daß der hohe Vergesellschaftungsgrad der Produktion dazu zwingt, „... die Entwicklung der Forschungsarbeit bewußt und zielstrebig in enger und vielseitiger Beziehung zum gesamten sozialen System zu planen und zu lenken." (129)

Ohne auf den Streit um den Begriff „bürgerliche Wissenschaft" einzugehen (130), sollten die Gesellschaftswissenschaften unter der Kategorie „Integrationswissenschaften" gefaßt werden, sodaß auch diesem Wissenschaftsbereich ein dialektischer Doppelcharakter eigentümlich ist: einerseits objektiv notwendig bei der Durchsetzung neuer Technologien, andererseits ideologisch integrierend ins monopolkapitalistische System wegen der unsozialen Folgen ihrer Durchsetzung. Die letztere Tendenz ist klassenabhängig und fortschrittsfeindlich, die erste muß es nicht unbedingt sein. Taktiken zur Verschleierung und Irreführung dieser Strategien, innerhalb derer Wissenschaft gesteuert wird und wissenschaftliche Ergebnisse produziert werden, haben allerdings mit Wissenschaft häufig gar nichts mehr

126 Vgl. Edgar Gärtner: „Von der ACHEMA zur Ölkrise", IMSF-Informationsbericht Nr. 13, Frankfurt/M. 1974, S. 43 ff. und 57 ff.

127 Ebenda, S. 57. Vgl. auch Henning Friege, P.M. Kaiser: „Die IG-Farbennachfolger BASF, Bayer und Hoechst als multikanitonale Konzerne", in: Blätter 6/74, S. 582–601, bes. 597.

128 Ein Beispiel für solche Vorgehensweise ist der SFB 115 in Hamburg (Psychosomatische Medizin, klinische Psychologie und Psychotherapie), dessen Untersuchungen z.B. zur sensorischen Deprivation aus dem militärischen Bereich und Expeditionen stammen (Weltraum, Unterwasser, Antarktis) und nun auf die Krankenhaussituation angewendet werden sollen, um Personal einsparen zu können. (Vgl. Projekt A 7, Blatt 74, x Programme und Projekte 1974, S. 553).

129 N.W. Motroschilowa, a.a.O., S. 392.

130 S. z.B. Thomas Neumann: „Wissenschaft und Verantwortung", in: Blätter 10/74, S. 1004–1053 und 12/74, S. 1276–1284 sowie R. Rilling: „Die Krise der bürgerlichen Wissenschaft und die Verantwortung des Wissenschaftlers", in: Blätter 10/1975, S. 1125 bis 1146.

zu tun. Ich meine damit das Gerede von „Gesellschaftsbezogenheit" der Forschung, was sowieso eine Tautologie ist, „Lebensqualität", „Humanisierung der Arbeitswelt" usw., ohne zu erklären, welche konkreten Vorstellungen von Gesellschaft, von Qualität des Lebens, von der Arbeitswelt damit verbunden sind.

So setzt die Kritik beispielsweise der GEW am Forschungsbericht V genau an diesem Punkt an: „Die Untersuchung dieser Probleme (intensivere Arbeitsbelastung, andere Entlohnung, Zunahme von ungelernten Tätigkeiten usw., P.M.K.) wird dem Forschungsprogramm ‚Humanisierung der Arbeitswelt' zugeordnet. Dies heißt in zugespitzter Formulierung: Zunächst werden durch Modernisierung der Wirtschaft inhumane Arbeitsbedingungen geschaffen, danach werden diese inhumanen Arbeitsbedingungen durch ein Forschungsprogramm zur Humanisierung der Arbeitswelt untersucht." (131) Und wenn der ehemalige Forschungsminister Ehmke sagte: „Nicht eine Ausrichtung allein am wirtschaftlichen, sondern am umfassenden gesellschaftlichen Bedarf bestimmt diesen Ansatz (Humane Arbeitswelt, P.M.K.)" (130), so muß man dieser verbalradikalen Aussage gegenüberstellen, welche Industriefirmen und -organisationen im Fachausschuß „Humanisierung des Arbeitslebens" neben einigen Gewerkschaftsvertretern Platz und Stimme haben, wobei man noch berücksichtigen muß, daß in diesen Beratungsausschüssen eine Amtsdauerregelung nur für Wissenschaftler gilt, nicht dagegen für Vertreter der Industrie: Arbeitsring Chemie/Wiesbaden, Krupp Hüttenwerke AG, Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände, Siemens AG, Institut für angewandte Arbeitswissenschaft e.V./Köln. (133)

Betrachten wir noch einmal die Hochschulforschung, so verlaufen hier die Prozesse wie Auslagerung der Forschung, Trennung von Forschung und Lehre usw. nicht so linear, wie das in den leicht strukturalistischen Untersuchungen Joachim Hirschs den Anschein erweckt, sondern diese Prozesse verlaufen differenzierter und widersprüchlicher. Kapitalvertretern ist nämlich durchaus bewußt, daß eine solche Entwicklung die Qualität der Ausbildung beeinträchtigen würde. Der Präsident der DFG spricht sogar davon, daß „eine Trennung von Lehre und Forschung auf dem Hochschulniveau .... eine Katastrophe (wäre)." (134) Die kapitalistische Scheinlösung dieses Widerspruchs sieht daher so aus, daß die Forschung nur teilweise ausgelagert wird, daß Bundeswehrhochschulen gebildet werden und daß die Forschung an den Hochschulen in Form der SFB rationalisiert, „effektiviert", weniger kontrollierbar und in ein Verbundsystem eingeordnet wird, daß die Prioritäten im wesentlichen an den Konzerninteressen und der politischen Integrationswirkung ausrichtet. Auf-

131 Zuviel Industrieförderung – Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu kurz gekommen, GEW nimmt Stellung zum Forschungsbericht V der Bundesregierung", in: Erziehung und Wissenschaft 11/1975, S. 13. Zu den Folgen für die Arbeiter siehe auch G. Zaregorodzew: „Technisierung der Umwelt" und Gesundheit des Menschen, in Gesellschaftswissenschaften (Zeitschrift der Akademie der Wissenschaften der UdSSR) 1/1975, S. 79 g. und vor allem Walter Volpert: „Die ‚Humanisierung der Arbeit' und die Arbeitswissenschaft", in : Blätter 6/1974, S. 602–619 und 7/1974, S. 709–719.

132 H. Ehmke: „Forschungspolitik – Stetigkeit und Neuorientierung", Bundestagsrede vom 19. Juni 1973 in der Debatte um den Haushalt 1973, Bonn, o.J., S. 15; ders.: „Neuorientierung der Forschungspolitik", in: Umschau in Wissenschaft und Technik 73/1973, Heft 22, S. 685–688.

133. Beratungsplan 1975 des BMFT, Bonn 1975, S. 7.

134 Heinz Maier-Leibnitz: „Forschung – Luxus oder Lebensfrage? " in: DFG-Mitteilungen 2/75, S. 8.

gabe der Politiker ist es dann, dies als „technisch wirtschaftliche Notwendigkeit" hinzustellen, wie dies z.B. Helmut Schmidt in seiner Rede vor der MPG am 20. Juni 1975 programmatisch versuchte. (135) Aber eine solche Verschleierung und die Durchsetzung inhumaner Produktionsbedingungen selbst gelingt immer weniger in dem Maße, in dem die demokratische Bewegung dem vom Monopolkapital diktierten Interesse Widerstand entgegensetzt und dabei die objektiv fortschrittliche Tendenz der Wissenschaftsentwicklung ausnutzt. Eine Grundvoraussetzung ist daher die Mitbestimmung aller Wissenschaftler schon bei der Formulierung von Prioritäten, eine Forderung, die nur mit Hilfe der Gewerkschaften realisiert werden kann. Die Verantwortung der Wissenschaftler erstreckt sich zunächst und vor allem darauf, die wahren Verhältnisse zu erforschen und diese der gesamten Öffentlichkeit mitzuteilen, die wirklichen Gefahren von den unwissenschaftlichen Katastrophen- und Zusammenbruchsideologien sauber zu trennen und beispielsweise auch entsprechende Bürgerinitiativen zu unterstützen.

Daß die Vergesellschaftung von Wissenschaft voranschreitet und damit die Bedingungen für eine demokratische Bewegung besser werden, zeigt sich an der allmählichen Ebablierung der Wissenschaftstheorie und -soziologie (136) und dies wiederum bedeutet objektiv, daß mit der Gesamtentwicklung in immer stärkerem Maße die materiellen Voraussetzungen und Vorbereitungen für den Sozialismus geschaffen werden. (137)

135 Wortlaut in der FR vom 11.7. 1975. Kritisch dazu Thomas Neumann: „Anpassung" der Wissenschaft, in DVZ Nr. 32 vom 7.8. 1975.

136 H.J. Krysmanski, a.a.O.

137 W.I. Lenin: „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll", in: Werke Bd. 25, S. 370 (Werke in sechs Bänden, Frankfurt/M. 1970, Bd. III, S. 443); V. Stoljarow: „Zu weltanschaulichen Grundlagen der wiss.-techn. Revolution", in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh) Sonderheft 1973, S. 62–83, hier: S. 82; Joachim Fremberg: „Zum Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die ungleichmäßige Entwicklung im heutigen Kapitalismus" in: Ökonomischer Strukturwandel und kapitalistische Widersprüche. IPW-Forschungshefte 3/1975, S. 84–106, hier: S. 89; D. Gwischiani: „Die WTR und der Fortschritt", in: Gesellschaftswissenschaften 3/1975, S. 104–116, hier: S. 111.

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Herausgeber: Arthur Böpple, Heinz Lukrawka, Willi Malkomes, Heinz Seeger

NACHRICHTEN
erscheinen seit 1961 – Einzelpreis 3,– DM, Jahresabonnement 28,60 DM einschl. Zustellgebühren

NACHRICHTEN
eine wirksame Waffe gegen Unternehmer.
Wie kämpft man erfolgreich für Arbeiterinteressen, für höhere Löhne und Gehälter, für Mitbestimmung, gegen Arbeitslosigkeit und Unternehmerwillkür?
NACHRICHTEN geben darauf die Antwort.

NACHRICHTEN
vermitteln Erfahrungen, geben Hinweise und Anregungen. Sie untersuchen aus kritischer Sicht die Haltung von Unternehmerverbänden, Bundesregierung und Parteien zu allen Problemen, die Arbeiter, Angestellte und Beamte heute bewegen.

NACHRICHTEN
veröffentlichen allmonatlich in einem umfangreichen Dokumententeil wichtige Reden und Beschlüsse aus den Gewerkschaften.

NACHRICHTEN
bringen alle drei Monate (März, Juni, September und Dezember) die einzige marxistisch interpretierte Wirtschafts- und Sozialstatistik der Bundesrepublik, die

INFORMATIONEN
zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse in der BRD

die vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt, erarbeiteten INFORMATIONEN schließen damit eine Informationslücke.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich/wir

..... Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 28,60 DM jährlich einschließlich Portogebühren

..... Probeexemplar(e) NACHRICHTEN

Name: .....

Vorname: .....

PLZ/Ort: .....

Straße: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....

(Bitte deutlich schreiben)

NEUE TENDENZEN IM VERHÄLTNIS ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND GEWERKSCHAFT IN DER BRD

Die seit etwa einem Jahrzehnt in der Bundesrepublik erneut entflammten Klassenkämpfe weisen nicht nur neue Schwierigkeiten, sondern auch eine Reihe für die deutsche Arbeiterbewegung neuer positiver Entwicklungen auf. Bereits auf der Oberfläche zeichnet sich ein neues Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Intelligenz und Arbeiterbewegung ab, das seine konkrete Ausformung in der gewerkschaftlichen Orientierung der Studentenschaft, aber auch in einem sich wandelnden Verhältnis der Gewerkschaften zum Wissenschaftsbetrieb findet. Diese Veränderungen, obgleich objektiven Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der sich in ihm entwickelnden wissenschaftlich-technischen Revolution entsprungen, stellen ein besonderes Merkmal im subjektiven Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung dar.

Die herrschenden Kräfte in der BRD versuchen dieser Entwicklung mit dem Abbau von Mitbestimmungsrechten, der politischen Disziplinierung der verfaßten Studentenschaft und letztlich mit den Berufsverboten zu begegnen. Nicht zuletzt diese Reaktion beweist, von welcher Bedeutung die Entwicklung im Wissenschaftsbetrieb, sowohl für die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Systems, als auch für seine Veränderung ist.

Gerade die heftige Reaktion des Klassengegners, mit der Einschränkung von Mitbestimmungsrechten und der trotz internationaler Proteste unbeirrt fortgesetzten Berufsverbotspraxis, verweist jedoch auf die Notwendigkeit, die Entwicklung des Verhältnisses von Wissenschaft und Gewerkschaft genauer zu analysieren und der Zusammenarbeit neue Wege zu weisen.

Das Interesse der Gewerkschaften an der Hochschulreform, sowohl an ihren Inhalten als auch an ihren Formen und die gewerkschaftliche Orientierung an den Universitäten haben sich, von punktuellen Berührungen abgesehen, weitgehend unabhängig voneinander vollzogen. Für die beiden Entwicklungswege waren weniger eine gemeinsame Diskussion als vielmehr gemeinsame, unabhängig vom Wirken der beiden Seiten bestehende, objektive Bedingungen verantwortlich. Erst in den letzten Jahren hat sich für das Miteinander der fortschrittlichen Kräfte an den Universitäten und der Gewerkschaften eine neue Form ergeben, die vertraglich institutionalisierte Zusammenarbeit durch Kooperationsabkommen. Aus der Bewegung an den Universitäten, die solche Kooperationsvereinbarungen vorantrieben und aus der Entwicklung des zunehmenden Interesses der Gewerkschaften an Form und Inhalt der Hochschulreform, lassen sich entscheidende Schlüsse für ein koordiniertes Zusammenwirken im Interesse der arbeitenden Bevölkerung in der BRD und in Westberlin ziehen.

Das traditionelle Verhältnis von Wissenschaft und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland

Die Gewerkschaften sind die breiteste und älteste Organisation der Arbeiterklasse. Ihre Entstehungsgeschichte hat ihre Wurzeln in den spontanen Widerstandsbewegungen der Arbeiterklasse gegen das Kapital, den Wert der Ware Arbeitskraft zu erhalten. (1) In diesem ökonomischen Kampf wird das kapitalistische

1 Vgl. dazu Friedrich Engels: „Die Trade-Unions"; MEW 19, S. 254.

Lohngesetz nicht verletzt, „im Gegenteil, er bringt es voll zur Geltung." (2) Folglich entsteht aus der Tätigkeit der Gewerkschaften unmittelbar kein Bedürfnis nach theoretischer Anleitung; wenngleich die Organisation der Arbeiterklasse die realte Grundlage zur Verwissenschaftlichung ihrer Politik legt. Die Unterwerfung unter das Kapital und der Kampf gegen das Kapital weckt in der Arbeiterklasse das Bedürfnis nach einer neuen Gesellschaft, ohne daß dieses Bedürfnis von sich aus zu seiner theoretischen Form drängt. „Erst die wissenschaftliche Analyse deckt die Bedingungen für die notwendige Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse auf." (3)

Lenin stellte dazu fest: „Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m." (4)

Der wissenschaftliche Sozialismus ist von bürgerlichen Parteigängern der Arbeiterklasse entwickelt worden. Diese Verbindung von Wissenschaft und Arbeiterbewegung hat sich zwar auf der Grundlage der Klassenkämpfe und im Zusammenhang mit den Klassenkämpfen hergestellt, ihre besondere Form, die Notwendigkeit eines „Hineintragens in die Klassenkämpfe" (5) weist jedoch auf das Problem hin, das für die Verbindung von Wissenschaft und Arbeiterbewegung schon immer bestanden hat. Wird die wissenschaftliche Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit und damit die Wissenschaft der Veränderungsmöglichkeit nicht in die Klassenkämpfe hineingetragen, sinkt das Bewußtsein der Arbeiterklasse auf ein rein ökonomisches ab.

Marx, Engels und Lenin leiteten aus dieser Tatsache die Notwendigkeit der Partei ab (6) und die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß ihre politische Schwäche stets eine Schwäche der Arbeiterparteien war.

Das Verhältnis der Arbeiterparteien der verschiedenen Länder zur Wissenschaft, die ihren Kampf theoretisch begründet, hat sich stets recht wechselhaft gestaltet. Es entwickelte sich über Phasen intensiver theoretischer Reflexion bis zur opportunistischen Revision der Theorie, ja bis zur totalen Theoriefeindlichkeit, zum Agnostizismus.

Der Charakter des ökonomischen Kampfes und damit der Charakter der Gewerkschaften bringt es mit sich, daß die Gewerkschaftsbewegung zwar einerseits stärker in die Klassenkämpfe hineingezogen wurde, andererseits aber, auf Grund ihrer Ferne zum politischen Kampf, noch weniger die Verbindung zur Wissenschaft suchte.

Doch diese grundsätzliche Beziehung zwischen Arbeiterbewegung und Wissenschaft, mit all ihren Schwankungen und Brüchen, vermag noch nicht das Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Intelligenz beziehungsweise zwischen Arbeiterorganisationen und Wissenschaftsbetrieb zu erklären. Dieses konkrete Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Institutionen ist zwar mit der mehr oder minder ausgeprägten wissenschaftlichen Begründung der Klassenkämpfe verbunden, folgt aber auch anderen determinierenden Faktoren, wie

2 Friedrich Engels: „Das Lohnsystem"; MEW 19, S. 253.

3 Karl Theodor Schuon: „Arbeiterbewegung und Wissenschaft"; in: Sopo 22. S. 81.

4 W.I. Lenin: „Was tun? " Ausgewählte Werke Bd. I; Berlin 1970. S. 166.

5 Vgl. dazu Erich Hahn: „Materialistische Dialektik und Klassenbewußtsein"; in: Konsequent-Sonderheft Nr. 1, Westberlin 1972, S. 63 f.

6 Ebenda.

etwa der Klassenlage der wissenschaftlichen Intelligenz und dem Klassencharakter der Insitution Hochschule.

Die bürgerliche Wissenschaft hat in Deutschland die Wissenschaft der Arbeiterbewegung, den wissenschaftlichen Sozialismus, wenn er auch eine Fortsetzung ihrer besten Traditionen war, anfangs totzuschweigen und nur in Ansätzen zu widerlegen versucht. Erst als der wissenschaftliche Sozialismus zum beherrschenden theoretischen Moment in der deutschen Arbeiterbewegung wurde, kam es zu einem punktuellen Miteinander zwischen bestimmten Teilen des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes und der Arbeiterbewegung. Es war dies die Geburtsstunde des deutschen Kathedersozialismus, dem die „soziale Frage" zum exotischen Forschungsobjekt wurde und der objektiv die ideologischen Grundlagen für den Revisionismus legte.

„Diese Burschen", so schrieb Marx 1879, „theoretisch null, praktisch unbrauchbar, wollen dem Sozialismus (den sie sich nach den Universitätsrezepten zurechtgemacht) und namentlich der sozialdemokratischen Partei die Zähne ausbrechen, die Arbeiter aufklären oder, wie sie sagen, ihnen ‚Bildungselemente' durch ihre konfuse Halbwisserei zuführen und vor allem die Partei in den Augen des Spießbürgers respektabel machen. Es sind arme konterrevolutionäre Zungendrescher." (7)

Eine Theorie der Klassenkämpfe, die sie wissenschaftlich begründen könnte, ist an den deutschen Universitäten weder geduldet nocht weiterentwickelt worden. Wo, wie durch die Kathedersozialisten dennoch eine Verbindung von bürgerlichem Wissenschaftsbetrieb und revolutionärer Arbeiterbewegung zustande kam, geschah dies im Sinne einer sozialintegrativen Politik.

Eine neue Qualität erhielt das Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Wissenschaft nach der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, der Festlegung der Sozialdemokratie auf den „dritten Weg" und der Integration der Gewerkschaften in das bürgerliche Gesellschaftsgefüge. Die objektiv veränderte Situation der Gewerkschaften der Weimarer Republik, ihre Mitwirkung am betrieblichen Geschehen durch Betriebsräte bei gleichzeitigem Verzicht auf eine revolutionäre Arbeiterpolitik, schuf auf seiten der Gewerkschaften ein Bedürfnis nach wissenschaftlich fundierter Handlungskompetenz, in einem stark verkürzten Sinne.

Auf dieser Grundlage integrationistischer Politik entwickelte sich die erste institutionelle Verbindung zwischen Gewerkschaftsbewegung und Universität: die heute noch bestehende „Akademie der Arbeit" (AdA) in Frankfurt. Zur Gründung der Akademie im Jahre 1921 kam es, als eine größer werdende Zahl von Arbeitern für die Betriebsräte und für den Gewerkschaftsapparat gebraucht wurde. Die Akademie ging auch aus der Frankfurter Betriebsräteschule hervor und verdankt ihr Entstehen hauptsächlich den Bemühungen des Frankfurter Stadtverordneten Professor Sinzheimer, der bereits 1920 vorschlug, „der Frankfurter Universität ein Institut zur akademischen Ausbildung von Arbeitern, Angestellten und Gewerkschaftsbeamten" (8) anzugliedern.

Die Leitung der Akademie übernahm der Erwachsenenbildner Eugen Rosenstock-Huessy, nach dessen Auffassung „die alte Arbeiter- und Volksbildung in eine ‚Erwachsenenbildung des Volkes der Arbeit' hinübergeleitet werden"

7 Karl Marx: „Brief an Friedrich Adolph Sorge vom 19. Sept. 1879"; in: MEW 34, S. 412.

8 Artur Meier: Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und zur systematischen Bildung und Erziehung erwachsener Werktätiger (1918–1923), Hamburg 1971.

sollte. (9) Zwar belegten die Studenten an der Universität sozialwissenschaftliche Vorlesungen, doch der Lehrplan der Akademie konzentrierte sich fast ausschließlich auf arbeitsrechtliche und betriebswirtschaftliche Themen.
Die für die deutsche Arbeiterbewegung neue Form der Kooperation zwischen Gewerkschaft und Wissenschaftsbetrieb fand die ungeteilte Zustimmung von rechts. „Als die Gründung der Akademie im preußischen Parlament zur Sprache kam, fand das Objekt ausgerechnet den Beifall der Deutschnationalen und der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei. Schließlich fehlte auch der sozialdemokratische Minister Haenisch nicht im Chor derer, die die neue Einrichtung über Gebühr lobten. Er meinte: „Ich hoffe zuversichtlich, daß die Akademie in Frankfurt, . . . die Anbahnung der Versöhnung zwischen Akademikerwelt und Arbeiterschaft, die ich vorhin schon als Vorbedingung für den Wiederaufstieg des Volkes bezeichnet habe, fördern wird." (10)
Rosenstock-Huessy nannte als Ziel dieser Verbindung von Gewerkschaftsbewegung und Universität „die Ausbildung von Arbeitern für bestimmte Ämter." (11) Daß die von den Arbeitern wahrzunehmenden „Ämter" der Verbeamtung der Arbeiteraristokratie zu dienen hatten und nahtlos in die bürgerliche Integrationsstrategie paßten, gab Rosenstock-Huessy unumwunden zu: „Dem Arbeiter, der zur Beschäftigung mit geistigen Dingen veranlaßt wird, muß ein Aufriß der geistigen Welt, in der er sich als Beamter bewegen soll, gegeben werden, damit er sich nicht in ihr verliere." (12)
Weitere Ansätze zur institutionellen Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Wissenschaftsbetrieb und den Gewerkschaften in der Weimarer Republik: 1922 wurden in Berlin und Düsseldorf die „Staatlichen Schulen für Wirtschaft und Verwaltung" ins Leben gerufen. Die Teilnehmer, Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und christlicher Gewerkschaften, wurden in zehnmonatigen Lehrgängen in Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Sozialpolitik sowie Staats- und Arbeitsrecht ausgebildet. (13) Die opportunistische Richtung der Schulen, deren Dozenten überwiegend aus den staatlichen Fach- und Hoschschulen stammten, wurde vom Leiter der Düsseldorfer Schule, Dr. Seelbach, verdeutlicht: „Wer Arbeiterbildung durch den Staat will, der will ein bestimmtes politisches Ideal, der will im Rahmen und im Geiste etwa der derzeitigen Verfassung die Zusammenarbeit in unserem Volke." (14)
Von seiten der revolutionären Arbeiterbewegung fehlte es in der Weimarer Republik an Zusammenarbeitsbereitschaft mit der bürgerlichen Intelligenz und den Universitäten. Obwohl zahlreiche Intellektuelle durch die Nachkriegskrise proletarisiert worden waren, lehnte die KPD eine Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Universitätsangehörigen im Gegensatz zur reformistischen Gewerkschaftsbewegung grundsätzlich ab. So trat sie in ihren Richtlinien zur Bildungspolitik, die auf der Reichsbildungskonferenz 1922 verabschiedet wurden, entschieden gegen ein Mitwirken der Universitäten und staatlichen Hochschulen in der Erwachsenenbildung ein. (15) Erst nach dem V.

9 Artur Meier, a.a.O., S. 194.

10 Ebenda.

11 Eugen Rostenstock-Huessy: „Die Akademie der Arbeit", in: Zur Geschichte der Arbeiterbildung, Bad Heilbrunn 1968, S. 90. .

12 Ebenda.

13 Artur Meier, a.a.O., S. 196.

14 Ebenda.

15 Vgl. dazu auch Artur Meier, a.a.O., S. 205.

Weltkongreß der Kommunistischen Internationale änderte sich die Einstellung der KPD zur Intelligenz und zu den Universitäten. Clara Zetkin wies in ihrem Referat „Die Intellektuellenfrage" der Bündnispolitik mit der wissenschaftlichen Intelligenz neue Wege. (16)
Doch der Erfolg dieser Bündnispolitik beschränkte sich auf die freischaffende Intelligenz. Eine Zusammenarbeit, wie sie sich in der Weimarer Republik zwischen rechten Sozialdemokraten sowie reformistischen Gewerkschaftlern und Universitätsangehörigen herausbildete, gelang der revolutionären Arbeiterbewegung nicht. Erst im Widerstand gegen den Faschismus kam es zu Bündnissen zwischen demokratischen Professoren und revolutionärer Arbeiterbewegung.

Nicht anders entwickelte sich das Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Studentenschaft. Erst 1929 schlossen sich die Roten Studentengruppen, in denen die Kommunisten als Fraktion arbeiteten, zum Reichsverband Freisozialistischer Studenten (RFS) zusammen. Die stärkste Gruppe bestand in Berlin und zählte 350 Mitglieder. (17)
In der Weimarer Republik gehörte die deutsche Studentenschaft zum harten Kern der Reaktion. Unmittelbar nach der Novemberrevolution trat sie der Arbeiterschaft in den Freikorps entgegen. „Am 29. April 1919 entschied ein Kongreß der Senate und Studentenbünde von 37 deutschen Hochschulen und Universitäten, im Herbst des Jahres ein Zwischensemester der Freiwilligen einzulegen. Einige Universitäten, so Leipzig, Marburg, Erlangen und Würzburg, schlossen monatelang ihre Pforten, damit möglichst alle Studenten geschlossen gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden konnten." (18)

Während des Kapp-Putsches stand die Studentenschaft in den „Zeitfreiwilligen-Verbänden" beziehungsweise in der Technischen Nothilfe als Streikbrecher auf der Seite der Reaktion. (19)

Unabhängig von den Inhalten, die die bürgerliche Wissenschaft damals vertrat, forderte jedoch die reformistische Gewerkschaftsführung von den Universitäten die „schnellste und vollständigste Auslieferung des akademischen Wissens an die Arbeiterschaft." (20)

Die Hauptlinien der Entwicklung des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und Wissenschaftsbetrieb waren zwischen der Novemberrevolution und dem Ausbruch des Faschismus durch schroffe Gegensätze gekennzeichnet. Während die sozialintegrativen Teile der Arbeiterbewegung in blinder Wissenschaftsgläubigkeit die Kooperation mit den Universitäten suchten und dabei unkritisch ihre Inhalte adaptierten, entwickelte die revolutionäre Arbeiterbewegung zu spät eine umfassende Strategie für eine aktive Bündnispolitik. Die Universitäten entwickelten sich währenddessen immer mehr zu Brutstätten des Faschismus und zur ideologischen Speerspitze der Reaktion.

16 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960, S. 9 ff.

17 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung/Chronik II, Berlin 1966, S. 240.

18 Günter Paulus: „Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1955, S. 697.

19 Vgl. dazu Michael Boedecker, Andre Leisewitz: „Intelligenz und Arbeiterbewegung", in: Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, Köln 1973.

20 Eugen Rosenstock-Huessy, a.a.O., S. 85.

Die Stellung der Gewerkschaften zu den Universitäten nach der Niederlage des Faschismus

Es waren im wesentlichen drei Faktoren, die die Gewerkschaften in Westdeutschland nach 1945 zwangen, der Entwicklung im gesamten Bildungsbereich und darunter auch der Entwicklung an den Universitäten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Zum einen hatte sich gezeigt, daß der Faschismus gerade an den Hochschulen wie im übrigen Bildungsbereich starke Unterstützung fand, so daß der Aufbau eines demokratischen Bildungswesens unabdingbar wurde, wenn nicht erneut faschistische, rassistische und nationalchauvinistische Ideologien entstehen sollten. Zweitens zeigte sich schon nach den ersten Jahren des Wiederaufbaus, daß die Arbeiterklasse erneut durch das in der alten Form restaurierte Bildungssystem benachteiligt wurde und drittens demonstrierte die Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone und in der späteren DDR, zu welchen Leistungen ein an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiertes Bildungssystem in der Lage ist.

Die ersten Jahre der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung waren vom Kampf um die Sozialisierung, schließlich vom Kampf um Mitbestimmung gekennzeichnet. Als 1949 die wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätze des DGB zusammengefaßt wurden, nahmen deshalb die Forderungen zur Bildungspolitik noch einen geringen Raum ein. (21) Doch schon 1959 befaßte sich der 5. DGB-Kongreß mit 19 Anträgen zur Kultur- und Bildungspolitik. (22) Das Grundsatzprogramm von 1963 entwickelte dann Forderungen, die erst ein knappes Jahrzehnt später von der fortschrittlichen Studentenbewegung gestellt wurden. So etwa der Grundsatz, daß „in den Hochschul- und Wissenschaftsgremien, in denen gesellschaftliche Gruppen durch ihre Verbände vertreten sind, . . . die Arbeitnehmer durch ihre Gewerkschaften beteiligt sein" müssen. (23) Die Forderung, daß die Gewerkschaften Zugang zu den Ergebnissen der Forschung haben und auch Anteil an der Planung der vom Staat finanzierten Hochschulen gewinnen müssen, wurde zu einer Zeit gestellt, als große Teile der Studenten noch in den Schützengräben des kalten Krieges verharrten.

Zu ersten gemeinsamen Aktionen von Gewerkschaftsbewegung und Studentenschaft sowie fortschrittlichen Hochschullehrern kam es in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze. Nicht die bildungspolitischen Forderungen und nicht die Kritik an der ausschließlich an den Verwertungsinteressen des Kapitals orientierten Hochschule bildeten Anlässe des gemeinsamen Handelns von Studentenschaft und Gewerkschaftsbewegung, sondern die Verteidigung demokratischer Rechte.

In der Folge stellten sich besondern in der Solidarität mit dem vienamesischen Volk punktuelle Aktionsbündnisse zwischen Studentenschaft und Gewerkschaftsjugend her, doch die antiautoritäre Phase der Studentenbewegung, in der sich Teile der Studentenschaft selbst zum revolutionären Subjekt kürten (24) und in ihren gewerkschaftsfeindlichen Polemiken noch die Unternehmerverbände übertrafen, erschwerte die Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns.

21 Gerhard Leminsky, Bernd Otto: Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974, S. 79.

22 Die westdeutschen Gewerkschaften, Berlin 1968, S. 409.

23 Leminsky/Otto, a.a.O., S. 43.

24 AStA Freiburg und SHB Freiburg (Hrsg.): Aktuelle Materialien zur Klassenanalyse hochentwickelter Gesellschaften, Freiburg 1970/71, dort insbesondere S. 4.

Währenddessen nahm die Einsicht in der Gewerkschaftsbewegung, daß im Bildungsbereich entscheidende Weichen für die soziale Lage der Arbeiterschaft gestellt werden, zu. Fast unabhängig von der Entwicklung an den Hochschulen kristallisierten sich in den DGB-Gewerkschaften Vorstellungen von einem an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientierten Bildungssystem heraus. Erst am Anfang der siebziger Jahre fanden die Bewegung an den Hochschulen und der DGB wieder zusammen.

Auf der Seite der Gewerkschaften drückte sich diese Entwicklung 1972 in den „bildungspolitischen Vorstellungen" und 1973 in den „Forderungen zur Hochschulreform" aus. Das erste Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Geschichte der Universitäten hatten Gewerkschaften und Studentenbewegung die gleiche Sprache gefunden. In den „bildungspolitischen Vorstellungen" von 1972 heißt es: „Das Verlangen nach Gleichheit der Bildungschancen und einer Demokratisierung des Bildungswesens gehört zu den Grundforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes." (25) Noch konsequenter zeigten sich die ein Jahr später verabschiedeten „Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hochschulreform." (26) Der DGB beanspruchte eine „führende Rolle bei der Diskussion und Durchsetzung der Bildungsreform" und forderte, „daß die Reform von den Interessen der Arbeitnehmer bestimmt sein muß." (27) Neben Einzelforderungen zeigte sich in den Forderungen des DGB bereits ein stärkeres Interesse an der Forschungskontrolle und an der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Auftrags der Universitäten: „Durch eine wirksame Erfüllung ihrer Aufgaben haben die Hochschulen zur Emanzipation und zu zunehmender Chancengleichheit beizutragen." (28)

„Die Gemeinsamkeit der Interessen", so formulierte es auf der Seite der Studentenbewegung etwa der MSB-Spartakus, „wird bereits heute wirksam in der Solidarisierung mit der Forderung der Arbeiter nach Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft." (29) Und während sich die gewerkschaftlich orientierte Studentenschaft mit den Forderungen des DGB nach Mitbestimmung solidarisierte, erteilte der DGB dem Versuch eine entschiedene Absage, die Studentenschaft zu disziplinieren: „Ebenso wie der DGB Betriebsstrafen und ein spezielles Ordnungsrecht in anderen Bereichen ablehnt, wendet er sich entschieden gegen ein spezielles Ordnungsrecht an den Hochschulen." (30)

Von der „roten Kaderschmiede" zur „Gewerkschaftsuniversität"

Demokratische Forderungen zur Bildungsreform setzten sich also an den bundesdeutschen und Westberliner Hochschulen wesentlich später durch als in den Gewerkschaften. Zudem fehlte es der Studentenbewegung in ihrem Kampf gegen die Ordinarienuniversität an einer präzisen Bestimmung des Nutznießers der Reform, so daß die Bourgeoisie die Entwicklung an den Universitäten zwar mit Besorgnis betrachtete, Teilforderungen jedoch durchaus positiv gegenüberstand.

25 Leminsky/Otto, a.a.O., S. 85.

26 Ebenda, S. 102–105.

27 Ebenda.

28 Ebenda.

29 Grundsatzerklärung des MSB Spartakus, in: Protokoll des 1. Bundeskongresses am 20. und 21. Mai 1971, Bonn o.J., S. 227.

30 Leminsky/Otto, a.a.O., S. 103.

Die Besorgnis und die mehr an den Formen als an den Inhalten festgemachte Polemik gegen die Studentenbewegung, verwandelte sich erst in dem Moment in handfeste Sanktionen gegen die verfaßte Studentenschaft und die Mitbestimmungsrechte von Studenten und dienstleistenden Hochschulangehörigen, als die gewerkschaftliche Orientierung zur Grundlage ihrer Politik wurde. Die verfassungswidrigen Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz folgten acht Monate nach der Grundsatzerklärung des MSB-Spartakus und seiner theoretischen Begründung einer studentischen Politik an der Seite der Arbeiterklasse.

Die gewerkschaftliche Orientierung der Studentenschaft, getragen von den beiden größten Studentenverbänden MSB-Spartakus und SHB, veränderte das politische Spektrum an den bundesdeutschen Universitäten.

Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung ist zwar, was ihre subjektive Seite betrifft, ein Produkt der theoretischen Auseinandersetzung innerhalb der Studentenbewegung, objektiv wurzelt sie jedoch in der sich wandelnden Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz und in den Bedingungen ihrer Qualifizierung. Die objektiven Bedingungen, die die antiautoritäre Studentenbewegung hervorbrachten, wurden durch die allgemeine Krise des Kapitalismus gesetzt. Die antiimperialistische Befreiungsbewegung in Vietnam und der Abbau demokratischer Grundrechte durch die Notstandsgesetze entlarvten das kapitalistische Herrschaftssystem, waren die Triebkräfte der studentischen Protesbewegung zum Ausgang der 60er Jahre.

Den Resonanzboden für die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung aber gaben die materiellen Verhältnisse an den Universitäten selbst ab. Unzureichende Studienbedingungen, politische Reglementierungen der verfaßten Studentenschaft und zunehmende Zweifel an der Verwertbarkeit der eigenen Arbeitskraft im durch die kapitalistischen Verwertungszwänge geprägten späteren Berufsfeld, waren gewichtigere Faktoren für eine Veränderung im Bewußtsein der Studentenschaft, als der Zerfall des kapitalistischen Herrschaftssystems im Weltmaßstab.

Die Einsicht in diese objektiven Bedingungen entwickelt und eine auf diese Einsicht aufbauende studentische Politik formuliert zu haben, ist das Verdienst der gewerkschaftlich orientierten Gruppen. Die große Verweigerung der Studentenbewegung, ihr pseudorevolutionärer Sturm gegen die Autoritäten, konnte von den Herrschenden gelassen ertragen werden. Die Hoffnung, der etwas entartete Studentenulk werde für die Masse der Studenten vergessen sein, wenn sie erst den Infektionsherd Hochschule verlasse, war nicht unbegründet. Als jedoch die sozialistische Studentenbewegung in ihrer Mehrheit die tatsächliche soziale Lage der Studenten zum Gegenstand ihrer Politik machte, den Zusammenhang zwischen Studiensituation und Proletarisierungstendenzen im späteren Berufsfeld aufdeckte, drohte der Bourgeoisie erstmals in der Geschichte der bürgerlichen Universitäten ein Loyalitätsverlust bei der studierenden Jugend. Die gewerkschaftliche Orientierung, das heißt der Versuch „die Mehrheit der Studenten für ihre organisierte Interessenvertretung zu gewinnen, sie an die Arbeiterbewegung heranzuführen und sie auf die gewerkschaftliche Organisierung in den DGB-Gewerkschaften in ihrem späteren Beruf vorzubereiten“ (31), erwies sich als bedrohlicher als die bisherige Studentenbewegung.

Während Straßenschlachten mit der Polizei am Ende der sechziger Jahre zwar gerichtlich geahndet, in vielen Fällen die Bestraften jedoch amnestiert wurden

31 Christiane Reymann/Paul Schäfer: „Bemerkungen zum antimonopolistischen Kampf an der Hochschule und zur Politik der gewerkschaftlichen Orientierung“, in: Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, Köln 1973, S. 359.

und, wie die Berufsungspraxis gezeigt hat, kaum Nachteile bei der Einstellung in den Staatsdienst nach sich zogen, wurde nunmehr die Wahrnehmung demokratischer Grundrechte, die Mitarbeit an der studentischen Selbstverwaltung und die Organisation in legalen Studentenverbänden Anlaß zur totalen Existenzvernichtung, Anlaß zum Berufsverbot.

Nicht der zum Popanz aufgebaute akademische Berufsrevolutionär, sondern der gewerkschaftlich organisierte Intellektuelle, der in seinem Berufsfeld den Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen suchen könnte, zwang die Herrschenden, zum Mittel des Berufsverbots zu greifen.

Der qualitative Sprung in der Studentenbewegung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Universitäten. Am deutlichsten zeigte sich dies an den beiden in den 70er Jahren gegründeten Reformuniversitäten Bremen und Oldenburg. Beide Universitäten wurden durch paritätisch besetzte Gründungsgremien geplant, übernahmen den gesellschaftlichen Auftrag der Universität in ihre Grundordnungen, entwickelten früh institutionelle Beziehungen zu den Gewerkschaften und weisen unter allen Hochschulangehörigen einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf.

Beide Reformuniversitäten, die erstmals in der Form ihrer Gründung durch drittelparitätische Gremien und der Zielbestimmung ihrer Reform voll den Forderungen des DGB entsprachen, widerspiegeln in ihrer Entwicklung und in der gegen sie vorgetragenen Polemik den Wandel in der Studentenbewegung.

Der Bremer Gründungssenat wurde von Studentenvertretern besetzt, die entweder überhaupt nicht politisch organisiert waren, oder linksopportunistischen Gruppierungen angehörten. Annähernd das gleiche politische Spektrum zeigte sich bei der Besetzung der Planerstellen. Die Bremer Universität ging bereits während ihrer Gründung in den deutschen Blätterwald als „rote Kaderschmiede“ ein.

Im Oldenburger Gründungsausschuß, der in dem Zeitabschnitt gebildet wurde, als sich die gewerkschaftliche Orientierung in der Studentenschaft durchsetzte, waren bereits zwei von vier studentischen Sitzen mit Mitgliedern des MSB besetzt. Die Oldenburger Universität richtete auf Antrag dieser beiden Studenten noch vor dem offiziellen Studienbeginn einen Nichtabiturientenkurs für die Zulassung zum Hochschulstudium ein, der gemeinsam mit Vertretern des DGB geplant wurde und veranstaltete gemeinsam mit der dem DGB verbundenen Bildungsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ Kurse für Betriebsräte. Auch der acht Monate nach Studienbeginn geschlossene Kooperationsvertrag mit dem DGB und „Arbeit und Leben“ wurde von diesen Studenten im Gründungsausschuß beantragt, dort einstimmig verabschiedet und von der gesamten Universität unterstützt.

Der Beschluß der Oldenburger Universität, sich den Namen „Carl-von-Ossietzky-Universität“ zu geben und ihr intensiver Kontakt mit den Gewerkschaften, machte es schwer, sie als ultralinke „rote Kaderschmiede“ zu verunglimpfen. Die Carl-von-Ossietzy-Universität war die erste deutsche Universität, die wegen ihres Kooperationsvertrages mit dem DGB den Landtag und den Bundestag beschäftigte und sich in den bürgerlichen Massenmedien die Bezeichnung einer „Gewerkschftsuniversität“ zuzog. (32)

Die Bremer Universität schloß im Juli 1971 die erste Kooperationsvereinbarung mit einer Einrichtung der Arbeiterschaft. Kooperationspartner war jedoch

32 CDU-MdB Prof. Klein in einer Presseerklärung vom 27.11. 1974, abgedruckt in der Oldenburgischen Volkszeitung vom 28.11. 1974.

nicht der DGB, sondern die Bremer Arbeiterkammer, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die in dieser Form lediglich in Bremen und im Saarland existiert. Die Arbeiterkammer verdankt ihre Existenz wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen, wie sie in der Weimarer Republik von Naphtali entwickelt wurden und ist als Gegenstück zu den Industrie- und Handelskammern der Unternehmer gedacht. Der DGB hat diesen Einrichtungen jedoch stets skeptisch gegenübergestanden und sich stets entschieden gegen eine Wiederholung der Bremer Einrichtung in anderen Bundesländern zur Wehr gesetzt. Mit Recht fürchtet der DGB, daß aus Arbeiterkammern halbstaatliche Konkurrenzinstitutionen werden können.

Ohne Zweifel haben die Vorbehalte des DGB auf die Bremer Kooperation zurückgewirkt. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften waren am Zustandekommen des Vertrages nur sehr mittelbar beteiligt. Die Gespräche fanden zwischen zwei Körperschaften des Landes Bremen statt und der DGB war von ihnen lediglich nur dadurch informiert, daß er in den Aufsichtsgremien der Arbeiterkammer repräsentiert ist. So konnten zumindest am Anfang der Kooperation bestimmte Widerstände bei den Gewerkschaften nicht beseitigt werden. Die Widerstände wurden jedoch in dem Maße überwunden, wie die mit Mitteln des Landes Bremen wohl ausgestattete Kooperationsstelle den Gewerkschaften in der Arbeiterbildung und in der Arbeitswissenschaft konkrete Forschungsergebnisse anbieten konnte.

Da die Kooperation gewissermaßen unter dem politischen Schutzschild des Bremer Senats und in dessen eigener Rechtskompetenz abgeschlossen wurde, blieben auch jene heftigen Angriffe der Unternehmerseite in Bremen aus, durch die Oldenburg von sich reden machte.

Die Bremer Universität hatte im Juli als erste institutionelle Beziehungen zur organisierten Arbeiterschaft aufgenommen. Sie schloß jedoch keinen Vertrag mit dem DGB, sondern mit der Arbeiterkammer, einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung in Bremen. Während die Beziehungen zwischen der Universität Bremen und dem DGB bzw. den Einzelgewerkschaften indirekt hergestellt wurden, schloß die Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg erstmalig einen Vertrag unmittelbar mit dem DGB, dem im Frühjahr 1975 eine ähnliche Kooperationsvereinbarung zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall folgte.

Falsche Einschätzungen der Kooperationsmodelle

Die objektiven Bedingungen, die das Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Wissenschaft bestimmen, liegen in der Natur des geschichtlichen Auftrags der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist die erste Klasse in der Geschichte der Menschheit, die nur dann die politische Herrschaft antreten kann, wenn sie die überlieferten Produktionsverhältnisse aufhebt. Während andere zur Macht kommenden Klassen ausschließlich der politischen Macht bedurften, um ihre bereits entwickelte Aneignungsweise durchzusetzen, muß die Arbeiterklasse mit der Erlangung der politischen Macht ihre Aneignungsweise aufheben und neue, in der alten Gesellschaft nicht als Modell vorfindbare Produktionsverhältnisse entwickeln. So wie die Bourgeoisie zur Entwicklung ihrer Produktionsverhältnisse die Naturwissenschaft brauchte, bedarf die Arbeiterklasse überdies der Wissenschaft von der Gesellschaft.

Dieses grundsätzliche Verhältnis der Arbeiterklasse zur Wissenschaft ist bei denen, die derzeit in der BRD Kooperationen zwischen Universitäten und Gewerkschaften tragen, oder zu entwickeln versuchen, unbestritten. Es ist jedoch

ein Irrtum anzunehmen, daß es Aufgabe der Universitäten sein könnte, den wissenschaftlichen Sozialismus in die Gewerkschaften zu tragen. (33)

Just diese Auffassung wird jedoch von einer Reihe linker Wissenschaftler vertreten.So heißt es etwa in einem Papier der BAK: „Die Kooperation der Gewerkschaften mit — in erster Linie — sozialistischen Wissenschaftlern muß deshalb die solidarische Kritik gewerkschaftlichen Selbstverständnisses und der daraus resultierenden Strategie einschließen, allerdings nicht nur auf der Systemebene als Kapitalismuskritik, sondern vor allem in einer auf der Basis sozialwissenschaftlicher, empirischer Forschung abgesicherten Kritik an der konkreten Praxis gewerkschaftlichen Handelns.“ (34)

Die Universitäten als Hort des wissenschaftlichen Sozialismus und die Kooperation als Hebel des Hineinwirkens in die Gewerkschaften — das ist nichts anderes, als die Fortsetzung der alten sozialistischen Studentenbewegung, die sich selbst zum revolutionären Subjekt und zum Hohepriester der Arbeiterbewegung ernannte.

Einem solchen Kooperationsmodell stehen mindestens drei Gründe entgegen. Erstens wird der Charakter der Gewerkschaften als ökonomische Kampforganisation der Arbeiterschaft verkannt. Zwar durchdringen sich innerhalb der gewerkschaftlichen Aktion ökonomisches und politisches Handeln, doch die Gewerkschaften werden und können sich im Kapitalismus niemals ausschließlich von der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus leiten lassen. Dem steht nicht nur der Charakter der Einheitsgewerkschaft, sondern auch der Charakter des gewerkschaftlichen Handelns überhaupt im Wege.

Zweitens widerspricht eine solche Kooperation dem Charakter der Universitäten. Der bürgerliche Wissenschaftsbetrieb ist auch in Teilen, bei aller fortschrittlichen Einstellung einzelner Angehöriger, kein Teil der Arbeiterbewegung und daher auch nicht Träger des wissenschaftlichen Sozialismus.

Drittens aber widerspricht eine solche Kooperationskonzeption der innergewerkschaftlichen Demokratie. Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Strategie ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Praxis aller ihrer Mitglieder. Wer als öffentlich-rechtliche und damit auch als staatliche Institution, in die Entwicklung der gewerkschaftlichen Strategie hineinwirken will, mißachtet die gewerkschaftliche Selbständigkeit. Eine unabdingbare Notwendigkeit klassenbewußter Gewerkschaften. Was im Zusammenwirken zwischen Gewerkschaften und sozialliberaler Bundesregierung in der Form der konzertierten Aktion kritisiert wird, kann im Zusammenwirken zwischen Gewerkschaften und Universitäten nicht zur Maxime erklärt werden, nur weil dieses Zusammenwirken von einigen fortschrittlichen Wissenschaftlern getragen wird.

Die wissenschaftlich begründete Kritik an der Politik der Gewerkschaften hat ihren Stellenwert auch für die gewerkschaftliche Praxis. Doch wer die Kooperation institutionell zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften absichern will, um über den gegebenen Weg in die Gewerkschaften hineinzuwirken, tut dies außerhalb des durch die innergewerkschaftliche Demokratie vorgegebenen Weges.

Die objektiven Bedingungen für die Kooperation zwischen Gewerkschaften und Universitäten in der BRD sind völlig anderer Natur, als daß sie durch die Notwendigkeit bestimmt sein könnten, den wissenschaftlichen Sozialismus in die Gewerkschaften zu tragen.

33 So etwa in einem Projektarbeitspapier des von der BAK im Auftrag der Stiftung Mitbestimmung durchgeführten Forschungsvorhabens zur Kooperation zwischen Universitäten und Gewerkschaften, verf. Mansukript, Bonn 1975, S. 5.

34 Ebenda.

Objektive Bedingungen für die Kooperation zwischen DGB und Universitäten in der BRD

Das Interesse der Gewerkschaften an den Universitäten, beziehungsweise am Forschungs- und Studienbetrieb wird durch zwei Hauptlinien bestimmt. Zum einen verweisen die Gewerkschaften mit Recht auf den gesellschaftlichen Auftrag der Universitäten, was notwendigerweise die Forderung nach sich ziehen muß, daß sich das Geschehen an den Hochschulen an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu orientieren hat. (35) Zum anderen aber weist der ökonomische Kampf in der BRD heute Besonderheiten auf, die eine Verwissenschaftlichung des gewerkschaftlichen Handelns erzwingen. Verursacht wird dies sowohl durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, das heißt durch die Strategien des Kapitals, die relative Erhöhung des Mehrwertes voranzutreiben, als auch durch die besonderen Mitwirkungsrechte auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes.

Was die erste Hauptlinie anbelangt, so „kann es den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein, welche Inhalte und berufliche und soziale Erwartungen den Studierenden in der Hochschulausbildung vermittelt werden." (36) Indem die Gewerkschaften Kooperationen mit Universitäten eingehen, erhalten sie die Möglichkeit, eine an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientierte Ausbildungs- und Forschungspraxis zu unterstützen.

Die zweite Hauptlinie, die Nutzbarmachung des Wissenschaftsbetriebes für die gewerkschaftliche Praxis, entspricht nicht nur den objektiven Interessen der Arbeiterklasse, sie hat sogar ihre juristische Fixierung durch den Gesetzgeber im Betriebsverfassungsgesetz gefunden. So sind in den §§ 87, 88 und 90 des Betr.VG den Betriebsräten Mitwirkungs- und Kontrollrechte zugestanden worden, die nur dann im Interesse der Arbeiterklasse wahrgenommen werden können, wenn die Gewerkschaften ihren Betriebsfuntionären dem Stand der wissenschaftlich-technischen Forschung entsprechende Informationen an die Hand geben können. Wenn es im Gesetz heißt, daß „Arbeitgeber und Betriebsrat . . . die gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit berücksichtigen" sollen, (37) dann kann diese Aufgabe nicht ohne Kontakt mit dem öffentlichen Wissenschaftsbereich gelöst werden.

Die äußerst heftigen Reaktionen des Kapitals und der CDU auf die Kooperationsvereinbarung von Oldenburg wurden argumentativ davon getragen, daß eine solche Indienstnahme der Universitäten der „Freiheit von Forschung und Lehre" widerspreche. (38) Sieht man einmal von der Borniertheit ab, mit der eine solche Behauptung die zahllosen Indienstnahmen des öffentlichen Wissenschaftsbetriebes durch das Kapital übergeht, so vernachlässigt die vorgeheuchelte Besorgnis um die Freiheit von Forschung und Lehre doch die Tatsache, daß sich diese Freiheit innerhalb des gesellschaftlichen Auftrags der Universitäten zu entwickeln hat. Indem die Universitäten den Gewerkschaften und ihren Betriebsfunktionären die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung zur Verfügung stellen, ermöglichen sie diesen die Wahrnehmung ihrer erkämpften Rechte.

35 Leminsky/Otto, a.a.O., S. 103.

36 Verein zur Förderung der Studienreform e.V.; Kriteriennahmen für eine Studienreform in Interesse von Arbeitnehmern, Bonn 9. März 1975, (verf. Manuskript) S. 7.

37 Fitting/Auffarth: Betriebsverfassungsgesetz mit Handkommentar, München 1972, S. 684.

38 Vgl. dazu Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion, Deutscher Bundestag 7. Wahlperiode, Drs. 7/3422.

Für den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften stellt sowohl der Einfluß auf den Ausbildungs- und Forschungsprozeß, als auch die Indienstnahme der Wissenschaft für den Kleinkrieg gegen das Kapital, eine neue Qualität der Kampfmittel her. Daß über diese Indienstnahme der Wissenschaft jedoch der wissenschaftliche Sozialismus in die DGB-Gewerkschaften getragen wird, kann nicht behauptet werden.

Das Interesse der Hochschulangehörigen an der Kooperation mit den Gewerkschaften entspringt objektiv aus ihrer veränderten Klassenalge und subjektiv aus der zunehmenden Einsicht in diese Lage. Es lohnt sich, diese sich wandelnde Klassenlage der Intelligenz genauer zu beschreiben, um Simplifizierungen der Marxschen Klassenanalyse entgegenzutreten. Denn die objektive Situation der Intelligenz an den Hochschulen mag sich verändert haben, so daß ein großer Teil ihrer Interessen mit denen der Arbeiterklasse übereinstimmt, eine Interessenidentität gibt es bei weitem nicht.

Die Intelligenz im Ausbildungsbereich sieht sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus bei der Durchsetzung ihrer Interessen zwar zunehmend den Interessen der Monopole entgegengestellt, zur Arbeiterklasse zählt sie damit jedoch nicht. Der Widerspruch zur Monopolbourgeoisie hat die fortschrittliche Intelligenz auf der einen Seite zu Massenaktionen geführt, die in die Aktionen der Gewerkschaften einmündeten, auf der anderen Seite aber auch ihre Sonderstellung deutlich gemacht. „Es entspricht der Übergangs- und Zwischenstellung der Intelligenz, wenn der Kampf gegen die kapitalistische Form der Vergesellschaftung qualifizierter geistiger Arbeit und ihre sozialen Implikationen die Auseinandersetzung um die Erhaltung, politischer, sozialer und ökonomischer Privilegien impliziert, ständisch-bornierten Charakter annehmen kann." (39)

Eben jene Zwischen- und Übergangsstellung der Hochschulangehörigen zeigt einerseits die objektiven Ursachen, andererseits aber auch die objektiven Grenzen der Kooperation mit den Gewerkschaften auf. Die Überschätzung der eigenen geistigen Produktion weckt Bevormundungsabsichten gegenüber den Gewerkschaften und das Interesse an der Bewahrung ständischer Privilegien versperrt nur zu leicht den Blick auf die Notwendigkeiten, die den Kampf der Arbeiterklasse bestimmen.

Möglichkeiten und Grenzen der Kooperationsvorhaben

Daß die Kooperationen zwischen Gewerkschaften und Universitäten in der BRD nicht von den Inhalten des wissenschaftlichen Sozialismus bestimmt werden, ergibt sich aus dem vorab entwickelten Charakter der Gewerkschaften im Kapitalismus, sowie aus der Klassenlage der Intelligenz. Dieser Rahmen umreißt die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Kooperation. Immer dort, wo sich Hochschulangehörige über diese Grenzen hinwegsetzen wollen, werden sie bei den Gewerkschaften auf Widerstand stoßen, oder das Bündnis innerhalb der Hochschule gefährden.

Auch innerhalb der Gewerkschaften gibt es eine Reihe kritischer Stimmen zu den Kooperationsvereinbarungen. Auf einem Seminar der Stiftung Mitbestimmung, das sich im Mai dieses Jahres mit den Problemen der Kooperation beschäftigte, wurde deutlich, daß es sowohl von der Bereitschaft der örtlichen Gewerkschaftsgremien, als erst recht von der Bereitschaft in den Universitäten her,

39 Christoph Kievenheim: „Zur Stellung der Intelligenz in der Klassen- und Sozialstruktur des entwickelten Kapitalismus", in: Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, Köln 1973, S. 145.

bisher nur wenige Ansätze zu weiteren Kooperationsverträgen gibt. (40) Auf dieser Veranstaltung wurde auch deutlich, daß die wenigen bestehenden Vereinbarungen auf örtliche, personelle und hochschulpolitische Besonderheiten zurückzuführen sind. Von einer zwangsläufigen Entwicklung einer Vielzahl von Kooperationsvorhaben, ausschließlich verursacht durch die oben beschriebenen objektiven Bedingungen, kann gegenwärtig in der BRD nicht gesprochen werden.

Eine Analyse der Geschichte der Kooperationsvorhaben (41) zeigt, daß den Vertragsabschlüssen in der Regel Initiativen der Hochschulen vorausgingen. Dies waren sowohl gemeinsame Veranstaltungen in der Arbeiterbildung, als auch konkrete Forschungsprojekte. Nur auf dieser Ebene, so stellte das oben genannte Seminar der Stiftung Mitbestimmung fest, ließen sich auch weitere Kooperationsmodelle entwickeln.

Schwierigkeiten bereitet die Kooperationspraxis sowohl in Bremen als auch in Oldenburg im wesentlichen deshalb, weil die Gewerkschaften wohl die grundsätzlichen Aufgaben des Miteinanders beschreiben können, kaum aber konkrete Vorschläge entwickeln, da sich das Dienstleistungsangebot der Universitäten nur selten mit der konkreten Tagespolitik der Gewerkschaften in Einklang bringen läßt. Die angebotenen Forschungsergebnisse sind den regionalen gewerkschaftlichen Partnern zu allgemein und die Laufzeit der Vorhaben erscheint den Gewerkschaftlern meist zu lang. Einen Ausweg aus dieser Situation böte eine Kooperation auf höherer Ebene, mit den Bundesvorständen der Gewerkschaften und mit dem WSI (42). Denn nur dort besteht ein Interesse an grundlegenden Forschungsergebnissen. Die regionalen Gewerkschaftsgliederungen sind dagegen auf schnelle Einzeluntersuchungen angewiesen.

Nach Aussagen von Mitarbeitern der Bremer Kooperationsstelle „befindet sich das Kooperationsmodell auch heute noch — also fast drei Jahre nach den ersten tastenden Schritten in Richtung auf eine funktionsfähige Kooperationsstruktur — in einem Stadium experimentellen Suchens." (43) Ähnliche Erfahrungen zeigen sich in Oldenburg, wo — abgesehen von der gemeinsamen Ausbildung von Betriebsräten und Referenten der Arbeiterbildung — noch immer ein Verfahren zur Koordination zwischen gewerkschaftlichen Anforderungen und universitären Programmen gesucht wird.

40 Das genannte Seminar wurde vom 5. bis 9.5. 1975 im Haus der Arbeiterkammer Bremen in Bremen veranstaltet.

41 Vgl. dazu Projektarbeitspapier der BAK a.a.O.

42 Die Stiftung „Mitbestimmung", die im Frühjahr 1975 eine Tagung veranstaltete, um Kooperationsträger und Interessenten aus mehreren Hochschulorten an einen Tisch zu bringen, hat einen Schritt in diese Richtung unternommen. Ob sie freilich diese koordinierende Funktion wahrnehmen kann, hängt nicht nur von ihrer personellen Ausstattung für diese Aufgabe, sondern auch von der Bereitwilligkeit der eigentlichen Kooperationsträger, den DGB-Landesverbänden, ab.

43 Projektarbeitspapier der BAK, a.a.O., S. 52.

DIE ROLLE DER PHILOSOPHIE AUS WISSENSCHAFTSPOLITISCHER PERSPEKTIVE DER UNTERNEHMERVERBÄNDE

1. Vorbemerkungen zur Rolle der Philosophie

Philosophie war und bleibt diejenige Disziplin, die auf allgemeinster Ebene „ihre Zeit in Gedanken faßt" und die die „Gedanken der Herrschenden zu herrschenden Gedanken" im Dienste der Herrschenden zu machen hat. Philosophie ist der wichtigste Produzent von Ideologie. Daher ist es unablässig, einen Blick auf ihren Zustand und ihre Entwicklung zu werfen, will man die gegenwärtigen ideologischen und politischen Kämpfe in der Bundesrepublik und die vehemente Reaktion der Herrschenden auf jeglichen Widerspruch in diesem Lande in ihrer Begründung verstehen.

In der Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Hochschulen und anderer gesellschaftlicher Institutionen hat die Reaktion, die manchem schon in der Defensive schien, ihre eigentliche Stärke mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln hervorgekehrt, und sie ist in ihrem Bestreben, die Linke auf diesem Wege aus der ideologischen Landschaft der BRD und Berlins zu eliminieren, bis über die Grenzen der Verfassungsmäßigkeit gegangen. Der rücksichtslose Machtgebrauch indiziert jedoch immer Schwäche der Glaubwürdigkeit des eigenen Arguments und der sozioökonomischen Position.

Es wäre jedoch schief, wollte man aus den exaltierten Klagen über „rote Universitäten"und „Herrschaft der Linken" derjenigen, für die schon Willy Brandt ein Kommunist und Bertrand Russell ein Marxist ist, darauf schließen, daß dem tatsächlich so sei. Vielmehr herrscht auf den Lehrstühlen die alte Ideologie erdrückend und es werden weiterhin die alten Lehrinhalte vertreten. Aber auch die von der Zahl her wenigen Vertreter der verschiedenen Richtungen radikaldemokratischer oder marxistischer Auffassungen haben aufgrund der Qualität und Relevanz ihrer Analysen und Fragestellungen vermocht, große Teile der jungen Intelligenz zu kritischem Nachdenken über die gesellschaftlichen Zustände und ideologischen Dogmen der bürgerlichen Weltanschauung anzuregen. Schon dies ist den um ungestörte Herrschaft besorgten Vertretern des Kapitals zu viel.

„Seit 1960 hat sich die Situation an den Universitäten in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, wie allgemein bekannt, radikal verändert. Anfänglich unter dem Vorwand der Ausgewogenheit und des Wissenschaftspluralismus ist linkssozialistischen und neomarxistischen Ideologien an großen Hochschulen faktisch die beherrschende Stellung eingeräumt worden ..." In dieser von Zweck propaganda mehr als von den tatsächlichen Verhältnissen geprägten Manier charakterisiert der derzeitige Hauptsprecher der Großkonzerne, Hans Martin Schleyer, in seinem Buch mit dem apodiktischen Titel „Das soziale Modell" das Aufkommen der marxistischen Wissenschaft und Ideologie an den Universitäten. (1) Er äußert dies im Zusammenhang mit seiner Sorge um geeigneten „Führungsnachwuchs": „Viele junge Menschen kommen mit total verbogenen ökonomischen Theorien, und vielfach mit der Vorstellung, sich damit an dem langen Marsch durch die Institutionen zu beteiligen, zu den Unternehmungen.

1 Hanns Martin Schleyer: Das soziale Modell, Stuttgart 1973, S. 179.

Sie wollen sich nicht einfügen, sondern ‚gesellschaftsverändernd' wirken; man hat sie nicht zur Affirmation erzogen, sondern zur Negation, zur Hyperkritik an den vorhandenen Ordnungen."(2)

Die Konsequenz kann nur in der Zurückdrängung der antikapitalistischen Ideologie und Politik aus Hochschule und Gesellschaft liegen. „Es wäre eine groteske Zumutung, von der Unternehmerwirtschaft zu verlangen, sie solle es dabei belassen und ruhig zusehen, wie sie durch Nachwuchsunterwanderung langfristig aktionsunfähig gemacht wird. Ihr Interesse und ihr gutes staatsbürgerliches Recht gebieten ihr, ideologische Verbildung des Nachwuchses mit den Mitteln der besseren Argumente, der sachlichen Information und der moralischen Überzeugung zu korrigieren. Das muß genauso systematisch geschehen, wie die Verbildung systematisch war, und wenn dazu eigene Vorkehrungen nötig sind, müssen sie getroffen werden." (3)

Damit ist die ideologische Gegenoffensive der Industrie angekündigt. Anfang des Jahres 1973 hat der industrieeigene „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft" die Philosophen Prof. Dr. Hermann Lübbe, Prof. Dr. Manfred Riedel, Prof. Dr. Hans Lenk, Dr. Norbert Hoerster, Prof. Dr. Günter Rohrmoser und andere zu einer dis

dere zu einer Diskussion über „Die Rolle der Philosophie aus wissenschaftspolitischer Perspektive" geladen. Ihre Beiträge sind in der Zeitschrift des Stifterverbandes „Wirtschaft und Wissenschaft" Heft 1/1973 erschienen, und sie sollen hier wegen ihrer wissenschaftspolitischen Bedeutung für die BRD und Westberlin eingehender besprochen werden. Auf dieser Tagung diskutierten die Teilnehmer die Strategie und die Taktik der Ausschaltung der marxistischen und anderer demokratischer Positionen an den Universitäten.

Im „A u s b i l d u n g s - D i e n s t l e i s t u n g s - G r o ß b e t r i e b" der Konzerne, als den alle Teilnehmer die U n i v e r s i t ä t verstehen, sollte Philosophie einen festen aber neu zu bestimmenden institutionellen Rahmen erhalten.

Freilich ist diese Tagung nicht die erste und nicht die letzte ihrer Art. So berichtet H. Lenk in seiner Aufsatzsammlung „Erklärung, Prognose, Planung" von den „Internationalen Hochschulwochen in Alpbach/Tirol" im Jahre 1969, auf der „Technologen, Planer, Verhaltens-, Sozial- und Humanwissenschaftler über methodologische und wissenschaftstheoretische Probleme der technologischen und soziologischen Prognosen, der sozio-ökonomischen Planung usw. diskutierten". Allerdings haben auf jener Tagung offensichtlich gerade die Philosophen ihre Gast- und Geldgeber enttäuscht, denn die geforderten „Entwürfe künftiger normativer Leitvorstellungen" hatten sie nicht zu bieten. (4)

Um dies zu gewährleisten werden verschiedene „Denkfabriken" nach amerikanischem Muster als Friedens- bzw. Konfliktforschungsinstitute gegründet. Daneben bestehen natürlich die der Industrie direkt unterstehenden Meinungsforschungs und -bildungsinstitute. Aber auch Gesellschaften, an denen sich Universitätsprofessoren beteiligen bzw. zu Vorträgen und Publikationen eingeladen werden, werden mit beträchtlichen Mitteln organisiert.

So wurde z.B. in Westberlin unter der Schirmherrschaft der CDU die „W i s s e n s c h a f t l i c h e G e s e l l s c h a f t", als Gegenstück der reaktionären amerikanischen „Scientific Society" unter Ausschluß der Öffentlichkeit und

2 Ebenda, S. 179.

3 Ebenda, S. 180.

4 Hans Lenk: Erklärung, Prognose, Planung – Skizzen zu Brennpunktproblemen der Wissenschaftstheorie, Freiburg 1972, S. 95.

unter Polizeischutz im Schöneberger Rathaus gegründet. Die Herren der „Wissenschaftlichen Gesellschaft" pflegen sonst im Westberliner US-Offizierskasino „Harnackhaus" zu tagen. Ernst Topitsch hat in seinem Gastvortrag, der von den 300 Zuhörern „mit langanhaltendem Beifall" begrüßt wurde, den Versuch unternommen, die dialektische Methode von Hegel und Marx als „irrational" und nur für „totalitäre Regime" konstruiert hinzustellen. (5)

Die koordinierte Organisation der konservativen bürgerlichen Philosophie wird damit auf allen entsprechenden Ebenen von der Industrie selbst in die Hände genommen — wie dies Herr Schleyer empfohlen hat.

2. Zur Situation der bürgerlichen Philosophie

Es stellt sich nun die Frage, inwiefern das Bild der „beherrschenden Stellung" der marxistischen Ideologie an den Universitäten, das von Vertretern des Rechtskartells vom Industrieverband über die CDU, den Bund Freiheit der Wissenschaft bis zum RCDS ständig gezeichnet wird, zutrifft; und wieso die Universitätsphilosophie die von der Industrie geforderte affirmative Funktion nicht erfüllt.

a) „Verfall der Philosophie"

Die Situation der Philosophie in der BRD der 60er Jahre war — vom Inhalt her gesehen — trostlos. Weil die große Nachkriegsmode, der Existentialismus, zwar innerhalb der evangelischen Theologie Eingang gefunden hatte, dann aber durch Denker wie Bollnow bis zu Lächerlichkeit einer Philosophie der „Not des Wohnens im Sein" heruntergebracht wurde, und durch die nazistische Vergangenheit Heideggers ohnehin in ihrer politischen Konsequenz allzu deutlich identifiziert werden konnte, erwiesen sich Textexegese und Hermeneutik, die innerhalb des Seminarbetriebs immer schon absolut vorgeherrscht hatten, als die überlebensfähigsten Unterrichtsfächer — eben weil sie am wenigsten an aktuellen gesellschaftlichen Problemen orientiert waren. Die zum P h i l o s o p h i c u m verpflichteten Lehrerstudenten waren gezwungen, in Massenvorlesungen und -seminaren das zufällige Angebot der bestallten Dozenten an isolierten Texten von Philosophen der Vergangenheit ohne jeden sozialhistorischen Zusammenhang philologisch zu konsumieren. Unter diesen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß die Abneigung der Studenten gegen diese Art des Unterrichts wuchs und die Forderung nach Abschaffung des Philosophicums überhaupt nach sich zog. Andererseits konnte dieser entpolitisierte Philosophenbetrieb auch die Herrschenden kaum befriedigen, so daß sie den diesbezüglichen Forderungen der Studenten kaum Widerstand entgegensetzten. Dieser kam ausschließlich aus den Reihen der um ihre Existenzgrundlage bangenden Berufsphilosophen.

Das Unbehagen des Bürgertums an ihrer Philosophie formulierte Claus Grosser in seiner journalistischen Untersuchung über den „Verfall der Philosophie". (6) In der Einleitung stellt er fest: „Der Verfall der Philosophie in Deutschland (gemeint ist die BRD — H.A.) signalisiert zugleich den Verfall der Gesellschaft." (7) Und er meint, diesen Verfall durch folgende Symptome „andeuten" zu können: „Die wachsende Arbeitsteilung; die Spezialisierung der Wissenschaften

5 Der Tagesspiegel vom 6.11. 1973.

6 Claus Grosser: Der Verfall der Philosophie – Politik deutscher Philosophen, Hamburg 1971.

7 Ebenda, S. 7.

und der Berufe; die Trennung von Arbeit und Leben; die zunehmende Herrschaft privater Kategorien, privater Interessen; dementsprechend die wachsende, undurchschaute Abhängigkeit der Einzelteile der Gesellschaft untereinander; der Zug zur Konzentration in Wirtschaft und Presse; ... der Widerspruch zwischen juristisch zugesichertem Verfassungsrecht und der tatsächlichen Verfassungspraxis." (8)

Grosser schildert vor allem den Rückzug der vormals auch politisch aktiven Philosophen, die einerseits wie etwa Jaspers oder von Weizsäcker gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aufgetreten waren, oder, wie Bloch, Adorno und Marcuse die westdeutsche Intelligenz zur Wiederentdeckung der Werke von Karl Marx veranlaßt hatten; und die in Anlehnung an Karl Popper andererseits früh für die offene Verteidigung der westlichen Demokratien eingetreten waren allen voran Hans Albert.

Aber diese formalen Kriterien des Verfalls können nicht genügen — dieser Verfall muß inhaltlich bzw. politisch bestimmt werden. Genau dies war die Aufgabe der zu der Tagung über Philosophiepolitik gerufenen Philosophen.

In der „Einführung" der Redaktion zum Tagungsbericht wird der gesellschaftliche Zusammenhang der Krise der Philosophie ideologisch-politisch bestimmt: „Die ‚kulturrevolutionäre' studentische Bewegung ist nicht nur Symptom der Krise unserer Universitäten. Beides sind vielmehr Symptome einer Krise unserer Gesellschaft, die als Orientierungskrise zu diagnostizieren ist. (Hier scheint der gesellschaftstheoretische Idealismus durch, der die Krise nicht auf die ökonomischen Widersprüche des Systems, sondern wieder nur formal beim Nicht-Verstehendes allzu „komplexen" Ganzen sucht — H.A.) Die Komplexität der Gesellschaft, die hohe Interdependenz ihrer Teile und die wachsende Beschleunigung naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen sowie gesamtgesellschaftlicher Veränderungen erschweren in zunehmendem Maße das Erfassen der Zusammenhänge, fördern das Gefühl des ‚sozialkontaktunterbrechenden Nicht-mehr-Mitkommens!" (9)

Auf der anderen Seite steht der sich ausweitende Einfluß der marxistisch-sozialistischen Theorien an den Universitäten. H. Lübbe weist z.B. darauf hin, daß sie, weil sie sich im Gegensatz zur bürgerlichen Seminarphilosophie mit der konkreten Analyse der Wirklichkeit beschäftigen und darüber hinaus Lösungen zur Überwindung der Krisen zu bieten haben, breites Interesse gefunden haben. (10) Deshalb ist „ihre Antwort auf ‚eine durch Tempo und Zielungewißheit desorientierenden gesellschaftlichen Entwicklung', nämlich die der radikalen Politisierung aller Zusammenhänge, ... ebenso wie die Orientierungskrise selbst eine ernsthafte Herausforderung an die Seminarphilosophie." (11) Das kann aber nur heißen, daß die Seminarphilosophie anders orientiert werden soll als bisher.

Aufschlußreich ist hier, daß die ideologischen Vertreter der Industrie gerade in dem Moment, da große Teile der Arbeiterschaft und der Intelligenz nicht mehr an die Parolen von der Sozialpartnerschaft und der Intelligenz als Elite der Nation zu glauben bereit sind, von einer „Zerstörung der Sozialkontakte" und von „Orientierungskrisen" sprechen. Da, wo die Arbeiterklasse Klarheit gewinnt,

8 Ebenda.

9 „ Die Rolle der Philosophie aus wissenschaftspolitischer Perspektive", in: Wirtschaft und Wissenschaft, Heft 1/1973, hrsg. vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, S. 1.

10 Ebenda.

11 Ebenda.

stellt sich dem Ideologen der Bourgeoisie das Chaos dar. Das „Erfassen der Zusammenhänge" kann sie sich nur als Übernahme ihres eigenen Bildes von der kapitalistischen Wirklichkeit vorstellen. Weigert sich jemand, sich an diesem Bilde zu orientieren, so muß sie von einer „Orientierungskrise" sprechen und nach neuen Mitteln der „Orientierung" suchen. Daß die Philosophie diesen Prozeß widerspiegelt, daß die marxistischen Ideen immer mehr an Einfluß gewinnen und die bürgerlichen Philosophen gezwungen sind, den theoretischen, politischen und organisatorischen Rückzug anzutreten, heißt hier „Verfall der Philosophie".

b) Der „Kritische Rationalismus" als Methodologie der Verunsicherung

In dieser Situation der ideologischen Defensive und Krise der Weltanschauung wurde nach einer Philosophie Ausschau gehalten, die den Anschein der Wissenschaftsnähe und Wirklichkeitsorientiertheit erweckt und gleichzeitig gestattet, alle ernsthaften Versuche der kritischen Auseinandersetzungen mit der gegebenen Realität oder Versuche ihrer Veränderung prinzipiell und von vornherein als unnötig und unmöglich erscheinen zu lassen.

Nach dem Scheitern der existenzialistischen und essentialistischen Philosophien der Jahre des Kalten Krieges gewann die scheinbar streng an die Wissenschaften orientierte Richtung des Positivismus immer mehr Einfluß auf bundesdeutschen Lehrstühlen. Obwohl die bekanntesten Vertreter dieser Richtung wie Carnap, Hempel, Tarski oder Nagel auf dem Gebiet der formalen Logik und der induktiven Methoden bedeutende Erkenntnisse erarbeitet haben, hinderte sie doch ihr empiristisches Dogma daran, die Zusammenhänge von Theorie und Realität und damit auch Struktur und Wirkungszusammenhänge der nichtsprachlichen Wirklichkeit richtig zu erfassen. Dieses Ungenügen führte dazu, daß ihr Methodologie nicht fähig war, praktisch-prognostische Verfahren an die Hand zu liefern, wie Lenk in seiner Aufsatzsammlung „Erklärung, Prognose, Planung" ausführt. Der „Kritische Rationalismus" bietet von seiner Konzeption her jene Ideologeme, die oben als Desiderate der zeitgemäßen Apologie des Bestehenden gekennzeichnet wurden. Im Folgenden will ich sie in aller Kürze umreißen, um zu verdeutlichen, auf welche Grundlage sich die Teilnehmer an der hier besprochenen Tagung stützen, wenn sie vor der Industrie die Unentbehrlichkeit der Philosophie beschwören.

Popper erkannte in seiner Auseinandersetzung mit dem Positivismus des Wiener Kreises schon früh, daß auf der Grundlage des empiristischen Dogmas, das alle Wissenschaft auf Wahrnehmungsdaten, Beobachtungen bzw. Sätze über sie zurückführt, nicht erklärt werden kann, wie allgemeine wissenschaftliche Theorien gewonnen werden. Seine Konsequenz daraus war die, daß er sich nunmehr überhaupt gegen die Sinneserfahrung als Grundlage der Erkenntnis wendet (12) und diese in der Vorstellung, also im Bewußtsein selbst schon immer gegeben glaubt. Ideen entstehen für Popper nicht aufgrund der gegenständlich-praktischen Erfahrung des Menschen in der bearbeitenden Auseinandersetzung mit der Umwelt. Er kennt die Kategorie „Praxis" nicht, und die objektive Realität, die „1. Welt" spielt nur die Rolle eines in sich unstrukturierten Korrektivs zur Falsifikation der Ideen. Neue Theorien entstehen aus der Problemlage der alten durch „kühne Vermutungen", „Theorieschöpfungen", „schöpferische Intuition" und ähnlichem. Die Vermutungen des einen Wissen-

12 Vgl. Karl R. Popper: „Zwei Seiten des Alltagsverstands: ein Plädoyer für den Realismus des Alltagsverstands und gegen die Erkenntnistheorie des Alltagsverstands", in: Objektive Erkenntnis, Hamburg 1973, S. 74 f.

schaftlers werden von den des anderen kritisch bestritten, es entsteht eine „relativ selbständige" Dritte Welt der Probleme, Argumente, Bücher und Bibliotheken (13), die sich nun vermöge der kühnen Vermutungen und logischen Argumenten im Prozeß der kritischen Diskussionen selbständig weiter entwickeln. Damit reduziert Popper den Wissenschaftsprozeß auf die idealistische Welt der Ideen und Probleme (die für ihn einen gleichen Realitätswert erhalten, wie etwa Tische und Stühle) (14), die objektive Welt und das erkennende Subjekt selbst fallen aus ihm heraus.

Damit wird objektive Wahrheit, bzw. sichere Kenntnis über die Realität unmöglich. Der Erkenntnisprozeß verläuft im Kreise einer schlechten Unendlichkeit, die keinen Boden hat. Schließlich gesteht Popper: „Das Schema des Erkenntnisprozesse durch Fehlerbeseitigung mittels rationaler Kritik ..... beschreibt, wie wir uns an den Haaren aus dem Sumpf ziehen." (15) Diese erkenntnistheoretische Münchhauseniade ist nun Grundlage des „Kritischen Rationalismus" und soll als Wissenschaftstheorie ernst genommen werden!

Über die Wahrheit zweier sich widersprechender oder verschiedener Theorien kann nach Popper ebenfalls nicht entschieden werden, da 1. die Umwelt uns nur „chaotische Nachrichten" übermittelt, die wir vermöge unserer Dispositionen und Theorien schon immer entschlüsseln, (16) es also kein Wahrheitskriterium in der Realität gibt, und 2. der Gehalt möglicher Aussagen und Konsequenzen einer jeden Theorie logisch unendlich ist. (17) Es gibt also kein Wahrheitskriterium für das Erkannte; die „phantasievollen Vermutungen" und „kritischen Diskussionen" sind prinzipiell alle gleichwertig, sofern sie nach logischen Regeln verlaufen. Und so stellt Popper klar: „..... für mich (sind) nicht nur alle Theorien Vermutungen, sondern auch alle Beurteilungen von Theorien einschließlich des Vergleichs ihrer Wahrheitsähnlichkeit." (18) Daher „... gibt es keine absolute Sicherheit, wenn sie auch für die meisten praktischen Zwecke ausreicht. Die Suche nach der Gewißheit, nach einer sicheren Grundlage der Erkenntnis muß aufgegeben werden." (19)

Damit ist der „Kritische Rationalismus" Popperscher Prägung in seinem letzten Kern (nur den und nicht seine ideologische Fundierung konnten wir hier darlegen — dies soll an anderer Stelle ausführlich geschehen) als geradezu antiwissenschaftlich und irrationalistisch: die Wissenschaften beruhen eben nicht auf der münchausenschen Methode und sie stellen ihre Theorie nicht aufgrund „kühner Vermutungen" auf, sondern erforschen die in sich gesetzlich strukturierte Wirklichkeit anhand ihrer spezifischen experimentellen Praxis, wozu natürlich die historisch tradierten Theorien Erklärungen liefern, die immer dann korrigiert werden, wenn die Bedingungen, für die sie aufgestellt waren und unter denen sie gelten, sich erweitern, wenn andere hinzukommen, für die neue Theorien entwickelt werden entsprechend den gesellschaftlich gegebenen Möglichkeiten der Forschung. Die „Erkenntnistheorie" Poppers ba-

13 Karl R. Popper: „Erkenntnistheorie ohne erkennendes Subjekt", in: Objektive Erkenntnis, a.a.O., S. 123 f.

14 Karl R. Popper: Autobiography, in: P.A. Shilpp, „The Philosophy of Karl Popper", La Salle, Ill. III. 1974, S. 146.

15 Karl R. Popper: Erkenntnistheorie ohne . . . , a.a.O., S. 138 f.

16 Karl R. Popper: Zwei Seiten . . . , a.a.O., S. 77.

17 Karl R. Popper: Autobiograpy , a.a.O., S. 19 f.

18 Karl R. Popper: Zwei Seiten . . . , S. 71 f.

19 Ebenda, S. 49.

siert auf der Verabsolutierung von Teilaspekten des Forschungsprozesses und baut ihre auf den ersten unbefangenen Blick plausible Argumentation auf ihnen auf. Dies erweist sich jedoch in dem Augenblick als umso falscher, in dem man nach dem fehlenden Aspekten sucht oder nach den Konsequenzen fragt.

Das Weglassen wichtiger und entscheidender Teile der Realität und des Erkenntnisprozesse hat jedoch Methode: in ihm liegt ihr ideologischer Wert. Poppers Wissenschaftstheorie zielt darauf, die Möglichkeit sicherer Erkenntnis der objektiven Realität zu negieren und eine Theorie, die behauptet etwas über sie ausgemacht zu haben, als dogmatisch zu diskreditieren.

Die Methode der Halbheiten führt dazu, daß Popper und seine Nachfolger von der „Praktischen Philosophie" in ihrer Kritik an der Dialektik Hegels von einer schon philologisch unerklärlichen Mißinterpretation ausgehen, die nicht anders zu erklären ist, denn als bewußte Demagogie. Die unsinnige Identifikation der Kategorie des dialektischen Widerspruchs mit dem logisch-formalen, und das unentwegte Zitieren einer sog. „dialektischen Triade", gegen die sich Hegel ausdrücklich wegen der Gefahr des Schematismus wendet (20) und von der bei den Klassikern des Marxismus ebensowenig die Rede ist, zeugt ebenso dafür wie der weder theoretisch noch historisch haltbare Vorwurf des Totalitarismus an die Adresse Hegels und seiner sozialistischen Nachfolger. Auf diese Seite der Auslassungen des „Kritischen Rationalismus", die nur von enormer Unkenntnis der Ideengeschichte der Philosophie zeugen (wenn wir sie gutwillig deuten wollen), kann ich an dieser Stelle nicht eingehen und verweise nur auf die Originallektüre sowie beispielsweise auf die Untersuchung des ideologisch sicherlich unverdächtigen US-Philosophen Walter A. Kaufmann, der zu Poppers Hegel-„Analyse" folgendes zusammenfassend bemerkt: „Popper's Hegel chapter (in seinem Buch „Falsche Propheten" — H.A.) ... contains more misconceptions about Hegel than have previously been gathered in so an small space. Secondly, if one agrees with Popper that ‚intellectual honesty is fundamental for everything we cherich', one should protest against his method; for although his hatred of totalitarianism is the inspiration and central motif of his work, his method is unfortunately similar to that of totalitarian ‚scholars' — and it appears to be spreading." (21) Dies gilt in noch viel größerem Maße für das Kapitel über Marx und für die Mißdeutung des dialektischen und historischen Materialismus. Und es trifft auch zu, daß diese Methode sich weiter verbreitet, daß der Versuch unternommen wird (nun auch per Gesetzesparagraphen), jede Stellungnahme für oder jeden ernsthaften Versuch des Eindringens in die marxistische Theorie als Befürwortung der Terrorismus hinzustellen.

Es kommt noch ein weiteres praktisch-politisches Moment als Konsequenz dieser Methode hinzu: nämlich die der reformistischen Stückwerkstechnologie. Wenn eine Theorie (beinahe) so gut ist wie jede andere — ausgenommen jene, die behaupten reale Zusammenhänge erkannt zu haben —, dann ist auch ein Plan, eine Reform so gut wie eine andere, — ausgenommen jene, die auf die Beseitigung der Ursachen (die ja nicht erkennbar seien) der gesellschaftlichen Mißstände gehen. Und so wiederholt Bundeskanzler H. Schmidt wörtlich die Dogmen der „Wissenschaftstheorie" des Agnostizismus als Maximen gesellschaftlichen Handelns, wenn er sagt: „Was uns bleibt, ist deshalb nur der Kampf der Argumente und die Vermutung, daß dort die besten Lösungen gefunden wer-

20 Vgl. Hegel: Wissenschaft der Logik II, Frankfurt/M. 1969, S. 564 f.

21 Walter A. Kaufmann: „The Hegel Myth and it's Method", in: The Philosophical Review, LX 1951, S. 459 ff.

den, wo sich die Argumente am freiesten bewegen können. (Merke: es ist hier nicht die Rede von den besseren Argumenten — H.A.). Diese Freiheit müssen wir schützen, auch und gerade institutionell, damit sich die Freiheiten nicht selbst aufheben." (22)

Damit sind wir bei der philosophisch-politischen Kategorie, die in der Offensive der Reaktion eine zentrale Rolle spielt, nämlich der Kategorie der Freiheit. Auch auf ihre Konzeption sei hier mit einigen Bemerkungen eingegangen:

c) Freiheit als Ungleichheit in der „Praktischen Philosophie"

Ausgehend von der Erkenntnis Hegels, „daß eben die hohe Entwicklung und Ausbildung der modernen Staaten die höchste konkrete Ungleichheit der Individuen in der Wirklichkeit hervorbringt" (23), da sie nur auf Freiheit zum Eigentum gründet, und ihn voluntaristisch vulgarisierend stellt Hermann Lübbe in seinem Aufsatz „Zur politischen Theorie der Technokratie" die naturrechtliche These auf, daß „die politische Gleichheit Gleichheit in der Chance (ist), sich in ihrer natürlichen Ungleichheit verwirklichen zu können." (24) Hegels später von Engels materialistisch gewendetes dictum von der Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit der Naturgesetze und der Entwicklung der Produktivkräfte wird von Lübbe in dieser Form bestritten, da dies gleichzeitig auf die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, des hegelschen Herr-und-Knecht-Verhältnisses führen würde. Lübbe macht daraus eine ‚technokratische' Theorie von der Einsicht in gegebene „Sachzwänge" der „prästabilisierten Harmonie des gesellschaftlichen Ganzen", die jede Entscheidung bestimmen soll: „Die immanente Vernunft der Verhältnisse übt eine aufgeklärte Diktatur aus, die das Subjekt von der Last, sich entscheiden zu müssen, befreit und sein Handeln durch die Evidenz des Richtigen müheloser macht." (25) Damit sind die Prämissen der weiteren begrifflichen Akrobatik genannt. Aufklärung wird verstanden als passives Akzeptieren der als Sachzwänge apostrophierten herrschenden gesellschaftlichen Zustände, und sie besteht darin, ihre Unveränderbarkeit zu propagieren. Jede Einsicht, die auf die Möglichkeit oder gar Notwendigkeit von Veränderung hinweist, wird so zu einer illusionistischen Utopie und somit zur „Gegen-Aufklärung".

Daraus folgt des weiteren, daß jede politische Aktivität der arbeitenden Menschen überflüssig ist. Das Programm der politischen Unmündigkeit wird offen begründet: Da sich „Emanzipation" durch „produktive Praxis" und „Leistung" automatisch herstelle, sollte der Arbeitende" ..... seine Energie nicht im politischen Willen zur Emanzipation verzehren". (26) Gerade diese Direktive setzt Lübbe der Ideologie des Sozialismus und seinem „politischen System" entgegen. Der Sozialismus wird von ihm so charakterisiert, daß er „... die Ausbeutung unterdrückt, das Eigentum an den Produktionsmitteln

22 Helmut Schmidt: Vorwort zum Sammelband Kritischer Nationalismus und Sozialdemokratie, Hrsg. G. Lührs u.a., Berlin/Bonn 1975, S. XII.

23 Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, Frankfurt/M. 1970, § 539 bes. 334.

24 Hermann Lübbe: Theorie und Entscheidung – Studien zum Primat der praktischen Vernunft, Freiburg 1971, S. 41.

25 Ebenda, S. 32, (hervorgehoben von mir).

26 Ebenda, S. 44.

aufhebt und alle Macht des Menschen über den Menschen, die von diesem Eigentum ausging, liquidiert." (27)

Aber gerade aus dieser krassen Gegenüberstellung wird von Lübbe das reaktionär-bürgerliche Verständnis von Freiheit in aller Deutlichkeit sichtlich gemacht: „Dem moralischen Terror, den der Kommunist übt, stellt er („der Technokrat" — H.A.) die Theorie einer Freiheit gegenüber, zu der, mit Einschränkungen der Rücksicht auf andere, auch die Freiheit eines jeden gehört, seines eigenen Unglücks Schmied sein zu dürfen .....". Und zynisch definiert er: „Moral ist, was einem auch im Unglück zu existieren erlaubt." (28)

Der Kampf der Demokraten und Sozialisten für soziale Gerechtigkeit und demokratische Meinungsbildung wird durch die sozialdarwinistische These von der „natürlichen Ungleichheit" der Menschen diskreditiert: „Wer Gleichheit will, will die Befreiung des Menschen zu seiner natürlichen Ungleichheit". (29) Zugleich soll damit die Unvereinbarkeit von gesellschaftlicher Freiheit und Gleichheit belegt werden. So verkehrt sich bürgerliches Verständnis von Gleichheit in Ungleichheit und formal gewährte Freiheit wird zur realen Unfreiheit: „Diese Freiheit des Urteils und moralischen Geltenlassens darf um so größer sein, als mit zunehmender Gewalt des Zwangs, den diese Sachzusammenhänge und die allgemeine Interdependenz ausüben, die Ausbruchschancen des Individuums ohnehin ständig kleiner werden." (30) Lübbe empfiehlt hier konsequent, der politischen Aktion der Arbeiterklasse die Intensivierung der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und die Erhöhung ihrer existentiellen Abhängigkeit entgegenzusetzen.

Den antidemokratischen Charakter des von ihm propagierten Systems gibt Lübbe unbeschwert zu: „In einer Ordnung, die vom Sachzwang diktiert wird, erübrigt sich, insoweit, eine Konfrontation verschiedener Meinungen im Räsonnement, das der Mehrheitsentscheidung vorangeht, die man als integrierte, allgemeine und nunmehr geltende Meinung betrachtet. Die technokratische Ordnung ist strukturell undemokratisch. ... Das technokratische System ist das System des Schweigens über alles, in bezug worauf noch verschiedene Meinungen möglich sind. Es erzieht zu solchem Schweigen." (31) Damit stellt Lübbes philosophische Theorie der „Freiheit" und „Gleichheit" eine gewisse Abgeschlossenheit dar, die den agitatorischen Rahmen auch aller anderen Apologeten des kapitalistischen Systems bildet — hier gibt es nur geringe propagandistische Varianten.

So kann Schleyer an die von reaktionären Philosophen geleistete ideologische Arbeit anknüpfen. Er braucht nur noch zu wiederholen, daß z.B. „Gleichheit — des Einkommens, des Besitzes, des Lebensstils, des Bildungsgrades — nicht vereinbar mit Gerechtigkeit" ist. Und es versteht sich aus der analytischen Philosophie: „Daß eine solche Diskrepanz ungerecht ist, kann man vielleicht empfinden, aber nicht rational begründen." (32) Auch die „Freiheit zum Unglück" wird in Anspruch genommen, wenn es darum geht, das Eigentum an den Produktionsmitteln als „im Wesen des Menschen enthaltene Intentionen" (33), als „natürliches Recht" zu rechtfertigen, und ge-

27 Ebenda.

28 Ebenda, S. 48 (hervorgehoben von mir).

29 Ebenda, S. 44.

30 Ebenda, S. 48 f.

31 Ebenda, S. 52.

32 H. M. Schleyer, a.a.O., S. 15.

33 Ebenda, S. 23.

gen geringste Ansätze zur staatlichen Vermögensumverteilung, gegen die sog. Vermögensbildung zu Felde zu ziehen: „Die Anwendung dieses Prinzips (der bürgerlichen Freiheit) auf die verschiedenen Pläne zur Vermögensbildung ergibt die Ablehnung aller Entwürfe, die Zwang enthalten. Jemand zum Eigentum-haben zu nötigen, ist absurd; wenn irgendwo, muß hier Freiwilligkeit gewahrt werden." (34)

Wenn der Göttinger Ordinarius Günter Patzig in seiner Aufsatzsammlung „Ethik ohne Metaphysik" das „Vertrauensprinzip" als Zentralkategorie des gesellschaftlichen Verhaltens in einer Synthese von fehlinterpretiertem Kant und Utilitarismus darzustellen sucht, und folgert, daß derjenige Unternehmer „gut" ist, der „im Berufsleben Freundlichkeit im Umgang mit seinen Mitarbeitern sich zum Prinzip macht, weil er weiß, daß die Arbeitsergebnisse .... besser sind" (35), so findet auch dies seine Entsprechung bei Schleyer, und zwar unter der Überschrift „Gleichheit und Brüderlichkeit": „Die menschliche Komponente im wirtschaftlichen Schaffen zur Geltung zu bringen, ist immer wichtig — übrigens auch ökonomisch". (36) Solche „Gleichheitsphilosophie" dient Schleyer zur konkret-politischen Polemik gegen Demokratisierung und Mitbestimmung in der BRD: „Demokratie kann es nur unter Gleichen geben, und wer gleich ist, muß ausschließlich nach Zielsetzung, nach dem gesellschaftlichen Auftrag bestimmt werden, den sie gemeinschaftlich auszuführen haben. Die Menschen sind von Natur aus ungleich; .... Damit sind alle Paritätsmodelle sinnwidrig, die darauf hinauslaufen, die Herrschaft der Inkompetenten zu etablieren." (37) Die Sicherung einer solchen Ordnung sei nun Aufgabe des Staates. Die Freiheit des Unternehmers wird klar als im Widerspruch zur Demokratisierung stehend begriffen. Diese Freiheit wird, unter dem Titel „Realprinzip", der Vorzug gegeben. (38) Einer weiteren, als der naturrechtlichen" Begründung bedarf es für ihn nicht.

Patzig unternimmt es weiterhin,eventuell auftretende Zweifel an einer moralischen Rechtfertigung bei der Realisierung der „Freiheit zur Ungleichheit" als philosophisch unberechtigte nachzuweisen. In der Moral müsse der Relativismus absolut gelten, „... weil niemand wissen könne, ob nicht noch ein Gegenargument gefunden wird", (39) falls jemand eine wertende Aussage macht. Es sei daher überhaupt „sinnlos", Moral zu „predigen". Daher sei der bürgerliche Staat einerseits nicht verpflichtet, jemanden im Falle „moralischer Mißbilligung" durch die Öffentlichkeit zu bestrafen, andererseits habe er aber das Recht, „gegen Rebellen konsequent einzugreifen", auch wenn „sie ihre Sache mit Recht" vertreten sollten. (40) Patzig bestätigt damit dem bürgerlichen Staat und den Unternehmern, daß eine moralische Rechtfertigung von ihnen aus „philosophischen" Gründen nicht verlangt werden könne.

Auf diese Weise finden reaktionäre Philosophen, Manager und rechte Politiker zu einer Einheit, in der sie sich arbeitsteilig ergänzen. Damit ist der ideologisch-philosophische Rahmen inhaltlich umrissen, von dem aus die Teilnehmer jener Tagung, sämtlich Repräsentanten der neuerlich aufgekommenen

34 Ebenda, S. 30.
35 Günter Patzig: Ethik ohne Metaphysik, Göttingen 1971, S. 48.
36 H. M. Schleyer, a.a.O., S. 18.
37 Ebenda, S. 81.
38 Ebenda, S. 78 ff.
39 G. Patzig: Ethik ohne Metaphysik, a.a.O., S. 50.
40 Ebenda, S. 19 resp. 17.

„Praktischen Philosophie", nun Vorschläge zur Strategie und Taktik unterbreiten, wie zu erreichen wäre, daß diese Inhalte nun wieder die allein herrschenden werden. Die antidemokratische Philosophie soll „praktisch" werden.

3. Die Aufgaben des Bestehenden

a) Wertepluralismus gegen Orientierungskrise

Es geht im Zusammenhang mit der „ideenpolitischen" Orientierung der Philosophie auf Affirmation und Legitimierung des bestehenden Systems nicht primär um seine Analyse. Lübbe sagt dazu: „Nicht die durch jene Orientierungsschemata erst ermöglichte fortschreitende Beschreibung der Wirklichkeit selbst ist die Sache der Philosophie. ..... Vielmehr ist es Sache der Philosophie, jene Orientierungsschemata zu ändern, wenn sie in veränderter Lage sich als unzweckmäßig, als mißweisend herausstellen." (41) Die Aufgabe der Philosophie im Auftrage der Bourgeoisie wird von Lübbe wie folgt bestimmt: „Die Philosophie hat die Funktion, die elementaren Schemata unserer Wirklichkeitsorientierung, durch die wir in wissenschaftlicher und sononstiger Praxis geleitet sind, an veränderte Lagen anzupassen. .... Die Philosophie ist eine intellektuelle Kunst der Reflexion mit dem Ziel der Lösung von Orientierungskrisen." (42)

Auch Hans Lenk spricht im Bericht über die Tagung in Alpbach davon, daß die dort anwesenden Industriemanager an die Vertreter der universitären Intelligenz den „wiederholten Hilferuf ..... nach wissenschaftlichen Partnern, (die) ... eine allgemeine grundlagenmethodologische Analyse der Planung vorzunehmen" hätten, richteten, denn: „Wir brauchen neue Werte, neue Normen". (43) Einerseits ergibt sich dieser Appell aus den konkreten Schwierigkeiten der im Grunde anarchischen kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, die im Prozeß der Konzentration und Monopolisierung immer mehr des, wenn auch nur oberflächlichen, planerischen Eingriffs durch den Staat bedarf. „In dem Maße, wie das Tempo, die Reichweite, die Interdisziplinarität, die systemhafte Verflechtung der Planungen und auch die Anzahl der konkurrierenden Planungsträger in der sogenannten pluralistischen Gesellschaft wachsen, wird die übergeordnete Integration der Planungsziele in Zielhierarchien immer unerläßlicher" (44) Aber gerade bei der Propaganda dieser „Zielhierarchien" wird es dem Kapitalisten immer schwerer fallen, der arbeitenden Bevölkerung klarzumachen, wieso die Früchte ihrer Arbeit gegen ihre objektiven Lebensinteressen gewendet werden, wieso z. B. soviel Vermögen für Rüstung, Werbung, Raubbau an der Natur ausgegeben werden und nicht vielmehr für Ausbildung, Gesundheit, Wohnungen, Umweltschutz etc. Hier kollidieren die Zielvorstellungen der gesellschaftlichen Klassen miteinander. Das Prinzip der Profitmaximierung kann immer weniger ungestört realisiert werden; die Existenz des Monopolkapitals wird bedroht.

Daß die idealistische Philosophie diese Widersprüche grundsätzlich nicht erklären kann, und daß diese nicht durch „Analyse", Planung oder „neue Weltentwürfe" beseitigt werden, scheinen die von Lenk zitierten „Technologen und Planer" nicht berücksichtigen zu wollen: „In entsprechend simplen Formulie-

41 Hermann Lübbe: „Wissenschaftspolitik, Gegenaufklärung und die Rolle der Philosophie", in: Die Rolle . . . , a.a.O., S. 4.
42 Ebenda, S. 3 (hervorgehoben von mir).
43 H. Lenk: Erklärung . . . ,a.a.O., S. 100.
44 Ebenda, S. 97.

rungen wurde vom Philosophen erwartet, daß er die neuen Rezepte bereitstelle. Recht naiv wurde unterstellt, daß neue begriffliche Konzeptionen der erwähnten Art den Hauptmangel der heutigen Planungsschwierigkeiten und Orientierungslosigkeit der Großsysteme bilden." (45)
Hier zeigt sich, daß die von bürgerlichen Philosophen und Ideologen stets gepredigte „Macht des Wortes", das die Wirklichkeit durch begriffliche Formulierungen bestimmen läßt, nun auf sie selber in Form von Forderungen ihrer einflußreichen aber ratlosen Schüler und Geldgeber zurückfällt, ihnen doch neue Begriffe in der neuen Situation zur Verfügung zu stellen. H. Lenk ist insofern „Realist", als er die Unmöglichkeit dieses Vorhabens sieht und es kritisiert: „Zu wenig wurde erkannt, daß die Hauptschwierigkeiten weniger in der neuen begrifflichen Formulierung von Leitideen und im Entwerfen von humanen Sozialplänen bestehen, als vielmehr in der sozialen Durchsetzung solcher Pläne, ... — insbesondere in freiheitlich-demokratischen Gesellschaften ohne Zwangsvollmacht." (46) Seine Kritik richtet sich vor allem gegen die Analytische Philosophie, die in den angelsächsischen Ländern eine enorm wuchernde scholastische Diskussion über selbsterzeugte Probleme der Begriffsdeutung von Alltagssprache führt, ohne auf die Realität irgendeinen Bezug zu nehmen. Zum anderen kritisiert er die essentialistische Philosophie als „die platonistische, wesensphilosophische Einstellung, als seien Pläne oder gar Planungen so etwas wie sogenannte ideale Objekte, die sich scharf begrifflich kennzeichnen ließen" und „aus vorgegebenen Zielen einfach ‚abgeleitet'" werden könnten. (47) Lenk weist nach, daß es der bürgerlichen Philosophie noch nicht einmal gelungen ist, eine allgemeine Vorstellung von Planung zu entwickeln. Dies gilt auch für die bürgerliche Wissenschaftstheorie. Er folgert daraus: „Es heißt den Wissenschaftstheoretiker überfordern, wenn man vom ihm Planungsrezepte oder ‚die' allgemeine umfassend verwendbare Theorie der Planung erhofft." (48) Daß diese Ohnmacht der bürgerlichen Wissenschaft durch die spezifisch kapitalistische Produktionsweise bedingt ist, will Lenk nicht zur Kenntnis nehmen — ebensowenig, wie ihm die in den sozialistischen Staaten schon lange praktizierten Planungsprozesse in ihrer philosophisch-theoretischen Fundierung bekannt zu sein scheinen. (49) Freilich würde diese Kenntnis jemandem, der nicht nach einer grundlegenden Umgestaltung, sondern nach Mitteln zur Verteidigung des Alten fragt, sehr wenig nutzen.

Nach einer einheitlichen philosphischen Anschauung wird auch gar nicht gefragt. Dies kann und soll bürgerliche Philosophie nicht leisten. Vielmehr kommt es darauf an, den sich ständig wandelnden Realitäten und Bewußtseinsveränderungen eine Fülle von Lösungs- und Deutungsmöglichkeiten im Sinne der Herrschenden anzubieten, sodaß diese aus dem Angebot an Normen- und Wertmodellen jeweils das Erfolgversprechendste auswählen können." Als Aufgabe einer solchen Ethik kann man es verstehen, nicht eine einheitliche Theorie, sondern viele verschiedene Modelle für Moralsysteme und die Formen des moralischen

45 Ebenda, S. 100.

46 Ebenda, S. 101.

47 Ebenda, S. 79.

48 Ebenda, S. 83.

49 Siehe z.B.: W.S. Nemtschinow: Ökonomisch-mathematische Methoden und Modelle, München/Wien 1966; Autorenkollektiv: Gesellschaftlicher Wohlstand und Volkswirtschaftsplanung, Berlin (DDR) 1972; V.S. Dadajan: Ökonomische Gesetze des Sozialismus und optimale Entscheidungen, Berlin (DDR) 1973.

Gesprächs zu entwerfen und verfügbar zu machen." (50) Die Moral des Kaufmanns und des Fabrikanten kann sich nicht nach einem einheitlichen, vom Bedürfnis des Menschen bestimmten Interesse richten, und danach die Handlungen und ihre Ergebnisse bewerten, sondern nach seinem Prinzip der Profitmaximierung. Um diese seine Bewertung zu rechtfertigen und „einsichtig" zu machen, muß er vielfältige „Moral"-Systeme zur Verfügung haben und sie im „moralischen Gespräch" — durch die von ihm redigierte Presse etc. — den Gewerkschaften und der Bevölkerung einsichtig zu machen suchen.

Wenn die Umwelt durch die großen Konzerne so verschmutzt wird, daß die „Öffentlichkeit" darauf mit Protesten und Forderungen reagiert, so müssen ihr Modelle und ganz „neue Wertvorstellungen" vorgelegt werden, die bewirken, daß nunmehr nicht der Verursacher für die Reinhaltung zu sorgen habe, sonder die „öffentliche Hand", also die geschädigte Bevölkerung selbst. Oder es ist ein Normenmodell erforderlich, nach dem der Konsument angesichts der Preis- und Inflationstreiberei der Unternehmen nur dann „verantwortungsbewußt" handelt, wenn er „den Gürtel enger schnallt" und „auf unangebrachte Lohnforderungen verzichtet". Diese Umkehrung von Tatsachen, Ursachen und Wirkungen, Schuldigem und Geschädigtem verlangt eine Vielfalt von „Moralvorstellungen" und Handlungsmodellen, die „... dieser Öffentlichkeit durch systematische Aufklärungsaktionen und längerfristige Erziehungsarbeit ihre allgemein diesbezüglichen Wertorientierungen zu Bewußtsein bringen müssen." (51) Lenk fährt fort: „Der Ruf nach dem Philosophen solcher normativen Entwürfe, die der realistischen Kritik der Planer standhalten und die Hoffnungen auf Steuer- und Entscheidungskriterien erfüllen und zugleich sozial praktikabel sind, ist nicht mehr zu überhören." (52)

b) Negative Orientierung — Antimarxismus

Hermann Lübbe betont dagegen eine andere Funktion der bürgerlichen Philosophie, — die Zurückdrängung der demokratischen und marxistischen Inhalte aus der ideologischen Landschaft.

Zunächst versucht Lübbe sich und seinen Zuhörern zu erklären, wieso die marxistische Ideologie so an Einfluß gewinnt.

In seinem Einleitungsreferat „Wissenschaftspolitik, Gegenaufklärung und die Rolle der Philosophie" führt Lübbe die propagandistischen Schwierigkeiten des Kapitals auf technologische Wachstumsprozesse, auf die Entwicklung der Produktivkräfte zurück: „Wenn der Fortschritt Exponentialkurvengestalt annimmt, wächst unser Orientierungsdefizit". (53) „Der gesunde Menschenverstand beginnt zu kränkeln", weil „Prozesse der Sozialisation plötzlich als problematisch erfahren und entsprechend thematisiert" werden. (54) Der „Gesunde Menschenverstand" ist offenbar einer, der die ihm vorgesetzte Meinung der Pressemonopolisten unkritisch hinnimmt und sie zu seiner eigenen macht. Ist dies nicht mehr der Fall, dann tritt die „Krise der Identität" ein. Übrigens wird die technologische Reduktion auch von Lübbe nicht durchgehalten, soziale Konflikte gehen auch in seine Krisenerklärung ein.

50 H. Lenk: Erklärung . . . , a.a.O., S. 106.

51 Ebenda, S. 70.

52 Ebenda, S. 108.

53 H. Lübbe: „Wissenschaftspolitik . . .", a.a.O., S. 5.

54 Ebenda.

In dieser Situation trete jene „Gegen-Aufklärung" auf, die „1. Die Hyperkomplexität der Welt ... (der) Reduktion durch eine radikal vereinfachende Theorie" unterwirft. (55) Damit meint er die Aufdeckung der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft. Aber gerade die Vereinfachung ist es, die Lübbe auf der anderen Seite als „Orientierungsschema" versteht und auf deren Konstruktion er die bürgerliche Philosophie einschwören möchte. „Diese Orientierungsschemata fixieren unsere Vor-Entscheidung darüber, was wir für wesentlich und was wir für unwesentlich halten. Das ist eine Vor-Entscheidung praktischer Art, die jeder Welt-Orientierung zugrunde liegt. Sodann: Diese Orientierungsschemata entscheiden darüber, was überhaupt registriert werden kann und was, auf der anderen Seite, aus unserem Welt-Bild sozusagen herausfällt." (56) Nicht die Reduktion an sich ist also schlecht, sondern nur „die marxistische", wobei eine Unterscheidung zwischen der verschleiernden Reduktion der bürgerlichen Ideologie, die schließlich auf Zensur hinausläuft, und einer Zurückführung der Erscheinungen der Wirklichkeit auf ihre grundlegenden Zusammenhänge natürlich nicht gemacht wird. Hier wird die Unwissenschaftlichkeit, die bei Popper nur verschämt auftrat, offen zum Programm erklärt — man ist ja unter sich.

Ferner unterschiebt Lübbe dem Marxismus, er würde die „desorientierende gesellschaftliche Entwicklung" theoretisch kompensieren „... durch die sich geschichtsphilosophisch legitimierende Gewißheit, daß die Richtung des Prozesses auf das Ziel eines gesellschaftlichen Zustandes weise, in der die endgeschichtliche Ruhe der Vollendung herrscht". (57) Die dem historischen Materialismus unterschobene Behauptung von der „endgeschichtlichen Ruhe" ist angesichts seiner dialektischen Grundkonzeption natürlich unsinnig, aber Lübbe zielt hier gegen die Propagierung des Ziels einer sozialistischen Demokratie.

Schließlich kommt er auf die inhaltliche Seite der marxistischen „Reduktion" zu sprechen, nämlich die antagonistische Beziehung der zwei Hauptklassen im Kapitalismus und ihren Kampf. Er nennt dies eine „radikale Politisierung aller Sachzusammenhänge, wobei ‚radikale Politisierung' meint, daß man überall einen und zwar den letzten Feind identifiziert, an dem es liegt, daß alles so schlimm ist und nach dessen definitiver Erledigung alles gut wird." (58)

Freilich erkennt Lübbe: „Die reale Basis dieses Phänomens (des Vordringens des Marxismus) ist eben die keineswegs eingebildete, vielmehr reale Schwierigkeit, in einer Gesellschaft von der Struktur der unsrigen Identität zu gewinnen und entsprechende Identifikationen mit dieser Gesellschaft zu vollziehen." (59) Außer der „Hyperkomplexität der Welt" hat der Autor aber keine Erklärung für die „reale Basis dieses Phänomens". Die Philosophie selbst kann es auf jeden Fall nicht sein; denn „natürlich wäre es eine Verkennung der Potenz der Philosophie, wenn man ihr in ihrer akademischen, seminarmarxistischen Gestalt die Verantwortung oder auch das Verdienst für den weltweiten, inzwischen partiell längst parteilich disziplinierten studentisch-intellektuellen Spätmarxismus zusprechen wollte." (60) Lübbe ahnt hier, daß marxistische Ideologie, und damit auch Philosophie nur so stark sein kann, wie der politische Kampf der Arbeiterklasse, und daß sie diesen Kampf nur unterstützen kann;

55 Ebenda, S. 6.
56 Ebenda.
57 Ebenda.
58 Ebenda.
59 Ebenda.
60 Ebenda.

vor allem aber weiß er, daß sie, nur seminaristisch betrieben, wenig Bedeutung hat. Zu fürchten hat das Kapital allein den kämpferischen, öffentlich überzeugenden und argumentierenden Marxismus, eben jenen, der die „schreckliche Vereinfachung" des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit im Bunde mit den Gewerkschaften vornimmt.

Innerhalb der Universitäten habe „die Philosophie ... in diesem realen Prozeß durch ihre Angebote an Theorien und Traditionen lediglich als ideologischer Katalysator einer hochnötigen Bewußtseinsstabilisierung gewirkt." (61) Nach den inneruniversitären Mißerfolgen der bürgerlichen Seminarphilosophie ist die Industrie gegen die gesamte Zunft mißtrauisch geworden.

Lenk sieht dies und bemüht sich, solchen Bedenken mit dem Angebot antimarxistischer Inhalte und dem Hinweis auf ihre materielle und personelle Dominanz an den Universitäten zu begegnen: „Es wird allerdings Besorgte geben, die die Frage aufwerfen werden: Was sollen wir überhaupt die Philosophie fördern, nachdem sie nachweislich ihren katalysatorischen Anteil an der Entstehung der zumindest inneruniversitär bedrohlichen Gegenaufklärungsbewegung hat? Die Antwort auf diese Frage ist: Die kompensatorisch fällige Gegen-Gegen-Aufklärung ist ja ihrerseits eine Aufgabe, für deren Lösung der Anteil der Philosophie unentbehrlich ist. Gegenaufklärungsprozesse sind Prozesse zunehmender intellektueller Realitätsresistenz. Die kompensatorischen Tugenden der Aufklärung aber sind Realitätsfähigkeit einerseits und Verblüffungsresistenz andererseits, und eben diese Tugenden sind klassische Tugenden philosophischer Praxis."(62) Des , katalysatorischen Anteils" wird vor allem die „Frankfurter Schule" beschuldigt. Mit „Realität" ist der Kapitalismus in der BRD gemeint, entsprechend ist „Realitätsfähigkeit" die Fähigkeit, sich mit dem Kapitalismus abzufinden, ihn zu akzeptieren. Auf welche Weise bürgerliche Philosophie gegen die Erkenntnis des Ausbeutungscharakters dieser „Realität" „verblüffungsresistent" machen kann, bleibt freilich zu zeigen.

Hermann Lübbe diagnostiziert einen Bedarf an Philosophen, die als „Orientierungskrisenmanager", „Konfusionsspezialisten", „Gegen-Gegen-Aufklärer", „Bewußtseinsstabilisierer" auftreten können. Diese ihre Abwehrfunktion ist nur als Negation der marxistischen Philosophie und Ideologie bestimmt, sie kann nur von ihrer Bekämpfung leben.

c) Stabilisierung durch Verunsicherung

Die Ausschließlichkeit dieser Zielsetzung hat Hans Lenk auf der Tagung in einem Beitrag zur Frage „Ist Philosophie-Aufklärung ausschließlich Krisenmanagement?" kritisiert. Lenk wirft Lübbe zunächst vor, er habe „sich mit feiner Ironie selbst als Philosoph seiner eigenen Definitionswahl erwiesen, d.h. als ‚professioneller Konfusionsspezialist' und anpassungsorientierter Orientierungskrisenmanager, der eine gegen-gegen-aufklärerische Mixtur aus den Problemen sog. ‚technokratischer' Hochschulpolitik und einer Anpassungsphilosophie gebraut hat, die manche sicherlich noch zukunftsresistenter als ein Manifest der Gegen-Gegen-Gegenaufklärung bezeichnen werden." Trotz dieser Einsicht, aus der die kollegiale Sorge spricht, auf diese Weise werde eine allzu grobe und offensichtliche Apologetik betrieben, weiß er sich mit Lübbe durchaus einig: „Lübbes Diagnose der Lage der universitären Philosophie übernehme ich weitgehend, seine Definition der Aufgaben und seine Postulate partiell, aber nur

61 Ebenda.
62 Ebenda, S. 9.

partiell." (63) Lenk will eine andere, in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Marxismus von bürgerlicher Seite oft und mit Erfolg praktizierte Strategie und Verunsicherung hervorheben.

Ein Blick in die Geschichte der Philosophie reicht ihm, um festzustellen, daß Philosophie eine oft fortschrittliche, ihre Zeit vorantreibende Rolle gespielt hat: „Und seit altersher trug die Philosophie weniger zur emotionalen und intellektuellen Sicherung, Selbst- und Systemstabilisierung bei als eher zur ständigen theoretischen Verunsicherung." Aus dieser historischen Erfahrung heraus ergibt sich die Undurchführbarkeit des Lübbeschen Programms: „Vermeidung geistiger Krisen als prinzipielles Programm — dieses wäre wohl eine zu konservative In-Dienstnahme der Philosophie. Philosophie ist keine ideologische Magd." (64) Hier geht es ihm um die Ergänzung Lübbes und um Betonung des Möglichen. Unmöglich aber ist, wie er selbst nachgewiesen hat, eine konsistente und glaubhafte Apologie des Kapitalismus. Eine Sache, für die es kein Argument gibt, kann sich nur verteidigen, indem sie das gegen sie sprechende Argument unglaubwürdig zu machen sucht, es also verdreht und verwirrt: „Produktive Konfusion, intellektuelle Verunsicherung zu erzeugen — das ist nicht immer abzulehnen. Nicht nur ‚ideologischer Katalysator einer hochnötigen Bewußtseinsstabilisierung', nein, auch Katalysator intellektueller ‚Destabilisierung', produktiver Verunsicherung, neuen ‚Problembewußtseins' zu sein — beides umreißt ‚hochnötige' philosophische Aufgaben." (65)

Lenk nennt folgende Strategie als Aufgabe der bürgerlichen Seminarphilosophie: „Philosophische Räsonierinstitutionen haben zwar wesentlich auch die Funktion des intellektuellen Krisenmanagements, sie sind aber nicht nur darauf zusammenzustreichen, sondern sie erzeugen u.U. selbst fruchtbare intellektuelle Krisen und sollten dies auch weiterhin." (66)

Hermann Lübbe stimmt dieser Ergänzung seiner Strategie zwar zu: „Herrn Lenks Empfehlung, das Kritik-Geschäft zu betreiben, ist mir sympathisch." Aber er hat, angesichts der Misere und der Niederlagen der gegenwärtigen imperialistischen Ideologie, Bedenken gegen eine zusätzliche „Absicht der Provokation solcher Krisen". In kritischer Selbsteinschätzung gibt er zu bedenken: „Wenn die Anzahl der offenkundigen Orientierungskrisen ohnehin größer ist als unsere gegensteuernde Reflexionskapazität, verlangt doch nach orientierungskrisenprovozierenden philosophischen Arbeitsbeschaffungsprogrammen ohnehin niemand." (67)

Damit sind die Aufgaben für konservative, das spätkapitalistische System stützende und sie verteidigende Philosophie von denjenigen bundesdeutschen Philosophen, die ihre Arbeitskraft zur Produktion der nachgefragten Ideologie rechtzeitig zum Verkauf angeboten haben, charakterisiert.

63 H. Lenk: „Ist Philosophie-Aufklärung ausschließlich Krisenmanagement? " in: Die Rolle, a.a.O., Alle Zit. S. 12.

64 Ebenda, S. 13.

65 Ebenda, S. 14.

66 Ebenda.

67 H. Lübbe: „Wissenschaftspolitische Aspekte der Philosphie", in: Die Rolle . . . , a.a.O., S. 23

4. Die Taktiken der philosophischen Reaktion

a) Öffentlichkeitswirksamkeit

In der erkannten Situation der sich verschärfenden ideologischen Auseinandersetzung und der an dieser Front drohenden Niederlage der bürgerlichen Weltanschauung verstärkt das Kapital den Appell an seine Anhänger zu einem engagierteren und offensiveren Auftreten in der Öffentlichkeit. H. Lübbe stellt fest: „Die professionelle akademische Philosophie der Philosophischen Seminare ist in den Publizitätsschatten derjenigen Philosophie geraten, die heute als Medium weltweiter ideenpolitischer Frontenbildungen zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden ist, in der nicht mehr wissenschaftsimmanent Fachvertreter esoterisch für Fachkollegen, sondern Autoren für exoterisches Publikum schreiben, reden und vor ihm diskutieren." (68) Daraus folgt für die Zukunft der Philosophie an den Universitäten, daß sie „sich als relevanter Faktor in den nach Gesetzen der Ideenpolitik und des Literaturbetriebs ablaufenden, exoterischen Bewußtseins- und Ideologiebildungsprozessen nur dann behaupten (kann), wenn sie ihr sie immer noch charakterisierendes zunft- und schulmäßiges Sprachverhalten wo immer möglich abbaut und auf literarisch-rhetorische Potenzen Prämien aussetzt." (69) Die gleiche Forderung stellt auch Hans Lenk. In seinem jüngsten Buch „Wozu Philosophie?" hält er ein „Plädoyer für praxisnähere Philosophie" und sagt: „Wer auf den Markt will (und aus verantwortlicher Überlegung wollen muß), muß auch ‚unters Volk' gehen". (70) Als erste taktische Anweisung können wir somit die Orientierung auf Publikumswirksamkeit vorfinden.

Die „Selbstverpflichtung zur Publikation" der „gemeinsamen Arbeitsergebnisse" wird von Industrie und rechten Verlagen mit bedeutenden Zuwendungen unterstützt, so daß schon verschiedene Reihen entsprechender Erzeugnisse auf den Markt gebracht wurden (z.B. die Serie Piper, Rombach Hochschul Paperbacks, die Publikationen des Seewald Verlages etc.). Unter dem Titel der Verteidigung der „praktischen Philosophie" wird rechte Philosophie öffentlich und offensiv. Auf diesem Wege kehrt bürgerliche Ideologie als Einführungen, Propädeutika und ähnlich allgemeinverständlich und -verbindlich sein Sollendes wieder an Universitäten und Schulen zurück.

b) Philosophie in der Lehrerausbildung

Auch auf der letzten Tagung der „Deutschen Gesellschaft für Philosophie" in Göttingen im Oktober letzten Jahres ging es um „Philosophie und Lehrerausbildung". Im Hauptreferat räumt H. Poser zwar ein, daß „Die Deduktion der Funktion der Philosophie in der Lehrerausbildung aus der Funktion der Philosophie für die Gesellschaft nicht möglich (ist), weil es kein einheitliches Verständnis von der Funktion der Philosophie heute gibt." (71) Weil Philosophie in der Gesellschaft oft eine progressive Tendenz hervorgerufen und gestützt hat, kann

68 H. Lübbe: „Wissenschaftspolitik . . . ", in: Die Rolle . . . , a.a.O., S. 7 f.

69 Ebenda, S. 8.

70 H. Lenk: Wozu Philosophie? – Eine Einführung in Frage und Antwort, München 1974, S. 105.

71 H. Poser: Philosophie und Lehrerausbildung (ich zitiere nach dem Vortragsmanuskript und dessen Abstract, die noch nicht veröffentlicht sind, und lasse daher die Seitennennungen weg).

ihre Funktion von daher nicht einheitlich bestimmt werden, und man muß an das Problem der Festlegung der Inhalte, die an den Universitäten nach dem Willen der Reaktion gelehrt werden sollten, von ihren Zwecken ausgehen. Damit wird Philosophie zu einem bloßen Mittel: „Zeigen, daß die Philosophie eine Funktion in lehramtsbezogenen Studiengängen hat, heißt zeigen, daß Philosophie als Mittel zu einem Zweck oder Ziel fungiert ..."

Der Philosophie als Mittel werden nun folgende Zwecke vorgeschrieben (gekürzt): 1.) „Wissenschaftstheorie eines Faches", die „die Stellung der Fachwissenschaften relativ zueinander zu bestimmen hat" — von ihrer Stellung zur objektiven gesellschaftlichen Realität ist hier nicht die Rede; 2.) „(Spekulative) Extrapolation eines Faches", die „zur Abwehr des Verbindlichkeits- und Universalitätsanspruchs von Ideologien unverzichtbar" sei, wobei es klar ist, wo „Ideologien" zu suchen sind; 3.) „Philosophie der Erziehung" soll „in der Hinführung zum verantwortlichen Handeln und in der Bestimmung des Ziels von Erziehung" bestehen, da ja „die Diskussion dieser Normen innerhalb gerade einer sich vorwiegend empirisch verstehenden Erziehungswissenschaft nicht möglich (ist), sondern unablösbarer Bestandteil der praktischen Philosophie (ist)",— und die Zielsetzung der „Praktischen Philosophie" ist ja deutlich; 4.) „Philosophie als Reflexion" soll vornehmlich das „Vermögen zur kritischen Einstellung dem eigenen Denken gegenüber" einüben, d.h. alles möglicherweise Erkannte in Zweifel ziehen, der Jammer ist jedoch, daß „... es kein probates Verfahren, keine lernbaren Stoffe und keine operationalen Kontrollen (gibt), die einem solchen Vermögen zuzuordnen wären", worin auch „das eigentliche Dilemma der Philosophie" liege — diese Verfahren gibt es in Gestalt des „Kritischen Rationalismus" schon, bloß kann sie ernsthaft niemand als wissenschaftliche akzeptieren.

G. Patzig hat sich 1972 in seinen „Bemerkungen über die Rolle der Philosophie in der Lehrerausbildung" nun eine positive Charakterisierung eines „guten" Lehrers dahingehend bestimmt: „Ein Lehrer sollte ein nachdenkliches Verhältnis zu sich selbst und zu der Umwelt, in der er wirkt, haben." (72) Durch Nachdenken allein sind nämlich reale Mißstände noch nie gefährdet oder verändert worden. — Der Lehrer soll die Schüler durch begriffliche Verwirrung im Stile der „Analytischen Philosophie" von den sozialen Verhältnissen und ihrer Erkenntnis fernhalten: „Er sollte sich selbst darüber klar sein und seine Schüler darauf aufmerksam machen können, daß z.B. ein so gängiger Ausdruck wie ‚Spätkapitalismus' schon vor Beginn der Diskussion denjenigen, der ihn verwendet und aufnimmt, auf die These festlegt, daß es mit dem Kapitalismus bald zu Ende gehe". (73) Die positive Lösung aller Probleme kann solch ein Lehrer, nachdem er seine Schüler gegen jede „aktivistische Betäubung des Denkens immun" gemacht hat, durch „die philosophierende Lebenspraxis" nahebringen, indem er nämlich „vorbildlich zeigt, wie man auch im Angesicht des unaufhebbar Ungewissen und Dunklen unseres Existenzgrundes sinnvoll leben und handeln kann." (74)

72 G. Patzig: „Bemerkungen über die Rolle der Philosophie in der Lehrerausbildung", in: Neue Sammlung, Heft 1/1972, S. 3.

73 Ebenda, S. 4.

74 Ebenda, S. 11.

c) Diskussion des institutionellen Rahmens

Damit erhält auch die philosophische Ausbildung an den Universitäten andere Schwerpunkte. Da die „akademische Seminarphilosophie" in der Tat kaum rhetorische Größen heranzuziehen vermag, sondern immer noch und auf absehbare Zukunft in von Lübbe geschilderter Weise fortfahren wird, erübrigt sich der Zwang zur philosophischen Ausbildung für Lehrerstudenten, also das Philosophicum.

Aber auf Ideologieproduktion, zu der Philosophie beitragen kann, kann man dennoch nicht verzichten. Nur soll dies innerhalb und außerhalb der Universität in einem anderen institutionellen Rahmen geschehen. Unter der Parole der fach- und naturwissenschaftlichen Orientierung der Philosophie schlägt Lübbe vor, die Philosophischen Seminare ganz aufzulösen und die Philosophen entsprechenden Fachbereichen beizuordnen. „Die Professionelle Philosophie wird nach der Liquidation des Philosophicums auch im Interesse der Sicherung ihrer Stellung im akademischen Studienbetrieb darauf angewiesen sein, sich in den Spezialitäten der Bindestrich-Philosophien ... stärker zur Geltung zu bringen. Dem entspricht die Grundsatzentscheidung, ob die Spezialisierung der Philosophie ... noch innerhalb der institutionellen Einheit der Philosophischen Seminare erfolgen sollte, oder aber im Rahmen zugeordneter Fachwissenschaft selbst." (75)

Bei diesem Vorschlag spielen hochschul- und gesellschaftspolitische Überlegungen, wie dem Einfluß der demokratischen Kräfte begegnet werden könnte, eine entscheidende Rolle. Besonders sozialwissenschaftliche Fachbereiche und Institute sind der unmittelbaren Konfrontation mit der fortschrittlichen Bewegung ausgesetzt — und damit auch dem Einfluß des Marxismus. In den naturwissenschaftlichen Fachbereichen, deren Forschung zum großen Teil direkt von den sog. Drittmitteln, also den Geldern der Industrie abhängt, kann die Kontrolle über Lehre und Personal zumindest mittelfristig noch einigermaßen stringent ausgeübt werden.

Hier setzt der Kampf der Reaktion gegen die Autonomie der Universitäten überhaupt ein. Wissenschaft als immer unmittelbarere Produktivkraft muß eng an die Industrie und ihren Staat gebunden werden: „Je mehr der Nötigkeitscharakter der Wissenschaft an Evidenz gewinnt, um so weniger sind die wissenschaftlichen Institutionen auf eine gegen Staatsinterventionismus schützende Körperschaftsverfassung angewiesen." (76) Da der Kampf um Mitbestimmung an den Universitäten schon einige Erfolge erzielt hat, will und kann die Reaktion die Bestimmung über Wissenschaftspolitik nicht noch weiter aus den Händen geben: „Die Lebenwichtigkeit der Wissenschaft einerseits und der Zustand der Universitäten andererseits schließen es aus, daß die Steuerung des Wissenschaftsprozesses im heute geforderten Umfang noch den Hochschulen selbst überlassen werden dürfte. Konkret heißt das zum Beispiel, daß jeder öffentliche oder private Drittmittelgeber mehr als je darauf zu achten hat, ob er die Verfügung über die von ihm gegebenen Mittel Personen oder Instanzen überlassen kann, die der Kompetenz akademischer Selbstverwaltungseinrichtungen in der Verwendung dieser Mittel unterliegen." (77) Entsprechend hat sich der ehemalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Julius Speer in seinem Rechenschaftsbericht beim Ausscheiden aus dem Amt geäußert: „Der magische

75 H. Lübbe: „Wissenschaftspolitik . . . ", a.a.O., S. 9.

76 Ebenda, S. 7.

77 Ebenda.

Begriff der Gleichheit, der heute unser öffentliches Leben beherrscht, ist der Entscheidungsfindung in der Forschung nicht angemessen." Es geht also vor allem darum, Forschung und Lehre vom Einfluß demokratischer Mitbestimmungsprozesse „frei" zu halten. (78)

Daraus ergibt sich die Taktik der Ideologieproduktion in privaten Institutionen, die von der Industrie geschaffen werden. Hermann Lübbe bestätigt, daß dieser Prozeß, der auch im Bericht von Hans Lenk angedeutet und gefordert wurde, schon einen guten Schritt vorangekommen ist: „Diese neuen Formen gibt es bereits. Es sind das, im Zuge des Rückzugs der Forschung in universitäre Randlagen, die zumeist auf der materiellen Baiss von Drittmitteln (z.B. von Industriestiftungsmitteln) beruhenden zahlreichen interdisziplinären Arbeitskreise, zumeist spezialisierte Klein-Kongresse mit relativ konstanter Zusammensetzung im Kern und wechselnder, die Interdisziplinarität gewährleistender Rand-Besetzung. Zur Arbeitsweise dieser Klein-Kongresse gehören langfristige Regel-Termine und die Selbstverpflichtung zur Publikation der gemeinsamen Arbeitsergenisse. Selbstverständlich sind diese Arbeitskreise frei von pseudorepublikanischen und pseudoparlamentarischen Verfahrensexzessen, wie sie immer wieder einmal die politisierte akademische Selbstverwaltung belasten." (79)

d) Anwendung politischer Macht

Unter der Voraussetzung, daß die Universität nichts anderes als ein „Ausbildungs-Dienstleistungs-Großbetrieb" (80) der Konzerne sein soll, der ohne Störungen zu funktionieren hat, ist klar, daß sie diese Rolle „erst dann erfüllen kann, wenn die aktuelle Gegenaufklärungsbewegung in Verfall geraten ist." (81) Die Ansätze fortschrittlicher demokratischer Bewegung und Organisation an den Universitäten müssen dann mit allen, d.h. nicht nur ideologischen Mitteln bekämpft werden. Rohrmoser sagt dazu: „Es wäre kein schlechtes Zeichen für eine sich als frei verstehende Gesellschaft, wenn sie die Kraft finden würde, offensichtliche, zum Teil irreparable Fehlentwicklungen an einem bestimmten Ort der Gesellschaft durch Initiativen an einem anderen zu kompensieren." (82) Mit diesen Initiativen sind wohl die Berufsverbote gemeint.

Der Zweck des von der Industrie organisierten Hervortretens der rechten Philosophen ist, wie Lübbe darlegt, „Dritte auf philosophische Implikate einer in ihren spektakulären akademischen Symptomen jedermann bekannte kulturrevolutionäre Bewegung aufmerksam zu machen und darüber hinaus auf die korrespondierende Unentbehrlichkeit der Philosophie in der Auseinandersetzung mit dieser intellektuellen Revolution." (83)

Und: „Es ist in letzter Instanz eine politische Frage, über welche Philosophie in einer Gesellschaft deren schreibende und redende Intelligenz verfügt, das heißt, wie in ihr sozusagen darüber vorentschieden ist, was wichtig und was unwichtig ist und was sie daher zur Kenntnis nehmen oder nicht mehr zur Kenntnis nehmen kann." (84)

78 Die Welt vom 9.6. 1973.

79 H. Lübbe: „Wissenschaftspolitik . . . ", a.a.O., S. 9 (hervorgehoben von mir).

80 Die Rolle . . . , passim.

81 H. Lübbe, Ebenda, S. 7.

82 Günter Rohrmoser: „Kann die Philosophie ihre Aufklärung erfüllen? " in: Die Rolle . . . , a.a.O., S. 16.

83 H. Lübbe: „Wissenschaftspolitische Aspekte . . .", a.a.O., S. 22.

Damit hat Lübbe seiner Definition der Aufgabe der Philosophie gemäß die Frage der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der Wissenschaft machtpolitisch gestellt. Es geht nicht um die Verbreitung der kritischen Einsicht in die soziale Wirklichkeit oder um eine argumentative, demokratische Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, sondern offen um die „Vorentscheidung" dessen, was die Intelligenz und die Bevölkerung „zur Kenntnis oder nicht zur Kenntnis nehmen" darf. Dem hier verdeutlichten Anliegen dieser Herren entsprechend kann dies nur bedeuten, daß allein die unternehmerfreundliche Ideologie und der arrogant-autoritäre Ton ihrer Vertreter an den Universitäten noch geduldet sein sollen, daß Fragen nach der ganzen Wahrheit durch ein demagogisches „Orientierungsschema" verdrängt, und daß die demokratischen Errungenschaften der akademischen Mitbestimmung wieder zunichte gemacht werden sollen. Der Angriff der „Gegen-Gegen-Aufklärer" richtet sich nicht nur gegen Vertreter des klassischen Marxismus, sondern gegen jede Form der demokratischen Aufklärung, also auch gegen jene Intellektuellen, die sich einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Marxismus aus nicht rein antikommunistischem Impetus stellen, — es geht hier um die Durchsetzung der „Nicht-zur-Kenntnisnahme".

Nur: Zuallererst sind die „Argumente" sowie „Normen- und Moralmodelle" der hier vorgestellten reaktionären Philosophen von einem derartigem Zynismus und undemokratischer Haltung geprägt, daß sie gerade jene redlich nach einer Orientierung Suchenden kaum überzeugen werden, für die sie in propagandistischer Absicht zu Papier gebracht werden; ganz zu schweigen von Studenten der Philosophie, die ihre aufdringliche Berufung auf die Klassiker der bürgerlichen Philosophie allein schon deshalb als Geschichtsklitterung erkennen werden, weil sie deren humanistisches Anliegen darin nicht mehr finden.

Zum anderen: Gesellschaftswissenschaft kann sich ohne Kontakt zur gesellschaftlichen Entwicklung und Auseinandersetzung nicht produktiv entwickeln. Aber das Bürgertum verurteilt seine Wissenschaftler gerade zu dieser Kontaktlosigkeit, solange es nur von Klassenauseinandersetzungen ungestört herrschen kann. Als Beleg dazu möge der „Verfall der Philosophie" vor 1968 in der BRD und ihre in Sophismen sich ergehende Bedeutungslosigkeit an den englischen und US-amerikanischen Hochschulen dienen. Auf dem 4. Internationalen Kant-Kongreß in Mainz, an dem bürgerliche Kantianer nahezu unter sich blieben, ist diese Misere der auf Philologie und Textexegese beschränkten bürgerlichen Philosophen selbst von der FAZ bemerkt worden. (85) Demgegenüber bot der Hegel-Kongreß in Moskau die Möglichkeit „. . . der durch nichts zu ersetzenden Erfahrung, daß auch Philosophen mit diametral entgegengesetzten theoretischen und politischen Einstellungen selbst über die heikelsten Punkte ihrer Divergenzen miteinander reden können." (86) So bestimmte denn auch ein hohes wissenschaftliches Niveau die Tagung, auf der auch H. Lübbe mit einem Referat hervortrat. Dies heißt, daß bürgerliche Philosophie erst dort zu einer wissenschaftlichen und politischen Leistung findet, wo sie sich mit radikaldemokratischen und marxistischen Anschauungen auseinandersetzt. Andernfalls ist sie zur Bedeutungslosigkeit und Provinzialität verurteilt. Die Eliminierung

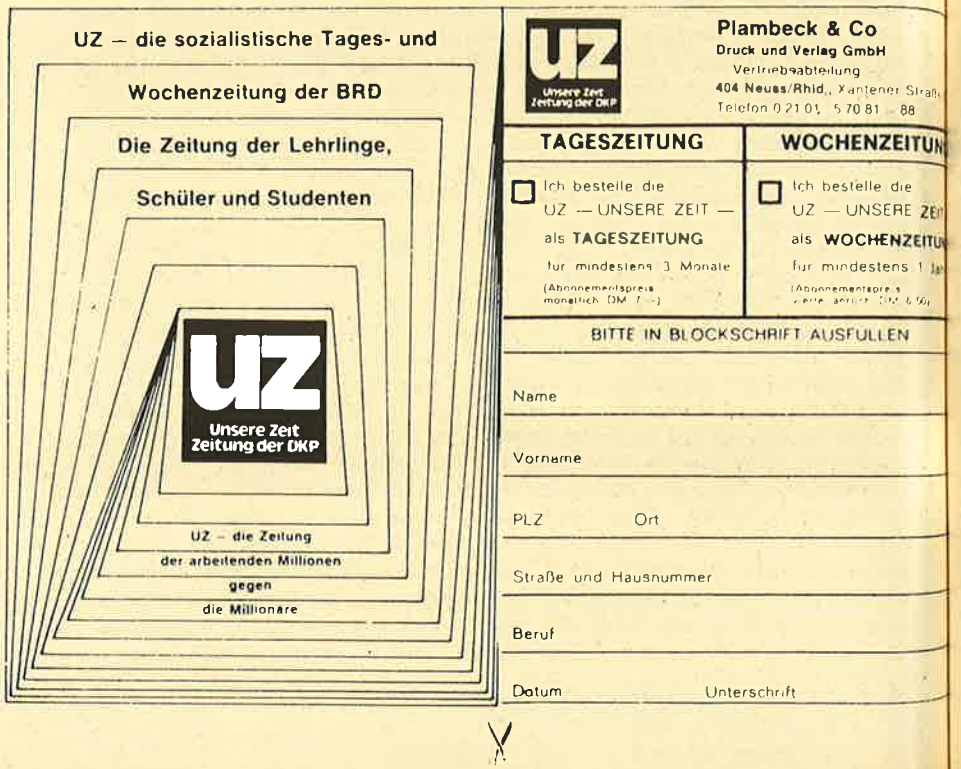
84 H. Lübbe: „Wissenschaftspolitik . . .", a.a.O., S. 4.

85 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.4. 1974.

86 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.9. 1974.

der marxistischen Theorie aus den Universitäten wird so auf die Initiatoren dieser antidemokratischen und intoleranten Wissenschaftspolitik zurückschlagen und das Gegenteil der beabsichtigten „Orientierung" bewirken.

Letztlich muß die reaktionäre Philosophiepolitik aber deshalb scheitern, weil die zunehmende ideologische Polarisierung in der BRD und Westberlin auf der Basis der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen stattfindet, auch wenn es derzeit den Anschein hat, als ob die Reaktion mit ihrer erpresserischen Politik gegenüber den Gewerkschaften und mit den Berufsverboten gegen demokratische und marxistische Intellektuelle zumindest auf den „Erfolg" der Befriedung rechnen könne. Aber der „Klassenkampf von oben" erzeugt zugleich Verringerung des materiellen und geistigen Lebensstandards und damit zwangsläufig den Protest der Arbeitenden und Intellektuellen. Es kommt jetzt darauf an, dieser „Wissenschaftspolitik" der Industrie die demokratische Forderung nach der Wissenschaftlichkeit der Theorie, der Moralität, der Ethik und der Unbeschränktheit der Diskussion entgegenzusetzen, und die Einhaltung des im Grundgesetz verbrieften Rechts auf Zugang zum Öffentlichen Dienst für alle Bürger, unabhängig von ihrer Weltanschauung durchzusetzen.



ZUM VERHÄLTNIS VON DGB UND SPD(1)

Bei seinem Versuch, einen Beitrag zur Diskussion der „realen Bedingungen einer Veränderung der SPD in Richtung auf eine Sozialistische Partei" (2) zu leisten, formuliert Albrecht eine Position, die m. E. einige typische, in verschiedenen Strategievorstellungen des linkssozialdemokratischen und sozialistischen Spektrums nachweisbare Merkmale enthält in Bezug auf zentrale Funktionsbestimmungen einer Partei der Arbeiterklasse und bezüglich der Einschätzung gewerkschaftlicher Organisation und ökonomischer Kämpfe der Arbeiterklasse.

„Conditio sine qua non" für die Realisierbarkeit des — nicht näher bestimmten — sozialistischen Weges in der BRD sei zunächst „die aktive Mitarbeit der SPD-Mitglieder und des größten Teils der SPD." (3) Daher komme einer verstärkten Einflußnahme von Arbeiterinteressen auf die SPD im Hinblick auf ihre sozialistische Transformierung zentrale Bedeutung zu. „Für eine linke sozialdemokratische Strategie" besitzt die AfA „große politische Bedeutung, da hier die Möglichkeit eines ungebrochenen Einwirkens von Forderungen und Positionen der realen Arbeiterbewegung in die Diskussionen der Partei besteht." (4)

„Die Möglichkeit eines ‚sozialistischen Comeback' der SPD" hänge entscheidend ab von der „Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung" und der „Konfrontation der SPD mit den in den Gewerkschaften entwickelten Forderungen." (5) Mit anderen Worten: Albrecht schlußfolgert diese Möglichkeit aus einer tendenziellen Umkehrung des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaft in der Weise, daß mit der Entwicklung der SPD zu einer Volkspartei als Ausdruck der grundlegenden Wandlung ihres politischen Charakters die Gewerkschaft eigenständig langfristige politische Strategien entwickeln müsse. Nicht mehr die SPD wirke heutzutage politisch orientierend im Sinne einer sozialistischen Strategie auf die ökonomischen Klassenkämpfe ein, sondern umgekehrt: die Gewerkschaft müsse die SPD durch Massenmobilisierung im Sinne einer Rückbesinnung auf das sozialistische Ziel beeinflussen (6), die unmittelbare Konfrontation der SPD mit gewerkschaftlichen Interessen und Forderungen der Arbeiterklasse soll ihr zu politischer Klarheit verhelfen. Nur auf diese Weise sei eine politische Linkswendung der SPD als unabdingbare Voraussetzung einer sozialistischen Umgestaltung der BRD zu realisieren.

Hier stellt sich zunächst die Frage, ob es überhaupt möglich ist, allein auf der Grundlage verkürzter historischer Rundschläge und empirischer Illustrationen zu derart grundlegenden strategischen Bestimmungen sozialistischer Politik zu gelangen. Die marxistische Theorie des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus, sowie die daraus sich ergebende Formulierung des Verhältnisses

1 Der folgende Beitrag nimmt Bezug auf einen in der letzten Ausgabe der ‚Sozialistischen Politik' erschienenen Diskussionsbeitrag zur Problematik des Verhältnisses von Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) und SPD am Beispiel der Mitbestimmungsdiskussion.
Stephan Albrecht: „Verhältnis DGB-SPD am Beispiel der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung", in: Sozialistische Politik Nr. 33, Juli 1975.

2 Ebenda, S. 23

3 Ebenda, S. 43.

4 Ebenda, S. 44.

5 Ebenda.

6 In diesem Sinne zitiert Albrecht zustimmend H.O. Vetter: „Rede auf dem 3. außerordentlichen DGB-Bundeskongreß." Albrecht: ebenda, S. 43.

von Partei der Arbeiterklasse und Gewerkschaft basiert auf der wissenschaftlichen Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsformation, aus der sich die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse und die Bestimmung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik ableiten. Vor diesem Hintergrund wäre die von Albrecht formulierte Möglichkeit einer sozialistischen Transformierung der SPD einzuschätzen.

Im folgenden wird also zunächst eingegangen auf den Zusammenhang von gewerkschaftlichen Klassenkämpfen und sozialistischem Ziel der Arbeiterbewegung, und auf die Rolle, die der theoretischen Analyse dabei zukommt. Daran anschließend sollen einige kritische Bemerkungen zum Verhältnis von SPD und DGB folgen. Zum Schluß soll kurz eingegangen werden auf einige Probleme der politisch-strategischen Einordnung und Perspektive der SPD.

Die Bedeutung wissenschaftlich fundierter politischer Zielklarheit für die Arbeiterbewegung

Der „geschichtliche Beruf" (7) der Arbeiterklasse, die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsformation in die sozialistische, wird in der marxistischen Theorie aus dem für die kapitalistische Gesellschaft konstitutiven Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung abgeleitet. „Er selbst und das ganze Bündel ihn umgebender, aus ihm hervorgehender sozialer Antagonismen finden in der Situation der Arbeiterklasse konzentriert Ausdruck und bedingen die Rolle der Arbeiterklasse als des Totengräbers dieser Gesellschaft." (8)

Aus der objektiven gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse, aus ihren Reproduktionsbedingungen selber, aus der Notwendigkeit also zu überleben, ergibt sich auch die Notwendigkeit ihres gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, dessen qualitative Wirksamkeit in Bezug auf ein die materielle Reproduktion der Arbeitskraft sicherndes Lohnniveau wesentlich vom Grad der Einbeziehung der gesamten Arbeiterklasse bestimmt wird. Damit ist die zentrale Aufgabe und zugleich auch die Begrenztheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse unter kapitalistischen Verhältnissen definiert.

„So ist es also die Folge des Wirkens der Trade-Unions, daß gegen den Widerstand der Unternehmer das Lohngesetz durchgesetzt wird, daß die Arbeiter jedes gut organisierten Gewerbezweigs in der Lage sind, wenigstens annähernd den vollen Wert ihrer Arbeitskraft zu erhalten, die sie dem Unternehmer vermieten, und daß mit Hilfe von Staatsgesetzen die Arbeitszeit wenigstens nicht allzusehr jene Höchstdauer überschreitet, über die hinaus die Arbeitskraft vorzeitig erschöpft wird. Das ist aber auch das Höchstmaß dessen, was für die Trade-Unions, wie sie gegenwärtig organisiert sind, überhaupt erreichbar ist, und auch das nur unter ständigen Kämpfen, mit ungeheurem Verschleiß an Kraft und Geld; und dann machen die Konjunkturschwankungen, alle zehn Jahre mindestens einmal, das Errungene im Handumdrehen wieder zunichte, und der Kampf muß von neuem durchgefochten werden. Das ist ein verhängnisvoller Kreislauf, aus dem es kein Entrinnen gibt. Die Arbeiterklasse bleibt was sie war ... eine Klasse von Lohnsklaven." (9)

Bedingt durch die kapitalistische Entwicklung selber, durch die enorm angestiegene Vergesellschaftung der Produktion, kann diese konstitutive Funktion

7 F. Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", in: MEW Bd. 19, Berlin (DDR) 1962, S. 228.

8 E. Hahn: „Materialistische Dialektik und Klassenbewußtsein," in: Konsequent, Sonderheft Nr. 1, Westberlin 1972, S. 12.

9 F. Engels: „Die Trade-Unions", in: MEW Bd. 19, S. 257.

der Gewerkschaft, die Durchsetzung der Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse, von ihr jedoch immer weniger wahrgenommen werden nur auf der traditionellen ökonomischen Handlungsebene gewerkschaftlicher Aktivität, auf der Ebene der unmittelbaren ökonomischen Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Die Reproduktion der Arbeiterklasse sowie des einzelnen Lohnabhängigen wird zunehmend mit bestimmt durch nur noch im gesellschaftlichen Maßstab zu erbringende, d. h. im wesentlichen durch staatliche Maßnahmen und Einrichtungen. Selbst wenn sich der gewerkschaftliche Kampf darauf beschränken würde, ausschließlich Lohnauseinandersetzungen zu betreiben, wäre er unmittelbar mit staatlicher Politik konfrontiert; mit anderen Worten: die staatlich vermittelten Eingriffe in die unmittelbaren ökonomischen Auseinandersetzungen in Form staatlicher Einkommenspolitik, Steuerpolitik, der konzertierten Aktion, die staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik allgemein, wirken objektiv in starkem Maße auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse ein. Es ist also im heutigen Entwicklungsstadium des Kapitalismus notwendig, daß der Kampf der Gewerkschaft zur Sicherung und Verbesserung der Reproduktion der Arbeiterklasse, die ‚Durchsetzung des Wertgesetzes' beim Verkauf der Arbeitskraft, die staatlich-politische Ebene miteinbezieht, politische Forderungen artikuliert. Indem die Gewerkschaft also ihre ökonomische Funktion wahrnimmt, muß sie heutzutage politische Forderungen aufstellen und durchsetzen.

So lebensnotwendig gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaftlicher Kampf also einerseits sind zur Aufrechterhaltung der physischen Existenz der Arbeiterklasse, so wenig ist es andererseits möglich, allein durch den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse die gesellschaftlichen Grundlagen der Lohnabhängigkeit, den Klassenantagonismus aufzuheben, den von Engels skizzierten „verhängnisvollen Kreislauf" (vgl. Anm. 9) zu durchbrechen trotz des objektiv politischen Charakters gewerkschaftlichen Handelns und gewerkschaftlicher Programmatik im gegenwärtigen Entwicklungsstadium des Kapitalismus. (10) Dies im wesentlichen aus 3 Gründen:

1. Konstitutive Funktion und beständige Aufgabe der Gewerkschaft ist wie gesagt nach wie vor die Durchsetzung der Bezahlung der Arbeitskraft zu ihrem Wert, eine Aufgabe, die sich in zunehmendem Maße auch auf andere Faktoren als auf den Lohn bezieht. Diese Funktion kann von der Gewerkschaft in dem Maße wahrgenommen werden, wie es ihr gelingt, die Vereinzelung und Konkurrenz der Lohnabhängigen untereinander einzuschränken, d. h. sie bedingt den Charakter der Gewerkschaft als breitester Massenorganisation der Arbeiterklasse. Um tendenziell die gesamte Arbeiterklasse in die Gewerkschaft einzubeziehen, muß sie bewußt darauf verzichten, andere als ökonomische Reproduktionsinteressen zum Kriterium der Mitgliedschaft in ihr zu erheben. Anders ausgedrückt: Konstitutive Bedingung gewerkschaftlicher Organisation muß eine ge-

10 Es sei hier noch einmal besonders auf den wichtigen Unterschied zwischen dem politischen Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes aufgrund der zunehmenden Vermittlung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft über staatliche Instanzen (s. unter 2.) und dem bewußt geführten Kampf mit sozialistischer Zielsetzung hingewiesen. Wenn H.O. Vetter meint, es sei heutzutage Aufgabe der Gewerkschaft, „politische Modelle für die Gesellschaft von morgen" mit dem Ziel der „Befreiung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmer" zu entwickeln, denn der DGB sei als Einheitsgewerkschaft im Gegensatz zu früheren Epochen „als politische Bewegung" zu verstehen (vgl. H.O. Vetter: „DGB und politische Parteien", in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 4/74, S. 203, wo Vetter diese Argumentation auch noch einmal im Zusammenhang entwickelt), so verwechselt bzw. identifiziert er beides miteinander – ein Fehler, den auch Albrecht macht.

wisse, durch das bewußtseinsmäßige und politische Niveau einer jeweiligen nationalen Arbeiterklasse bestimmte, politische Bandbreite sein, um die Einbeziehung möglichst großer Teile der Arbeiterklasse zu ermöglichen. (11)

2. Der zweite Grund ist der, daß die Erkenntnis des Charakters der kapitalistischen Ausbeutung, als unabdingbare Voraussetzung der Einsicht in die historische Vergänglichkeit des Kapitalismus und in die Notwendigkeit seiner Ablösung durch eine höhere Gesellschaftsformation, durch den Sozialismus — unverzichtbare Grundlage für die Formulierung einer politischen Strategie der Arbeiterbewegung — wissenschaftlicher Analyse bedarf; d. h. sie kann nicht spontan entstehen aus den unmittelbaren Ausbeutungs- und Unterdrückungserfahrungen im Produktionsprozeß. Die tägliche Konfrontation der Arbeiterklasse mit den Übergriffen des Kapitals, die Erfahrung, ihnen als einzelner schutzlos ausgeliefert zu sein, erzeugt lediglich das Bewußtsein der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, des kollektiven Kampfes gegen das Kapital und der Aufstellung und Durchsetzung sozialökonomischer Forderungen gegenüber dem Staat. Dieses Bewußtsein reicht jedoch nicht aus, das objektive Ziel der eigenen Bewegung zu bestimmen und deren politisch-strategische Einordnung vorzunehmen. (12) Im Gegenteil: Im gewerkschaftlichen Bewußtsein und Kampf reproduziert sich notwendig die Verschleierung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, die Anschauung des Lohnes als Wertäquivalent der geleisteten Arbeit. (13) Dies kommt z. B. in der gewerkschaftlichen Forderung nach Lohngerechtigkeit, oder in der Illusion über Möglichkeiten der Umverteilung des Volkseinkommens durch eine aktive Lohnpolitik zum Ausdruck.

3. Der dritte Grund für die Unmöglichkeit, allein mit gewerkschaftlichen Mitteln den Sozialismus zu erkämpfen, liegt darin, daß die Existenz der Gewerkschaften im Kapitalismus aus dem Warencharakter der Arbeitskraft resultiert, und insofern auch nach wie vor an den Warencharakter der Arbeitskraft gebunden ist. Die Wahrnehmung der konstitutiven Aufgabe der Gewerkschaft, die Sicherung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft, bedeutet einerseits auch immer Reproduktion des Warencharakters der Arbeitskraft selber, insofern nämlich ein bestimmtes Reproduktionsniveau der Ware Arbeitskraft conditio sine qua non darstellt für ihre Verkaufbarkeit überhaupt, d. h. für ihre Fähigkeit Wert und Mehrwert zu produzieren. Andererseits jedoch stößt der gewerkschaftliche Kampf für die Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse selber notwendig immer wieder an die Grenzen des Warencharakters der Arbeitskraft, bzw. bedingt die Formulierung von solchen politischen Forderungen (und den Kampf dafür), die objektiv den Warencharakter der Arbeitskraft zumindest in Frage stellen.

11 Dem tragen die Organisationsgrundsätze des DGB als Einheitsgewerkschaft formal Rechnung: Das Industrieverbandsprinzip und der Grundsatz der politischen Unabhängigkeit. Vgl. dazu: H.O. Vetter: „DGB und politische Parteien", a.a.O.

12 Darauf hat Engels 1874 in einer die englische Arbeiterbewegung charakterisierenden Bemerkung hingewiesen: Die „Gleichgültigkeit gegen alle Theorie" sei „eine der Hauptursachen . . . weshalb die englische Arbeiterbewegung, trotz aller ausgezeichneten Organisation der einzelnen Gewerke, so langsam vom Fleck kommt." F. Engels: „Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu ‚Der Deutsche Bauernkrieg' ", in: MEW Bd. 18, S. 516.

13 Diese „Erscheinungsform . . . Wert und Preis der Arbeit" oder „Arbeitslohn" bezeichnet Marx als „gang und gäbe Denkformen" die „sich unmittelbar spontan . . . reproduzieren", deren Wesen, nämlich Wert und Preis der Arbeitskraft zu sein, und damit das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung „durch die Wissenschaft erst entdeckt werden" muß. K. Marx: „Das Kapital" Bd. 1, in: MEW Bd. 23, S. 564.

Dieser Widerspruch kann sich in gewerkschaftlichen Kämpfen und Programmen niederschlagen; es läßt sich auch bezogen auf die westdeutschen Gewerkschaften feststellen, daß ihre Programmatik sowie ihre gegenwärtige ökonomische und politische Praxis sowohl Elemente, die auf eine Stabilisierung des Kapitalismus abzielen (z. B. Forderungen nach Investitionshilfen für bestimmte Wirtschaftszweige) als auch Ansatzpunkte für eine antikapitalistische Stoßrichtung enthält (z. B. die Forderung nach Vergesellschaftung bestimmter Großkonzerne, oder Streikaktionen gegen Betriebsstillegungen). Eines der wichtigsten Beispiele für diese Widersprüchlichkeit stellt die Mitbestimmungskonzeption des DGB dar.

Vor diesem Hintergrund entlarvt sich die ‚sozialistische' Strategie, die Albrecht formuliert, als illusionär. Die Konsequenz seiner Argumentation — die tendenzielle Umkehrung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft, die Forderung an den DGB, die SPD politisch im Sinne eines „sozialistischen Comeback" (s. o.) zu beeinflussen — kann nur, auch wenn er dies nicht explizit formuliert, die Aufhebung unverzichtbarer gewerkschaftlicher Organisationsprinzipien bedeuten: des primär ökonomischen Charakters der Gewerkschaft, des Prinzips der relativen politischen Offenheit und damit ihres notwendigen Charakters als umfassendster Massenorganisation der Arbeiterklasse. (14) Dies ist jedoch — wie oben gezeigt — nicht möglich. Dabei soll gar nicht bestritten werden, daß die SPD aus sich heraus perspektivisch wohl kaum zu einer sozialistischen Wandlung fähig ist, zumal aktuelle politische Entwicklungstendenzen eher auf eine Konsolidierung bürgerlicher, z. T. offen reaktionärer Ideologie in der SPD hindeuten. Wohl auch aus diesem Dilemma heraus: als linker Sozialdemokrat mit dieser Realität konfrontiert zu sein (insofern verständlicherweise), kommt Albrecht zu den genannten politisch-strategischen Schlußfolgerungen. (15) Demgegenüber ist daran festzuhalten, daß die Formulierung des ob-

14 Diese Kritik wird auch innerhalb der Gewerkschaften formuliert. In einer vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier herausgegebenen Broschüre zu gewerkschaftspolitischen Grundsatzfragen (Entwurf) heißt es: „Daß die Gewerkschaften stets in diesem Spannungsverhältnis zwischen Anerkennung des bestehenden Systems und Motor zur kampfweisen Veränderung leben, zeigt sich, wenn man sich die Organisation und die Handlungsbedingungen der Gewerkschaften vergegenwärtigt. Die Gewerkschaften sind eine Massenorganisation. Ihre nach wie vor und in aller Zukunft vorrangige Aufgabe liegt darin, die unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder zu verbessern. . . . So gesehen können die Gewerkschaften nach der Interessenlage der Mehrzahl ihrer Mitglieder nicht etwa die Rolle einer politischen Avantgarde übernehmen." Es sei eine „Fehleinschätzung", daß „die Gewerkschaften – quasi als Parteiersatz – politischer Motor werden könnten. Allerdings sollen und müssen die Gewerkschaften sich auch politisch betätigen; d.h.: sie müssen politische Forderungen erheben und versuchen, sie mit ihren Mitteln durchzusetzen. . . . Doch die Gewerkschaften sind nicht dazu in der Lage, anstelle der Parteien umfassende politische Programme zu entwickeln und mit eigenen Mitteln durchzusetzen." Hauptvorstand der IG Druck und Papier: Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften im letzten Viertel des 20. Jh., Stuttgart, o.J. (1975), S. 54 f.

15 Die scheinbare Relativierung seiner Position: Es könne „nicht darum gehen, eine Veränderung der SPD von den Gewerkschaften her zu propagieren" /S. 44/ zeugt ebenfalls davon, daß A. bei der Formulierung seiner „strategischen Schlußfolgerungen" möglicherweise selbst nicht ganz wohl ist. Sie kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei lediglich um ein Lippenbekenntnis handelt, das im Widerspruch zu seiner Konzeption steht, einer Konzeption, die die Umwandlung der SPD zu einer sozialistischen Partei erhofft von ihrer Konfrontation mit der eigenen sozialen Basis. Eine derartige Strategie vertraut letztlich auf die spontane Herausbildung sozialistischen Klassenbewußtseins und des wissenschaftlichen Sozialismus.

jektiv möglichen und notwendigen historischen Ziels der Arbeiterbewegung nur auf der Grundlage wissenschaftlicher Analyse und Durchdringung der kapitalistischen Produktionsweise erfolgen kann, d. h. die Durchbrechung der spontanen Reproduktion bürgerlicher Ideologie voraussetzt.

Es kam darauf an, die Notwendigkeit des wissenschaftlichen Sozialismus für die Formulierung einer sozialistischen Strategie der Arbeiterbewegung zu betonen. Dies ist das entscheidende Kriterium, daß der SPD zu einer sozialistischen Partei fehlt. Albrecht unterliegt letztlich der Illusion, zu glauben, dieser Tatbestand sei durch stärkere Einflußnahme des gewerkschaftlich organisierten Teils der Sozialdemokratie auf die SPD zu revidieren.

Einige Bemerkungen zum Verhältnis von SPD und DGB

Gibt es nun zumindest einige historische und empirische Anhaltspunkte dafür, daß, seitdem die SPD sich programmatisch als Volkspartei versteht und seit der DGB als Einheitsgewerkschaft organisiert ist, „das Verhältnis von DGB und SPD sich grundlegend anders definiert .." (16) in der Weise, daß dem DGB eine größere politische Eigenständigkeit gegenüber früheren Perioden der Geschichte der Arbeiterbewegung zukommt?

Gerade unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung muß die Problematik der Beziehungen von SPD und DGB besonders relevant werden, wird die Form und Effizienz gegenseitiger Einflußnahme sozusagen auf die Probe gestellt — insbesondere in einer wirtschaftlichen Krise.

Spätestens seit Mitte der 50er Jahre ist die SPD die mit Abstand einflußreichste politische Kraft im DGB: die Kommunisten wurden — nicht nur, wie Albrecht meint, aus den Führungsgremien des DGB (17), sondern auch aus der ‚einfachen' Mitgliedschaft nahezu vollständig entfernt, die antikommunistische Politik der damaligen Bundesregierung schlug im DGB voll durch. Auch linke Sozialdemokraten waren z. T. betroffen. Auf der anderen Seite war der CDU-orientierte Flügel im DGB relativ bedeutungslos. Dieser politische Zustand der westdeutschen Gewerkschaften läßt sich m. E. mit dem nur scheinbar widersprüchlichen Begriff der ‚sozialdemokratischen Einheitsgewerkschaft' zutreffend charakterisieren. Widersprüchlich scheint dieser Begriff deswegen zu sein, weil das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zumindest formal jede — „auch ... stillschweigende — Unterordnung unter parteipolitische Zielsetzungen" (18) ausschließt. Vielmehr, so argumentiert der DGB-Vorsitzende Vetter an einer anderen Stelle, müßten die Gewerkschaften heutzutage aus sich selbst heraus (!) „politische Konzeptionen zur Befreiung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft, politische Modelle für die Gesellschaft von morgen entwerfen", mit dem Ziel, „als politische Bewegung die gesellschaftlichen Bedingungen der Abhängigkeit und Unterprivilegierung der Arbeitnehmerschaft aufzuheben." (19) Die Entwicklung einer langfristigen politischen Strategie der Gewerkschaften ‚aus sich selbst heraus' ist jedoch eine Fiktion, denn — wie oben gezeigt — kann aus den gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse, auch wenn diese objektiv in zunehmendem Maße politischen Charakter tragen, kann eine vom Einfluß bürgerlicher Ideologie unabhängige politische Strategie der Arbeiterbewegung spontan nicht entstehen. Dies kann natürlich keinesfalls heißen, daß

16 Albrecht . . . a.a.O., S. 42.

17 Vgl. Albrecht, . . . a.a.O., S. 25.

18 H.O. Vetter: „DGB und politische Parteien", a.a.O., S. 203.

19 Ebenda, S. 202 f.

die Gewerkschaft politisch neutral sein könnte. Ganz im Gegenteil! Nur ist die (notwendige) politische Zielsetzung und Strategie der Gewerkschaft (die im übrigen erheblich auf die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse einwirkt) Resultat politischer, im wesentlichen parteipolitisch beeinflußter, nicht aus dem ökonomischen Kampffeld spontan und originär entspringender Auseinandersetzungen, die im Rahmen einer bestimmten notwendigen politischen Bandbreite innerhalb der Gewerkschaften stattfinden und zu politischen Kompromissen führen müssen.

Die Tatsache, daß im DGB und in den Einzelgewerkschaften, insbesondere im hauptamtlichen Funktionärskörper, das parteipolitische Spektrum sehr klein ist, daß nämlich die SPD hier eine gewisse ‚Monopolstellung' innehat (wobei allerdings verschiedene, sich z. T. erheblich voneinander unterscheidende sozialdemokratische Strömungen existieren), rechtfertigt es, vom DGB als ‚sozialdemokratischer Einheitsgewerkschaft' (20) zu sprechen.

Die SPD übt also einen bestimmenden politischen Einfluß auf die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung aus, verleiht dieser ihren spezifischen, den DGB von anderen Einheitsgewerkschaften, z. B. von der portugiesischen Einheitsgewerkschaft, unterscheidenden politischen Charakter. Insbesondere seit die SPD Regierungspartei geworden ist, wirkt sich dieser Einfluß inhaltlich in der Weise aus, daß von der SPD-Spitze teilweise recht ‚erfolgreiche' Versuche unternommen werden, den DGB als ‚Transmissionsmechanismus' reformkapitalistischer Wirtschaftspolitik fungieren zu lassen. Dies wird auch innerhalb der Gewerkschaften z. T. kritisch, aber mit einer gewissen Hilflosigkeit artikuliert:

„Ungeachtet aller Bekenntnisse zur gewerkschaftlichen Autonomie sind die Querverbindungen zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften sehr eng. Noch größer ist das Maß an Rücksichtnahme bei gewerkschaftlichen Organen und Gewerkschaftsfunktionären gegenüber Vorstellungen, Kompromißhaltungen usw., mit denen Vertreter der SPD den Gewerkschaften begegnen. Dies verschärft sich in besonderem Maße, sobald die SPD Verantwortung im Staat übernimmt – sei es auf kommunaler, auf Landes- oder auf Bundesebene. Gehe es um die Hinnahme von Preiserhöhungen bei städtischen Verkehrsbetrieben, sei es, daß Vertreter der sozialliberalen Koalition gewerkschaftliche Lohnforderungen mit derselben vordergründigen Argumentation wie Vertreter der Unternehmerverbände zurückzuschrauben suchen – allenthalben läßt sich der mitunter erfolgreiche Versuch massiver Einflußnahme auf die gewerkschaftliche Politik feststellen. Diese Entwicklung hat vielfältige Ursachen; unter anderem das rationale Kalkül, daß entsprechende SPD-Mehrheiten immer noch im Interesse der Arbeitnehmer die sicherste Garantie fortschrittlicher Politik bieten und daher nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden sollten." (21)

In derartigen Äußerungen reflektiert sich die spezifische Funktion sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung für das spätkapitalistische Gesellschaftssystem: „kapitalistische Herrschaft (braucht), gerade wenn sie in Legitimationsschwierigkeiten gerät (z. B. im Gefolge der die langwährende relative wirtschaftliche

20 Dieser Begriff impliziert wie gesagt keineswegs eine ‚Kritik' in der Weise, daß die ‚reinen' Prinzipien der Einheitsgewerkschaft abstrakt diesem Zustand entgegengestellt werden sollen. Vielmehr sind innergewerkschaftliche politische Auseinandersetzungen notwendiges Element der Einheitsgewerkschaft, solange sie auf der Grundlage gemeinsamer ökonomischer Interessen der gesamten Arbeiterklasse stattfinden, wobei natürlich die Dominanz einer bestimmten Politik in den Gewerkschaften die Wahrnehmung der ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse mehr oder weniger vorantreiben, bzw. auch erheblich blockieren kann.

21 Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften . . . a.a.O., S. 64.

Prosperitätsphase in der BRD unterbrechenden Wirtschaftskrise von 1966/67; T. H.) und dabei die Flucht in die faschistische Lösung nicht wählen kann oder will, eine Erneuerung der Massenloyalität, die am ehesten auf dem Weg über die Sozialdemokratie denkbar ist." (22) Sozialdemokratische Regierungsbeteiligung oder -führung sei jedoch für die Bourgeoisie „mit einem Ambivalenzrisiko beladen" (23), das resultiert aus der Diskrepanz zwischen den von der sozialdemokratischen Massenbasis und den Gewerkschaften artikulierten Forderungen, den besonderen Erwartungen, die an sozialdemokratische Regierungspolitik geknüpft werden, und den mangelnden Möglichkeiten der SPD, diese Forderungen zu realisieren. (24)

Das unüberwindbare Dilemma sozialdemokratischer Regierungspolitik ist also folgendes: die Funktionsvoraussetzung sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung, ihre Massenbasis insbesondere in der Arbeiterklasse, ihr Einfluß in den Gewerkschaften, die Wiederherstellung oder Stabilisierung von aktiver „Massenloyalität" für das kapitalistische System, gerät in fortschreitenden Widerspruch zu ihren politischen Handlungsmöglichkeiten in der Regierung. Die SPD kann als Regierungspartei politische Macht überhaupt nur in dem Maße ausüben, Reformen nur insoweit durchsetzen, wie diese in den Rahmen des staatsmonopolistischen Systems hineinpassen, bzw. zu dessen Modernisierung und Effektivierung beitragen, da sie als ‚Volkspartei', die jede revolutionär-sozialistische Zielsetzung aufgegeben hat, nicht in der Lage ist, die eigenständige politische Formierung der Arbeiterbewegung, die Entwicklung und politische Orientierung der Kämpf der Arbeiterklasse voranzutreiben — die einzige Grundlage, auf der die Durchsetzung antikapitalistischer Maßnahmen möglich wäre. Stattdessen nimmt sie eine bestimmte Funktion für die Stabilisierung des staatsmonopolistischen Systems wahr, (25) insbesondere die, die Gewerkschaften auf sozialpartnerische Positionen zu orientieren, bzw. derartige Positionen im DGB zu verstärken.

Dies wird besonders deutlich in der gegenwärtigen Krise, wo der sozialliberalen Bundesregierung die undankbare Aufgabe zufällt, die Bedingungen für einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung zu forcieren, was nichts anderes heißt, als die Lasten der Krise der Arbeiterklasse aufzubürden — eine Aufgabe, für die die SPD besonders prädestiniert ist: Keiner anderen Partei könnte es gelingen, derartige Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse durchzusetzen, wie sie das jüngste Konjunkturprogramm der SPD-geführten Bundesregierung vorsieht, mit Duldung und zum Teil sogar mit Unterstützung der Gewerkschaften — allerdings um den hohen Preis des Abbröckelns der sozialdemokratischen Massen- und Wählerbasis.

22 A. Klönne: „Sozialdemokratie – eine Agentur kapitalistischer Interessen?", in: R. Kühnl (Hrsg.): Der bürgerliche Staat der Gegenwart. Formen bürgerlicher Herrschaft II, Reinbek 1972, S. 85.

23 Ebenda.

24 Vgl. ebenda.

25 Zur Illustration dieses Sachverhaltes sei beispielsweise hingewiesen auf die Rede des SPD-Vorsitzenden und damaligen Bundeskanzlers Brandt, die dieser am 14.6.72 im Zeichen der Entscheidung für vorzeitige Bundestagsneuwahlen vor der BDI-Mitgliederversammlung in Köln hielt: Dabei betonte er die „besonderen Fähigkeiten" der SPD, auch antikapitalistische Kräfte in das kapitalistische System zu integrieren, verbunden mit dem uneingeschränkten Bekenntnis zur Marktwirtschaft, die keineswegs durch die Politik der „inneren Reformen" tangiert werde. Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung Nr. 68 vom 15.6. 1972. Bonn 1972.

Am Beispiel der Krisenpolitik der Bundesregierung in der gegenwärtigen Situation wird sehr deutlich, daß Albrecht die Einflußnahme und Einflußmöglichkeit der SPD auf den DGB erheblich unterschätzt. Es zeigt sich auch, daß, nicht — wie Albrecht meint — DGB und SPD sich wechselseitig beeinflussen, sondern daß die effektive Einflußmöglichkeit des DGB auf die sozialdemokratische Regierungspolitik im Sinne der Durchsetzung von Arbeiterinteressen faktisch kaum der Rede wert ist.

Es ließen sich viele Beispiele und Mechanismen der Ausübung von Druck auf die Gewerkschaften durch die SPD im Sinne ihrer bestenfalls reformkapitalistischen Regierungspolitik aufzählen, angefangen mit der Konzertierten Aktion, die ja bekanntlich ein Kind sozialdemokratischer Regierungspolitik ist und von den Gewerkschaften mehrheitlich akzeptiert wird, über die Institution des SPD-Gewerkschaftsrates, (26) den Albrecht übrigens nicht einmal erwähnt, bis hin zu anderen, schwer nachweisbaren, aber in ihren Auswirkungen erkennbaren Eingriffen in die gewerkschaftliche Tarifpolitik (27) usw.

Diese Situation wirkt sich auf die Gewerkschaften objektiv als Hemmschuh für die Entfaltung und Mobilisierung von Aktivitäten ihrer Mitgliedermassen an der Basis aus. Die Gewerkschaften befinden sich dabei in dem Dilemma, daß sie einerseits durch eine rücksichtslose und vorbehaltlose Politik der Verfolgung der ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder die Krise möglicherweise verschärfen könnten, die SPD-Regierungsmehrheit dadurch gefährden würden, und dabei das Abbröckeln des sozialdemokratischen Wählerpotentials zugunsten der CDU zumindest nicht verhindern könnten. Alle Ansätze einer gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse gerichteten kämpferischen Gewerkschaftspolitik geraten in Gefahr, in der innergewerkschaftlichen Diskussion als CDU-Wahlhilfe denunziert zu werden. Andererseits: ordnen sich die Gewerkschaften der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik, dem kapitalistischen Krisenmanagement der SPD-geführten Regierung auf Kosten der Arbeiterklasse unter, was nichts anderes bedeutet, als weitgehender Verzicht auf konsequente gewerkschaftliche Interessenpolitik, so können sie vielleicht hoffen, die SPD-geführte Bundesregierung noch einmal zu retten, die — völlig zu Recht — auch für den auf Klassenpositionen stehenden Teil der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber einer CDU-Regierung vorzuziehen ist.

26 „Im Gewerkschaftsrat der SPD, der nur eine beratende Funktion besitzt, sind die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften (DGB, DAG, Polizeigewerkschaft) und Vertreter des Beamtenbundes tätig. Dieses Gremium, das vorwiegend dem gegenseitigen Meinungsaustausch dient, tagt gemeinsam mit Mitgliedern der Führungsspitze der SPD. . . . allein zu unverbindlichem Meinungsaustausch ist das berufene (nicht gewählte) Gremium dagegen zu exklusiv zusammengestellt. Der Gewerkschaftsrat hat als beratendes Gremium weder einen ständigen noch einen wechselnden Vorsitzenden." „Berichte aus der Praxis", in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 4, 74 S. 251.

27 „In einem Gespräch mit dem ‚Spiegel' vom 24. Mai 1971 erklärte Bundeskanzler Brandt, daß führende Gewerkschaftsfunktionäre ihm im SPD-Gewerkschaftsrat zugesichert hätten, „von übersteigerten Zuwachsraten herunterzukommen." Auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall appellierte Brandt in seiner Begrüßungsrede an die Delegierten, in der Lohnpolitik eine Gangart einzuschlagen, „die der veränderten Landschaft angemessen" sei. In einem Brief an die Unternehmerverbände, in dem SPD-Schatzmeister Nau um Wahlspenden nachsuchte, konnte er darauf verweisen: „Der enge Kontakt zwischen den Tarifparteien und der Bundesregierung trug mit dazu bei, daß sich die Tariferhöhungen der letzten Monate in gesamtgesellschaftlich vertretbaren Grenzen hielten". Handelsblatt vom 22.8. 72, Nachrichten Verlags-GmbH (Hrsg.): Arbeiterseminar '73 Löhne Profite Preise in der BRD, Frankfurt/M. 1973, S.63.

So deutlich wie nie zuvor offenbart die gegenwärtige Krisensituation also, daß eine langfristige gesellschaftsverändernde Perspektive und antikapitalistische Maßnahmen, ja kaum eine reformistische Perspektive, weder der DGB aus sich selbst heraus, noch die SPD, noch beide gemeinsam zu entwickeln in der Lage sind. Die in der Hochkonjunktur von Teilen der Gewerkschaften und der SPD formulierten ‚systemüberwindenden' Vorstellungen mittels Reformpolitik (solange für Reformen noch ein gewisser finanzieller Spielraum bestand) zerplatzen in der momentanen Krise wie Seifenblasen.

Der politisch-strategische Ausweg aus dieser Situation, dem Albrecht formuliert: Eine stärkere politische Beeinflussung der SPD durch den DGB und durch die AfA (28) erweist sich hier wiederum als illusionär. Es soll gar nicht behauptet werden, daß es prinzipiell unmöglich ist, punktuell in dem einen oder anderen Einzelfall sozialdemokratische Regierungspolitik im gewerkschaftlichen Sinne zu beeinflussen. Dies kann sogar unter bestimmten Bedingungen notwendig sein im Interesse der Aufrechterhaltung und Mobilisierung von für das System notwendiger Massenloyalität. Derartige Zugeständnisse an die Arbeiterklasse (zumeist nur während einer wirtschaftlichen Prosperitätsphase) haben jedoch nichts zu tun mit sozialistischer Politik.

SPD und sozialistische Perspektive

Es kann nun keinem Zweifel unterliegen, daß jede ernstzunehmende sozialistische Strategie in der BRD, will sie nicht zu perspektivlosem Sektierertum verdammt sein, „die aktive Mitarbeit der SPD-Mitglieder und des größten Teils der SPD"(29) beinhalten muß.

Die Frage ist nur, wo soll diese sozialistische Strategie bzw. ihr Träger, herkommen, wenn sie — wie versucht wurde darzulegen — weder in den Gewerkschaften ‚autonom' entstehen kann, noch von der SPD aus sich selbst heraus zu erwarten ist. Erforderlich ist ganz offensichtlich eine eigenständige politische Kraft, eine marxistische Partei der Arbeiterklasse, d.h. eine Partei, die die Traditionen der deutschen marxistischen Arbeiterbewegung repräsentiert, die in der Arbeiterklasse verankert ist, und die dem internationalen Charakter der Arbeiterbewegung Rechnung trägt. Aufgrund besonderer historischer Bedingungen — auf die hier nicht eingegangen werden kann — hat in der BRD eine solche politische Kraft nahezu zwei Jahrzehnte lang kaum, bzw. nur in Form isolierter Überreste existiert. Auch heute gibt es zwar diese politische Kraft wieder — in Form der DKP —, sie ist jedoch einer starken Verfolgung und Isolierung ausgesetzt, und in der Arbeiterklasse noch relativ schwach verankert.

Es ist zwar verständlich, aber darum nicht weniger kritikwürdig, wenn aufgrund dieser besonderen historischen Situation derartige illusionäre ‚sozialistische' Strategien wie die von Albrecht formuliert werden. Aufgrund der bisherigen Ausführungen lassen sich auch die — zugegebenermaßen komplizierten — aber einzig realisierbaren Möglichkeiten und Bedingungen eines „sozialistischen Comeback" (Albrecht, s.o.) bzw. einer Einbeziehung von relevanten Teilen der

28 Auch die AfA funktioniert weitgehend als Umsetzungsinstrument sozialdemokratischer Regierungspolitik in den Betrieben und im DGB; zumindest dürfte diese Zielsetzung für ihre Gründung eine wichtige Rolle gespielt haben. Der letzte AfA-Bundeskongress vom Juni 1975 dürfte diese Einschätzung eher bestätigen als in Frage stellen. Vgl. dazu: Heinz Schäfer: „AfA-Bundeskonferenz der SPD will folgsame Gewerkschaften", in: Nachrichten Nr. 7/75, S. 11 f.

29 Albrecht, a.a.O., S. 43.

SPD in eine sozialistische Strategie benennen: die Existenz und Stärkung der marxistischen Partei der Arbeiterklasse, der DKP, der Abbau des Antikommunismus in SPD und Gewerkschaften, und damit einhergehend, die Entwicklung einer Politik der Aktionseinheit im Kern von Sozialdemokraten und Kommunisten aber auch unter Einbeziehung anderer linker Kräfte. (30)

Weil Albrecht auf die SPD starrt wie das Kaninchen auf die Schlange, muß er andere politische Organisationen in der Arbeiterbewegung, denen für eine sozialistische Transformierung der SPD eine Schlüsselfunktion zukommt, aus den Augen verlieren. Die Tatsache, daß links von der SPD stehende Gruppierungen, insbesondere die DKP, noch eine sehr geringfügige Rolle spielen, kann diese ausschließliche Fixierung auf die SPD nicht rechtfertigen, spiegelt die relative Schwäche der politischen Linkskräfte in der BRD doch nur den unentwickelten Zustand der westdeutschen Arbeiterbewegung insgesamt wider.

Neben der relativen Schwäche der politischen Linken ist noch ein weiterer Faktor dafür verantwortlich, daß die Strategiediskussionen des linken SPD-Flügels häufig zu illusionären und perspektivlosen Resultaten führen: die starke Abriegelung der SPD gegenüber Kommunisten, das ‚Berührungs'- und Diskussionsverbot mit der DKP. Es läßt sich m.E. nachweisen, daß die Möglichkeit der Aufrechterhaltung dieses Verbots für SPD-Mitglieder an den Zustand des ‚sozialen Friedens', des Stillhaltens der Arbeiterklasse gebunden ist: Wo soziale Auseinandersetzungen auf betrieblicher und auf örtlicher Ebene sich nicht verhindern lassen, können wichtige Ansätze zur Durchbrechung dieses Verbots der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich auch nicht einfach von SPD-Spitzengremien administrativ verbieten lassen, entstehen. Mit anderen Worten: Nur auf der Grundlage verschärfter und breiterer Klassenauseinandersetzungen läßt sich die Aktionseinheit weiterentwickeln. Andererseits ist für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Klassenkämpfe in der BRD die Aktionseinheit eine Voraussetzung bzw. ihr Scheitern kann ein erhebliches Hindernis für eine erfolgreiche Durchsetzung von Arbeiterinteressen, für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der BRD sein.

Ist es dem linken Flügel der Sozialdemokratie tatsächlich ernst mit seinen sozialistischen Positionen und mit seinem Anspruch, auf eine politische Linkswendung der SPD hinzuarbeiten, so darf er sich nicht allein auf ‚Basisaktivitäten' beschränken, sondern muß zugleich versuchen, in diesen Aktivitäten selber, als deren wesentliches Resultat, bündnispolitische Fakten im Sinne der Aktionseinheit zu setzen. Nur so ist die SPD langfristig in Richtung auf eine sozialistische Partei zu beeinflussen.

„Wer eine zahlreiche und echte Linke in der Sozialdemokratie will, der müßte schon in seinem eigenen Interesse dafür sein, daß links von der SPD eine

30 An dieser Stelle sei auf französische Erfahrungen hingewiesen: „Vor genau 10 Jahren hatte die Kommunistische Partei (Frankreichs, T. H.) den Vorschlag unterbreitet, ein gemeinsames Regierungsprogramm der Linksparteien aufzustellen. 10 Jahre lang hatte sie eine Vielzahl von Initiativen ergriffen, um diesen Vorschlag zu verwirklichen. Besäße denn die Linke heute ein gemeinsames Regierungsprogramm, wenn unsere Partei (die FKP, T. H.) nicht die Kraft und den Einfluß, die für sie charakteristisch sind, gehabt hätte? Francois Mitterand hat selbst vor der Sozialistischen Internationale erklärt, daß er dieses Abkommen nicht abgeschlossen hätte, wäre er in England oder der Bundesrepublik Deutschland gewesen. ... Wenn sich die Sozialistische Partei heute aus dem Sumpf der Klassenzusammenarbeit befreit, so ist das in entscheidendem Maße der Kommunistischen Partei, das heißt ihrer Kritik an der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und der Lüge von der ‚dritten Kraft' zu verdanken." G. Marchais: Die demokratische Herausforderung, Frankfurt/M. 1974, S. 182 f.

starke DKP existiert; der dürfte nicht nur keine Konzessionen an den sterilen Antikommunismus machen, sondern müßte sich im Gegenteil zur sachlichen Diskussion und Zusammenarbeit mit der DKP bereitfinden. Denn wenn Chile und Frankreich etwas lehren, dann lehren sie gerade dies." (31)

31 J. Schleifstein: „Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 4, 73, S. 394.

‚HUMANISIERUNG DER ARBEIT' — EINE ERWIDERUNG AUF J. HUND

„Die Arbeit spielt im Leben des Menschen eine beherrschende Rolle. Hier ist er einer Vielzahl von Einflüssen ausgesetzt, die seine Gesundheit und sein Wohlbefinden beeinflussen und die weit in die übrigen Lebensbereiche hineinwirken. Die Forderung nach einer besseren Qualität des Lebens beziehen daher Millionen von Arbeitnehmern zunächst auf ihren Arbeitsplatz."
(Aus dem Aktionsprogramm der Bundesregierung ‚Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens')

Die innergewerkschaftliche Meinungs- und Willensbildung über den Bereich der ‚Humanisierung der Arbeit' ist keineswegs abgeschlossen. Nach der Phase einer voreiligen Auftrags- und Mittelvergabe der von der Bundesregierung bewilligten ‚Humanisierungs-Millionen' vor allem an Unternehmen und unternehmensorientierte Forschungsinstitute zeichnet sich eine neue Runde der Auseinandersetzung ab: Wachsende Arbeitslosigkeit und Ernüchterung über Wert und Umfang von Experimenten mit ‚neuen' Formen der Arbeitsorganisation seitens der Gewerkschaften bilden den Hintergrund für eine sich verschärfende Auseinandersetzung, bei der es insbesondere um die Hauptansatzpunkte bei der Schaffung einer menschenwürdigen Arbeitswelt und um die interessenbedingte Bewertung und Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse geht.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob die gegenwärtige Humanisierungsdebatte durch bloße Einschätzungen vorhandener Humanisierungskonzeptionen und deren Identifizierung als unternehmerische Integrationsstrategien tatsächlich weiter vorangetrieben werden kann. J. Hund, die offensichtlich zu dieser Einschätzung neigt, entwickelt in SOPO 33 eine entsprechende Argumentationsweise, in der über den Nachweis der sich hinter den gängigen Humanisierungskonzeptionen verbergenden Kapitalinteressen der Schluß formuliert wird, daß diese sich gegen die gewerkschaftliche Mitbestimmungskonzeption richten und daß arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse insgesamt untauglich sind, „solange sie nicht praktisch wie theoretisch gekoppelt sind mit dem gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterklasse selbst." (1)

Zweifellos wird diese Einschätzung von zahlreichen anderen Autoren, die sich kritisch mit den vorhandenen Humanisierungsmodellen auseinandersetzen, geteilt. So sieht beispielsweise auch H. Mendner in den vorgeschlagenen neuen Formen der Arbeitsorganisation eher eine Abwehrstrategie des Kapitals mit der die Arbeiterklasse in den Ausbeutungsprozeß reintegriert werden soll. Seine Konsequenz: „Erst mit der Aufhebung der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital im Prozeß der Transformation der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse wird sich eine umfassende Vermenschlichung der gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen herstellen lassen." (2) Noch einen Schritt weiter geht J. Gross, die in dem Gerede über die Humanisierung der Arbeitswelt bereits ein Zeichen der historischen Defensivstellung des Monopolkapitals und dessen Vertreter erblickt und darin zugleich das ungewollte, noch nie so deutlich ausgesprochene Eingeständnis sieht, „daß das kapitalistische System bisher nicht in der

1 J. Hund: „ ‚Humanisierung der Arbeit' – Humanisierung der Ausbeutung? ", in: Sopo 33, S. 70.

2 J.H. Mendner: „ ‚Humanisierung der Arbeit' als gewerkschaftspolitisches Problem", in: Mehrwert 9/75, S. 37. Vgl. ders.: Technologische Entwicklung und Arbeitsprozess, Frankfurt/Main 1975, S. 169–182.

Lage war — und heute weniger denn je in der Lage ist —, fundamentale Probleme der sozialen, hygienischen und kulturellen Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung zu lösen oder einer solchen Lösung auch nur näherzukommen." (3)

Nach meiner Auffassung sind derartige Einschätzungen, die nach dem Strickmuster ‚Das Monopolkapital unter Anpassungszwang' stets darauf hinauslaufen, die vorhandenen Humanisierungskonzeptionen als verfeinerte Ausbeutungsstrategien zu charakterisieren, zwar grundsätzlich notwendig und legitim, aber dennoch unter zwei Gesichtspunkten ergänzungsbedürftig.

Zum einen sollte die Kritik von Humanisierungskonzeptionen möglichst mit einer umfassenden Kritik der wissenschaftlichen Grundlagen dieser Modelle einhergehen. Bekanntlich befinden sich die Gewerkschaften vor allem bei dem Problem der Einführung experimenteller ‚neuer Formen' der Arbeitsorganisationen häufig unter Zustimmungszwang. Besonders drastisch macht sich dieser Umstand in der Frage der Interpretation der §§ 90/91 des BetrVG bemerkbar. ‚Profilierte' Arbeitswissenschaftler und unternehmensorientierte Forschungsinstitutionen beanspruchen eine Art Alleinvertretungsrecht wissenschaftlicher Erkenntnis und hängen ihren Gutachten und Forschungsergebnissen gern die Qualitätsmarke ‚gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnis' um. Diesem Umstand allein mit einer bloßen Einschätzung des Ausbeutungscharakters von Humanisierungskonzeptionen begegnen zu wollen, ist schlicht Illusion. Der richtige Weg zu einer umfassenden Kritik der theoretischen Grundlagen der vorhandenen Arbeitswissenschaft und zu einer Neubestimmung des Selbstverständnisses dieser Disziplin hat sich daran zu orientieren, daß diese Wissenschaft von ihrem Grundansatz her eindeutig den Bereich des bloßen Herrschaftswissens übersteigt. Eine Erkenntnis, die sich bereits bei W.I. Lenin finden läßt, der bei seiner Beurteilung des Taylorismus formuliert: „Doch gleichzeitig darf man auch nicht einen Augenblick vergessen, daß das Taylorsystem einen gewaltigen Fortschritt der Wissenschaft einschließt, die den Produktionsprozeß systematisch analysiert und Wege zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit erschließt." (4)

Zum anderen müssen gerade diejenigen, die den vorhandenen Humanisierungskonzeptionen die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Intensifikation der Arbeit und gegen den zunehmenden Gesundheitsverschleiß gegenüberstellen, in besonderem Maße daran interessiert sein, arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse für diesen Kampf zu nutzen und diese Erkenntnisse im Interesse der arbeitenden Menschen anzuwenden. Dies erfordert die Einordnung bestimmter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse in eine konsequente gewerkschaftliche Durchsetzungsstrategie, das Wissen um den Erkenntnisstand und die Erkenntnislücken wesentlicher arbeitswissenschaftlicher Forschungsbereiche und schließlich die Formulierung einer Perspektive, in der eine an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung ausgerichtete Wissenschaft von der Arbeit hinsichtlich ihrer theoretischen Grundlagen und ihrer praktischen Anwendungsmöglichkeiten den Beteiligten deutlich wird. Es kommt also darauf an, die langwierigen und zähen Bemühungen um humanere und menschengerechtere Arbeitsbedingungen und den Kampf um eine menschengerechte und humane Gesellschaft nicht abstrakt gegenüberzustellen, sondern zu einer Einheit zu führen, in der deutlich wird, daß jede Aktion, die zu einer wirklichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen soll, die Perspektive einer menschengerechten Gesellschaft zur Voraussetzung haben muß.

3 Vgl. J. Groß: Profit kontro humane Arbeitswelt, Frankfurt 1976. H. Adamo: „Die Legende von der Humanisierung und Vermenschlichung der Arbeit im Kapitalismus", in: Marxisitische Blätter 1/74. P. Grünfeld: „Der Kampf um eine menschengerechte Arbeitsgestaltung", in: Marxistische Blätter 1/74. M. Goldmann und K. Jacob: „ ‚Humanisierung der Arbeit' und betriebliche Arbeitsteilung im Kapitalismus", in: Sozialistische Arbeitswissenschaft 3/75. B. Kaufhold: „Bürgerliche Konzeptionen zur ‚Humanisierung der Arbeitswelt' ", in: IPW-Berichte 3/75 .

4 W.I. Lenin: Über wissenschaftliche Arbeitsorganisation, Sammelband, Berlin 1972, S. 23.

Nutzung und Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse in der Tarifpolitik

Die Frage nach den Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeiten arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich gewerkschaftlicher Tarifpolitik kann nur vor dem Hintergrund der tatsächlich vorhandenen gewerkschaftlichen Beschlüsse zur ‚Humanisierung der Arbeit' beantwortet werden. Neben den bekannten programmatischen Äußerungen des DGB (Grundsatzprogramm, Aktionsprogramm 1972, Gesundheitspolitisches Programm etc.) sind hier vor allem die Ergebnisse der Arbeitsgruppen der DGB-Konferenz „Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe" 1974 in München heranzuziehen. Die abschließenden Thesen der Arbeitsgruppen stellen jedoch, wie von H.O. Vetter im Schlußwort hervorgehoben wurde, lediglich eine „Plattform für die weitere Diskussion" (5) dar und nicht — wie es sicher zu wünschen wäre — verabschiedete Forderungen. Wichtigstes Ergebnis war hier zum einen der Ansatz, weit über die traditionelle Einengung und Beschränkung auf Detailprobleme des Arbeitsschutzes hinauszugehen und die Frage der ‚Humanisierung der Arbeit' in gesellschaftspolitische Grundzusammenhänge einzuordnen; zum anderen wurde der Ansatzpunkt zur Aufhebung belastender Arbeitsbedingungen im Sinne einer gewerkschaftlichen Durchsetzungsstrategie deutlich formuliert. Auf den Begriff gebracht lautet diese Durchsetzungsstrategie: Humanisierung der Arbeit durch Tarifpolitik. H.O. Vetter drückt dies so aus: „Die Humanisierung der Arbeit ist zuallererst eine gewerkschaftliche Aufgabe, und zwar eine Aufgabe der Tarifpolitik. Die Arbeitsbedingungen sind sämtlich tarifvertragsfähig und damit erkämpfbar." (6)

Für eine Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und Vorstellungen auf der Ebene der Tarifpolitik sprechen in der Tat folgende Gründe: 1. In der gegenwärtigen arbeitsrechtlichen Situation haben die Gewerkschaften ein umfassendes Recht zur Regelung der Arbeitsbedingungen nur auf dem Gebiet der Tarifverträge (Tarifautonomie). Die in dem BetrVG in den §§ 90, 91 enthaltenen Möglichkeiten bieten einen geringen Spielraum, da sie an eine Reihe einschränkender Voraussetzungen gebunden sind. Die Beteiligung des Betriebsrats bei der Gestaltung der Arbeitsumgebung, des Arbeitsablaufs und des Arbeitsplatzes wird aus arbeitsrechtlicher Sicht übereinstimmend als ein ‚korrigierendes' Mitbestimmungsrecht (§ 91) und als ein ‚Unterrichtungs- und Beratungsrecht' (§ 90) interpretiert. (7) Wie der IG-Metall Justitiar M. Kittner feststellt,

5 Vgl. Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, Protokoll der DGB-Konferenz vom 16. und 17. Mai 1974 in München, Frankfurt 1974, S. 237.

6 Ebenda, S. 234.

7 Vgl. W. Schneider : „Rechtliche Aspekte der §§ 90, 91, Betriebsverfassungsgesetz – menschengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze", in: ‚Das Mitbestimmungsgespräch', Heft 5–6/1974.

ist zwar eine frühzeitige informatorische und beratende Einschaltung des Betriebsrats bei allen Planungsvorgängen mit entsprechender Zielsetzung in der Vorschrift angeordnet, aber die „Konsequenz eines darauf bezogenen umfassenden Mitbestimmungsrechts zieht das Gesetz indes nicht". (8) Die Mitbestimmungsmöglichkeit ist nur dann gegeben, wenn die Arbeiter durch Änderung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufes oder der Arbeitsumgebung, die gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit offensichtlich widersprechen, in besonderer Weise (Hervorhebung K.S.) belastet werden.

2. Tarifverträge sind, wie der Lohnrahmentarifvertrag II (LRTV II) beweist, über die Vereinbarung von Lohnerhöhungen hinaus in Richtung einer Veränderung der Arbeitsbedingungen ausweitungsfähig. Hinsichtlich der unmittelbaren Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsorganisation sind im LRTV II festgelegt:

— Mindesterholungs- und Bedürfniszeiten (§§ 3.14.2. und 2.14.5.)
— Verbot der weiteren Aufteilung bestehender Arbeitsakte (§ 6.3.2.)
— Mindesttakte nicht unter 1,5 Minuten (§ 6.3.1.)

Gerade diese Ausweitung tarifvertraglicher Vereinbarungen auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen hat wesentlich dazu beigetragen, daß der LRTV II inzwischen allgemein als eine „Wende in den tariflichen Auseinandersetzungen" (9) eingeschätzt wird.

3. Tarifverträge werden in der Regel erkämpft. In diesem Sinne ist jede Tarifauseinandersetzung, auch wenn sie im Ergebnis häufig die Reproduktionsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung nur unwesentlich verbessert und Kompromißcharakter hat, eine Klassenauseinandersetzung. Nirgendwo sonst stoßen die unterschiedlichen Interessen von Unternehmern und Arbeitern so häufig und so offensichtlich aufeinander. Tarifauseinandersetzungen sind insofern nicht nur wesentliche Hebel zur Verbesserung der allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, sondern sie sind auch entscheidende bewußtseinsfördernde Konflikte, in denen Momente von Solidarität und Kampfbereitschaft unmittelbar erfahrbar werden. Während der Tarifauseinandersetzung in Nordwürttemberg/Nordbaden stimmten rund 89% der betroffenen Gewerkschaftsmitglieder für den Streik, an den durchgeführten Schwerpunktstreiks beteiligten sich 57.000 Metallarbeiter.

4. Tarifverträge haben eine erhebliche Breitenwirkung. Durch tarifvertragliche Regelungen werden — quantitativ betrachtet — weitaus mehr Arbeitsplätze erfaßt als durch wohlmeinende Experimente mit einzelnen Arbeitsplätzen oder Betriebsabteilungen. Das häufige Zitieren der bekannten Volvo-Experimente mit teil-autonomen Arbeitsgruppen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß von den damit zusammenhängenden Veränderungen nur 1,3% der gesamten Volvo-Belegschaft (600 Arbeiter) betroffen sind. Demgegenüber waren allein 256.394 Arbeiter und Angestellte an der Abstimmung des LRTV II im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden beteiligt. Diese Größenordnung wird selbst dann nicht erreicht, wenn man die bekanntgewordenen Versuche aus Norwegen (Nors Hydro, Nors Jernverk), Schweden, (Volvo, Saab), den USA (Texas Instruments,

8 Vgl. M. Kittner: „Mitbestimmung der Arbeitnehmer über die Arbeitsorganisation und über die Ausgestaltung und umgebung des Arbeitsplatzes", in: WSI-Mitteilungen 5/1975, S. 256 ff. Zitat S. 259.

9 Vgl. H. Löffler und U. Schreyer: „Das Lohnrahmentarifabkommen der IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden – eine Wende in den tariflichen Auseinandersetzungen", in: Sopo 33, S. 71–87.

Corning Glass Words), Holland (Phillips) und einigen anderen Ländern zusammenrechnet. (10) Wenn also H.O. Vetter sagt, „Ein Volvo-Modell schafft noch keine neue Wirklichkeit in den Betrieben, . . ." (11) so bedeutet dies in erster Linie, daß die Versuche und Experimente mit teil-autonomen Arbeitsgruppen zwar mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen sind, unter keinen Umständen aber bereits als eine tatsächliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für breite Teile der arbeitenden Menschen anzusehen sind.

Gegen die ausschließlich tarifpolitisch orientierte Durchsetzungsstrategie spricht, daß auch die besten Tarifverträge ohne eine entsprechende Absicherung durch erweiterte Mitbestimmungsrechte von den Unternehmern permanent unterlaufen werden können und daß entscheidende Veränderungen von Arbeitsbedingungen in Richtung einer menschengerechten Arbeitswelt von übergreifenden politischen Kräfteverhältnissen abhängig sind, die über den unmittelbaren Rahmen von Tarifauseinandersetzungen hinausgehen.

1. Wie der Bezirksvorsitzende der IG Metall F. Steinkühler im Vorwort zu dem LRTV II hinsichtlich der Durchsetzungsproblematik ausführt, ist dieser Vertrag keineswegs identisch mit einer Verwirklichung der Forderungen nach einer humanen Arbeitswelt. „Er ist höchstens ein Bauplan dazu". (12) Insofern ist der Prozeß der Durchsetzung dieses Vertrages gleichsam ein Lehrstück dafür, daß es mit einer erstmaligen Fixierung verbesserter Arbeitsbedingungen keineswegs getan ist. Der IG Metall Vertreter M. Kittner berichtet über die Unterlaufungsversuche seitens der Unternehmer: „Unmittelbar nach Inkrafttreten des Lohnrahmentarifvertrages II — in der Übergangsphase zur Einführung der neuen Pausenregelung — haben beinahe alle Unternehmen versucht, sich ihm auf die eine oder andere Weise zu entziehen: Sei es, daß sie schlicht angeboten haben, den Wegfall der Pausen zu vergüten, sei es, daß sie erklärt haben, deren Einführung sei technisch unmöglich sei es, daß sie auf eine Zusammenziehung aller Pausen mit der Folge einer Arbeitszeitverkürzung am Ende des Arbeitstages drängten . . ." (13) Begünstigend für die Unternehmer wirkt sich auch aus, daß das ‚Netz der sozialen Sicherung' in der Arbeitswelt keineswegs so dicht geknüpft ist, wie dies von der Bundesregierung häufig darzustellen versucht wird. Insbesondere auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und der Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften herrscht ein Zustand der Rechtszersplitterung und der Rechtsunsicherheit, der seinesgleichen sucht. (14) Hinzu kommt die im Vergleich zu den unternehmerkontrollierten Berufsgenossenschaften geringere Einwirkungsmöglichkeit und faktische Bedeutungslosigkeit der Gewerbeaufsichtsämter, zu deren Aufgabenbereich zwar die Überwachung allgemeiner Sicherheitsbestimmungen und hygienischer Verhältnisse zählt, die aber aufgrund ihres schwachen personellen Apparats und ihrer geringen Kompetenzen bei der Durchsetzung be-

10 In der amerikanischen Regierungsstudie ‚Work in America' werden im Anhang 30 Unternehmen erwähnt, in denen Experimente mit ‚neuen Formen' der Arbeitsorganisationen stattfinden oder stattgefunden haben. Die Anzahl der daran insgesamt beteiligten Arbeiter liegt zwischen 4.–5.000. (Eine inzwischen vorliegende Übersetzung mit dem Titel ‚Die 8 Stunden am Tag', München 1974, ist mit einer Einführung des Unternehmers und vermögenspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, MdB E. Pieroth versehen).

11 Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, S. 27.

12 Vgl. Vorwort des (von der IG Metall herausgegebenen Textes) des LRTV II.

13 M. Kittner, S. 265

14 J.A.E. Meyer: „Aktuelle Probleme und Tendenzen im Arbeitsrecht", in: Sopo 33, S. 89 ff.

stimmter Auflagen die unzähligen Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen beinahe nur noch registrieren können.

2. Da eine konsequent durchgeführte, tarifpolitisch orientierte Durchsetzungsstrategie in die Profitsphäre der Unternehmen eingreifen muß, liegt in der engen Verzahnung von Erweiterung der Mitbestimmungsrechte auf der einen Seite und der Ausweitung von Tarifverträgen auf die Arbeitsbedingungen auf der anderen Seite eine wesentliche Voraussetzung. Eine derartige Verzahnung verbietet von selbst eine Reduzierung der Mitbestimmung auf die auch von Unternehmerseite propagierte ‚Mitbestimmung am Arbeitsplatz'. Sicher können mit einer arbeitsplatznahen Mitbestimmung kurzfristig auch einige Mängel in der Arbeitsorganisation und in den Arbeitsbedingungen, sofern diese den Profit nicht schmälern, behoben werden, längerfristig führen sie jedoch nicht zu ihrer umfassenden Veränderung. „Losgelöst und überbewertet entsprechen derartige Modelle den Vorstellungen der Unternehmerverbände." (15) Damit tarifpolitisch durchgesetzte Veränderungen von den Unternehmen nicht über Betriebsverlagerungen und Investitionsbeschränkungen systematisch unterlaufen werden, muß die Erweiterung von Mitbestimmungsrechten am Arbeitsplatz stets mit einer Erweiterung demokratischer Rechte in der Gesellschaft einhergehen. Daß dies wesentliche Voraussetzung für die Realisierung einer menschengerechten Arbeitswelt ist, klingt in der Aussage von H.O. Vetter an: „Wer das Plakat der ‚Humanisierung der Arbeit' vor sich herträgt, der sollte zu allererst einmal die gleichberechtigte Mitbestimmung akzeptieren!" (16)

3. Schließlich steht und fällt jede Chance der Realisierung einer tarifpolitisch orientierten Durchsetzungsstrategie mit der Aufrechterhaltung der Tarifautonomie. Die Angriffe gegen die Tarifautonomie reichen von der offenen Propagierung sogenannter ‚Lohnleitlinien' bis hin zu dem im Biedenkopf-Gutachten formulierten Vorwurf, Mitbestimmung und Tarifautonomie seien unvereinbar, „da man nicht Teilhaber an Unternehmensentscheidungen und Tarifpartner in einem sein könne." (17) Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, daß neuerdings auch Arbeitswissenschaftler, die das Vertrauen der Gewerkschaften genießen, wieder Ratschläge erteilen, die auf eine eindeutige Einschränkung der Tarifautonomie hinauslaufen. So kommen beispielsweise die Professoren W. Rohmert und F. Rutenfranz im Rahmen einer Untersuchung über ‚Belastung und Beanspruchung durch unterschiedliche Tätigkeit in Industrie und Wirtschaft' zu dem Ergebnis, daß eine Einengung des Ermessensspielraums der Sozialpartner (nicht etwa der Unternehmer K.S.) notwendig und vorrangig sei. (18)

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß eine überwiegend tarifpolitisch orientierte Durchsetzungsstrategie der Gewerkschaften nur insoweit erfolgreich sein wird (19), als

15 W. Volpert: „Die ‚Humanisierung der Arbeit' und die Arbeitswissenschaft", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6 und 7/75, Zitat S. 718.

16 Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, S. 234.

17 Vgl. Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971, S. 126.

18 Vgl. W. Rohmert: „Belastung und Beanspruchung durch unterschiedliche Tätigkeit in Industrie und Wirtschaft", in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11/75, S. 708 ff.

19 Wir haben bisher unterstellt, daß die Gewerkschaften den eingeschlagenen Weg einer tarifpolitisch orientierten Durchsetzungsstrategie zumindest im Grundansatz auch tatsächlich weiterverfolgen. Angesichts der jüngsten Entwicklung mit Abschlüssen zwischen 5 und 6 % tritt das Ringen um die ‚nackte Prozentzahl' offensichtlich so stark in den Vordergrund, daß der Gedanke an veränderte Arbeitsbedingungen schnell beisiete geschoben wird.

- die Realisierung tarifvertraglicher Regelungen über eine umfassende Erweiterung der Mitbestimmungsrechte abgesichert wird,
- die unmittelbaren Interessen der Arbeiter an verbesserten Arbeitsplatzbedingungen mit den längerfristigen Interessen an einer umfassenden Verbesserung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen verbunden werden,
- die Erforschung belastender Arbeitsbedingungen unter größtmöglicher Beteiligung der Betroffenen und bei engster Kooperation von Gewerkschaften und gewerkschaftlich orientierten Wissenschaftlern vorangetrieben wird.

Zur Erforschung belastender Arbeitsbedingungen

Der gegenwärtige Forschungsstand im Bereich belastender Arbeitsbedingungen macht sich weitgehend an einzelnen voneinander isolierten Belastungsbereichen fest, die sich im Verlauf der Produktivkraftentwicklung als produktivitätshemmend herausgestellt und insofern eine wissenschaftliche Behandlung objektiv erzwungen haben. Dies hat die ohnehin starke Zersplitterung der auf den arbeitenden Menschen gerichteten Wissenschaften noch erheblich begünstigt. Theorielosigkeit und Zusammengefügtheit aus verschiedenen Wissenschaftsgebieten sind geradezu die Kennzeichen der bestehenden Arbeitswissenschaft.

Arbeitslosigkeit und drohender Verlust des Arbeitsplatzes

Angesichts der gegenwärtigen Höhe der Arbeitslosigkeit in der BRD und Westberlin (zur Jahreswende 75/76 rund 2 Mill. Arbeitslose und Kurzarbeiter) bedarf es kaum einer Diskussion, daß jede Beschäftigung mit belastenden und im weiteren Sinne krankmachenden Bedingungen der Arbeitswelt hier ihren ersten Ansatzpunkt findet. Arbeitslosigkeit bzw. Nicht-Arbeit stellt eine der größten und zugleich einschneidendsten Belastungen für den normalerweise arbeitenden Menschen dar. Die Arbeitslosigkeit drückt — trotz Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenhilfe — empfindlich das Niveau der materiellen Existenz, sie nimmt dem Betroffenen die Möglichkeit einer vernünftigen Lebensplanung, erschüttert in mehrfacher Hinsicht seine Lebensperspektive und führt längerfristig nachweisbar zu einer allmählichen psychischen Erkrankung und zur Verkümmerung der gesamten Persönlichkeit. Empirische Untersuchungen haben belegt, „daß Arbeitslose bei andauernder Arbeitslosigkeit die Fähigkeit zur Zeitplanung verlieren. . ., daß keine Zukunftsperspektiven mehr entwickelt werden, was zu Haltungen von Resignation und Apathie führt." (20) Darüber hinaus wirkt sich auch die Angst vor Arbeitslosigkeit bzw. der drohende Verlust des Arbeitsplatzes schädigend für die Gesundheit aus. Dies gilt vor allem für psychische und psychosomatische Erkrankungen, wobei in empirischen Untersuchungen ein Ansteigen des Blutdrucks der durch Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiter nachgewiesen werden konnte. (21) Mittlerweise kommen aus den USA, in denen seit Jahren eine hohe Arbeitslosenquote existiert, Berichte und Untersuchungsergebnisse, aus denen hervorgeht, daß bei längerdauernder Arbeitslosigkeit ein Zustand der Entwurzelung der Persönlichkeit unvermeidbar ist. (22) Die völlige Verant-

20 Jahoda, M., Lazarsfeld P.F., H. Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. 2. Aufl., Allensbach 1960, S. 58/59.

21 Vgl. H. Strotzka: Kleinburg – eine sozialpsychiatrische Feldstudie, Wien 1969.

22 Vgl. D.D. Braginsky und B.M. Braginsky, „Arbeitslose: Menschen ohne Vertrauen in sich und das System", in : Psychologie heute', Nov. 75/s. 22–31.

wortungslosigkeit bürgerlicher Arbeitswissenschaften gegenüber diesem Umstand kommt darin zum Ausdruck, daß die objektive Belastung durch drohende Arbeitslosigkeit in einen leistungssteigernden Faktor umgemünzt wird. So schreibt beispielsweise E. Lössl im Handbuch ‚Betriebspsychologie': „Als ein leistungssteigernder Faktor von beträchtlichem Gewicht kann die von den Mitarbeitern erlebte Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz ihres Betriebes wirken." (23) Arbeitslosigkeit und drohender Verlust des Arbeitsplatzes sind aus der Arbeitswelt — genauer gesagt aus den spezifisch kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den damit einhergehenden blinden Markt- und Krisenmechanismen — entspringende Belastungen, gegenüber denen die übrigen belastenden Arbeitsbedingungen objektiv als zweitrangig erscheinen müssen. Insofern ist auch die Aussage von Bundesbildungsminister H. Rhode zur Eröffnung der Humanisierungskonferenz des DGB 1974 in München zu unterstreichen: „An der Spitze einer Politik zur Humanisierung der Arbeit muß die Sicherung der Arbeitsplätze stehen." (24) Ob dies jedoch mehr als ein leeres Wort ist, darf bezweifelt werden angesichts des Umstandes, daß selbst in dem verabschiedeten Aktionsprogramm der Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung und für Forschung und Technologie zur Forschung im Bereich der ‚Humanisierung der Arbeit' die spezifische Belastung durch Arbeitslosigkeit und drohendem Arbeitsplatzverlust mit keinem Wort erwähnt wird. (25) Im Rückblick auf den gewerkschaftlichen Weg der Beseitigung belastender Arbeitsbedingungen über eine tarifpolitisch orientierte Durchsetzungsstrategie werden hier erneut gewisse Einschränkungen dieser Strategie deutlich. Zwar konnten im LRTV II die Kündigungsschutzfristen verlängert werden und es konnte auch durchgesetzt werden, daß Arbeiter, die das 53. Lebensjahr vollendet haben, nur noch aus wichtigem Grund gekündigt werden (§ 3.7), von einer durchgreifenden Beseitigung der spezifischen Belastung durch drohenden Arbeitsplatzverlust kann jedoch noch keine Rede sein.

Arbeitsunfallforschung

Nach offiziellen Schätzungen ereigneten sich in der BRD und in Westberlin 1971 am Arbeitsplatz durchschnittlich „alle 13 Sekunden ein (angezeigter) Arbeitsunfall, alle 7 Minuten ein Arbeitsunfall, der zu einer Entschädigung führt, alle 2 Stunden ein tödlicher Arbeitsunfall." (26) Arbeitsunfälle werden definiert als unerwartete, plötzlich auftretende, von außen auf den Körper einwir-

23 Vgl. E. Lössl: „Die betriebliche Personalorganisation und ihre psychologischen Probleme", in: Handbuch der Psychologie, 9. Band ‚Betriebspsychologie', S. 489.

24 Vgl. Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, S. 21.

25 Als besonders schädlich ist in diesem Zusammenhang die Politik des gegenseitigen Ausspielens von drohender Arbeitslosigkeit und Humanisierungsvorhaben abzulehnen. Wie diese Politik sich zwangläufig in Untersuchungsvorhaben niederschlägt, geht aus den Ergebnissen einer kürzlich veröffentlichten Repräsentativumfrage bei 2 000 Arbeitnehmern hervor. Die vom sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V. durchgeführte Befragung kommt dabei zu dem Resultat, daß die ‚Humanisierung der Arbeit' nur noch eine untergeordnete Bedeutung hat (5,8 %) und an erster Stelle die Sicherung des Arbeitsplatzes (72,8 %) steht.

26 Vgl. ‚Gesellschaftliche Daten 1973', S. 112, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

kende Ereignisse, die zu Gesundheitsschädigungen führen und eine Arbeitsausfallzeit von mehr als drei Tagen zur Folge haben. (27) Diese versicherungsrechtliche Definition entspricht weitgehend den Unternehmerinteressen, da sie ausreichend Interpretationsraum zur Abweisung berechtigter Ansprüche offenläßt, was sich z.B. anhand der längeren Auseinandersetzung über die Anerkennung von Wegeunfällen als Arbeitsunfälle belegen ließe. Eine adäquate Unfallverhütung und ein entsprechender Arbeitsschutz haben — dies ist unbestritten — eine angemessene Erforschung der Unfallursachen zur Voraussetzung. Die Arbeitsunfallforschung hat es sich in der Vergangenheit mit der Annahme einer spezifischen ‚Unfallpersönlichkeit' allzuleicht gemacht. Die These, daß 60 bis 80% der Arbeitsunfälle selbstverschuldet seien, hält sich jedoch hartnäckig und wird neuerdings wieder von einer mediengerecht verpackten Unfallverhütungskampagne, (28) in der die tatsächlichen Unfallursachen weitgehend ausgeklammert bleiben, in unzulässiger Weise gestützt. Obwohl durch zahlreiche Untersuchungen über Häufigkeitsverteilungen von Arbeitsunfällen und durch Versuche ‚unfallverdächtige Personen' von vornherein abzusondern, die Hypothese vom ‚selbstverschuldeten Unfall' inzwischen widerlegt ist, bemühen sich die Unternehmer nach wie vor darum, daß angeblich hohe Risikoverhalten der Arbeiter und deren mangelndes Sicherheitsbewußtsein als primäre Unfallursache herauszustellen. Dem ist entgegenzuhalten, daß der subjektive Anteil am Unfallgeschehen weniger aus der Persönlichkeit des Betroffenen resultiert, wie die bürgerliche Arbeitswissenschaft mit der Theorie von dem ‚geborenen Unfäller' (29) lange Zeit glauben machen wollte, sondern daß die Ursachen subjektiver Fehlhandlungen eindeutig in den allgemeinen Bedingungen des Arbeitsprozesses zu suchen sind. Es sind in erster Linie die schon erwähnten Mehrfachbelastungen, beispielsweise durch andauernden Lärm hervorgerufene Orientierungsverluste und Reaktionszeitverminderungen, die zwangsläufig zu Unfällen führen. Ganz abgesehen davon, daß ein verschärftes Arbeitstempo, und die Angst um Lohnverlust etc. den Arbeiter objektiv zu Handlungen zwingen, die zwangsläufig ein erhöhtes Unfallrisiko beinhalten. Für diese Annahme spricht auch der Umstand, daß mehr als ein Drittel aller Unfälle und mehr als die Hälfte aller tödlichen Unfälle in Bereichen geschieht, in denen der Zeitfaktor und das Moment des ‚Zeit-Herausholens' eine erhebliche Rolle spielt, d.h. insbesondere im Bereich des innerbetrieblichen Transports. Wenn man die Entwicklung der Unfallverteilung und -häufigkeit über einen längeren Zeitraum (z.B. über 10 Jahre) betrachtet, so ergibt sich ein nachweisbarer Zusammenhang zwischen dieser Entwicklung und den gesamtgesellschaftlichen, den branchenspezifischen und den betriebsspezifischen Verwertungsbedingungen des Kapitals. Je mehr man in der Betrachtung des Unfallgeschehens von dem einzelnen ‚unerwarteten und plötzlich auftretenden Ereignis' zu einer Analyse der allgemeineren Bedingungen übergeht, um so deutlicher schälen sich die Verwertungsbedingungen des Kapitals als die eigentlichen Unfallursachen heraus. Selbst von Arbeitswissenschaftlern wird dieser Umstand bisweilen angedeutet, wenn beispielsweise darauf hingewiesen wird, daß zwischen Aktienindex und Unfallhäufigkeit „ein gewisses Ausmaß an Gleichartigkeit des Verlaufs offensichtlich ist." (30)

27 Vgl. RVO/UVNG §§ 548/555.

28 Vgl. ARD-Sendung ‚Risikollege'.

29 Vgl. E. Mittenecker: Methoden und Ergebnisse psychologischer Unfallforschung, Wien 1962.

30 Vgl. F. Burkhardt: „Arbeitssicherheit", in: Handbuch der Psychologie, 9. Band, 2. Aufl., S. 409.

Um zu einem angemesseneren Ansatz im Bereich der Arbeitsunfallforschung zu gelangen,muß die vereinfachende These der ‚Unfällerpersönlichkeit' endgültig fallengelassen werden und der subjektive Anteil am Unfallgeschehen als ein notwendiges Resultat objektiver Bedingungen des Arbeitsprozesses begriffen werden. Nur so wird die Arbeitsunfallforschung zu Ergebnissen gelangen, die den Interessen der arbeitenden Menschen an einer Beseitigung unfallgefährdeter Arbeitsplätze besser als bisher entsprechen. Wie das Diskussionsergebnis der Tagung ‚Sicherheit am Arbeitsplatz und Unfallschutz' 1973 in Bremen belegt, sind sich Vertrauensleute und Betriebsräte dieser Problematik durchaus bewußt. So wird im Bericht der Arbeitsgruppe 5 ‚Arbeitsunfälle' — selbstverschuldet?' formuliert: „Nicht die Erforschung von Individualursachen, umfangreichere Sicherheitsbelehrungen, poppigere Hinweistafeln müssen Inhalt des Kampfes gegen den Unfall sein, sondern in erster Linie der Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit." (31)

Arbeits- und Berufskrankheiten

Einen ersten Eindruck über krankmachende Arbeitsbedingungen vermittelt die offizielle Liste der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten. (32) Daß diese Liste um Jahrzehnte hinterherhinkt, liegt nicht nur an der umständlichen und äußerst langwierigen Prozedur der offiziellen Anerkennung einer arbeitsbedingten Schädigung als Berufskrankheit, sondern auch an der von vornherein bewußt eng gehaltenen Fassung von Berufskrankheiten. In der Regel werden nur folgende Gesundheitsschädigungen aufgenommen:

- Schädigungen bestimmter Körperorgane durch stoffliche Ursachen, wie Gase, Dämpfe, Strahlen, Staube, Schwingungen etc. Der schädigenden Konzentration muß eine meßbare Organveränderung zugeordnet werden können, nach der dann die jeweilige Entschädigungshöhe berechnet wird.
- Schädigungen, die durch bestimmte Körperbewegungen am Arbeitsplatz hervorgerufen werden und zu Organveränderungen führen. So wurde beispielsweise bei einer Untersuchung von Lochkartenschreiberinnen in 50% der Fälle Halswirbelveränderungen ohne Abhängigkeit vom Lebens- und Berufsalter festgestellt.
- Schädigungen, die ausschließlich in einer bestimmten Berufsgruppe auftreten. Entscheidend ist hierbei die statistische Absicherung und nicht der Nachweis einer spezifischen Ursache.

Um zu verdeutlichen, daß damit keineswegs das gesamte Ausmaß krankmachender Arbeitsbedingungen erfaßt wird, greifen wir exemplarisch das Problem der Lärmbelästigung am Arbeitsplatz heraus. Nach offiziellen Schätzungen sind in der BRD zur Zeit mehr als 3 Mill. Arbeiter gesundheitsschädlichem Lärm ausgesetzt. Seit 1972 rangieren Lärmschwerhörigkeit und Lärmtaubheit in der Spitzengruppe der häufigsten Berufskrankheiten. Der jüngste bislang unveröffentlichte Unfallverhütungsbericht des Bundesarbeitsministeriums verzeichnet, daß 1974 9.890 neue Fälle von Lärmschwerhörigkeit gemeldet wurden. 1.589 Lärmkrüppel bezogen im letzten Jahr zum erstenmal Rente, bis 1982 wird die Zahl auf jährlich 4.000 neue Fälle steigen. (33) Obwohl die extrem

31 Vgl. Industriearbeit und Gesundheitsverschließ, EVA 1974, S. 193 ff, Zitat S. 213.

32 Nach den Berichten der Staatlichen Gewerbeärzte der BRD für die Jahre 1955 bis 1962 enthält diese Liste 48 Definitionen, die in ihrer Reihenfolge der 7. Berufskrankheiten-Verordnung entsprechen.

33 Vgl. M. Seufert: „Der Krach, der uns krank macht", in: ‚Stern', Nr. 49/1975, S. 93 ff.

naturwissenschaftliche Ausrichtung der Arbeitsmedizin sich in erster Linie mit den direkten Gehörschädigungen (34) beschäftigt, gilt mittlerweise als erwiesen, daß auch durch vergleichsweise geringere Lärmbelästigung das vegetative Nervensystem des Menschen beeinträchtigt wird. Bluthochdruck, Störungen des Herzrhythmus und der Verdauung sind die meßbaren Folgen. Noch weitgehend unbekannt sind die psychischen Wirkungen des Lärms. Daß sie vorhanden sind, belegt eine sozialpsychologische Untersuchung bei Arbeitern der Hüttenindustrie, die zu dem Ergebnis kommt, daß Arbeiter aus ‚schwach belärmten' Betrieben weniger abgestumpft gegenüber Problemen ihrer eigenen Person und der sozialen Umwelt sind. Bei ‚stark belärmten' Arbeitern finden sich häufiger Störungen der zwischenmenschlichen Beziehungen am Arbeitsplatz und in der Familie. (35) Daraus ergibt sich die Notwendigkeit kombinierter arbeitsmedizinischer und -psychologischer Untersuchungen, in denen die gesundheitschädigende Auswirkung des Lärms am Arbeitsplatz stärker hinsichtlich der Auswirkung auf die gesamte Lebenssituation des Arbeiters analysiert wird. Dies gilt um so mehr, als die Belastung und Schädigung durch Lärm von den Betroffenen häufig erst dann als Problem erkannt wird, wenn ein tatsächlicher Hörschaden bereits eingetreten ist und sich als objektive Kommunikationsbehinderung bemerkbar macht. Der Kampf gegen die zunehmende Lärmbelästigung vollzieht sich auf zwei Ebenen. Den größten Erfolg verspricht selbstverständlich die Lärmbekämpfung an der jeweiligen Quelle, d.h. die Beseitigung von Lärm auf der Ebene der technisch-konstruktiven und organisatorischen Maßnahmen. Da dies mit Kosten verbunden ist, müssen die Unternehmer durch gesetzliche Regelungen, die eine Strafverfolgung ausdrücklich einschließen, zu entsprechenden Maßnahmen gezwungen werden. Eine Verbesserung in dieser Richtung erhofft sich die Bundesregierung durch die ‚Verordnung über Arbeitstätten', die am 1.5.1976 in Kraft tritt. (36) In dieser Verordnung sind zum erstenmal verbindliche Lärmgrenzen festgelegt, deren Einhaltung die Gewerkschaften vor die Aufgabe stellt, auf eine strikte Überwachung zu drängen, zumal Ausnahmen nach wie vor möglich sind, falls nämlich die gesetzlichen Regelungen für den Unternehmer eine ‚unverhältnismäßige Härte' bedeuten. Die zweite Ebene besteht in den personengebundenen Schutzmaßnahmen. Nach den Vorstellungen der Unternehmer sollen sich die lärmgefährdeten Arbeiter ‚Watte in die Ohren stopfen' oder persönliche Lärmschützer tragen, die bekanntlich die Kommunikation der Kollegen untereinander erheblich erschweren und die Arbeit keineswegs erleichtern. Der Anknüpfungspunkt vernünftiger personengebundener Schutzmaßnahmen muß für die Gewerkschaften dagegen in der Durchsetzung bezahlter Lärmpausen liegen. Es gilt als gesicherte arbeitsmedizinische Erkenntnis, daß eine Hörzelle, sofern sie keine Erholungspausen bekommt, nach einer gewissen Zeit abstirbt. Eine einmal zerstörte Hörzelle kann nie wieder ersetzt werden. Aus diesem Grund sind die bisherigen gewerkschaftlichen Forderungen nach Lärmzulagen außerordentlich problematisch. Nicht nur, daß diese

34 Als Grenzwert für eine Innenohrschädigung gilt allgemein ein Wert von 80 bis 90 dB (Maßeinheit für Schallstärke). Vgl. F. Koelsch: Handbuch der Berufskrankheiten, Stuttgart 1962. Gebräuchlich ist auch die Unterscheidung von Lärmstufen (I bis IV). Vgl.: G. Lehmann: „Die Entwicklung des Lärms auf den Menschen", in: Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaften für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 94 (1961).

35 Vgl. G. Jansen: „Ergebnisse der medizinischen Lärmforschung", in: Zentralblatt für Arbeitswissenschaft 1962, 16, Nr. 1, S. 7.

36 Mit dieser Verordnung wird eine Reihe zur Zeit noch gültiger Einzelbestimmungen abgelöst, die teilweise bis in das Jahr 1897 zurückreichen.

Forderungen gegen die Maxime ‚Gesundheit ist keine Ware' verstoßen, sie zwingen die Unternehmer keineswegs — wie von den Gewerkschaften erwartet — zu Veränderungen auf der Ebene technisch-organisatorischer Maßnahmen sondern laufen faktisch auf eine Akzeptierung bestehender Lärmbelästigungen hinaus. Die am Beispiel der Lärmbelästigung ausgewiesene mangelhafte Umsetzung vorhandener Erkenntnisse in gesetzliche Regelungen und Schutzvorschriften läßt sich im Prinzip auch bei anderen Belastungsbereichen nachweisen. So beschränkt sich der Beitrag der wissenschaftlichen Forschung im Bereich der Gefährdung durch Schadstoffe am Arbeitsplatz überwiegend darauf, eine Liste Maximaler Arbeitsplatz-Konzentration (MAK-Liste) (37) zu diskutieren, deren Werte die jeweiligen Belastungsgrenzen festlegen. Abgesehen davon, daß auch hier wieder davon abstrahiert wird, daß in der Realität häufig mehrere Schadstoffe gleichzeitig auftreten und die schädigende Wirkung durch andere Faktoren, wie Lärm, Arbeitshetze etc. noch gesteigert wird, geht die Forschung hier offensichtlich von einem besonders robusten und widerstandsfähigen Menschentyp aus. Anders läßt sich kaum erklären, daß die in der BRD und in Westberlin gültige MAK-Liste das Zehnfache von Grenzwerten ausmacht, die in anderen Ländern, beispielsweise in der UdSSR, festgelegt sind. (38) Man muß in diesem Zusammenhang auch auf den unhaltbaren Zustand hinweisen, daß die Schadstoffkommission des DFG, in der die MAK-Werte festgelegt werden, zur Hälfte aus Vertretern der großen Chemiekonzerne besteht. So gesehen sind die ermittelten Werte vornehmlich als Werte der herstellenden Unternehmen, und nicht etwa als Schutzwerte zu interpretieren. (39)

Insgesamt müßte sich die Forschung im Bereich der Arbeits- und Berufskrankheiten stärker den realen Belastungen (Mehrfachbelastungen) zuwenden, wobei die Frage der individuellen psychischen Reaktion auf bestimmte Belastungen sicher eines der schwierigsten Probleme sein dürfte. Gerade deshalb sollte sich die arbeitsmedizinische Forschung möglichst schnell von einem abstrakten Menschenbild lösen und verstärkt sozialwissenschaftliche Erkenntnisse in ihren Untersuchungsansatz einbeziehen. Dazu formuliert H.U. Deppe: „Die Definition der Arbeitsmedizin beruht auf dem Verhältnis des einzelnen Menschen zu seiner Arbeit. An diesem Menschen, von dem hier ausgegangen wird und dessen arbeitsbedingte Gesundheitsschäden verhütet, erkannt und behandelt werden sollen, interessieren vornehmlich körperliche und seelische Reaktionsweisen auf physikalische, chemische und biologische Einwirkungen, wie die Systematik der Ursachen anerkannter Berufskrankheiten zeigt. Daran ist sicher richtig, daß durch die Einwirkung naturbestimmter Faktoren auf den arbeitenden Menschen pathogene Prozesse ausgelöst werden können, und sich diese daher auch nur mit streng naturwissenschaftlichen Methoden erfassen und verändern lassen. Gleichwohl werden aber jene Natureinflüsse und vor allem der Mensch in dem Maße als extrasoziale Kategorien verabsolutiert, wie dabei unberücksichtigt bleibt, daß

37 „Die maximale Arbeitsplatzkonzentration (MAK-Wert) ist diejenige Konzentration eines gas-, dampf- oder staubförmigen Arbeitsstoffes in der der Luft am Arbeitsplatz, die nach der derzeitigen Erkenntnis auch bei langfristiger, in der Regel täglich achtstündiger Einwirkung, jedoch bei Einhaltung einer Wochenarbeitszeit bis zu 45 Stunden im allgemeinen die Gesundheit des hier Beschäftigten nicht schädigt." Vgl. DFG: Maximale Arbeitsplatzkonzentration, Mitteilung VIII der Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe, 27.6. 72, Bonn 1972, S. 3.

38 Vgl. W. Nesswetha: Über die maximalen Arbeitsplatzkonzentrationen in der UdSSR, Stuttgart, 1950.

39 Vgl. Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß, S. 166 ff.

diese ‚Ursachen' und arbeitenden Menschen bereits durch das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt sind. Den abstrakten Menschen, losgelöst von Familie, Betrieb, Gesellschaft und seiner Geschichte, gibt es in Wirklichkeit ebensowenig wie abstrakte Arbeit, die sich auf eine mechanisch-physikalische Größe reduziert." (40)

Inhalt und Struktur der Arbeit und Arbeitszufriedenheit

Neben den bereits geschilderten Belastungen durch äußere gesundheitsverschleißende Arbeitsbedingungen hat sich die arbeitswissenschaftliche Forschung in jüngster Zeit verstärkt solchen Belastungsfaktoren zugewandt, die anscheinend aus der Arbeit selbst bzw. aus dem Inhalt und der Struktur der Arbeitstätigkeiten resultieren. Ausgangspunkt war dabei die bereits bei G. Friedmann und später bei P.F. Drucker formulierte Erkenntnis, daß eine weitestgehende Arbeitszergliederung nach tayloristischen Prinzipien irgendwann einen Punkt erreicht, von dem an der Ertrag wieder sinkt. (41) Dieser ökonomische Tatbestand geht einher mit der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter über die Atomisierung ihrer Arbeitstätigkeiten in kleinste Einheiten, die jeden Sinn, außer den des Geldverdienens, unerkennbar macht. Die allgemeine Tendenz zur Einengung und Verstümmelung der Arbeitstätigkeiten und die daraus resultierende Monotonie der Arbeit stehen nun nicht nur einer vollen Ausschöpfung der individuellen Produktivität des Arbeiters im Wege. Vielmehr stellen sie, insbesondere bei taktgebundenen und gleichförmigen Arbeitsverrichtungen, ein reales Belastungsmoment dar und beeinträchtigen in hohem Maße das physische und psychische Wohlbefinden des Arbeiters.

Aus diesem Grund haben es die jüngsten Ansätze zur Veränderung der Arbeitsorganisation, in denen bekanntlich die Grundsätze der Spezialisierung und Arbeitsteilung umgekehrt werden, auch relativ leicht, ihre Bemühungen als Beitrag zur ‚Humanisierung der Arbeit' auszugeben. Zentrales Moment dieser Ansätze ist die abgestufte und kontrollierte ‚Erweiterung des menschlichen Handlungsspielraumes' im Bereich der Arbeit. (42) Selbsterfüllung und -verwirklichung, unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen weitgehend im Bereich der Freizeit angesiedelt, sollen dem Arbeiter wieder in der Arbeit und durch die Arbeit vermittelt werden.

Die theoretische Wurzel dieser Ansätze liegt in den Arbeiten der amerikanischen Industriepsychologie, die schon in den 60er Jahren den Fragen der Arbeitsmotivation und Arbeitszufriedenheit gesteigerte Aufmerksamkeit widmete. Grundlegend für eine veränderte Sichtweise dürfte dabei insbesondere das ‚Bedürfnis-Hierarchie-Konzept' von A. Maslow und die ‚Motivations-Hygiene-Theorie' von F. Herzberg sein. Tatsächlich stellen diese Konzepte insofern eine Erweiterung dar, als über eine kritische Absetzung vom Taylorismus und von der Human-relations-Bewegung ein Bild vom Arbeiter und seinen Bedürfnissen entworfen wird, daß den realen Verhältnissen anscheinend weitaus besser entspricht. Vor allem in der Neubesinnung und Neuorientierung über die Natur des Arbeiters liegt, wie U. Holzkamp-Osterkamp aufzeigt, ein wesentlicher Bestandteil der neueren ‚Humanisierungskonzepte'. „Die Erfahrungen über das zentrale Bedürfnis der Arbeiter nach einer sinnvollen, befriedigenden Arbeit

40 H. U. Deppe: Industriearbeit und Medizin, Fischer Taschenbuch 1973, S. 14/15.

41 Vgl. G. Friedmann: Grenzen der Arbeitsteilung, Frankfurt/Main 1959.

42 Vgl. E. Ulich, P. Großkurth und A. Bruggemann: Neue Formen der Arbeitsgestaltung. Frankfurt/M., Europ. Verlagsanstalt, 1973.

führten zu bestimmten ‚theoretischen' Verallgemeinerungen, wobei der Begriff der ‚Motivation' jetzt präziser gefaßt wurde und quasi anthropologische Implikationen über die ‚Natur' des Arbeiters bewußter dargelegt wurden als bisher." (43) So differenziert F. Herzberg hinsichtlich der Bedürfnisse des Arbeiters zwischen bloßen ‚Hygienefaktoren' und den eigentlichen ‚Motivatoren'. Unter ‚Hygienefaktoren' versteht er die äußeren Arbeitsbedingungen, z.B. angemessene Bezahlung, Sozialleistungen, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Kontakt mit Kollegen, Führungsstil etc., die zwar befriedigt werden müssen um die Unzufriedenheit mit der Arbeit einzudämmen, die aber für sich genommen nicht die Leistungsbereitschaft erhöhen und bei den Arbeitern lediglich den Wunsch nach mehr (more) erwecken. Dagegenliegen die eigentlichen ‚Motivatoren' in der Arbeit selbst, z.B. in der Anerkennung der Leistung, der Möglichkeit zur Entwicklung der eigenen Fähigkeiten, dem Gefühl Verantwortung zu tragen etc. Gelingt es, diese ‚Motivatoren' dem Arbeiter zu vermitteln, ihm das Streben nach Selbstverwirklichung in der Arbeit als Ziel quasi einzupflanzen, wird er mehr leisten und obendrein zufriedener sein. (44)

Darüber hinaus treten die Anwender der auf Inhalt und Struktur der Arbeit ausgerichteten neueren arbeitswissenschaftlichen Ansätze gern mit der Behauptung auf, daß mit der Berücksichtigung der Selbstverwirklichungsbedürfnisse des Menschen bei der Arbeit zugleich die ‚Entfremdung' in der Arbeit aufgehoben würde, wobei teilweise auf entsprechende Ausführungen von Marx zurückgegriffen wird. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht ausführlicher auf die marxistische Entfremdungskonzeption eingehen und begnügen uns daher mit dem Hinweis auf einschlägige Arbeiten, in denen die für die bürgerliche Sozialwissenschaft typische Individualisierung und Psychologisierung des Entfremdungsbegriffs dargestellt und von der marxistischen Entfremdungskonzeption abgegrenzt wird. (45)

Wo liegt nun der praktische Nutzen der auf die ‚Erweiterung des menschlichen Handlungsspielraums' ausgerichteten Konzeptionen und wie sind diese Ansätze in eine tarifpolitisch orientierte Durchsetzungsstrategie zu integrieren?

Tatsächlich werden in den ‚autonomen Arbeitsgruppen' (die im Vergleich zu den anderen Formen wie ‚Job rotation', ‚Job enlargement' und Job enrichment' als das entwickeltste Modell anzusehen sind) strukturell verschiedenartige Arbeitsverrichtungen in neuer Weise zusammengefaßt werden. Da die in der Arbeitsgruppe anfallenden Planungs-, Fertigungs- und Kontrollaufgaben nicht von vornherein zergliedert und auseinandergerissen sind, besteht die Möglichkeit, Teilaufgaben in neuer Weise zusammenzufassen und damit die Arbeit abwechselungsreicher und interessanter zu gestalten. Dies zieht in gewissen Grenzen eine höhere Qualifikation nach sich: „Für die Gruppenarbeit braucht man durchweg Fachkräfte — die Fließbandarbeit läßt sich zu drei Vierteln mit ungelernten Arbeitern bewältigen." (46) Hinzu kommt, daß die Arbeitsgruppe die

43 Vgl. U. Holzkamp-Osterkamp: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1, Frankfurt/M., Campus-Verlag, 1975.

44 Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den Konzeptionen von A. Maslow und F. Herzberg und deren Bedeutung für motivationsgerechte Arbeitsgestaltung findet sich bei H. Gottschalch: Die Psychologie des Job Design, unveröffentlichte Diplomarbeit am PI der FUB, FB 11, 1974.

45 Vgl. F. Tomberg: „Der Begriff der Entfremdung in den ‚Grundrissen', in: ‚Das Argument' 52. A.A. Oppolzer: Entfremdung und Industriearbeit. Köln, Pahl-Rugenstein,1974.

46 G. Annouilh: „Weg vom Fließband, zurück zum Menschen", in: EG – Europäische Gemeinschaft, Heft 4/73, Zitat S. 16.

Struktur ihrer kooperativen Beziehungen in relativer Autonomie gestalten kann. Da sie innerhalb eines vorgegebenen Rahmens vom Grad der Arbeitszergliederung bis hin zur Lohnverteilung selbständig entscheiden kann, und dadurch den tagtäglichen Schikanen und Disziplinierungsmaßnahmen, die in traditionell-hierarchisch strukturierten Betriebsabteilungen zwangsläufig auftreten, weitgehend entronnen ist, können entsprechende Streß- und Belastungswirkungen abgemildert werden.

Andererseits steht auch die ‚autonome Arbeitsgruppe' unter Zeit- und Leistungsdruck. Der von den Gruppenmitgliedern festgelegte Arbeitsplan und das vorgegebene Zeitbudget können sich als zusätzliche Belastung bemerkbar machen, da das einzelne Gruppenmitglied sich nun stärker als bei Fließbandarbeit an Arbeitsplan und Arbeitsergebnis gebunden fühlt und sich der daraus resultierenden Verantwortung nicht anonym entziehen kann. Hinsichtlich der Belastungsreduzierung stellt M. Robens fest: „Demgegenüber ist erkennbar, daß eine generelle Arbeitsentlastung des Individuums in den bekanntgewordenen Gruppenmodellen nicht erreicht wird, da ein Abbau der Gesamtbelastung der Arbeitsgruppe nicht vorgesehen ist. Was im Gruppenmodell erreicht wird, ist allenfalls die Umverteilung von Belastungen, die dem Einzelnen — zumindest kurzfristig — das Gefühl verringerter Beanspruchung vermittelt. Reale Veränderungen im Sinne einer generellen Arbeitsentlastung werden jedoch nicht erreicht." (47)

Insgesamt gesehen ist jedoch nicht zu bestreiten, daß ‚autonome Arbeitsgruppen' für den betroffenen Arbeiter zumindest insofern Erleichterungen und Belastungsreduzierungen beinhalten, als vereinseitigende Arbeitsverrichtungen abgebaut werden. Ob in den neueren arbeitswissenschaftlichen Ansätzen darüber hinaus bereits ein Lösungsansatz liegt, der den wirklichen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Arbeitenden nach umfassender Verfügungsgewalt über die gesamte Produktion entgegenkommt, muß allerdings stark bezweifelt werden. Ideologische Verbrämung, Propagierung basisdemokratischer Vorstellungen, Scheinzugeständnisse und kontrollierte Entscheidungsspielräume sind integrale Bestandteile dieser Ansätze und legen von daher die Vermutung nahe, daß eine fortschrittliche und vorwärtsweisende Konzeption zur ‚Humanisierung der Arbeit' andere Wege suchen muß.

Was bedeutet ‚Neuorientierung' der Arbeitswissenschaft?

Es besteht kein Zweifel darüber, daß im Zuge der sich verschärfenden Auseinandersetzungen über die Humanisierung der Arbeit die beteiligten Wissenschaften — insbesondere die Arbeitswissenschaft — zumindest insofern vor neue Aufgaben gestellt werden, als in der Diskussion über prinzipielle Lösungsmöglichkeiten zur Beseitigung inhumaner Verhältnisse der Arbeitswelt und auch in der Begründung einzelner arbeitsgestalterischer Maßnahmen ein wissenschaftlicher Argumentationszusammenhang bzw. eine ausgewiesene wissenschaftliche Grund lage an Bedeutung gewinnen wird.

Die aufgezeigte Lückehaftigkeit arbeitswissenschaftlicher Forschung in der Frage des Nachweises komplexer Belastungswirkungen und die interessenbeding te Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse haben dazu geführt, daß die Gewerkschaften dieser Disziplin insgesamt eher mißtrauisch gegenüberste-

47 M. Robens: „Humanisierung der Arbeit durch selbststeuernde Arbeitsgruppen? ", in: Humanisierung der Arbeitswelt, AGP-Veröffentlichungen, Hanstein Verlag Köln, 1975, S. 255.

hen. Auch die Arbeitswissenschaftler selbst sind bisweilen verunsichert. Sie reden von einer ‚Krise' der Arbeitswissenschaften und diskutieren — wenn auch sehr zaghaft über ihr Selbstverständnis. (48) Neben einer Problematisierung der Funktion und der Anwendungspraxis werden Zweifel an der wissenschaftlichen Aussagefähigkeit formuliert. So schreibt C.G. Hoyos: „Besonders gravierend scheint der Mangel an Verständnis des Gegenstandes der Arbeitspsychologie im engeren Sinne, dem Arbeitsverhalten oder der Arbeitstätigkeit. In der Fachliteratur fehlen entweder geeignete Definitionen oder sie erschöpfen sich in vagen Umschreibungen oder technizistischen Analogien. Charakteristisch für den Stand der Arbeitspsychologie sind auch die vagen Vorstellungen über die Interaktion von Arbeitsaufgabe und Arbeitsverhalten." (49) Nur sehr wenige Wissenschaftler ziehen daraus allerdings die Konsequenz, sich konstruktiv an dem Aufbau einer Wissenschaft von der Arbeit zu beteiligen, die das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen reflektiert und eine einheitliche Theorie des arbeitenden Individuums unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen zur Grundlage hat.

Wie ist diese Aufgabe zu lösen? Zwangsläufig kann der Aufbau einer Wissenschaft nicht über die bloße Verdichtung der gegenwärtig über einzelne Forschungsbereiche verstreuten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse, etwa im Sinne eines additiven Verfahrens, erfolgen. Vielmehr steht an erster Stelle die Klärung des Entstehungszusammenhanges der Arbeitswissenschaft und die Darstellung der historischen Entwicklung des Gegenstandes menschliche Arbeit. Die wesenlichen Etappen der Herausbildung der auf den arbeitenden Menschen gerichteten Wissenschaften sind — im Sinne einer wissenschaftsbezogenen historischen Analyse — von W. Volpert anhand der ‚individualwissenschaftlichen', der ‚gruppenwissenschaftlichen' und der ‚aktionswissenschaftlichen' Stufe bereits herausgearbeitet. (50) Die Darstellung der historischen Entwicklung der menschlichen Arbeit — im Sinne einer gegenstandsbezogenen historischen Analyse — ist dagegen erst in Ansätzen geleistet. Sie erfordert eine umfassende Berücksichtigung der Produktivkraftentwicklung und der Technikgeschichte, wobei die Veränderung der Grundcharakteristik der menschlichen Arbeit in den verschiedenen gesellschaftlichen Produktionsweisen differenziert bis hin zu den Spezifika kapitalistischer Produktionsverhältnisse auszuweisen wäre. Wichtige Anhaltspunkte dieser auch als ‚Sozialgeschichte der Arbeit' zu bezeichnenden Aufgabe finden sich vor allem in den Arbeiten der innerhalb der sowjetischen Psychologie entwickelten ‚kulturhistorischen Schule' und deren Weiterentwicklung im Rahmen der Erarbeitung einer ‚Kritischen Psychologie' am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin. (51)

48 Vgl. W. Siebel/W. Volpert/M. Heckenauer: „Zum Verhältnis von Arbeitswissenschaft und Produktionsweise", in: Die Deutsche Berufs- und Fachschule, 9&72. Als Ausdruck einer zunehmenden Problematisierung darf auch gelten, daß seit Anfang 1973 in der ‚Zeitschrift für Arbeitswissenschaft' (bis 1974 ‚Arbeit und Leistung') eine Art Grundsatzdiskussion geführt wird, die sich bisher jedoch noch weitgehend an der Frage festmacht, ob eine Kritik an der bestehenden Arbeitswissenschaft überhaupt zu rechtfertigen sei. Vgl. dazu Heft 5/73 und die Hefte 1, 8 und 10/74.

49 C.G. Hoyos: Arbeitspsychologie, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1974, S. 15.

50 Vgl. W. Volpert: Die ‚Humanisierung der Arbeit' und die Arbeitswissenschaft..

51 Vgl. A.N. Leonthew: Probleme der Entwicklung des Psychischen, Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1973, S. 157–261. In einer umfangreichen Einführung von K. Holzkamp und V. Schurig werden der Stellenwert dieses Werkes in der Geschichte der sowjetischen Psychologie, seine Besonderheit in Abhebung von der bürgerlichen Psychologie und die daraus resultierenden Konsequenzen für eine ‚Kritische Psychologie' dargelegt. Der am Psychologischen Institut entwickelte Ansatz ist inzwischen in einer Reihe weiterer Arbeiten, die insgesamt auf die Erarbeitung und Begründung einer Konzeption materialistischer Psychologie ausgerichtet sind, exemplarisch dargelegt.

In den hier entwickelten Ansätzen wird davon ausgegangen, daß in der Analyse der gesellschaftlichen Arbeit eine wesentliche Voraussetzung für die Begründung und Weiterentwicklung einer materialistischen Psychologie liegt. Danach ist die menschliche Arbeit als ein Prozeß aufzufassen, der sich zwischen den Menschen und der sie umgebenden Natur abspielt. Als Zusammenfassung jener menschlichen Lebenstätigkeit, die für den Menschen artbestimmend ist, entwickelt sich die Arbeit zunächst aus dem objektiv gegebenen Umstand, daß die menschliche Gattung sich aufgrund der physischen Konstitution des menschlichen Individuums auf eine ganz bestimmte Art und Weise mit der Natur auseinandersetzen muß. In diesem Prozeß der Veränderung der Natur durch den Menschen verändert sich allerdings auch die Natur des Menschen selbst. In dem Maße, wie der Mensch durch seine eigene Tat den Stoffwechsel mit der Natur vermittelt, regelt und kontrolliert, entwickelt er seine spezifisch menschlichen Potenzen, seine Individualität und seine Gesellschaftlichkeit. „In der Produktion", erläutert Marx, „wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet Produktion statt." (52)

Diese einfache Bestimmung der menschlichen Arbeit, insbesondere aber die Rolle der gesellschaftlichen Form der Lohnarbeit für die individuelle Lebenstätigkeit, ist der bürgerlichen Psychologie stets fremd geblieben. Von daher verbietet sich auch der einfache Rückgriff auf psychologische Befunde einer Wissenschaft, die in der Analyse der Arbeit eben nicht den Schlüssel zur Lösung ihrer Grundfragen sieht und insofern auch den Problemen der menschlichen Arbeit weithin sprachlos gegenüberstehen muß. Der französische Philosoph L. Seve dessen Ausführungen eine Reihe wichtiger Anregungen für den Aufbau einer Wissenschaft von der Arbeit zu entnehmen sind, hat die hier angesprochene ‚Übertragungsproblematik' in aller Schärfe deutlich gemacht: „Man erlebt sogar, daß sich eine ‚Wissenschaft von der Arbeit' — die Ergonomie — entwickelt und sich allen Ernstes das Problem stellt, das Verhalten des Menschen bei der Arbeit unter anderem auf Grund dessen zu kären, was eine Psychologie, die die Arbeit ignoriert, zur Persönlichkeit sagt: Da steht wirklich die Welt auf dem Kopf."(53)

Da eine Wissenschaft von der Arbeit, die ihre Aufgaben schwerpunktmäßig aus den berechtigten Interessen der arbeitenden Menschen an besseren Arbeitsbedingungen ableitet, letztlich nicht warten kann bis sich eine Psychologie konstituiert hat, die ihren Ansprüchen genügt, muß sie sich notwendigerweise selbst darum bemühen, ihre theoretischen Grundlagen weiterzuentwickeln. Aus dieser Erkenntnis heraus hat W. Volpert den Versuch unternommen, die von L. Seve entwickelten allgemeinen Überlegungen einer ‚Theorie von der Persönlichkeit' mit der von dem DDR-Psychologen W. Hacker erarbeiteten Konzeption einer ‚Allgemeinen Arbeits- und Ingenieurspsychologie' zu verbinden und für eine Wissenschaft vom arbeitenden Individuum unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen fruchtbar zu machen. (54)

52 MEW, Bd. 20, S. 449.

53 L. Seve: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Dietz-Verlag 1972, S. 169

54 Vgl. W. Volpert, Die Lohnarbeitswissenschaft und die Psychologie der Arbeitstätigkeit, in: Großkurt und W. Volpert: Lohnarbeitspsychologie, Fischer Verlag, Frankfurt/M., 1975, S. 79–128.

Diese Verbindung, die in ihrem Kern auch als Zusammenführung von Persönlichkeitstheorie und Handlungstheorie bzw. Handlungsstrukturanalyse bezeichnet werden kann, stellt zumindest hinsichtlich der psychologischen Problemstellungen einer Wissenschaft von der Arbeit einen Zugang dar, der dem Anspruch einer ‚neuorientierten' Arbeitswissenschaft entgegenkommt. Bezogen auf die Gemeinsamkeiten von L. Seve und W. Hacker stellt W. Volpert fest: „Beide Autoren sehen als Fundament ihrer Überlegungen den dialektischen und historischen Materialismus an und bemühen sich um eine Psychologie, deren Zentralpunkt das arbeitende Individuum bzw. die Arbeitstätigkeit ist." (55)

Unter Einbeziehung der bei A.N. Leontjew dargestellten Prozesse der Aneignung und Vergegenständlichung gesellschaftlicher Erfahrung durch das Individuum gelangt W. Volpert zu einer Konzeption, in der ausgehend von der allgemeinen Prozeßstruktur menschlichen Handelns die gesellschaftliche Determination von Tätigkeits- und Aneignungsstrukturen im Prozeß der Arbeit analysiert wird. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Analyse liegen u.E. in

— dem Nachweis der sich unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen verschärfenden Trennung von Tätigkeitsmotiv und konkretem Inhalt und Ziel der Arbeitstätigkeiten,
— der Betonung des Zusammenhanges zwischen den daraus resultierenden prinzipiellen und spezifischen ‚Partialisierungen' menschlichen Handelns im Prozeß der Arbeit einerseits und deren Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung andererseits,
— und schließlich der Bestimmung von Ansatzpunkten zur Aufhebung dieser ‚Partialsisierungen' im Sinne einer Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen, die den individuellen Aneignungsprozeß behindern und der Entwicklung umfassender Handlungskompetenzen — insbesondere im Bereich der beruflichen Sozialisation — entgegenstehen.

Nach unserer Auffassung eröffnet der Volpertsche Ansatz auch eine Neuorientierung hinsichtlich der Erforschung belastender Arbeitsbedingungen. Zum einen kann hiermit die krankmachende und persönlichkeitszerstörende Wirkung gesellschaftlicher Arbeitsbedingungen anhand der Vereinseitigung und ‚Partialisierung' von Handlungsstrukturen nachgewiesen werden; zum anderen weitet sich der Belastungsbegriff dahingehend aus, daß nun nicht mehr nur die unmittelbar zu Erkrankungen führenden Arbeitsbedingungen erfaßt werden, sondern sämtliche Bedingungen des Arbeitsprozesses als belastend anzusehen sind, die dem Prozeß der individuellen Aneignung gesellschaftlicher Erfahrung im Bereich der Arbeit entgegenstehen, die die Entwicklung umfassender Handlungskompetenzen behindern und in weitester Hinsicht den Erkenntnisprozeß und die Persönlichkeitsentwicklung des Individuums negativ beeinflussen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß eine konsequent an den Interessen der Arbeitenden ausgerichtete Erforschung der Arbeitstätigkeit und der Arbeitsbedingungen zwar noch vor der schwierigen Aufgabe steht, ihre theoretischen Erkenntnisse über die psychische Struktur und die Regulation von Arbeitstätigkeiten und deren Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung in praktische, d.h. in für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen nutzbringende Handlungsanweisungen umzusetzen, daß aber andererseits in dem Maße wie die Gewerkschaften und die Arbeitenden selbst erkennen, über welche gesellschaftlichen Veränderungen die Beseitigung inhumaner Arbeitsgedingungen vorangetrieben werden kann, auch die Möglichkeit der Anwendung und praktischen Wirksamkeit einer Wissenschaft von der Arbeit, die die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt reflektiert und diese nicht als unveränderbar ansieht, größer wird.

55 Ebenda, S. 112/113.

BEITRAG ZUR KONZEPTIONSDISKUSSION IN DER GEWERKSCHAFTLICHEN BILDUNGSARBEIT

Vorbemerkung

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit als ein besonderer Teil der Arbeiterbildung befindet sich zur Zeit in einer Konsolidierungsphase, was ihre Stellung innerhalb der DGB-Gewerkschaften und des DGB selbst betrifft. Sicherlich ist der These von Oskar Negt nicht zuzustimmen, daß die Tradition der Arbeiterbildung und damit auch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit durch die Periode faschistischer Herrschaft und die Rekonstruktionsphase in der BRD nach dem 2. Weltkrieg „abgerissen" sei, dennoch kann festgestellt werden, daß mit der zunehmenden Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Kapital seit 1969 die gewerkschaftliche Bildungsarbeit nicht nur quantitativ beträchtlich erweitert wurde und auch heute noch wird, sondern auch, was die Inhalte betrifft, einen wesentlich politischeren Charakter erhielt. Politischer insofern, als sie nicht mehr die Ausweitung von in der Schule zu kurz gekommenem Allgemeinwissen zum Gegenstand hatte, sondern sie Instrument zur Erkennung der gesellschaftlichen Lage und Bedeutung der Arbeiterklasse sowie zur Erkenntnis der Möglichkeit und Notwendigkeit, diese Lage zu verändern, wurde.

Das heißt jedoch nicht, daß es nicht notwendig wäre, die Inhalte und Methoden der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ständig neu zu überprüfen. Gerade in der jetzigen ökonomischen und politischen Situation erscheint uns diese Überprüfung um so relevanter, da das Kapital direkt im ökonomischen und über seine politischen Repräsentanten indirekt im politischen Bereich die Krisensituation dazu ausnutzt, von den Gewerkschaften erkämpfte soziale Erfolge und politische Rechte abzubauen bzw. einzuschränken. Diesem verstärkten Druck seitens rechter Kräfte auf die Gewerkschaften und letztlich auch auf den einzelnen Kol legen müssen Inhalt und Methode gewerkschaftlicher Bildungsarbeit Rechnung tragen. Der verstärkte äußere Druck auf die Gewerkschaften sowie die erhöhte Kompliziertheit der Kampfbedingungen in der Krise, verbunden mit dem starken Einfluß rechtsreformistischer Positionen in den DGB-Gewerkschaften, führt dazu, daß sich innerhalb der Gewerkschaften Anpassungstendenzen verstärkt durchsetzen können und sozialpartnerschaftliche Vorstellungen an Boden gewinnen. Dieser Prozeß schlägt sich als Ausdruck der in einer Einheitsgewerkschaft notwendigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen auch in der Bildungsarbeit nieder.

Das Ringen um den Erhalt bzw. Ausbau fortschrittlicher Konzeptionsvorstellungen ist zur Zeit durch folgende Tendenzen gekennzeichnet:

— Zum einen haben sich die bestehenden Konzepte als grundsätzlich überarbeitungsbedürftig, was Aufbau und Methode betrifft, und zum anderen als teilweise historisch überholt erwiesen, d.h. sie tragen nicht mehr der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung.
— Die mometane gesellschaftliche Situation stellt auf der Basis der in der Krise verschärft zu Tage tretenden Klassengegensätze die Frage nach dem Verhal-

1 Die Autoren sind Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF) Marburg, und als solche in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig.

ten der Gewerkschaften in der Krise. Aus oben bereits genannten Gründen verstärkt sich gerade in dieser Situation in den westdeutschen Gewerkschaften der Druck auf konsequente Klassenpositionen, auch in der Bildungsarbeit. Dabei zielen die Angriffe auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in erster Linie darauf ab, die Inhalte zu liquidieren, die Grundlage für die Erkenntnis der objektiven gesellschaftlichen Lage der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit ihrer Veränderung darstellen. (Indem J. Ahrweiler in ihrem Aufsatz gerade diese Inhalte grundsätzlich und nicht nur die bisherige Unzulänglichkeit in Bezug auf ihre methodische Vermittlung angreift, liefert sie den Vertretern sozialpartnerschaftlicher Positionen objektiv Material, um gegen die fortschrittlichen Positionen anzugehen.)

Es geht also darum, daß die Konzeptionen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit überarbeitet werden, ohne daß ein Rückfall hinter die bereits erkämpften Positionen stattfindet.

Unser Aufsatz soll die Funktion haben, in diesem Prozeß zu bereits vorliegenden Formulierungen neuer Ansätze Positionen zu beziehen, ihre theoretischen und praktischen Implikate herauszuarbeiten. Dabei knüpfen wir an den Beitrag der Kollegin J. Ahrweiler in Sopo 33, S. 45ff an, der unseres Erachtens einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Diskussion um die Praxis der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit darstellt, obgleich er in einigen Fragen zu kritisieren ist.

Wir versuchen die Konzeptionsdiskussion in der Gewerkschaft ÖTV darzustellen, die unserer Meinung nach einen relativ fortgeschrittenen Stand repräsentiert.

Außerdem beschäftigen wir uns mit momentan in der Diskussion befindlichen Ansätzen zu Methoden der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Zur Kritik des DGB-Leitfadens (3)

In der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit besteht inzwischen allgemeiner Konsens darüber, daß der Lehrgangsabschnitt „Situation junger Lohnabhängiger" im DGB-Leitfaden überarbeitungsbedürftig ist.

In diesem Schritt wird von einer spezifischen Erwartungshaltung der Teilnehmer gegenüber ihrer Ausbildungssituation ausgegangen. Die Ansprüche der Jugendlichen an ihre Ausbildung und die spätere Beschäftigung, auf die sich der DGB-Leitfaden bezieht, hatten sich zu Beginn der siebziger Jahre in einer Phase der Hochkonjunktur herausgebildet. Zu dieser Zeit wurden noch genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze angeboten, und von allen Seiten wurde die Notwendigkeit der Qualifikation und Weiterbildung, des „lebenslangen Lernens" postuliert. Im DGB-Leitfaden wird nun diese Erwartungshaltung der Teilnehmer konfrontiert mit ihrer realen Situation in der Ausbildung, wobei sich die Argumentation in der Ausbildung vorwiegend auf „Mißstände" wie Putzen, Fegen usw. bezieht.

Sicher ist J. Ahrweiler zuzustimmen, wenn sie kritisiert, daß eine „Stimmung der Enttäuschung" im Lehrgangsablauf vorausgesetzt wird. (4) Die Grundlage für diese Enttäuschung war früher nicht für alle Teilnehmer gegeben, sie trifft heute noch viel weniger die Einstellung der Teilnehmer, weil diese durch die Erfahrungen von Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit ein sehr reduziertes Anspruchsniveau haben.

3 Jutta Ahrweilers Kritik am DGB Stufe I Leitfaden gründet teilweise darauf, daß sie diesem Leitfaden Inhalte unterstellt, die in ihm schlichtweg nicht enthalten sind. Dies gilt es klarzustellen, bevor auf ihre Argumentation im einzelnen eingegangen werden soll. Der DGB Leitfaden enthält weder den Begriff des Werts, noch den des Mehrwerts. Die Behauptung, diese Kategorien seien in ihm enthalten, dient J.Ahrweiler jedoch unter anderem dazu, in ihrer Kritik die Diskussion über die gesellschaftliche Lage der Lohnabhängigen auf Stufe I Lehrgängen insgesamt für überflüssig zu erklären.

4 J.A. S. 50.

Der Interessengegensatz in der Berufsausbildung soll im DGB Leitfaden jedoch nicht — wie J. Ahrweiler meint — in der Weise begründet werden, daß die Realität der Ausbildung nicht mit den Wünschen der Teilnehmer übereinstimmt (diesen Eindruck könnte zwar das im Leitfaden enthaltene sogenannte „Ist-Soll-Schema" vermitteln), sondern aus der Bestimmung der Ausbildungsinhalte durch die Unternehmerinteressen der Arbeiterklasse (möglichst langfristige Verkaufbarbeit der Arbeitskraft). (5)

J.A. fällt in ihrer Kritik hinter die Positionen des DGB-Leitfadens zurück, wenn sie fordert, „die objektiv notwendigen Interessen an der Ausbildung von dem Blickwinkel der Anforderungen der späteren Arbeitsplätze zu benennen", bzw. sie aus den Produktionsinteressen abzuleiten. (6)

Dieser Position liegt die Einschätzung zugrunde, — die auch in der Entstehungsphase des DGB-Leitfadens von großen Teilen der Gewerkschaftsjugend geteilt wurde — daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt durchgängig zu höheren Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskraft führe. (7) Hierbei wird übersehen, daß fachliche Qualifikation nicht von einer „neutralen" technologischen Entwickung bestimmt wird, sondern daß unter kapitalistischen Bedingungen die technologische Entwicklung sich nur vermittelt und gesteuert über das Profitinteresse auf die Qualifikations- und Arbeitsplatzstruktur niederschlägt. Da spezifisch für den Kapitalismus seine anarchische Entwicklung ist, können gewerkschaftliche Forderungen nicht aus der Analyse des Arbeitsprozesses, welcher real nur in seiner Formbestimmtheit als Verwertungsprozeß existiert, abgeleitet werden. (8) Die Forderung nach einer guten Grundlagenausbildung als Kernpunkt des DGB-Forderungsprogramms zur beruflichen Bildung ergibt sich doch gerade aus der Kenntnis der Sprünge der kapitalistischen Produktion. Der Begründungszusammenhang für diese gewerkschaftlichen Forderungen ergibt sich aus den Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse einerseits und der Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, diese Reproduktionsbedingungen zu sichern, andererseits. Deshalb reicht es nicht aus, die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft zu thematisieren, sondern die Voraussetzungen dieser Bedingungen und die sich aus ihnen ergebenden Folgen müssen gleichwohl Bestandteile des Lehrgangs sein.

Aus diesen Gründen sollte der Ausbildungsteil im DGB-Leitfaden nicht dahingehend überarbeitet werden, daß die schon im DGB-Leitfaden angelegte Überschätzung der Bedeutung einer qualifizierten Ausbildung für den späteren Verkauf der Arbeitskraft im Sinne der Ausführungen von J.A. verstärkt wird. (9) Vielmehr müssen in den Lehrgangsteil „Situation der jungen Lohnabhängi-

5 Vgl. DGB-Leitfaden, S. 102: „Ausbildung, wichtig für spätere Erwerbschancen."

6 Vgl. ebenda.

7 Vgl. J.A. S. 51, ihre Verwendung des Begriffs „Qualifikationsdefizit" in der Anmerkung 17.

8 In den Forderungen zur Beruflichen Bildung erweisen sich die Gewerkschaften eben nicht als die „weitsichtigeren" Kapitalisten, die „Produktionsnotwendigkeiten" gegen die (kurzfristigen) Profitinteressen des Einzelkapitals durchsetzen, wie J.A. meint. Vgl. dazu die Anmerkung 16 bei J.A., S. 50.

9 Vgl. dazu Anmerkung 17, S. 51. Dort führt J.A. an, „daß eine Berufsausbildung Voraussetzung dafür ist, langfristig einen Beruf ausüben zu können, seine Arbeitskraft langfristig zu normalen Bedingungen verkaufen zu können".

gen" schwerpunktmäßig die konkreten Erfahrungen der Kollegen in der gegenwärtigen Krise mitdiskutiert werden. Folgende Konflikte bestimmen gegenwärtig die Situation der Kollegen: es herrscht Lehrstellen- und Arbeitsplatzmangel; die Qualität der angebotenen Ausbildungsplätze verschlechtert sich und die Ausbildungsbedingungen in weiten Bereichen ebenfalls; die Selektionsmechanismen der Stufenausbildung werden verschärft und selbst eine qualifizierte Ausbildung sichert nicht die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis bzw. führt nicht unbedingt zur Weiterbeschäftigung im erlernten Beruf.

Aus diesen Erfahrungen heraus richtet sich der Blick der Kollegen über die Ausbildung hinaus auf ihre gesamte Situation als Lohnabhängige und über die Ebene des einzelnen Betriebes hinaus auf das gesamte Wirtschaftssystem. Die aktuelle Wirtschaftskrise als bestimmende Einflußgröße der Situation der Lohnabhängigen muß deshalb zum Lehrgangsgegenstand werden, und die Ausbildung muß dementsprechend stärker als bisher als ein Aspekt der betrieblichen Situation diskutiert werden.

Dabei sollen nicht die Besonderheiten der Lage der Jugendlichen und Jungarbeiter negiert werden. Dem von J.A. formulierte Anspruch ist zuzustimmen, daß die materiellen Grundlagen für die Konkurrenz der Lohnabhängigen untereinander im Lehrgang herausgearbeitet werden müssen, in diesem Fall der Konkurrenz zwischen jungen und älteren Kollegen. (10) Die Lernschrittfolge und bestimmte Inhalte im DGB-Leitfaden erweckt demgegenüber den Eindruck, als seien Konkurrenz und Spaltung primär vom Unternehmer angewandte Strategien, um seine Machtstellung zu sichern. (11) Gewerkschaftliches Handeln trotz unterschiedlicher unmittelbarer Interessen setzt jedoch — und das wird von J.A. übersehen — Einsicht in den allgemeinen Charakter der Lohnabhängigkeit voraus. Zu dieser Erkenntnis beizutragen ist Aufgabe der Bildungsarbeit.

Kurzgefaßte Darstellung der Entwicklung der Leitfäden gewerkschaftlicher Jugendbildung in der ÖTV

Gegen Ende der 6oer Jahre, mit der Verstärkung der Aktivitäten von Jugendlichen, vor allem Lehrlingen in den Betrieben und Verwaltungen der BRD, orientierten sich die Gewerkschaften von jugendpflegerischer zu stärker politisch orientierter Jugendarbeit um. Nachdem zuerst mit Hilfe von Diskussionen über Freizeit, Sexualität, Konsum usw. der Versuch gescheitert war, die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen ansetzend an Manipulation und subjektiven Interessen über die Gewerkschaften zu vermitteln (Chemie-Leitfaden), setzte sich die Konzeption betriebsorientierter Jugendarbeit durch.

Die Bildungsarbeit als Teil der gewerkschaftlichen Jugendarbeit trug 1972/73 in ÖTV, IGM und DGB durch die Veröffentlichung und Praktizierung neuer Leitfäden dieser Entwicklung Rechnung.

Allerdings wurden diese Leitfäden „ ... nicht als für alle Zeiten gültiges Konzept (verstanden, d.V.) wenn wir gewerkschaftliche Bildungsarbeit als Bestandteil der praktischen gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben und Verwaltungen begreifen, verändert sie sich notwendigerweise mit der Weiterentwicklung und

10 J.A., S. 51.

11 Dieser Punkt ist richtiggestellt in den „ÖTV Materialien für Teamer", Nr. 8, vom September 1975, S. 61: „Es gibt verschiedene Gruppen innerhalb der Lohnabhängigen, die z.T. widerstreitende Einzelinteressen haben. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die aus diesen verschiedenen Interessen resultierende Konkurrenz einzuschränken."

Veränderung dieser Praxis selbst." (12)

Die Entwicklung von gewerkschaftlicher Praxis und Leitfäden für die Bildungsarbeit soll im Folgenden am Beispiel der Jugendarbeit der ÖTV im groben Aufriß dargestellt werden. Dies geschieht anhand der ÖTV-Konzeptionen, da hier die kritische Auseinandersetzung mit bisherigen Bildungsarbeiten für den Jugendbereich bereits in veröffentlichter Form vorliegt.

Die Konzeption in Mat 1 der ÖTV

Der von der ÖTV 1972 herausgegebene vorläufige Leitfadenentwurf (13) wurde entwickelt, als die Ausbildung in den Betrieben und Verwaltungen zu einem großen Teil durch Mißstände gekennzeichnet war: Ausbildungsfremde Arbeiten, das Fehlen von organisatorischer und inhaltlicher Planung charakterisierte die meisten Ausbildungsplätze.

Von diesen ‚oberflächlichen', d.h. leicht erkennbaren Mißständen, die z.T. eklatant gegen bestehende Gesetze verstießen, wurde in der Bildungsarbeit ausgegangen.

Die Lehrgänge nach dieser Konzeption waren in 4 Schritte gegliedert:

Themenkomplex Berufsausbildung

Anknüpfend an die vorhandenen Mißstände wurde eine Ausbildungsdiskussion geführt, an deren Ende das Ergebnis stand: „Ausbildung wie unsere ist nicht in unserem Interesse" und was für den öffentlichen Dienst zusätzlich von Bedeutung ist: „ ... auch nicht im Interesse der Bevölkerung."

Themenkomplex gesellschaftliche Grundlagen (Ökonomieteil)

Mit dem sog. „Steuerübergang" (siehe weiter unten) wurde aus der Unterscheidung der Einkommensquellen ‚Lohn' und ‚Gewinn' die Frage abgeleitet: Wo kommt der Gewinn her? Ergebnis der Diskussion sollte sein: Nur die auf die Natur angewandte lebendige Arbeitskraft schafft Wert.

In diese Diskussion waren die Erarbeitung der Kategorien: Mehrprodukt, Mehrwert, Wert- und Preis der Arbeitskraft einbezogen. Ziel der Diskussion sollte sein, den Klassenwiderspruch und die Notwendigkeit der Gewerkschaften zu erkennen.

Themenkomplex Funktion des Staates

Für die gewerkschaftliche Praxis im Bereich des öffentlichen Dienst ist die Diskussion der Funktion des Staates von besonderer Bedeutung. Den Kollegen soll erkennbar werden, daß der Staat nicht als neutraler Vermittler über den gesellschaftlichen Interessen schwebt. Daß der Staat eindeutig im Interesse der Unternehmer agiert wurde anhand seiner Einnahme- und Verteilungspolitik diskutiert.

Themenkomplex Organisation — gewerkschaftliche Praxis

In diesem Lehrgangsteil wurden praktische Handlungsperspektiven für den Betrieb erarbeitet — wie Solidarität herzustellen ist und wie mit Gremien zusammenzuarbeiten ist.

12 Materialien 1, S. 2. Die oben genannte Lehrgangskonzeption ist hier veröffentlicht.

13 ÖTV–Mat 1.

Veränderung in der Praxis der Jugendarbeit und kritische Überprüfung der Konzeption im ÖTV MAT 1

Bereits zur Zeit der Veröffentlichung des Mat 1 setzte die Kritik an diesem Lehrgangskonzept ein. Die Konzeption war bereits '72 z.T. historisch überholt — sie war mehr Produkt der Erfahrungen mit der Ausbildung in der Vergangenheit als Ergebnis einer Analyse der aktuellen Entwicklungen in der Ausbildungspraxis.

Bereits '72 und in verstärktem Maße in den darauffolgenden Jahren veränderte sich die Berufsausbildung in den Betrieben und Verwaltungen durch politischen und gewerkschaftlichen Druck, so daß in vielen Bereichen die gröbsten Mißstände an der Oberfläche verschwanden.

In einigen wenigen Bereichen im Öff. Dienst, sowie in einer Anzahl großer Unternehmen konnte sogar davon gesprochen werden, daß Ausbildungsmißstände so gut wie vollständig beseitigt waren (Lehrwerkstätten, Ausbildungsbüros etc.). Insbesondere bei Lehrgängen mit Kollegen aus solchen Betrieben zeigte sich bald, daß der Ansatz allein an Ausbildungsmißständen in eine Sackgasse führen muß. Nachdem die gröbsten Mißstände im Betrieb beseitigt waren, fehlte den Kollegen eine langfristige Perspektive für die weitere gewerkschaftliche Arbeit (über die Abstellung mobilisierungsträchtiger, die Kollegen empörender Mißstände hinaus).

In der Diskussion um die gewerkschaftliche Jugendarbeit in der ÖTV wurde erkannt, daß das Anknüpfen und die praktische Orientierung der Jugendarbeit allein an Ausbildungsmißständen zum einen historisch überholt — und zum anderen prinzipiell als Ansatz zu kurz gegriffen war. Die Orientierung der Jugendarbeit allein an Ausbildung führte zu einem verkürzten Praxisansatz, d.h. der Jugendbereich isolierte sich durch die ausschließliche Orientierung auf Probleme der beruflichen Bildung wie oben beschrieben zunehmend von der Gesamtorganisation. Die hatte im wesentlichen zwei Resultate:

1. Sobald die Jugendlichen Forderungen entwickelten, die über die Abstellung von Gesetzesübertretungen hinausgingen, stießen sie sehr bald auf die Grenzen der Durchsetzbarkeit. — Die zur Durchsetzung wesentlicher Verbesserungen der beruflichen Bildung notwendige Kampfkraft konnte von den Jugendlichen allein nicht entfaltet werden (u. Auffassung auch deshalb, weil die Forderungen zunehmend überbetrieblichen Charakter bekamen).
2. Aus der Jugendarbeit schieden zunehmend die Kollegen aus, die ihre Ausbildung beendet hatten — allerdings ohne ihre Aktivitäten im Erwachsenenbereich der Gewerkschaft fortzusetzen. Sie wurden durch die Jugendarbeit nicht auf die Arbeit in der Gesamtorganisation vorbereitet. — Dies ist aber eine Aufgabe der Jugendarbeit.

Neben der in der Konzeption der ÖTV Mat 1 angelegten Verkürzung des Ausbildungsbegriffs konzentriert sich die Kritik an diesem Lehrgangskonzept auf die Teile „gesellschaftliche Grundlagen (Ökonomieteil)" und „Funktion des Staates".

Ziel dieser Lehrgangsteile ist es laut Mat 1, neben der Diskussion der Erfahrungen gegensätzlicher Interessen" . . . zusätzlich die hinter diesen Interessen stehenden grundsätzlichen Widersprüche zu bestimmen. Erst letzteres ermöglicht gewerkschaftliche Praxis in ihrer Funktion zu bestimmen, d.h. eine Perspektive zu entwickeln, um so in konkreten Auseinandersetzungen die Politik von strategischen Überlegungen her zu begründen." (14)

14 ÖTV-Mat. 1, S. 11/12.

Damit formuliert ÖTV Mat 1 für die Bildungsarbeit den Grundsatz der Leitsätze der Gewerkschaftsjugend:

„Gewerkschaftliche Jugendarbeit soll die jungen Arbeitnehmer in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Standort zu erkennen und sie zu selbständigem Handeln zu befähigen". (15)

Dies sollte in Mat 1 Ökonomie- und Staatsteil leisten. — Allerdings stellte sich in der Lehrgangspraxis mit dieser Konzeption sehr bald heraus, daß die Erarbeitung des „eigenen gesellschaftlichen Standorts" sich mithilfe der Ableitung der Kategorien der politischen Ökonomie recht schwierig gestaltete.

Die Kollegen sahen zwar die Systematik der Ableitung von Mehrprodukt und Mehrwert ein — oft blieben diese Einsichten jedoch abstrakt, die Kollegen lernten die Systematik der politischen Ökonomie wie ähnlich interessante betriebs- und volkswirtschaftliche „Unterrichtsgegenstände".

Mithilfe von ökonomischen Kategorien konnte bei jungen Kollegen, die keine gewerkschaftliche Erfahrungen hatten zwar. z.T. abstrakte Empörung erzeugt werden, jedoch waren die Kollegen kaum in der Lage, die neugewonnenen Einsichten den anderen Kollegen im Betrieb weiterzuvermitteln — geschweige denn anzuwenden, d.h. für die gewerkschaftliche Praxis nutzbar zu machen.(16)

Kurz: Der Ökonomieteil (und mit Einschränkung auch der Staatsteil) leistete auf Stufe I Seminaren nicht konsequent, was die Konzeption ihm als Ziel Ziel unterstellte: Das Lehrgangsziel konnte in diesem Teil mit diesen Inhalten nicht voll erreicht werden.

Die Erarbeitung des gesellschaftlichen Standorts sollte vor allem auf einem Stufe I Seminar sinnlicheren — weniger kategorialen Charakter haben.

Ein weiterer Kritikpunkt an den ÖTV-Materialien 1 befaßt sich mit den sog. „Übergängen". Diese Übergänge sind Argumentationsketten, deren Inhalt sich nicht aus dem Lehrgangsziel selbst ableitet. Sie dienen lediglich dazu, zwei Lehrgangsteile „einsichtig" miteinander zu verbinden. Da wo Materialien 1 die Vermittlungen der Erfahrungen der Kollegen mit den Kategorien nicht gelingt, werden „pädagogische Tricks" angewandt. Meist bleibt ein solches ‚Lavieren' den Kollegen nicht verborgen; Ergebnis: Sie fühlen sich vom Team manipuliert — und zwar zu Recht.

Die Notwendigkeit bestimmte Gegenstände zu diskutieren (z.B. gesellschaftliche Hintergründe) muß aus dem Inhalt selbst begründet werden.

Diese Kritik an der Konzeption der ÖTV-Materialien 1 ist bereits seit geraumer Zeit ‚Konsens' in weiten Teilen der ÖTV-Jugend. Die Darstellung dieser Kritik und der im folgenden entwickelten Alternativen erscheint uns notwendig geworden, da der Aufsatz von Jutta Ahrweiler sich bei seiner Kritik der Konzeptionen gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit bei weitem nicht auf den höch-

15 Leitssätze der Gewerkschaftsjugend.

16 Die Darstellung von Mehrprodukt und Mehrwert als Zeit- und Werteinheiten anhand von Schaubildern und Texten, das Einsichtigmachen dieser Zusammenhänge kann rechnerisch exakt – sauber in der Kategorie – und noch so gut erklärt sein, es fehlt der sinnliche Bezug, die konkrete Greifbarkeit. Die Kollegen können nicht nachvollziehen, daß es sich bei der Arbeit mit Verhältnisbeispielen und Schaubildern über notwendige – und Mehrarbeit um etwas ganz reales, sie und ihren Erfahrungsbereich betreffendes handelt. Kurz: Von einer solchen Methode der Vermittlung des Standortes innerhalb unserer Gesellschaft können sich die Kollegen nicht betroffen fühlen – die Einsicht bleibt abstrakt. Bei dieser Kritik geht es nicht darum, ob es sinnvoll ist auf Stufe I. Seminare über Sachverhalte der politischen Ökonomie zu diskutieren, sondern es geht vielmehr darum, wie die Einsicht in den Ausbeutungscharakter unserer Gesellschaft für rel. unerfahrene Kollegen vermittelt werden kann.

sten Stand der Diskussion bezieht — und selbst in seiner Kritik nicht die fortgeschrittensten Positionen zur Weiterentwicklung unserer Konzeptionen vertritt.

Die Kritik, die die ÖTV-Jugend an ihren Bildungskonzeptionen geübt hat, deckt sich zwar z.T. mit der, die J. Ahrweiler im o.a. Aufsatz formuliert. In einigen wesentlichen Bestimmungen ihrer Alternativen jedoch hat sie u.E. bei weitem zu kurz gegriffen. Dazu muß allerdings angemerkt werden, daß der Aufsatz von J. Ahrweiler unter methodischen Gesichtspunkten verstanden werden will. Diesem Anspruch soll mit der Stellungnahme zur Methode gewerkschaftlicher Bildungsarbeit am Schluß unseres Aufsatzes Rechnung getragen werden.

Entwürfe zu alternativen Konzeptionen

Z.Z. liegen als Alternativen zu der Jugendbildungskonzeption in den ÖTV Mat 1 drei Entwürfe vor. Sie wurden in drei Bezirken von der ÖTV-Jugend entwickelt:

- Bezirk Hessen: Mat. 6
- Bezirk Berlin: Mat. 7
- Bezirk Nordrhein-Westfalen II Mat. 8

Die drei Konzeptionsentwürfe werden z.Z. in den jeweiligen Bezirken erprobt.

Entwürfe und Erfahrungen sollen die Grundlage für die Entwicklung eines neuen Leitfadens sein. Im folgenden werden Mat 6 und Mat 8 besprochen, da die wesentlichsten Positionen (von denen auch Mat 7 ausgeht) in ihnen enthalten sind.

Materialien für Teamer Nr. 6 (Oktober 74)

Mat 6 stellt zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit grundsätzlich fest, daß diese in erster Linie Arbeit mit Auszubildenden ist. Ausbildung habe deshalb allein zentraler Lehrgangsinhalt zu sein. „Der Eintritt in das Arbeitsleben beginnt für den Schüler in der Regel mit dem Ausbildungsverhältnis, das zunächst seine gesellschaftliche Situation bestimmt."(17)

Die Ausbildung wird begriffen als der „. . . Prozeß der Herstellung des Arbeitsvermögens ..." (18) Kritisch merkt Mat 6 zur Konzeption in Mat 1 an, daß Ausbildung bei dieser Konzeption lediglich als „Einstieg" benutzt wurde, „. . . um allgemeine gesellschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln (Mehrwert-Mehrprodukt-Lohnabhängigkeit-Klassengesellschaft) die mit der Ausbildungssituation nichts mehr zu tun hatten." (19)Mat 6 geht davon aus, daß die Ausbildung als ein besonderes Verhältnis vom Lohnarbeitsverhältnis verschieden ist. (20)

Dieses besondere Ausbildungsverhältnis soll Grundlage der Lehrgangsarbeit sein. Dabei wird der Anspruch formuliert, die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung aus der Situation der Auszubildenden selbst abzuleiten — dies im Gegensatz zu Mat 1, in dem die Gewerkschaft aus dem Lohnarbeitsverhältnis erklärt wird.

Mat 6 kommt somit zu der Einschätzung, daß die Situation der Auszubildenden allein bestimmt ist vom Prozeß der Herstellung des Arbeitsvermögens, daß die Auszubildenden allein bestimmt ist vom Prozeß der Herstellung des Arbeitsvermögens, daß die Auszubildenden, die in diesem Prozeß begriffen

17 Materialien für Teamer in der Jugendbildungsarbeit der ÖTV Stuttgart, Oktober 1974, hrsg. vom Bundesjugendsekretariat der ÖTV. Nr. 6 (i.F. ÖTV Mat 6) S. 2.

18 ÖTV Mat 6, S. 3.

19 ÖTV Mat 6 Vorbemerkung.

20 ÖTV Mat 6, S. 23, vgl.

sind, ihre gesellschaftliche Situation aus diesem ableiten — sich für sie die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung also auch aus diesem Prozeß erklären muß.

Aus diesem Ansatz ergibt sich die Konsequenz, daß die Situation der Auszubildenden allein vom stofflichen Inhalt ihrer Tätigkeit bestimmt wird. Ausbildung wird allein als Herstellung von Arbeitsvermögen für bestimmte Arbeitsprozesse erklärt — nicht erklärt wird, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen dieses Arbeitsvermögen angewendet wird. Zwar herrscht im Text zuweilen eine wahre Inflation des Begriffs „Verkauf der Arbeitskraft" an keiner Stelle jedoch ist abgeleitet, was dies bedeutet, welche gesellschaftlichen Bedingungen der Notwendigkeit des Arbeitskraftverkaufs zugrundegelegt sind — Arbeitskraft verkaufen wird hier nicht als systematische Kategorie, sondern synonym mit „arbeiten für Geld" verwendet.

Im Mat 6 scheitert somit der eigene Anspruch: Die gesellschaftliche Situation der Auszubildenden an der Ausbildung selbst aufzuweisen, da es nicht gelingt, die kapitalistische Formbestimmtheit dieser Ausbildung herauszuarbeiten. Mat 6 bleibt bei der Feststellung stehen, daß die Herstellung des Arbeitsvermögens dem Arbeitsprozeß und dessen Entwicklungen entsprechend notwendige Voraussetzung ist, später auch arbeiten zu können. — Dies ist nicht falsch, es gilt für alle Zeiten und Gesellschaften. Eine solche Bestimmung von Ausbildung abstrahiert von den gesellschaftlichen Bedingungen unter denen sie stattfindet und reicht daher für gewerkschaftliche Seminare keinesfalls aus. Nachdem herausgearbeitet wurde, was unbedingt an Qualifikation für die Arbeitsplätze zukünftig gebraucht werden wird, geht das Konzept dazu über, die Perspektiven der Realisierung dieser Notwendigkeiten zu entwickeln: „Für ihn (den Auszubildenden) bedeutet sie (die Ausbildung, die den zukünftigen Arbeitsplätzen entspricht) die Voraussetzung, um gesellschaftlich durchschnittliche Lebensbedingungen zu erreichen. Deshalb muß er sich für die Verbesserung der Ausbildung einsetzen. Da er dies allein nur unzureichend wenn überhaupt tun kann, ist er auf andere Auszubildende angewiesen.

Der Zusammenschluß der Auszubildenden für dieses Ziel kann nur über die Gewerkschaften erfolgen." (21)

Zur Funktionsbestimmung der Gewerkschaften führt Mat 6 weiter aus: „Indem die Gewerkschaften eine Verbesserung der Qualifikation für die Arbeitskraft fordern, fordern sie das, was für die Erhaltung der Arbeitskraft der Lohnabhängigen notwendig ist. Die Gewerkschaft reagiert hier auf eine gesellschaftliche Entwicklung. Mit ihrer Forderung trägt sie zur Erhaltung der Gesellschaft insgesamt bei". (22)

Da die Mat 6 sich nicht darauf einlassen, den Klassencharakter der Gesellschaft herauszuarbeiten, muß notwendigerweise auch die Bestimmung der Funktion der Gewerkschaften abstrakt bleiben, d.h. die Gewerkschaft kann nur auf der Ebene gesellschaftlicher Notwendigkeit diskutiert werden, ohne darüber aufklären zu müssen, daß sich die Durchsetzung dessen was gesellschaftlich notwendig ist in unserer Gesellschaft als Kampf Klasse gegen Klasse vollzieht. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses oberflächlich und strategisch begründet (. . . je mehr Auszubildende sich für ihre Interessen einsetzen, um so erfolgreicher ... — sonst nichts). Aus einer solchen Verkürzung der Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses ergibt

21 ÖTV Mat 6, S. 21.

22 ÖTV Mat 6, S. 22

sich noch keine Unterscheidung zwischen DGB-Gewerkschaften, DAG, Beamtenbund oder irgend einem anderen Interessenverband.

An der Tatsache, daß die notwendige Qualifikation in der Realität von den Arbeitgebern nicht geleistet wird, will diese Konzeption den Grundwiderspruch erklären: „. . . Hierin drückt sich der grundlegende Widerspruch unserer Gesellschaft aus. Einerseits wird langfristig in der Verwaltung die oben beschriebene allgemeine Ausbildung notwendig, andererseits kann die Verwaltung diese Ausbildung nicht leisten, da sie nur dieses kurzfristige Interesse (möglichst kostengünstig betriebene Aufgabenerfüllung d.V.) realisieren kann." (23)

Auch bei dem Versuch, etwas über den Grundwiderspruch in unserer Gesellschaft auszusagen, wird in den Mat 6 davon abstrahiert, daß Widersprüche im Kapitalismus sich zwar auf der Ebene gesellschaftlicher Notwendigkeit ausdrücken, dortselbst aber nicht in ihrer materialen Gestalt zu finden sind. Auch hier sieht Mat 6 davon ab, daß der Widerspruch zwischen langfristiger Notwendigkeit und kurzfristiger Möglichkeit bedeutet, daß es sich dabei um die Notwendigkeit der Reproduktion der Lohnabhängigen auf der einen Seite, die dem Profitinteresse, bzw. der Verteilungspolitik des Staates auf der anderen Seite gegenübersteht handelt — dies also einen Klassenkonflikt beinhaltet — und daß das Ergebnis der Auseinandersetzung eine Funktion des Kräfteverhältnisses ist, d.h., daß ‚notwendig' und ‚möglich' ist, was aus dem Kampf Klasse gegen Klasse resultiert.

Zur Funktion des Staates stellt Mat 6 fest: „Die Regierung als Träger der Staatsgeschäfte handelt nicht in Abhängigkeit einer gesellschaftlichen Interessengruppe. Dies ist das Charakteristische des Staates." (24)

Weiter vorn wird erklärt, daß der Staat, wenn er Initiativen zur Verbesserung der Ausbildung ergreift, diese nicht konsequent verfolgt. „. . . Insbesondere dann nicht, wenn die verschiedensten Vorstellungen an den Staat herangetragen werden und heftige Auseinandersetzungen über die Realisierung von möglichen Verbesserungen stattfinden." (25)

Materialien für Teamer Nr. 8 (September 75)

Mat 8 geht ebenso wie die oben dargestellte Konzeption in Mat 6 davon aus, daß Ausbildung nicht allein an Mißständen diskutiert werden kann, sondern grundsätzlich als Prozeß der Herstellung des Arbeitsvermögens begriffen werden muß. Jedoch wird hier der Begriff von Ausbildung im Unterschied zu Mat 6 nicht als das die Auszubildenden bestimmende gesellschaftliche Verhältnis bestimmt, sondern als eine abgeleitete, besondere Situation: Ausbildung ist als zeitlich begrenzte Vorbereitungsphase auf Lohnabhängigkeit begriffen. (26)

Die Konzeption in Mat 8 greift damit den Ausbildungsbegriff von Mat 6 auf und formuliert den Anspruch ihn weiterzuentwickeln, indem sie die Ausbildung aus dem gesellschaftlichen Verhältnis der Lohnarbeit ableiten will! Ausbildung wird somit im Mat 8 begriffen als die Herstellung des Arbeitsvermögens für das auf die Auszubildenden zukommende Ausbeutungsverhältnis. Darüber hinaus stellt Mat 8 fest: „Die objektive Lage von Auszubildenden unterscheidet sich . . . im wesentlichen nicht von der gesellschaftlichen Lage der bereits ausgebildeten älteren Kollegen. (Denn) . . . sie ist auch den Bedingungen kapitalistischer Verwertungsinteressen unterworfen." (27)

23 ÖTV Mat 6, S. 30.

24 ÖTV Mat 6, S. 36.

25 ÖTV Mat 6, S. 21

26 Vgl. Materialien für Teamer in der Jugendbildungsarbeit der ÖTV Stuttgart, September 1975, hrsg. vom Bundesjugendsekretariat der ÖTV Nr. 8 (i.F. ÖTV Mat 8)S. 2.

Das Interesse an guter Ausbildung wird in Mat 8 ebenso wie in Mat 6 mit der Notwendigkeit aus den Eigentumsverhältnissen abgeleitet: Dem Interesse an Ausbildung liegt die Notwendigkeit des Arbeitskraftverkaufs zugrunde, die sich aus der „doppelten Freiheit" der Lohnarbeiter ergibt.

Neben der Analyse der Ausbildung legt Mat 8 einen weiteren (mindestens ebenso gewichtigen) Schwerpunkt auf die Untersuchung dessen, wovon Ausbildung bestimmt ist, auf die gesellschaftliche Lage der Lohnabhängigkeit. Aus dieser Lagebestimmung wird auch die Notwendigkeit der Gewerkschaften abgeleitet, so daß hier eine Begründung für die Einheitsgewerkschaft gelegt ist: In die Gewerkschaft gehören alle die, deren gesellschaftliche Lage dadurch gekennzeichnet ist, daß sie nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen müssen. (28)

Auf dieser Ebene kann der Klassenwiderspruch aus den Eigentumsverhältnissen abgeleitet werden. Interessengegensätze sind dabei Ausdruck dieses grundsätzlichen gesellschaftlichen Widerspruchs.

Zum Staat führt Mat 8 aus: Der Staat übernimmt Aufgaben, „. . . die zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Arbeit notwendig sind, aber keinen (oder kaum) Profit abwerfen". (29) Dazu gehören auch „Aufgaben der kollektiven Reproduktion der Lohnabhängigen (Bildung, Gesundheitswesen etc.)" (30) und „... die Aufgabe für Sicherheit und Ordnung zu sorgen" (31)Der Staat sichert „... die ökonomischen Verhältnisse, die es den Arbeitgebern erlauben, sich die von den Lohnabhängigen geschaffenen Werte anzueignen.

Neben der materiellen Sicherung der gegenwärtigen Verhältnisse beschäftigt sich der Staat auch mit der Sicherung dieser Verhältnisse in unseren Köpfen. Durch Ideologieinhalte in der Schule und in anderen Bildungseinrichtungen in den staatlich kontrollierten Medien werden durch den Staat Arbeitgeberideologien verbreitet. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse nützt aber vor allem den Arbeitgebern ..." (32)

Zusammenfassende Einschätzung der beiden Ansätze zur Konzeption der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit in Mat 6 und Mat 8

Mat 6 geht von der besonderen Situation der Auszubildenden aus, verabsolutiert diese jedoch zu dem alleinigen bestimmenden Verhältnis.

Damit ist dieser Ansatz nicht in der Lage über das Alltagsbewußtsein der Kollegen hinauszuführen — er verbleibt bei der Ableitung dessen was notwendig ist (für die Auszubildenden) ohne diese Notwendigkeit im Zusammenhang der Verhältnisse in einer Klassengesellschaft einordnen zu können. Die Ableitung der Gewerkschaften bleibt damit auch notwendigerweise oberflächlich und instrumentell. Darüber hinaus liegt in diesem Ansatz die Gefahr, daß Interessenkämpfe gruppenegoistisch organisiert werden, da durch den in Mat 6 vor-

27 ÖTV Mat 8, S. 3.

28 ÖTV Mat 8, S. 55–58, vgl.

29 ÖTV Mat 8, S. 51.

30 Ebenda.

31 Ebenda.

32 ÖTV Mat 8, S. 52.

liegenden Interessenbegriff die gemeinsame Lage und damit auch die gemeinsame Kampfperspektive aller Lohnabhängigen (Auszubildende und erwachsene Kollegen gemeinsam) nicht einsichtig gemacht werden kann."

Mat 8 greift den positiven Ansatz im Ausbildungsbegriff von Mat 6 auf, entwickelt ihn weiter und überwindet damit seinen abstrakten Charakter.

Ausbildung kann damit als „Vorbereitung auf Lohnabhängigkeit" in ihrer kapitalistischen Formbestimmung begriffen werden.

Darüber hinaus leistet dieser Ansatz (Mat 8) mit der Analyse des übergreifenden Verhältnis Lohnabhängigkeit als das die Ausbildung bestimmende, die Ableitung des gesellschaftlichen Standort der Auszubildenden, wie der Lohnabhängigen überhaupt.

Damit ist auch die Voraussetzung für einen das Wesen erfassenden Gewerkschaftsbegriff gelegt.

Zum Vergleich der Staatsableitungen in beiden Ansätzen ist folgendes zu sagen: Der in Mat 6 lediglich in einigen Formulierungen durchscheinende Staatsbegriff kann nur als interessenvermittelnder Sozialstaat verstanden werden.

Im Gegensatz dazu leistet Mat 8 für die Kollegen im öffentlichen Dienst eine differenzierte (und praktisch überprüfbare) Funktionsbestimmung des Staates, die über die ‚platte' Bestimmung: „der Staat der Kapitalisten" in Mat1 weit hinaus geht.

Zu Konkurrenz unter den Lohnabhängigen ist aus dem Interessenbegriff des Mat 6 lediglich zu ersehen, daß die Kollegen, die nicht mehr in der Ausbildung sind für Ausbildungsforderungen nicht zu mobilisieren sind — die Auszubildenden somit die Durchsetzung ihrer Forderungen allein in Angriff nehmen müssen. (33)

Im Gegensatz hierzu stellt Mat 8 fest, daß das Interesse an guter Ausbildung als besonderes Interesse in den Komplex Reproduktionsinteressen aller Lohnabhängigen einzuordnen ist. Es muß den Auszubildenden gelingen, die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf mit den erwachsenen Kollegen inhaltlich zu begründen um damit eine möglichst breite Basis (und damit Kampfkraft) für ihre — und die Forderungen der Kollegen zu finden (Weiterbildung, Umschulung etc.). Nur so kann die Gewerkschaftsbewegung als ganzes und damit auch die Voraussetzung für eine wirksame Vertretung von Ausbildungsinteressen gestärkt werden. (34)

Zur Methode gewerkschaftlicher Bildungsarbeit (35)

Ein wesentlicher Kritikpunkt des Aufsatzes von J. Ahrweiler bezieht sich auf die Methoden in den Konzeptionen gewerkschaftlicher Jugendbildung.

Sie arbeitet heraus, daß in den bisherigen Lehrgangskonzeptionen die Interessen der Lohnabhängigen zum Teil nicht systematisch abgeleitet werden, sondern aus dem Alltagsbewußtsein als Wunschvorstellungen formuliert werden.

Wenn Ziel unserer Bildungsarbeit sein soll, daß die Kollegen sich Einsichten zu einem richtigen Begreifen ihrer gesellschaftlichen Situation erarbeiten, ge-

33 Vgl. ÖTV Mat 6, S. 23.

34 Vgl. ÖTV Mat 8

35 Der hier nur thesenartigen zusammengefaßte Ansatz einer Methode politischen Lernens ist unter anderem Resultat der Auseinandersetzungen mit den unbefriedigenden Ergebnissen der Anwendung der Prinzipien des exemplarischen Lernens, wie es von O. Negt entwickelt wurde.

nügt es in der Tat nicht, Illusionen und falsche Vorstellungen zu zerstören und an ihre Stelle ein unabgeleitetes Wunschbild zu setzen.

— Hier bleibt die Kritik von J. Ahrweiler allerdings stehen, sie entwickelt diesen Ansatz nicht weiter. Sie berücksichtigt nicht, daß neben den neugewonnenen Einsichten die Verkehrungen in den Vorstellungen der Kollegen weiterexistieren.

Wir haben es in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit nicht mit „Neulernen" sondern mit einer besonderen Form des „Umlernen" zu tun, so daß es z.B. nicht genügt, die Einsicht, daß die abhängig Beschäftigten nichts zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft, aufzugreifen und die Grundlage dieses Verhältnisses zu entwickeln, ohne mithilfe dieser neugewonnenen Einsicht die Verkehrungen und falschen Vorstellungen zu kritisieren — gerade das müssen die Kollegen auf dem Lehrgang lernen, damit sie in der Lage sind, in der Auseinandersetzung mit gegen die Gewerkschaft gerichteten Positionen richtig argumentieren zu können. Geschieht die Auseinandersetzung mit antigewerkschaftlichen Vorstellungen nicht, so bleibt es den Kollegen überlassen, sich in der täglichen Auseinandersetzung für eine der beiden im Kopf gleichwertig nebeneinander existierenden ‚Erklärungsmuster' zu entscheiden.

Aufgabe der Bildungsarbeit muß es deshalb sein, zusammen mit der Entwicklung richtigen Begreifens der Realität der Kollegen die Aufhebung falscher Vorstellungen und Verkehrungen im Bewußtsein voranzutreiben, den Widerspruch im Bewußtsein immer wieder aufzugreifen und im Denken die Voraussetzung zu schaffen, die wirklichen Verhältnisse, wie sie ihrem Wesen nach sind, zu erkennen.

Diese so gewonnenen Einsichten sind überprüfbare Voraussetzungen für reflektierte gewerkschaftliche Praxis, deren Resultat die richtige Widerspiegelung der wirklichen Verhältnisse im Bewußtsein sein kann.

Dem Aufbau von DGB-Leitfaden und ÖTV-Materialien 1 liegt insbesondere in den Ausbildungsteilen eine Methode zugrunde, die aus dem von O. Negt für die Arbeiterbildung entwickelten Prinzip des exemplarischen Lernens abgeleitet wurde. (37) Dieses Prinzip basiert darauf, die Erfahrungen der Lohnabhängigen zum Ausgangspunkt der Erkenntnis gesellschaftlicher Totalität zu machen. Die Erfahrungen werden strukturiert und auf ihren Erkenntnisgehalt untersucht — an ihnen sollen wesentliche Einsichten in die gesellschaftlichen Verhältnisse deutlich werden.

Dieses Vorgehen unterstellt, daß aus betrieblichen (und gesellschaftlichen) Einzelerlebnissen systematisch Erkenntnisse über das Wesen unserer Gesellschaft gewonnen werden können.

Daß das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse mit ihren erfahrbaren Erscheinungen auseinanderfällt ist gerade ein wesentliches Merkmal unserer bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb ist der Ansatz allein an den Erfahrungen und vor allem das Verbleiben auf dieser Ebene für die Gewinnung von Einsichten, die über die Alltagserfahrungen der Oberfläche hinausweisen sollen, untauglich.

Zur Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse ist deshalb Abstraktion notwendig: D.h. die gesellschaftliche Wirklichkeit, deren Ausdruck letztlich auch die

37 In den Leitfäden ist dieses Prinzip nicht in der von Negt entwickelten Form „rein" entfaltet – jedoch wurde mangels anderer Ansätze wesentliche Positionen von Negt übernommen. Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang das Negtsche Verständnis vom Verhältnis von Erfahrungen und gesellschaftlicher Wirklichkeit im Erkenntnisprozess. (Vgl. Anm.).

Erfahrungen der Kollegen sind kann nur gedanklich durchdrungen werden, wenn sie ihrer Besonderheit (Ausschnitthaftigkeit) die sie in den Erfahrungen annimmt entledigt wird. Zum Kern gesellschaftlicher Wirklichkeit kann nur vorgestoßen werden, wenn von der konkreten Vielfalt der besonderen Einzelerscheinungen abgesehen wird. Um die Verkehrung der Erscheinungen im Bewußtsein aufheben zu können, muß ein Begriff vom Wesen des Erkenntnisgegenstandes selbst gebildet werden. Das geht nicht mithilfe der Aufarbeitung von Erfahrung allein.

Der Begriff muß theoretisch gebildet werden: D.h. die logische Struktur des Erkenntnisgegenstandes muß erarbeitet werden — seine ‚wirkliche Beschaffenheit' muß einsichtig werden. Erst dann kann daraus z.B. auch sein historisches Gewordensein und damit seine Veränderbarkeit erkennbar werden.

— Dies ist in den Erfahrungen der Kollegen nicht enthalten — kann also auch aus ihnen nicht entwickelt werden.

Bildungsarbeit muß sich also zuerst mit dem beschäftigen, was an bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen vorhanden ist: — Richtige Vorstellungen werden aufgegriffen und zu einem systematischen Begriff — zu einer das wesentliche erfassenden richtigen Vorstellung vom Erkenntnisgegenstand weiterentwickelt. Wir nennen dies: „Orientierungsgrundlage".

Wenn die Kollegen auf dem Lehrgang z.B. über ihre Erlebnisse mit Ausbildung berichten, so tragen diese Schilderungen bereits den „Stempelt ihres Bewußtseins." — Die Erlebnisse sind vom Bewußtsein zu Erfahrungen verarbeitet, gebrochen worden. Die Erfahrungsberichte geben also nicht das wieder, was wirklich geschehen ist, sondern das, was die Kollegen wahrgenommen haben. Die betrieblichen Erlebnisse werden bereits von der Position einer falschen, verkürzten oder verkehrten Vorstellung, vom Bewußtsein gebrochen, wiedergegeben. Bildungsarbeit soll sich aber mit dem Bewußtsein selbst — nicht allein mit den Erfahrungen, den Resultaten seiner z.T. verkehrenden Übersetzung beschäftigen, da in ihnen, wie oben gezeigt wurde, wesentliche Bestimmungen der Realität fehlen. Deshalb muß auf dem Lehrgang zuerst das herausgearbeitet werden, was bei den Kollegen an Begriffen und Vorstellungen (z.B. von Ausbildung etc.) im Bewußtsein bereits vorhanden ist.

Der z.T. verkehrte, aber abstrakte Begriff von z.B. Ausbildung (etwas lernen müssen) wird aufgegriffen und positiv weiterentwickelt. Erst wenn das, was das Wesen der Ausbildung kennzeichnet herausgearbeitet ist (Herstellung von Arbeitsvermögen für einen bestimmten Stand der Produktivkraftentwicklung und bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse) — die Kollegen damit über einen richtigen Begriff von Ausbildung verfügen, können sie beurteilend, wertend und strukturierend ihre Erfahrungen mit Ausbildung überprüfen.

Dabei sind die Erfahrungen vor allem Erkenntnisgegenstand, nicht wie bei dem bisher praktizierten sog. exemplarischen Vorgehen erkenntnisbildendes Mittel.

Das was sich bei den Kollegen als Erfahrungen im Bewußtsein materialisierte, die vom Bewußtsein übersetzte Zusammenfassung der Wahrnehmung von Erlebnissen wird somit überprüfbar — eine neue Erfahrungsmöglichkeit kann erschlossen werden, indem mit einer neuen Betrachtungsweise bzw. Wahrnehmung die Erlebnisse in neue (andere) Erfahrungen umgesetzt werden können.

Dieses Verfahren ist ebenso anwendbar auf andere gesellschaftliche Erkenntnisgegenstände wie z.B. auf Interessen, Lohnarbeit, Gewerkschaften, Staat etc.

Auf diese Weise erarbeiten sich die Kollegen nicht nur eine richtige Vorstellung von den realen Verhältnissen — sie können sich jetzt auch mit ihren verkehrten Vorstellungen, Illusionen und Ideologien selbständig auseinandersetzen. Sie müssen das insbesondere dann, wenn diese eine konsequente gewerkschaftliche Praxis behindern. Z.B. müssen sich die Kollegen mit der Ideologie der ‚Lohn-Preis-Spirale' oder mit der Ideologie vom ‚neutralen Sozialstaat' auseinandersetzen. Sie tun das jetzt nicht mehr, indem diese falschen Vorstellungen einfach als falsch ‚entlarvt' werden, sondern von der Position einer richtigen Einschätzung aus.

Von dieser Position kann auch die Grundlage und die Funktion einer solchen falschen Vorstellung beurteilt werden. Ihr politisch disziplinierender Charakter kann erkannt werden. Falsche Vorstellungen bleiben damit nicht als Resultat zufälliger geistiger Verwirrung oder bewußter Aktion irgendwelcher Drahtzieher (Herrschaftsmechanismen, s.o.) stehen. Sie bekommen im Zusammenhang kapitalistischer Produktionsverhältnisse einen systematisch einsehbaren Sinn. Sie können in ihrer gesellschaftlichen Funktion durchschaut und somit auch bekämpft werden. Dieser Prozeß verändert nicht nur die Einsichten, sondern im praktischen Prozeß auch die Widerspiegelung durch das Bewußtsein und damit die Erfahrungen.

Redaktioneller Hinweis:
Wir machen alle Leser der SOPO auf den beiliegenden Appell „Für die freie Entfaltung von Bildung und Wissenschaft, gegen die Berufsverbote" aufmerksam und bitten darum, die ausgefüllte Unterschriftenliste an folgende Adresse zu senden:

„Demokratische Erziehung"
Vorgebirgstr. 115
5000 Köln 51

Die Wahrheit

zielstrebig – direkt

Westberliner sozialistische Tageszeitung

Sie ist für dich – sie ist deine Zeitung!

Zu beziehen über Boten, Post und Kioske

Verlag: Zeitungsdienst Berlin

Verlags- und Druckerei-GmbH, Berlin 21, Kaiserin-Augusta-Allee 101

Rainer Rilling: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR. Frankfurt a. Main 1975 (Fischer Taschenbuch Verlag), 293 Seiten

Die Bedeutung der Wissenschaften für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß hat seit mehreren Jahren eine intensive Diskussion über die Bedingungen, Strukturen und Wirkungen des Wissenschaftsprozesses als soziales Phänomen ausgelöst. Die vorliegende Untersuchung des Marburger Soziologen Rainer Rilling, der bereits durch seine Publikationen über Rüstungsforschung und Wissenschaftspolitik bekannt geworden ist, hat sich zum Ziel gesetzt, einige repräsentative Wissenschaftskonzeptionen dahingehend zu analysieren, ob und wieweit sie in der Lage sind, die spezifischen sozialökonomischen, vom jeweiligen gesellschaftlichen System abhängigen Merkmale der Vergesellschaftung des Wissenschaftsprozesses adäquat und begründet zu erfassen und auszuweisen.

Seiner kritischen Erörterung einiger repräsentativer wissenschaftstheoretischer und soziologischer Konzeptionen in den kapitalistischen und sozialistischen Ländern legt Rilling im 1. Abschnitt seines Buches den Versuch zugrunde, Wissenschaft als „System spezifischer gesellschaftlicher Arbeitsprozesse" aus der Marxschen Analyse der Doppelnatur des materiellen Produktionsprozesses zu entfalten. Seine Aufmerksamkeit richtet sich deshalb zunächst auf die systematische Gliederung und Vermittlung der Marxschen Äußerungen über den einfachen abstrakten Arbeitsprozeß der materiellen Produktion, wobei Rilling neben dem „Kapital" und den „Grundwissen" auch die „Theorien über den Mehrwert", die „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses" und andere weniger bekannte Quellen heranzieht. An die Darstellung des Marxschen Verständnisses des einfachen abstrakten Arbeitsprozesses schließt sich die Rekonstruktion des Verhältnisses zwischen stofflicher und gesellschaftlicher Formbestimmung des Produktionsprozesses an, wie Marx es vor allem im „Kapital" entfaltet hat. Bereits an diesem Punkt setzt Rillings Auseinandersetzung mit bürgerlichen Versionen des Zusammenhangs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaften als Produktivkraft ein. Rilling macht ansatzweise deutlich, daß weder die industriegesellschaftstheoretische Konzeption noch die die nur scheinbar zu ihr im Gegensatz stehende pseudomarxistische Auffassung, die im wissenschaftlich-technischen Fortschritt in den sozialistischen Ländern einen Verrat an der Arbeiterklasse zu entlarven glaubt, die Wechselbeziehung zwischen den beiden konstituierenden Momenten der gesellschaftlichen Produktionsweise zu begreifen vermögen.

Gestützt auf die Marxsche Analyse des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus stellt Rilling dar, wie sich der Kapitalismus mit der fabrikmäßig betriebenen Maschinenproduktion die ihm adäquate materiell-technische Basis und sachliche Form des Produktionsprozesses schafft, daß also die Produktivkräfte keiner systemneutralen Eigengesetzlichkeit unterliegen, sondern sich nur unter historisch je spezifischen Produktionsverhältnissen entfalten können. Mithin wirken die Produktivkräfte, die die bürgerliche Gesellschaft hervorbringt, als Produktivkräfte des Kapitals, welches durch reele Subsumtion der Arbeit und ihre Verwandlung in ein bloßes Zubehör der in der Maschinerie vergegenständlichten Arbeit gerade jene stoffliche Daseinsweise konstituiert, die dem kapitalistischen Produktionsprozeß als einem Verwertungsprozeß historisch entspricht. In diesem Zusammenhang wendet sich Rilling gegen den Versuch einiger sowjetischer Autoren, die technische und technologische Sei-

te des gesellschaftlichen Produktionsprozesses im Begriff der „technologischen Produktionsweise" zu systematisieren, ohne zu berücksichtigen, daß durch diese Begriffsbildung die notwendige Unterscheidung zwischen stofflicher und sozialökonomischer Charakteristik des Produktionsprozesses verloren zu gehen droht. Zwar erkennt Rilling die Notwendigkeit an, Technik und Technologie als Elemente des abstrakten Produktionsprozesses zu differenzieren und zu konkretisieren, aber er zeigt am Beispiel der kapitalistischen Arbeitsteilung, Kooperation und Leitungstätigkeit auf, daß sich die „grundlegenden Entwicklungsformen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit" nicht schematisch zur Typisierung des gesellschaftlichen Charakters unterschiedlicher Produktionsweisen übertragen lassen.

Die Klärung des Entwicklungsverhältnisses zwischen stofflicher und sozialökonomischer Seite des gesellschaftlichen Produktionsprozesses bildet die Voraussetzung für das Bemühen Rillings, einen materialistischen Begriff von Wissenschaft zu entwickeln, der den beiden unabdingbaren Seiten des gesellschaftlichen Produktionsprozesses Rechnung trägt und somit die idealistische Fiktion von Wissenschaft als von der materiellen Produktion hermetisch getrennte und autonomer Selbstregulierung unterliegende Sphäre aufzuheben vermag. Geleitet von der Grunderkenntnis des historischen Materialismus, daß die Produktionsweise, die bewegte Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, alle gesellschaftlichen Teilprozesse und Teilsysteme hervorbringt und bedingt, und orientiert an der Marxschen Feststellung, Wissenschaft sei „allgemeine Arbeit" und somit Bestandteil gesellschaftlicher Gesamtarbeit, wendet Rilling die Bestimmung der einfachen und abstrakten Momente des Arbeitsprozesses auf den wissenschaftlichen Arbeitsprozeß an. Dies geschieht zu dem Zweck, die stofflichen Merkmale wissenschaftlicher Arbeit in ihrer differentia specifica zur materiellen Produktion zu bezeichnen und den Vermittlungszusammenhang von geistiger und materieller Produktion innerhalb der gesellschaftlichen Gesamtarbeit zu begründen. Dabei gelangt Rilling zu folgendem Ergebnis: Wie die materielle Produktion umfaßt die wissenschaftliche Produktion das Zusammenwirken von Arbeitskraft, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand. Der wissenschaftliche Arbeitsprozeß selbst vollzieht sich in der Aufhebung der Trennung der subjektiven und objektiven Produktionsbedingungen im Übergang zur „bewegten Einheit", die wiederum in die „ruhende Einheit" übergeht, also sich in einem Resultat niederschlägt. Wissenschaftliche Produktion unterscheidet sich aber, wie Rilling in bestechender Klarheit herausarbeitet, von der materiellen Produktion dadurch, daß sie ihre Arbeitsmittel in der Regel und ihrer wesentlichen Zielstellung nach stofflich nicht verändert,daß ihre Arbeitsmittel hauptsächlich ideeller Natur sind (Methoden, Sätze, Theorien usw.) die stofflich nicht im Arbeitsprozeß verzehrt werden und daß sich das Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit in einem ideellen Produkt ausdrückt. Wissenschaftliche Produktion vollzieht sich, wie Rilling unter Berufung auf Laitko und Kröber schreibt, als „Wechselspiel" von Vergegenständlichung wissenschaftlichen Wissens und Entgegenständlichung bereits materialisierten Wissens. Darüber hinaus spezifiziert Rilling wissenschaftliche Produktion als gekennzeichnet durch die hohe Konzentration geistiger Elemente und ihre (wenn auch nicht faktisch ausschließliche, so doch wesentliche) schöpferische Qualität (Neuheit der Ergebnisse). Daraus wiederum erklärt sich der diskontinuierliche „stochastische" Verlauf wissenschaftlicher Arbeit, das Fehlen der für die materielle Produktion typischen bewußten Antizipation des Produktionsergebnisses („Algorithmus") und das hohe Risiko hinsichtlich des ökonomischen und energiemäßigen Aufwandes für wissenschaftliche Arbeit. Schließlich ist wissenschaftliche Produktion nach Rilling — und darin liegt ihre „potentiell überragende Bedeutung" für die Entwicklung des gesamten Produktivkraftsystems einer Gesellschaft — stofflich dadurch geprägt, daß wissenschaftliche Resultate „im Prinzip überall (zugleich von jedermann) unbegrenzt nutzbar" /S. 57/ sind.

Die von Rilling vorgenommene Unterscheidung der stofflichen Merkmale wissenschaftlicher und materieller Produktion, eine Unterscheidung, die beide Produktionsformen zugleich als vermittelte Einheit und Elemente der gesellschaftlichen Gesamtarbeit ausweist, ohne den Primat der materiellen Produktion aufzugeben, stellt nicht nur unter systematischen Gesichtspunkten einen wichtigen Fortschritt marxistischer Wissenschaftstheorie dar. Sie liefert auch den Schlüssel für die Beantwortung der Frage, worin die materiellen Bedingungen für die ideologische Verselbständigung der Wissenschaft zu einer von der materiellen Produktion isolierten und „autarken" Potenz der Gesellschaft und ihrer Geschichte liegen. Insofern leistet Rilling mit seiner Unterscheidung zwischen materieller und geistiger Arbeit und ihrer Anwendung auf die Analyse moderner Wissenschaftsauffassungen auch einen Beitrag zur marxistischen Ideologiekritik. Ehe Rilling aber den Mechanismen und Ursachen der ideologischen Verformung und Verkehrung des Wissenschaftsprozesses analytisch nachgeht, befaßt er sich mit dem Problem der sozialökonomischen Bestimmtheit des wissenschaftlichen Produktionsprozesses, die sich entweder hinter der Oberfläche scheinbar total individualisierter, gesellschaftlich nicht verbundener und aufeinander bezogener wissenschaftlicher Tätigkeiten oder hinter stofflich unmittelbar augenfälligen Formen der Vergesellschaftung (z.B. der Kooperation in der betrieblichen Großforschung) wissenschaftlicher Arbeit verbirgt. Gegen die irrtümliche Gleichsetzung der stofflichen Kennzeichen wissenschaftlicher Arbeit mit ihrer gesellschaftlichen Formbestimmung macht Rilling unter Berufung auf Marx geltend, daß sich der sozialökonomische Charakter der wissenschaftlichen Produktion wie der jeder anderen gesellschaftlichen Arbeitstätigkeit erst unter dem Aspekt ihres sozialen Aneignungsverhältnisses erschließt. Demnach entscheidet über den gesellschaftlichen Charakter wissenschaftlicher Arbeit nicht die spezifische stoffliche Besonderheit der Vergesellschaftung, etwa das Faktum individueller Einzelforschung oder hochgradig kooperativer teamwork, auch wenn diese oder jene „stoffliche Vergesellschaftungsform" für die eine oder ander Produktionsweise bzw. historische Periode eines sozialen Systems typisch sein mag. Die sozialökonomische Form, der gesellschaftliche Charakter, den die wissenschaftliche Produktion, ihre sozialen Träger und Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände und Resultate annehmen, ergibt sich vielmehr aus den Produktionsverhältnissen, welche die wissenschaftlichen Produzenten eingehen und innerhalb derer sie ihre Tätigkeiten austauschen. Deshalb beschränkt sich der Vergesellschaftungsprozeß der Wissenschaft nicht, wie Rilling unterstreicht, auf diejenigen Beziehungen, die im Fortgang der Arbeitsteilung entfaltet werden, sondern umfaßt stets, notwendig und wesentlich die besonderen geschichtlich gewordenen Eigentums- und Aneignungsbeziehungen als sozialökonomische Grundstruktur aller gesellschaftlichen Teilbereiche und Systemebenen.

Gerade in der Ausblendung der sozialökonomischen Seite wissenschaftlicher Produktion und in der Gleichsetzung der stofflichen Merkmale wissenschaftlicher Produktion mit ihrem gesellschaftlichen Wesen bestehen aber die Grundmuster bürgerlicher Theorie und Soziologie der Wissenschaft, denen sich Rilling im 2. Abschnitt seines Buches /S. 73 — 122/ zuwendet.

Trotz ihrer genuinen Unfähigkeit den Wissenschaftsprozeß auch als Rea-

lisierung von Produktionsverhältnissen zu begreifen, hat die bürgerliche Wissenschaftssoziologie im Laufe ihrer Geschichte eine gewisse Wandlung erfahren, bei der sich zwei theoretische Grundvarianten herausbildeten. Die erste Variante sieht in der wissenschaftlichen Entwicklung eine fortschreitende Anhäufung von positivem Wissen, während die zweite Variante den qualitativen Aspekt einer Eigengesetzlichkeit und „inneren" Logik von Wissenschaft betont. An mehreren repräsentativen wissenschaftssoziologischen Konzeptionen der letzten Jahrzehnte zeichnet Rilling kritisch nach, wie sich die genannten Varianten in den einzelnen Wissenschaftsauffassungen ausdrükken und welchen Modifikationen sie unterlagen.

Als renommierten Vertreter der „quanitativen" Variante führt Rilling zunächst den nordamerikanischen Wissenschaftshistoriker D.J. de Solla Price vor, der die Quintessenz des Wissenschaftsprozesses im kumulativen Wachstum des wissenschaftlichen Erkenntnisumfangs und seiner Institutionalisierung im „Big Science" zu entdecken glaubt. Aus der von de Solla Price vorgenommenen Reduktion des Wissenschaftsprozesses auf eine seiner besonderen Seiten, nämlich die unbestreitbare quantitative Progression wissenschaftlicher Fakten, Daten und Informationen, leitet sich, da auf die Problematisierung der gesellschaftlichen Ziele, Bedingungen und Anwendung von Wissenschaft gänzlich verzichtet wird, ohne große Schwierigkeiten eine elitär-technokratische, von Rilling durch Zitate anschaulich belegte Grundauffassung von de Solla Price ab. Gegenüber dieser extrem formalistisch-quantitativen Position hat sich seit den fünfziger Jahren im Umkreis der angloamerikanischen Philosophy of Science eine Auffassung kristallisiert, die sich in Konfrontation zum kumulativ-evolutionären Modell eines de Solla Price sieht. Rilling hält vor allem Thomas S. Kuhn für denjenigen Wissenschaftstheoretiker, der auf der Basis eines bürgerlichen Wissenschaftsbegriffes verharrend, den von de Solla Price vertretenen Ansatz am scharfsinnigsten kritisierte. Gegen diesen Ansatz führt Kuhn erstens den sich in Sprüngen, also nicht nicht-evolutionär, sondern „revolutionär" vollziehenden Entwicklungsgang von Wissenschaft ins Feld. Zweitens versucht er den Dualismus von wissenschaftlichem Wissen und seiner Institutionalisierung als scheinbar getrennter Aspekte der Wissenschaftssoziologie aufzuheben und drittens schließlich versucht er — und darin liegt nach Rilling das entscheidende Moment der Kuhnschen Position —, das positivistische Dogma der „Wertneutralität" und sozialen Intransigenz von Wissenschaft anzugreifen. Durch die Behauptung, der Ablauf des „normal science" folge bestimmten, nicht wissenschaftsimmanenten und sprunghaft auftauschenden und verschwindenden Paradigmen, verschafft Kuhn den außerhalb des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses gelegenen Faktoren wieder eine gewisse Geltung, ohne jedoch erklären zu können, wie und warum sich der Übergang von einem Paradigma (— als Beispiel nennt Kuhn die Physica von Aristoteles, Newtons Principia und Opticks oder Lavoisiers Chimie —) zu einem konkurrierenden Paradigma vollzieht. Überzeugend gelingt es Rilling, die Ambivalenz des Kuhnschen Wissenschaftsmodells nachzuweisen, das einerseits über die im engeren Sinn positivistische Rezeption hinausgeht und gewisse „externe" Einflüsse der Vergesellschaftung von Wissenschaft wahrnimmt, andererseits aber in der Begründung des wissenschaftlichen Fortschritts auf den Kernbestand bürgerlicher Weltanschauung zurückgreift: „Das Kuhnsche Paradigmakonzept steht in der Tradition des subjektiven Idealismus; er hat das Problem der Dialektik von sozialökonomischen und gegenständlichen Determinanten wissenschaftlichen Wissens und damit auch z.B. das Problem der sozialen Genesis und Selektion objektiv wahrer Aussagen

in der Wissenschaft dadurch bewältigt, daß er von vornherein von der gegenständlichen Determination abstrahierte. Von daher ist es unter erkenntnistheoretischen Gesichtpunkten kein Problem mehr die Bestandteile des wissenschaftlichen Wissens — denen mit dem Begriff ‚objektiv' nicht mehr beizukommen ist — als soziale Norm zu charakterisieren und ihren historisch begrenzten, da an den subjektiven Entscheid einer scientific community gebunden und nur insofern ‚bewahrheiteten' Charakter zu behaupten". /S. 93/.

Neben diesen wissenschaftssoziologischen Konzeptionen analysiert Rilling systemtheoretisch und strukturell-funktionale Ansätze, in dem er vornehmlich das normative Wissenschaftsethos Robert K. Mertons einerseits und die funktional unterbaute Wechselbeziehung des Hervorbringens wissenschaftlicher Leistung und ihrer Gratifikation vermittels entsprechender sozialer Bewertung im Wissenschaftssystem andererseits problematisiert (N.W. Storer).

Gegen Robert K. Merton wendet Rilling ein, daß sein Normengefüge weder der empirischen Überprüfung standhält noch solche politisch-ideologischen Determinanten des Sozialverhaltens anerkennt, die gerade deshalb, weil sie die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse besonders wirksam und umfassend zum Ausdruck bringen, selbstverständlich auch Bewußtsein und Handeln von Wissenschaftlern beeinflussen. An sogenannten ‚normativen sets" wie „communism" (hier: ungehinderte Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse in der Fachgemeinschaft) oder „disinterestedness", ein „set', das wissenschaftliche Tätigkeit um ihrer selbst willen betrieben voraussetzt, demonstriert Rilling die Unvereinbarkeit der Theorie Mertons mit der gesellschaftlichen Realität des Kapitalismus. Der Kapitalismus bringe etwa über den Mechanismus der Patentierung und Geheimhaltung von Forschungsergebnissen oder durch politische Prioritäten in der Forschung dem Modell Mertons gerade entgegengesetzte „Normen" hervor.

In Mertons Verständnis von Wissenschaft reproduziert sich, wie Rilling erhellt, eine liberale Wissenschaftsideologie, die dem niedrigen Vergesellschaftungsniveau wissenschaftlicher Arbeit als ideeler Privatarbeit im Frühkapitalismus entspricht, sich aber bis heute nicht ganz verschlissen hat. Das liberale Wissenschaftsethos, das die „innere" Bewegung von Wissenschaftssystemen nur als unveränderlich normativ gelenkte Interaktion der Systemträger beobachtet, versagt sich mit der Preisgabe der historischen Dimension der Wissenschaftsentwicklung zugleich die Erkenntnis der realen gesellschaftlichen Determinanten des Wissenschaftsprozesses. Rilling zeigt auf, daß dieser eher traditionell erscheinende normative Ansatz seinem zentralen Inhalt nach durchaus nicht im Widerspruch zu „moderner" anmutenden Konzeptionen steht, denn die Unterstellung einer normativen Struktur bei Merton teilt mit dem funktionalistischen Ansatz Stores, der sich an austausch- und markttheoretischen Modellen orientiert, die Abstraktion von den sozialen Triebkräften und Determinanten menschlichen Handelns: Der normativen Auffassung Mertons korrespondiert bei Storer eine Vorstellung von Wissenschaftssystem, in der die klassenmäßige Gliederung des wissenschaftlichen Produktionsprozesses und sein Aneignungscharakter zu einem „status- und situsneutralen Netz sozialer Aktionsbeziehungen" /S. 105/ verdinglicht werden. Indem Rilling die Argumentationsketten der von ihm behandelten Konzeptionen immer wieder sorgfältig zurückverfolgt, ohne ihre vereinzelten richtigen Aussagen zu leugnen, vermag er hinter ihrer je spezifisch wissenschaftlichen Färbung ihren bürgerlichen Denkinhalt aufzudecken und die Punkte zu bezeichnen, an denen sich alle hier erwähnten Konzeptionen trotz ihrer Vielfalt schließlich als wesensgleich berühren.

Obwohl die Unzulänglichkeit des normativen wie des strukturell-funktionalen Konzepts auch vom Standpunkt der bürgerlichen Wissenschaftssoziologie bemerkt wurde, bleiben unternommene Lösungsversuche letztlich auf jener Stufe stecken, der eigentlich die Kritik gegolten hatte. Mit P. Weingart stellt Rilling einen Autor aus der Bundesrepublik vor, der nicht nur eine nennenswerte Rolle bei der Begründung der Wissenschaftssoziologie in der Bundesrepublik spielte, sondern der auch den Anspruch erhob, die „kruden Ausgangspostulate" der oben skizzierten Konzepte zu überwinden. Was sich als Überwindung und Weiterentwicklung empfiehlt, entziffert Rilling jedoch als Fixierung einer lediglich schematischen Wechselbeziehung zwischen sozialen und kognitiven Faktoren von Wissenschaft, ohne daß die eine Bewegung der Wechselbeziehung überhaupt erst ermöglichenden und sie bestimmenden Momente erkannt würden. An die Stelle der Hypostasierung „externer" (z.B. Kuhn) oder „interner" (z.B. de Solla Price) Faktoren der Wissenschaftsentwicklung tritt die Hypostasierung ihrer unbegriffenen Wechselbeziehung. Im folgenden arbeitet Rilling heraus, daß die allgemeinen theoretischen Widersprüche und Unklarheiten der von ihm kritisch erörterten wissenschaftssoziologischen Modelle auch auf die Untersuchung spezifischer Aspekte durch die bürgerliche Wissenschaftssoziologie übergreifen. Das trifft ebenso auf die Darstellung des Verhältnisses zwischen Wissenschaftsprozeß und „sozialer Umwelt" wie auf Versuche der Periodisierung der Wissenschaftsentwicklung zu, die vom sozialökonomischen Inhalt der sich historisch entfaltenden Vergesellschaftungsformen von Wissenschaft abstrahieren und etwa wie Joseph Ben-David aus der Erfahrung der negativen Folgen kapitalistischer Wissenschaftszentralisierung die Notwendigkeit des Zentralismus im Wissenschaftssystem schlechthin verwerfen. Verglichen mit diesen bürgerlichen wissenschaftssoziologischen Periodosierungsvorstellungen zeichnen sich nach Rilling marxistische Entwicklungskonzeptionen allesamt trotz Schwächen im Detail dadurch aus, daß sie die wesentliche Bedeutung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse für die Entfaltung der Wissenschaft anerkennen, daß sie methodisch dem Weg des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten folgen und zwischen Wesen und Erscheinung gesellschaftlicher Prozesse zu unterscheiden vermögen. Gleichwohl kritisiert Rilling an der bekanntesten marxistischen Periodisierungsstudie in der DDR (Autorenkollektiv: Wissenschaft im Klassenkampf, Berlin 1968), daß sie mit einem verkürzten und fehlerhafte Ableitungen verursachenden Begriff von Vergesellschaftung operieren. Während das Dresdner Autorenkollektiv als logischen und historischen Ausgangspunkt seiner Periodisierung den „individuell arbeitenden Wissenschaftler" setzt und die Herausbildung der monopoleigenen Forschung als erstes Stadium wissenschaftlicher Vergesellschaftung im Kapitalismus kennzeichnet, besteht nach Rilling die erste Phase dieser Vergesellschaftung logisch-historisch in der Verwandlung der Wissenschaft in bürgerliche private Einzelproduktion; denn den „individuell arbeitenden Wissenschaftler" habe es weder logisch noch historisch betrachtet jemals gegeben. In einer zweiten Phase sei dann das System wissenschaftlicher Tätigkeit zum Objekt der Kapitalanlage und Verwertung geworden. Auch beschränkt sich für Rilling die monopolistische Vergesellschaftung der Wissenschaft nicht auf individuelle Kapitale, wie die Dresdner Autoren meinen, sondern die monopolistische Vergesellschaftung der Forschung durchbreche im Gegenteil die einzelkapitalistisch betriebene Wissenschaft, indem die betrieblich organisierte Forschung in „Kollektiveinrichtungen" des Monopolkapitals zusammengefaßt worden sei, die sich über die einzelkapitalistische Anlagesphäre eines bestimmten Kapitals

hinaus fremde wissenschaftliche Arbeit aneigneten. Die Kritik Rillings an dem Dresdner Autorenkollektiv leitet über in die Skizze einer Periodisierung, die im einzelnen zwar bestechend, aber vom Gesamteindruck her nicht immer sehr übersichtlich ist.

Im dritten Abschnitt beschäftigt sich Rilling mit der Entwicklung und Diskussion des Wissenschaftsbegriffs in der DDR. Im Mittelpunkt steht für ihn die Frage „ob — und wenn ja, wie — die in der DDR entwickelte wissenschaftstheoretische Konzeption in der Lage ist, formationsspezifische Charakteristika der Wissenschaftsbewegung zu erfassen . . ."/S. 159/. Die Darstellung Rillings impliziert zugleich den Anspruch, landläufige Rezeptionen der DDR-Wissenschaftstheorie und -soziologie in der Bundesrepublik kritisch zu prüfen.

Rilling verfolgt die Diskussion seit den zwanziger Jahren in Sowjetrußland bis zur Periode nach dem Zweiten Weltkrieg, in der allmählich die These vom produktiven Charakter der Wissenschaft gegen die noch vorherrschende Meinung an Boden gewann, daß die Wissenschaft ausschließlich Bestandteil des gesellschaftlichen Bewußtseins und mithin des „Überbaus" sei. Hierbei beschränkt sich Rilling nicht auf die innertheoretische Rekonstruktion der verschiedenen Standpunkte, sondern geht auch auf die objektiv-materiellen Bedingungen ein, die eine Veränderung des Wissenschaftsbegriffs in den sozialistischen Ländern ebenso ermöglichten wie erforderten. Er sieht diese Bedingungen vor allem in der realen Entfaltung sozialistischer Produktionsverhältnisse, die, indem sie etwa mit der Entstehung der Neuererbewegung oder der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit konkrete neue Formen annahmen, nicht länger als unveränderliche Gegebenheit bloß formal als juristische Eigentumsbeziehung aufgefaßt werden konnten. Weiterhin sieht Rilling in der ständig an Wichtigkeit gewinnenden Rolle von Wissenschaft und Technik für den sozialistischen Reproduktionsprozeß einen Faktor, von dem relevante Impulse für die wissenschaftstheoretische und -soziologische Diskussion in der DDR ausgingen, obwohl zunächst gerade die Anerkennung der Bedeutung von Wissenschaft und Technik häufig mit der theoretischen Herabsetzung des Menschen als Hauptproduktivkraft einherging.

Das Resultat der kritischen Auseinandersetzung mit mechanistischen Aspekten der marxistischen Produktivkrafttheorien einerseits und bürgerlicher Technikphilosophie andererseits bestand in der Herausbildung der Konzeption von der „Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft", wobei die Bedingungen, Zusammenhänge und Formen dieses Umwandlungsprozesses bis in die Gegenwart hinein Gegenstand der Diskussion geblieben sind. Was das Verhältnis zwischen Produktivkraftsystem und Wissenschaft anbetrifft, unterscheidet Rilling für die Phase der fünfziger und sechziger Jahre a) diejenigen Autoren, die an der Selbständigkeit der Wissenschaft als Produktivkraft gegenüber anderen Produktivkräften festhalten, b) diejenigen Autoren, die die „Einheit von materiellen und ideellen Produktivkräften" nach der einen oder anderen Seite hin zu stark akzentuieren und c) eine Autorengruppe, die ohne adäquate Berücksichtigung der konkret-historischen Entwicklungsformen allgemeine systematisierende Definitionen der Produktivkräfte anstrebt. Nach ausführlicher Analyse der abweichenden Meinungen kommt Rilling zu dem Schluß, daß die Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft weder nur vom Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit her bestimmbar noch ausschließlich philosophisch begründbar ist, weil die Produktivkräfte eine immer konkret-historische Form annehmende Einheit materiell-gegenständlicher und ideeller Elemente bilden. Der unmittelbar produktive Charakter der Wissenschaft erschließt sich aus dem konkreten Verhältnis eben dieser Elemente im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, wenn Wissenschaft als Bildungselement

in die lebendige Arbeit, die Arbeitskräfte eingeht, wenn Wissenschaft unabdingbares Element der gesellschaftlichen Gesamtarbeit geworden und stofflich eine Qualität der Allgemeinheit erreicht hat, die potentiell alle materiellen Produktivkräfte durchdringt und nicht mehr an einen einzelnen Produktionsprozeß gebunden ist /S. 190/.

Die in der DDR geführte Diskussion über die Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft gab Anlaß auch zu einer intensiveren Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Arbeitsprozeß selbst. Auch hier stand die Frage nach dem Verhältnis von materieller und geistiger Produktion nach dem produktiven Charakter von Wissenschaft und nach der Beziehung zwischen „internen" und „externen" Gesetzmäßigkeiten der Wissenschaftsentwicklung im Vordergrund. Die Relevanz dieser Fragestellungen erklärt Rilling aus dem Erfordernis, die Wissenschaftsorganisation in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu integrieren und durch richtige theoretische Bestimmungen der stofflichen und sozialökonomischen Merkmale von Wissenschaft deren produktive Potenzen maximal im Sinne des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus zu nutzen.

Ende der sechziger Jahre begann diejenige Diskussionsetappe, deren Ergebnisse den gegenwärtigen Wissenschaftsbegriff in der DDR maßgeblich prägten. Als die wichtigsten Merkmale dieser Diskussion hebt Rilling folgendes hervor:

- Anerkennung der Doppelnatur wissenschaftlicher Arbeit
- Analyse ihrer sozialistischen Qualität
- schärfere Abgrenzung gegen alle Spielarten des technologischen Determinismus und der Konvergenztheorie.

In dem durch diese Bemühungen markierten Feld bewegt sich gegenwärtig die theoretische Erforschung der Wissenschaft in der DDR. Besondere Aufmerksamkeit widmet Rilling den Versuchen, die von Mitarbeitern des Instituts für Wissenschaftstheorie und -organisation (IWTO) unternommen wurden, um die herkömmliche Reduktion von Wissenschaft auf wissenschaftliches Wissen endgültig zu überwinden und den Begriff von Wissenschaft als System spezifischer gesellschaftlicher Tätigkeiten weiter auszuarbeiten und zu vertiefen: Dementsprechend konstituiert Wissenschaft ihren Systemcharakter nicht durch sich selbst. So existiert wissenschaftliches Wissen für sich genommen nicht als gesellschaftliches Teilsystem, sondern wirkt im Zusammenhang der Wissenschaft als System besonderer gesellschaftlicher Tätigkeiten, außerhalb dessen es nur als Summe wissenschaftlicher Zeichen und potentieller Kenntnisse vorhanden wäre. Der Akzent dieser Konzeption liegt also eindeutig auf der Praxisqualität von Wissenschaft und befindet sich insofern ganz in Übereinstimmung mit den Grundkenntnissen des historischen Materialismus, der die Aktion gesellschaftlicher Produktion ins Zentrum seiner Gesellschafts- und Geschichtstheorie stellt. In dem vor allem von Kröber und Laitko ausgearbeiteten Wissenschaftsbegriff ist nicht nur die Trennung einzelner Aspekte des Wissenschaftsprozesses aufgehoben, sondern auch das Charakteristikum von Wissenschaft, ein System spezifischer sozialer Tätigkeiten zu sein, auf seine sozialökonomische Bestimmtheit bezogen. Dennoch sieht Rilling auch in der am weitesten fortgeschrittenen marxistischen Wissenschaftskonzeption, die von DDR-Autoren bisher erarbeitet wurde, punktuell die Gefahr angelegt, daß der Tätigkeitsbegriff in der Anwendung auf die Wissenschaft so weit verallgemeinert wird, daß ihre sozialökonomische Formbestimmtheit, vor allem ihre politökonomische Besonderheit, aus dem Blick gerät und sich gleichsam unter der Hand die Tendenz zur Hypostasierung der stofflichen Seite wissenschaftlicher Arbeit reproduziert.

An die Darstellung und Kritik der in der DDR entwickelten marxistischen Wisssenschaftskonzeption knüpft Rilling einige Bemerkungen über die Bedingungen und den Stand der Wissenschaftssoziologie in der DDR an. Ausgehend von dem allgemeinen Erfordernis des Wissenschaftssystems, sich vermittelt über seine arbeitsteilig gegliederten Sektoren erweitert zu reproduzieren, stellt Rilling fest, daß die Reproduktion einzelner Teildisziplinen der DDR-Wissenschaftssoziologie ideell wie materiell möglich geworden sei, andererseits aber die notwendigen theoretischen Grundlagen und Voraussetzungen erst seit relativ kurzer Zeit bestünden. Abschließend versucht Rilling, den Gegenstand marxistischer Wissenschaftssoziologie von anderen einzeldisziplinären Wissenschaftsforschungen abzugrenzen. Er schreibt: „Die Wissenschaftssoziologie analysiert somit ebenso wie die Wissenschaftsgeschichte und die Wissenschaftsökonomie das sozialökonomische Verhältnis wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion und -aneignung in seiner historischen Entwicklung und Entfaltung. Ihre Hauptaufgabe ist die Aufdeckung der inneren Gesetzmäßigkeiten der wissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit auf der Ebene ihrer sozialökonomischen Formbestimmtheit. Ihr Ziel ist die Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten dieses spezifischen Bereichs gesellschaftlicher Erkenntnisproduktion und -aneignung und deren Rolle innerhalb des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sowie die Erkenntnis des Zusammenhangs von stofflicher und sozialökonomischer Bestimmtheit der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion und -aneignung" /S. 231/.

Die Untersuchung Rillings ist eine in jeder Hinsicht eindrucksvolle Leistung, die nicht nur für den wissenschaftssoziologischen Spezialisten von großem Interesse ist. In ihrer Sorgfalt, begrifflichen Klarheit, theoretischen Stringenz und ihren trotz des abstrakten Gegenstandes brillanten Formulierungen ist diese Arbeit im besten Sinne des Wortes ein Musterbeispiel dafür, wie sich marxistische Theorie heute sowohl weiterentwickelt als auch mit bürgerlicher Wissenschaft auseinanderzusetzen vermag.

Lothar Peter

Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD, Probleme der Produktivkraftentwicklung (II), Argument-Sonderband (AS 7), 326 S., br., 15,50 DM

Die Projektgruppe Automation und Qualifikation beschreibt die vorgelegte Studie als Versuch, „durch Erforschung der inneren Gesetzmäßigkeiten die Perspektiven (der Automation; d.Rez.) — soweit im Kapitalismus möglich — auszumachen" /S. 11/, um in einer späteren empirischen Untersuchung über neu entstandene Tätigkeiten durch automatisierte Arbeitsprozesse zu einer möglichst korrekten Einschätzung der entsprechenden Qualifikationsanforderungen zu gelangen. In der vorliegenden Studie arbeiten die Autoren mit einer Art „Indizienbeweis", um dem Leser die Tendenz zunehmender Automatisierung in allen ökonomischen Bereichen gesellschaftlicher Produktion zu vermitteln. Dabei bedienen sie sich einer „Vielfalt von Quellen und Methoden"; man muß der Projektgruppe bescheinigen, daß sie in beachtlichem Umfang statistisches Material gesichtet und aufbereitet hat: die Fülle der vorgeführten Tabellen und graphischen Darstellungen ist jedenfalls beeindruckend. Indessen stellt sich sogleich die Frage ein, ob die zentralen Aussagen der Studie sich nicht auch mit weniger ausgewähltem Material hätten fundieren lassen.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert; im ersten Teil wird der für die gesamte Analyse grundlegende Begriff, der der Automation, entwickelt. Automation wird als Verfahren gefaßt, das die Beschränktheit eines bestimmten Niveaus der Produktivkraft der Arbeit zu überwinden gestattet und neue Möglichkeiten der Einsparung menschlicher Arbeit setzt. Diese Begriffsbildung ist hinreichend allgemein, um die vielfältigen Erscheinungsformen der Automationstendenz zu umfassen; sie sollte aber andererseits nicht dadurch eingeschränkt werden, daß die Einsparung menschlicher Arbeit interpretiert wird als Einsparung lebendiger Arbeit, wie dies gelegentlich im Buch getan wird (vgl. z.B. S. 119).

Im zweiten Teil werden einige Indikatoren für den technischen Fortschritt vorgestellt und interpretiert. Zunächst wird die Entwicklung der Produktivität der Gesamtwirtschaft dokumentiert.

Es werden einige gesamtwirtschaftliche Maßzahlen diskutiert — z.B. das reale Bruttoinlandsprodukt — und dann auch Meßziffern zur Produktivitätsentwicklung in einzelnen Wirtschaftszweigen, die insgesamt einen guten Einblick in die Entwicklung der Produktivität in der BRD ermöglichen. Aus der raschen Produktivitätsentwicklung — etwa der kunststoffverarbeitenden Industrie — bei gleichzeitiger nur geringfügig sich ändernder Beschäftigtenzahl wird sodann auf die zunehmende Automatisierung der Produktion geschlossen, ein Schluß, der relativ vorsichtig formuliert wird und in dieser Form einwandfrei erscheint. Es ist allerdings fraglich, ob es sinnvoll war, die Entwicklung der Zusammensetzung des Kapitals so nachzuzeichnen, wie es die Projektgruppe hier unternommen hat (vgl. S. 61 ff.) Wenn statistische Kennziffern über die Entwicklung der organischen sowie der technischen Zusammensetzung des Kapitals in der BRD vorgelegt werden, ohne zuvor die quantitativen Zusammenhänge zwischen Werten und Produktionspreisen, Durchschnittspreisen und Marktpreisen zu reflektieren, dann liegt der Verdacht nahe, daß die suggerierte empirische Nachprüfbarkeit einiger zentraler Sätze der Marxschen Theorie zur Entwicklung des Kapitals auf unzureichender Kenntnis der doch intensiv geführten Diskussionen vor allem über das sogenannte Transformationsproblem beruht.

Im Zusammenhang mit der Automatisierungstendenz in der BRD wirft die Projektgruppe die Frage nach der Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Lohnabhängigen auf; sie formuliert die These, daß eine empririsch abgesicherte

Tendenz zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus zu verzeichnen ist (vgl. S.124). Die Begründung dieser These kann allerdings nicht befriedigen. Zunächst muß bemerkt werden, daß die Verschiebung des Qualifikationsniveaus nach oben aus Tabellen geschlossen wird, aus denen die Aussage nicht ableitbar ist. Die Tabellen geben die Verteilung der I n d u s t r i e arbeiter auf Leistungsgruppen an, wobei in der Leistungsgruppe drei am ehesten unqualifizierte Arbeiter zu finden sind. Die prozentualen Angaben über den Anteil der Industriearbeiter für die Leistunsgruppe drei beziehen sich auf einen Zeitraum von 16 Jahren; während dieser Zeitspanne geht der relative Anteil der wenig qualifizierten Arbeiter um 2,2% zurück und das dürfte, wenn man allein Fehlerintervalle berücksichtigt, keine Aussage über die relative Abnahme der wenig qualifizierten Arbeiter ermöglichen /vgl. S. 87/. Auch bei Berücksichtigung der Zahlenangaben für ausgewählte Branchen verändert sich das Bild nicht. Im übrigen hat es die Projektgruppe bei der Formulierung der These vom Anstieg des Qualifikationsniveaus versäumt, die seit Mitte der sechziger Jahre unübersehbare, zunehmende Zahl ausländischer Arbeiter sowie deren durchschnittliches Qualifikationsniveau miteinzubeziehen. Das erscheint, wenn man eine Aussage über die Änderung des Qualifikationsniveaus der in der BRD Arbeitenden zu machen beabsichtigt, in keiner Weise gerechtfertigt.

Im dritten Abschnitt des Buches wird die Entwicklung und Ausbreitung der Automation behandelt. Instruktiv ist hier das 6. Kapitel über die Genese von Automation, weil der dort hervorgehobene Zusammenhang der Entwicklung neuer Produktionstechnologien, ja ganzer neuer Wissenschaften und Kriegen im modernen Kapitalismus (insbesondere ist hier der 2. Weltkrieg zu betrachten) in der Literatur häufig vernachlässigt wird. Insgesamt ist der 3. Abschnitt allerdings weniger gut durchstrukturiert als die ersten beiden Abschnitte.

Die Verwendung von wissenschaftlichen Begriffen, die teilweise überhaupt nur innerhalb der marxistischen Theorie sinnvoll definierbar sind, erfolgt nicht immer mit der wünschenswerten Genauigkeit. Wenn zum Beispiel davon gesprochen wird /S. 17 und passim/, daß eine Profitsteigerung durch Automation zugleich bedeutet, daß ein stets größerer Teil des Kapitalvorschusses in Maschinen investiert werden muß, dann kann diese wachsende Verausgabung nicht einfach durch das Wachsen der „organischen Zusammensetzung des Kapitals" ausgedrückt werden. Dieser ausschließlich in der marxistischen Theorie benutzte Begriff spielt eine große Rolle für die Formulierung des allgemeinen Gesetzes der Kapitalakkumulation und für die Analyse der langfristigen Tendenz der Durchschnittsprofitrate einer gegebenen Volkswirtschaft. Mit der organischen Zusammensetzung als spezieller Wertzusammenfassung des Kapitals sollen Änderungen der technischen Zusammensetzung des Kapitals — gemessen in Werten — erfaßt werden. Daher muß vorausgesetzt werden, daß die Mehrwertrate und der Wert der Elemente des konstanten Kapitals konstant bleiben. Folglich ist die Formulierung, eine Profitsteigerung durch Automation sei erkauft durch ein Wachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals, genau genommen falsch. Mit großer Selbstverständlichkeit wird auch der Begriff der „Zentralisation des Kapitals" — der außerhalb der marxistischen Theorie ohne jeden Gehalt ist — verwandt, ohne den Begriff näher zu präzisieren. Schließlich, muß die Projektgruppe unbedingt den Wertbegriff zur Deutung von statistischen Maßzahlen herbeibemühen? Wenn man sich die Tabellen über die Produktion und „Wert" numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen ansieht /vgl. S. 39f./, fällt auf, daß man sich selbst aussuchen kann, ob die angegebenen P r e i s summen aus Marktpreisen, aus Durchschnittspreisen oder gar aus bereinigten Preisgrößen berechnet wurden. In keinem Fall aber kann man, so wie die Projektgruppe es tut, die

Preise mit Worten gleichsetzen, es sei denn, man bezeichnet, wie dies üblicherweise in der bürgerlichen Ökonomie getan wird, das Produkt von Menge und Preis einer Ware als Wert.

Resümierend kann festgehalten werden, daß die Projektgruppe ihren oben zitierten Anspruch nur teilweise einzulösen vermochte; trotzdem ist ein beachtenswerter Schritt in die richtige Richtung getan und man darf auf das Erscheinen der angekündigten nächsten Studie gespannt sein.

Michael Krüger

STREITBARER MATERIALISMUS UND BÜRGERLICHE IDEOLOGIE

Sammelbesprechung von Veröffentlichungen aus der Reihe: „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", Hrsg. Manfred Buhr, Akademie Verlag Berlin (DDR); Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main.

Seit 1971 erscheint die Schriftenreihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", in der bisher über fünfzig Hefte veröffentlicht wurden. Kennzeichnend für die Reihe ist ihre internationale Ausrichtung und Verbreitung. Sie findet ihren Ausdruck durch Behandlung in den einzelnen Ländern unterschiedlich relevanter Themen, der teilweisen Übersetzung in verschiedene Sprachen sowie der Herkunft ihrer Autoren und des Mitarbeitergremiums des Herausgebers.

Der Reihe liegt die Idee zugrunde, in Kontroversen den Gegensatz von idealistischem und materialistischem Wissenschaftsvreständnis überall dort herauszuarbeiten, wo die bürgerliche Ideologie im Hinblick auf die Theoriebildung über bestimmenden Einfluß verfügt: in den Bereichen der Ökonomie, des Rechts der Politik und der Wissenschaft.

In Rücksicht auf die Tradition und die aktuelle Konstellation des ideologischen Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und unter den Bedingungen der epochenspezifischen Systemauseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus, charakterisiert Buhr die Zielsetzung der Reihe: In Einbeziehung „der kritischen, das heißt die historischen Grenzen markierenden Behandlung des humanistischen ideologischen Erbes der progressiven Bourgeoisie" beabsichtigen die in der Reihe erscheinenden Publikationen „die verschiedenen Erscheinungsformen der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie der kritischen, das heißt der marxistisch-leninistischen Analyse (zu) unterziehen und in diesem Prozeß die prinzipiellen Positionen des Marxismus-Leninismus (zu) festigen" (vgl. Vorbem. d.Hersg.).

Nach Auffassung der Rezensenten ist es (hervorzuhebende) Stärke der Reihe, daß sie einerseits in ihren einzelnen Beiträgen zeigt, wie die Linien der Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus von seiten der bürgerlichen Wissenschaft verlaufen und in welchen ideologischen Formen sich diese Auseinandersetzung bewegt. Andererseits veranlassen die teilweise unterschiedlichen Ansichten der Autoren der Reihe zur Frage der Bestimmung des politischen und theoretischen Status marxistisch-leninistischer Wissenschafts- und Ideologiekritik die hierzu in den Rezensionen erhobenen Einwände und aufgeworfenen Problemstellungen.

Was die Untersuchungen im einzelnen konkret darlegen — oft in besonderer Betonung der praktisch-politischen Funktion von Ideologie — läßt sich dahingehend verallgemeinern, daß die bürgerliche Ideologie angesichts des sich historisch durchsetzenden wissenschaftlichen Sozialismus zunehmend zu einer Form der Auseinandersetzung mit dem Marxismus genötigt ist, in der sich Verteidigung des Selbstverständnisses bürgerlicher Wissenschaft und Angriff auf die von den ‚Klassikern' gültig begründete marxistische Theorie der Geschichte und der Gesellschaft zu einer Art ideologischer Offensive vereinigen. Sie ist darauf angelegt, sowohl die Wissenschaftlichkeit der Grundaussagen des Marxismus zu bestreiten als auch die systematische Einheit des Marxismus-Leninismus aufzuspalten. Der Nachweis der gesellschaftlichen und das heißt, der klassenmäßigen Voraussetzungen und Funktion dieser Zielsetzung bürgerlicher Ideologie schließt im Zusammenhang der Reihe auch die Kritik des ‚Revisionismus' als

eine Variante ideologisch bedingter ‚Aneignung' oder ‚Weiterentwicklung' des Marxismus ein, die auf seinem eigenen Boden zur Beseitigung der die Wissenschaftlichkeit verbürgenden Bestandteile des wissenschaftlichen Sozialismus beizutragen versucht.

Jedoch geht es den Autoren der Reihe nicht allein darum, die Grundlinien der bürgerlichen Ideologie nachzuzeichnen. Vielmehr wird der prinzipiell defensive Charakter der „Offensive" bürgerlicher Ideologie erst dadurch ins Licht gerückt, daß in Einzelanalysen wissenschaftlichen Relevanz und ideologische Überzeugungskraft des Marxismus demonstriert werden. So wird die Qualität der Reihe z.B. in solchen Beiträgen sichtbar, die die Bedeutung von Forschungsergebnissen des historisch-dialektischen Materialismus dort nachweisen, wo diese entweder kaum vermutet oder außer Geltung gedacht werden, wie auf dem Gebiet der Naturwissenschaften; auf wirkungsvolle Weise werden dabei auch für Nichtmarxisten die ‚Klassiker' oft erst in ihr wissenschaftliches Recht eingesetzt.

Sind jedoch die Vorzüge der Reihe — ihrem Gesamtkonzept entsprechend — in einer Vielzahl ihrer Veröffentlichungen derart ausgeprägt, so treten ihre Mängel in einigen Analysen und Argumentationszusammenhängen umso deutlicher in Erscheinung. Das läßt dann vor allem die Frage stellen, ob die Auffassung der vollen Gültigkeit von Grundaussagen der ‚Klassiker' im Vollzug der Kritik bürgerlicher Ideologie darauf beschränkt werden darf, daß sie mehr oder weniger auf ‚Voraussetzungen' der Kritik reduziert und nicht analytisch und argumentativ dargestellt und entwickelt werden. Lassen sich nicht den Werken der ‚Klassiker' zahlreiche Beispiele entnehmen (Marx, ... Kritik des Gothaer Programms; Engels' ‚Anti-Dühring'; Lenins ‚Volksfreunde'), die zeigen, daß marxistische Ideologie-Kritik ihren beständigen Bezugs- und Ausgangspunkt in den Grundaussagen des Marxismus-Leninismus derart findet, daß ihre Verhältnismäßigkeit als wesentliches Kriterium ihrer Gültigkeit erscheint — also gerade in der Anwendung dieser Grundaussagen auf veränderliche ideologische und gesellschaftliche Konstellation?

Daß bei einigen Autoren der wissenschaftliche und ideologische Standpunkt ein mehr oder weniger bloß ‚vorausgesetzter' bleibt oder bei anderen von den spezifischen Entstehungsbedingungen einer verhandelten ideologischen Konstellation abgesehen wird, auf die orientiert die Kritik doch gerade ihre politische Bedeutung erhält, hat die von den Rezensenten kritisierten Theoreme und Verzeichnungen ideologischer Sachverhalte zur Folge. Gerade hier scheint uns die Bemühung verstärkt darauf zu richten zu sein, nicht nur die Elemente einer ‚Offensive' der bürgerlichen Ideologie ‚aufzudecken', sondern der historischen Gültigkeit des Marxismus auch dadurch zu entsprechen, daß die von seiten der bürgerlichen Wissenschaft aufgeworfenen Probleme — und objektive Probleme zu formulieren, ebenso wie Problemlösungen in Teilbereichen ist sie sehr wohl in der Lage — nicht nur durch richtige Grundsätze auf den richtigen Weg gebracht, sondern detailliert und systematisch erörtert werden. Gerade unter kapitalistischen Bedingungen ist es offensichtlich, daß ein generell entwickelter materialistischer Standpunkt nicht umstandslos überzeugt. Streitbarer Materialismus zeigt seine Überzeugungskraft dann — wie das nicht wenige Beiträge aus der Reihe doch vorführen — wenn es gelingt, die wissenschaftliche und gesellschaftliche Geltung des marxistischen Standpunkts der Kritik im Prozeß der Kritik unter Beweis zu stellen.

In Bezugnahme auf die in der Reihe u.a. schwerpunktmäßig behandelten Themenbereiche der Philosophie und Ideologie, der Naturwissenschaft, der Kunsttheorie, der Bildungspolitik, des Rechts und der

politischen Ideologie stellen wir die folgenden ausgewählten neunzehn Beiträge zur Kritik der bürgerlichen Ideologie vor:

Georg Mende: Philosophie und Ideologie — Marxistisch-leninistische Polemik in philosophiehistorischer Bewährungsprobe, Heft 9, 1972

Erich Hahn: Materialistische Dialektik und Klassenbewußtsein, Heft 39, 1974

Robert Steigerwald: Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen (Lenin-Verfälschung in der BRD — ‚Links'-revisionistische Sozialismus-Kritik — Bürgerliche Ideologie in linker Verkleidung — Antikommunismus — seine Grundmythen und Grundmechanismen), Heft 15, 1972

Andras Gedö: Die philosophische Aktualität des Leninismus / Manfred Buhr: Zur Aktualität der Leninschen Positivismuskritik / Vladimir Ruml: Positivistische ‚Philosophie der Wissenschaft' im Lichte der Wissenschaft, Heft 12, 1972

Mende faßt Ideologie als philosophischen, wissenschaftlichen und politischen Begriff. ‚Er beruht auf der Entsprechung, die bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen zur Gesamtheit der Produktionsverhältnisse aufweisen;/12/ Nach Marx juristische, politische, religiöse, künstlerische und philosophische Bewußtseinsformen. Dieser Sachverhalt läßt, nach Mende, nicht zu, Ideologie mit falschen Bewußtsein zu identifizieren, wohl aber die seitens Lenin getroffene Unterscheidung zwischen wissenschaftlichem und unwissenschaftlichem Bewußtsein. Im Gegensatz zur Napoleonlegende der Wissenssoziologie ist der in der Aufklärung entwickelte Begriff der ‚opinion'- und die Idolenlehre von Bacon für die Theoriegeschichte des Ideologiebegriffs von Bedeutung. Der Mangel an einer ausgereiften Beschreibung der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, ausgedrückt in der noch nicht systemfähigen ‚philosophia activa' (Bacon) und Kants ‚Beschluß' der ‚Kritik der praktischen Vernunft' orientiert am systemkräftigen naturwissenschaftlichen Ideal und in der Hilflosigkeit dem Gesellschaftlichen gegenüber die gesellschaftliche Unvermitteltheit der Naturwissenschaft quasi sanktionierend, wird erst durch Marx behoben. Die Dialektik als der philosophische Begriff für Entwicklung kennzeichnet die menschliche Entwicklung als Ausdruck der Entwicklung der Natur. ‚Das Durchsichselbstsein der Menschen ist im Durchsichselbstsein der Natur gegründet und begründbar'/18/. In diesem Sinne äußert sich Marx in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten. Der entwickelte dialektische und historische Materialismus als umfassende Theorie der menschlichen Tätigkeit eröffnet methodisch den Zugang zur Vermittlung der verschiedenen Weisen der Tätigkeit. Er erweitert den klassischen Materialismus um die gesellschaftliche Dimension und umfaßt philosophisch Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Wenn diese Einheit, aufgrund der herrschenden Arbeitsteilung, aus dem Auge verloren, der Blickwinkel auf die Verfahrensweise einer Wissenschaft reduziert wird, kommen Schlußfolgerungen wie diejenige Jean Paul Sartres zustande, der als einzig gültige Erkenntnistheorie eine auf der Wahrheit der Mikrophysik basierende ansieht, die den Experimentator als Bestandteil des experimentellen Systems begreift, ohne diese Form des Experiments selbst als eingebettet in eine umfassendere gesellschaftliche ‚Versuchsanordnung' zu sehen. Äußerungen dieser Art können als ideologische identifiziert werden. Ideologie nicht gefaßt als falsches Bewußtsein, sondern als Produkt der Kombination verschiedener Bewußtseinsformen und Inhalte. Gerade auf diesem nichtselbstän-

digen Charakter von Ideologie als Bewußtseinsform hat Mende das Hauptaugenmerk gelegt.

Auch Philosophie ist, insofern es sie gibt, eine gesellschaftliche Bewußtseinsform, deren gesellschaftliche Relevanz Ideologie heißt. Wichtig ist der Hinweis auf Engels (XXXIX, S. 96), daß bezüglich des Ideologieproblems die formelle Seite gegenüber der inhaltlichen vernachlässigt worden sei. Nicht die Ableitung der ideologischen Vorstellungen, sondern die Art und Weise, wie jene zustandekommen, bleibt ein unmittelbar aktuelles Problem.

Mende berührt auch die Frage der Marxinterpretation, die Versuche, die Ökonomisch-philosophische Manuskripte als das Marxsche Hauptwerk auszugeben und den wesentlichen Gehalt der Marxschen Lehre zu verfälschen. Er sieht den historischen und methodischen Ausgangspunkt dieser Verfahrensweise in Otto Liebmanns: ‚Kant und die Epigonen', der als Aufruf für den Kritizismus gegen den Dogmatismus' eine Verfälschung Kants betreibt, indem er das ‚Ding an sich' aus dessen Theorie zu eliminieren versucht. Eine Verfälschung findet bereits dann statt, wenn ein Aspekt der Theorie in unzulässiger Weise generalisiert wird. So erhält in der DDR-Literatur bei Hiebsch/Vorwerg die Kategorie Entfremdung und bei H. Seidel die Praxiskategorie eine zentrale Gewichtung, die sie im Gesamtsystem der materialistischen Philosophie nicht besitzen.

Die Frage der Wechselwirkung von objektiv und subjektiven Faktoren bei der Herausbildung des politischen Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse bildet die Zielsetzung der Untersuchung H a h n s. Sie geht von der Grundthese aus, daß die Arbeiterklasse historisch dazu bestimmt ist, die antagonistische Klassengesellschaft und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Ihre ökonomische und gesellschaftliche Bestimmtheit erfährt diese These durch den Hinweis auf den verschärft zutage tretenden Gegensatz von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung. Durch den Produktions- und Reproduktionsprozeß des Kapitals werden die Scheidung zwischen Arbeitskraft und Arbeitsbedingungen, werden die Exploitationsbedingungen beständig reproduziert. Diese Scheidung steht der Verwirklichung der Arbeitskraft sachlich und historisch entgegen. Der Riß, der die Gesellschaft durch die unterschiedliche Stellung der Individuen im Verwirklichungs- und Aneignungsprozeß durchzieht, wird von der bürgerlichen Theorie geleugnet indem als generelles gesellschaftliches Merkmal der Individuen gemeinsame Werte und Verantwortung postuliert werden und die Position des Proletariats als theoretische Mystifikation heruntergespielt wird. Daß aber der Warencharakter der Arbeitskraft nicht bestritten werden und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse mit zunehmender Entfaltung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen nicht erfolgen kann, bringt die bürgerliche Theorie in zunehmende Verlegenheit. Der Warencharakter der Arbeitskraft bedeutet die ständige Reproduktion der Arbeiterklasse unter wechselnden historischen und materiellen Bedingungen. Gleichzeitig produziert aber die Arbeiterklasse durch die Schaffung neuer materieller Bedingungen die Voraussetzung zur Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft überhaupt. Sie repräsentiert damit gleichzeitig einen höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Art und Weise ihres politischen Handelns sind herleitbar aus der Wechselwirkung von objektiven und subjektiven Faktoren. Der objektive Faktor kennzeichnet mehr als nur die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, er schließt politische und ideologische Bedingungen mit ein. Das subjektive Moment ist nicht allein ein ideelles, sondern impliziert eine bestimmte Qualität des Bewußtseins und die Organisiertheit der Klasse. Beide zusammen sind nicht in einem mechanischen Verhältnis, sondern stets in Wechselbeziehung zu denken. Die Erkenntnis dieser geschichtlichen Dialektik führt die Arbeiterklasse zur Entwicklung der Partei als dem entscheidenden Instrumentarium ihres politischen Handelns. Sie wird durch diese zur Klasse für sich selbst. In ihr artikuliert sich das besondere Bewußtsein der historischen Aufgabe der Klasse, das sie in diese hineinträgt. Partei und Klasse sind nicht getrennt, aber sie sind auch nicht identisch.

Um das Bewußtsein ihrer selbst und folglich ihrer historischen Rolle zu entwickeln, haben die Arbeiterklasse und ihre Theoretiker begrifflich diejenigen historischen Bestimmungen und Gesetzmäßigkeiten zu analysieren, die wesentliche Faktoren in der Herausbildung des Klassenbewußtseins darstellen, bzw. als wesentliche Faktoren die Herausbildung eines solchen behindern. Als gravierendes Moment stellt sich die Tatsache heraus, daß sozialistische Ideologie im Kapitalismus unter der Herrschaft einer hochentwickelten bürgerlichen Ideologie herausgebildet werden muß, die sich selbst noch im Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit, in der konkret erfahrenen Auseinandersetzung, den Betroffenen unmittelbar aufdrängt. Auf dieser Ebene der unmittelbaren Auseinandersetzungen muß sich die sozialistische Ideologie bewähren und entfalten, als sozialistische Ideologie, die historisch bereits bis zu einem bestimmten Reifegrad entwickelt ist, demzufolge nicht von jeder Generation neu geschaffen werden muß. Das durch die sozialistische Ideologie geprägte Klassenbewußtsein enthält als entscheidende Merkmale das Wissen um die Notwendigkeit des Kampfes gegen die privaten Besitzer von Produktionsmitteln und für den Einfluß auf die Staatsangelegenheiten. Ein derartiges Wissen läßt sich nicht als spontanes Resultat aus der Stellung der Arbeiter im Produktionsprozeß herleiten, vielmehr ist es immer schon durch sozialistische Ideologie vermittelt, durch die Existenz der proletarischen Partei. Wo dies nicht gesehen wird, hat eine Verwechslung des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses mit dem Erkenntnisprozeß des Alltagsbewußtseins statt. Das wissenschaftliche Bewußtsein ist allerdings nicht ein den realen Prozessen äußerliches und entsprechend applizierbares in Form des neokantianischen Erkenntnismusters, sondern selbst theoretischer Ausdruck der objektiven Realität. Diese Differenzierung wird von Erich Hahn in der Auseinandersetzung mit dem Westberliner ‚Projekt Klassenanalyse' und ihrer Klassikerinterpretation entwickelt, derzufolge Ansatz und Strukturierung von Klassenbewußtsein auf ökonomische Bestimmungen reduzierbar sind und deren erkenntnistheoretischen Ausgangspunkt nicht die objektiven gesellschaftlichen und Erkenntnis-Gesetzmäßigkeiten, sondern ein analytischer Objektivismus ist.

Konzeption und Hypostasierung des subjektiven Faktors nach dem Verständnis von Georg Lukacs in ‚Geschichte und Klassenbewußtsein', nämlich die subjektive Aufhebung der objektiven Verhältnisse, bedingt durch den Charakter der Kategorie Verdinglichung, welche neben der vorherrschenden Erfahrungsweise in der kapitalistischen Gesellschaft die Möglichkeit der Bewußtseinsänderung impliziert, polarisieren den objektivistischen Standpunkt der Entstehung von Klassenbewußtsein.

Ein wesentlicher Fehler dieses Verständnisses ist, so merkt Hahn an, die Abstraktion von der Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie im Konstitutionsprozeß des proletarischen Klassenbewußtseins. Diese Abstraktion macht gleichsam die perfekte Darstellung der Mechanismus der Ideologiebildung bei Lukacs erst erklärlich. Aus der abstrakten Wechselwirkung Subjektiv (Proletariat) und abstraktem Objekt (kapital. Gesellschaft) läßt sich der konkrete Bewußtseinsbildungsprozeß nicht ableiten. Die oben beschriebenen wesentlichen Konstitutionselemente werden außer acht gelassen. Nicht abstrakte Erkenntnismechanismen sind es, welche diesen Prozeß in Gang setzen,

sondern die Erfahrung der objektiven Interessengegensätze der kapital. Ausbeutung. Einmal konkret im Rahmen realer Erfahrungen und zum anderen über diese vermittelt zur Einsicht in die gesellschaftlichen Widersprüche aufsteigend, in den Klassencharakter von Staat und Politik.

Mittels der Stilistik und dem Drang einer Streitschrift sowie der Grundhypothese, daß aufgrund der Existenz des sozialistischen Weltsystems und der gegenwärtig bestimmenden Tendenz des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus der Leninismus die entscheidende geistige und politische Kraft unserer Zeit ausmacht, befaßt sich Steigerwald mit der aktuellen Lenin-Kritik in der BRD, deren Kernpunkte der Vorwurf mechanistischer bürgerlicher Aufklärungsphilolophie (P. Mattick), Bürokratismus (Trotzki-Renaissance) und schließlich Widerspiegelungstheorie und Naturdialektik sind (Adorno, Schmidt, Negt/Zagreber Praxiskreis). Eigentliche Zielsetzung derartiger Auffassungen ist — und darin liegt die Instrumentalität ihres theoretischen Ansatzes — eine Revision des demokratischen Zentralismus. Nicht allein auf der theoretischen Ebene, vielmehr insbesondere von den Schlußfolgerungen her, setzt R.S. seine Kritik an. Die Fehleinschätzung des Parlamentarismus und die Randgruppenstrategie zeichnen sich als aktuelle politische und gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Folgen eines derart begründeten Anti-Leninismus ab.

Die Einwände gegen das Leninsche Organisationsprinzip und den Bürokratismusvorwurf löst R.S. durch eine historische Betrachtung auf, in der die Entstehung von Bürokratismus nach der Oktoberrevolution durch den Einsatz unerfahrener Kräfte in Verbindung mit bürgerlichen Kadern vorgeführt wird, die an die Stelle der Überzeugung das Kommando setzen. R.S. leugnet nicht die Gefahr des Bürokratismus, sondern weist darauf hin, daß immer auch der Bildungsstand eines Volkes bei Entstehung wie Überwindung dieser gesellschaftlichen Erscheinungsform eine Rolle spielt, Bürokratismus grundsätzlich die Trennung von Macht und Volk reflektiert. Die Theorie von der Autonomie der Produktionseinheiten stellt sich dieser Gefahr gegenüber allerdings nur als verkürzte Alternative dar, weil sie die Frage des einheitlichen gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses nicht lösen kann, vielmehr an die Stelle des Ganzen die Autonomie des Partikularen setzt. Sie erweist sich verwandt einer Theorie, welche die Verteilung der Produkte und nicht den Gesamtzusammenhang des Produktionsprozesses zum Ausgangspunkt der Analyse der Gesellschaft macht. Historisch liegt ihr das Theorem des Gleichheitskommunismus zugrunde, den Marx als rohen Kommunismus bezeichnet, dessen Wesen die allgemeine Verteilung des Mangels ist. Dieser Mangel hebt sich jedoch nicht von selbst auf, sondern dazu bedarf es neben der wissenschaftlichen sozialistischen Ideologie auch des materiellen Anreizes. R.S. hebt hervor wie sehr die Massen zurecht dasjenige System für das bessere halten, das die besten materiellen Lebensbedingungen für das Volk schafft.

Am Bürokratismus-Vorwurf orientiert sich auch die von Marcuse ausgehende Kritik der Neuen Linken in den USA, deren Gegenstand Sozialismus wie Kapitalismus unter der Zielsetzung einer Entwicklung von nichtrepressiver Zivilisation in gleicher Weise sind. Die durch eine vermehrte Bedürfnisbefriedigung möglich gewordene Manipulation der Instinkte soll eine triebstrukturelle Revolution zum Hauptproblem des Befreiungskampfes machen. Bereits im Herr-Knecht-Verhältnis des Menschen zur Natur wird die Ursache der spezifischen Formen der zwischenmenschlichen Verhältnisse in den aktuellen Gesellschaften gesehen. Grundorientierung ist ferner die Natur des Menschen als Ausgangspunkt der Idee des Sozialismus, nicht seine gesellschaftliche und historische Bestimmung. Glück und nichtrepressive Sublimierung kristallisieren sich

als Zielkonstanten heraus. Sie ergeben sich als Resultate durch die Überwindung von Eindimensionalität, die das wesentliche Produkt unserer Erfahrungen von Technik ausmacht. Deren Überwindung aber setzt zunächst eine negative Erfahrung voraus, eine Sensibilisierung, die eine neue Subjektivität zur Folge hat, welche charakterisiert ist durch die Aufhebung des alten Gegensatzes von Individualität und Kollektivität. Wo Freiheit und Entscheidungsfähigkeit des einzelnen und politische Freiheit identisch sind, ist die Eindimensionalität überwunden.

G e d ö lenkt zunächst die Aufmerksamkeit auf einen Sachverhalt, der weitere Reflexion erfordert, nämlich auf die außerordentlich begrenzte direkte Wirksamkeit philosophischer Theorie bezüglich der Massen und den dennoch kaum zu leugnenden Umstand, daß alle politischen ideologischen und geistigen Auseinandersetzungen ohne Zweifel in jeweils unterschiedlich verschleierter Form philosophische Kontroversen widerspiegeln. Die Kontroversen um den Marxismus drücken genau diese Problemlage aus. Sie äußern sich oft in Form historischer Analogien, in der Neuauflage alter Streitfragen unter veränderten Gesichtspunkten, als Reflex des Entwicklungsprozesses sozialistischer Gesellschaft oder der gegen diese gerichteten Triebkräfte. Ferner als Reflex der die kapitalistischen Gesellschaften durchziehenden Widersprüche selbst. Es mangelt mitlerweise nicht an Versuchen, die Ablehnung des existierenden Sozialismus als praktizierten Leninismus durch die Scheidung Marx' von Lenin zu gewinnen, um in diesem Rückgriff auf Marx, diesen selbst wiederum auszuschalten(Habermas, Lobkowiczs, Fetscher).Lebensphilosophie und Positivismus zeigen sich als die wechselseitig komplementären Formen, den Marxismus zu ersetzen, treten aber noch hinter ein Kernproblem gegenwärtiger Meinungsverschiedenheiten zurück: Die Praxis-Auffassung „ ... Die Kategorie Praxis ist jener Punkt, in dem die Erkenntnistheorie und die philosophische Konzeption von der Gesellschaft zusammenlaufen! /22/ Der wirkliche philosophische Materialismus begreift sie als bestimmt durch Widerspiegelungstheorie und gesellschaftlichen Determinismus, der philosophische ‚Humanismus' als , universelles, freies, schöpferisches und selbstschöpferisches Sein' "/24/ Der Versuch der Spaltung von Leninismus und Marxismus bringt zwangsläufig die Aufgabe des Materialismus mit sich.

Die grundsätzliche Verhältnisbestimmung des Marxismus-Leninismus und der Ergebnisse moderner Wissenschaftsentwicklung wie Kybernetik, Semiotik, Spieltheorie, Systemtheorie kann, das führt B u h r exemplarisch aus, niemals unter dem Aspekt vorgenommen werden, durch diese den Marxismus-Leninismus auch nur in Teilen zu ersetzen. Er ist in erster Linie revolutionäre Weltanschauung, revolutionäre Dialektik. ‚Logische Symbole oder mathematische Formeln gehen aber nicht . . . auf die Straße.' /33/ Eine lediglich auf die Errungenschaften der Naturwissenschaften, Mathematik und mathematischen Teildisziplinen materialistische Theorie müßte sich zwangsläufig ihres umfassenden Geltungsanspruchs begeben.

Der Versuch, an einer Einzelwissenschaft orientiert, zu generellen philosophisch-weltanschaulichen Aussagen zu kommen, ist nicht neu, sondern kristallisierte sich bisher vielmehr immer als Versuch heraus, die Krise der bürgerlichen philosophischen Theorie zu beheben und muß folglich immer auch im Zusammenhang der Krise der bürgerlichen Gesellschaft gesehen werden. Als erwähnenswertes Beispiel figuriert der Positivismus, bereits zu Lenins Zeiten aktuell und in veränderter Gestalt heute noch wirksam, von Buhr gekennzeichnet als d i e Denkweise der bürgerlichen Gesellschaft und ‚G r u n d z u g aller bürgerlichen (und revisionistischen) Ideologie' /38/. Er drückt damit das Resultat einer gesell-

schaftlichen Verhaltensweise aus, welche die Entwicklung der Produktivkräfte und der Wissenschaften vollzieht, aber die Produktionsverhältnisse mit ihnen nicht in Einklang bringt. Seine ideologische Aufgabe besteht darin, das Eindringen des philosophischen Materialismus in die Einzelwissenschaften zu verhindern. Seinem Exaktheitsanspruch im naturwissenschaftlichen und Produktionsbereich korrespondiert — aufgrund des nicht aufgehobenen Widerspruchs — die Schaffung der Voraussetzungen für irrationale und metaphysische Theorienbildung im Bereich der Gesellschaft. Dominant zeigen sich hier philosophische Anthropologie und empirische Soziologie. Statistisch verwertbare Fakten und individuelle Spekulation kennzeichnen das Bild. Der Positivismus läßt in der Frage der Weltanschauung Religion grundsätzlich zu. Als Theorem der Unwandelbarkeit hat er geschichtsloses Denken und Agnostizismus im Gefolge. ‚Als Methode bedeutet (er) die Verklärung des Zufälligen, die Erhöhung der Oberfläche der gesellschaftlichen Verhältnisse zu ihrem Wesen.'/45/ Er tritt u.a. auf, wenn innerhalb des Systems des Marxismus-Leninismus erkenntnistheoretische Fragen isoliert behandelt werden, dessen Totalität außeracht gelassen oder unter dem Aspekt der Einzelwissenschaft als Hauptaspekt gesehen wird. Zu bemerken bliebe dann allerdings immerhin, daß diese Gefahr in der Erkenntnistheorie erst dann gebannt sein wird, wenn ihre Entwicklung als auch für die einzelnen Wissenschaften unmittelbar erkennbar relevante materialistische Theorie weiter vorangeschritten ist.

Entstehungsprozeß und erkenntnistheoretische Quellen, die Geburt des Positivismus aus dem Versuch heraus, ein objektiv existierendes Problem, die methodologischen Schwierigkeiten zu lösen, die bei der Entwicklung der modernen Naturwissenschaften ans Licht traten und als erste Antwort eine Absage an jede Form von Metaphysik formulieren ließen, machen durch R u m l die Genese der positivistischen Theorie nachvollziehbar.

Durch ihre Ausrichtung an der mathematischen Logik glaubt die positivistische Theorie das entscheidende Maß wissenschaftlicher Stringenz gefunden zu haben, an dem sich sowohl methologisch-erkenntnistheoretische wie philosophisch-weltanschauliche Fragen zu orientieren hätten. In einem auf die Einzelwissenschaften (insbesondere Physik) und die unmittelbare Erfahrung ausgerichteten Reduktionismus glaubt sie allgemein überprüfbare und verbindliche Kriterien von Aussagen gewinnen zu können. Die Frage einer die unmittelbare Sinneserfahrung übergreifenden objektiven Realität steht auch nach dem Scheitern der physikalistischen Theorie nicht zur Debatte, nachdem die logische Syntax der Wissenschaftssprache (zu der allein alle sinnvollen philosophischen Probleme gehören sollen) durch die Semantik (Beziehung sprachlicher Ausdrücke zu nichtsprachlichen Objekten) ergänzt worden ist. Auch die Modifikation des Verifikationskriteriums der unmittelbaren Erfahrung durch Varianten wie Falsifizierbarkeit (Popper) oder Wahrscheinlichkeitsverifikation (Reichenbach) konnte die Ausschaltung der objektiven Realität und des Praxiskriteriums nicht kompensieren. Hier hätte man eine intensivere Gegenüberstellung mit der Praxiskategorie wünschenswert erscheinen lassen können. Daß die Tragfähigkeit positivistischer Theorie zur Deutung gesellschaftlicher Gesetze und Erscheinungen nicht ausreichen kann, hatte M. Buhr bereits angedeutet. Ruml streift den Ansatz von O. Neurath, die Sprache der Physik zur Grundlage auch der Soziologie zu erheben, der notwendig in der Erstellung einer reinen Sozialtechnik münden muß. Ihr wäre als positivistisches Gegenstück Poppers Geschichtsphilosophie beizuordnen, die in der Quintessenz jegliche gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit leugnet und lediglich die Erkennbarkeit gesellschaftlicher Tendenzen anerkennt. Generell wird vom Verfasser das Wesen des Positivismus derart charakterisiert, daß er als Bestandteil der bürgerlichen Theorie in der Lage ist, eine Reihe objektiv existierender Probleme aufzuwerfen, deren Lösung jedoch aufgrund seiner mangelhaften Philosophieverständnisses niemals zu lösen in der Lage ist.

Günter Mathias Tripp

Wilhelm Raimund Beyer: „Die Sünden der Frankfurter Schule". Ein Beitrag zur Kritik der ‚Kritischen Theorie'. Heft 10, 1971.

Peter Reichel: „Verabsolutierte Negation". Zu Adornos Theorie von den Triebkräften der gesellschaftlichen Entwicklung. Heft 21, 1972.

Wolfgang Richter: „Der Mythos vom Subjekt". Materialismus und Dialektik im Zerrspiegel der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie. Heft 38, 1974.

Die Frankfurter Schule, die in den sechziger Jahren die wissenschaftlichen und ideologischen Auseinandersetzungen in der Soziologie und in der Philosophie stark beeinflußte, hat heute in der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit der BRD an unmittelbarer Aktualität verloren; ihre komplexe Rezeptions- und Wirkungsgeschichte aber hält unvermindert an.

Die für die Entwicklung der Kritischen Theorie entscheidende Rezeption des Marxismus, die wesentlich, neben Horkheimer und Adorno, von Marcuse und Habermas ausging, hat ungeachtet ihrer unterschiedlichen theoretischen und sprachlichen Ausformungen zu einer gravierenden Um- und Fehldeutung der Marxschen Theorie geführt. Bereits in dem von den Gründern der Frankfurter Schule später vollzogenen Überzeugungswandel wurde das in den Anfängen, vor allem bei Horkheimer, vorherrschende materialistische Wissenschaftsverständnis der Kritischen Theorie der dreißiger Jahre entkräftet. So wurden, wie B e y e r beispielsweise in seiner Schrift anmerkt, materialistische Grundpositionen der frühen Arbeiten durch hinzugefügte Nachworte geradezu widerrufen.

Gewiß ist es verfehlt, die antifaschistische Einstellung von Vertretern der Frankfurter Schule und die aufklärerische Bedeutung ihrer ideologie- und kulturkritischen Arbeiten zu verkennen. Sie haben das Verdienst, die historischen Erfahrungen des Faschismus ansatzweise verarbeitet und die Restaurationstendenzen kapitalistischer Verhältnisse in der BRD im Rahmen der sogenannten „Kritischen Gesellschaftstheorie" analysiert zu haben. Die politischen Ereignisse der verschärften Klassenkämpfe und der „außerparlamentarischen Opposition" der Studentenbewegung haben jedoch gegen Ende der sechziger Jahre die von der organisierten Arbeiterklasse isolierte und sich akademisch gerierende Frankfurter Schule historisch überholt.

War spätestens zu dieser Zeit das politische Scheitern der Kritischen Theorie der reale Ausdruck ihrer theoretischen Widersprüche auf der weltanschulichen Grundlage eines marxistisch amalgamierten spätbürgerlichen Liberalismus, blieben der die gesellschaftlichen Klassenverhältnisse negierende Subjektivismus und der von den historischen Gesetzmäßigkeiten abstrahierende Utopismus als ideologische Relikte ihrer Theorie wirksam. Sie bildeten den philosophischen Nährboden einer folgenreichen Marx-Revision, die sich im Namen eines ‚aufklärerischen Marxismus' im bürgerlichen Wissenschaftspluralismus institutionalisiert hat. So ist festzustellen, daß die Kritische Theorie als „gesellschaftstheore-

tische Fundierungswissenschaft", als erkenntniskritische Methodologie" oder „materialistische Wissenschaftstheorie" sich in den Erziehungswissenschaften und anderen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen verankert hat und so u.a. auch einem integralen Bestandteil des Reformmodells sozialdemokratischer Bildungspolitik wurde.

Wenn heute die Kritische Theorie im Begriffe ist, sich aufzuspalten, lebt allerdings ihr ideologisches Vermächtnis in einzelnen philosophischen Richtungen programmatisch weiter. So konfrontiert Habermas, der über Adorno sagt, daß er ein „chaotisches Gelände hinterlassen" habe, Grundauffassungen der Frankfurter Schule mit einem für ihn obsolet gewordenen Theoriebestand des Marxismus. Das veranlaßte ihn, im Zusammenhang der Begründung einer Theorie der Evolution des „Spät"-Kapitalismus und einer kommunikationstheoretischen Hermeneutik als Wissenschaftstheorie den historischen Materialismus „neu" zu formulieren. Ebenso beabsichtigt A. Schmidt, Einheit und Kontinuität der früheren und späteren Kritischen Theorie zu bewahren und sie als Konzeption eines „neuen westeuropäischen Marxismus" zu vertiefen.

Was diese Verfallsformen idealistischer Marxismusinterpretationen auszeichnet und über ihre ideologische Funktion hinaus relevant macht, ist ihr dezidierter Anti-Leninismus. Er zielt in der Philosophie insbesondere darauf, die systematische Einheit zwischen dialektischem und historischem Materialismus als marxistisch-leninistische 'Ideologie' des ‚Sowjetmarxismus' zu entlarven, mit dem Resultat, daß der revolutionäre Charakter der materialistischen Dialektik als wissenschaftliche Methode und Theorie beseitigt ist. Wenn — nach Lenin — die Dialektik der Geschichte derart ist, daß der theoretische Standpunkt des Marxismus seine Gegner zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden, ist es nicht zuletzt die Kritik der Kritischen Theorie, die aufzuzeigen hat, in welchem Maße dieser Mechanismus der revisionistischen Marxismusbeschäftigung in der Frankfurter Schule tätig ist. Die von der Kritischen Theorie in Anspruch genommene Rechtfertigung einer ‚immanenten Kritik am Marxismus' und einer authentischen „Rekonstruktion" der wissenschaftlichen Aussagen von Marx, Engels und Lenin wurde in einigen Heften der Reihe ‚Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie' untersucht.

Vor diesem Hintergrund stellt Beyers Kritik der Kritischen Theorie für die politische Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus einen gewichtigen Beitrag dar. Kann hier auf die Vielschichtigkeit und den Gedankenreichtum seiner Ausführungen nicht näher eingegangen werden, soll zumindest auf die Relevanz dieser militanten Streitschrift hingewiesen und ein Kernpunkt der Untersuchung Beyers hervorgehoben werden.

Im Vorwort hält Beyer fest, daß die marxistisch-leninistische Kritik sich nicht in der des Gegners erschöpfe; gerade materialistische Kritik wird zum philosophischen Instrument der Praxis klassenbewußten Denkens, wenn sie „gleichzeitig die eigene Position des Marxismus-Leninismus für eine bestimmte Zeit, eben die ihre, zu entwickeln und zu festigen" /9/ fähig ist.

Die übergreifenden Themenbereiche, ‚Kritik' und ‚Praxis', die Beyers Überlegungen umfassen, sind zwar in Wissenschaft und Politik inflationär gehandhabte und standardisierte Schlüsselbegriffe, erfassen erst im Zusammenhang der strengen Begrifflichkeit des Marxismus-Leninismus Struktur und Funktion des gesellschaftlichen Vermittlungsgefüges von ökonomisch-materieller Praxis und ideologischer Bewußtseinsbildung.

Die besondere Bedeutung, die nun Beyers Argumentation zukommt, ist es, daß er ein dem marxistisch-leninistischen Verfahren der Kritik zugrundeliegen-

des Verständnis des Begriffs der Kritik als ein erkenntnistheoretisches, allgemein-methodologisches und weltanschauliches Prinzip thematisiert.

Die Grundaussagen der Kritischen Theorie und des Marxismus-Leninismus in polemischer Zuspitzung kontrapunktierend, geht es Beyer u.a. darum, das theoretisch und praktisch wirksame Beziehungsverhältnis von Theorie und Praxis im Prozeß der Kritik und die idealistischen und materialistischen Komponenten ihrer theoretischen Beschaffenheit zu analysieren. So wie die dogmatische Auffassung von Kritik seitens der Kritischen Theorie die Immunisierung der Wissenschaft und die Entpolitisierung der Praxis zur Folge hat, zeigt Beyer, wie die durch gesellschaftliche Praxis vermittelte Kritik — als „Kritik der Kritik" /18/ — sich der historischen Bedingung ihrer gesellschaftlichen Funktion zu versichern weiß.

Nach Beyer ist etwa Habermas' These eines orthodoxen „Selbstmißverständnisses der Kritik als Wissenschaft" im Marxismus eine theoretische Verirrung des für die Kritische Theorie charakteristischen Verfahrens „immanente Kritik" /87/, dessen philosophische Prämissen und Schlußfolgerungen den dialektisch-materialistischen Begriff der Negation eliminiert haben wollen. Solange Kritik in „philosophischen Kategorien statt in solchen der Aufhebung"/94/ ihrer philosophischen Voraussetzungen sich realisiert, wird der Gegenstand der Kritik durch seine eigenen theoretischen Bedingungen determiniert, auf denen die Theorie der Kritischen Theorie als Kritik selbst gründet und so bei sich verweilen muß. Hier unterliegt der Gegenstandsbezug der Philosophie- und Ideologiekritik seinem Geltungs- und Rationalitätsanspruch nach den ideologischen Grenzen ihrer eigenen Voraussetzungen des agnostizistischen Subjektivismus und tranzendentallogischer Selbstreflexion. Daher scheint Beyers historischer Hinweis auf die Denkverbindung der Kritischen Theorie mit der „junghegelianischen Kritik" zutreffend, die in der „Philosophie der Selbsterkenntnis" und der „Kritischen Kritik" eine Bewegung von Hegel zurück zum subjektivistisch begriffenen Fichte vollzog.

Das marxistisch-leninistische Verständnis von Ideologie- und Wissenschaftskritik begründet sich demgegenüber nicht aus sich selbst, d.h. in den von der Theorie selbst gesetzten Voraussetzungen. Kritik bezieht sich nach Beyer auf den materiellen Zusammenhang der Praxis, der auf der Grundlage der Einheit des dialektischen und historischen Materialismus den „Primat der Praxis"/98/ systematisch erkennt. In der negativen Begriffsstruktur der materialistischen Dialektik sieht Beyer das Vermögen der „Widerspiegelung konkreter Sachverhalte auf der Seite des Bewußtseins"/20/, wodurch Erkenntnis historischer Gesetzmäßigkeiten und gesellschaftlicher Widersprüche gewährleistet wird. Den systematischen Ort der marxistisch-leninistischen Kritik setzt Beyer am Praxisbegriff an, den er im Rekurs auf Hegels Begriff der Praxis in seiner Leninschen Deutung expliziert.

Ohne sich auf die in diesem Zusammenhang stellenden Probleme eines Systems und Wissenschaft der Dialektischen Logik näher einzulassen, verdeutlicht Beyer die theoretische und gesellschaftliche Funkiton materialistischer Kritik als „Nahtstelle zwischen Theorie und Praxis"/21/. Verabsolutierte die Kritische Theorie die Dialektik zur ‚Ontologie des falschen Zustandes' und erstarrte sie im Dogmatismus der Nichtidentität, erwirkt im Gegensatz dazu die im marxistisch-leninistischen Kritikbegriff wirksame materialistische Resistenz, den theoretisierenden Vereinnahmungen gesellschaftlicher Praxismomente zu widerstehen.

Im Unterschied zum pragmatisch-utilitaristischen Wahrheitsbegriff definiert Lenin „objektive Wahrheit" als das jeder Praxis innewohnende „Moment der

Gesellschaftlichkeit"/62/. Aufgrund der historischen und logischen Vermittelbarkeit gesellschaftlicher Praxis durch die materialistische Theorie wird sie zum Gegenstand objektiver Erkenntnis. Im Marxismus-Leninismus übernimmt des weiteren, so Beyer, das „Prinzip der Folge-Richtigkeit"/114/ die Funktion eines methodischen Korrektivs in theoretischer und praktischer Hinsicht mit dem Ziel, Richtigkeit und Fehlerhaftigkeit praktischer Folgen als Kriterien der eigenen Theorie zu operationalisieren. Die Folge-Richtigkeit, die elementar der „cui-bono-Frage" als ein rationales Kalkül zugrundeliegt, qualifiziert nach Beyer gleichermaßen die im dialektischen Materialismus begründete marxistisch-leninistische Geschichtstheorie.

Der von seiten der Kritischen Theorie auf marxistische Standpunktphilosophie, ihr Systemdenken und ihre Möglichkeit von objektiver Erkenntnis historischer und logischer Gesetzmäßigkeiten in Gesellschaft, Natur und Denken projizierten Verdacht des Positivismus, erweist sich als ein für die bürgerliche Theorie spezifisches Merkmal unhistorischer und aporetischer Denkweise. Im Prinzip der Parteilichkeit, worin der in jeder Theorie verwurzelte politische Gehalt identifizierbar wird, gewinnt der marxistisch-leninistische Kritikbegriff seinen objektiven Ausdruck klassenmäßiger Vernunft.

Beyer versichtet darauf, den logischen Status des Standpunkts des Allgemeinen, die sich in der Dialektik von Erkenntnis und Praxis geltend machende philosophische „Verallgemeinerung"/126/ ausführlicher zu behandeln; ebenso bleiben die methodologischen Probleme der Anwendbarkeit des Prinzips der Parteilichkeit unerwähnt. Anstelle dessen stützt sich Beyer auf philosophisch-politische Leitsätze des Marxismus-Leninismus, die sich durchgängig apodiktisch ausnehmen und ihn dem Verdacht eines tendenziellen Voluntarismus und Objektivismus aussetzen. Die wirkungsvollen, wie er sagt, geschichtlich gebotenen Denknotwendigkeiten erzeugen aber einen Erkenntnisoptimismus, der die politische Engagiertheit des Verfassers am aufrichtigsten kennzeichnet.

Pierre Franzen

Es gilt, von zwei weiteren Schriften zur Kritik der Frankfurter Schule zu berichten, die bei aller Verschiedenheit das gemeinsame Interesse verfolgen, an kritischen Positionen der bürgerlichen Nachkriegsphilosophie einen perennierenden Antikommunismus als das beherrschende Prinzip zu erweisen. Vorweg sei bemerkt, daß genau dies das beiden Schriften gleichermaßen zugrundeliegende Verständnis von Ideologiekritik ist; ihr Gegenstand, die spätbürgerliche Philosophie, gilt ihnen nicht mehr wie noch die klassische Ideologie der progressiven Epoche des Bürgertums als notwendig falsches und mithin an wahrer Erkenntnis immerhin interessiertes Bewußtsein, sondern eher als manipuliertes und manipulierendes Bewußtsein, das die faktische Perspektivelosigkeit der imperialistischen Epoche lediglich raffiniert wie vergeblich zu verschleiern suche. Der Begriff der ideologischen Auseinandersetzung wäre deshalb angemessener; da für die Autoren beider Schriften der klassenmäßige Standpunkt und die historisch epochale Zuordnung der spätbürgerlichen Ideologie ausnahmslos feststeht, interessiert die Verfasser an kritischen Positionen bürgerlicher Philosophie ausschließlich nur die ideologische Differenz zum Wissenschaftssystem des Marxismus-Leninismus. Diese Differenz ist im Verständnis der Autoren unüberbrückbar, — lernen, so ist das Fazit der Schriften, kann man von spätbürgerlicher Philosophie nichts, schon gar nicht wissenschaftliche Erkenntnis. — Was können wir nun andererseits von der marxistisch-leninistischen Ideologiekritik in der Form, wie die Autoren der beiden Schriften sie an dieser Philosophie üben, lernen?

Aus beiden Schriften von R e i c h e l und R i c h t e r lernen wir vorderhand leider nur eine lange Liste von Differenzen und Abweichungen. Beide Schriften stimmen darin überein, daß alle diese Abweichungen letztlich in ideologischer Hinsicht durch einen prinzipiell subjektivistisch konzipierten Denkansatz bedingt sind und daß diese Hypostasierung subjektiver Faktoren im bürgerlichen Philosophiebewußtsein in letzter Konsequenz die strategische Funktion hat, sowohl in erkenntnistheoretischen als auch ontologischen Grundfragen die Existenz objektiver Entwicklungsgesetze zu leugnen.

Wolfgang Richter konzentriert sich in seiner Schrift ausschließlich auf diesen Mangel spätbürgerlicher Philosophie; er notiert die typischen Abweichungen vom Konzept des dialektischen Materialismus am Leitfaden der Marx-Rezeption innerhalb eines weiten Spektrums westlicher Philosophie, das von neuthomistischen Richtungen in der katholischen Sozialphilosophie über die Marx-Interpretationen der Evangelischen Akademien der 50er und frühen 60er Jahre, die marxologischen Reflexionen der phänomenologischen und existentialistischen Schule in Frankreich, die Marxismus-Kritik des Positivismus bis hin zu modernen revisionistischen Strömungen reicht. Den Nerv dieser ideologischen Auseinandersetzung bildet jedoch die Kritik des dialektischen Materialismus durch Vertreter der Frankfurter Schule. Peter Reichel holt demgegenüber wesentlich weiter aus; er verfolgt im Zuge des Subjektivismus-Vorwurfs unterschiedliche Abweichungen bürgerlicher Ideologie am Beispiel des philosophischen Werkes Th. W. Adornos.

Der Subjektivismus schlägt sich nach Reichel in Adornos bürgerlichem Denken bereits im Methodischen nieder; Modelle, Skizzen und punktuelle Reflexionen sind Adornos bevorzugte Darstellungsformen; Begriffsdefinitionen und theoretische Deduktionen werden von ihm gemieden. Entscheidender ist Adornos Insistieren auf der Relevanz des Besonderen gegenüber dem Allgemeinen, sein leidenschaftlicher Angriff gegen Systemdenken, gegen Modelle der Synthesis und Theorien der Totalität. Subjekt und Objekt sind in der Einschätzung Adornos im Ausmaß einer Katastrophe entzweit; die Welt als Ganzes gilt als das System des Grauens, dessen Wesen ein Unwesen sei; Momente des Wahren findet er nur mehr auf seiten des Subjekts, das als ein Konkretes nicht mehr das Allgemeine, sondern das durchweg entfremdete, atomisierte und verwaltete einzelne Individuum ist.

Peter Reichel geht nicht den Gründen und der Genesis einer philosophischen Erfahrung nach, die sich in solchen Metaphern artikuliert. Vielmehr zieht er sie im Hauptteil seiner Schrift unvermittelt vor den hohen Richterstuhl einer Theorie der Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung. Dieses Verfahren muß für Adorno schlecht ausgehen. Denn seine geschichtsphilosophischen Prämissen sind in den Augen des Gerichts irrationalistisch; sie wenden sich im Namen eines abstrakten Utopismus gegen den gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt. Zudem hat Adorno die Rolle der Produktivkräfte und die gesellschaftliche Funktion des Klassenantagonismus als die zentralen Triebkräfte einer Entwicklung der Gesellschaft nicht nur verkannt, sondern konsequent geleugnet. Nicht anders verhält es sich nach Reichel in bezug auf die Fragen der ideellen geschichtlichen Triebkräfte, der Organisiertheit der Arbeiterklasse und des Kollektivismus; die Urteile lauten unterschiedslos Agnostizismus, Elektizismus, Negativismus und Pessimismus.

Im Zuge dieser Verhandlung lernen wir also eine Menge über antikommunistische Gehalte im philosophischen Denken Adornos. Wir lernen indessen wenig über dieses spezifische Denken in seiner Gesamtheit und — was bedauerlicher ist — über die argumentative Struktur des historischen und dialektischen Materia-

lismus selbst. Denn dessen Erkenntnisse fungieren in Reichels Abhandlung als starre Kriterien, die wie die Regeln in einer gerichtlichen Verhandlung nicht zur Diskussion, sondern nur zur formalen Anwendung kommen. Angeklagter und Gericht sprechen nicht einmal die gleiche Sprache; „Triebkräfte" beispielsweise sind für Adorno im Nachgang zu Freud die Metapher für jenen Teil menschlicher Natur, der von der Gesellschaft vergewaltigt und beherrscht wird, und keineswegs die in der Gesellschaft heranreifenden Kräfte der Revolution. Über Adornos Versuch, historische Erfahrung über den deutschen Faschismus und Antisemitismus in psychoanalytischen Kategorien kritisch in den Griff zu bekommen, geht Reichel umstandslos hinweg. Der monierte Irrationalismus der Adornoschen Geschichtsphilosophie reflektiert den ohnmächtigen Protest der Individuen gegen unmittelbare Gewaltverhältnisse, die ihre eigene Geschichte und die ihrer Kultur pervertieren. Gegenüber diesen spezifischen Erfahrungen, die Adorno in der Kritik am Positivismus, an Herrschaftswissen und ontologischer Philosophie expliziert hat, bezieht Reichel ein nur abstraktes äußerliches Verhältnis. Er kritisiert Adorno nicht im Rahmen seiner eigenen Problemstellungen, d.h. er nimmt die spezifischen Fragestellungen nicht wahr, um die subjektivistischen Lösungen Adornos im Zuge einer materialistischen Kritik aufzuheben. Deshalb bleibt dem materialistischen Ansatz in Reichels Schrift kaum eine Chance, sich argumentativ am Gegenstand der Kritik zu bewähren. So führt die ideologische Auseinandersetzung im entscheidenden Punkt nur zu einer abstrakten Konfrontation: auf der einen Seite die totale Skepsis der negativen Dialektik Adornos gegenüber jedem philosophischen Begriff der Positivität und die Weigerung, einer philosophischen Sanktionierung des Seienden in irgendeiner Form, und sei es in derjenigen der Negation der Negation, das Wort zu reden, und auf der anderen Seite die marxistisch-leninistische Lehre, die aufgrund dieser Vorgehensweise ihre Theorie der objektiven Realdialektik nicht argumentativ in der Kritik zur Geltung bringt, sondern lediglich der Kritik formal vorausstellt.

Die Annahme der Existenz einer realen Naturdialektik ist für die spätbürgerliche Philosophie, wie insbesondere nun Wolfgang Richter am Beispiel der oben bereits genannten Positionen im einzelnen zeigt, aber das Hauptangriffsziel im Rahmen ihrer Kritik des dialektischen Materialismus. Hierbei erweist sich die Frankfurter Schule als paradigmatisch für diese Philosophie bereits darin, daß sie für ihre Kritik am Marxismus-Leninismus die Authentizität ihrer eigenen Marx-Interpretation behauptet und dem System des dialektischen Materialismus neben der Wissenschaftlichkeit überhaupt auch dessen eigene Tradition philosostreitig zu machen sucht. Der Angriff geschieht durch die Relativierung uthendes Gegensatzes von Idealismus und Materialismus; weltkonstitutiv sei lialekweder der Geist noch die Materie, sondern das Subjekt, das, wenn nichtwie in einigen Versionen bereits in sich selber, d.h. seiner Subjektivität, so doch zumindest in seiner tätigen Praxis die Einheit beider immer schon herstelle. Nur in den Grenzen dieser Praxis und dieser Subjektivität gäbe es die Erfahrung der Dialektik und deren Erkenntnis, außerhalb gerät das Bild von Realität und Natur zwangsläufig zu dem Begriff der absolut fremden, undurchschauten und feindlichen Natur. Dem Konzept einer subjektunabhängigen Dialektik, das nicht in dieser Weise zwischen einer Natur als bloßem Moment der menschlichen Praxis und einer anderen Natur, die für diese Praxis ohne inhaltliche Bedeutung wäre, unterscheidet, begegnen die Vertreter der Frankfurter Schule einfach mit den Argumenten ihrer Positivismus-Kritik.

Richters Auseinandersetzung mit dieser Position ist für den Leser dadurch lehrreich, daß er das traditionell erkenntnistheoretische Vorverständnis der Marxismus-Diskussion bürgerlicher Philosophie sehr gut deutlich machen kann. Die Rede von dem Subjekt und seiner Praxis als allein konstitutivem Moment für Welt antwortet sinnvoll nur auf tradierte Fragestellungen einer idealistischen Erkenntnistheorie; deshalb bleibt die Frage offen, ob in ihrem Rahmen die Rezeption von Marx überhaupt authentisch vollzogen werden kann. Diese Frage ist für Richter allerdings auch von vornherein entschieden, und zwar negativ; es kommt hierüber in seinen Ausführungen nicht zu einer Diskussion. Vielmehr begnügt er sich in gleicher Weise wie Reichel bei seiner Kritik an Adorno mit der Darstellung und definitiven Bestimmung der Unterschiede und Abweichungen, die in der „subjektivistisch-idealistischen Interpretation der Realität" durch die bürgerliche Philosophie ihren gemeinsamen ideologischen Grund haben. Es fragt sich, ob mit dieser Vorgehensweise der im Titel des Buches angesprochene „Mythos vom Subjekt" vom Standpunkt des dialektischen Materialismus nicht nur benannt, sondern auch schon aufgeklärt ist.

Walter Gerhardt

Herman Ley: Über die Schwierigkeiten des Einzelwissenschaftlers (Des Biologen Jacqes Monod Kritik am historischen Materialismus und der Zwang zur Philosophie in den Naturwissenschaften), Heft 25, 1973

G. Besse, Ph. Cazelle, P. Jaegle, J. Metzger, J. Milhau, J. Ninio, P. Roubaud: Kritische Betrachtungen zu Jacques Monods ‚Zufall und Notwenigkeit', Heft 30, 1973

Man muß sich fragen, warum das in den vorliegenden Arbeiten kritisierte Buch des Nobelpreisträgers Jacques Monod („Zufall und Notwendigkeit. Philosophische Fragen der modernen Biologie", Piper Verlag München 1972) soviel Aufsehen erregt hat, noch immer zur Debatte steht. Bücher wissenschaftlich ebenso bekannter Fachkollegen wie Salvador E. Luria („Leben — das unvollendete Experiment") oder François Jacob („Die Logik des Lebendigen"), dessen Mitarbeiter Monod war, haben das keineswegs, tun es bis heute nicht.

Es kann das Aufsehen nicht am bloßen, wissenschaftlich gesicherten Wissen über Entstehung und Entwicklung, Struktur und Funktionen des Lebendigen liegen, wie es die Biologie uns heute vorstellt. Wohl kaum auch an der Form der Darstellung, denn Monod spricht keine einfache Sprache. Es ist vielmehr die Tatsache, daß ein bedeutender Fachgelehrter, selbst einst aktiver Kommunist, beansprucht, mit Argumenten aus seiner Wissenschaft die marxistische Theorie, die materialistische Dialektik ein für allemal als unwissenschaftlichen Irrweg, als gefährliche Illusion zu entlarven. Diese Tatsache ist es, der das Buch seine Popularität verdankt, der es verdankt, überhaupt auf diese Weise publik gemacht worden zu sein.

Die Biologie kann als der Bereich der Naturwissenschaften angesehen werden, in dem gegenwärtig die weitreichendsten Umwälzungen und Neuentwicklungen stattfinden.

Wie um die Jahrhundertwende hinsichtlich der Erkenntnisse der modernen Physik, so gibt es heute eine gewisse Unsicherheit der biologischen Wissenschaften hinsichtlich ihrer theoretisch-methodologischen Grundlagen und weltanschaulichen Konsequenzen. Es gibt einseitige Interpretationen bestimmter Forschungsergebnisse und bestimmter Aspekte von Forschungsergebnissen. Monod demonstriert dies am Beispiel der Rolle der Invarianz und des Zufalls im Evolutionsprozeß des Lebendigen.

Die Grundtatbestände des biologischen Evolutionsgeschehens, die autoreplikative Reproduktion des Erbguts und seine Veränderung durch spontane Mutationsvorgänge, übersetzt Monod in die bedeutungsschwangeren Begriffe des Konservatismus des Lebens und der Zufälligkeit seiner Entwicklung. — Aus der Tatsache, daß es keine direkte, gerichtete anpassende Einwirkung der äußeren bzw. inneren Umwelt des Organismus auf sein Erbgut gibt, der Informationsfluß hier also in gewisser Weise unlinear vom Genotyp zum Phänotyp verläuft, macht Monod ein Argument gegen die Dialektik der Natur, die hier offenbar keine Wechselwirkung kennt. — Das sind Schwerpunkte in Monods Argumentation. In ihr sind drei selbst nochmals zu differenzierende Ebenen verflochten: eine naturwissenschaftliche, eine philosophisch-ideologische und eine politische; die philosophisch-ideologische Veralgemeinerung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse „begründet" eine weltanschaulich-politische Haltung. Soweit diese Struktur Allgemeinheit beanspruchen kann, muß die wissenschaftliche Legitimität der Verallgemeinerung als das entscheidende Kettenglied angesehen werden.

L e y betont, daß sein Essay sich auf die Beschäftigung mit den von Monod aufgeworfenen p h i l o s o p h i s c h e n Fragen beschränkt. Sein Anliegen ist es, exemplarisch sichtbar zu machen, „in welchem Umfang philosophisches Denken in jeden Erkenntnisprozeß eingreift u n d das Entscheiden im politischen Handeln beeinflußt" (25, S. 9). Den Ausgangspunkt der Auseinandersetzung bildet die ‚Grundfrage' der Biologie: die widersprüchliche Einheit von zufälliger Veränderung (Mutation) und invarianter Reproduktion (Autoreplikation) im Evolutionsprozeß des Lebens sowie die daraus resultierende Frage nach dem zufälligen oder notwendigen Charakter des über den Selektionsmechanismus vermittelten Entwicklungsprozesses selbst. Monod interpretiert diese Entwicklung — das wurde bereits angedeutet — als ein gigantisches Werk des Zufalls, das jede dialektisch vermittelte Entwicklungsnotwendigkeit ausschließt. Ley arbeitet zunächst heraus, daß Monod zwar nicht durch das, was er explizit sagt, wohl aber durch das, was er implizit beschreibt, einen dialektischen Entwicklungszusammenhang reproduziert. „Die Sachverhalte erzwingen es, die Einheit von Notwendigkeit und Zufall zu behandeln, um von dem behandelten Mikroobjekt bis zur Erscheinungswelt und ihrem umfangreich belegten Evolutionsprozeß gelangen zu können" (25, S. 106). Gegen isolierende Verabsolutierung von Momenten des Zufälligen und Notwendigen im Evolutionsgeschehen verweist er mit Manfred Eigen gerade auf deren Wechselwirkung: „...jedes durch Mutation und Selektion erhaltene System ist hinsichtlicher seiner individuellen Struktur unbestimmt, trotzdem ist der resultierende Vorgang der Evolution zwangsläufig — also Gesetz ..." (25, S. 121).
Im zweiten Teil seines Essays geht Ley auf die Vorstellungen ein, die Monod zur evolutionären Entstehung des Denkens und zur Entwicklung menschlicher Kulturen auf der Basis seiner naturwissenschaftlich „begründeter" Zufallskonzeption entwickelt. Es fällt ihm hier nicht schwer, in der Konfrontation mit den Erkenntnissen des historischen Materialismus den spekulativen Charakter von Monods Überlegungen sinnfällig zu demonstrieren, zumal Monod schließlich eine menschenwürdige Zukunft allein durch eine „Ethik der Wissenschaft" garantiert sieht, als deren letzte Grundlage er die „zufällige" Entscheidung der Wissenschaftler zur Objektivität ansieht. Strukturalismus und Existentialismus — so Ley — widersprechen sich hier nicht, sondern bilden umgekehrt nur zwei Seiten ein und derselben Medaille: einem gewissen strukturalen Objektivismus auf der Ebene der Wissenschaft korrespondiert ein existenzialer Subjektivismus auf der Ebene der Politik.

Auf eine nicht zu übersehende Schwäche dieses Essays bleibt am Ende hinzuweisen: Wenn es richtig ist, daß, wie eingangs bemerkt, die wissenschaftliche Legitimität der Verallgemeinerung naturwissenschaftlicher Erkenntnis das entscheidende Kettenglied für die Kritik eines je besonders hergestellten Zusammenhangs von Naturwissenschaft, Philosophie und Politik in der Theorie darstellt, so ist anzumerken, das Ley gerade an diesem Knotenpunkt oft nicht über antithetische Formulierungen hinausgeht; mithin dialektische Sichtweise des Sachverhalts und der daraus folgenden politischen Konsequenzen für eo ipso evident setzt. Seine Ausführungen haben schließlich nicht den Charakter einer rigorosen, demontierenden Analyse der Struktur der Monodschen Argumentation, seiner Interpretation des dialektischen und historischen Materialismus, den gesellschaftlichen u n d wissenschaftlichen Wurzeln dieser Interpretation sowie ihrem Resultat: jener „Ethik der Wissenschaft", geeignet, überholte „animistische" Weltvorstellungen wie den Marxismus zu ersetzen. Er hat dem eine dennoch anregende und geistreiche ‚philosophische Plauderei' vorgezogen. Dabei erweist er sich jedoch als ein Gelehrter, der die Tradition der naturwissenschaftlichen Materialisten aus Ernst Haeckels Monistenbund, dem auch er noch angehörte, im Zeichen der Erkenntnisse historischer und materialistischer Dialektik fortsetzt, als ein Kenner der Geschichte der Naturphilosophie.

Die von B e s s e zusammengestellte und eingeleitete Sammlung von Aufsätzen französischer Theoretiker beschäftigt sich vom Standpunkt der Philosophie (M i l h a u , M e t z g e r , R o u b a u d), der Biologie(N i n i o), der Physik (J a e g l e), der Informations- und Wahrscheinlichkeitstheorie (C a z e l l e) mit den entsprechenden Aspekten des Buches von Monod.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Überlegungen Jacques Milhaus zur philosophisch-ideologischen Seite der Monodschen Kampfschrift wider den Marxismus, und zwar in zweierlei Hinsicht:

Zunächst setzt er sich mit den hauptsächlichen Vorwürfen Monods an den Marxismus auf wissenschaftstheoretischer Ebene auseinander und versucht in der Entgegnung das Verhältnis von dialektischem Materialismus und Wissenschaften zu umreißen: Dialektik darf nicht vormarxistisch mißverstanden werden als ein „universeller Kanon", sie hat sich vielmehr auf die „besondere Logik des besonderen Gegenstandes" einzulassen (30, S. 26). Die Verallgemeinerung ihrer Grundgesetze „bliebe unbestimmt und steril, wenn sie nicht auf jedem Gebiet der Forschung differenziert und spezifiziert . . . würden" (30, S. 26). Insofern kann der dialektische Materialismus nicht als eine totalisierende Entwicklungslehre angesehen werden, sondern ist seiner Grundintention nach aufzufassen als „das geniale Projekt einer Physiographie als einer erklärenden Beschreibung der wissenschaftlich erkannten Eigenschaften der Natur und aller ihrer Bewegungsformen" (30, S. 27).

Sodann geht Milhau auf die ethischen und politischen Schlußfolgerungen aus Monods naturphilosophischen Betrachtungen ein: Seine subjektive „Ethik der Erkenntnis" und seine darauf aufbauenden Vorstellungen von einem „wahren Sozialismus" laufen auf die „Errichtung einer liberalen wissenschaftlichen Technokratie hinaus" (30, S. 38). Aber gerade dieser Subjektivismus darf nicht als zeitloses Hirngespinst angesehen werden: „Es scheint uns kein Zufall, wenn in unserer Zeit der Entwicklung des Monopolkapitalismus, der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Integrationspolitik wiederum, trotz der praktischen und theoretischen Widersprüche, ein Bedürfnis nach kritischer Theorie Kantschen Typs sowie nach einem moralischen Idealismus auftaucht, dessen gesellschaftliche Dimensionen man nicht verkennen darf" (30, S. 39). Milhau versucht, Monods Entwurf einer Ethik der Erkenntnis als Ideologie einer zu-

künftigen Gesellschaft auch im sozialhistorischen Kontext zu verorten, zieht die geschichtlichen Parallelen, verkürzt nicht antithetisch, sondern argumentiert bündnispolitisch: „ ... in unserer Zeit vom Marxismus als von einer Religion oder einem Animismus zu sprechen, (ist) selbst dann falsch ..., wenn man den dialektischen Materialismus — weil man ihn nicht kennt und ihn daher falsch einschätzt — in Frage stellt. Die Wege dürfen nicht nebeneinander verlaufen" (30, S. 24)

Während Metzgers und Roubauds Bemerkungen weder systematisch befriedigen noch thematisch, wesentlich über den von Milhau und Ley (s.o.) abgesteckten Rahmen hinausgehen, ist es interessant zu beobachten, daß den Naturwissenschaftlern, ganz im Gegensatz zu den „Philosophen", die auf der Ebene empirisch scher Verallgemeinerung gegebene Interpretation der von Monod beschriebenen biologischen Sachverhalte keineswegs unantastbar scheinen. Cazelle arbeitet den wahrscheinlichkeitstheoretischen Begriff des Zufalls heraus und zeigt, daß Monod mit diesem Begriff sehr willkürlich umspringt und ihn überdies mit der philosophischen Kategorie der Kontingenz durcheinderwirft. Jaegle weist darauf hin, daß Monod die Gesetze der Thermodynamik sehr extensiv auslegt und vorschnell in der Form, wie sie für rein physikalische Systeme formuliert wurden, auf biologische Funktionszusammenhänge überträgt. Ninio unterscheidet im Monodschen Diskurs, was die naturwissenschaftliche Seite betrifft, die Ebenen der Molekularbiologie, der allgemeinen Biologie und der Physik und ordnet diesen Ebenen die jeweils entsprechenden Begriffe für Aspekte des gleichen Sachverhaltes zu, um dann Monods zentrale These von der absoluten Priorität der Invarianz gegenüber der Teleonomie im Entwicklungsprozeß biologischer Strukturen im Lichte neuer Erkenntnisse über die abiogene Evolution zu relativieren. Dabei zeichnet sich ab, daß naturwissenschaftliche Forschung heute selbst beginnt, die Naturgesetze als (natur)historisch gewordene Gesetze zu betrachten, eine Erkenntnis, die Marx und Engels in der Deutschen Ideologie bereits in abstrakter Form vorweggenommen haben.

In der theoretischen Biologie geht die Entwicklung, wie Karl-Hermann Köhler in einem in diesem Zusammenhang abschließend zu erwähnenden Aufsatz („Revolutionäre Umwälzungen im biologischen Denken der Gegenwart", in „Streitbarer Materialismus und gegenwärtige Naturwissenschaft", Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", (33, 1974) bemerkt, unter Aufhebung des alten Widerspruchs zwischen Mechanizismus und Vitalismus in Richtung auf die Konstitution einer strukturell-genetischen Bewegungs- und historischen Entwicklungskonzeption, die die allgemeinen Aussagen des dialektischen Materialismus zugleich spezifiziert und bestätigt.

Bürgerliche Ideologie liebt es, wie in den besprochenen Arbeiten am Beispiel Monods gezeigt wurde, Ergebnisse naturwissenschaftlicher Forschung zur „Widerlegung" historischer und materialistischer Dialektik heranzuziehen. Die Auseinandersetzung mit dieser Praxis auf theoretischer Ebene darf jedoch — was weder Ley, noch Metzger und Roubaud vermeiden — nicht bei der Feststellung stehenbleiben: naturwissenschaftliche Tatbestände und ihre empirische Verallgemeinerung: ja; weltanschauliche Konsequenzen, philosophische Ummünzung: nein. Denn die Perversion naturwissenschaftlicher Erkenntnis, die „schlechte" Verallgemeinerung fängt bereits auf der allgemeintheoretischen Ebene, noch im Bereich der Begriffskonstitution hier der theoretischen Biologie an und kann dann Rückwirkungen auch auf die Interpretation naturwissenschaftlicher Fakten haben. Die Trennlinie verläuft also noch innerhalb der Naturwissenschaft, die insofern eben selbst niemals reine Wissenschaft sein kann, als in ihr alle

Ebenen theoretischer Verallgemeinerung (theoretische Naturwissenschaft, Philosophie, „Weltanschauung") interferieren. Sollen derart komplex geschichtete Diskurse im Sinne marxistisch-leninistischer philosophischer Arbeit (Struktur sichtbar machen, Elemente auseinanderlegen, Kerne herausschälen, Demarkationslinien ziehen) aufgeschlüsselt werden, so erfordert ihre Praxis nach dieser Seite hin echte wissenschaftstheoretische Arbeit, die noch, das zeigt die vorliegende Auseinandersetzung mit Monod, der Weiterentwicklung bedarf. Denn materialistische Kritik kann nur dann mehr sein als bloß abstrakte Negation, wenn sie verwirklicht, was Engels als die Aufgabe des „modernen Materialismus" ansieht: sich „in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu betätigen" (MEW Bd. 20, S. 129).

Hans-Jörg Rheinberger

Peter Reichel: Das Formalismus-Programm spätbürgerlicher Dichtung in Gottfried Benns ‚gereimter Weltanschauung', Heft 42, 1974

Juri Dawydow: Die sich selbst negierende Dialektik - Kritik der Musiktheorie Theodor Adornos, Heft 6, 1971

Wilhelm Girnus: Von der unbefleckten Empfängnis des Ästhetischen, Heft 13, 1972.

Ders.: Zukunftslinien Überlegungen zur Theorie des sozialistischen Realismus, Heft 44, 1974

Alexander Abusch: Tradition und Gegenwart des sozialistischen Humanismus, Heft 2, 1971

Die kunsttheoretischen Titel der Reihe ‚Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie' teilen sich in zwei, die dem sozialistischen Humanismus in Tradition, Gegenwart und Zukunft gewidmet sind (Abusch: Tradition und Gegenwart des sozialistischen Humanismus; Girnus: Zukunftslinien) und drei weitere, die sich kritisch gegen populäre Formen bürgerlicher Ideologie richten (Dawydow: Adornos Musiktheorie; Girnus: Lukacs' Ästhetik; in: Von der unbefleckten Empfängnis; Reichel: Benns Künstlerauffassung). Daß dabei die kunstphilosophischen Perspektiven des Sozialismus am Paradigma der Realismustheorie abgehandelt werden (vor allem bei Girnus) braucht nicht eigens mehr begründet zu werden. Auch die Wahl von Adornos Musiktheorie als eines Exempels der Frankfurter Schule ist vom sachlichen Gewicht her evident, noch nach dem Erscheinen der 1970 posthum erschienen ‚Ästhetischen Theorie'. Problematisch ist eher schon, daß der bedeutendste Kunstphilosoph der ‚Frankfurter' und der produktivste auch im Hinblick auf eine marxistische Ästhetik, daß Walter Benjamin für diese Reihe wohl nicht existiert, obschon er wohl — selbst nach dem Absinken der Vitalität der ‚Kritischen Theorie' — noch immer die auch von bürgerlicher Seite meistzitierte Autorität in kunsttheoretischen Erörterungen ist. — Ähnliche Bedeutung haben schließlich auch Habermas' ‚Strukturwandel' und seine kommunikationswissenschaftlichen Modelle erhalten, sowie — vom sachlichen Gewicht her eher als von unmittelbarer Breitenwirkung — die kunstwissenschaftlichen Arbeiten Gehlens. Daß auch die Brecht-Rezeption durch Nicht-Marxisten einige Aufmerksamkeit verdient, sei nur am Rande vermerkt. Schließlich macht die Wirkung Althussers und des internationalen Strukturalismus auf die aktuellen Ent-

wicklungstendenzen der Ästhetik deutlich, wie relativ eng das Spektrum der bisher erschienen Arbeiten ist. Sowenig es Aufgabe dieser Reihe sein darf, jeden innovationsverdächtigen Windhund auf nationaler und internationaler Flur zu verfolgen, so sehr leidet andererseits die kritische Effizienz, wenn der Gesichtskreis allzu eng ist und die Kritik es sich zu leicht macht. Die Bretter der bürgerlichen Ideologie sollten, damit es sich lohnt, gebohrt werden, wo sie am dicksten sind.

Die Kritik marxistischer Literaturwissenschaftler an bürgerlicher Kunst konzentriert sich nach dem 2. Weltkrieg immer stärker auf die gegenwärtigen Erben des l'art pour l'art, gleich ob dessen neuere Tradition als Dekadenz, Formalismus oder Modernismus begriffen wird. Von den drei Hauptströmungen der literarischen Entwicklung, die sich beim Eintritt Deutschlands in die monopolistische Phase seiner Entwicklung neben den Anfängen proletarisch-sozialistischer Literatur abzeichnen: der imperalistischen Massenliteratur, der des bürgerlich-kritischen Realismus und der modernistischen, wird die letztere im Bereich zumindest der kunstprogrammatischen Auseinandersetzungen stets als zum sozialistischen Realismus strikt gegenläufig betrachtet und mit besonderer Verve attackiert. — Daß das Schwergewicht der marxistischen Kritik nicht dem kritischen Realismus, also etwa bestimmten Illusionen in den Werken der Brüder Mann gilt, braucht angesichts von deren ästhetisch-ideologisch eindeutiger Distanzierung vom imperialistischen Weg eines Großteils ihrer Klasse nicht besonders begründet werden. Anders steht es schon mit der massenhaft rezipierten und ideologisch auf die Ziele des monopolistischen Teils der bürgerlichen Klasse ausrichtenden Literatur, die unter dem Gesichtspunkt der Wirkung — weniger zwar auf Intellektuelle, umso mehr aber auf die lesenden Massen — gewiß erheblich größere Beachtung verdient. Freilich ist ihr kaum mit Literaturkritik beizukommen, solange diese nicht als eines von vielen Instrumenten sozialistischer Kulturpolitik gehandhabt werden kann. — Wenn die Untersuchung R e i c h e l s trotz der Relativierung der Erheblichkeit ihres Gegenstandes diesen im Sinne eines Paradigmas auffassen kann, so nicht zuletzt des identifikatorischen Potentials wegen, das Werke und Theorien des Modernismus von Kafka bis Beckett nicht nur für Renegaten, sondern durchaus auch für fortschrittliche Intellektuelle gehabt haben und noch haben.

Eine der Schwächen der vorliegenden Erörterung — und sie muß hier vor den Verdiensten genannt werden, weil sie die Brauchbarkeit der Reichelschen Arbeit auch in ihren einleuchtenden Teilen einschränkt — ist nun aber, daß sie auf dieses Potential in dem bezeichneten Sinne kaum Bezug nimmt. Das spiegelt sich in der Unsicherheit darüber wider, wessen Ideologie mit der ‚Künstlermoral' Benns eigentlich untersucht wird. Die Einleitung täuscht Sicherheit vor: „Wenn hier also von ‚Künstlermoral' die Rede sein soll, dann von der Moral des spätbür gerlichen Dichters Gottfried Benn, die nichts anderes ist, als bürgerliche Moral, als Klassenmoral der Bourgeoisie." (9) Seine Sicherheit verliert der Autor rasch, wenn er seine Eingangsthesen differenziert. Bald sind ihm Benns Auffassungen typisch für die eines oppositionellen, aber desorientierten bürgerlichen Intellektuellen, der sich von der Wirklichkeit mit verabsolutierter Ideologiekritik abwendet, weil er die „kapitalistische Wirklichkeit in ihren Oberflächenerscheinungen mit Wirklichkeit überhaupt" gleichsetzt und mit Aggressivität reagiert, bald sieht er in ihnen die Ideologie der Ausbeuter und findet in Benns Elitetheorie eine ‚Entsprechung' zur ‚vergleichsweise ebenfalls kleinen Ausbeuterklasse'. (58). Nun ist aber die Inanspruchnahme der Überlegenheit Weniger über Viele eine zu dünne Basis als daß auf ihr Benn und die Monopolisten ana-

logisiert werden dürften, und eine Intelligenz darf nicht darum schon imperialistisch heißen, weil sie sich von den Volksmassen isoliert.

Das Manko von Reichels Untersuchung ist die immer wieder unterstellte Identität von bürgerlicher Klasse („spätbürgerlich" heißt es zumeist ohne Erläuterung), Bourgeoisie, Monopolisten und den Protagonisten des Formalismus, mit anderen Worten der Mangel einer funktionsorientierten und sowohl historisch wie schichtenbezogen genaueren Zuordnung der ästhetischen Ideologie zu den Schichten und Gruppierungen innerhalb der bürgerlichen Klasse in den verschiedenen Stadien der historischen Entwicklung seit dem Expressionismus. Anstelle einer entsprechenden Differenzierung versucht Reichel, seine Leser mit der zurecht berüchtigten Rhetorik des „nichts anderes als ..." und „nicht zufällig ..." zu überzeugen.

Die Rhetorik ist hier allerdings genauer Ausdruck des methodischen Verfahrens: es geht dem Vf. um die ideologiekritische Entlarvung Benns, die Zerstörung des schönen Scheins seiner Formkunst, mit der Benn „kraft artistischen Vermögens auf besonders sublime Weise" sein Welt- und Menschenbild verhülle: „So bewegt sich Benns vordergründiger Formalismus auf einer breiten, oft verschleierten, aber stets mitrezipierten weltanschaulichen Basis, die es bloßzulegen gilt." (13) Die Unterstellung, der Dichter habe unter dem Schmuck der Formen verborgen, was der Kritiker bloßlegt, widerruft Reichel gleich selbst, wenn er — Benn zitierend — als Hauptmerkmal von dessen Versen hervorhebt, daß sie ‚gereimte Weltanschauung' seien. Tatsächlich hat der Dichter durch unmißverständliche Diktion der poetischen und eine Offenheit in seinen kulturräsonnierenden Schriften, die zumindest das von Reichel praktizierte ideologiekritische Verfahren entwaffnet, programmatisch genau seine weltanschaulichen Überzeugungen und Absichten formuliert. Selbst dem von Reichel ihm zugesprochenen Prädikat ‚spätbürgerlich' hätte er womöglich kaum widersprochen. Darum werden die Kunstformen in der Darstellung des Vf.'s sicherlich zuunrecht wie eine besonders ‚sublime' Perfidie der ‚spätbürgerlichen' Dichter behandelt, wie Opiate, unter deren Wirkung sie ihre Götzenbilder halluzinieren.

Fraglich ist, ob tatsächlich die Gründe der bedeutenden Wirkung Benns sich durch die Analyse der Typik seines Welt- und Menschenbildes auf der Ebene der Inhaltsanalyse erkennen lassen oder nicht vielmehr durch die Ermittlung des semantischen Gehalts des lyrischen Gestus' seiner Gedichte, der zuchtvoll-schmerzlichen Stilgebärde, die offenbar Identifikationsmöglichkeiten auch solchen Lesern bietet, die Distanz halten zur ‚Wiederkehr des Gleichen', dem erkenntnistheoretischen Agnostizismus, der mechanistischen Geschichtsbetrachtung, der biologistischen Regression und dem ‚abendländischen' Engagement des Westberliners Benn — sämtlich Themen der Reichelschen Schrift.

Untersuchungen über die Kunst des Modernismus würden an Wert gewinnen, wenn sie, neben den durch die Werke propagierten sozialethischen und emotiven Leitnormen, sowohl die jeweilige geschichtliche Semantik der poetischen Formen als auch den Kampfwert der dichterischen Aussage insgesamt im Zusammenhang der zeitgenössischen Kulturverhältnisse untersuchen würden. — Die Kontroverse zwischen dem leidenschaftlichen Antifaschisten Klaus Mann und Benn wird von Reichel eher beiläufig erwähnt. Das ideologische Profil der Bennschen Dichtung könnte wohl aber noch genauer werden, wenn die Beschreibung ihres eklektizistisch zusammengebackten Menschenbildes ergänzt würde durch die Benennung seiner genauen strategischen Funktion in den Literaturverhältnissen, wozu Reichel einige Ansätze macht, etwa wenn er

konstatiert, daß der späte Benn den ‚Alleinvertretungsanspruch' der bürgerlichen Ästhetik gegenüber der des Realismus vertreten habe.

Der Wert der vorliegenden Untersuchung, deren problematische Aspekte hier aus prinzipiellen Gründen und gegenüber dem Autor vielleicht etwas ungerecht besonders akzentuiert wurden, liegt nach alledem doch wohl eher in der Zusammenstellung der wesentlichen Inhalte von Benns Weltanschauung als in ihren Erkenntnissen hinsichtlich der Wirkungs- und Funktionsmöglichkeiten modernistischer Kunst als einer Form bürgerlicher Ideologie.

Der Auseinandersetzung mit dem Modernismus ist der Essay Dawydows gewidmet. Drei Jahre vor der Studie Reichels erschienen, argumentiert Dawydows Schrift doch an entscheidenden Stellen genauer als die Benn-Kritik: etwa in der klassenmäßigen Zuordnung der analysierten Ideologie. Wenn Dawydow die Verwendung der Termini ‚spätbürgerlich' bzw. ‚spätkapitalistisch' statt ‚imperialistisch' bei Adorno als historisch wie systematisch unspezifisch rügt, so muß die Reichelsche Arbeit zumindest in diesem Punkt als Rückfall gelten. Als der Benn-Kritik überlegen erweist sich die Adornos durch Dawydow in einer weiteren Hinsicht. Sie meidet gänzlich den kleinlich schmälenden, jeden Gedanken unterschiedlichster Qualität auf dasselbe Niveau ‚spätbürgerlich' (oder ähnlich) herabsetzend nivellierenden Ton, ohne doch auf polemische Schärfe im geringsten zu verzichten. — Daß der Autor souverän genug ist, an den Beginn seiner Untersuchung eine noble Würdigung seines Kontrahenten einschließlich seiner theoretischen Motivationen und Absichten zu stellen — eine Geste, die in doppeltem Sinne eine Reverenz an Adorno ist, der sie meisterhaft beherrschte —, hat über den gestischen Wert hinaus den Vorzug, daß der Leser erst einmal dort abgeholt wird, wo er womöglich fasziniert vor dem Gebäude der Kritischen Theorie stehengeblieben war.

Dawydow verfolgt die Genese der Gesellschafts- und Kunstheorie Adornos in die ideologiegeschichtliche Szenerie der 20iger und 30iger Jahre. Mit der weitwinkligen Perspektive des Ausländers konstatiert er eine Analogie zwischen der Situation der fortschrittlichen deutschen Intelligenz nach der Französischen Revolution mit derjenigen nach der Russischen. Die revolutionäre Verneinung sei beidemal auf das Reich des Bewußtseins beschränkt geblieben. An die Stelle von Kunst der Revolution sei die Revolution der Kunst getreten, deren Funktion in der äußersten und radikalen Verneinung hier der „spätkapitalistischen" Gesellschaft gesehen wird. Entsprechend der pessimistischen Prognose, die Adorno der imperialistischen Gesellschaft stellt und in Übereinstimmung mit der pauschalisierenden Einebnung von deren inneren Widersprüchen, könne Adorno keine Zukunft mehr aus der Konstellation der Antagonismen von Klassen und Schichten erkennen, sondern nurmehr aus der Verneinung, die die Kategorie des ‚Anderen' ausdrückt. Die aus der Logik Hegels entliehene Kategorie verwende Adorno mit geschichtsphilosophischem Gehalt, um die fehlende Klassenanalyse, also einen Mangel seiner soziologischen Theorie, zu kompensieren. Adornos musikwissenschaftlicher Lyrismus habe eben hierin seinen Grund: daß nämlich eine Subjektivität, die sich in allem als die strikte Negation von Gesellschaftlichem definiert, aus sich heraus das ‚Allgemeingültige', ‚Verbindliche', Einheitsstiftende produzieren will und doch über alles, was es produzieren könnte, stets schon hinaus ist, weil es gerade durch dieses Hinaussein, als das Andere alles Gesellschaftlichen, definiert ist. (En passant notiert Dawydow in dieser abstrakten Negation eine der Wurzeln des Linksradikalismus, etwa des maoistischen in der BRD und Westberlins.) Dergestalt ist die Kategorie des Anderen nur zum Schein eine Hegels, tatsächlich vielmehr impliziert sie die Struktur der romantischen Subjektivität,

die Hegel, etwa in der Kritik Jakobis, als das ‚unglückliche Bewußtsein' bezeichnet hat. Diese Struktur, so die These Dadydows, unterlege Adorno der modernen Musikentwicklung: genauer, der der neuen Musik, z.B. des Schönbergschen oeuvres.

Neben dem Widerspruch, daß Adorno der imperialistischen Gesellschaft als einer zunehmender Entfremdung, eine absolut negative Prognose stellt und doch der Subjektivität als verneinender in einem auch noch so fernen Sinne Positivität zutraut, obwohl sie doch Teil dieser Gesellschaft ist, konstatiert Dawydow einen weiteren. Adorno begreife Kunst das einemal soziologisch, ein andermal philosophisch. Soziologisch argumentiere er, wenn er die Funktionen der Unterhaltungsmusik beschreibt und sie der Totalität des unwahren Ganzen der „spätkapitalistischen" Gesellschaft verfallen sieht. Vom sozialen Funktionszusammenhang und damit von aller Gesellschaftsanalyse abstrahiere er, wenn er — unter philosophischem, erkenntnistheoretischem Gesichtspunkt — die ‚neue Musik' als ‚wahr', in ihrer widerspiegelnden Eigenschaft also als im Prinzip unbeeinträchtigt, begreift. So werde die Spaltung des Subjekts in ein total manipuliertes und ein sensibel unglücklich leidendes, werde die Trennung des Soziologen vom Philosophen in der Auffassung des Gegenstandes, der Musik widerspiegelt, die in funktionale und revolutionäre ‚neue' Musik auseinanderbreche. Die ‚neue Musik' gehört hier in die Sphäre des ‚Anderen', zugleich die Sphäre der unglücklichen Subjektivität, die ihre besondere Dignität allerdings, so D., nur noch formal behaupten könne: in den Formen ‚authentischer' Kunst. Der Geltungsanspruch des gesellschaftsenthobenen, auf Sensibilität reduzierten Subjekts, das in der Wirklichkeit keinerlei Sinn mehr findet, prägt sich in kunsttheoretischem Formalismus aus: in der Favorisierung einer Kunst, deren Form durch den Widerruf jeder evozierten Bedeutung zustandekommt, Adorno zufolge ein Merkmal wie der Kunst Schönbergs, so Kafkas, Becketts und Joyce's.

Hebt Dawydow in der Einleitung seiner Schrift hervor, daß Adorno einer der wenigen Kunstphilosophen der imperialistischen Länder sei, für den Kunst ohne die Reflexion über ihre gesellschaftliche Bedeutung gar nicht zum Thema würde, so präzisiert er nun diese Konzession. In der Folge seiner Unterscheidung von funktionaler und authentischer Kunst fasse Adorno die Gesellschaftlichkeit der ersteren in der Übertragung von Termini der politischen Ökonomie, Politik und Psychoanalyse auf die Beschreibung der Wirkung musikalischer Phänomene, um die gänzliche Unterwerfung der Musik unter die Zwecke der ‚spätkapitalistischen' Gesellschaft zu charakterisieren; im zweiten Fall, dem der erkennenden ‚wahren', authentischen Kunst, thematisiere Adorno die Gesellschaftlichkeit der Musik nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der sozialen Wirkung, sondern unter dem des Inhalts. Dieser aber würde wiederum reduziert auf sozialökonomische und politisch-soziale Konflikte, als habe es die Soziologie mit nichts anderem als ökonomischer Konkurrenz, politischem Kampf und sozialpsychischer Manipulation des gesellschaftlichen Bewußtseins zu tun. — Dawydow macht den Zusammenhang zwischen solchem vulgärmaterialistischen Reduktionismus und dem pseudomethodischen allegorisierenden Spekulieren evident, deren Witz darin besteht, in ästhetische Konfigurationen ökonomische und sozio-politische Sachverhalte hineinzuphantasieren, als sei die Gesellschaftlichkeit der Kunst erst dann erwiesen, wenn sich ihr Sachgehalt endlich als ökonomischer bzw. politischer zu erkennen gibt. Die Kultivierung dieses metaphorisierenden Witzes und analogisierenden Einfallsreichtums aus Unkenntnis der Methoden, die der wissenschaftliche Sozialismus mittlerweile auch für den Bereich der Kunstwissenschaften ent-

wickelt hat, leiht der Kritik des Vf.'s auch dort Aktualität, wo nicht Adorno mehr, sondern irgendein neuer Prophet als Gewährsmann dient.

Ein wesentlicher Vorwurf Dawydows an die Musikästhetik Adornos — dieser reduziere die Leistungen der Kunst auf kritisches Negieren, ohne daß der Standpunkt des Kritikers noch Gegenstand der Theorie wäre — begegnet uns wieder in der Kritik an Lukács, die Wilhelm Girnus formuliert: „Die Theorie von Lukacs, — heute bei westlichen Theoretikern das A und O — ist Kastration der Kunst. Hier wird Kunst auf das Pathos der Verneinung beschränkt", so in seinen ‚Betrachtungen zur Ästhetik von Georg Lukács' (zuerst 1967 in Sinn und Form), die zusammen mit einem Aufsatz über ‚Zweitausend Jahre Verfälschung der aristotelischen Poetik' (ebenfalls zuerst Sinn und Form 1969) und einem Vortrag über ‚Kunst und Geschichte' (zuerst im Hegel-Jahrbuch 1968/69) im vorliegenden Band erschienen sind. (das Zitat S. 40)

Der Reduktion der Kunst auf die Kritik an Tabus und Fetischen entspreche Girnus zufolge, die Einschränkung ihres Potentials auf kognitive Funktionen, ihre Einschnürung in ein Widerspiegelungskorsett, das die Eigenart ästhetischer Gegenstände unterdrücke: „Verführe die Kunst nach dem Kanon von Lukács, wäre sie längst an Langeweile gestorben." (48) Freilich ist hier nicht die Applikation der Widerspiegelungstheorie auf die Ästhetik Gegenstand der Kritik, sondern zum einen die Verkehrung von Mittel und Zweck hinsichtlich des Praxis-Verhältnisses der Widerspiegelung, zum zweiten die Ausschaltung der Kategorie der Möglichkeit und schließlich die Beschränkung von Widerspiegelung auf Nachahmung.

Der erste Einwand ist zugleich der denkbar gewichtigste gegen den Anspruch einer Theorie, die sich selbst als marxistische begreift. Er bezieht sich auf die Behauptung von Lukacs, das Ästhetische sei „adäquateste Form für die Äußerung des Selbstbewußtseins der Menschengattung" (II,677) und eben darin von aller Lebenspraxis qualitativ unterschieden. Kunst und Leben seien geschieden wie Bewußtsein und Materie, daher „unbedingte Herrschaft der Praxis im Leben, unmittelbare Ausschaltung der Praxis den ästhetischen Gebilden gegenüber" (II, 102) In diesen Axiomen findet Girnus, außer der Verallgemeinerung des Beispiels Kunst für den gesamten Bereich des Ästhetischen, die Stilisierung eines historischen Verhältnisses von Kunst und Leben, „in dem der Tauschwert den ästhetischen Wert zeitweilig außer Kurs setzt", das antagonistische Verhältnis von schön und nützlich „in der Zeit der entwickelten Warenproduktion" zu einem erkenntnistheoretischen Sachverhalt mit dem Resultat, daß die Kunstproduktion als intellektueller Reflex des Lebens und von diesem dem Wesen nach als abgehoben begriffen werde, statt daß ihre Funktion im Beziehungsfeld historischer und gesellschaftlicher Praxis den Horizont der Ableitung ihrer strukturellen Merkmale bilde. Im Widerspruch zur V.Feuerbachthese würde Kunst hier nur von ihrer kontemplativen Seite her zum Thema, nicht von dem Zusammenhang aus, in dem sie mit der praktischen Aneignung der Wirklichkeit, mit Arbeit also steht. So würden statt die Widerspiegelungseigenschaften aus der gesellschaftlichen Funktion diese aus den spezifischen Eigenschaften künstlerischer (gegenüber wissenschaftlicher) Widerspiegelung hergeleitet. Lukács Mystifizierung der ideellen Aktivität der Gesellschaft unterstelle eine Art ‚ästhetischer Urzeugung' (19), weshalb die ideologischen Funktionen des Ästhetischen für ihn auch nicht mehr zu dessen ‚Eigenart' gehörten. Das Mittel des Ästhetischen sei Zweck geworden, das Leben biete die Mittel seiner Hervorbringung.

Wenn Girnus demgegenüber „die subjektive Beziehung des Gesellschaftswesens Mensch zur objektiven Realität" als den spezifischen Gegenstand der Kunst

bezeichnet (31) und vorschlägt, sich das Verhältnis des Ästhetischen zur Wirklichkeit so vorzustellen, daß die Kunst die Möglichkeiten des Lebens, des grossen ‚strategischen Spiels zwischen Subjekt und Objektwelt' „an Modellen, durch die künstlerische Einbildungskraft geschaffen, durchspielt" (32), so ist auch diese Definition, formuliert in Übereinstimmung mit einer Reihe einschlägiger Aufsätze der letzten Jahre in der DZPh und etwa auch den Autoren des literaturtheoretischen Werks ‚Gesellschaft, Literatur, Lesen' (Berlin 1973), nicht problemlos. Zum einen schränkt sie ebenfalls den Bereich des Ästhetischen auf Kunst ein. Zum anderen selegiert sie aus dieser wiederum Werke besonderer Struktur: solche, die als Modelle verstanden werden können auf Kosten derer, die ihrer Struktur nach deutlich und womöglich in direkter Adresse in der Art operativer genres, als ‚Formen menschlichen Verkehrs' — so eine Formulierung Brechts — begriffen werden müssen. Ob schließlich auch die Repräsentativ-Formen der Feudalkultur als solche ‚Spiel-Modelle' verstanden werden können, ja ob diese Theorie überhaupt sinnvoll Anwendung für antagonistische Gesellschaften finden kann und ihre Unterstellung einer spielend modellierenden Phantasie nicht wiederum vom Ideologiecharakter des Ästhetischen abstrahiert, kann als Frage hier nur aufgeworfen, nicht diskutiert werden; das betrifft auch das Verhältnis der Modell-Vorstellung zur Widerspiegelungstheorie. (s. dazu immerhin: Michail B. Chraptschenko, Literatur und Modellierung der Wirklichkeit. In: Sinn und Form 1973).

Wichtiger als der Modellbegriff ist Girnus allerdings das Festhalten an der Kategorie der Möglichkeit: das Insistieren darauf, daß zu den Gegenständen der Kunst nicht nur die tatsächliche, sondern auch die mögliche Wirklichkeit gehört. Lukács' Verwendung von Widerspiegelung und Mimesis synonym mit Nachahmung sei ein charakteristisches Zeichen der Ignorierung sowohl der kommunikativen wie der antizipierenden Funktionen der Kunst, die eben jene schon bemerkte Hervorhebung der kritischen Leistungen, das Pathos der Verneinung, zur Konsequenz habe. Sein Pendant sei die akzessorische Behandlung der Parteilichkeit. Girnus sieht in den Mängeln der Lukácsschen Ästhetik sämtlich solche einer Kunsttheorie, „die die Hauptkriterien für ihre Axiomatik aus der Interpretation der Welt herleitet statt aus deren Veränderung" und konzediert ihr, daß sie „sich bestenfalls auf dem Boden eines Materialismus bewege, den Marx in den Thesen über Feuerbach als den Materialismus der bürgerlichen Gesellschaft kritisiert." (48)

Die Übersetzung von Mimesis mit Nachahmung und damit ineins das Zurückschneiden des auf die Zukunft gerichteten, konzeptiven Vermögens der Kunst auf das erkennend-kritische, Ursache des Verfehlens des ästhetischen Phänomens als eines sui generis, ist eigens das Thema der zweiten Abhandlung dieses Heftes: ‚Zweitausend Jahre Verfälschung der aristotelischen Poetik'. Wegen der geradezu verbohrten Orientierung der bundesdeutschen und hier und da auch Westberliner ‚materialistischen' Philologie entweder unmittelbar an Lukács oder doch zumindest am Typus der von Girnus kritisierten Widerspiegelungs- und Realismustheorie in wesentlichen Bestimmungen, ist der Girnusschen Auseinandersetzung mit der Aristoteles-Rezeption in Bezug auf die Übersetzung des Mimesis-Begriffs, zu wünschen, daß sie auch im Westen größere Popularität erlangt als etwa die etlichen Aufsätze zur Widerspiegelungstheorie in der DZPh, die doch nicht verhindern können, daß nach wie vor über dieses Thema hanebüchener Unsinn publiziert wird. — Girnus porträtiert Aristoteles als den Denker des Möglichen, dieses indessen nicht im Sinne mechanischer Berechen-

barkeit und in Anwendung lediglich auf die Natur, sondern als das Menschenmögliche. Daran mit Nachdruck festzuhalten sei nötig, weil die Rezeption der aristotelischen Poetik aus einem genuin materialistisch argumentierenden Philosophen, der mit der systematischen Verortung der Kategorie der Möglichkeit die Kenntnis von Bewegungsgesetzen, von Gesetzmäßigkeit, als Grundlage des Denkens unterstellt, einen subjektiven Idealisten gemacht habe. Sei Möglichkeit für Aristoteles ein objektiv antizipierbares Potential der menschlichen Wirklichkeit, so impliziere ihre Ersetzung durch Wahrscheinlichkeit in der Wirkungsgeschichte der Ästhetik entweder die Reduktion des Anwendungsbereichs auf physische Natur oder subjektivistische Psychologisierung im Hinblick auf die prognostische Handhabung. Wo Aristoteles aus der objektiven Dialektik von Wirklichkeit und Möglichkeit die Kategorien seiner Poetik entwickele, würden sie in der nacharistotelischen Poetik — aus der Girnus u.a. Lessing und Forster, in der Moderne Gorki, Majakowskij und Brecht ausnimmt — als subjektiv eingeschränktes Vortäuschen von Wirklichkeit (Ingarden) und in diesem Sinne als deren Nachahmung aufgefaßt. Der Vf. schlägt selbst, auf der Grundlage einer ausführlichen philologischen Interpretation der einschlägigen Stellen aus dem 9. Kapitel der Poetik, eine Übersetzung von ‚Mimesis' im Sinne von ‚sinnlicher Vergegenständlichung' vor. (63) — Uneinsichtigen droht der Autor mit Exkommunizierung aus der gelehrten Welt: „Nach den nunmehr bekannten Sachverhalten auch fürderhin ‚Mimesis' bei Aristoteles ausschließlich mit Nachahmung zu verdeutlichen, ist stinkreaktionär und hat mit einer materialistischen Grundlegung der Ästhetik so viel zu tun wie die Teufelvorstellungen eines mittelalterlichen Leibeigenen mit Goethes Mephisto." (64).

Der dritte Beitrag des Bändchens über ‚Kunst und Geschichte' befaßt sich mit der Frage nach der Möglichkeit von Kunstfortschritt. 1969 zuerst erschienen, entwickelt er einige Gedanken über die „ästhetische Wertungsdynamik als aktives, als produktives Element der Selbstverwirklichung des Menschen zum Subjekt" als „integrales Moment der Subjekt-Objekt-Dynamik" (79), die durch die neueren Publikationen von Jarmatz, Chraptschenko u.a. als überholt gelten dürfen.

Sein eigenes ästhetisches Konzept hat Girnus im Rahmen dieser Reihe in seinen Zukunftslinien vorgelegt. Der Band gibt eine heuristische Einführung in Grundbegriffe der marxistischen Ästhetik unter stillschweigender Berücksichtigung der zu Anfang und Mitte der sechziger Jahre hauptsächlich in der DZPh geführten Praxis-Debatten und die Auslegung ihrer Ergebnisse für die Erkenntnistheorie bis zu Wittichs Überblick von 1973 Über Gegenstand und Methoden der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie. — Diesen Debatten entsprechend entwickelt Girnus seine Bestimmungen der Eigenart des Ästhetischen im Rahmen der Grundfrage der Philosophie sowie des Verhältnisses von ästhetischer Wirklichkeitsaneignung und Praxis, die 5. Feuerbachthese mit ihrer Forderung nach Berücksichtigung der ‚praktisch-sinnlichen Beziehung des Menschen zur Realität' interpretierend. Von dieser Interpretation aus vollzieht der Vf. eine Umorientierung von der mit Lukacs' Ästhetik vorgezeichneten Fundierung der Kunsttheorie auf das Widerspiegelungsverhältnis zu einer Definition der Eigenart des Ästhetischen aus der Subjekt-Objekt-Relation, wie Brecht sie bereits gegen Lukács vornahm. Danach ist „Ästhetik die Wissenschaft von dem Wirken der Gesetze der Schönheit bei der Gestaltung der Welt durch den Menschen." (46) Die ästhetische Aktivität wird als integraler Bestandteil der Selbstverwirklichung des Menschen als Gattungswesen angesehen, nicht selbst eine

Form von Praxis, aber „vermittelndes Element der Weltgestaltung". (47) — Zu den Implikationen dieser Neufundierung gehört die Zurückweisung der trivialen Vorstellungen von künstlerischer Widerspiegelung im Sinne realitätsverdoppelnder Begriffssurrogate, der Unterstellung der Kunst unter die Botmäßigkeit der Moral und der Beschränkung der ästhetischen Aneignung der Wirklichkeit auf Kunst, wie sie tendenziell in der Ästhetik von Lukács durch die Hierarchisierung von Alltags- und Kunsterfahrung erfolgt war. — Es gehört nun allerdings zu den Besonderheiten der Ausführungen von Girnus, daß wichtige Feststellungen oft nur zur Abwehr einer älteren Orthodoxie getroffen werden, auf die Formulierung des eigenen Konzepts dann aber weiter keinen Einfluß haben. So betont der Vf. zwar, daß die Sphäre des Ästhetischen sich auf Kunst nicht beschränke, wenn es darum geht, sie als „praktisch-sinnliche Tätigkeit" gegenüber ihrer Reduktion auf einen Bewußtseinsreflex aufzuwerten, bei der Beschreibung dessen, was für schön gilt, d.h. der Normierung des ‚Wertgefühls' der ästhetischen Aneignung, verliert er diese Differenz aus den Augen und findet in ‚aller Literatur von Rang' „die nicht endende Variation auf dieses ewige Thema": „Steigerung der Subjektpotenz", übrigens ohne Berührung der Unterschiede des Schönheitsempfindens in antagonistischen und nichtantagonistischen Gesellschaften und ohne auf die Ideologisierung des Schönheitsgefühls und seine historische Labilität einzugehen.

Für die Weiterentwicklung der marxistischen Ästhetik sind wohl vor allem die Ausführungen von Girnus über die antizipativen Funktionen der Kunst nützlich. In Übereinstimmung mit einem wesentlichen Kriterium, das in der Realismus-Diskussion als Maßstab für die Einschätzung des realistischen Potentials von Kunst entwickelt worden ist, bezeichnet der Vf. die Korrespondenz „mit dem Duktus der Haupttriebkraft der Epoche" als Kriterium ‚adäquater Widerspiegelung' (149), und d.h. vor dem Hintergrund der Girnusschen Schönheitstheorie: Korrespondenz mit der ‚parteilichen Wertung des Geschehens vom Standpunkt der Subjektdynamik', also der vom Subjekt als schön genossenen Möglichkeit der Entfaltung von Produktivität. Der wissenschaft-philosophischen Prognose für den gesellschaftlichen Prozeß in seiner Gesamtheit entspreche die künstlerische Antizipation für die Zukunft des einzelnen Subjekts. Auf dessen Affektstruktur wirkend, schaffe die Kunst mit dem antizipierenden Selbstgenuß des Menschen als des sich frei entfaltenden Gattungswesens eine Voraussetzung der praktischen Selbstverwirklichung. Zwar schaffe die Vernichtung der Bourgeois-Herrschaft „die Möglichkeit für die revolutionäre Metamorphose des Menschen", doch sei die „revolutionäre Umgestaltung des Menschen keineswegs der vollautomatische Effekt des Wandels der gesellschaftlichen Verhältnisse." (204) Diese Mahnung, Erinnerung an das Vermächtnis Bechers und in Übereinstimmung mit Autoren wie Gorki, Majakowskij, Klaus Mann und Anna Seghers, legt hier allerdings doch das Bedenken nahe, ob das Bestreiten aller ethischen Inhalte des Schönheitsbewußtseins zugunsten des Selbstgefühls von Produktivität nicht eng noch an die Prämissen der Genie-Ästhetik gebunden ist. Denn die Entfaltung von Produktivität als Kunstideal ist hier ausschließlich vom Individuum her konzipiert und die Neutralisierung ihrer sozialethischen Konkretheit zugunsten eines lediglich objektiv geschichtsphilosophisch auf epochale Tendenzen bezogenen Selbstgenusses hebt zwar die humanistischen Gehalte der ‚Selbstverwirklichung des Menschen als Gattungswesens' deutlich genug hervor, doch unter Vernachlässigung ihrer Spezifika im Sozialismus.

Von allen hier besprochenen Bändchen ist das von Alexander Abusch das dickste; eine gehaltvollere Relation zu den zuvor besprochenen läßt sich leider nicht bezeichnen. Abuschs Feder gehört nämlich weniger in Ma-

jakowskijs imaginäres Magazin revolutionärer Handfeuerwaffen als auf das Pult des Festredners. Die zwischen 1968 und 1970 entstandenen Elogen des Bandes auf A. v. Humboldt, Hölderlin und Hegel, Lenin, Becher und A. Seghers, Brecht, A. Zweig u.a. sind fast ausnahmslos aus Anlaß von Jubiläen und Gedenktagen entstanden und hier ohne weitere Ausarbeitung abgedruckt. Die Reden montieren Bekanntes und aus zahlreichen kulturpolitischen Dokumenten Vertrautes zu Würdigungen. Das ist ein eigenes genus. Die laudationes dem Vergleich mit anderen Beiträgen der Reihe auszusetzen wäre ungerecht, sie wie diese zu rezensieren unergiebig.

Gert Mattenklott

Günter Wettstädt: Technik und Bildung – zum Einfluß bürgerlicher Technikphilosophie auf die imperiialistische Bildungsideologie, Heft 37, 1974

Anhand des für die bildungstheoretische Diskussion zentralen Problems des Verhältnisses von Arbeit, Technik und Bildung unternimmt Wettstädt eine Einordnung einer aktuellen Variante der Bildungsdiskussion in der BRD. Es geht um die gesellschaftliche Relevanz von Technikkonzeptionen für die Bildungsideologie in ihrer Bedeutung für die kapitalistische Entwicklung, wie sie grundlegend gekennzeichnet ist durch den Widerspruch zwischen möglicher Entfaltung der Produktivkräfte und den Anpassungszwängen der Produktionsverhältnisse. Diesem Dilemma versucht die bürgerliche Bildungstheorie durch die Konzipierung immer neuer Ideologien und Strategien zu entgehen. „Dieser Zielvorstellung wird eine spezifische Form technisch-ökonomisch-sozialer bzw. technisch-ökonomisch-politischer Bildung im allgemeinbildenden Schulwesen der BRD dienstbar gemacht, für die sich die Bezeichnung ‚Arbeitslehre" durchgesetzt hat." (9).

Die Auseinandersetzung um Inhalte und Formen der Arbeitslehre ist, so W., geprägt durch den Gegensatz zwischen Ansätzen unter monopolistischen Zielsetzungen und demokratischen Alternativpositionen. „Das Ziel der monopolistisch orientierten Arbeitslehre besteht darin, die künftigen Produzenten zu befähigen, die moderne Produktionstechnik beherrschen zu lernen, soweit das im ökonomischen Interesse der Monopole liegt. Das schließt die politische Bildung mit einer die Schüler politisch-sozial aktivierenden Stoßrichtung ein." (14).

Mit der Entwicklung neuer Gesellschafts- und Bildungskonzepte reagieren wie W. zeigt, die Vertreter der Kapitalinteressen auf veränderte Verwertungsbedingungen und Kräfteverhältnisse.

„In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, daß die Theorie der ‚Industriegesellschaft' jene gesellschaftstheoretische Konzeption darstellt, die offensichtlich auf längere Sicht im ideologischen Arsenal des Imperialismus einen vorderen Platz einnimmt." (23) Auch die Umstrukturierung und Neukonzipierung der Bildungskonzeptionen in der BRD Anfang der 60er Jahre stand in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Industriegesellschaftstheorie und derem Haupttheorem, der Verselbständigung der Rolle von Wissenschaft und Technik. „Mit der Einführung der Technik als geschichtlicher Haupttriebkraft sollen theoretisch die bestimmende Rolle der Produktionsverhältnisse und ihrer Wechselbeziehungen zu den Produktivkräften eliminiert werden." (25) Im Anschluß hauptsächlich an Friedrich

Dessauer finden derartige technikphilosophische Gedankengänge in die Bildungsideologie Eingang.

W. weist nach, wie technikpessimistische Richtungen der spätbürgerlichen Kulturkritik im Rahmen der Versuche, der arbeitenden Bevölkerung ein „positives" Verhältnis zur Technik als Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beizubringen, zunehmend durch technikoptimistische Richtungen der Technikphilosophie ersetzt werden. (35) In deren verschiedenen Varianten, von denen W. F. Dessauer, H. Gartmann, A. Gehlen, Th. Litt, K. Abraham, C. Schmid, F. Pollock und K. Tuchel nennt, gehen neuthomistische, idealistisch-fideistische, idealistisch-rationalistische, realistisch-optimistische, konvergenztheoretische und antikommunistische Elemente in unterschiedlichen Kombinationen ein. Am Beispiel Klaus Tuchels zeigt W. die Folgen einer Vorgehensweise, welche die Probleme der Technik von ihren historischen Wurzeln und gesellschaftlichen Grundlagen, Voraussetzungen und Bedingungen trennt. „Technik als Bildungsaufgabe" hat dann die Funktion, kapitalistische Produktionsverhältnisse zu verschleiern und Bildungsprozesse für deren Erhaltung dienstbar zu machen.

W. unterzieht aber auch solche Ansätze der Kritik, die er als „reformistische Positionen" kennzeichnet. (42 ff.) Er setzt sich mit Tendenzen auseinander, „sich in theoretischen und didaktischen Konzeptionen zur ‚Arbeitslehre' an der Ideologie des Reformismus zu orientieren" (45) Als allgemeinste Merkmale reformistischer Ideologie nennt er den Versuch zur „Entideologisierung, die Absage an den Marxismus-Leninismus, den Verzicht auf sozialistische Grundforderungen und die Haltung des Antikommunismus. (43) Während damit Konzepte von Schietzel, Blankertz und Stratmann zwar durchaus zutreffend charakterisiert werden, wird ihre gesellschafts- und bildungspolitische Bedeutung aber falsch eingeschätzt, wenn sie, wie W. das macht, unmittelbar an die Seite solcher Ideologen der Unternehmerverbände wie F. Arlt oder A. Beelitz gestellt werden. W. überzieht dabei die Zwiespältigkeit des modernen Reformismus, der bei der Absicherung der bestehenden Verhältnisse auch durchaus fortschrittliche Forderungen aufnehmen und vertreten muß.

In seiner Darstellung der Kritik an reformistischen Konzeptionen in der BRD (56 ff.) stützt sich W. auf Arbeiten von Barbara Busch, Friedhelm Nyssen u.a. Während die kritische Intention dieser Ansätze die apologetische Funktion bürgerlicher Bildungstheorie und -politik und reale Interessenpositionen aufdecken kann und mit Illusionen über den tatsächlichen Charakter offizieller Arbeitslehrepläne aufräumt, übersieht oder übergeht W. allerdings polit-ökonomische, die diese Autoren z.B. bei der Behandlung des Qualifikationsproblems zeigen. Dabei sind diese Fehleinschätzungen durchaus auch theoretische Grundlage für die Beschränkung, auf die W. bei seiner Rezeption progressiver Pädagogen und Gesellschaftswissenschaftler in der BRD selbst hinweist, nämlich das Fehlen formulierter demokratischer Alternativen. Solche Fragestellungen findet W. hauptsächlich in Beiträgen aus dem Umkreis der GEW aufgenommen.

Solche Alternativen sind aber auch bei W. noch nicht hinreichend konkretisiert und in strategische Schritte übersetzt. Die Vorschläge der DKP z.B. geben nur allgemeine Zielrichtungen an. Ebenso ist das Modell der DDR auf die gegenwärtige bildungspolitische Lage in der BRD nicht unmittelbar übertragbar. Der Satz: „Die sozialistische Schule dient der sozialistischen Gesellschaft und die bürgerliche Schule der imperialistischen Gesellschaft." (45) legt die Gefahr nahe, die Widersprüche und

Möglichkeiten der Bildungspolitik im Kapitalismus zu übersehen und ungenutzt zu lassen. Dazu bedarf es aber einer genaueren Bestimmung der Situation und der Interessenpositionen als sie W. in seinem kurzen Überblick leisten kann. In einer präziseren Kennzeichnung der unterschiedlichen in die Arbeitslehre eingeflossenen Konzepte und mit einer methodisch differenzierteren Unterscheidung zwischen staatlicher Bildungspolitik, den Bildungsinteressen der Unternehmer und den verschiedenen Bildungsideologien, könnten auch die bildungspolitischen Positionen klarer bestimmt werden, von denen eine Politik demokratischer Alternativen ausgehen kann.

Peter Faulstich

Karl A. Mollnau: Vom Aberglauben der juristischen Weltanschauung, Heft 53, 1974

Die Grenzen tendenziell fortschrittlicher Gesetzgebung und Rechtssprechung sind gerade in den Jahren der sozialliberalen Koalition in Bonn das Ende vieler Illusionen geworden. Erinnert sei hier an das Schicksal einer ganzen Reihe von Reformvorhaben (Bodenrecht, Mitbestimmung, Berufsbildung, § 218), die ihren Reformcharakter entweder schon im Prozeß der Gesetzgebung oder durch höchstrichterliche Urteile einbüßten. Einschränkung legislativen Handelns oder Determinierung der Außenpolitik werden ebenfalls qua Gerichtsbeschluß versucht (Urteil zum Grundlagenvertrag, Radikalenbeschluß). Solche Erscheinungen lassen die Entwicklung der Rechtswissenschaft, der Rechtstheorie und Rechtsphilosophie als deren theoretische Grundlegung und Legitimation, ebenso als Ausdruck des Selbstverständnisses der Akteure erhöhtes Interesse gewinnen; gleichzeitig wächst die Gefahr der Überbewertung dieser Entwicklung und der damit verbundenen Ausblendung anderer Faktoren, die Gefahr der relativen Verselbständigung im allgemeinen Bewußtsein und im Bewußtsein selbst der Juristen, die für eine umfassendere Analyse offen wären. Die Lektüre einer Untersuchung dieser Entwicklungen vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus kann in diesem Zusammenhang (übrigens nicht nur für Juristen) nur nützlich sein. Das Ziel M o l l n a u s ist, „zur Analyse der juristischen Weltanschauung als einem Bestandteil des weltanschaulichen Grundlagengefüges der zeitgenössischen Rechtsphilosophie der Bourgeoisie beizutragen", „hineinzuleuchten in die sozialen Ursachen, die dazu führen, daß die juristische Weltanschauung in modifizierter Form wieder wichtige ideologische Funktion ausübt", festzustellen „einige Auswirkungen, die unter diesem Blickpunkt der Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus für Inhalt und Struktur der bürgerlichen Rechtsphilosophie sowie ihre Methodik hat" (Mollnau, S. 17).

Diesem Anliegen auf ca. fünfzig Seiten gerecht werden zu wollen, scheint selbst bei der Beschränkung auf eine Auseinandersetzung mit der bundesrepublikanischen Variante dieser Erscheinung ein schwieriges Unterfangen. Angesichts des aus der zurückhaltenden Formulierung sprechenden Bewußtseins dieser Schwierigkeit (besser: Unmöglichkeit) beim Autor erscheint die Gefahr lediglich plakativer Verkündung ewiger Weisheiten verringert.

Zum Thema: Der Mollnau'sche Gegenstand, juristische Weltanschauung, kann nicht sein (um Mißverständnisse von vornherein auszuschließen) eine von der bürgerlichen zu unterscheidende eigene Weltanschauung, ebenso nicht eine besondere Schule der bürgerlichen Rechtsphilosophie. Innerhalb des bürgerlichen juristischen Systems kennzeichnet der Begriff vielmehr eine spezifische

bürgerlich ideologisch verklärte (und damit verkehrte) Sichtweise des Verhältnisses von Staat und Recht: Der Staat als rechtsunterworfene und damit rechtsförmig zu verändernde Institution. Mollnau greift dabei zurück auf die „Juristen-Sozialismus" genannte Polemik von Engels/Kautsky (MEW 21, S. 491-509), in der diese sich mit Menger, einem zeitgenössischen Rechtsphilosophen und Marxismus-Widerleger, auseinandersetzen. Nach Engels/Kautsky löst die juristische Weltanschauung die theologische ab: „An die Stelle des Dogmas des göttlichen Rechts trat das menschliche Recht, an die der Kirche der Staat." (Engels/Kautsky, a.a.O., S. 491f.) Die neue Klasse brauchte neue Theoreme zur Rechtfertigung und Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft; die Gerechtigkeit wurde vom Himmel auf die Erde befördert, nicht mehr göttliche Willkür, sondern der unbestechlich gleichbehandelnde Staat sollten fortan ihr Garant sein.

Mollnau gibt einen kurzen Abriß der Wirkungsgeschichte dieser Ideologie. in Zusammenhang mit den sie letztlich bestimmenden ökonomischen Faktoren. Mit der Entwicklung des Kapitalismus aus dem Stadium der freien Konkurrenz in das monopolistische genügte es nicht mehr, die Ausbeutungsverhältnisse in Rechtsverhältnisse umzudeuten und so unangreifbar zu machen — die so gezogenen Grenzen wurden zu rechtlichen Fesseln für die Herrschenden selbst und bedurften einer größeren Flexibilität, um sich verändernden Interessenlagen schneller und besser gerecht werden zu können. Praktische Einflußnahme auf den Gesetzgebungsprozeß und die stärkere Hinwendung zum Prozeß der Rechtsanwendung waren praktisch-politischer Ausdruck dieser Situation, die sich im Rechtsphilosophischen Bereich im Vordringen von Freirechtsschule und Interes senjurisprudenz niederschlug. Die staatsmonopolistische Entwicklung des Kapitalismus gibt nun dem Staat als Rechtsetzer und Rechtsanwender in doppelter Funktion (beim steuernden Eingriff in ökonomische Prozesse und bei der Unterdrückung von Klassenkämpfen) erhöhte Bedeutung und stellt zugleich die Rechtsphilosphie vor neue Aufgaben, zwingt sie, die Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, da sie immer weniger zu verschleiern ist, auf ihre Weise zu „bewältigen". Hier gewinnt nach Mollnau die juristische Weltanschauung erneut Bedeutung, indem sie, ergänzt um eine sozialreformerische Komponente, Recht als kritische Instanz und (natürlich nicht einzige) Ursache notwendiger und systemimmanent möglicher Veränderung propagiert, dem Recht also erhebliche eigendynamische Potenzen beimißt. Als Rechtstheoretiker, die an verschiedenen Stellen des bürgerlichen Spektrums dieses Theorem zum Bestandteil ihrer rechtstheoretischen Auffassungen machen, seiht Mollnau Kaufmann (Rechtshermeneutik), Maihofer (Realistische Jurisprudenz), Reich (Demokratische Rechtstheorie, Lampe (Rechtsanthropologie) und Luhmann (Systemfunktionale Rechtstheorie).

Ein kurzer Überblick über das quantitative Anwachsen rechtlicher Regelungen in der BRD von 1949 — 72 (Mollnau, S. 18ff) sowie eine Übersicht über die zunehmende Verwendung mit rechtsstaatlichem Schein umgebener Repressionsmaßnahmen (Mollnau, S. 21-27) sind geeignet, die These von der neuen gesetzgeberischen Aktivität des Staates in Anbetracht der Kürze der Darstellung recht eindrucksvoll zu untermauern.

Die Ableitung der veränderten Aufgaben bürgerlicher Rechtsphilosophie aus der Entwicklung des Kapitalismus in sein staatsmonopolistisches Stadium soll jedoch keineswegs „jede Besonderheit bürgerlicher Ideologieproduktion, auch die abstruseste, mit materiellen Klasseninteressen erklären" (Mollnau, S. 32), lineare Determiniertheit dort behaupten, wo eine Vielzahl von Faktoren wirksam sind. Nur so ist schließlich auch die Verschiedenheit der von Mollnau angeführten Ansätze, aber auch ihre letztendliche Verträglichkeit

richtig zu erfassen. Ihre Gemeinsamkeit ist nach Mollnau eine eher negativ zu definierende: „Die sozialökonomische Basis des modernen Kapitalismus nicht in Frage zu stellen, das ist der Punkt, auf den sowohl Niklas Luhmann wie Werner Maihofer fixiert sind." (Mollnau, S. 31). Die These von der Neufundierung bzw. Neuorientierung der Rechtswissenschaft kann bei dieser letztlich erkenntnisverhindernden Position immer nur bestenfalls Selbsttäuschung sein.
Mollnau bestreitet jedoch nicht, daß richtige Teilerkenntnisse auch von dieser Position aus gefunden werden können, ja sogar müssen. Die bürgerliche Rechtswissenschaft ist gezwungen, die gesellschaftliche Realität in Teilaspekten richtig zu erfassen, um nicht Handlungsanweisung an der Wirklichkeit vorbei zu geben, eine Erkenntnis allerdings, die sich im bürgerlichen Lager selbst noch nicht durchgesetzt zu haben scheint, wovon der immer noch andauernde Widerstand gegen das Eindringen sozialwissenschaftlicher Inhalte in Lehre und Forschung an den Universitäten zeugt. Das Konzedieren einer gewissen Wechselwirkung zwischen Recht und Gesellschaft in der neueren Rechtstheorie ist, da Gesellschaft weiterhin nur als Objekt des Rechts gesehen wird, wiederum nur Ausdruck dessen, daß Recht als autonome Erscheinung betrachtet, daß die juristische Weltanschauung in Ehren gehalten wird.

Angesichts der wachsenden Bedeutung rechtsförmigen Handelns von Staat und Monopolen und der Rolle der Rechtswissenschaft als immanent systemkritischer Instanz und damit systemerhaltender Faktor überrascht es nicht, daß die Diskussion über die Ideologiefrage hochaktuell ist. Mollnau nimmt diese Diskussion auf und versucht, nachzuweisen, daß es ihr heute nicht mehr darum gehen kann, zu klären, ob Recht etwas Faktisches oder Ideologisches sei, vielmehr darum, festzustellen, daß Recht zwar ideell-volitiv, aber nicht ideologisch sei, daß vielmehr ideologisches Recht dem Ideal der Gerechtigkeit per se nicht genügen könne. Mollnau kennzeichnet das als „ideologische Variante der Entideologisierungs-Ideologie" (Mollnau, S. 53), gleichzeitig willkommene Waffe zur Abqualifizierung des Rechts der sozialistischen Staaten, für das Ideologiefreiheit weder behauptet noch postuliert wird. Gerechtes Recht in der Definition als antiideologisches Recht negiert die Existenz von Klasseninteressen und deren rechtstheoretische Bedeutung und bestätigt die These vom (Auf-)Leben der juristischen Weltanschauung. Diese idealistischen Denkkategorien entsprechende (und ihrerseits natürlich auch objektiv bestimmten Klasseninteressen entspringende) Auffassung wird von Mollnau konfrontiert mit der materialistischen Auffassung vom Recht als notwengig ideologiegebunden, mit der durch das objektiv schrankenlose Erkenntnisinteresse der Arbeiterklasse gegebenen Einheit von Parteilichkeit und Wissenschaft, mit der Notwendigkeit der Entwicklung eines demokratischen, antimonopolistischen Rechtsbewußtsein als einer Voraussetzung wirklicher gesellschaftlicher Veränderungen.

Ob es sonderlich gründlich ist, diese weitreichenden Überlegungen allesamt anknüpfend an den von Engels/Kautsky für die Tagespolemik pointiert verkürzten Begriff der juristischen Weltanschauung zu entwickeln oder ob durch diesen Rekurs nicht eher Verwirrung gestiftet wird, mag dahingestellt bleiben: Mehr als ein Anknüpfungspunkt ist er wohl nicht. Ebenso vertrügen manche der von Mollnau nur angetippten Fragen gerade im Lichte der neuesten Entwicklung eine gründlichere Untersuchung.

So läßt gerade in letzter Zeit die sich verschärfende ökonomische Krise und die wachsende Heftigkeit der ideologischen Auseinandersetzung wieder die Grenzen rechtsförmigen staatlichen Handelns ins Blickfeld treten.

Heute wohl nicht mehr gerechtfertigt erscheint es, so unterschiedliche

Rechtswissenschaftler wie Maihofer und Reich zu subsumieren unter „Ordinarien", die darum wetteifern, „sich als Schuloberhaupt ins Buch bürgerlicher Rechtsphilosophie einzuschreiben" (Mollnau, S. 16). Die Entwicklung demokratischer Ansätze im Bereich der Rechtstheorie vorangetrieben zu haben, ist mit Reichs Verdienst.

Die These Mollnaus von der Bedeutung solcher Ansätze für die Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterklasse steht etwas unvermittelt, ebenso die damit verbundene Qualifizierung gewisser Vorstellungen von den gesellschaftsverändernden Möglichkeiten einer freischwebenden Intelligenz (Juristen) als „juristische Version der Leugnung der Rolle der Arbeiterklasse als der entscheidenden Kraft im Kampf um Demokratie, sozialen Fortschritt und Sozialismus" (Mollnau, S. 57). Die vielfältigen Hürden, die man jedem auch nur als kritisch verdächtigtem Juristen auf dem Weg in die Berufspraxis und damit in die gesellschaftliche Wirksamkeit aufbaut, beweisen zwar zunächst, wie illusionär diese Überschätzung der eigenen Möglichkeiten ist, sie sprechen aber doch auch für die Möglichkeit einer sicher nicht grundlos gefürchteten demokratischen Berufspraxis.

Bei jeder Kritik an den Ausführungen Mollnaus, bei der Summierung offen gebliebener Fragen, bei der Feststellung einer gewissen Kurzschlüssigkeit sollte man die Arbeit nicht an einem Anspruch messen, den sie zu erheben selbst ausdrück ablehnt. Solche Fragen überhaupt angeregt zu haben, Möglichkeiten zur Beantwortung und Anregungen zur weiteren Beschäftigung aufgezeigt, Thesen zur Auseinandersetzung aufgestellt zu haben, erscheint an sich schon als eine Bereichung der Diskussion.

Jutta Wagner-Beck

Hans Schulze: Sozialdemokratismus zwischen Entideologisierung und Ideologisierung, Heft 28, 1973

Ludwig Elm: Der ‚neue' Konservatismus. Zur Ideologie und Politik einer reaktionären Strömung in der BRD, Heft 49, 1974

Karl-Heinz Röder, Wolfgang Weichelt: Das Dilemma des Antikommunismus in der Strategie, Heft 40, 1974

An der aus der Tradition des Marxismus begründeten Auffassung daß „der ideologische Kampf eine der Hauptformen des Klassenkampfes zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist und mit den ökonomischen und politischen Hauptformen dieses Kampfes eine untrennbare Einheit bildet" (Röder, Weichelt, S. 10), ist die wissenschaftliche und die politische Zielsetzung vorliegender Untersuchungen orientiert. Daß sich in Ideologien Bewußtseinseinlagen ausdrücken, die ökonomische und politische Klassen-Verhältnisse widerspiegeln, wird von den Autoren in Anbetracht des wissenschaftlichen Anspruchs und des informatorischen Gehalts ihrer Analysen ausführlich demonstriert. Weil die Autoren sorgfältig recherchiertes und geordnetes Material ihren Untersuchungen zugrunde legen, sind diese als ein wichtiger Beitrag für die wissenschaftliche und politische Beurteilung der aktuellen ideologischen Verhältnisse in der BRD zu werten.

Der Beitrag von Schulze ist auf die politische Ideologie der Vertreter des rechten Flügels der Sozialdemokratie konzentriert, Elms Arbeit befaßt sich mit den Absichten von Teilen der CDU, der CSU und sonstiger, parteiunabhängiger rechts-

radikaler Gruppierungen und Einzelpersonen, ein „konservatives Weltbild" unter den gegenwärtigen ideologischen Bedingungen zu rekonstruieren; die Einflußnahme von Seiten einschlägiger Disziplinen der Wissenschaft auf die theoretische Legitimation der politischen Ideologie der Rechtskräfte bildet bei R ö d e r / W e i c h e l t den Schwerpunkt der Analyse. Nicht von ungefähr sehen sich die Autoren genötigt, aus Parteitagsbeschlüssen und -protokollen , aus Parteizeitungen und Zeitschriften aus offiziellen Verlautbarungen von Vertretern der Führungsgremien der SPD und der CDU/CSU und anderer Vereinigungen, aus den Publikationen ihrer akademischen Parteigänger das Spektrum und die Intensität einer gegenwärtig zu beobachtenden Formierung der rechtssozialdemokratischen und konservativ-reaktionären Ideologien zu erschließen. Denn der ideologische Formierungsprozeß der bundesrepublikanischen Rechtskräfte wird von den Autoren weniger von Faktoren abhängig gesehen, die einer einheitlichen, wissenschaftlich begründeten und in Traditionen entwickelten Ideologie des „Sozialdemokratismus" oder des „Konservatismus" angehören — sie erklären diesen Prozeß vorrangig aus dem Grad, in dem SPD, CDU/CSU, dem staatsmonopolitischen Herrschaftsmechanismus unterliegend, an der Regierungsverantwortung beteiligt sind, oder ihre politische Identität in der Oppositionsrolle finden müssen. Entsprechend widersprüchlich und variantenreich fällt daher auch das ideologische Erscheinungsbild aus, daß diese Partei ihren potentiellen Wählern vermittelt.

Im Zusammenhang der innerparteilichen Diskussion um das ‚Godesberger Programm' von 1959 wird von dessen Autoren das „Ende" der sozialistischen Ideologie als weltanschaulicher und theoretischer Grundlage sozialdemokratischer Politik erklärt. S c h u l z e verweist auf die weitreichenden Konsequenzen, die diese Auffassung für die ideologischen Konsolidierungsbemühungen der SPD in den fünfziger und sechziger Jahren beinhaltet; die neuere Ideologiegeschichte der Sozialdemokratie ist seitdem die Geschichte der offenen Abwendung von ihrer noch bis in die dreißiger Jahre vorherrschenden marxistischen Traditionen. Wirkt sich diese Tendenz einerseits als Defizit in der theoretischen Fundierung sozialdemokratischer Politik auf, ist andererseits so erst der Spielraum geschaffen, der das Eindringen bürgerlicher Ideologie in die sozialdemokratische Sicht gesellschaftlicher Verhältnisse und historischer Prozesse ermöglicht. Hier vermittelt die Untersuchung von R ö d e r / W e i c h e l t einen informativen Überblick über den Umfang und die Reichweite dieses Vorgangs. Es ist in den fünfziger Jahren vor allem der Einfluß amerikanischer sozialwissenschaftlicher und politiktheoretischer Konzeptionen, die darauf angelegt sind, vermittels ‚neuer' Definitionen eines der gegenwärtigen Entwicklungsphasen des Kapitalismus angepaßten Gesellschaftsbildes, dem wissenschaftlichen Sozialismus den Boden zu entziehen.

Die von den rechten Vertretern der SPD offen erhobene Forderung nach „Entideologisierung", d.h. nach „Wert- und Klassenneutralität" der Politik der SPD als einer „Volkspartei " verbindet die Kapitualtion vor der bürgerlichen Ideologie mit der Einschätzung, daß der Sozialismus einer marxistischen Begründung nicht mehr bedürfe. Die im ‚Godesberger Programm' anvisierten Wertvorstellungen und Zieldefinitionen bringen die Auffassung zum Ausdruck, daß unter den theoretischen und kategorialen Voraussetzungen der marxistischen Klassentheorie sowie der Monopol- und Imperialismusanalyse Lenins die sozialen Verhältnisse der „Industriegesellschaft" und der politische Wirkungsmechanismus des „technischen Staates" nicht mehr adäquat werden könne. Daher wird die Gültigkeit von Grundauffassungen des Marxismus dem 19. Jahrhundert zugeordnet oder vermittels ihrer Revision den mit diesen Auffassungen angeblich unvereinbaren gegenwärtigen Bedingungen angepaßt.

Mit der Absage an die marxistische Tradition ist der Verlust der revolutionären Substanz sozialdemokratischer Ideologie und der antikapitalistischer Orientierung

der Politik der SPD ausgesprochen. Wie die „Große Koalition" von 1966 bestätigt, wird die Sozialdemokratie jetzt im parlamentarischen Kräftespiel mit den bürgerlichen Parteien konkurrenzfähig. Je stärker sich aber sozialdemokratische Reformpolitik als abhängig von den herrschenden ökonomischen Interessen und damit als konjunkturbedingt und krisenanfällig erweist, ist der gravierende Verlust an eigenständiger, an den Interessen der Arbeiterklasse orientierter Wirkungsfähigkeit offensichtlich. Daraus begründet S c h u l z e , den Kurswechsel, zu dem sich die Sozialdemokratie bezüglich ihres ideologischen Selbstverständnisses gegen Ende der sechziger Jahre genötigt sieht.

In der nun parteioffiziell erhobenen Forderung nach „Reideologisierung" sozialdemokratischer Politik der Reformen, der Verpflichtung auf einen „demokratischen Sozialismus" sieht S c h u l z e nicht zuletzt die Antwort auf das in den Lohnkämpfen von 1970/71 entwickelte gewerkschaftliche Klassenbewußtsein in Teilen der Arbeiterschaft — leider widmet S c h u l z der Rolle der Gewerkschaften in dieser wichtigen Phase kaum Aufmerksamkeit — und auf das Vordringen des wissenschaftlichen Sozialismus im Bildungsbereich im Zusammenhang der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung. Diese Antwort unterstellt die Führung der SPD einer doppelten Zielstellung: Einerseits sehen sich die Parteiführer genötigt — so auf dem außerordentlichen Parteitag von 1971 —, der innerparteilichen linken Opposition entgegenzuwirken, die auf einer offenen Darlegung der Wissenschaftlichkeit sozialdemokratischer Politik drängt und Schlußfolgerungen zur Diskussion stellt, die das Programm einer Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft beinhalten; andererseits gilt es, wachsendes proletarisches Klassenbewußtsein in die Bahnen des Reformsozialismus zu lenken. Einmal mehr wird infolgedessen der Bruch mit der sozialistischen Tradition der SPD bekräftigt und die Unvereinbarkeit sozialdemokratischen Sozialismusverständnisses mit dem wissenschaftlichen Sozialismus betont.

E l m s Darstellung „ideologischer Hauptlinien der imperialistischen Bourgeosie" ist auf die rechte von der SPD zu lokalisierende Ideologie des „Neokonsevatismus" bezogen. Seine Analyse des in Teilen der CDU, der CSU und anderer rechtsradikaler Gruppierungen verbreiteten ideologischen Gesellschafts- und Geschichtsverständnisses trägt weitgehend zur differenzierten Auffassung der sozialpolitischen Funktionen des Konservatismus und des rechten Radikalismus bei (— zur Differenzierung gehört, daß dem inflationären Gebrauch des Faschismus-Begriffs entgegengearbeitet wird). Elm geht davon aus, daß die mit dem Machtwechsel zugunsten der „Großen Koalition" offensichtlich aufgetretenen ideologischen Probleme die CDU/CSU nötigten, eine ideologische Absicherung ihrer parteipolitischen Programmatik durch „Rückbesinnung" auf traditionelle „Werte" des Konservatismus und entsprechender „neuer Leitbilder" verstärkt in Angriff zu nehmen. Der Sonderparteitag der CDU/CSU (Juni 1973) ist, wie es Reden und Protokollen zu entnehmen ist, schwerpunktmäßig mit der Begründung dieser Forderung beschäftigt.

Rekonstruiert werden im „Neokonservatismus" traditionelle Bestände des Konservatismus, die Elm bis in die gegen die Französische Revolution gerichteten Schriften von B u r k e und G e n z zurückverfolgt. Durch die jeweils aktuellen politischen Bedingungen modifiziert, wirken konservative und gegenrevolutionäre Basisanschauungen in der Ideologie der Rechtsparteien zur Zeit Bismarks und in der Weimarer Republik fort und sind auch in der Ideologie des bundesrepublikanischen Rechten erneut anzutreffen. Daß diese historische Erörterung Elms der Herausarbeitung der aktuellen Gründe einer Renaissance förderlich ist, zeigt sich dadurch, daß das oft bizarre und vordergründig uneinheitliche Erscheinungsbild des „neuen" Konservatismus Profil gewinnt. Es sind der dezidierte Antimarxismus in der Theorie und der Antikommunismus in der politischen

Zielsetzung der Rechtsparteien, die von Elm als mobilisierende Faktoren im Formierungsprozeß des gegenwärtigen Konservatismus herausgearbeitet werden. Als tragende Bestandteile, die die Richtungen dieses auf die Legitimation von Herrschaftsansprüchen und die Gewinnung von Massenloyalität orientierten Formierungsprozesse charakterisieren, führt Elm die Konzeption des „autoritäten Staates", das von katholischer Soziallehre geprägte Gesellschaftsbild, Nationalismus und Europaideologie an.

Wenn der Gesamtzusammenhang vorliegender Untersuchungen eine für die Theorie und Praxis des ideologischen Kampfes wichtige in sich differenzierte Analyse des ideologischen Potentials der bundesrepublikanischen Rechtskräfte darstellt, so resultiert das nicht zuletzt aus der von den Autoren angewendeten Verfahrensweise, die sich von den Grundsätzen marxistischer Ideologien-Kritik leiten läßt. Es entspricht dem -- allerdings mit unterschiedlichem Erfolg durchgehaltenen — Anspruch der Autoren, aus dem materiellen Bedingungszusammenhang der gegenwärtigen allgemeinen Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems Voraussetzungen und Gesetzmäßigkeiten des ideologischen Kampfes abzuleiten: diese bewußt zu machen bedeutet für die massen- und bündnispolitische Orientierung dieses Kampfes allerdings eine unerläßliche Aufgabe. Indem Schulze und Elm diesem politischen Interesse in der Verfahrensweise ihrer Kritik bürgerlicher Ideologie nahezu durchgängig Rechnung tragen, u.a. auch durch systematische Bezugnahme auf den historischen Prozeß von Kontinuität und Diskontinuität, in dem die Traditionslinie bürgerlicher Ideologie sich abzeichnet, so tritt bei Röder/Weichelt die Rücksicht auf historishce und systemspezifische Unterscheidungen oft in den Hintergrund. Darauf hinzuweisen ist deshalb geboten, weil die Relevanz marxistischer Ideologiekritik von der Bedeutung abhängig ist, die sie in der alltäglichen und kontinuierlichen Auseinandersetzung sozialistischer und demokratischer Kräfte mit rechtsideologischen Positionen gewinnt. Die bei Röder/Weichelt leitende These, daß sozialdemokratische und rechte Ideologien im gemeinsamen Antikommunismus gründen, bleibt dann eine Aussage von zu hohem Allgemeinheitsgrad, wenn die Präsenz des Antikommunismus in „pluralistischen", „konservativen" oder „reformistischen" Ideologien nicht eingehend genug nachgewiesen, Modifikationen nur skizzenhaft erörtert werden, in denen der Antikommunismus sich offen manifestiert und verbirgt. Die vorliegende Untersuchung gerät stellenweise auch deshalb in Gefahr, lediglich das allgemeine Erscheinungsbild des Antikommunismus, nicht seinen komplexen Wirkungsbereich darzustellen, weil die zweifellos zu berücksichtigende Orientierung der „ideologischen Offensive" der Rechtskräfte auf das internationale Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus einseitig in den Vordergrund gestellt wird. Für die Einschätzung der gegebenen Situation des ideologischen Kampfes ist es aber von nicht geringer Bedeutung zu sehen, w i e d i e s y s t e m r e l a t i v e n B e d i n g u n g e n u n d P e r s p e k t i v e n geartet sind, an denen die politische und ideologische Arbeit linkssozialdemokratischer, gewerkschaftlicher und sozialistischer Kräfte ansetzt. Daß schließlich marxistische Positionen in der BRD in der Hauptsache von revisionistischen und sektiererischen Ideologen eingenommen (und verfälscht) werden, ist auch ein Eindruck, dem die Untersuchung Röder/Weichelts nicht genügend entgegenwirkt, so sehr andererseits hervorgehoben werden muß, daß die Autoren, oft überzeugend, eine ideologische Nähe revisionistischer und sektiererischer Standpunkte zu Grundauffassungen des rechten Sozialdemokratismus und des Konservatismus nachweisen.

Bernhard Heidtmann

Solschenizyn und ‚die' westliche Linke oder: Der Verlust der Vernunft

Gegenstand der folgenden Ausführungen ist ein Aufsatzband der Reihe rororo aktuell, herausgegeben von Rudi Dutschke und Manfred Wilke unter dem Titel „Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke". Wenn man sich als westlicher Linker fühlt, ist man also angesprochen, auch wenn man dem Autorenverzeichnis auf dem Einband sofort entnehmen kann, daß in dem Band offenbar nur ganz besonders Linke zu Wort kommen. Aufgeführt sind in alphabetischer Reihenfolge O. Flechtheim, R. Havemann, E. Mandel, R. Medwedew, J. Pelikan (Pelikan im Inneren des Bandes), T. Pirker, B. Rabehl und F. Vilmar. Abgeschlossen wird diese Reihe von einem verheißungsvollen u.a., was indes keine Überraschungen verbirgt, denn unter u.a. firmieren vorzugsweise „Spiegel"-Schreiber und die Herausgeber. Da man aber doch nicht glauben will, daß sich Rudi Dutschke et al. einfach an einem auflagenträchtigen Solschenizyn-Rummel beteiligen wollen, versucht man der Einleitung der Herausgeber zu entnehmen, wo die besondere Funktion dieses Bandes liegt. „Unser Buch soll gerade dazu dienen, die Inhalte und Ziele des demokratischen Sozialismus und des demokratischen Kommunismus zu schärfen (!) . . ." Manche mögen es scharf! Und Wozu? Um „antikapitalistische Waffen klarer (!!) und unzweideutiger werden zu lassen."/15/

Selbst wenn man davon ausgeht, daß in diesem Satz aus Versehen die Verben vertauscht worden sind, daß er also heißen müßte: „Unser Buch soll gerade dazu dienen, die Inhalte und Ziele des demokratischen Sozialismus und des demokratischen Kommunismus zu klären und unzweideutiger werden zu lassen, um antikapitalistische Waffen zu schärfen. . ." kann man nicht umhin, die Verwaschenheit dieser Absichtserklärung zu vermerken. Sie ist Ausdruck mangelnder Substanz und ob das reicht, „die Gettoisierung der Linken aufzubrechen", als welchen Versuch sich der Band außerdem noch versteht/15/, muß leider bezweifelt werden.

Indes sollte man nicht von den Herausgebern auf die Mitautoren schließen, die möglicherweise in der Lage sind, die Mängel jener zu kompensieren. Aber schon der erste Beitrag ist in dieser Hinsicht eine Enttäuschung. R. Havemann beginnt seine Ausführungen zum Thema „Freiheit als Notwendigkeit" mit der erstaunenswerten Forderung, daß die in den Westen reisenden DDR-Rentner das Geld bekommen müßten, was die Besucher aus dem Westen zu „hohen Tagessätzen 1:1 umtauschen"/16/ müssen. Abgesehen davon, daß er damit die Bewegungsfreiheit der DDR-Rentner im Westen an die Konjunkturen westlicher DDR-Besuche knüpft — ein sicherlich fragwürdiges Freiheits-Ideal — und es noch auszurechnen wäre, um wieviele Pfennige pro Tag sich der DDR-Rentner dann besser stehen würde — wenn überhaupt — verblüfft die oberflächliche ‚Logik', aus der heraus diese Forderung ‚abgeleitet' wird. Denn so ‚selbstverständlich', wie sich Havemann gibt, ist sein Vorschlag keineswegs. Warum sollen die ‚hohen Tagessätze' nicht von denjenigen eingestrichen werden, die die Besucher bewirten? Warum verlangt er nicht, daß mit den so einkommenden Devisen Produkte des westlichen Pressewesens eingekauft werden, um allen DDR-Bürgern eine ‚Reise' im übertragenden Sinne zu erlauben. Es wird leicht ersichtlich, daß sich die Kette derartiger Forderungen unendlich fortspinnen ließe, ohne daß die eine gegenüber der anderen ein höheres Maß an Notwendigkeit beanspruchen könnte, und wie kindisch eine solche Logik des Konkreten ist. Ein Mann wie Havemann sollte den Erfordernissen sozialistischer Finanzwirtschaft souveräner gegenüberstehen. Zumindest sollte er sehen, daß die Vor-

schläge, die er öffentlich einbringt, nicht zu den Zielen führen können, die er befürwortet. Auslandsreiseverkehr ist in seinem Umfange in jedem Falle von der Verfügung über die entsprechenden Devisen abhängig. Ein Industriestaat wie die DDR bezieht aber seine Devisen nicht primär aus dem Reiseverkehr sondern aus internationalen Wirtschaftsbeziehungen, zu deren Entwicklung auch die entsprechende Verwendung der vorhandenen Devisen gehört. Eine umsatzlose Verwendung von Devisen aber, wie von Havemann gefordert, würde die Wirtschaft dieser Möglichkeit berauben und langfristig die Bewegungsfähigkeit der betroffenen Bürger eher einschränken und damit genau zum Gegenteil von Havemanns Zielvorstellungen führen: eine Erweiterung der Basis für Reisen von DDR-Bürgern ins westliche Ausland würde tendenziell unmöglich werden.

Auch sonst ist Havemanns Beitrag schwach. Sicherlich ist das Automobil kein sehr rationelles Verkehrsmittel und seine Ablösung durch etwas Besseres dringend zu wünschen. Aber ob dieser Tatbestand schon hinreicht, den Aufbau einer Kraftfahrzeugindustrie in sozialistischen Ländern pauschal zu verurteilen, ist genauso zu bezweifeln wie der Realitätsgehalt der folgenden These: „Eine Gruppe von Fachleuten könnte im Handumdrehen ein System von automatisierten Transportmitteln entwerfen, mit dessen Hilfe jedermann schneller und praktisch gefahrlos alle Nahverkehrsziele erreichen kann, und das gleichzeitig nur einen Bruchteil an Material und Energie kosten würde, was gegenwärtig gesamtwirtschaftlich von den Autos verschlungen wird."/23/ Wenngleich man sich einen derartigen Zustand sehr leicht ausdenken kann, sollte man realistischerweise nicht vom gesellschaftlichen Arbeitsaufwand zur Erreichung eines derartigen Zieles abstrahieren, sonst bleiben derartige Vorstellungen im Grunde langweilige Träumereien.

Im Versuch, die These zu belegen, daß für die Völker des Sozialismus das „System der ‚Unfreiheit als Notwendigkeit'"/22/ zur Lebensbedingung geworden ist, beweist Havemann schließlich ungewollt das Gegenteil seiner Prämisse, die darin besteht, daß unter den im Sozialismus gegebenen Bedingungen die „Leitung der ökonomischen Prozesse . . . zur reinen Selbsttäuschung" wird und deshalb „einfach nichts (in Worten: n i c h t s , d.Verf.) leisten" kann/28/. So muß er zugeben, daß für „die Zeit bis zum Ablauf der ersten zehn Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges . . man für den technologischen Rückstand des Sozialismus . . . noch viele gewichtige Gründe ins Feld führen" konnte/24/. Unter industriellen Bedingungen wird es legitim, aus technologischem Rückstand Mangel an gesellschaftlichem Reichtum abzuleiten. In der Konsequenz seiner allgemeinen Argumentation müßte jetzt kommen: Weil das gegenwärtige System nichts leisten kann, ist der Abstand immer größer geworden, andernfalls ja totaler Stillstand herrschen würde. Da eine solche Argumentation denn doch allzu offensichtlich an der gegebenen Wirklichkeit vorbeischießen würde, muß sich Havemann aber diesen Schluß versagen, der durch den Aufbau seiner Argumentation an sich geboten ist. Er schießt nicht, sondern sucht sofort nach den „Wurzeln des Übels"/25/. Entweder sieht er das Loch in seiner Anklageführung nicht oder aber er hofft, daß andere es nicht sehen. Wie berechtigt diese letztere Hoffnung auch sein mag, schließlich lesen doch nicht nur solche Leute das hier besprochene Buch, die sich bedenkenlos jeden Anwurf gegen den realen Sozialismus zueigen machen, auch wenn er noch so abenteuerlich ist. Deshalb sei hier die Gegenrechnung aufgemacht: Die Tatsache, daß der Abstand sich wesentlich verringert hat, in einigen Gebieten praktisch verschwunden ist — neben anderen Gebieten sind hier Landwirtschaft und Luftfahrt hervorzuheben — beweist nicht nur die Leistungsfähigkeit sondern sogar die Überlegenheit des gegebenen Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus. Warum? Weil ansonsten nämlich der ‚normale' Vorgang genau umgekehrt ist. Wenn ein kapitalistisches Land mit einem technologisch unentwickelten — damit ärmeren — Land in Tauschbeziehungen eintritt, dann m u ß das entwickelte reichere Land immer reicher und das unentwickelte arme Land immer ärmer — der Abstand also größer — werden, ganz einfach weil notwendig mehr Arbeit gegen weniger Arbeit getauscht wird, jedenfalls im Verhältnis zur jeweiligen gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Diesem Mechanismus kann das ärmere Land nur durch eine sozialistische Wirtschaftsführung entgehen — eine funktionierende notabene — weil unter sozialistischen Bedingungen einerseits eine bewußte Entwicklung der eigenen Ressourcen betrieben werden kann, andererseits die notwendig gegebenen Ungleichheiten in den Tauschrelationen nach außen in ihren Auswirkungen nach innen über Wirtschaftssteuerung in kontrollierbare Bahnen gelenkt werden kann. Eine sozialistische Wirtschaft, die im — von Havemann kritisierten — Austausch mit kapitalistischen Staaten sich positiv zu entwickeln vermag, hat ihre Funktionstüchtigkeit praktisch bewiesen, was nicht heißt, daß sie deshalb schon optimal arbeiten muß.

Im Prinzip könnte man Havemann die Brüchigkeit seiner Argumentation in jedem einzelnen Punkt nachweisen. Aber zum einen lohnt es nicht über Thesen wie die, daß „die kapitalistische Wirtschaft dank schneller demokratischer (!) Selbstkontrolle" funktioniert/27/ auch nur eine Zeile zu verlieren, zum anderer braucht man von schwachen Leistungen nicht allzuviel Aufhebens zu machen. Es sei lediglich darauf verwiesen, daß Havemann, der von vielen als Marxist und Dialektiker betrachtet wird, sich als früh-bürgerlicher Ideologe decouvriert. „Denn der Sozialismus kann Freiheiten schaffen, die in der bürgerlichen Gesellschaft nur Hoffnung und Träume waren: Die Freiheit des Individuums von jeder materiellen Abhängigkeit von anderen Menschen."/28/ Daß es eine Gesellschaftsordnung geben kann, in der die Individuen voneinander materiell unabhängig sind, ist archaische bürgerliche Ideologie. Die fortgeschrittenen Bürger glauben das heute selber nicht mehr. Ich hatte das bis jetzt immer so verstanden, daß im Sozialismus die in j e g l i c h e r menschlichen Gesellschaft gegebene materielle Abhängigkeit der Individuen voneinander aus ihren naturwüchsigen Formen in die Gestaltung b e w u ß t e r Gesellschaftlichkeit überführt wird, wobei die materielle Abhängigkeit der Individuen voneinander zum offensichtlichen Inhalt des Gesellschaftsprozesses wird.

Es folgt ein Beitrag von Fritz Vilmar über „Gesamteuropäische Koexistenz und innersozialistische Kritik". Die Tatsache, daß sich Fritz Vilmar gewisse Verdienste um die Destruktion der Legende von der Bedrohung durch die kommunistische Aufrüstung erworben hat, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch für ihn der beste Kommunist noch immer der Antikommunist ist. Seine ‚linke' Attitude gibt sich dieser Mann dadurch, daß er sich des Jargons des Bundesamtes für Verfassungsschutz befleißigt, wenn er die SPD fragt: „Die Hochschulen den K-Gruppen überlassen?"/60/.

Indes soll zur angemessenen Beurteilung der Leistung Vilmars zunächst sein Theorieverständnis dargestellt werden. Dies offenbart sich in der folgenden Formulierung: „Der Staat kann nicht apriori Instrument einer Klasse und zugleich Spannungsfeld verschiedener Klassen und Kräfte sein, das ist begriffslogisch kontradiktorisch."/50/. Der guten alten deutschen Ideologie folgend wird hier behauptet, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Als wenn die Dynamik realer Phänomene sich als eine Sache der Logik bestimmte und nicht aus der Logik die Sache.

Eine Gesprächsbasis mit Kommunisten gibt es für ihn selbstverständlich erst, wenn sie aufgehört haben, Kommunisten zu sein. Denn schizophren findet er es,

wenn die DKP vor der Illusion warnt, den Sozialismus allein durch sogenannte systemüberwindende Reformen schaffen zu können. Daß das heißt, daß der Sozialismus nicht ohne die Umwälzung der im Kapitalismus herrschenden politischen und ökonomischen Machtverhältnisse errichtet werden kann, will sowenig in den Kopf des Begriffslogikers Vilmar hinein, daß er dies gleich mit zwei Fragezeichen vermerken muß/54/. Und mit dieser Schizophrenie muß natürlich ein Ende sein, soll „eine ernsthafte Gesprächsbasis geschaffen" werden/55/. Und wenn nicht mehr von der Änderung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse die Rede ist, dann „lohnt" es sich natürlich wieder über Forderungen zu diskutieren wie: Die Überführung der Schlüsselindustrien, der Rüstungskonzerne und Großbanken in öffentliches Eigentum etc.

Zu dieser Jämmerlichkeit paßt es recht gut, wenn sich eine Suada über die angebliche „Parteihochschule Marburg" anschließt, die an Niederträchtigkeit wohl auch von Springer-Journalisten kaum zu überbieten sein dürfte. Vielmehr als das hat Vilmar nicht zu bieten, denn wenn er sich nicht gerade in Beschimpfungen der Kommunisten ergeht, bewegt er sich im Reich der Träume. Marx benutzt gelegentlich den Ausdruck ‚breimäulige Faselhänse'. Vilmar könnte man als zeitgenossisches Exemplar dieser Spezies bezeichnen.

Phrasen wie die folgenden, belegen dies überdeutlich: „Es geht um einen konstruktiven politischen Bewußtseinsprozeß und einen daraus folgenden Aktionsbildungsprozeß, der auf eine tiefgreifende Umgestaltung gegenüber dem (gesellschaftlichen, B.H.) Gegensystem hinzielt. Notwendig ist die genaue Umkehrung des Stellenwertes des Kontersystems im eigenen gesellschaftspolitischen Weltverständnis. . . . Tödlich für den menschlichen Fortschritt wäre demnach gerade die Alleinherrschaft eines der beiden Systeme."/43/44/ Ideologie, die man mit Händen greifen kann. Warum eine sozialistische Weltgesellschaft übrigens tödlich für den menschlichen Fortschritt sein soll, bleibt soweit sein Geheimnis.

Von einer derartigen Position aus immunisiert man sich tunlichst gegen Kritik. Dies tut Vilmar, indem er der kritisierten Position mit dem Vorwurf der „Lernpathologie" droht, worunter er die „Unfähigkeit" versteht, „. . . Lernprozesse, Kritik des eigenen Systems und Standpunkts überhaupt noch adäquat wahrzunehmen, geschweige denn zu verarbeiten."/44/ Bliebe hinzuzufügen, daß nur jemand, der nicht in der Lage ist, objektive Kritik von übler Nachrede zu unterscheiden, diejenigen, die da sehr genau zu unterscheiden wissen, als pathologische Fälle bezeichnen kann.

Der Beitrag von Reinhard Crusius und Manfred Wilke „Der Antikommunismus als Legitimationsproblem der deutschen Linken" bewegt sich noch mehr in der Welt bloßer Vorstellungen und oberflächlicher Verallgemeinerungen. Schon die Problemstellung ist bezeichnend: Wenn Antikommunismus zum Legitimationsproblem erhoben wird, dann kann logischerweise nur Antikommunismus herauskommen, wer sich auch immer dieses Thema stellt. — da sonst notwendig das Thema verfehlt würde. Und die Arbeitsweise von Crusius und Wilke ist nicht dazu angetan, sie von selbst auf die Kurzschlüssigkeit ihrer Problemstellung stoßen zu lassen. Dazu bleiben sie zu sehr an der Oberfläche und sind sie allzu selbstgenügsam im Erheben der ‚Beweise' für ihre Thesen. So übernehmen sie unbesehen als ‚Faktum' an das ‚man' im Zusammenhang mit der Sowjetunion ‚denkt': „Willkür der Staatsmaschine und Rechtslosigkeit des Einzelnen"/66/. Daß aber die Rechtslosigkeit des Einzelnen gesellschaftliche Zustände unterstellt, die unvereinbar sind mit den Bedingungen, wie sie entwickelte Industrialisierung fordert — die sie der Sowjetunion im selben Zusammenhang zubilligen — übersehen sie mit schlichtem Gemüt. „Im Zusammenhang mit Sowjetunion und Kommunismus denkt man (!) an andere Fakten (!!)"/ebd./

und es folgt der gängige Gruselkatalog von ‚Fakten', angefangen beim „Terror gegen Andersdenkende" über „Zwangsarbeit in Sibirien" und „Willkür der Staatsmaschine und Rechtlosigkeit des Einzelnen" — nur absolut Böswillige können das in diesem ‚Faktum' notwendig unterstellte gesellschaftliche Chaos ernsthaft in einen Zusammenhang mit einer industrialisierten Gesellschaft bringen wollen, aber wer das tut, hat ohnehin die Basis entscheidbaren Argumentierens verlassen — bis zum „Fehlen (!) von Gewerkschaften, die dem Arbeiter bei Konflikten mit der Staatsgewalt oder der Firmenleitung helfen"/67/, um nur einige hervorzuheben, wobei dieses letzte ‚Faktum' aufgeführt wird, obwohl dem ebenfalls im Band enthaltenen Beitrag Jean-Marie Chauviers über die Gewerkschaften in der Sowjetunion zu entnehmen ist, daß die Wirklichkeit dann doch anders aussieht/vgl. weiter unten/. Da Wilke als einer der Herausgeber zeichnet, muß diese redaktionelle Schludrigkeit festgehalten werden.

Auch sonst ist der Beitrag nicht nur ein Zeugnis von Naivität, sondern auch von großer Unklarheit des Denkens. Zunächst bilden sie sich den ‚Begriff' von dem, was sein soll, um dann „Voraussetzungen" zu formulieren, die auch den Formulierungen zufolge nur Resultate sein können. Zum ‚Begriff': „Links" sind all die politischen, kulturellen und sozialen Strömungen, die durch ihre Praxis menschenwürdige Lebensmöglichkeiten tendenziell (!) für alle Menschen auf der Erden herstellen wollen (!!)"/77/. Wir dürfen nunmehr so prominente Linke wie Ludwig Erhardt und seine ‚Formierte Gesellschaft' seelig und den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im Kreise der deutschen Linken begrüßen, denn ‚menschenwürdige Lebensmöglichkeiten für alle Menschen auf der Erde' w o l l e n die durch ihre Praxis auch herstellen und wahrscheinlich nicht einmal nur tendenziell. Und dann die Voraussetzungen' für die Herausbildung eines solchermaßen bestimmten ‚linken Lagers': „Die verschiedenen Schattierungen der Linken müssen sich über Unterschiede und Gemeinsamkeiten im klaren sein und sie müßten bereit sein, problembezogen zu kooperieren." sowie „Das Recht und die praktische Möglichkeit der Artikulierung und Organisierung unterschiedlicher linker Positionen in diesem Staat und in dieser Gesellschaft muß von allen Linken verteidigt werden. Das bedeutet Solidarität nach außen und Toleranz nach innen."/79/ Die ‚Bereitschaft zur Kooperation' ist genauso eine ‚Voraussetzung', die allein als Resultat bewiesen werden kann wie ‚Solidarität nach außen und Toleranz nach innen'. Wirkliche Voraussetzungen, nämlich formulierte Programme, bleiben ausgeblendet, von deren Diskussion ganz zu schweigen, denn in deren Benennung müßte die von Crusius und Wilke bevorzugte Gemeinplätzlichkeit verlassen werden. Daß in der „Verteidigung der Möglichkeit der politischen Praxis" diese selbst für ihre eigene Voraussetzung ausgegeben wird, sei bloß der Vollständigkeit halber angemerkt. Die Konfusion mündet mit Notwendigkeit in den folgenden Schluß: „Die Solidarität innerhalb der Linken zerstört, wer einen Alleinvertretungsanspruch formuliert oder praktiziert, solche ‚linken Richtungen' können sich deshalb nicht mehr auf unsere gemeinsame Solidarität berufen."/Ebd./ Nur wer sich nicht die Mühe macht, seine politischen Zielvorstellungen konkret zu entwickeln, kann derartige Abstraktionen noch als sinnvoll auszugeben versuchen, die, wenn man sie ernst nimmt, auf die Solidarität aller Unpolitischen herausläuft, ein ‚linkes Lager', daß die Herrschenden im übrigen sehr zu schätzen wissen.

Im Anschluß versucht Theo Pirker unter dem Thema „Der Stalinismus und die Arbeiterbewegung in Westdeutschland" auf sechs Seiten die These zu belegen, daß durch die schnelle Rekonstruktion der Wirtschaft der UdSSR die Arbeiterklasse zum Objekt des Machtkalküls der Führung der UdSSR geworden

sei, denn nach Pirkers Auffassung erfolgte der wirtschaftliche Wiederaufbau offenbar vorzugsweise zur Ausdehnung und Modernisierung des militärischen Potentials. Deshalb schenkt er sich wohl auch die Frage, was aus der Arbeiterklasse geworden wäre, wenn die Wirtschaft der UdSSR nicht schnell wieder rekonstruiert worden wäre. Zugegeben eine hypothetische Frage, aber die Ausklammerung alternativen Denkens dürfte die Orientierungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen.

Der folgende — ganz — kurze Lehrgang zur ‚Geschichte des Kommunismus in Deutschland 1918/1975" von Ossip K. Flechtheim stellt sich als ein Musterbeispiel geschichtsloser Geschichtsschreibung dar. Die Aneinanderreihung kaum kommentierter Daten soll wohl Objektivität darstellen, indessen ist die Abstraktion von der wirklichen Geschichte, die den Zusammenhang dieser Daten ausmacht, entlarvend. Entlarvend vor allem in seiner unbewußten Parteinahme. Da jedoch auf ähnliche Techniken der Geschichtsschreibung an Beispielen weiter unten noch zurückzukommen sein wird, kann man Flechtheims Beitrag an dieser Stelle als unerheblich übergehen.

Die Tatsache, daß er mehrere Jahre lang den realen Sozialismus in der Sowjetunion und der DDR kennengelernt hat, bewahrt im folgenden Beitrag Jean-Marie Chauvier vor den Pauschalisierungen, mit denen die Mehrzahl der deutschen Autoren dieses Buches ihre mangelnden Kenntnisse zu kompensieren versuchen. Da ein Quellennachweis hier wie bei den übrigen Beiträgen fehlt, ist nicht leicht nachzuprüfen, welchen Einfluß Übersetzung und Redaktion auf die Ausführungen Chauviers genommen haben, im Falle daß es sich nicht um einen Originalbeitrag handelt. Der Titel sei deshalb hier kommentarlos zitiert: „Die ‚Macht der Arbeiter'. Die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften im sowjetischen Unternehmen." Insgesamt gesehen setzt sich auch dieser Beitrag äußerst kritisch mit den Verhältnissen in der Sowjetunion auseinander — hier mit der unmittelbaren Gestaltung der Arbeitsbedingungen — wobei er aber sowohl zugibt, daß in der Sowjetunion sehr wohl Entwicklungen auszumachen sind, denen die Kritik gerecht zu werden hat, als auch sieht, daß die Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung in der UdSSR selber „lebhaft diskutiert" werden /113/, was seine deutschen Kollegen durch die Bank — sei es aus Unaufrichtigkeit, sei es aus mangelnder Kenntnis — übergehen. Dies ist eine — wenngleich noch sehr schmale — Basis der Auseinandersetzung, die an dieser Stelle jedoch nicht intensiviert werden kann.

Zwei Punkte bemängelt Chauvier in der Hauptsache. Es sind dies erstens „die pyramidale Struktur des sowjetischen Unternehmens"/115/ in einem Zwischentitel auch als „Das Unternehmen mit monarchischer Führung"113/ bezeichnet — und eine zweitens von ihm so bemerkte mangelnde Begeisterung sowjetischer Gewerkschafter für das Thema ‚Mitbestimmung', das seiner Auffassung zufolge wohl erforderliche Instrument die gegebene Hierarchie zu durchbrechen. Gemäß seinen Ausführungen wurden ihm Fragen bezüglich der ‚Mitbestimmung' meistens nur ‚unklar' beantwortet bzw. von „Stirnrunzeln" begleitet." Die Herren hatten offenbar Wichtigeres zu tun, als über so veraltete Dinge wie ‚Mitbestimmung' zu sprechen."/114/ Wahrscheinlich! Immerhin findet er: „Im Prinzip ist das Organ einer echten Mitbestimmung der Arbeiter bereits geschaffen: Es handelt sich um die ‚ständigen Produktionskonferenzen', die 1957 von Chruschtschow eingeführt wurden."/117/ Aber: „Diese ‚Mitbestimmung' krankt daran, daß die Arbeiter zwar etwas sagen dürfen, aber völlig unvorbereitet in die Sitzungen gehen müssen und von vornherein wissen, daß ihre ureigensten Interessen nicht berührt werden."/118/ Daß es sich hierbei jedoch um eine Verallgemeinerung handelt, die auf sehr schwachen Füßen steht,

und daß es sich bei der Effektivität derartiger Konferenzen wohl eher um eine Problemstellung handelt, die von Fall zu Fall von den konkretesten Faktoren mitbeeinflußt ist, zeigt ein von ihm referiertes Beispiel/123 f./ Es ist eben nicht jedermann gegeben, revolutionäre Konsequenz in der gesellschaftlichen Organisation des Arbeitsprozesses wiederzuerkennen, wenn auf der Personalkonferenz eines Werkes von 20.000 Mann Belegschaft auch über Ventilation und den Fußbodenbelag der Werkstatt diskutiert wird, und das selbstverständlich nur u.a. Chauviers Kritik ist in folgender Richtung zu problematisieren: Die bewußte Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, wie sie im Sozialismus wohl unbestritten erfolgen sollte, erfordert einen gesellschaftlichen Plan, der unter den Bedingungen hochentwickelter Arbeitsteilung allein wirksam werden kann, wenn er das Resultat wissenschaftlicher Analyse ist. In der Organisation des Arbeitsprozesses selber sind die unmittelbaren Produzenten mit den allgemeinen Bedingungen und Erfordernissen der Verausgabung ihrer Arbeit vertraut zu machen, da mit ihnen der Sinn ihres Tuns offenbar wird. Desweiteren ist der Möglichkeit Raum zu geben, daß die Erfahrungen der unmittelbaren Produzenten ihrerseits schöpferisch in der Erstellung des gesellschaftlichen Plans verarbeitet werden. Dies alles konkret zu organisieren bedarf es wohl kaum einer Orientierung an Konzepten, die unter ganz anderen Bedingungen der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit durchaus demokratisch-fortschrittlichen Charakter haben konnten. Keinesfalls aber sollte man so tun, als wenn romantisierende Vorstellungen der unmittelbaren Demokratie am Arbeitsplatz brauchbare Konzepte für eine sozialistische Wirtschaftsorganisation hergeben. Manche Leute übersehen nur zu leicht, daß das, was sie als unmittelbare Demokratie am Arbeitsplatz ansehen, eben jene chaotische Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit durch die Hintertür wieder einführen könnte, die als das Resultat der kapitalistischen Konkurrenz im Sozialismus gerade überwunden werden sollte. Desgleichen dürfte Arbeitsteilung eine notwendige Bedingung der Organisation des Arbeitsprozesses bleiben, Arbeitsteilung die notwendig über Kompetenz vermittelt ist. Sozialistische Arbeitsteilung muß längst nicht heißen, daß es keinerlei Formen der Leitung mehr bedarf. Allerdings bleibt es beständige Aufgabe in der Gestaltung sozialistischer Arbeitsteilung, daß Leitung und Kooperation einander ergänzende Bestimmungen werden. Vor diesem Hintergrund etwa wäre mit Chauvier die Auseinandersetzung zu intensivieren. Grundsätzlich müßte herausgearbeitet werden, daß bei der Gestaltung sozialistischer Verhältnisse die Orientierung am Menschen nicht als Individuum sondern als gesellschaftlichem Wesen die Maßstäbe setzt, was selbstverständlich nicht die Vernachlässigung der Individualität impliziert. Vielmehr dürfte es dem Menschen erst in der bewußten Verarbeitung seiner Gesellschaftlichkeit gelingen, seine Individualität zu entfalten.

Nachdem bei Chauvier doch zu erkennen war, daß er sich in seiner Kritik wenigstens am Gegenstand zu orientieren versuchte, was dann auch notwendig Differenzierungen mitsich brachte, macht es sich Bernd Rabehl wieder ganz einfach. Unter dem ambitiösen Thema „Der ‚neue' Staat und die Keimformen einer ‚neuen' Klasse in der Sowjetunion. Über die politische Zielsetzung einer Kritik am Marxismus-Leninismus" macht er sich nicht einmal die Mühe näher zu bezeichnen, was er denn genau kritisiert. Wahrscheinlich geht er davon aus, daß alle Welt sofort weiß was gemeint ist, wenn er eine radikale ‚Abrechnung' mit ‚dem' Marxismus-Leninismus fordert — als wenn innerhalb der westdeutschen ‚Linken' darüber nicht die — im Sinne des Wortes — abenteuerlichsten Vorstellungen kursieren würden. Bemüht „den wissenschaftlichen (!) Beweis anzutreten, daß der Marxismus-Leninismus eine Ideologie darstellt"/130/,

scheint ihm gleichwohl jede Fundierung seiner Ansichten durch Zitate bzw. anderweitige Belege völlig überflüssig. Aber vielleicht überzeugen ein paar Kostproben seiner ‚Wissenschaft'. So kann der Leser über die Periode des Kriegskommunismus ‚lernen': „Die asiatische Seite (?) eines Staatsdespotismus wurde hierbei stärker(??) hervorgehoben und damit (???) die russische Tradition dieser Revolution unterstrichen."143/144/ Darüber, was denn die ‚asiatische Seite eines Staatsdespotismus' sei bleibt der Leser völlig mit sich alleine, und warum ausgerechnet ‚damit die russische Tradition dieser Revolution unterstrichen' wurde, behält Rabehl ebenfalls für sich. Die Überwindung des Kriegskommunismus kriegt Rabehl ‚wissenschaftlich' wie folgt in den Griff: „Die wirtschaftliche Notwendigkeit, Produktionsmittel für den industriellen Aufbau aus Westeuropa zu importieren und dafür den Export landwirtschaftlicher Waren und Rohstoffe zu steigern, erhöhte den Einfluß des ausländischen Kapitals auf die staatliche Industrialisierung. Plötzlich gab es Berührungspunkte zwischen dem ausländischen Kapital und den bäuerlich kapitalistischen Interessen. Dieser Staatsapparat gab den kapitalistischen Forderungen nach, ohne allerdings (man muß lange lesen, um ein so wunderbares ‚allerdings' noch einmal irgendwo wieder zu finden, es kommt wie der Trumpf aus dem Ärmel, d.Verf) die Errungenschaften der Oktoberrevolution anzutasten. Die oberste Bürokratie des ‚neuen' Staates schanzte sich weitere Privilegien zu, unterstützte immer offensichtlicher die kapitalistische Restauration und unterlag selbst der Verwandlung in eine bestimmte Fraktion der sich neubildenden Bourgeoisie. Um diesen Prozeß erfolgreich abzuschließen, wurden die Repressionen gegen die Arbeiter verstärkt."/149/ Wissenschaftlichen Gehalt hat in dieser Passage allein das Wort Oktober. Wenn man es streicht, kommt von hundert Lesern vielleicht einem der Verdacht, daß hier der Aufbau der Sowjetwirtschaft beschrieben werden soll.

Wem diese Suppe zu dünn ist, den tröstet Rabehl damit, daß er sie noch ein paar Mal umrührt, ohne ihr indes das Mindeste an Substanz hinzuzufügen.

Im Unterschied zu Rabehl verfährt der Spiegel-Redakteur Fritjof Meyer in seinem Beitrag „Sozialistische Opposition gegen den Staatskapitalismuß in Rußland" mit einigem Aufwand. In der Zitierung gibt er einen gewissen Überblick über die Literatur, mit der er während seines Studiums am Osteuropa-Institut der FU vertraut gemacht worden ist. Die kühnsten Thesen belegt natürlich auch er nicht. So etwa die — offensichtlich zur Einstimmung der Leser formulierte — Eingangsbehauptung, im Begriff ‚Marxismus-Leninismus' sei im Bindestrich ein „unversönlicher Widerspruch" eingefangen/155/. Als Journalist weiß er, wie wichtig ein Stimmungmacher am Anfang ist und daß beim ‚Spiegel' oft Unverschämtheit für Objektivität stehen muß, ist bekannt. Und weil es sich auf einem Bein so schlecht steht, schiebt er hinterher, daß Lenin in „Was tun?" die Kernthese des historischen Materialismus, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimme, auf den Kopf gestellt habe. Er beeilt sich allerdings, in einer Fußnote hinzuzufügen, daß „hier nicht der Ort" sei, „diese These zu begründen"/vgl. Fn 6, S. 311/. Das Projekt Klassenanalyse' hat in gleiche Richtung laufende Thesen bekanntlich mit einem ganz erheblichen Aufwand an ‚Mensch und Material' zu belegen versucht, ohne zu einer widerspruchsfreien Interpretation der Werke Lenins gelangen zu können, bei Meyer kann das bezeichnete Vorgehen als unsauberer Journalismus charakterisiert werden. Ganz im Stile des Boulevard-Journalisten „schafft" er sich seine Sensationen, um sie dann entsprechend ausbeuten zu können.

Auch Meyer muß sich mit der Geschichte auseinandersetzen, genauer: Mit der Geschichte der Oktoberrevolution. Er tut dies in der spezifischen Weise, daß er der Politik der Bolschewiki und Lenins jeweils die Argumente der verschiedenen Fraktionen der Bewegung gegen die Selbstherrschaft — und zwar der sich mehr oder weniger sozialistisch verstehenden — entgegensetzt, und zwar tut er nichts anderes. Er stellt nicht Verbindungen zu konkreten Konstellationen her, indem er vor einem allgemeinen historischen Hintergrund politische Maßnahmen zur Beurteilung stellt, sondern die konkreten Konstellationen, die er beschreibt, bestehen im wesentlichen darin, daß die Gegnerschaft aller politischen Kräfte gegen die Bolschewiki und besonders gegen Lenin aufgeführt wird, bzw. daß er zu zeigen versucht, daß der autoritäre Kleinbürger Lenin selbst innerhalb der Bolschewiki auf erhebliche Opposition stieß und — selbstverständlich - wird der jeweils ins Feld geführten Opposition immer Recht gegeben.

War Flechtheims Geschichtsschreibung geschichtslos und Rabehls Ausführungen substanzlos, so kann man Meyers Geschichtsbetrachtungen als eindimensional bezeichnen, weil systematisch all diejenigen historischen Fakten ausgeblendet werden, die nicht in das angestrebte Bild passen. Das führt zu der grotesken Situation, daß ein Leser, der sein Wissen allein aus Meyers Ausführungen bezieht, mit der sicherlich als erklärende Ergänzung gedachten Klammer in dem folgenden Zitat: „. . . im ganzen Land streikten Fabrikarbeiter gegen die Lebensmittelknappheit — die Inflation hatte längst den Übergang zum Naturallohn (‚Kriegskommunismus') bewirkt."/177/ entweder überhaupt nichts an fangen kann, weil er weder etwas von Interventionskorps, die im Lande standen, weiß, noch auch nur die geringste Ahnung davon vermittelt bekommen hat, daß es soetwas wie ‚Weißen Terror' gegeben hat; oder aber er muß den Schluß ziehen, daß aus merkwürdigen Gründen — die Anführungszeichen können ihn hier bestärken — Kriegskommunismus ein anderes Wort für Naturallohn ist, warum das aber so ist, wird ihm vorenthalten. (Über die Behandlung des ‚Kriegskommunismus' in dem hier besprochenen Band wird weiter unten noch mehr zu sagen sein.)

Es ist klar, daß Meyers Weglassungen ausschließlich die Funktion haben, seine parteiliche Interpretation des Verlaufs der Oktoberrevolution haltbar erscheinen zu lassen. Gegen Parteilichkeit in der Geschichtsschreibung ist nichts einzuwenden, sofern sie sich als Resultat objektiver Analyse auszuweisen vermag. Seit der Begründung des historischen Materialismus durch Marx und Engels ist ja für die Geschichtsschreibung als Maßstab gesetzt, daß sich Objektivität und Parteilichkeit nicht nur nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig geradezu bedingen und als Kriterium der Wissenschaftlichkeit der Analyse anzusehen ist. Hierbei ist allerdings einzuschränken, daß Parteilichkeit nicht beliebig gegenüber der Objektivität ist. Als R e s u l t a t objektiver Analyse weist sich Parteilichkeit als w i s s e n s c h a f t l i c h e s Verhältnis zum Gegenstand der Analyse vielmehr dadurch aus, daß sie die den Fortschritt des Geschichtsprozesses bewirkenden Faktoren herausarbeitet und als solche auch betont, indem sie sie in eine konsistente Interpretation des Geschichtsprozesses einbringt. Vermag die Analyse nicht bis zu dieser Leistung vorzudringen, muß ihr Resultat notwendig ideologisch verbrämt erscheinen, welchen Anspruch auf Objektivität sie auch immer geltend macht. Das Gleiche gilt natürlich auch, wo Parteilichkeit von a u ß e n an den Gegenstand herangetragen wird und damit von vornherein gegen das Gebot der Objektivität verstoßen wird, ob bewußt oder unbewußt. Hiermit wären wir wieder bei Meyer. Seine ‚Analyse' kann auch nicht den Hauch von Objektivität für sich in Anspruch nehmen (und will es wahrscheinlich auch gar nicht). Sein depravierter Interpretationsraster vermag die Bedeutung der ‚April-Thesen' nicht zu fassen, die für ihn schlicht als „neue populäre Parolen" erscheinen, die Lenin „an die Macht bringen sollten"/160/, und die

historische Konstellation äußerer und innerer Bedrohung bei gleichzeitig notwendigem Wirtschaftsaufbau nicht zu erreichen. Das Dekret über die allgemeine Arbeitspflicht diente nach seiner Auffassung „der Erhöhung der Ausbeutungsrate;"/170/ — für seine kleinkarierten Kritiker baut sich der Sozialismus selbstverständlich auf, ohne daß auch nur ein Handschlag erforderlich wäre, und das von Marx so benannte ‚Reich der Freiheit' erscheint ihnen allemal als ein Paradies der Arbeitslosen.

Einem solch eindimensionalen Denken stellt sich natürlich an keinem Punkte die Frage, ob die von ihm favorisierte ‚sozialistische Opposition' Grundsatzfragen nicht zur Unzeit gestellt haben könnte. Hätte es einen Stalin überhaupt geben können, wenn die verschiedenen Fraktionen der dem Kern der russischen Arbeiterbewegung mehr oder weniger nahestehenden politischen Kräfte in der Zeit des Kampfes das sie Trennende hinter das gemeinsame Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse zurückgestellt hätten? Hätte die Konsolidierung nicht notwendig einen anderen Verlauf genommen, wenn in der Phase des Kampfes um das bloße Überleben alle Fraktionen der russischen Linken bedingungslos im K a m p f zusammengestanden hätten und sich so ein ganz anderes Kräfteverhältnis konserviert hätte, ganz abgesehen davon, daß dann auch ganz andere konkrete Probleme zur Entscheidung gestanden hätten? Hypothetische Fragen zweifellos, aber deshalb noch keinesfalls ohne Erkenntniswert. Denn wenn man gegenwärtig beobachtet, wie die internationale Sozialdemokratie die fortschrittlichen Bestrebungen in Portugal boykottiert und dadurch mithilft, eine Situation herbeizuführen, in der sich die Kräfte der Konterrevolution gefährlich formieren können, stellt sich schon die Frage, ob nicht die Sozieldemokraten letztlich ihre eigenen Leute verschaukeln werden. Sollte dieser Fall eintreten — was gewiß nicht zu wünschen aber eben leider auch nicht auszuschließen ist — wird der Leser hierzulande im „Spiegel" sicherlich eine ganze Litanei von ‚Fehlern' der Kommunisten aufgezählt bekommen, und es ist nicht auszuschließen, daß Herr Fritjof Meyer seinen Raster dann wieder zur Anwendung bringt, in dem als Marxisten diejenigen bezeichnet werden, die sich den realen Geschichtsprozeß nur nach einem Schema verlaufend vorstellen können und diejenigen als Bourgeois bezeichnet werden, die in der Auseinandersetzung mit konkret gegebenen Konstellationen die Voraussetzungen zu schaffen versuchen, deren Existenz die Überführung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses in einen bewußt gestalteten Zusammenhang möglich macht.

Auf gleicher Wellenlänge fährt Jiri Pelikàn zum Thema „Die Debatte der heutigen sowjetischen Opposition und die Verantwortung der westeuropäischen Linken" fort. Er fordert die Linke auf, „für die g e s a m t e sowjetische Opposition" zu kämpfen/184/, Hervorhebung im Original/, was angesichts der Verhältnisse in Chile, die ja auch als ein Resultat freier Betätigung aller Art von Opposition anzusehen sind, angesichts der Verhältnisse in Uruguay und der Bewegungsfreiheit faschistischer Mörderbanden in anderen Staaten Lateinamerikas, angesichts der drohenden Entwicklung in Portugal sicherlich kaum mehr als Blödheit interpretiert werden darf, auch wenn Pelikàn nur drei oppositionelle Strömungen registriert. Immerhin versucht er die seiner Forderung notwendig innewohnende Inkonsequenz, die darin besteht, daß der eigene Standpunkt selber nicht recht ernstgenommen werden darf, zu umschiffen, indem er die politischen Ansichten Solschenizyns, des Repräsentanten der ersten Strömung gegenüber der Bedeutung seines literarischen Werkes verniedlicht und sich fast ausschließlich Medwedew, dem Vertreter der dritten — sich zum Sozialismus bekennenden — Strömung, zuwendet. Dazwischen registriert er noch die liberale Strömung Sacharows. Da Medwedew in dem hier

besprochenen Band selber zu Wort kommt, kann man sich ein Eingehen auf Pelikans Auslassungen über ihn an dieser Stelle schenken. Festzuhalten bleibt im Zusammenhang mit seinem Aufsatz lediglich, daß sich in ihm sehr konkret zeigt, daß die Flagge, die die meisten Autoren dieses Bandes vereint, offenbar doch nicht so ohne weiteres die Basis für eine konsistente Kritik hergibt. Während nämlich im vorhergehenden Aufsatz Meyer sich alle Mühe gibt, die ständige Streikbereitschaft der mit ihrem Los hadernden sowjetischen Arbeiterklasse zu belegen /vgl. 182—183/, wissen dieselben Arbeiter Pelikan zufolge überhaupt nicht, was ein Streik ist /191/.

Von Meyers ‚Spiegel'-Kollegen Michael Morozow wird unter der Überschrift „Der Fall Solschenizyn" ein Komplex eingeleitet, der dem Band offenbar hautnahe Aktualität mitgeben soll. Es genügt, von dieser Arbeit den Schluß wiederzugeben, da er für sich spricht: „Wird es so kommen, daß alle andersdenkenden Russen eines Tages außerhalb der Sowjetunion leben werden? Dann werden nur die Opportunisten im Lande bleiben, die Intelligenz wird ausbluten (!) und (!!) gehorsam ihre Arbeit tun (!!!) ... Vielleicht ist es das, was die Führung der UdSSR tatsächlich auch will: alle Unbequemen loswerden, zu Emigranten stempeln.

Aber (!) die Rechnung wird wohl kaum aufgehen, (denn?) auch da hält die russische Tradition ein Beispiel parat: das des prominentesten unter allen Emigranten russischer Geschichte. Er hieß Lenin, und er kam 1917 nach Rußland zurück — aus der Schweiz."/210 f./ Womit Herr Morozow auf den bevorzugten Aufenthaltsort Solschenizyns anspielt. Lacht da etwa einer?

Es folgt Ernest Mandel zum Thema „ ‚Archipel Gulag' oder die unbewältigte Vergangenheit des Stalinismus". Er ist als Trotzkist nota bene nicht geneigt, in seiner Kritik wie Meyer und Rabehl schon vor Stalin anzusetzen. Dafür versucht er von vornherein eine ungebrochene Kontinuität von Stalin bis zur Sowjetunion der Gegenwart zu konstruieren, was ihm jedoch trotz der beachtlichen Übung, die er sich in diesem Bemühen bislang zu erwerben vermochte, nicht recht gelingen will. Wenn er meint, „die jämmerliche politische Unfähigkeit" der „Kremlgewaltigen" offenbare sich darin, daß sie „aus Angst vor einem reaktionären Romanschreiber ihn (Solscheniziyn, d.Verf.) aus der Heimat verbannen müssen" und sie ihm damit „nur die Aufgabe, den Kommunismus, den Marxismus und die Arbeiterbewegung durch den Kot zu ziehen" erleichtern /214/, so offenbart er seinerseits damit ganz im Gegensatz zu den von ihm so bezeichneten ‚Kremlgewaltigen' — eine grenzenlose Überschätzung der Fähigkeiten Alexander Solschenizyns. Interessant konnte dieser Mann hier im Westen von den einschlägigen Kreisen nur gemacht werden, solange man sich von dessen Qualitäten hier nicht unmittelbar überzeugen konnte. Seit er jedoch im Westen ist, muß mehr und mehr auch von bürgerlichen Ideologen eingestanden werden — von den klügeren zumindest — daß das Licht des Alexander Solschenizyn bei weitem nicht so hell leuchtet, wie das bei einem Literaturnobelpreisträger eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Seither häufen sich nach jedem Auftreten Solschenizyns die beschwichtigenden Kommentare, die dessen Ansehen möglichst bewahren machen wollen. „Kommunismus, Marxismus und die Arbeiterbewegung" sind dadurch aber nicht im mindesten gefährdet. Von einer Kontinuität zwischen Stalinschen Praktiken und der heutigen sowjetischen Innenpolitik können unter diesen Umständen nur Leute reden, denen es ohnehin nicht um die Wahrheit zu tun ist.

Auf der anderen Seite offenbart Mandels Beitrag erneut, in wie widersprüchlichen Positionen sich die verschiedenen Autoren dieses Bandes befinden. Denn im Gegensatz zu Meyer muß Mandel sich ausführlich mit den Bedingungen des

Kriegskommunismus beschäftigen, gerade um zu beweisen, daß v o r Stalin die Welt eben doch noch in Ordnung war. So kommt er zu dem Schluß: „Das Ergebnis der sozialistischen Oktoberrevolution läßt sich jedoch keineswegs nur auf die Missetaten und Mißwirtschaft der Bürokratie reduzieren. Es beinhaltet ebenfalls die Verwandlung Rußlands aus einem rückständigen Land in die zweite Industriemacht der Welt im Verlauf von nur wenigen Jahrzehnten."/ebd./. Daß aber ein behaupteter Zusammenhang von bürokratischer Mißwirtschaft und der erfolgreichen Industrialisierung von den sowjetischen Ausmaßen innerhalb weniger Jahrzehnte nur von einem hemmungslosen Ideologen erklärungslos stehengelassen werden kann, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Vor diesem Hintergrund werden die weiteren Ausführungen Mandels uninteressant.

Auf die Gedanken, die Roy Medwedew im Anschluß an Mandel in zwei an anderer Stelle bereits veröffentlichten Beiträgen äußert, soll über den Umweg einer Auseinandersetzung mit den Ausführungen Franz Mareks eingegangen werden, der unter dem Thema „Unteilbare Solidarität — Versuch einer Debatte mit Roy Medwedew" seinerseits die Medwedew'sche Position zu verarbeiten sucht. Nicht, daß der professorale Pathos Mareks zur Aufnahme seiner auch nicht übermäßig ergiebigen Gedankengänge einladen würde. Am Beispiel Mareks läßt sich etwas anderes demonstrieren, was mit Ausnahme Medwedews allen Autoren dieses Bandes gemeinsam ist. Sein Rekurs auf Hegel offenbart nämlich den Grund, warum in diesem Band die kunterbuntesten Auffassungen unter gemeinsamer Flagge segeln können, ohne daß Herausgeber bzw. Autoren dies sonderlich zu beschweren brauchte. Demonstriert sei dies an folgender Passage: „Von Hegel ist bekannt, daß er am 14. Juli jeden Jahres, am Tag der Erstürmung der Bastille, mit ‚erhabener Rührung' der Französischen Revolution und des ‚Enthusiasmus des Geistes' gedacht hat, den sie ausgelöst hat, ganz unabhängig von der späteren politischen Entwicklung. Diese geschichtliche, diese philosophische, diese geschichtsphilosophische Dimension ist Solschenizyn verhängt."/257/ Wie sehr diese Feststellung auch auf die Person Solschenizyns zutreffen mag — sie fällt zurück auf Marek selber und die bis hierher vorgestellten anderen Autoren dieses Bandes. Warum? Zitat Marek: „Hegel hat einmal an einem konkreten Beispiel gezeigt, daß man auch bei der Aufzählung konkreter, einzelner Details im Abstrakten bleiben kann, wenn man sie außerhalb des Zusammenhangs stelle." /256/. Abgesehen davon, daß sich hier mal wieder einer genußvoll an den ganz langen Bildungsschwanz faßt, um mit theoretischen Imponiergehabe vorwitzige Kritiker einzuschüchtern — gemeint sein könnte Hegels Aufsatz „Wer denkt abstrakt?" in HEW Bd. 2, S. 575—581, aber Hegel benutzte schließlich des öfteren ‚konkrete Beispiele' — trifft Marek hier den Kern, um den es bei jeder kritischen Auseinandersetzung zu gehen hat. Kritik hat den ‚Zusammenhang' zu berücksichtigen, in welchem kritisierte Tatbestände stehen. Das entscheidende aber ist, daß wirkliche Zusammenhänge nicht so beliebig konstruierbar sind, wie die meisten Autoren dieses Bandes offenbar meinen, Zusammenhänge gestalten sich objektiv und müssen als solche erarbeitet werden. Daß ein gegebener Zusammenhang objektiv erkannt werde, steht am Anfang aller Dialektik und damit aller Wissenschaft die Frage nach der V e r n u n f t , die in den Dingen wohnt. Medwedew ist der einzige Autor, der diese Dimension, wenn auch ganz am Rande, streift. Die anderen Autoren machen es sich da leichter. Sie halten die Frage nach der Vernunft offenbar für beantwortet, wie selbstverständlich. Die Selbstverständlichkeit ihrer subjektiven Vernunft läßt die Autoren dann auch ‚selbstverständlich' die Gegenstände und die Kritik derselben finden. Daß aufgrund der praktizierten Subjektivität dann die verschiedenen Kritiken inhaltlich nicht zusammengehen, das stört nicht weiter, das muß so sein. Schließlich weiß jeder Bürger, daß

es keinen Anspruch auf objektive Erkenntnis geben darf. Dafür gibt es ja die ‚kritische Solidarität', die wird's schon richten.

Sicherlich gibt es in diesem Band Autoren — wie etwa den ‚Begriffs-Logiker' Vilmar — die die Frage nach der Vernunft ohnehin für obsolet erklären werden. Aber es gibt auch solche, die für sich in Anspruch nehmen, Marxisten zu sein, und die gelegentlich schon über Hegel gearbeitet haben — mit welchem Erfolg, bleibe hier dahingestellt. Ihnen ist die Gedankenlosigkeit anzukreiden, mit der sie die Maximen marxistischer Kritik aufgeben und sich beeilen, es opportunistisch bürgerlichen Kritikastern gleichzutun.

Die Frage nach der Vernunft bewahrt übrigens nicht vor Fehlern. Daher ist Medwedew durchaus zuzustimmen, daß „auch der Marxismus das Recht auf Fehler" hat /244/. Das bedeutet schließlich nicht, daß das, was im Marxismus an objektiver Erkenntnis zusammengefaßt ist, durch mögliche Fehler in seiner schöpferischen Verarbeitung wieder vernichtet werden könnte. Aber die Frage nach der Vernunft f o r d e r t auch Antworten, begründete Antworten. Und hier schweigt sich Medwedew aus. Er fordert, die notwendigen Einschränkungen der Freiheit des Einzelnen „vernünftig" zu gestalten /243/. Und hier wäre eine Intensivierung der Auseinandersetzung möglich, was unter der Bedingung der bewußten Gestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses eine ‚vernünftige' Einschränkung der individuellen Freiheit bedeutet. Was heißt „eine vernünftige Dezentralisierung der Verwaltung"?/248/ Kann man, wenn man vernünftig argumentieren will, ohne weiteres einen „Grundwiderspruch der sowjetischen Gesellschaft" unterstellen, der in einem „wachsenden Mißverhältnis zwischen den Forderungen eines raschen wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Fortschritts einerseits und, vor allem, dem bürokratisierten System der Verwaltung aller Seiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens andererseits besteht."/ebd./, ohne die Notwendigkeit der Berücksichtigung der gesellschaftlich zur Verfügung stehenden Arbeitspotentials zuzugeben und vor allen Dingen zur Kenntnis zu geben? Wenngleich zwar zu sehen ist, daß es sich auch Medwedew noch ziemlich einfach macht in seiner Argumentation, so gilt in Bezug auf seine Ausführungen jedoch, daß er im Unterschied zu allen anderen Autoren dieses Bandes in Richtung auf eine Ebene entscheidbaren Argumentierens hinarbeitet.

Der letzte Beitrag stammt von Rudi Dutschke. Nachdem er sich zunächst einige Seiten lang ergebnislos mit der „Wesenslogik der Forschung (!) von Marx"/261/ abmüht, macht er schließlich kurzen Prozeß, indem er feststellt, daß auch im Sozialismus-Kommunismus der Gegensatz von Arbeitszeit und Lebenszeit noch bestehen bleiben müßte und versucht dies auch — vergeblich, wie sich gleich zeigen wird — mit Marx zu beweisen, was folgende politische Konsequenz hat: „Also zeichnet sich der Sozialismus-Kommunismus im allgemeinen dadurch aus, daß er die Lebenszeit erweitert und die Arbeitszeit als Zeit der Entfremdung und Bedrückung abschafft."/268/ Damit kann der faule Schlingel natürlich ‚kritisch' gegen jede Art von Sozialismus zu Felde ziehen, in der noch gearbeitet wird. Die ‚Bestätigung', die er sich bei Marx holt, lautet folgendermaßen: „Intensität und Produktivkraft der Arbeit gegeben, ist der zur materiellen Produktion notwendige Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages um so kürzer, der für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen eroberte Zeitteil also um so größer, je gleichmäßiger die Arbeit unter alle werkfähigen Glieder der Gesellschaft verteilt ist, je weniger eine Gesellschaftsschicht (dieses Wort kursiviert Rudi Dutschke neben vielen anderen) die Naturnotwendigkeit der Arbeit (und diese Worte kursiviert Rudi Dutschke selbstverständlich nicht) von sich selbst ab- und einer anderen Schicht zuwälzen kann."/267, MEW 23,

S. 552/. Und an dieser Stele läßt Rudi Dutschke das Zitat vorsichtshalber enden, denn abgesehen davon, daß Marx schon im Rahmen dieser ‚Belegstelle' die Arbeit als naturnotwendig bezeichnet, also mit Marx keinesfalls davon auszugehen ist, daß im Sozialismus nicht mehr zu arbeiten wäre, heißt es im ‚Kapital' nämlich weiter: „Die absolute Grenze für die Verkürzung des Arbeitstages ist nach dieser Seite hin die Allgemeinheit der Arbeit." Und das wäre dann der Sozialismus.

Diese eigentümliche Interpretation der ‚Wesenslogik der Forschung von Marx' dient dann weiter unten als Basis für die alles beherrschende These: „Ein gesellschaftliches System unter der politisch-ökonomischen Führung einer Partei, die nicht begreifen gelernt hat, daß (das folgende im Original kursiv, d.V.) mit der Steigerung der Produktivkräfte die Intensität der Arbeit nur voll wachsen kann, wenn die Arbietszeit vermindert (!)/!im Original!!/ wird, muß in der gesellschaftlichen Übergangsperiode unfähig sein, ein wirkliches Verhältnis zu den Produzenten zu entwickeln."/285 f./ Eine These, mit der sich Rudi Dutschke höchstens in einem Kindergarten zu Worte melden darf — in einem kapitalistischen nota bene.

Die ca. 50 Seiten, die Dutschke uns hier geschenkt hat, sind voll von derartigem Humbug. Welchen Sinn ergibt beispielsweise die folgende Formulierung: „Wenn unsere These vom Staatseigentum im ‚rohen' Kommunismus eine spezifische Form der Verallgemeinerung des Privateigentums ist (die These? d.Verf.), so hat sich diese Gesellschaft (wo kommt die her? d.Verf.) zwar befreit von dem Grundwiderspruch von Bourgeoisie und Proletariat, bleibt aber in diesem Widerspruch noch strukturell befangen (?)." /287 f./ Ein weiteres Dokument analytischer Schärfe sei abschließend wiedergegeben, — es ist von den Ereignissen im Juni 1953 die Rede: „Die Wendung in der SU, die Richtung des ‚Neuen Kurses' führte Anfang Juni zu einem (das folgende im Original kursiv) Zusammenstoß verschiedener historischer Richtungen und Interessen, die bis dahin in ihren taktiererischen Verkehrsformen der politischen Stagnation durch aus ‚kooperierten'. Das wurde durch den ‚Neuen Kurs' anders . . ."/296/ Vielleicht ist das die Wissenschaftlichkeit, die Bern Rabehl weiter oben auch für die Arbeiten Rudi Dutschkes in Anspruch nahm/130/, nach meinem Geschmack drückt sich jedenfalls ein Astrologe präziser aus, wenn er behauptet, daß Mars im dritten Haus der Venus Unglück bringt.

Antisowjetismus ist ein Terminus, der hierzulande nicht gesellschaftsfähig ist. Der Rang einer akademischen Kategorie ist ihm noch versagt, man findet ihn eher unter der Rubrik ‚Partei-Chinesisch' wieder. Dennoch — und dies ist der Grund, warum auf die intellektuellen Erbärmlichkeiten des hier besprochenen Bandes so ausführlich eingegangen worden ist — wird die gesellschaftswissenschaftliche Diskussion nicht umhin können, auf diesen Terminus zurückzugreifen, wenn anders nicht der Anspruch aufgegeben werden soll, in der Auseinandersetzung mit dem realen Sozialismus die Dimension der bloßen Verleumdung von der der objektiven Kritik zu unterscheiden.

Burkhard Hoffmann

REDAKTIONSSTATUT DER SOPO

PRÄAMBEL

In der gegenwärtigen Situation der BRD und Berlins (West), in der sich der Widerspruch zwischen demokratischem Anspruch und kapitalistischer Wirklichkeit verschärft, sind die politischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen gegen den Abbau, auf die Verwirklichung demokratischer und sozialer Rechte gerichtet. Unter diesen Bedingungen bedarf es intensiver praktischer und theoretischer Anstrengungen, das Zusammengehen aller Kräfte zu fördern, die eine wirksame Mitbestimmung der Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen anstreben, und damit den Kampf für eine sozialistische Demokratie weiterzuentwickeln.

In diesen allgemeinen Zusammenhang ist die Aufgabenstellung der Zeitschrift SOPO eingebettet.

Die SOPO nimmt teil an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die von der mit der Arbeiterbewegung verbundenen Intelligenz in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen und zu Fragen sozialistischer Politik kontinuierlich geführt wird. Die Orientierung auf breite wissenschaftliche Diskussion solcher Probleme, die an den Hochschulen und Universitäten im Mittelpunkt der fachlichen und politischen Auseinandersetzung um eine demokratische Lehre und Forschung stehen, ist nicht zu trennen von breiter, wissenschaftlich ausgewiesener Erörterung unterschiedlich organisierter und ideologisch kontroverser Positionen.

Hierbei sind die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, die organisierte Kraft der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung und die Existenz der sozialistischen Staaten Ausgangspunkte.

Unsere Zeitschrift verpflichtet sich, solche Fragen — ausgehend von der marxistischen Theorie — in ihrem aktuellen und historischen Bezug sachgerecht zu diskutieren:

- Wie sind die Ziele sozialistischer Politik konkret zu bestimmen?
- Mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen können sie verwirklicht werden?
- Wie sind die Rückwirkungen der Kämpfe und Erfolge der Arbeiterbewegung in anderen Ländern fruchtbar zu machen?
- Welcher Art sind die theoretischen Fragen, die im Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Probleme aufgeworfen werden und wie sind sie zu beantworten?

STATUT

I. In Übereinstimmung mit der Präambel werden in der SOPO wissenschaftliche Diskussionen zu Fragen der sozialistischen Politik geführt.

II. Als Entscheidungskriterium von theoretischen Kontroversen in der Redaktion gilt deren wissenschaftliche Ausgewiesenheit. Diskussionen werden dann beendet, wenn keine wesentlich neuen Argumente mehr fallen. In einer laufenden Diskussion sind administrative Maßnahmen grundsätzlich ausgeschlossen.

III. Die Verantwortung für die inhaltliche Gestaltung inkl. Endkorrektur des des Umbruchs eines jeweiligen Heftes der Zeitschrift SOPO trägt die Redaktion.

IV. Zur Unterstützung und Beratung der Redaktion wird ein wissenschaftlicher Beirat von der Redaktion eingerichtet, der mindestens ein Mal im Jahr mit

der Redaktion zu einer Konferenz zusammentritt.

V. Für die Arbeit an bestimmten Schwerpunktbereichen sowie zur Unterstützung und Vorbereitung bei der inhaltlichen Gestaltung einzelner Hefte richtet die Redaktion wissenschaftliche Kommissionen ein.

VI. Jedes Redaktionsmitglied ist zur Mitarbeit in mindestens einer Kommission verpflichtet. Die Kommissionen sind der Redaktion gegenüber berichtspflichtig. In Absprache mit der Redaktion können die Kommissionen personell erweitert werden.

VII. Die Redaktion ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend sind. Die Redaktion tagt in der Regel 14tägig, mindestens jedoch ein Mal im Monat. Diskussionsleitung und Protokollführung wechseln turnusgemäß.

VIII. Grundsatz der Arbeit der Redaktion ist die einstimmige Beschlußfassung. Wenn trotz mehrfacher Bemühungen keine Einstimmigkeit erreicht wird und das termingerechte Erscheinen der Hefte gefährdet ist, kann die Redaktion mit Zweidrittelmehrheit entscheiden.

IX. Über die Mitgliedschaft in der Redaktion entscheidet eine Dreiviertelmehrheit der Redaktion.

X. Präambel und Redaktionsstatut treten nach Verabschiedung durch die Redaktion in Kraft und werden in der SOPO veröffentlicht.

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

23 PARTEI IM KLASSENKAMPF

K.-H. Kniestedt: Zu einigen Aspekten der marxistisch-leninistischen Lehre von der revolutionären Partei

G. Bahr: Der 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas

G. Stolle: Die PArteigruppe – die Verbindung der Partei mit den werktätigen Massen

F. Stern: Die Reaktion handelt immer mehr aus der Defensive

Besprechungen zu neuer Arbeiterliteratur

Dokumentation: 6. Tagung des Parteivorstandes der SEW

Herausgeber: Sozialistische Einheitspartei Westberlins – Kreisvorstand Zehlendorf, Teltower Damm 23, 1000 Berlin 37, Tel.: 811 56 14.
KONSEQUENT erscheint viermal im Jahr. Einzelheft 2.–DM, Jahresabonnement 6.–DM, Sonderheft 3.–DM außerhalb des Abonnements.
Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Bln W 260319–109.
KONSEQUENT ist in den Büros der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins und im Buchhandel erhältlich. Abonnementsbestellungen sind an die Sozialistische Einheitspartei Westberlins – Kreisvorstand Zehlendorf zu richten.

Louis Althusser, Jg. '18, Professor für Philosophie an der Ecole Normale Superieur in Paris

Helmut Arnaszus, Jg. '41, Dr. phil., wiss. Ass. am Institut für Philosophie der FU Berlin (West).

Peter Faulstich, Jg. 46, Dr. ing., wiss. Ass. am Institut für Bildungs- und Gesellschaftswissenschaften der TU Berlin (West).

Pierre Franzen, Jg. 46, cand. phil., Studium der Philosophie am Institut für Philosophie der FU Berlin (West).

Walter Gerhardt, Jg. '37, Dr. phil., habil., Ass. Prof. am Institut für Soziologie der FU Berlin (West).

Käthe Gerstung, Studium der Politik und der Pädagogik an der Universität Marburg.

Bernhard Heidtmann, Jg. '38, Dr. phil, habil., Ass. Prof. am Institut für Philosophie der FU Berlin (West).

Burkhard Hoffmann, Jg. '43, Dipl. Soz., Arbeitsgebiet: Medienpolitik, lebt in Berlin (West).

Thomas Hoffmann, Studium der Politik und der Volkswirtschaft an der Universität Marburg.

Peter M. Kaiser, Jg. '44, Dr. rer. nat., wiss. Ass. am FB Chemie der Universität Münster.

Peter Keiler, Jg. '44, Dr. phil., Ass. Prof. am Institut für Psychologie (FB 11) der FU Berlin (West).

Michael Krüger, Dipl. Volksw., wiss. Ass. am FB Wirtschaftswissenschaften der FU Berlin (West).

Gert Mattenklott, Jg. '42, Dr. phil. Prof. für Deutsche Literaturgeschichte und Literaturkritik an der Universität Marburg.

Wolfgang Niclas, Studium der Politik und der Soziologie an der Universität Marburg.

Lothar Peter, Jg. '42, Dr. phil., Prof. für Betriebssoziologie an der Universität Bremen.

Hans-Jörg Rheinberger, Jg. '46, M.A. (Phil.), z.Zt. Studium der Biologie am FB 23 der FU Berlin (West).

Jürgen Schulte, Studium der Politik und der Germanistik an der Universität Marburg.

Klaus Stern, Jg. '44, Betriebswirt, Dipl. Psych., Tutor am Institut für Pschychologie (FB 11) der FU Berlin (West).

Günter Matthias Tripp, Jg. '37, Dr. phil., habil, Ass. Prof. (Erkenntnistheorie) am Institut für Psychologie (FB 11) der FU Berlin (West).

Heinz Wagner, Jg. '26, Dr. jur., Prof. für Staats- und Verwaltungsrecht am FB 9 der FU Berlin (West).

Jutta Wagner-Beck, Gerichtsreferendarin in Berlin (West).

Harald Werner, Jg. '41, Dipl. Päd., Lehrbeauftragter an der Universität Oldenburg.

Berichtigung (Autorenverzeichnis, SOPO, Heft 33):

Jürgen A. Meyer, Jg. '37, Dr. jur., Prof. für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Bremen.

verlag das europäische buch deb

Braunsdorf/Löffler

Kapitalbegriff und Monopol

ca. 200 Seiten, brosch., ca. DM 10,80, erscheint im Sommer 1976

Zentraler Gegenstand des Buches ist der Nachweis, daß die grundlegenden Fehler der Neomarxisten eine falsche Interpretation des allgemeinen Kapitalbegriffs und ein dogmatisches, unhistorisches Verständnis des Marxschen „Kapital" sind. Es wird gezeigt, daß die Neomarxisten dadurch zu einer Revision der dialektisch-materialistischen Methode gelangen. Die Autoren stellen somit erstmals den neomarxistischen Ansatz schon von seinen methodologischen Grundlagen her in Frage.

In dem vorliegenden Buch treten die Autoren auch der neomarxistischen Kritik, Lenin bzw. die Vertreter der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus hätten Marx verkürzt rezipiert, entgegen.

Die Untersuchung ergibt, daß die Entwicklung des Monopolbegriffs nicht im Widerspruch zum Marxschen System der Kritik der politischen Ökonomie steht, sondern bei Marx selbst schon angelegt und für das Verständnis der heutigen Entwicklungsetappe des Kapitalismus notwendig ist.

Luigi Longo

Die Internationalen Brigaden in Spanien

287 Seiten, brosch., ca. DM 14,80, erscheint im Sommer 1976

Rund 35 000 Freiwillige aus 54 Ländern, meist Kommunisten, aber auch sozialistische, christliche und parteilose Antifaschisten eilten dem spanischen Volk zu Hilfe und bildeten internationale Brigaden als im Juli 1936 faschistische Militärs unter General Franco gegen die von einer Volksfront-Regierung geführte Spanische Republik aufstanden.

Luigi Longo, einer der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens und ihr heutiger Präsident, war von 1933—1935 Vertreter der PCI in der Leitung der Kommunistischen Internationale und war im spanischen Bürgerkrieg zunächst politischer Kommissar der 12. Internationale Brigade und später Generalinspekteur der internationalen Brigaden.

In seinem Buch gibt Longo einen Abriß der historischen Ereignisse, die zum Spanienkrieg führten, und umreißt in Kürze auch den gesamten Verlauf. Er schildert aus eigenem Erleben und gründlicher Kenntnis der Ereignisse den Kampf der ausländischen Internationalisten für Spaniens Freiheit.